

V&R **unipress**

Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte

Band 7

Herausgegeben von

Dittmar Dahlmann, Christian Hacke, Klaus Hildebrand,
Christian Hillgruber und Joachim Scholtyseck

Patrick Bormann / Thomas Freiberger /
Judith Michel (Hg.)

Angst in den Internationalen Beziehungen

Mit 2 Abbildungen

V&R unipress

Bonn University Press



„Dieses Hardcover wurde
auf FSC-zertifiziertem
Papier gedruckt. FSC (Forest
Stewardship Council)
ist eine nichtstaatliche,
gemeinnützige
Organisation, die sich
für eine ökologische und
sozialverantwortliche
Nutzung der Wälder
unserer Erde einsetzt.“

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89971-631-3

**Veröffentlichungen der Bonn University Press
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH.**

Gedruckt mit Hilfe der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung
für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein.

© 2010, V&R unipress in Göttingen / www.vr-unipress.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke.
Printed in Germany.

Titelbild: Deutscher Infanterist mit Gasmaske bei Sturmangriff, nach einer Zeichnung von G.S. Nöbel 1917, BArch, Bild 183-S66633 / Fotograf: ohne Angaben

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Vorwort 7

Danksagung 9

Einleitung

Patrick Bormann / Thomas Freiberger / Judith Michel
Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen
Beziehungen 13

Die Verwendung der Angst als Analysekategorie

Georg Christoph Berger Waldenegg
Selbstmord aus Angst vor dem Tod: Überlegungen zur Beurteilung von
Emotionen durch Historiker 47

Patrick Bormann
Furcht und Angst als Faktoren deutscher Weltpolitik 1897 – 1914 71

Angst als Perzeptionsfaktor

Alma Hannig
Angst und die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten
Weltkrieg 93

Andrew Dodd
»Ihr wollt den Rest Europas in Deutschland verankern«: Margaret
Thatcher and German Reunification 115

Pierre-Frédéric Weber
Angst in der polnischen Deutschlandpolitik nach 1945: Realität,
Instrumentalisierung, Nebenwirkungen auf dem Weg zum Abbau 131

Die Instrumentalisierung von Angst

Michael Lenz

»The Apprehension of Danger«: American Fears and American Foreign Policy in the Early Republic 151

Lothar Höbel

Schreckensszenarien und Autosuggestion: Die Royal Air Force und die britische Politik vor 1939 167

Sebastian Haak

Nuclear fear, konventionelle Kriege und die Instrumentalisierung von Angst in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg 185

Die Angst vor der Angst

Holger Löttel

Des »Emotionalen Herr werden«: Konrad Adenauer und die »Angst vor der Atombombe« im Jahr 1957 205

Rüdiger Graf

Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst: Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74 227

Judith Michel

»Richtige« und »falsche« Angst in der westdeutschen Debatte um den Nato-Doppelbeschluss 251

Angst im historischen Längsschnitt

Jörg Ulbert

Von der Furcht vor einer habsburgischen Umklammerung zur Angst vor einem übermächtigen Konkurrenten im Osten: Der Kampf gegen die deutsche Einheit als Triebfeder der französischen Deutschlandpolitik (16.–20. Jahrhundert) 275

Thomas Freiburger

Freedom from Fear: Die republikanische Illusion der amerikanischen Außenpolitik 295

Autorenverzeichnis 317

Vorwort

Klassische Studien zu den internationalen Staatenbeziehungen behandeln das Thema »Angst« eher stiefmütterlich. Dies ist um so erstaunlicher, als das Sujet im Zusammenhang der Probleme, mit denen sich die Politikgeschichte in der Regel beschäftigt – nämlich Krieg und Frieden, Diplomatie und Strategie, Macht und Gegenmachtbildung – eine zentrale Rolle spielt: Angst, Sorgen, Befürchtungen, Panik, Misstrauen, Unsicherheit und das Wechselverhältnis von »arrogance and anxiety« (L. L. Farrar) sind, wenn es um die internationalen Wirkungszusammenhänge, Wahrnehmungshorizonte, spezifischen Mentalitäten und Perzeptionen geht, ohne die Berücksichtigung emotionaler Kategorien unvollständig. Dies wird auch nur selten ernsthaft bestritten, wenn man etwa an die Häufigkeit denkt, mit der die sogenannte »Hobbesianische Furcht« beschworen wird, ohne dass jedoch systematisch ausgeführt wird, was darunter verstanden werden soll und welche Folgen diese Bedrohungsgefühle auf das Staatsgefüge und einzelne Entscheidungsträger haben. Angst gilt weithin als irrationale Empfindung, die sich der nüchternen Analyse des dem auf Quellen vertrauenden Historiker oftmals entzieht und ihm schon deshalb suspekt erscheint. Häufig wird das Feld eher historischen Hilfswissenschaften oder der etwas randständigen »psycho-history« überlassen, die sich den Grauzonen der »Emotionen« widmen darf, ohne allerdings von der historischen Forschung wirklich zur Kenntnis genommen zu werden. Selbst wenn einmal Werke dieses Genres zitiert werden, dann in der Regel nur, um nachzuweisen, dass man sie wahrgenommen hat, um sie dann beruhigt ignorieren zu können.

Der vorliegende Sammelband mit Beiträgen von Bonner Nachwuchswissenschaftlern sowie von ausgewiesenen auswärtigen Wissenschaftlern hilft der »Angst« in den Staatenbeziehungen aus ihrer isolierten Betrachtungsweise. Die einzelnen Aufsätze stehen dabei stets in der Tradition moderner Politikgeschichte, die sich nicht ausschließlich als Diplomatiegeschichte versteht, sondern mit methodischer Offenheit ökonomische und kulturelle Aspekte inkorporiert, ohne in den Sparten Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte oder Kulturgeschichte rubriziert werden zu wollen. Jedem Leser sei zunächst die

erhellende theoretische Einführung empfohlen, bevor dann die Lektüre der Einzelbeiträge beginnen kann. Ihr Spektrum reicht von den Motiven zur österreichisch-ungarischen Kriegsentscheidung 1914 bis zu den Überlegungen zur Ergründung der Gefühlslage Margaret Thatchers im Angesicht der deutschen Wiedervereinigung. Die Lektüre ist ebenso erfrischend wie analytisch reizvoll – und es ist daher zu wünschen, dass die hier vorgelegten innovativen Beiträge zur Kategorisierung von »Angst« die Geschichtswissenschaft nicht ängstigen, sondern ganz im Gegenteil anregen mögen!

Joachim Scholtyseck

Danksagung

Die Idee zu diesem Sammelband entstand im Kreise junger Wissenschaftler, die allesamt über Themen der Internationalen Beziehungen forschten und feststellten, dass das empirisch schwer greifbare Gefühl der Angst immer wieder durch ihre Quellen hindurchschimmerte und im historischen Geschehen Wirkung entfaltete. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass dieses Thema in der Historiographie der Internationalen Beziehungen bislang eher vernachlässigt wurde. Bald war daher der Entschluss gefasst, eine wissenschaftliche Konferenz über Angst als Wahrnehmungs- und Entscheidungsfaktor in den Internationalen Beziehungen zu organisieren. So fand im März 2009 eine Tagung zu diesem Thema in Bonn statt, aus deren Beiträgen schließlich dieses Buch entstand. Ohne die Hilfe einer Vielzahl von Institutionen und Personen wäre die Umsetzung dieser beiden Projekte allerdings nicht möglich gewesen, ihnen möchten die Herausgeber daher an dieser Stelle aufrichtig danken.

Bei der Drucklegung des Sammelbandes haben wir großzügige finanzielle Unterstützung durch die Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften und die Philosophische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn erfahren. Beiden Institutionen möchten wir inständig dafür danken. In diesem Zusammenhang gilt unser herzlicher Dank auch Herrn Prof. Dr. Bernhard Löffler, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, den Sammelband für eine Förderung zu begutachten. Für die hervorragende und stets angenehme Betreuung bei der Bonn University Press fühlen wir uns Frau Ulrike Schermuly und Frau Katharina Wöhl sehr verbunden. Den Herausgebern der Reihe »Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte« danken wir herzlich für die Aufnahme des Sammelbandes.

Auch bei der Durchführung der Konferenz erfuhren die Herausgeber mannigfache Unterstützung. Unser besonderer Dank gebührt der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, ohne deren unkomplizierte und freigiebige Hilfe diese Konferenz bloß ein Entwurf auf dem Reißbrett geblieben wäre. Herrn Dr. Andreas Archut von der Abteilung Presse und Kommunikation der Universität

Bonn danken wir für seine überaus professionelle Hilfe. Großen Dank schulden die Herausgeber auch dem Präsidenten der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Prof. Dr. Hans Walter Hütter, der nicht nur unserer Konferenz einen wunderbaren Raum im Haus der Geschichte, sondern auch jungen Historikern ganz selbstverständlich Raum zur geistigen Entfaltung bereit gestellt hat. Unser Dank gilt zudem den Mitarbeitern des Hauses der Geschichte, vor allem Herrn PD Dr. Harald Biermann, Frau Dr. Dorothea Kraus und Frau Bettina Peterle, deren Professionalität in hohem Maße zum Gelingen der Konferenz beigetragen hat. Frau Dr. Wencke Meteling und Herrn Dr. Henning Türk danken wir für ihre interessanten und aufschlussreichen Vorträge. Gerne erinnern wir uns auch an die Moderatoren der Konferenz, Herrn Prof. Dr. Dominik Geppert, Herrn Dr. Georg Schneider und Herrn Dr. Stephen Schröder, die sich alle sofort bereit erklärt haben, eine Vortrags-Sektion zu leiten.

Ganz besonders haben wir Herrn Dr. Holger Löttel zu danken, der nicht nur die Idee zur Konferenz mitentwickelte, sondern diese auch gemeinsam mit uns organisierte. Leider ließ es seine Zeit nicht zu, auch an der Herausgabe des Sammelbandes mitzuwirken. Herr Dr. Christoph Studt hat die Planungen stets mit gutem Rat begleitet und sich immer als Fels in der Brandung erwiesen. Unser herzlicher Dank gilt zudem den studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften der Abteilung für Geschichte der Neuzeit. Sie alle haben uns tatkräftig bei der Durchführung der Konferenz und beim Korrekturlesen geholfen: Ben Behschnitt, Nils Kleine, Iris Limburger, M.A., Rabea Möllers, Silke Nierling, Lena Retterath, Christian Schlöder, M.A., Nina Schnutz, M.A., Per Tiedtke, M.A. und Inez von Weitershausen, M.A. Ihr seid großartig! Wir danken überdies Christine Schaffrath, die eigentlich als Gast gekommen war und doch beherzt mit anpackte, als Hilfe nötig war.

Ein ganz herzlicher Dank aber geht an die Schirmherren des Projektes Herrn Prof. Dr. Klaus Hildebrand und Herrn Prof. Dr. Joachim Scholtyseck. Als wir ihnen von unserer Idee berichteten, haben sie uns von Anfang an ermutigt, unser Vorhaben voranzutreiben. Während der gesamten Konferenz hat Prof. Dr. Joachim Scholtyseck nicht nur seine schützende Hand über uns gehalten und uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden, sondern auch seinen gewohnten Schwung und Elan in die Konferenz eingebracht. Unglücklicherweise konnte Prof. Dr. Klaus Hildebrand unserer Tagung nicht wie geplant beiwohnen. Aber auch wenn er physisch nicht anwesend war, so war er doch in unserem Geiste stets präsent. Wir alle verdanken ihm ein lebhaftes und leidenschaftliches Interesse an der Geschichte und vor allem an der Geschichte der Internationalen Beziehungen.

Bonn, Sommer 2010

Patrick Bormann, Thomas Freiberger, Judith Michel

Einleitung

Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen

Nach der Brockhausdefinition ist Angst ein »meist quälender, stets beunruhigender und bedrückender Gefühlszustand als Reaktion auf eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung. Die Angst ist meist verbunden mit bestimmten Vorstellungen, Fantasien oder Erwartungen wie auch Reaktionen des vegetativen Nervensystems (z. B. Unruhe, Erregung, Herzklopfen, Schweißausbrüche, Bewusstseins-, Denk- oder Wahrnehmungsstörungen, Anstieg von Puls- und Atemfrequenz, verstärkte Darm- und Blasenaktivität, Zittern, Schwächegefühl, Schwindel, Erblassen, Erstickungsgefühl).«¹ Von der Geburt bis zum Tode ist uns die Angst ein ständiger Begleiter. Menschen ängstigen sich vor der Ungewissheit des Neuen ebenso sehr wie vor der Monotonie des Althergebrachten; sie fürchten Ausgrenzung und Einsamkeit nicht weniger als Konformismus und Identitätsverlust.² Weil sie Gefahren anzeigt und Affekte zügelt, fällt der Angst als »Grundbefindlichkeit des menschlichen Daseins«³ eine schützende Funktion zu: Wer Angst verspürt, verhält sich zwar zaghaft und verkrampft, aber eben auch vorsichtig, abwägend und taktierend; die Angst selbst ist ein Helfer bei der Suche nach Auswegen aus der Angst. Sie eröffnet neue Möglichkeiten, indem sie den Erwerb neuen Wissens, die Anpassung von Zielen oder die Neubewertung von Ereignissen veranlassen kann. Die Angst erschließt neue Erfahrungsbereiche, die langfristig durchaus positive Konsequenzen mit sich führen können.⁴

Diese positive Einschätzung der Angst wird jedoch auch oftmals in Frage gestellt. Die erste Assoziation, die viele heute mit dem Thema Angst in der Politik verbinden, ist der gegenwärtige internationale oder islamistische Ter-

1 Brockhaus Enzyklopädie Online, 21., neu überarb. Aufl., Leipzig und Mannheim 2006, online: <<http://www.brockhaus-encyklopaedie.de/>>, [Stand: 16. April 2010].

2 Vgl. Fritz Riemann, Grundformen der Angst. Eine tiefenpsychologische Studie, Basel 1977, S. 7–20.

3 Werner Klosinski, Zum Phänomen der Angst, in: Rolf Denker (Hg.), Angst und Aggression, Stuttgart 1974, S. 7–17, hier S. 10.

4 Vgl. Wiebke Putz-Osterloh, Angst und Handeln aus psychologischer Sicht, in: Franz Bosbach (Hg.), Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000, S. 1–11, hier S. 11.

rorismus. Eine eindeutige Definition dessen, was eigentlich der Begriff Terrorismus beinhaltet, fällt zwar nach wie vor schwer.⁵ Entscheidend ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Verbreitung von Angst zu einem der am häufigsten genannten definitorischen Merkmale von Terrorismus gehört.⁶ Terroristen versuchen gezielt unter der Bevölkerung Angst zu verbreiten, damit diese wiederum Druck auf die Regierungen ausübt. Peter Waldmann hat daher darauf verwiesen, dass Terrorismus »primär eine Kommunikationsstrategie« darstelle, die durch die Instrumentalisierung von Angstgefühlen danach trachte, gegnerisches Verhalten zu konditionieren.⁷ Die amerikanische Politik unter George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York wurde entsprechend von vielen Analysten mit der Angst vor dieser außenpolitischen Bedrohung begründet.⁸ Die US-Administration führte im Inland rigorose Sicherheitsmaßnahmen durch und stürzte außenpolitisch sowohl das Taliban-Regime in Afghanistan als auch Saddam Hussein im Irak. Diese Politik wurde damit begründet, dass sie Amerika sicherer vor Terroristen mache.⁹ Der internationale

5 Vor allem die Abgrenzung terroristischer von gewöhnlicher krimineller und militärischer Gewalt, sowie von Staatsterror und Guerillakriegs-Taktiken bereitet dabei Schwierigkeiten. Vgl. dazu Bruce Hoffmann, *Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*, 5. Aufl., Frankfurt/Main 2003, S. 34 – 56; Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, 2. vollst. überarb. Ausgabe, Hamburg 2005, S. 11 – 32; Charles Townshend, *Terrorismus*, Stuttgart 2005, S. 11 – 13. Zum Verhältnis von Terrorismus und asymmetrischer Kriegführung siehe exemplarisch Herfried Münkler, *Asymmetrische Gewalt. Terrorismus als politisch-militärische Strategie*, in: Ders., *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, Weilerswist 2002, S. 252 – 264 sowie Ders., *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002, S. 175 – 205.

6 Bei der Hälfte von 101 Definitionen wird die »Hervorhebung von Furcht und Schrecken« als definitorisches Element von Terrorismus genannt. Nur die Elemente »Gewalt, Zwang« und »Politisch« werden häufiger genannt. Vgl. dazu Hoffmann, *Terrorismus*, S. 51.

7 Waldmann, *Terrorismus*, S. 15. Terrorismus trachtet danach, eine »starke emotionale Reaktion« (Angst/Schrecken/Verunsicherung) beim Feind und »positive« Emotionen wie Schadenfreude bei Anhängern zu erzeugen. Schlussendlich zielen terroristische Anschläge auf »bestimmte Verhaltensreaktionen ab: insbesondere überstürzte, von einer gewissen Panik diktierte Schutz- und Vergeltungsmaßnahmen, aber auch auf aktive Mithilfe beim angestrebten Kampf.« Ebd., S. 35.

8 Ob diese Angst tatsächlich Antriebsmotiv der Entscheidungsträger in Washington war oder aber nur als Vehikel zur Durchsetzung weit reichender außenpolitischer Ziele diente, ist heftig umstritten. Vgl. John Lewis Gaddis, *Surprise, Security and the American Experience*, Cambridge/MA und London 2004; John L. Gaddis's *Surprise, Security, and the American Experience. A Roundtable Critique in: Passport. The Newsletter of the Society of Historians of American Foreign Relations 36/2* (August 2005), S. 4 – 16; *Diplomatic History Roundtable. The Bush Administration's Foreign Policy in Historical Perspective*, in: *Diplomatic History 29/3* (2005), S. 395 – 444.

9 Siehe dazu *The National Security Strategy of the United States of America*, März 2006, online: <<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>>, [Stand: 16. April 2010]. Unter anderem sind im Rahmen der Terrorbekämpfung von der Bush-Administration zahlreiche Gesetze erlassen worden, welche die Macht der Exekutive zulasten der anderen beiden Regierungsgewalten

Terrorismus und die momentan andauernde Schwäche der Weltwirtschaft lassen Ängste auf den ersten Blick vorrangig als Krisenphänomene erscheinen.

Ein zentraler Befund der Beiträge des vorliegenden Bandes ist jedoch, dass es nicht nur die großen Krisenzeiten sind, in denen Angst von Bedeutung ist. Sie prägt zugleich auch in Friedenszeiten regelmäßig die internationalen Beziehungen. Man denke nur an die gerade in den letzten Jahren immer wieder an die Oberfläche tretenden polnischen Ängste vor einer deutschen Revisionspolitik. Auch der Prozess der deutschen Wiedervereinigung wurde von den europäischen Verbündeten Deutschlands keineswegs uneingeschränkt begrüßt. Es ist der Vorteil von wissenschaftlichen Tagungen, dass sie die Möglichkeit bieten, vielfältige Erscheinungsformen eines Themas in den Blick zu nehmen. Aus diesem Grund trafen sich im März 2009 europäische Wissenschaftler zu einer Tagung in Bonn, um dieser Frage unter dem Thema »Angst als Perzeptions- und Handlungsfaktor in den Internationalen Beziehungen« nachzugehen. Der vorliegende Sammelband beruht auf den Beiträgen dieser Konferenz.¹⁰

Bevor die einzelnen Beiträge dieses Sammelbandes kurz vorgestellt werden, soll auf einige grundlegende Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Angst und Internationale Beziehungen eingegangen werden, die den theoretischen Rahmen der Diskussion bilden. Dabei soll vor allem der Versuch unternommen werden, definitorisch einige Lichtstrahlen in ein Themengebiet zu werfen, das historiographisch noch weitgehend als *terra incognita* gelten kann. Zwar gibt es durchaus eine Historiographie der Emotionen und der Angst, allerdings beschäftigt sich diese nicht explizit mit dem Zusammenhang von Angst und Internationalen Beziehungen. Dennoch ermöglicht die Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Ansätzen der Emotionsforschung eine sinnvolle erste Annäherung an die Thematik. Im Anschluss daran soll geprüft werden, ob Gefühl und Verstand einander ausschließen. Diese Überlegung ist für den grundsätzlich nach Rationalität strebenden politischen Entscheidungsträger von erheblicher Bedeutung. Daran anknüpfend ist zu fragen, was »Emotionen«

ausgedehnt haben. Im April 2006 hat man zugleich die Zahl der vom Präsidenten missachteten Gesetze auf 750 geschätzt. Vgl. Charlie Savage, *Bush challenges hundred of laws*, in: *International Herald Tribune*, 3. April 2006.

- 10 Einem ähnlichen Unterfangen widmete sich eine Bayreuther Tagung zu »Angst und Politik in der europäischen Geschichte«, deren Beiträge sich jedoch auf innenpolitische, überwiegend mittelalterliche und frühneuzeitliche Problemfelder konzentrierten, während die Rolle der Angst in den Internationalen Beziehungen nur am Rande berührt wurde. Eine Hamburger Tagung zu »Angst im Kalten Krieg« nahm hingegen stärker den Zusammenhang von Angst in der Internationalen Politik in den Blick. Dabei wurden neben kulturellen Aspekten das Verhältnis von Angst und Sicherheit sowie Angstdiskurse und die Instrumentalisierung der Angst in Ost und West im Zeitraum von 1945–1990 thematisiert. Vgl. dazu Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.

im Allgemeinen und Gefühle wie »Angst« und »Furcht« im Speziellen ausmachen. Aus den gewonnenen Befunden sollen dann einige zentrale Schlussfolgerungen hinsichtlich der methodischen Schwierigkeiten einer geschichtswissenschaftlichen Erforschung der Angst angestellt werden.

Emotionen und Emotionsforschung

Nach der anfangs zitierten Brockhaus-Definition beschreiben Angst und Furcht menschliche Gefühlszustände.¹¹ Sie sind Spielarten der übergeordneten Gruppe der Emotionen, die sich nur sehr schwer mit dem Instrumentarium menschlicher Logik beschreiben lassen. Trotz methodischer Probleme, die die Beschäftigung mit der Analyse von Gefühlen mit sich bringt, hat die Geschichte der Emotionen gegenwärtig Konjunktur.¹² Seit der »kulturalistischen Wende« wird dem wahrnehmenden und handelnden Subjekt wieder ein größeres Eigengewicht zugesprochen, und das Konzept der soziokulturellen Konstruiertheit von Emotionen erwies sich als besonders anschlussfähig für die Arbeitsweise der Kulturwissenschaft.¹³ In Deutschland hat innerhalb der Historiographie vor allem Ute Frevert die stärkere Erforschung von Emotionen angemahnt.¹⁴

Lange Zeit scheute die Wissenschaft jedoch davor zurück, sich der Erforschung dieses elementaren, aber schwer zu fassenden Bestandteils menschlichen Seins eingehend zu widmen. Erst in den 1970/80er Jahren wurde eine systematische Emotionsforschung in der Psychologie, der Psychoanalyse, den Neurowissenschaften, der Anthropologie, der Soziologie, der Politologie sowie der Geschichtswissenschaft vorangetrieben.¹⁵ Die Psychologie und Lebenswissenschaften konzentrierten sich dabei hauptsächlich auf die invariablen Faktoren der Gefühlswelt. Hingegen sind die Soziologie, die Anthropologie und die Geschichtswissenschaft darum bemüht, Emotionen in unterschiedlichen kultu-

11 Angst und Furcht werden mitunter zu den sogenannten »starken Gefühlen« gezählt, d. h. sie wirken sich in besonderem Maße auf menschliches Verhalten aus. Vgl. Gerhard Roth, Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert, neue, vollst. überarb. Ausgabe, Frankfurt/Main 2003, S. 310.

12 Vgl. Alexandra Przyrembel, Sehnsucht nach Gefühlen. Zur Konjunktur der Emotionen in der Geschichtswissenschaft, in: L'Homme 16 (2005), S. 116–124.

13 Birgit Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005, S. 9–32, hier S. 27.

14 Derzeit leitet sie das Projekt des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zur »Geschichte der Gefühle« und geht vor allem der kulturellen Prägung von Emotionen nach. Vgl. online: <<http://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/gg/index.htm>>, [Stand: 16. April 2010].

15 Einen historiographischen Überblick gibt Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte, S. 18–32.

rellen Kontexten nachzugehen bzw. ihrem Wandel im Laufe der Zeit nachzuspüren.¹⁶ Während quantitativ vorgehende Sozialwissenschaften hierbei den Versuch unternehmen, theoretische Modelle zu bilden, kann die Geschichtswissenschaft anhand konkreter historischer Einzelbeispiele die Validität dieser Modelle überprüfen.

Die historische Emotionsforschung setzte zu Beginn überwiegend im angloamerikanischen Raum ein. In Anlehnung an den Ansatz der Psychohistorie konzentrierte sie sich zunächst auf Gefühle im familiären Kontext.¹⁷ Es folgten Studien unter anderem zur Geschichte des Ärgers, der Langeweile, des Vertrauens, des Ekels, der Aggression und auch der Angst.¹⁸ Aufbauend auf frühen Untersuchungen zur Massenpsychologie, begannen Soziologen und Historiker sich außerdem dem Phänomen von Masse und Emotion im Kontext autoritärer Regime sowie der Herausbildung von sozialen Bewegungen zu widmen – wobei unter anderem Angst als ein Kontrollinstrument und Mobilisierungsfaktor ausgemacht wurde.¹⁹

In den letzten Jahren schenken immer mehr Emotionsforscher dem Thema Angst ihre Aufmerksamkeit. Zu nennen sind hier zunächst die Studien der Soziologen Barry Glassner und Frank Furedi, die sich mit der Entstehung und

16 Vgl. Peter N. Stearns, *American Fear. The Causes and Consequences of High Anxiety*, New York und London 2006, S. 13.

17 Die Psychohistorie untersucht historische Vorgänge mit einem psychologischen Ansatz. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Geschichte der Kindheit und Familien, die Psychobiographik und die Massenpsychohistorie. Vgl. Lloyd deMause, *Was ist Psychohistorie? Eine Grundlegung*, Gießen 2000. Zu Emotionen im familiären Kontext vgl. die Übersicht in Peter N. und Carol Z. Stearns, *Emotionology. Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards*, in: *The American Historical Review* 90/4 (1985), S. 813–836 und bei Ute Frevert, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert*, in: Paul Nolte u. a. (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 95–111, hier S. 96 f.

18 Carol Z. Stearns/Peter N. Stearns, *Anger. The Struggle for Emotional Control in America's History*, Chicago und London 1986; Martina Kessel, *Langeweile. Zum Umgang mit Zeit und Gefühlen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000; Winfried Menninghaus, *Ekel. Theorie und Geschichte einer starken Empfindung*, Frankfurt/Main 1999; Ute Frevert, *Vertrauen. Historische Annäherungen an eine Gefühlshaltung*, in: Claudia Benthien u. a. (Hg.), *Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle*, Köln u. a. 2000, S. 178–197; Peter Gay, *Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter*, München 2000; Ders., *Das Zeitalter des Doktor Arthur Schnitzler. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/Main 2002, S. 161–191.

19 Vgl. beispielsweise Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hg.), *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt/Main und New York 2006; Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg.), *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*, Opladen und Wiesbaden 1999; Helena Flam/Debra King (Hg.), *Emotions and Social Movements*, London und New York 2005; Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.), *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago und London 2001.

Politisierung von wachsenden Angstgefühlen vor allem in den Vereinigten Staaten auseinandersetzen. Ihre Arbeiten geben interessante Einblicke in die bisweilen existierende Kluft zwischen Bedrohungsperzeptionen und tatsächlichen Bedrohungen sowie die politische und mediale Instrumentalisierung von Angst, ohne jedoch eine historische Perspektive einzunehmen.²⁰ Auch der Philosoph Lars Svendsen, der jüngst eine »Philosophy of Fear« vorgelegt hat, ist auf das gesellschaftliche Paradoxon gestoßen, dass die moderne Lebenswelt faktisch immer sicherer werde, während sich gleichzeitig eine ausgeprägte Kultur der Angst ausbreite, die vor allem darin bestehe, »that we seem to see *everything* from a perspective of fear.«²¹ Der Politologe Corey Robin legt zu Beginn seiner Studie den Stellenwert von Angst in der westlichen politischen Ideengeschichte dar, um sich darauf aufbauend ebenfalls damit zu befassen, wie politische Entscheidungsträger in den USA Ängste bewusst nutzen, um ihre Agenda voranzutreiben.²² Die Historikerin Joanna Bourke nimmt weniger die politischen Aspekte der Angst in den Blick, sondern wendet sich der kulturellen Dimension von Angst und ihrem sozialem Ausdruck in den letzten zweihundert Jahren zu. Sie kritisiert dabei eine Überrationalisierung der Gefühle, die dazu führt, dass die physiologische Komponente von Angst in den Hintergrund tritt.²³ Der Historiker Peter N. Stearns, der als ein Pionier der historischen Emotionsforschung betrachtet werden kann, hat ebenfalls eine Studie zur Geschichte der Angst in den Vereinigten Staaten vorgelegt. Er versucht herauszuarbeiten, wie sich Angst und ihr Ausdruck im Laufe der Zeit gewandelt haben, wie die Angst sich in den weiteren Kontext der amerikanischen Verhaltensgeschichte einordnen lässt und wie und warum sich amerikanische Angst von Angst in anderen Gesellschaften unterscheidet.²⁴ Der Schwerpunkt liegt darüber hinaus auf der innenpolitischen Nutzung von Angst durch Politiker sowie auf den kulturellen Aspekten, wohingegen die Rolle von Angst in den Internationalen Beziehungen nur am Rande behandelt wird.²⁵

Zu den wenigen Historikern, die sich mit Angst in den Internationalen Beziehungen beschäftigt haben, gehörte der britische Historiker Herbert Butterfield. Er stellte bereits 1960 fest: »[F]ear and suspicion are not merely factors in

20 Barry Glassner, *The Culture of Fear. Why Americans are Afraid of the Wrong Things*, New York 1999; Frank Furedi, *The Politics of Fear*, New York 2005.

21 Vgl. Lars Svendsen, *A Philosophy of Fear*, London 2008, S. 11 – 20, hier S.13, [Hervorhebung im Original].

22 Corey Robin, *Fear. The History of a Political Idea*, New York 2004.

23 Joanna Bourke, *Fear. A Cultural History*, Emeryville 2006.

24 Stearns, *American Fear*. Vgl. hierzu auch die Beiträge von Michael Lenz und Thomas Freiberger in diesem Band.

25 Das vor kurzem erschienene Werk von Dominique Moïsi, *Kampf der Emotionen. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen*, München 2009 ist eher essayistisch gehalten.

the story, standing on a level with a lot of other factors. They give a certain quality to human life in general, condition the nature of politics, and imprint their character on diplomacy and foreign policy.«²⁶ Butterfield war der Auffassung, dass die Wirklichkeit im internationalen Staatensystem jenem Urzustand in einer Gesellschaft ohne Staatsgewalt gleiche, den Hobbes einst als Zustand »beständige[r] Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes«²⁷ beschrieben hat. Aufgrund eines fehlenden Leviathans, so Butterfield, befinde sich das Internationale Staatensystem immer noch in einer »situation of Hobbesian fear.«²⁸ Ansonsten ist die Bedeutung von Emotionen für das politische Agieren von Entscheidungsträgern bislang kaum untersucht worden. Dabei gilt auch für die Geschichte der Internationalen Beziehungen, dass Emotionen als Gefühlsdispositionen auf Handlungen Einfluss nehmen können.²⁹ Nichtsdestoweniger beklagte Frank Nullmeier 2006 zu Recht, dass dem Zusammenhang von Emotion und politischem Handeln bislang meist nur cursorische Aufmerksamkeit gewidmet wurde.³⁰ Es lohnt sich daher auch bereits intensiv untersuchte Themen noch einmal einer Prüfung zu unterziehen und die emotionalen Bestandteile der Handlungen nachzuzeichnen.³¹

Da einer Handlung stets kognitive Prozesse wie Vorstellungen und Wahrnehmungen vorausgehen und Kognitionen wiederum stark von Emotionen beeinträchtigt werden können, gilt es zu klären, in welchem Verhältnis Wahrnehmung und Emotion zueinander stehen. Gefühle sind »typischerweise gegenstandsarm und unpräzise« und können daher auch nicht wesenhaft den Wahrnehmungen, Vorstellungen und Gedanken zugerechnet werden, da diese in der Regel konkrete, benennbare Inhalte aufweisen. Dies bedeutet, dass Gefühle zunächst einmal zu den einfachen Wahrnehmungen und Vorstellungen hinzukommen, ihre Wirkung also eher additiv entfalten.³² An dieser Stelle lässt sich

26 Herbert Butterfield, *Human Nature and the Dominion of Fear*, in: Ders., *International Conflict in the Twentieth Century. A Christian View*, New York 1960, S. 81 – 98, hier S. 85.

27 Thomas Hobbes, *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hg. und eingeleitet von Iring Fetscher, 8. Aufl., Frankfurt/Main 1998, S. 96.

28 Butterfield, *Human Nature and the Dominion of Fear*, S. 85. Den Begriff »Hobbesian fear« hat Butterfield bereits 1951 geprägt: Herbert Butterfield, *The Tragic Element in Modern International Conflict*, in: Ders., *History and Human Relations*, London 1951, S. 9 – 36, hier S. 21.

29 Vgl. Aschmann, *Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte*, S. 30. Vgl. auch Hilde Haider, *Emotionen als Steuerungselemente menschlichen Handelns*, in: Birgit Aschmann. (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2005, S. 33 – 47.

30 Vgl. Frank Nullmeier, *Politik und Emotion*, in: Rainer Schützeichel (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze*, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 84 – 103, hier S. 84 f.

31 Diese Forderung erhebt Aschmann, *Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte*, S. 11.

32 Vgl. Roth, *Fühlen, Denken, Handeln*, S. 294 – 297, Zitat S. 297.

die Emotionsforschung mit der Perzeptionsforschung verknüpfen, die in der Geschichtsschreibung der Internationalen Beziehungen schon lange verankert ist. Die Emotion kann dabei als einer von vielen Faktoren verstanden werden, der Wahrnehmungen beeinflusst.³³ Was Gottfried Niedhart über den kausalen Nexus von Wahrnehmung und Handlung festgestellt hat, ist auch auf die Wechselwirkung von Emotion und Handlung zu übertragen: »Der konkrete Zusammenhang von Perzeption und Entscheidung ist nur von Fall zu Fall zu beschreiben. Manche Perzeptionen determinieren Handlungen, andere lassen verschiedene Handlungen zu. Manche Handlungen verändern Perzeptionen.«³⁴ Auch in Bezug auf Emotionen wie Angst wird man feststellen können, dass diese nicht zwingend eine bestimmte Handlung hervorruft. Abhängig von allgemeinen Rahmenbedingungen und individuellen Prädispositionen mag sie das eine Mal Fluchtreflexe auslösen, während sie das andere Mal Angriffsbereitschaft weckt.³⁵

Verstand vs. Gefühl?

Ein Grund für die dilatorische Behandlung des Themas Angst in den Internationalen Beziehungen mag auch damit zusammenhängen, dass Gefühle allgemein und Angst im Speziellen immer noch als Störfaktoren in einer von Vernunft bestimmten Welt betrachtet werden. Doch stehen sich Verstand und Gefühl in der Domäne menschlichen Handelns tatsächlich unversöhnlich gegenüber?

Durch die Forschungsergebnisse der Neurowissenschaften ist die Dichotomie zwischen irrationalen Gefühl und rationaler Vernunft mittlerweile überwiegend aufgegeben, vielmehr gelten Emotionen heute als wichtiger Bestandteil rationalen Handelns.³⁶ Fühlen, Wahrnehmen und Denken wirken zusammen.³⁷ Vor

33 Grundlegend zur Wahrnehmung in den Internationalen Beziehungen: Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton 1976.

34 Gottfried Niedhart, Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000, S. 141 – 157, hier S. 154.

35 Dies hat am Beispiel der deutschen Außenpolitik von 1848 bis 1914 ausgeführt Lancelot L. Farrar, *Arrogance and Anxiety. The Ambivalence of German Power, 1848 – 1914*, Iowa City 1981.

36 Grundlegend hierzu Roth, *Fühlen, Denken, Handeln*, S. 287 – 292. Siehe auch Lorraine Daston, *Die kognitiven Leidenschaften*, in: Dies. (Hg.), *Wunder, Beweise und Tatsachen. Zur Geschichte der Rationalität*, Frankfurt/Main 2001, S. 77 – 98; Aschmann, *Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte*, S. 17. Aschmann warnt zugleich davor, Emotionen zu sehr in das rationale Schema zu pressen, da dies ihnen den spezifischen, leidenschaftlichen Charakter nehme. Vgl. ebd., S. 18.

allem die Studien der amerikanischen Neurobiologen Joseph LeDoux und Antonio Damasio haben Schädigungen von Hirnregionen und deren Auswirkungen auf das emotionale und rationale Verhalten von Patienten untersucht. Dabei stellte sich heraus, dass in einigen Fällen die Patienten ihre kognitiven Fähigkeiten behielten, dagegen jedoch völlig emotionslos wurden und sich besonders mit Blick auf ihre soziale Umwelt unvernünftig und rücksichtslos verhielten. Bekannte Gefahren wurden nicht mehr gemieden und stattdessen hohe Risiken eingegangen.³⁸

Auch wenn Gefühl und Vernunft im Allgemeinen nicht mehr als Gegensätze begriffen werden, bedeutet dies nicht, dass Emotionen per se rationale Handlungen unterstützen. Zwar gibt es durchaus Gefühle, die bei der Kognition einer Situation behilflich sind und dazu beitragen, eine entsprechend angemessene Handlung auszulösen. Als Beispiel wäre hier der Fluchtreflex zur Meidung einer Gefahr zu nennen. Jedoch gibt es auch Emotionen, die irrationale Handlungen begünstigen, wenn diese generell zum Ausschluss von Handlungsalternativen führen und somit eine Wahlmöglichkeit verhindern oder sie gar die Wahl einer suboptimalen Alternative wider besseres Wissen anregen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn aufgrund von persönlichen Abneigungen zwischen Staatsmännern kein Dialog über gemeinsame Interessen zustande kommt. Auch gibt es rationales Verhalten ohne größere emotionale Aufladung.³⁹

Hieran schließt sich die Frage an, wie bewusst bzw. unbewusst Gefühle auftreten und wie sehr Gefühle zu bestimmten Handlungen treiben bzw. inwiefern sie gezielt kontrolliert werden können und verschiedene Handlungsmöglichkeiten zulassen. Die Neurobiologie geht davon aus, dass Kognitionen stark von Emotionen, jedoch Emotionen selten von Kognitionen beeinflusst werden. Emotionen haben somit das erste und das letzte Wort im menschlichen Handeln: »Sie haben das erste Wort insofern, als sie maßgeblich unsere Ziele und Wünsche prägen, und sie haben das letzte Wort insofern, als sie in letzter Instanz darüber entscheiden, welche von den rational erwogenen Handlungsoptionen durchgeführt werden und welche nicht.«⁴⁰ Umgekehrt ist es hingegen kaum

37 Vgl. hierzu ausführlich Dietrich Dörner/Thea Stäudel, Emotion und Kognition, in: Klaus R. Scherer (Hg.), *Psychologie der Emotion*, Göttingen 1989, S. 293 – 344; Horst Gies, *Emotionalität versus Rationalität?*, in: Bernd Mütter/Uwe Uffelman (Hg.), *Emotionen und historisches Lernen. Forschung – Vermittlung – Rezeption*, Hannover 1996, S. 27 – 40.

38 Vgl. Antonio R. Damasio, *Descartes' Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn*, 3. Aufl., München und Leipzig 1997, S. 86 – 119, hier S. 87; Joseph E. LeDoux, *Emotion in the Brain*, in: *Annual Review of Neuroscience* 23 (2000), S. 155 – 184.

39 Vgl. Nullmeier, *Politik und Emotion*, S. 100; Annette Schnabel, *Sind Emotionen rational? Emotionen als Herausforderung für Rational-Choice-Ansätze*, in: Schützeichel (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie*, S. 175 – 194, hier S. 184.

40 Rainer Schützeichel, *Emotionen und Sozialtheorie – eine Einleitung*, in: Ders. (Hg.), *Emo-*

möglich, sich bewusst für Emotionen zu entscheiden; jedoch kann man bewusst Situationen schaffen, die bestimmte Emotionen evozieren.⁴¹ Um nur ein Beispiel zu nennen: die westdeutsche und die französische Regierung versuchten seit den 1960er Jahren, in ihren Bevölkerungen freundschaftliche Gefühle für die jeweils andere Bevölkerung zu stärken, indem Austauschprogramme und interkulturelle Veranstaltungen gefördert wurden.

Deutungskonzepte der Emotionen

Wie die Frage nach dem Verhältnis von Gefühl und Vernunft war auch die Frage nach der Entstehung und Essenz von Gefühlen lange Zeit in der Forschung umstritten. »Wie kann man Emotionen beschreiben?«, fragt etwa Rainer Schützeichel: »Handelt es sich um physiologische, um behaviorale, um kognitive, um leibliche, um bewusstseinsförmige oder um semantisch-kulturelle Phänomene?«⁴² Anne-Charlott Trepp erklärt die Entstehung von Emotionen durch das »Zusammenwirken biologischer, psychischer, sozialer und kultureller Faktoren.«⁴³ Ähnlich sieht dies Ute Frevert, die der Ansicht ist, Emotionen setzen sich im Wesentlichen aus vier Bestandteilen zusammen: »aus der unmittelbaren Wahrnehmung einer gegebenen (sozialen) Situation, aus Veränderungen körperlicher Empfindungen, aus der Demonstration expressiver Gesten und aus einem kulturellen Code, der diese Gesten mit Bedeutung versieht.«⁴⁴ Wie Birgit Aschmann herausarbeitet, musste Frevert in dem von ihr gewählten Beispiel »Vertrauen« allerdings bereits selbst Abstriche an dieser Definition vornehmen, da es durchaus Gefühle gebe, die ohne sozialen Reiz entstünden und auch keine körperliche Reaktion mit sich brächten.⁴⁵

Bis heute scheiden sich die Geister an der Frage, wie die von Frevert deklarierten Einflussfaktoren zu gewichten bzw. ob sie überhaupt konstitutiv für Emotionen sind. Am einen Ende der Bandbreite stehen Verfechter des physiologischen Ansatzes, die Gefühle lediglich als hormonelles bzw. synaptisches Reiz-Reaktions-Schema begreifen. Dieser Ansatz führt für den Historiker

tionen und Sozialtheorie, S. 7–26, hier S. 10. Zur neurobiologischen Diskussion siehe Roth, Fühlen, Denken, Handeln, S. 292–297.

41 Vgl. Schnabel, Sind Emotionen rational?, S. 189.

42 Schützeichel, Emotionen und Sozialtheorie – eine Einleitung, S. 12. Vgl. auch Roth, Fühlen, Denken, Handeln, S. 293 f.

43 Anne-Charlott Trepp, Code contra Gefühl? Emotionen in der Geschichte, in: Sowi 30 (2001), S. 44–53, hier S. 45.

44 Frevert, Angst vor Gefühlen?, S. 98.

45 Vgl. dazu Ute Frevert, Vertrauen – eine historische Spurensuche, in: Dies. (Hg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, S. 7–66. Zur Kritik siehe Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte, S. 12 f.

schnell in eine Sackgasse, da es in den seltensten Fällen möglich ist, Daten über physische Reaktionen von Menschen aus der Vergangenheit zu erhalten. Darüber hinaus haben Untersuchungen gezeigt, dass biologisch ähnlich gestaltete Erregungszustände mit sehr unterschiedlichen Gefühlsbezeichnungen versehen wurden, je nachdem, in welcher Situation der Erregungszustand erzeugt wurde.⁴⁶ Am anderen Ende der Skala finden sich Sozialkonstruktivisten, die davon ausgehen, emotionale Normen seien durch gesellschaftlich-institutionelle Konstellationen konstituiert. Nach dieser Sichtweise gibt es keine angeborenen universellen Gefühlsreaktionen, sondern nur kulturell vermittelte emotionale Standards.⁴⁷ Diese Sichtweise schreibt Emotionen intentionalen Charakter zu.⁴⁸ Auch ist dieser Ansicht nach lediglich eine Analyse von Gefühlsdiskursen legitim.⁴⁹ Die physiologische Komponente von Gefühlen wird hierbei gänzlich ausgeblendet.⁵⁰

Diese beiden extremen Sichtweisen erscheinen vor dem Hintergrund der Forschungsergebnisse in den modernen Kognitionswissenschaften der letzten zwei Jahrzehnte kaum haltbar. Einerseits bleibt es nach wie vor umstritten, ob es so etwas wie einen Grundstock an Emotionen gibt, über die jeder Mensch von Geburt an verfügt. Andererseits lassen die Studien des Psychologen Paul Ekman, der versucht, die Existenz von Basis-Emotionen nachzuweisen, erhebliche Zweifel an der These der Sozialkonstruktivisten aufkommen. Ekman und andere Wissenschaftler haben in 21 Ländern den Zusammenhang zwischen Gefühlszuständen und Gesichts- und Lautausdrücken untersucht.⁵¹ Zu den Emotionen, die am ehesten weltweit den gleichen Gesichtsausdrücken zugeordnet werden konnten, zählten Freude, Ärger, Ekel, Trauer und Furcht/Überraschung.⁵² Emotionen setzen sich also sehr wahrscheinlich aus einer angeborenen physiologischen und einer sozial erlernten Komponente zusammen. Der Psychologe

46 Vgl. Stearns/Stearns, *Emotionology*, S. 834.

47 Vgl. beispielsweise Catherine A. Lutz, *Unnatural Emotions. Everyday Sentiments on a Micronesian Atoll and Their Challenge to Western Theory*, Chicago 1988 und Rom Harré (Hg.), *The Social Construction of Emotions*, Oxford 1986.

48 Vgl. Schützeichel, *Emotionen und Sozialtheorie – eine Einleitung*, S. 13 f.

49 So z. B. Frevert, *Angst vor Gefühlen?*, S. 100.

50 Auch wenn die Wechselwirkung zwischen Emotionen und körperlichen Reaktionen nicht eindeutig bestimmbar ist, werden die Unterschiede bei zunehmender Intensität des jeweiligen Gefühls meist deutlicher. Vgl. Roth, *Fühlen, Denken, Handeln*, S. 294 – 297.

51 In folgenden Ländern wurden Studien durchgeführt: Argentinien, Brasilien, Chile, China, England, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Japan, Kirgisistan, Malaysia, Schottland, Schweden, Indonesien (Sumatra), Schweiz, Türkei, USA und in mehreren Ländern Afrikas. Vgl. Paul Ekman, *Facial Expressions*, in: Tim Dalgleish/Mike J. Power (Hg.), *Handbook of Cognition and Emotion*, Chichester u. a. 1999, S. 301 – 320, hier S. 305.

52 Vgl. ebd., S. 316. Interessanterweise sind die Gesichtsausdrücke für Angst und Überraschung nur in Schriftkulturen unterscheidbar, während sie bei sogenannten primitiven Kulturen gleich aussehen.

Arne Öhman hat Emotionen daher einmal treffend als »biologically prepared learning« beschrieben.⁵³

Für die Geschichtswissenschaft ist entsprechend eine abgeschwächte konstruktivistische Position interessant, die Vertreter des »emotionology«-Ansatzes einnehmen, der maßgeblich von Peter N. und Carol Z. Stearns geprägt wurde. Sie schlagen den Begriff »emotionology« vor, »with which to distinguish the collective emotional standards of a society from the emotional experiences of individuals and groups.«⁵⁴ Ihrer Ansicht nach sollte die Forschung zunächst bei der »emotionology« ansetzen, da diese leichter zu analysieren sei und Grundlage für die Erforschung von tatsächlich empfundenen Gefühlen sein müsse. Manchmal werde die Forschung zwar nicht über die Untersuchung der emotionalen Standards hinaus kommen.⁵⁵ Diese Feststellung solle die Historiker jedoch nicht entmutigen: »Careful use of a multiplicity of sources, aided by the distinction between emotional values and emotional experience, may yield clearer signposts than we have to date. It is unwise and unnecessary to use difficulty as an excuse for neglect of a basic ingredient of human history.«⁵⁶ Trotz der Konzentration auf die sozialen Regeln, nach denen Gefühle offenbart werden, gehen schließlich auch die Stearns von einer Wechselwirkung von emotionalen Standards und der emotionalen Erfahrung aus. Dies öffnet weiteren Forschungsperspektiven den Raum, wie der Frage nach Vermittlungsversuchen des Individuums zwischen gesellschaftlicher emotionaler Norm und tatsächlich empfundenem Gefühl.⁵⁷

Bei aller Diskussion über gesellschaftlich vermittelte Gefühlsstandards ist es unabdingbar, das Individuum angemessen zu berücksichtigen. Welche Gefühle empfunden werden und welche Ausprägungen sie haben, hängt eben nicht zuletzt mit den persönlichen Wertprioritäten zusammen.⁵⁸ Menschen mit einem stark ausgeprägten überpersönlichen Wertesystem verspüren zum Beispiel leichter Angst bei Kriegsgefahr oder Umweltproblemen, während Personen, für die persönliche Selbstverwirklichung im Zentrum steht, auf gesellschaftliche Bedrohungen erst dann mit Angst reagieren, wenn diese sie unmittelbar betreffen.⁵⁹ Vorstellungen von Krieg spielen eine wichtige Rolle bei der Beurteilung

53 Arne Öhman, *Face the Beast and Fear the Face. Animal and Social Fears as Prototypes for Evolutionary Analyses of Emotion*, in: *Psychophysiology* 23/2 (1986), S. 123–145, hier S. 129.

54 Stearns/Stearns, *Emotionology*, S. 813.

55 Vgl. ebd., S. 825.

56 Ebd., S. 830.

57 Vgl. ebd., S. 825.

58 Vgl. die Literatur diskutierend Harald Schoen, *Beeinflusst Angst politische Einstellungen? Eine Analyse der öffentlichen Meinung während des Golfkriegs 1991*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (2006), S. 441–464, hier S. 443.

59 Vgl. ebd.

vom Einsatz des Militärs. Ist jemand der Überzeugung, dass nur mit gewaltsamen Mitteln der Weltfrieden gesichert werden kann, wird er sich trotz Angstgefühlen eher mit ihnen abfinden, als wenn er ein prinzipieller Gegner von Militäreinsätzen ist.⁶⁰ In der Julikrise 1914 beispielsweise war die politische Führung in Berlin bereit, den Krieg zu wagen, weil sie diesen – wie alle anderen europäischen Großmächte zu dieser Zeit – grundsätzlich für ein legitimes Mittel hielt, obwohl sie ihn eigentlich vermeiden wollte.⁶¹

Angst wird keineswegs nur dann empfunden, wenn eine Bedrohung für das leibliche Leben wahrgenommen wird. Auch bei einer Bedrohung des eigenen Ansehens besitzen Angstzustände die gleichen qualitativen Erlebnismerkmale und gehen mit autonomer Erregung einher.⁶² Man denke nur an die weit verbreitete Prüfungsangst. Um die Bedeutung des Einflusses von Emotionen auf kognitive Entscheidungsprozesse nachzuzeichnen, muss zudem der Versuch unternommen werden, spezifische Gefühlslagen in den Blick zu nehmen und kurzfristige Launen von lang angelegten Gefühlsdispositionen zu unterscheiden. Es ist ein Unterschied, ob nur eine gewisse Neigung für oder gegen etwas empfunden wird oder ob dahinter mehr oder weniger starke Gefühle stehen. Problematisch ist hierbei, dass eine »scharfe Unterscheidung zwischen Affekten, Emotionen und Stimmungen« oft nicht möglich ist.⁶³ Schließlich können auch biographische Lebensumstände, wie der kurz zurückliegende Verlust eines Ehepartners, Einfluss auf die Beschaffenheit von Empfindungen haben. Allerdings sollte auch anerkannt werden, dass diese Einflussfaktoren in vielen Fällen für den Historiker nur annäherungsweise greifbar sind.

Die Vielfalt der Angst

Möchte der Historiker dem Zusammenhang von Emotion und Handlung in der Internationalen Politik nachspüren, steht er vor einem doppelten Problem. Zunächst muss er wenigstens in Ansätzen ausfindig machen, welche Emotionen in Bezug auf seinen Untersuchungsgegenstand eine Rolle gespielt haben. Erst dann kann er sich dem Unterfangen widmen, den Einfluss der Gefühle auf die Handlung neben anderen handlungsbestimmenden Faktoren auszumachen. Das setzt naturgemäß voraus, dass der Historiker weiß, wonach er in seinen Quellen Ausschau halten muss. Er sollte also definieren, mit welchen analyti-

60 Vgl. ebd.

61 Vgl. hierzu den Beitrag von Patrick Bormann in diesem Band.

62 Vgl. Werner D. Fröhlich, Angst als psychologisches Problem, in: Günter Eifler u. a. (Hg.), Angst und Hoffnung. Grundperspektiven der Weltauslegung, Mainz o. J. [1988], S. 117 – 137, hier S. 134 f.

63 Roth, Fühlen, Denken, Handeln, S. 294 – 297, Zitat S. 297.

schen Begriffen er operiert. Obwohl die Gefühle Angst und Furcht des Öfteren von den verschiedensten Denkern reflektiert wurden, begann die systematische wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen erst mit der aufkommenden Existenzphilosophie Mitte des 19. Jahrhunderts.⁶⁴ Seit Sören Kierkegaards Abhandlung über den »Begriff der Angst« aus dem Jahre 1844 wird zwischen der gegenstandsärmeren und diffuseren Angst und der inhaltlich konkreteren Furcht unterschieden.⁶⁵ Diese Unterscheidung fand schließlich auch schnellen Eingang in die Psychoanalyse und die Neurowissenschaften.

Nach einer psychologischen Definition wird Angst dann erlebt, wenn eine Bedrohung das eigene Wohlergehen gefährdet, den eigenen Erwartungen widerspricht, ihre Folge als sehr wahrscheinlich gilt, sie zudem unmittelbar bevorsteht und sie als Blockierung erlebt wird.⁶⁶ In allen Angstdefinitionen wird aber ein weiteres Merkmal als zentral hervorgehoben, das empirisch besonders gut belegt ist. Wer Angst empfindet, der schätzt das eigene Potential zur Bewältigung der Situation beziehungsweise zur Aufhebung der Bedrohung als sehr gering ein.⁶⁷ In menschlichen Konfliktsituationen bedeutet dies meist, dass der Ängstliche oder Furchtsame ein Machtungleichgewicht ausmacht und Übergriffe des Stärkeren befürchtet. Dies kann sowohl zur völligen Unterwerfung als auch zur Rebellion führen mit dem Ziel, die Überlegenheit des anderen und das Machtungleichgewicht zu beseitigen.⁶⁸ Diese Erkenntnis aus der Individualpsychologie lässt sich besonders gut auf die Ebene der internationalen Staatenbeziehungen übertragen, in denen sich immer wieder Gleichgewicht- oder Hegemoniesysteme⁶⁹ nachweisen lassen.

Die Angst hat zahlreiche verwandte Begriffe wie die »Furcht«, der wohl der

64 Aristoteles hat sich mit der kathartischen Funktion des »Schaudererregenden« in der Tragödie auseinandergesetzt. Vgl. Aristoteles, *Poetik*, übersetzt und hg. von Manfred Fuhrmann, Stuttgart 2006. Machiavelli schrieb über das Für und Wider der Instrumentalisierung der Furcht im Rahmen der Machtausübung. Vgl. Kap. XVII. in Niccolò Machiavelli, *Der Fürst*, in: Ders., *Politische Schriften*, hg. von Herfried Münkler, Frankfurt/Main 1990, S. 51–123, hier S. 94–96. Montaigne hat sich hingegen anregend über die mannigfachen Erscheinungen der Furcht geäußert. Vgl. Michel de Montaigne, *Über die Furcht*, in: Ders., *Essais*, Frankfurt/Main 1998, S. 43 f.

65 Vgl. Sören Kierkegaard, *Der Begriff der Angst*, in: Ders., *Die Krankheit zum Tode; Furcht und Zittern; Die Wiederholung; Der Begriff der Angst*, hg. von Hermann Diem/Walter Rest, 2. Aufl., München 2007, S. 441–640, bes. S. 488. Kierkegaards existenzphilosophische Betrachtungen sind dann besonders einflussreich von Martin Heidegger weitergeführt worden, wonach »[d]as Sichängsten ursprünglich und direkt die Welt als Welt [erschließt].« Martin Heidegger, *Sein und Zeit*, 19. Aufl., Tübingen 2006, S. 184–191, hier S. 187.

66 Die folgende Aufzählung orientiert sich an Putz-Osterloh, *Angst*, S. 6.

67 Vgl. ebd.

68 Vgl. Gies, *Emotionalität versus Rationalität?*, S. 34.

69 Vgl. Ludwig Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der europäischen Staatengeschichte*, hg. von Klaus Hildebrand, Zürich 1996.

wichtigste ist, die »Sorge« oder die »Beunruhigung«. ⁷⁰ Auch die »Panik« findet regelmäßige Verwendung in der Analyse von durch Angst geprägten Situationen. Während viele Darstellungen die verschiedenen Bezeichnungen synonym verwenden, plädieren andere für eine Differenzierung verschiedener Begriffe. Vor allem für die Begriffe »Angst« und »Furcht« werden in der Philosophie, der Psychologie und der Neurobiologie unterschiedliche Bedeutungsinhalte vorgeschlagen und auch in der Geschichtswissenschaft wird gelegentlich mit der Unterscheidung gearbeitet. ⁷¹ Unter Furcht versteht man daher in Anlehnung an Kierkegaard in diesen Wissenschaften »aversive Gefühle gegenüber *konkreten Objekten*«, während Angst ein »generelle[s] Gefühl der Besorgnis und Bedrohung, das mit exzessiver Besorgtheit und ›Überwachsamkeit‹ (Hypervigilanz) einhergeht«, beschreibt. ⁷² Das Gefühl der Angst ist zwar im Vergleich zur Furcht nicht gegenstandslos, aber doch gegenstandsärmer und diffuser. Die Übergänge zwischen Angst und Furcht sind daher eher gleitend.

Die Furcht, als stärker gegenstandsbezogene Empfindung, gehört zu den wohl am besten erforschten Gefühlzuständen. In der Hirnforschung zählt sie zu denjenigen Emotionen, die stets mit einem physiologisch messbaren Zustand einhergehen. ⁷³ Wenn sich jemand fürchtet, dann treten demnach die damit verbundenen physiologischen Symptome immer auf: »Ein Mensch, dessen Hautwiderstand und Adrenalinspiegel sich beim Anblick eines bestimmten Objektes oder einer bestimmten Szene nicht deutlich ändert, verspürt auch keine Furcht. Das Umgekehrte gilt übrigens nicht zwingend, denn die genannten physiologischen Vorgänge können durchaus auftreten, ohne dass die Person Furcht empfindet.« ⁷⁴ Trotz all dieser Begriffsunterscheidungen gibt es ein Element, das beide Gefühle definitorisch entscheidend verbindet: Beide Empfindungen sind im Kern mit der Erwartung eines Unheils in der Zukunft verbunden. ⁷⁵

Gleiches gilt für die Panik, die jedoch kein anhaltender Zustand ist, sondern als »Angstanfall« charakterisiert wird, der nach psychologischen Erkenntnissen im Durchschnitt 30 Minuten andauert. ⁷⁶ Sie kann von inneren Prozessen aus-

70 Vgl. zur Differenzierung Sholomit Levy/Louis Guttman, Worry, Fear and Concern Differentiated, in: Israel Annals of Psychiatry and Related Disciplines 14 (1976), S. 211–228.

71 Vgl. Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte, S. 13 sowie Roth, Fühlen, Denken, Handeln, S. 332. Lars Svendsen zweifelt allerdings die Trennschärfe beider Begriff in der Praxis an. Vgl. Svendsen, Philosophy of Fear, S. 35–37.

72 Roth, Fühlen, Denken, Handeln, S. 332.

73 Vgl. ebd., S. 286.

74 Ebd.

75 Vgl. Svendsen, Philosophy of Fear, S. 39.

76 Vgl. Jürgen Markgraf/Silvia Schneider, Panik. Angstanfälle und ihre Behandlung, 2. überarb. Aufl., Berlin u. a. 1990, S. 10. Das Merkmal der starken zeitlichen Beschränkung sollte davor warnen, den Begriff der Panik in der historiographischen Analyse inflationär zu gebrauchen.

gelöst werden und gleichsam »spontan« auftauchen, oder aber durch »gefürchtete externe Situationen«, die im Großen und Ganzen das gleiche Erscheinungsbild hervorrufen.⁷⁷ Panik kann nicht einfach durch rationale Argumentation beendet werden, sondern steht außerhalb der willkürlichen Kontrolle und löst in der Regel Vermeidungsverhalten aus.⁷⁸ Differenzierte Untersuchungen über die Panik außerhalb der Psychologie sind bislang Mangelware. Allein die Massenpanik hat in soziologischen Studien einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen.⁷⁹ Auf die Entscheidungsprozesse in den internationalen Beziehungen wird die Panik allenfalls in extremen Ausnahmefällen Einfluss erlangen, und so hat sich die Politikgeschichte diesem Phänomen bislang noch nicht genähert.⁸⁰

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich, wenn man mit den Begrifflichkeiten anderer Sprachen arbeiten muss. Im Englischen beispielsweise gibt es die Begriffe »fear« und »anxiety«, die auf den ersten Blick ebenfalls eine gute Differenzierung verschiedener Empfindungen ermöglichen. Im alltäglichen Sprachgebrauch ist es jedoch so, dass überwiegend der Begriff »fear« sowohl für Angst als auch für Furcht verwendet wird, während der Begriff »anxiety« zwar unserem deutschen Begriff der eher gegenstandsloseren und diffuseren Angst recht nahe kommt, allerdings äußerst selten verwendet wird.⁸¹ Hinzu kommt, dass der Begriff »anxiety« auch noch eine von Angst und Furcht gänzlich verschiedene Bedeutung wie »Bemühen« haben kann.⁸²

77 Ebd., S. 12.

78 Vgl. ebd., S. 14.

79 Vgl. z. B. Anthony R. Mawson, *Mass Panic and Social Attachment. The Dynamics of Human Behavior*, Aldershot 2007.

80 Allerdings gibt es Studien, die entsprechend der konstruktivistischen Ansätze der *emotionalology*-Konzeption untersuchen, welche Vorstellungen von »Panik« zu bestimmten Zeiten in verschiedenen Kulturen vorherrschten. Vgl. beispielsweise die Beiträge in Devon E. Hinton/ Byron J. Good, *Culture and Panic Disorder*, Stanford 2009; Jackie Orr, *Panic Diaries. A Genealogy of Panic Disorder*, Durham und London 2006.

81 Im amerikanischen Englisch versteht man unter »fear« einen »unpleasant emotional state characterized by anticipation of pain and great distress and accompanied by heightened autonomic activity especially involving the nervous system: agitated foreboding often of some real or specific peril«. Der Begriff wird synonym zu »dread, fright, alarm, dismay, consternation, panic, terror, horror, trepidation« verwendet, wobei der Begriff »fear« als der »most general of the terms« definiert wird. Im Vergleich dazu wird »anxiety« als »state of being anxious or of experiencing a strong or dominating blend of uncertainty, agitation or dread, and brooding fear about some contingency« definiert. Der Begriff wird meist synonym zum Begriff »care« oder »concern« verwendet, was eher dem deutschen Begriff der »Sorge« entspricht. Vgl. »fear« und »anxiety« Webster's Third New International Dictionary Unabridged. Merriam-Webster, 2002, online: <<http://unabridged.merriam-webster.com>>, [Stand: 16. April 2010]. Siehe auch Joanna Bourke, *Fear and Anxiety. Writing about Emotion in Modern History*, in: *History Workshop* 55 (2003), S. 111 – 133, hier S. 126 – 129.

82 Dies illustriert der folgende Ausschnitt aus dem Tagebuch des britischen Politikers Harold Macmillan: »The truth is that the Socialists have fought the election (very astutely) not on

Bei all diesen Differenzierungen gilt es aber eines zu beachten: Die genannten Unterscheidungen zwischen Furcht und Angst können für die Historiographie sinnvoll sein – sie werden und wurden aber im Allgemeinen weder im heutigen noch im früheren allgemeinen Sprachgebrauch konsequent angewandt, woraus sich wiederum die Notwendigkeit einer strikten Unterscheidung zwischen analytischen und zeitgenössischen Begriffen ergibt.⁸³ Der Historiker muss also in der Regel bei der Interpretation von Quellen eher von einem unreflektierten Gebrauch beider Begriffe ausgehen. Der Umgang mit und die Interpretation von Sprache stellt ihn daher im Umgang mit Emotionen vor eine ganze Reihe von Herausforderungen.

Angst, Furcht und Sprache als quellenkritisches Problem

Um Handlungsantriebe aus Emotionen abzuleiten, ist es notwendig, diese möglichst ungefiltert rekonstruieren zu können.⁸⁴ Dem stehen allerdings zahlreiche Probleme gegenüber. Zunächst wäre die Tatsache zu nennen, dass Emotionen meist nicht einzeln, sondern in einer Mischung verschiedener Gefühle auftreten. Die Angst kann beispielsweise mit Verzweiflung oder Einsamkeit einhergehen.⁸⁵ Zudem haftet allen Gefühlszuständen etwas Gleitendes, Atmosphärisches an.⁸⁶ Die Ursachen für die Gefühle bleiben dem Individuum oft unklar und der Mensch tendiert nachweislich dazu, sich fiktive Ursachen zurechtzulegen, ohne sich dessen bewusst zu sein.⁸⁷ Hinzu kommt die Problematik, dass wir schon in Bezug auf Menschen aus unserem Umfeld nicht wissen können, ob sie dasselbe Gefühl wie wir meinen, wenn sie beispielsweise von Angst sprechen. Noch schwieriger gestaltet sich dies, wenn kulturelle, räumliche oder zeitliche Variationen der Gefühle und ihrer Ausdrucksformen hinzutreten.⁸⁸

Der Historiker steht vor dem Problem, dass er sich Emotionen meist nur über

Socialism but on Fear [sic!]. Fear of unemployment; fear of reduced wages; fear of reduced social benefits; fear of war. These four fears have been brilliantly, if unscrupulously, exploited. If, before the next election, none of these fears have proved reasonable, we may be able to force the Opposition to fight on Socialism. Then we can win. It follows, therefore, that our chief anxiety must be to disprove and destroy the efficacy of Fear [sic!].« Tagebucheintrag vom 28. Oktober 1951, in: The Macmillan Diaries. The Cabinet Years, 1950 – 1957, hg. und eingeleitet von Peter Catterall, London, Basingstoke und Oxford 2003, S. 113.

83 Vgl. Marc Bloch, Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers, Stuttgart 2002, S. 175 und S. 193.

84 Vgl. Przyrembel, Sehnsucht, S. 122.

85 Vgl. auch Claudia Benthien/Anne Fleig/Ingrid Kasten, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle, Köln u. a. 2000, S. 7 – 19, hier S. 8.

86 Vgl. ebd., S. 10.

87 Vgl. Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte, S. 31.

88 Vgl. Frevert, Angst vor Gefühlen?, S. 99.

die Verbalisierung der Gefühle nähern kann. Hierbei ist jedoch mit einer Reihe von Fallstricken zu rechnen. Das Gesagte entspricht nicht immer dem Gefühlten. So kann beispielsweise aus propagandistischen Gründen bewusst ein anderer Gefühlszustand suggeriert werden als der tatsächlich empfundene – man denke nur an die Dankbarkeitsadressen der ehemaligen Ostblockstaaten gegenüber der Sowjetunion. Allerdings bedeutet eine bewusst gesteuerte Gefühlsrhetorik im Umkehrschluss nicht automatisch, dass die artikulierten Emotionen nicht auch wirklich empfunden wurden.⁸⁹ Lothar Höbelt zeigt zum Beispiel in diesem Band, dass die Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg gezielt Angst vor deutschen Luftangriffen schürte, man dies jedoch nicht als Beweis nehmen dürfe, dass diese Angst nicht wenigstens in Ansätzen auch wahrhaft vorhanden war.

Ein weiteres Problem für den Historiker besteht darin, dass die passenden Worte zur Artikulation fehlen oder Emotionen gar nicht verbalisiert werden, obgleich sie dennoch vorhanden sind.⁹⁰ Er ist in einem stärkeren Maße als der Anthropologe »ein Gefangener der Sprache«, der sich darum bemühen muss, »das aufzuweisen, was die Grenze zwischen dem Gesagten und dem Ungesagten absteckt. Er muß wissen, daß das allzu Gängige dem Schweigen nicht minder oft anheim fällt als die Wahrnehmung eines neuen Reizes, dessen Bewußtwerdung noch nicht sehr klar und dessen Ausdrucksmittel noch nicht wirklich entwickelt sind.«⁹¹ Die fehlende Verbalisierung tritt insbesondere in emotional besonders intensiven Situationen auf. So ist davon auszugehen, dass in der Vergangenheit Soldaten im Krieg große Angst empfunden haben, sie diese aber nicht artikuliert haben, da ein Soldat sich stets als unerschrocken zu geben hatte.

Dieses Beispiel verweist zugleich auf ein verwandtes Problem. Bestimmte Gefühle gelten zu bestimmten Zeiten als unangemessen und werden als Zeichen der (Charakter-) Schwäche verstanden – für keine Emotion gilt dies stärker als für die Angst. Auf dem Feld der Politik hat die Angst daher schon länger einen schlechten Ruf. Sie gilt, um es mit den Worten von Altkanzler Helmut Schmidt zu sagen, als »ganz schrecklich schlechter Ratgeber«⁹². Die »heutige Angst«, stellte Schmidt in einem Artikel in der Zeit Ende 1983 fest, »ist irrational – sie sitzt in unserer Seele, sie kommt nicht aus der Ratio. Aber die Ratio kann helfen, sie zu überwinden.«⁹³ Gerade auch in amtlichen Schriftstücken, die für die Analyse von

89 Vgl. Bernd Greiner, Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: Ders./Müller/Walter (Hg.), Angst im Kalten Krieg, S. 7–31, hier S. 25.

90 Vgl. Trepp, Code contra Gefühl?, S. 46.

91 Alain Corbin, Geschichte und Anthropologie der Sinneswahrnehmungen, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1988, S. 121–140, hier S. 133 f.

92 Zitiert nach Dieter Senghaas, Angst in der Politik, in: Hans Jürgen Schultz (Hg.), Angst, Stuttgart 1987, S. 248–262, hier S. 249. Vgl. auch Schoen, Beeinflusst Angst politische Einstellungen?, S. 441.

93 Helmut Schmidt, Fürchtet Euch nicht, in: Die Zeit, 23. Dezember 1983. Urs Schwarz hielt die

außenpolitischen Entscheidungsprozessen von zentraler Bedeutung sind, oder auch in öffentlichen Stellungnahmen findet daher das bewusste Artikulieren von Gefühlen in aller Regel nicht statt. Bis in die Gegenwart gilt es als politisch inopportun, Angst einzugestehen, vielmehr wird von Politikern Sicherheit erwartet.⁹⁴ Politiker gleichen in ihrem Sprachverhalten damit ein wenig dem stolzen gallischen Häuptling Majestix in den Asterix-Comics, der nur von einer Angst umgetrieben wurde, und zwar, »dass ihm der Himmel auf den Kopf fallen könnte.« Aber auch nichtamtliche Dokumente bieten nur in seltenen Fällen konkrete emotionale Bekenntnisse. Und selbst wenn dies der Fall sein sollte, bleibt die benannte Lücke zwischen Emotion und Verbalisierung bestehen.⁹⁵

Ein differenzierter Sprachgebrauch der Begriffe »Angst«, »Furcht« etc. ist für den Historiker auf der analytischen Ebene *nach* der Sichtung aller Quellen durchaus sinnvoll, mit Blick auf die Quelleninterpretation würde er sich jedoch erkenntnishemmend auswirken, denn er darf sein Gespür für Lebensäußerungen nicht verlieren, die *nicht nur* zwischen den Zeilen hindurchschimmern. Das Gefühl der Furcht kann einen Quellentext durch und durch dominieren, ohne dass die Begriffe Angst und Furcht explizit genannt werden müssen. Hinsichtlich der Gefühle Angst und Furcht sollte der Historiker bei der Analyse seiner Quellen sein Augenmerk daher auf Äußerungen richten, die einen Hinweis auf das definitorische Kernmerkmal beider Gefühle geben, und das ist die Erwartung eines Unheils oder einer negativen Situation in der Zukunft.

Solange die Historiographie sich der methodischen Probleme bewusst bleibt, kann sie mit ihren klassischen Instrumenten der Quellenkritik, aber auch mit Erkenntnissen der Kognitionswissenschaften versuchen, den Emotionen auf die Spur zu kommen. Wenn Kaiser Wilhelm in seinen berühmten Marginalien auf offiziellen Schriftstücken dreifache Ausrufezeichen verwendet, dann ist dies kein nüchternes Kalkül, sondern Ausdruck einer emotionalen Regung. Die emotionale Stimmung der Abgeordneten während einer Parlamentssitzung lässt

Angst ganz ähnlich für den »schlimmsten Berater [...]«. Sie zwingt zum Handeln, wenn man abwarten sollte, sie lähmt die Hand gerade dann, wenn sie zupacken müsste«. Urs Schwarz, Die Angst in der Politik, Düsseldorf 1967, S. 219. Franz Neumann nach beeinträchtigt »Angst die Freiheit der Entscheidung«. Franz Neumann, Angst und Politik. Vortrag, Tübingen 1954, S. 7. Zur Trennung zwischen Emotion und Ratio bei Helmut Schmidt vgl. auch den Beitrag von Judith Michel in diesem Band.

94 Über die Angst hinaus sind Emotionen in der Politik grundsätzlich nur selten anerkannt. Vgl. Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte, S. 9. Zum Begriff »Sicherheit«, betrachtet als »umfassender soziokultureller Orientierungshorizont« einer Gesellschaft siehe Eckard Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 357–380, hier S. 360.

95 Vgl. Alf Lüdtke, Macht der Emotionen – Gefühle als Produktivkraft. Bemerkungen zu einer schwierigen Geschichte, in: von Klimó/Rolf (Hg.), Rausch und Diktatur, S. 44–55, hier S. 49–53.

sich anhand von stenographischen Protokollen nachzeichnen. Werden besonders häufig Gelächter oder humorvolle Einlassungen wiedergegeben, könnte dies als Indiz interpretiert werden, dass die Verhandlung offenbar nicht von einer großen Anspannung geprägt wurde. Eine schweigende Zuhörerschaft könnte hingegen auf einen großen Ernst in der Versammlung hindeuten, während erregte Zwischenrufe und Beleidigungen eher für ein aufgeheiztes Klima sprechen. Allerdings zeigen bereits diese Beispiele, dass die Deutungen uneindeutig sind und stets ergänzender Belege bedürfen.

Psychologische Erkenntnisse können weitere Indizien für das Vorliegen von Angst liefern. Bestimmte Verhaltensweisen gelten beispielsweise als typisch in Angstsituationen. So kann Angst die Suche nach Sozialpartnern initiieren, weil durch deren Anwesenheit die Angst reduziert wird.⁹⁶ Ein Soldat, der in den Krieg zieht, wird von der ganzen Familie verabschiedet, was nicht nur Ausdruck eines Trennungsschmerzes ist, sondern dem in den Krieg ziehenden auch Mut zusprechen soll. Nach den Erinnerungen von John F. Kennedys Berater Arthur M. Schlesinger Jr. suchte der US-Präsident während der Kuba-Krise in den kritischen Momenten die Nähe zu seiner Familie.⁹⁷ In diesem Verhaltensmuster liegt kein Beweis für die Existenz der Emotion »Angst« vor. Die Verabschiedung des Soldaten durch die Familie könnte auch Ausdruck eines kulturellen Abschiedsrituals und die Kennedy-Administration von treusorgenden Familienvätern geprägt gewesen sein. Stößt der Historiker auf solche Phänomene, sollten diese Indizien jedoch dazu anregen, auf die Suche nach der Angst zu gehen und ihren Einfluss auf das Handeln zu untersuchen.

Wie gezeigt wurde, stehen Historiker, die sich bemühen, aus ihren Quellen die Emotion »Angst als Perzeptionsfaktor und Handlungsantrieb in den internationalen Beziehungen« herauszudestillieren, unweigerlich vor einer Vielzahl methodischer Probleme. Die wissenschaftlichen Standpunkte, wie mit diesen methodischen Herausforderungen umzugehen ist, sind in der Regel ebenso ambivalent wie das Gefühl der Angst selbst, dem in den Quellen nachgespürt werden soll. Während die Skeptiker aus guten Gründen die Fähigkeit des Historikers anzweifeln, über emotionale Zustände überhaupt verlässliche Aussagen treffen zu können, geben die Gegner dieser Position mit ebenso guten Argumenten zu bedenken, dass die Angst als Grundbefindlichkeit des Menschen trotz aller methodischer Schwierigkeiten nicht aus der Geschichtsschreibung ausgeklammert werden darf. Der natürliche Gegenstand der Geschichtswissenschaft sind die Menschen und ihr Handeln in der Zeit. Marc Bloch hat einmal geschrieben, der gute Historiker gleiche »dem Menschenfresser im Märchen. Seine

96 Vgl. Putz-Osterloh, *Angst*, S. 7 f.

97 Vgl. Arthur M. Schlesinger, Jr., *A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House*, Boston und New York 2002, S. 818, [Erstauflage 1965].

Beute weiß er dort, wo er Menschenfleisch wittert.«⁹⁸ Die Geschichtswissenschaft ist eine wichtige Orientierungswissenschaft, weil sie bei der Deutung der Gegenwart durch den Dialog mit Vergangenheit eine gesellschaftlich zentrale Rolle einnimmt. Aus diesem Grund muss sie bei aller Spezialisierung auch immer wieder versuchen, den ganzen Menschen und sein Handeln in der Zeit in den Blick zu nehmen.⁹⁹ Dieser Auftrag schließt die Vernachlässigung menschlicher Gefühlswelten per se aus, auch wenn Kausalzusammenhänge zuweilen schwer erkennbar und oftmals nicht zweifelsfrei belegbar sind.¹⁰⁰

Hierbei gilt, dass die historische Forschung immer dann besonders fruchtbar ist, wenn sie ihrem Gegenstand mit methodischer Offenheit begegnet, weil oftmals erst die intensive Auseinandersetzung mit einer Methode oder einer Theorie eine Schärfung des Frageinstrumentariums erlaubt, mit dem der Historiker an seine Quellen herantritt. Der Blick über den Tellerrand des eigenen Fachs ist also durchaus nützlich, denn »[e]s gibt im Leben Augenblicke, da die Frage, ob man anders denken kann, als man denkt, und anders wahrnehmen kann, als man sieht, zum Weiterschauen und Weiterdenken unentbehrlich ist.«¹⁰¹ Wer den Faktor Emotion in die Analyse der Internationalen Beziehungen einbinden will, kann daher von den Erkenntnissen der Kognitionswissenschaften nur profitieren. Allerdings kann der enge Theoriebezug für den nah am Gegenstand arbeitenden Historiker auch Probleme mit sich bringen, denn je näher er an den Quellen arbeitet umso schwieriger wird die theoretische Einbettung sein und umgekehrt.¹⁰² Dementsprechend hat der amerikanische Historiker John Lewis Gaddis einmal recht pointiert den Nutzen und Nachteil von Methoden für den Historiker beschrieben: »Whatever works, in short, we should use.«¹⁰³

98 Bloch, Apologie des Historikers, S. 30.

99 Da die Geschichtswissenschaft eine Orientierungswissenschaft ist, müssen Historiker bei aller Detailforschung hin und wieder die Vogelperspektive einnehmen und Generalisierungen vornehmen, um strukturelle Wirkmechanismen aufzeigen zu können. Edward Carr hat daher einmal den Historiker überspitzt als »chronic generalizer« bezeichnet. Vgl. Edward H. Carr, *What is History?* Houndmills, Basingstoke und Hampshire 2001, S. 56–59, hier S. 58.

100 Häufig findet sie zu einer Wirkung ein ganzes Bündel an möglichen Ursachen, die zeitlich unterschiedlich weit in die Vergangenheit zurückreichen können. Historiker suchen daher zur Erklärung eines Ereignisses in der Regel auch nicht nach einer entscheidenden Ursache, sondern nach einem »point of no return«, also demjenigen Zeitpunkt, ab dem das Zusammenspiel mehrerer Faktoren dem Lauf der Geschichte die entscheidende Wendung gab. Vgl. dazu John L. Gaddis, *The Landscape of History. How Historians Map the Past*, Oxford und New York 2002, S. 91–109.

101 Michel Foucault, *Der Gebrauch der Lüste*, Bd. 2: Sexualität und Wahrheit, Frankfurt/Main 1989, S. 15 f.

102 Vgl. Marcus Beiner, *Humanities. Was Geisteswissenschaft macht und was sie ausmacht*, Berlin 2009, S. 18.

103 Gaddis, *The Landscape of History*, S. 108 f.

Vorstellung der Beiträge

Die Verwendung der Angst als Analysekategorie

Das schon diskutierte quellenkritische Problem, dass die Begriffe »Angst« oder »Furcht« in der Regel weder zeitgenössisch noch heute bewusst verwendet wurden und werden, macht es für den Historiker oftmals notwendig, zwischen Quellenbegriff und Analysebegriff zu differenzieren. Dazu ist es allerdings erforderlich, einen solchen Analysebegriff zunächst zu definieren. Zu welchen Problemen ein unreflektierter oder zumindest unerklärter Umgang mit der Analysekategorie Angst führen kann, macht Georg Christoph Berger Waldenegg am Beispiel der Historiographie zur österreichisch-ungarischen Kriegsentcheidung 1914 deutlich. Er trägt zahlreiche historiographische Thesen zusammen, die explizit die Angst oder andere, mit der Angst verwandte Begriffe, akzentuieren. Dabei zeigt Berger Waldenegg, wie die undifferenzierte Begriffsverwendung zu Widersprüchen führt und eher Unklarheit als Eindeutigkeit erzeugt. Vor allem aber kritisiert Berger Waldenegg, dass oftmals kein Nachweis für die behauptete Emotion angeboten wird und werden kann. Dies gelte auch für andere Emotionen, die oft mit ganz ähnlichen Begründungsproblemen zu kämpfen haben. Entsprechend fordert Berger Waldenegg dazu auf, die verwendeten Analysebegriffe klar zu definieren und dabei auch den interdisziplinären Zugang nicht zu scheuen.

Patrick Bormann versucht gleich, dieser Aufforderung gerecht zu werden und zeigt am Beispiel der deutschen Weltpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, welcher Gewinn aus einer differenzierten Verwendung der Begriffe »Angst« und »Furcht« als Analysekategorie gezogen werden kann. Dazu stellt er die deutsche Perception der »englischen Gefahr« und der »slawischen Gefahr« gegenüber und vergleicht die beiden unter Verwendung von fünf aus der Psychologie übernommenen Kriterien der »Angst«. Als entscheidendes Unterscheidungsmerkmal zwischen der Furcht und der Angst definiert er das sich von den Handelnden selbst zugeschriebene Bewältigungspotential zur Überwindung der Bedrohung. Sobald dieses als nicht mehr gegeben wahrgenommen werde, schlage Furcht in Angst um. In seinem Vergleich kommt Bormann zum Ergebnis, dass die »englische Gefahr« Furcht und die »slawische Gefahr« Angst auslöste. Daraus folgte seiner Meinung nach die größere Bereitschaft der deutschen Reichsleitung, auf die »slawische Gefahr« mit dem Kriegsentschluss zu reagieren.

Angst als Perzeptionsfaktor

Die Untersuchung von Angst-Phänomenen im Rahmen von Perzeptionsstudien ist sicherlich das naheliegendste Analysefeld. Wie bereits ausgeführt, wirken Emotionen additiv zu klassischen Perzeptionen und auch Alma Hannig geht in ihrer Untersuchung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik vor dem Ersten Weltkrieg davon aus, dass Emotionen und Perzeptionen miteinander einhergehen. Dabei betont sie, dass Angst als solche von den Handelnden nicht wahrgenommen wurde, weshalb in den Quellen an keiner Stelle von Angst die Rede ist. Vielmehr seien die österreichisch-ungarischen Politiker der festen Überzeugung gewesen, nüchtern zu kalkulieren. Tatsächlich aber weist Hannig ihnen mittels der Analyse von verschiedenen Gefahrenperzeptionen sogar eine existenzielle Angst um die Zukunft des Habsburgerreiches nach und macht so deutlich, dass Selbstwahrnehmung und Realität nicht immer miteinander einhergehen müssen.

Andrew Dodd geht dem Verhältnis der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zur deutschen Wiedervereinigung nach und zeigt, wie sehr die Deutschlandpolitik Thatchers durch Angstbilder geprägt wurde. Diese formten sich zunächst vor allem aus ihren biographischen Erfahrungen mit dem deutschen Luftkrieg im Zweiten Weltkrieg. Jenes Deutschlandbild war nach Dodd jedoch aufgehoben in einem umfassenderen Bild von Europa, welches sie als Gefährdung des »British exceptionalism« verstand. So zeigt Dodd, wie das komplexe Verhältnis von Selbst- und Fremdbild Angstvorstellungen hervorbringen kann und umgekehrt, wie die Angstvorstellungen wiederum diese Bilder fortentwickeln.

Ebenso wie Alma Hannig und Andrew Dodd legt Pierre-Frédéric Weber dar, dass Feindbilder oft »Ausdruck nicht eingestandener Angstbilder« sind, und er betont damit die enge Verknüpfung von Emotionen und Perzeptionen. In seinem Fallbeispiel, das sich den polnischen Deutschlandbildern während des Kalten Krieges widmet, die aus historischen wie zeitgenössischen Bedrohungsperzeptionen entwickelt wurden, ging die authentisch empfundene Angst mit einer Instrumentalisierung derselben Hand in Hand. Da die Gefährdung durch Deutschland dem polnischen Regime auch zur Selbstlegitimierung diene, war dieses gezwungen, stets die Deutungshoheit über die Angstbilder zu halten und verstärkte sie entsprechend. Weber zeigt zudem, wie schwer die Überwindung dieser Ängste durch Deutschland war, weshalb er die Angst eine Macht des Schwächeren nennt, die Deutschland zur Selbstbeschränkung zwang.

Die Instrumentalisierung von Angst

Der Beitrag von Weber stellt somit ein Bindeglied zwischen der Untersuchung der Angst als Perzeptionsfaktor und der Instrumentalisierung von Angst dar, indem er beides zugleich in den Blick nimmt. Gerade die Angst scheint sich zur Instrumentalisierung durch Regierungen anzubieten. Die Autoritarismusforschung geht davon aus, dass Menschen in Situationen von Verunsicherung und Angst den Schutz Sicherheit bietender Instanzen suchen. Demnach könne Angst durch Entscheidungsträger in der Bevölkerung bewusst geschürt werden, um Zustimmung für die eigenen Vorhaben zu erlangen. Diesen Überlegungen steht die *Policy*-These entgegen, die davon ausgeht, dass Personen in Angst nicht Schutz bei anderen Personen suchen, ohne auf deren Politik zu achten. Vielmehr sei ihr dominantes Ziel der Wunsch, dass die Quelle der Angst beseitigt werde. Aber auch aus dieser These folgt, wenn auch weniger eindeutig, die Möglichkeit zum Missbrauch der Angst.

Ängste und deren Instrumentalisierung prägten bereits die frühe amerikanische Republik. Michael Lenz zeigt in seinem Beitrag, dass mannigfache Ängste nicht nur Bestandteil des politischen Alltags der jungen amerikanischen Nation waren, sondern, dass Ängstlichkeit ein wesentliches Element republikanischer Wachsamkeit war und so die Funktion einer spezifisch amerikanischen Staatsräson erfüllte. Die Amerikaner sahen die Grundwerte und Institutionen ihrer Republik, ihren Wohlstand und ihre Sicherheit nahezu permanent einer Vielzahl zum Teil realer und zum Teil eingebildeter außen- und innenpolitischen Bedrohungen ausgesetzt. Mit der Entstehung eines Parteiensystems wurden diese Ängste dann zunehmend in den politischen Debatten instrumentalisiert, mit der Absicht, die republikanische Integrität des parteipolitischen Gegners grundsätzlich in Frage zu stellen. Diese Instrumentalisierung führte dazu, dass eine vernünftige Auseinandersetzung über außenpolitische Fragen kaum noch zustande kam und sich so ein paranoider Stil amerikanischer Politik herausbildete.

Welche Eigendynamik Versuche, Angst zu instrumentalisieren, entwickeln können, zeigt Lothar Höbelt in seinem Beitrag über die Royal Air Force (RAF) im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges. Diese habe gezielt die bereits vorhandene Angst der Bevölkerung vor einem deutschen Luftangriff aufgenommen und weiter angefacht, um Umschichtungen des Wehrbudgets von Heer und Marine zu ihren Gunsten zu erlangen und die eigene Abwehrstrategie durchzusetzen. Die Air Force verfiel sich dabei jedoch in ihrer Argumentation, sobald sie die eigenen suggestiven Behauptungen über die große Wirkung von Luftangriffen auf die Schlagkraft des Gegners übertragen musste. Angesichts der Unsicherheit bezüglich des gegnerischen Potentials für einen *knock-out blow* und der Mitte

der 1930er Jahre noch begrenzten Schlagkraft der RAF, musste die Air Force bezüglich eines Krieges zur Vorsicht mahnen, bis ihre Defizite beseitigt waren.

Sebastian Haak zeigt wie vor ihm bereits Lothar Höbelt und Michael Lenz die enge Verknüpfung von der Perzeption einer Bedrohung und der Instrumentalisierung von Angst, die offenbar nicht ohne eine im Kern bereits wahrgenommene Bedrohung funktionieren kann. Haak hebt in seinem Beitrag zur *nuclear fear* in den Vereinigten Staaten wiederum auf die Probleme der Kontrollierbarkeit der Instrumentalisierung von Angst ab. Die US-Regierung unter Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower habe versucht, die Angst der eigenen Bevölkerung vor der Atombombe innen- und außenpolitisch zu nutzen. Dabei musste sie jedoch darauf achten, die rechte Balance zu wahren: Steigerte sich die Angst zu sehr, musste man einen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Verteidigungsfähigkeit der USA befürchten; wurde die Gefahr der atomaren Zerstörungskraft unterschätzt, drohte eine leichtfertige Kriegsbereitschaft in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion.

Die Angst vor der Angst

Für den außenpolitischen Entscheidungsprozess ist nicht allein die Angst vor einer auswärtigen Bedrohung relevant, sondern auch die Angst vor der Angst. Sie wendet sich in den meisten Fällen nach innen und zwingt die Regierungen, sich mit den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Freiheitlich-demokratischen Regierungen droht andernfalls die Abwahl, diktatorische Regime, die oftmals auf Sicherheitsversprechen basieren, verlieren möglicherweise ihre Legitimitätsgrundlagen. Dabei ist es möglich, aber nicht notwendig, dass die Regierung die Ängste der Bevölkerung teilt.

Holger Löttel befasst sich in seinem Beitrag mit Konrad Adenauers Reaktion auf die Angst vor der Atombombe im Wahljahr 1957, welche nicht nur durch Teile der Bevölkerung und die Opposition geäußert wurde, sondern auch durch namhafte Wissenschaftler und den Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer. Der Bundeskanzler sah dadurch nicht nur die westliche Verteidigungsfähigkeit gefährdet, sondern wandte sich auch gegen das Emotionale der Deutschen an sich, deren Verführbarkeit und Unsicherheit er darin zu erkennen glaubte. Die Atomangst der Deutschen versuchte er daher zu überdecken, indem er die Angst vor der kommunistischen Gefahr – gleichermaßen aus taktischen Erwägungen wie aus politischer Überzeugung – dagegensetzte.

Auch Rüdiger Graf wendet sich in seinem Beitrag über die Ölkrise 1973/74 dieser – wie er sie nennt – »Angst zweiter Ordnung« zu. Die Bundesregierung sei in der Ölkrise weniger von einer Angst um die Energiesicherheit betroffen gewesen, sondern habe vielmehr versucht, entsprechende Ängste in der Bevöl-

kerung zu entkräften. Gegenüber den arabischen Staaten musste angesichts des Ölembargos die Gratwanderung unternommen werden, weder zu viel Angst zu zeigen, was als Zeichen der Schwäche hätte gedeutet werden können, noch zu wenig Angst zu demonstrieren, um die Förderländer nicht zu weiteren Einschränkungen der Öllieferungen zu provozieren.

Judith Michel befasst sich in ihrem Beitrag über den Nato-Doppelbeschluss ebenfalls mit der Reaktion der Regierungen unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl auf die Angst der Bevölkerung. In den Augen vieler Regierungsvertreter schürte die Friedensbewegung in ihrem Bemühen um Abrüstung in der Bevölkerung die falsche Angst vor einem unwahrscheinlichen Atomkrieg und unterschätzte dabei in gefährlicher Naivität die wirkliche Bedrohung, welche von der Sowjetunion ausging – dieser Diskurs weist einige Parallelen zu Adenauers von Löttel beschriebenen Umgang mit der Angst vor der Atombombe im Jahr 1957 auf. Im Kampf um die Deutungshoheit über »richtige« und »falsche« Angst warf die Friedensbewegung umgekehrt den politischen Entscheidungsträgern vor, die berechnete, gesunde Angst vor der nuklearen Vernichtung nicht ernst zu nehmen und stattdessen die kommunistische Gefahr zu überzeichnen.

Angst im historischen Längsschnitt

Dass es ebenso lohnenswert sein kann, den unterschwellig vorhandenen außenpolitischen Grundängsten eines Staates in einem historischen Längsschnitt nachzuspüren, die nicht immer in den Quellen einen konkreten Niederschlag finden, aber eben doch zum Grundstock des Erfahrungshaushaltes der jeweiligen politischen Entscheidungsträger gehören, zeigen die Beiträge von Jörg Ulbert und Thomas Freiberger. So kann Jörg Ulbert darlegen, dass zunächst die Angst vor der als existenzbedrohend empfundenen Umklammerung Frankreichs durch die Habsburgerdynastie und anschließend vor der mit dem preußischen Aufstieg verbundenen Hegemonialstellung des Deutschen Reiches in Europa zum Leitgedanken französischer Außenpolitik wurde. Und auch nach den Weltkriegen blieb diese Angst vor einem übermächtigen Deutschland in der französischen Außenpolitik tief verwurzelt, wie dies die anfänglichen Bedenken von Präsident Mitterrand hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung noch am Ende des 20. Jahrhunderts zeigen.

Im Gegensatz zu diesen primär dynastisch und geopolitisch definierten Grundängsten, zeigt Thomas Freiberger in seinem Längsschnitt der amerikanischen Außenpolitik von 1776 bis 1950, wie der moderne amerikanische Liberalismus und damit auch die US-Außenpolitik von der Angst vor dem Verlust dieser liberalen Werte geprägt wurden. So hat sich in den Vereinigten Staaten eine spezifisch amerikanisch-liberale Sicherheitskultur herausgebildet, die bis

zum Ausbruch des Kalten Krieges zwischen zwei Extremen im Umgang mit diesen Grundängsten oszillierte. Die Furcht vor konkreten außenpolitischen Bedrohungen konnte eine weitreichende Abschottung von der Außenwelt bewirken oder aber den Traum von einem Leben in »Freedom from Fear« nähren, der in der Praxis die Versuchung mit sich brachte, reelle und potentielle außenpolitische Bedrohungen zu beseitigen.

Literaturverzeichnis

- Aristoteles, Poetik, übersetzt und hg. von Manfred Fuhrmann, Stuttgart 2006.
- Aschmann, Birgit, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005, S. 9–32.
- Beiner, Marcus, Humanities. Was Geisteswissenschaft macht und was sie ausmacht, Berlin 2009.
- Benthien, Claudia/Anne Fleig/Ingrid Kasten, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle, Köln u. a. 2000, S. 7–19.
- Bloch, Marc, Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers, Stuttgart 2002.
- Bosbach, Franz (Hg.), Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000.
- Bourke, Joanna, Fear and Anxiety. Writing about Emotion in Modern History, in: History Workshop 55 (2003), S. 111–133.
- Bourke, Joanna, Fear. A Cultural History, Emeryville 2006.
- Brockhaus Enzyklopädie Online, 21., neu überarb. Aufl., Leipzig und Mannheim 2006, online: <<http://www.brockhaus-enzklopaedie.de/>>, [Stand: 16. April 2010].
- Butterfield, Herbert, Human Nature and the Dominion of Fear, in: Ders., International Conflict in the Twentieth Century. A Christian View, New York 1960, S. 81–98.
- Butterfield, Herbert, The Tragic Element in Modern International Conflict, in: Ders., History and Human Relations, London 1951, S. 9–36.
- Carr, Edward H., What is History?, Houndmills, Basingstoke und Hampshire 2001.
- Conze, Eckard, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 357–380.
- Corbin, Alain, Geschichte und Anthropologie der Sinneswahrnehmungen, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1988, S. 121–140.
- Damasio, Antonio R., Descartes' Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn, 3. Aufl., München und Leipzig 1997.
- Daston, Lorraine, Die kognitiven Leidenschaften, in: Dies. (Hg.), Wunder, Beweise und Tatsachen. Zur Geschichte der Rationalität, Frankfurt/Main 2001, S. 77–98.
- Dehio, Ludwig, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der europäischen Staatengeschichte, hg. von Klaus Hildebrand, Zürich 1996.

- Dörner, Dietrich/Thea Stäudel, Emotion und Kognition, in: Klaus R. Scherer (Hg.), *Psychologie der Emotion*, Göttingen 1989, S. 293 – 344.
- Ekman, Paul, Facial Expressions, in: Tim Dalgleish/Mike J. Power (Hg.), *Handbook of Cognition and Emotion*, Chichester u. a. 1999, S. 301 – 320.
- Farrar, Lancelot L., *Arrogance and Anxiety. The Ambivalence of German Power, 1848 – 1914*, Iowa City 1981.
- Flam, Helena/Debra King (Hg.), *Emotions and Social Movements*, London und New York 2005.
- Foucault, Michel, *Der Gebrauch der Lüste*, Bd. 2: *Sexualität und Wahrheit*, Frankfurt/Main 1989.
- Frevert, Ute, Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert, in: Paul Nolte u. a. (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 95 – 111.
- Frevert, Ute, Vertrauen – eine historische Spurensuche, in: Dies. (Hg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen 2003, S. 9 – 32.
- Frevert, Ute, Vertrauen. Historische Annäherungen an eine Gefühlshaltung, in: Claudia Benthien u. a. (Hg.), *Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle*, Köln u. a. 2000, S. 178 – 197.
- Fröhlich, Werner D., Angst als psychologisches Problem, in: Günter Eifler u. a. (Hg.), *Angst und Hoffnung. Grundperspektiven der Weltauslegung*, Mainz o. J. [1988], S. 117 – 137.
- Furedi, Frank, *The Politics of Fear*, New York 2005.
- Gaddis, John Lewis, *Surprise, Security and the American Experience*, Cambridge/MA und London 2004.
- Gaddis, John Lewis, *The Landscape of History. How Historians Map the Past*, Oxford und New York 2002.
- Gay, Peter, *Das Zeitalter des Doktor Arthur Schnitzler. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/Main 2002.
- Gay, Peter, *Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter*, München 2000.
- Gies, Horst, Emotionalität versus Rationalität?, in: Bernd Mütter/Uwe Uffelman (Hg.), *Emotionen und historisches Lernen. Forschung – Vermittlung – Rezeption*, Hannover 1996, S. 27 – 40.
- Glassner, Barry, *The Culture of Fear. Why Americans are Afraid of the Wrong Things*, New York 1999.
- Goodwin, Jeff/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.), *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago und London 2001.
- Greiner, Bernd, Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: Ders./Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009, S. 7 – 31.
- Greiner, Bernd/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.
- Haider, Hilde, Emotionen als Steuerungselemente menschlichen Handelns, in: Birgit Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2005, S. 33 – 47.
- Harré, Rom (Hg.), *The Social Construction of Emotions*, Oxford 1986.
- Heidegger, Martin, *Sein und Zeit*, 19. Aufl., Tübingen 2006.
- Hinton, Dvon E./Byron J. Good, *Culture and Panic Disorder*, Stanford 2009.

- Hobbes, Thomas, *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hg. und eingeleitet von Iring Fetscher, 8. Aufl., Frankfurt/Main 1998.
- Hoffmann, Bruce, *Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*, 5. Aufl., Frankfurt/Main 2003.
- Jervis, Robert, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton 1976.
- John Lewis Gaddis's *Surprise, Security, and the American Experience*. A Roundtable Critique in: *Passport. The Newsletter of the Society of Historians of American Foreign Relations* 36/2 (August 2005), S. 4–16.
- Kessel, Martina, *Langeweile. Zum Umgang mit Zeit und Gefühlen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000.
- Kierkegaard, Sören, *Der Begriff der Angst*, in: Ders., *Die Krankheit zum Tode; Furcht und Zittern; Die Wiederholung; Der Begriff der Angst*, hg. von Hermann Diem/Walter Rest, 2. Aufl., München 2007.
- Klein, Ansgar/Frank Nullmeier (Hg.), *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*, Opladen und Wiesbaden 1999.
- Klimó, Árpád von/Rolf Malte (Hg.), *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt/Main und New York 2006.
- Klosinski, Werner, *Zum Phänomen der Angst*, in: Rolf Denker (Hg.), *Angst und Aggression*, Stuttgart 1974, S. 7–17.
- LeDoux, Joseph E., *Emotion in the Brain*, in: *Annual Review of Neuroscience* 23 (2000), S. 155–184.
- Lefebvre, George, *La grande peur de 1789*, Paris 1932.
- Levy, Sholomit/Louis Guttman, *Worry, Fear and Concern Differentiated*, in: *Israel Annals of Psychiatry and Related Disciplines* 14 (1976), S. 211–228.
- Lüdtke, Alf, *Macht der Emotionen – Gefühle als Produktivkraft. Bemerkungen zu einer schwierigen Geschichte*, in: Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hg.), *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 44–55.
- Lutz, Catherine A., *Unnatural Emotions. Everyday Sentiments on a Micronesian Atoll and Their Challenge to Western Theory*, Chicago 1988.
- Machiavelli, Niccolò, *Der Fürst*, in: Ders., *Politische Schriften*, hg. von Herfried Münkler, Frankfurt/Main 1990, S. 51–123.
- [Macmillan, Harold], *The Macmillan Diaries. The Cabinet Years, 1950–1957*, hg. und eingeleitet von Peter Catterall, London, Basingstoke und Oxford 2003.
- Markgraf, Jürgen/Silvia Schneider, *Panik. Angstanfälle und ihre Behandlung*, 2. überarb. Aufl., Berlin u. a. 1990.
- deMause, Lloyd, *Was ist Psychohistorie? Eine Grundlegung*, Gießen 2000.
- Mawson, Anthony R., *Mass Panic and Social Attachment. The Dynamics of Human Behavior*, Aldershot 2007.
- Menninghaus, Winfried, *Ekel. Theorie und Geschichte einer starken Empfindung*, Frankfurt/Main 1999.
- Moisi, Dominique, *Kampf der Emotionen. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen*, München 2009.
- Montaigne, Michel de, *Über die Furcht*, in: Ders., *Essais*, Frankfurt/Main 1998, S. 43 f.
- Münkler, Herfried, *Asymmetrische Gewalt. Terrorismus als politisch-militärische Stra-*

- tegie, in: Ders., *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, Weilerswist 2002, S. 252 – 264.
- Münkler, Herfried, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002.
- The National Security Strategy of the United States of America, März 2006, online: <<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>>, [Stand: 16. April 2010].
- Neumann, Franz, *Angst und Politik*. Vortrag, Tübingen 1954.
- Niedhart, Gottfried, *Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma*, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000, S. 141 – 157.
- Nullmeier, Frank, *Politik und Emotion*, in: Rainer Schützeichel (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze*, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 84 – 103.
- Öhman, Arne, *Face the Beast and Fear the Face. Animal and Social Fears as Prototypes for Evolutionary Analyses of Emotion*, in: *Psychophysiology* 23/2 (1986), S. 123 – 145.
- Orr, Jackie, *Panic Diaries. A Genealogy of Panic Disorder*, Durham und London 2006.
- Przyrembel, Alexandra, *Sehnsucht nach Gefühlen. Zur Konjunktur der Emotionen in der Geschichtswissenschaft*, in: *L'Homme* 16 (2005), S. 116 – 124.
- Putz-Osterloh, Wiebke, *Angst und Handeln aus psychologischer Sicht*, in: Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. 1 – 11.
- Riemann, Fritz, *Grundformen der Angst. Eine tiefenpsychologische Studie*, Basel 1977.
- Robin, Corey, *Fear. The History of a Political Idea*, New York 2004.
- Roth, Gerhard, *Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert*, neue, vollst. überarb. Ausgabe, Frankfurt/Main 2003.
- Savage, Charlie, *Bush challenges hundred of laws*, in: *International Herald Tribune*, 3. April 2006.
- Schlesinger Jr., Arthur M., *A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House*, Boston und New York 2002, [Erstauflage 1965].
- Schmidt, Helmut, *Fürchtet Euch nicht*, in: *Die Zeit*, 23. Dezember 1983.
- Schnabel, Annette, *Sind Emotionen rational? Emotionen als Herausforderung für Rational-Choice-Ansätze*, in: Rainer Schützeichel (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze*, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 175 – 194.
- Schoen, Harald, *Beeinflusst Angst politische Einstellungen? Eine Analyse der öffentlichen Meinung während des Golfkriegs 1991*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (2006), S. 441 – 464.
- Schützeichel, Rainer, *Emotionen und Sozialtheorie – eine Einleitung*, in: Ders. (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze*, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 7 – 26.
- Schwarz, Urs, *Die Angst in der Politik*, Düsseldorf 1967.
- Senghaas, Dieter, *Angst in der Politik*, in: Hans Jürgen Schultz (Hg.), *Angst*, Stuttgart 1987, S. 248 – 262.
- Stearns, Carol Z./Peter N. Stearns, *Anger. The Struggle for Emotional Control in America's History*, Chicago und London 1986.
- Stearns, Peter N., *American Fear. The Causes and Consequences of High Anxiety*, New York und London 2006.

- Stearns, Peter N./Carol Z. Stearns, *Emotionology. Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards*, in: *The American Historical Review* 90/4 (1985), S. 813–836.
- Svendsen, Lars, *A Philosophy of Fear*, London 2008.
- Townshend, Charles, *Terrorismus*, Stuttgart 2005.
- Trepp, Anne-Charlott, *Code contra Gefühl? Emotionen in der Geschichte*, in: *Sowi* 30 (2001), S. 44–53.
- Waldmann, Peter, *Terrorismus. Provokation der Macht*, 2. vollst. überarb. Ausgabe, Hamburg 2005.
- Webster's Third New International Dictionary Unabridged. Merriam-Webster, 2002, online: <<http://unabridged.merriam-webster.com>>, [Stand: 16. April 2010].

Die Verwendung der Angst als Analysekategorie

Selbstmord aus Angst vor dem Tod: Überlegungen zur Beurteilung von Emotionen durch Historiker

Einleitung

Gefühle sollen derzeit wenigstens in westlichen Gesellschaften »Hochkonjunktur« haben.¹ Bezogen auf das weite Areal der Kulturwissenschaften, zu denen viele ja auch die Geschichtsschreibung zählen, wurde 2006 sogar ein »emotional turn« konstatiert, im Sinne einer »neuen Perspektive«, die »bereits vorhandene Perspektiven einer Einzeldisziplin ergänzt oder verstärkt.«² Speziell mit Blick auf die Historiographie wurde schon 1985 gemutmaßt, die Erforschung von Emotionen könne eines der »hot new topics« der Sozialgeschichte werden.³ Mittlerweile soll in unserer gesamten Disziplin sogar eine regelrechte »Sehnsucht nach Gefühlen«⁴ bestehen. Wie dem auch sei: Von einer »Konjunktur« kann wohl gesprochen werden.⁵

Dabei vermutete Joanna Bourke 2003, neben Hass, Freude und Liebe könnte

1 So die Politologin Monika Jarosch, online: <http://www.uibk.ac.at/leopoldine/gender-studies/fem_wissenstransfer/downloads/agnes_neumayr.pdf>, [Stand: 23. Juni 2010]. Nachweise sind auf das Nötigste reduziert, manch relevante Literatur sowie wichtige Sachverhalte bleiben aus Platzgründen unerwähnt oder können nur angerissen werden. Literatur wurde – soweit möglich – immer im Original benutzt.

2 So der Literaturprofessor Thomas Anz 2006, Beitrag für *literaturkritik.de*, online: <http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=10267>, [Stand: 23. Juni 2010]. Bzgl. einer möglichen »Vorreiterrolle« der Historiographie noch 2002 skeptisch: Anne-Charlott Trepp, Gefühl oder kulturelle Konstruktion? Überlegungen zur Geschichte der Emotionen, in: Ingrid Kasten/Gesa Stedman/Margarete Zimmermann (Hg.), *Kulturen der Gefühle in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Stuttgart und Weimar 2002, S. 86–103, hier S. 86. Vgl. Joanna Bourke, *Fear and Anxiety. Writing about Emotion in Modern History*, in: *History Workshop Journal Issue 55/1* (2003), S. 111–133, hier S. 112.

3 Peter N. Stearns/Carol Z. Stearns, *Emotionology. Clarifying the History of Emotion and Emotional Standards*, in: *The American Historical Review* 90/4 (1985), S. 813–836, hier S. 814.

4 Alexandra Przyrembel, *Sehnsucht nach Gefühlen. Zur Konjunktur der Emotionen in der Geschichtswissenschaft*, in: *L'Homme* 16/2 (2005), S. 116–124.

5 Ebd.

die Emotion Angst »at the very heart of historical experience«⁶ sein. Kurz darauf erachtete sie Angst sogar als »most pervasive emotion«⁷ moderner Gesellschaften. Der auch stark historisch arbeitende Politologe Richard N. Lebow wies *Fear* kürzlich ebenfalls große Bedeutung zu.⁸ Dies tat aber bereits Thukydides⁹, und schon 1941 plädierte Lucien Febvre für eine Erforschung von Angst in der Geschichte.¹⁰ Zu alledem passt eine These aus dem *Call for Papers* für die diesem Sammelband vorangegangene Tagung: »Politik im Allgemeinen und Außenpolitik im Speziellen hat oftmals auch mit Angst zu tun.«¹¹ Systematisch empirisch analysiert haben Historiker diese Emotion freilich bisher kaum.

Dies kann auch ich nicht leisten. Vielmehr geht es mir um methodisch orientierte Überlegungen zu dem Thema des Sammelbandes, dargelegt an dem konkreten Beispiel *Angst als Kriegsursache*. Dabei erachtete es Herbert Butterfield schon 1960 für »possible that, at least in the twentieth century, it is fear more than anything else which is the cause of war«¹².

Ich erörtere das Thema anhand der Frage, welche Rolle Angst Historikern zufolge bei den Entscheidungsträgern in Österreich-Ungarn unmittelbar vor Beginn des so genannten Ersten Weltkriegs spielte, denen seit geraumer Zeit wieder öfter die Hauptverantwortung¹³ für den Kriegsausbruch zugeschrieben wird, angeblich sogar mit »damning evidence«¹⁴. Demnach stellte man Serbien in Wien nach dem Mord an Thronfolger Franz Ferdinand (28. Juni 1914) nicht nur ein Ultimatum, das Belgrad aufgrund seiner Schärfe nicht annehmen konnte

-
- 6 Joanna Bourke, *Fear. A Cultural History*, Emeryville 2006, S. IX; Dies., *Fear and Anxiety*, S. 114.
- 7 Bourke, *Fear and Anxiety*, S. 114. Peter N. Stearns konstatiert eine »current fear parade« (*Fear and Contemporary History. A Review Essay*, in: *Journal of Social History* 40/2 (2006), S. 477–484, hier S. 480).
- 8 Vgl. Richard N. Lebow, *A Cultural Theory of International Relations*, Cambridge 2008, S. 88–93.
- 9 Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, I. Teil: Buch IV, griechisch-deutsch, übersetzt von Georg P. Landmann, München 1993, siehe etwa S. 17, S. 37, S. 49. In Übersetzungen wird statt *Angst* auch das Wort *Furcht* verwendet. Landmanns Übersetzung erscheint mir aber adäquater.
- 10 Vgl. Lucien Febvre, *La Sensibilité et l'Histoire*, in: Ders., *Combats pour l'Histoire*, 2. Aufl., Paris 1965, S. 221–238.
- 11 Online: <<http://www.igw.uni-bonn.de/-1/neuzeit/angstkonzferenz>>, [Stand: 20. Mai 2010].
- 12 Herbert Butterfield, *International Conflict in the Twentieth Century. A Christian View*, London 1960, S. 89. Wohlgemerkt kann *fear* etwa auch mit *Furcht* übersetzt werden. Wie zu sehen sein wird, liegt in der Uneindeutigkeit der Begriffe eines der Probleme meines Gegenstandes.
- 13 Allgemein zur Entwicklung der Forschung: Annika Mombauer, *The Origins of the First World War. Controversies and Consensus*, London u. a. 2002.
- 14 Dies., *The First World War. Inevitable, Avoidable, Improbable or Desirable? Recent Interpretations on War Guilt and the War's Origins*, in: *German History* 25/1 (2007), S. 78–95, hier S. 83.

beziehungsweise sollte, sondern riskierte zudem »bewußt«¹⁵ zumindest einen großen europäischen, ja vielleicht noch weiter ausgreifenden Krieg, und dies eventuell sogar unter Inkaufnahme des eigenen Untergangs.¹⁶

Ich gehe in fünf Abschnitten vor: Erstens skizziere ich, wie Historiker Wiens Motivation für das Ultimatum beziehungsweise den Kriegsentschluss generell beurteilen. Im zweiten und zugleich zentralen Abschnitt erörtere ich historiographische Thesen, die hierbei explizit Angst akzentuieren. Bezogen auf Historiker, interessiert mich hierbei neben ihrem Begriffsverständnis die Quellenbasis, anhand derer sie die in Wien herrschende Stimmung deuten, ihre Verwendung vorliegender Ansätze, mit denen in anderen Disziplinen das Entstehen von Angst erklärt wird, zudem mögliche Rückschlüsse auf ihr methodisches Bewusstsein. Drittens erörtere ich, mit welchen anderen, Angst verwandten Emotionen Historiker Wiens Kriegsentschluss erklären, nicht zuletzt deshalb, weil häufig der konkrete Unterschied zu Angst unklar bleibt. Viertens gehe ich auf weitere, ins Feld geführte Emotionen ein, treten hier doch ganz ähnliche Begründungsprobleme auf wie wenn mit Angst operiert wird. Fünftens diskutiere ich, wovor man eigentlich konkret Angst hatte beziehungsweise gehabt haben soll.

Hauptteil

(1) Wie also beantworten Historiker Wiens Motivation für den Kriegsentschluss generell? Bei der Beantwortung dieser Frage differenziere ich aus Platzgründen weitgehend nicht zwischen unmittelbaren und tieferen Gründen beziehungsweise Ursachen. Grundsätzlich stehen sich erklärende und deskriptive Ansätze gegenüber. Letztere gibt es aber kaum, wohl weil Historiker ihr »eigentliches Geschäft« zumeist in der Erklärung historischer Vorgänge erblicken.¹⁷

Stark deskriptiv arbeitete Erich Zöllner in seiner 1990 in 8. Auflage publizierten *Geschichte Österreichs*. In Wien habe »überall die Ansicht geherrscht, daß Serbien für das Attentat von Sarajewo zur Verantwortung gezogen werden müsse«¹⁸. Motive hierfür gab er nicht an, also auch nicht Angst. Diese, für ihn

15 So etwa Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 2005 [1994], S. 235.

16 Pointiert: Lothar Höbelt, *Der Zweibund. Bündnis mit paradoxen Folgen*, in: Michael Gehler u. a. (Hg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 295 – 314, hier S. 306.

17 Lothar Gall, *Rezension von Hans-Ulrich Wehlers Deutsche Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift* 279/2 (2004), S. 409 – 414, hier S. 415.

18 Erich Zöllner, *Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 8. Aufl., Wien und München 1990, S. 480.

nicht uncharakteristisch anmutende Zurückhaltung wurde jüngst grundsätzlich »unerträglich«¹⁹ genannt. Sie könnte aber auch weise sein, worauf ich zurückkomme.

Erklärend operiert etwa Paul W. Schroeder: Laut ihm werden einerseits »aggressive aims« und die »hopes« der Entscheidungsträger betont, »that they could either get away with a successful local war or win a wider one«, andererseits »fear and desperation«.²⁰ Zumindest der zweite Ansatz ist für uns also relevant, wobei Angst und Verzweiflung einander bedingen können. So kann Angst wenigstens dann verzweifelt machen, wenn sie lange anhält. Oder macht sie dann aggressiv? Ein erster Hinweis auf die Komplexität unseres Erkenntnisgegenstandes.

Erklärende, oft Mischformen aufweisende Ansätze werden noch stärker ausdifferenziert. Ernst Hanisch unterscheidet vier²¹: »Aggressiven Imperialismus«, »Sozialimperialismus«, »Verteidigung« gegen Serbien, wenn nicht auch gegen Russland und damit den Panslawismus und/oder »Verteidigung des Abendlandes gegen den barbarischen Osten«, sowie eine »Flucht-nach-vorne«-These, mit Nuancen auch bezeichnet als »preventive war«²², »now-or-never«²³, »do-or-die«²⁴ oder »brinkmanship«²⁵. Francis R. Bridge behauptet ein bewusstes »gamble«, um dem machtpolitischen »impasse«²⁶ zu entgehen, gleichsam nach dem Motto: *Du hast keine Chance, also nutze sie!* Auch das Ziel der Bewahrung des »Prestiges«²⁷, der »Ehre« und des »Anstandes« werden akzentuiert²⁸.

19 Karl Vocelka, Das Habsburgerreich als Gegenstand und Aufgabe der österreichischen Geschichtsforschung, in: Martin Scheutz/Arno Strohmeier (Hg.), Was heißt »österreichische Geschichte? Probleme, Perspektiven und Räume der Neuzzeitforschung, Innsbruck, Wien und Bozen, 2008, S. 37–50, hier S. 45.

20 Paul W. Schroeder, Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War, in: Ders. (Hg.), Systems, Stability and Statecraft. Essays on the International History of Modern Europe, New York 2004, 157–191, hier S. 161.

21 Hanisch, Schatten, S. 235 f. Für eine noch genauere Differenzierung: Richard F. Hamilton/Holger H. Herwig, World Wars. Definition and Causes, in: Dies. (Hg.), The Origins of World War I, Cambridge 2003, S. 16, S. 41.

22 David Fromkin, Europas letzter Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg, München 2005 (2004), S. 277.

23 Holger Herwig, Why did it happen?, in: Hamilton/Herwig (Hg.), The Origins of World War I, S. 443–468, hier S. 444.

24 Solomon Wank, Desperate Counsel in Vienna in July 1914. Berthold Molden's Unpublished Memorandum, in: Central European History 26/3 (1993), S. 281–295, hier S. 295.

25 Richard N. Lebow, Between Peace and War. The Nature of International Crisis, Baltimore und London 1981, S. 67.

26 Francis R. Bridge, Die Außenpolitik der Donaumonarchie, in: Mark Cornwall (Hg.), The Last Years of Austria-Hungary. Essays in Political and Military History 1908–1918, Exeter 1990, S. 7–31, hier S. 48.

27 Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln, Weimar und Wien 2000.

28 Steven Beller, Geschichte Österreichs, Wien, Köln und Weimar 2007, S. 175–177; vgl. im

Schließlich wird das Konzept der *Vorsehung* bemüht: Speziell Kaiser Franz Joseph soll eventuell geglaubt haben, seine Dynastie könne aufgrund dieser einen großen Krieg überstehen. Sein Biograph Steven Beller vermutet hierin sogar die »deepest reason« für seine damalige Haltung.²⁹

Handeln aus Vorsehung beruht wohl nicht auf Angst. Doch kann man aus Angst präventiv-verteidigend Krieg führen, sogar in aggressiver Absicht, wobei nicht jeder Kriegsentschluss »als aus Angst geborenes Prävenire«³⁰ zu deuten ist. Auch Sozialimperialismus kann auf Angst basieren, zum Beispiel vor sonst eintretendem innenpolitischem Machtverlust; und man kann die Flucht nach vorne aus Angst antreten, etwa um nicht seine Ehre zu verlieren.

(2) Zwei Thesen von Historikern, die explizit mit der Emotion Angst operieren, fallen besonders ins Auge: Die erste stammt von Robert A. Kann: »The empire's attitude in foreign affairs from the time of the Bosnian crisis in 1908/09 to the outbreak of the World War, in particular the risky and hazardous policy of July 1914, strongly suggests the actions of a man committing suicide from fear of death or staking his entire fortune on a gambling party.«³¹

Die Wendung »Selbstmord aus Angst vor dem Tod«³² haben Kollegen übernommen,³³ auch bezogen auf die damaligen Vorgänge in Berlin.³⁴ Sie fand sogar Eingang in eine Werbeschrift für die 2004 für den Grimmepreis nominierte Dokumentation »Der Untergang des alten Europa«: »Der Krieg war, wie Historiker sagen, eine Art ›Selbstmord aus Angst vor dem Tod.«³⁵ Speziell bezogen auf Österreich-Ungarn schrieb Adam Wandruszka von der »Erkenntnis, [...] daß die Todesahnungen mit zum Tod beigetragen haben, trivial ausgedrückt,

englischen Original: A Concise History of Austria, Cambridge 2006, S. 185 (auch unter Rekurs auf Originalzitate von Kaiser Franz Joseph).

29 Vgl. Ders., Francis Joseph, London und New York 1996, S. 219 (»providence«).

30 Klaus Hildebrand, Adolfs Angst und Winstons Wut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2007, Nr. 170, S. 7.

31 Robert A. Kann, The Habsburg Empire. A Study in Integration and Disintegration, New York 1957, S. 137.

32 Vgl. Ders., Werden und Zerfall des Habsburgerreiches, Graz, Wien und Köln 1962, S. 170.

33 Vgl. Paul W. Schroeder, Stealing Horses to Great Applause. Austria-Hungary's Decision 1914 in Systemic Perspective, in: Holger Afflerbach/David Stevenson (Hg.), An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914, New York und Oxford 2007, S. 17–42, hier S. 21. Siehe etwa Imanuel Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914, München und Zürich 1991, S. 305.

34 Vgl. Stig Förster, Angst und Panik. »Unsachliche« Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreiches und die Ursachen des Ersten Weltkriegs, in: Birgit Aschmann (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005, S. 74–85, hier S. 83.

35 Online: <http://www.tagtraum.de/pages/de/produktionen/dokumentarfilm/5.der_untergang_des_alten_europa.htm>, [Stand: 23. Juni 2010].

[...] [beging] man aus Todesangst Selbstmord«³⁶. Gemäß dieser, bis heute positiv rezipierten These handelte Wien also irrational, gemessen an zahlreichen gängigen Definitionen von Rationalität³⁷; außer man beurteilt es als rational, existierender Todesangst selbst mit dem wohl radikalsten Mittel, eben dem Selbstmord, Herr zu werden. Irrationalität erkennen übrigens auch andere Historiker, der als »leading US-expert on Austria-Hungary«³⁸ eingeschätzte Samuel Williamson Jr. sogar in einer »almost classic, cybernetic fashion«: Wien habe jegliche Information missachtet »that might require [...] to modify its plans – and ambitions«.³⁹ Anders gesagt: Man hatte einen Tunnelblick.⁴⁰

Die zweite These stammt wiederum von Schroeder. Zunächst konstatiert er: »[...] of all the participants [...] in the 1914 crisis, none more deeply and genuinely feared a great war than the government of Austria-Hungary, or had better reasons to do so.« Konsequent fragt er weiter: »[...] why made [it] the apparently irrational choice [...] of committing suicide out of fear of death, trying to survive by risking a war almost certain to kill it?« Die Antwort darauf erscheint ihm »simple«: »[...] the monarchy did not commit suicide out of fear of death but out of fear of the hangman.«⁴¹

Mit »hangman« meint Schroeder das »international system«⁴². Den Begriff selbst hat er von Helmut Rumpler⁴³, dieser wiederum von Karl Kraus. Rumpler schrieb 1997: »Manche Politiker [...] waren sich [...] bewußt, daß es sich um den von Karl Kraus diagnostizierten Entschluß zum Selbstmord aus Angst vor dem Henker handelte.«⁴⁴ In der Tat heißt es in Kraus' 1912 verfassten Schrift »Und in

36 Adam Wandruszka, *Finis Austriae? Reformpläne und Untergangssahnungen in der Habsburgermonarchie*, in: Theodor Mayer (Hg.), *Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Seine Grundlagen und Auswirkungen*, München 1968, S. 112–123, hier S. 123.

37 Siehe hierzu interessant: Wolfgang Spohn, *The Many Facets of the Theory of Rationality*, in: *Croatian Journal of Philosophy* 2/6 (2002), S. 247–262.

38 Holger Afflerbach/David Stevenson, *Introduction*, in: Dies. (Hg.), *An Improbable War*, S. 15–36, hier S. 4.

39 Samuel R. Williamson, Jr., *Vienna and July 1914. The Origins of the Great War Once More*, New York 1983, S. 9–36, Zitate S. 23, S. 27.

40 Dazu William Jannen Jr., *The Austro-Hungarian Decision for War in July 1914*, in: Samuel Williamson, Jr. (Hg.), *Essays on World War I. Origins and Prisoners of War*, New York 1983, S. 55–81. Allgemein aus psychologischer Sicht: Hilde Haider, *Emotionen als Steuerungselemente menschlichen Handelns*, in: Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül*, S. 33–45, hier S. 35.

41 Paul W. Schroeder, *The Risks of Victory. An Historian's Provocation – Politics of Terrorism*, 2001, online: <http://findarticles.com/p/articles/mi_m2751/is_2001_Winter/ai_81765312/print>, [Stand: 23. Juni 2010]. Vgl. noch kürzlich Schroeder, *Stealing*, S. 40.

42 Ebd.

43 Vgl. Ebd., S. 40, S. 42, Anm. 21. In seinem Beitrag von 2001 fehlt dieser Hinweis.

44 Helmut Rumpler, *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*, Wien 1997, S. 573.

Kriegszeiten«: »[...] im Krieg [...] erneuert sich keine Kultur mehr, sondern rettet sich durch Selbstmord vor dem Henker.«⁴⁵

Hierzu sei zunächst angemerkt, dass Schroeder Wiens Entscheidungsfindung für rational hält, obwohl er sie auf Angst zurückführt.⁴⁶ Auch sein Kollege Graydon A. Tunstall behauptet einen »careful, well-thought, and very rational process«⁴⁷. Zudem besteht ein Unterschied zu Kanns These. Denn Angst vor dem Tod respektive vor dem Henker muss nicht dasselbe sein: Der Tod tritt irgendwann sicher ein, der Henker aber mag auch nicht erscheinen oder ihm mag sein Geschäft missglücken. Und insofern Geschichte offen ist, hätte Wien dem Tod dann eventuell gerade noch einmal entgehen können. Wie dem auch sei, eine Frage bleibt: Ist die Antwort wirklich so »simple«, wie Schroeder meint? Dazu mehr in meinem Fazit.

Auch »panische Angst« wird konstatiert, so etwa von Holger Afflerbach.⁴⁸ Andere behaupten eine spätestens seit den Balkankriegen (1912/13) bestehende »fear [...] that bordered on the hysterical«⁴⁹, wieder andere »paranoia«⁵⁰ sowie eine »von Angststräumen geplagte Großmacht«⁵¹. Wer so argumentiert, spricht Wien wohl ebenso jegliche Restrationalität ab wie Hajo Holborn, laut dem »the leaders of the Habsburg empire lived in an imaginary world of their own«⁵². Doch werfen solche Thesen Fragen, eventuell sogar Rätsel auf. Denn selbst wer Wiens »Willen zum Krieg«⁵³ für sehr stark erachtet, meint zumeist zugleich, dass es ohne die so genannte »Blankovollmacht« aus Berlin den Kriegentschluss nicht gefasst hätte.⁵⁴ Somit könnte also doch noch eine gewisse Vorsicht obwaltet haben, wozu diese These der Einleitung passen würde: »Wer Angst verspürt,

45 Karl Kraus, Und in Kriegszeiten, Dezember 1912, online: <<http://www.textlog.de/39153.html>>, [Stand: 23. Juni 2010], [Hervorhebung (Sperrdruck) im Original].

46 Vgl. Schroeder, *Stealing*, S. 40.

47 Graydon A. Tunstall, Jr., *Austria-Hungary*, in: Hamilton/Herwig (Hg.), *The Origins of World War I*, S. 112 – 149, Zitat S. 143.

48 Holger Afflerbach, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien, Köln und Weimar 2002, S. 821.

49 Fromkin, *Europas letzter Sommer*, S. 154.

50 Hew Strachan, *Wer war schuld? Wie es zum Ersten Weltkrieg kam*, in: Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, München 2004, S. 240 – 255, hier S. 255.

51 Höbelt, *Der Zweibund*, S. 302.

52 Hajo Holborn, *The Final Disintegration of the Habsburg Monarchy*, in: *Austrian History Yearbook 3/3* (1967), S. 189 – 205, hier S. 191.

53 Günther Kronenbitter, »Nur los lassen«. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: Ders. u. a. (Hg.), *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg.*, München 1996, S. 159 – 187, hier S. 179.

54 Vgl. Ders., »Krieg im Frieden«. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906 – 1914, München 2003, S. 485.

verhält sich [...] vorsichtig, abwägend und taktierend; die Angst selbst ist ein Helfer bei der Suche nach Auswegen aus der Angst.«⁵⁵

Nun mag selbst sich stark bedroht fühlenden Akteuren nicht jedes Mittel zur Schwächung ihrer Widersacher recht sein. Sitzt die Angst jedoch tief, ja ist sie geradezu panisch, phobisch und damit pathologisch⁵⁶, gilt dann nicht dieser Satz des von den Veranstaltern der Tagung im Vorfeld verbreiteten *Call for Papers*: »Nur allzu oft schlägt Angst allerdings in Panik und Panik in Aggression um«? Anschließend heißt es dort: »In solchen Fällen gebiert die Angst vor der Gefahr erst die Gefahr als solche.«⁵⁷ Trifft dies aber wirklich so generell zu? Und trifft es in unserem Fall zu? Letzteres bleibt wohl Spekulation: Zwar verursachte Wien den Krieg eindeutig mit und gefährdete somit die eigene Fortexistenz. Diese hätte aber auch anderweitig bedroht werden können.

Indirekt ist damit die Frage berührt, was Historiker, die mit der Emotion Angst operieren, hierunter verstehen? Leider ist dies nicht genau zu beantworten, da sie – soweit ich sehe – nie definiert wird. So wird den Lesern die Deutungshoheit überlassen, was zu Fehldeutungen führen kann, wenn nicht muss. Freilich würden nicht nur historiographische Texte unlesbar und/oder unaussprechbar, würden alle verwendeten Begriffe definiert (und diese Definitionen auch noch jeweils begründet). Aber bei zentralen Begriffen sollte dies wohl selbst derjenige tun, der »Definitionsfragen« grundsätzlich für »Fragen der Zweckmäßigkeit, nicht der Wahrheit«⁵⁸ erachtet. Definitionen sind umso gebotener, wenn erhebliche Bestimmungsprobleme bestehen, wie in unserem Fall. So wird mit Angst so Unterschiedliches verknüpft wie »Enge, Bangnis, Beklemmung, Atemnot, Entsetzen«⁵⁹. Wer aber Bangnis empfindet, agiert wohl anders als jemand, der entsetzt ist. Und Bourke fragt vorsichtig: »Is fear a response to danger or, since many fears arise in states of tranquillity, is it something more subtle?«⁶⁰ Angstforscher aus so verschiedenen Disziplinen wie Psychologie, Philosophie und Soziologie liefern hierauf keine eindeutige Ant-

55 So in der Einleitung S. 13.

56 Siehe dazu etwa Thomas Höfer, Zur Phänomenologie der Angst, in: Flensburg Hefte 48/3 (1995), S. 8–29, hier S. 16 f.

57 Online: <<http://www.igw.uni-bonn.de/-1/neuzeit/angstkonzferenz>>, [Stand: 20. Mai 2010]. Mittlerweile sehen die Veranstalter viele Thesen als durch die Konferenzergebnisse überholt an. Zum Aspekt der Panik vgl. nun die Einleitung S. 27 f. »Bis zur Panik« gesteigerte Angst wird auch als Folge einer »ausweglosen (Situation)« gedeutet (Höfer, Phänomenologie, S. 11).

58 Hans Albert, Anmerkungen zum Fundamentalismus, in: Kurt Salamun (Hg.), Geistige Tendenzen der Zeit. Perspektiven der Weltanschauungstheorie und Kulturphilosophie, Frankfurt/Main u. a. 1995, S. 85–111, hier S. 97.

59 Hans J. Schultz, Vorwort, in: Ders. (Hg.), Angst. Facetten eines Urgefühls, veränderte Ausgabe, München 1995 [1987], S. 9–13, hier S. 9.

60 Bourke, Fear and Anxiety, S. 114.

wort: Durchaus treffend wurde in diesem Zusammenhang »Definitionskakophonie«⁶¹ behauptet.

Hierüber ist zumeist ebenso wenig etwas zu lesen, wie über die Differenzierung zwischen neurotischer Angst und Realangst⁶² oder darüber, dass die einschlägige Forschungslage bereits vor Jahrzehnten als »kaum noch überblickbar«⁶³ bezeichnet und feinsinnig erklärt wurde, »beim Nachdenken über Angst kann einem angst und bange werden«, unter anderem, »weil die Beschäftigung mit diesem Thema [...] dermaßen ausufert, daß es einen nur verunsichert«⁶⁴.

Historiker grenzen Angst auch nicht gegenüber Begriffen wie Furcht ab. Sind sie aber wirklich identisch? Manche so genannte Experten beziehen Angst auf eine »ungewisse aber bedrohliche Situation«, Furcht hingegen auf »klar erkennbar auslösende Reize«.⁶⁵ Insofern liegt Afflerbach mit seiner weiter oben angeführten Einschätzung von »panischer Angst« vielleicht falsch. Denn er führte sie auf die *klar erkennbaren* »deutschen und italienischen Einigungskriege« zurück beziehungsweise auf die daraus resultierende Angst, von den »Nationalismen der Nachbarstaaten oder der eigenen Völker überrollt zu werden«.⁶⁶

Doch verhält es sich auch hier eher kompliziert: Zwar hält Birgit Aschmann die »Angst-Furcht-Dichotomie« für »inzwischen allgemein anerkannt«⁶⁷. Das trifft aber nicht zu, weshalb die von Mario Wandruszka schon 1950 getroffene Feststellung, entsprechende Unterscheidungen würden sich »als trügerisch (erweisen)«⁶⁸, nach wie vor zutrifft. Nicht umsonst konnte Bourke noch kürzlich fragen: »Is fear identical to anxiety?«⁶⁹ Wer also weiterhin mit dieser Dichotomie operiert, steht zumindest vorläufig noch unter Begründungszwang. Immerhin mag sich hiermit die »Manifestation und Intensität politischer Angstphänomene besser verstehen« lassen, so einmal mehr im *Call for Papers*.⁷⁰

Überdies gibt es in anderen Sprachen vielleicht keine adäquate Entsprechung für Angst. Jedenfalls hielt das Wort Einzug ins Angelsächsische, und zwar etwa

61 Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül, S. 9–32, hier S. 12 (Ihr Urteil bezieht sich auf *Emotion*, kann aber wohl wenigstens *grosso modo* auf den Begriff *Angst* übertragen werden).

62 Vgl. Bernhard Floßdorf, Lemma *Angst*, in: Roland Asanger/Gerd Wenniger (Hg.), Handwörterbuch Psychologie, Berlin 1993, S. 189.

63 Walter von Baeyer/Wanda von Baeyer-Kette, *Angst*, Frankfurt/Main 1971, S. 7.

64 Floßdorf, Lemma *Angst*, S. 184.

65 Dieter Abke, *Angst. Theorie, Diagnostik, Therapie und Ergebnisse einer psychophysiologischen Untersuchung*, Frankfurt/Main, Bern und New York 1985, S. 55; vgl. Baeyer/Baeyer-Kette, *Angst*, S. 23.

66 Afflerbach, *Dreibund*, S. 820 f.

67 Aschmann, *Nutzen*, S. 13.

68 Maria Wandruszka, *Angst und Mut*, Stuttgart 1950, S. 14.

69 Bourke, *Fear and Anxiety*, S. 114.

70 Online: <<http://www.igw.uni-bonn.de/-1/neuzeit/angstkonferenz>>, [Stand 20. Mai 2010].

als »gloomy, often neurotic feeling of generalized anxiety and depression«⁷¹. Erinnert sei hier auch an die vermeintlich spezifische *German Angst*. Wie auch immer: Es erleichtert die Sache nicht, sollten etwa deutsche und amerikanische Historiker immer oder partiell knapp aneinander vorbeireden. Und kann bei dem Wort Angst nicht auch Lust, Begierigkeit mitschwingen?⁷² Sollten sich also am Ende wenigstens manche Wiener Entscheidungsträger weniger aus Angst als vielmehr aus Lust zum Krieg entschlossen haben?

Soweit einige grundsätzliche Aspekte, die bei der Analyse der Bedeutung von Angst für Wiens Kriegsentscheidungen zu beachten sind. Nicht zuletzt fragt sich überdies: Haben Menschen stets dasselbe unter Angst empfunden und verstanden?⁷³ Diese Frage weist weit über mein Thema hinaus. Was aus möglichen Antworten folgen würde, sei ebenso offen gelassen wie die Frage, ob Historiker all diese Aspekte und andere mehr für unwichtig erachten (und wenn, warum sie das tun) oder ob sie gar nicht um deren Bedeutsamkeit wissen.

Hinzu kommt das Problem der Quellenbasis für die in Wien herrschende Stimmung. Deren vermeintlich größter Kenner⁷⁴ John Leslie nennt sie zu Recht generell »eher kärglich«⁷⁵. Zudem werden in Quellen nur selten eigene oder fremde »emotional states« beschrieben oder behauptet⁷⁶ – etwa in Form einer bestimmten Mimik und/oder Gestik –, die darauf hindeuten, dass man in Wien Angst empfunden haben könnte.⁷⁷ Ist also überhaupt festzustellen, wie sehr die Zukunft ängstigte?⁷⁸ Insofern hilft auch der pragmatische Ansatz Bourkes nicht

71 Förster, Angst, S. 74, Anm. 1. In *Wikipedia – The Free Encyclopaedia* wird es als »German loanword« beschrieben: »It is used in English to describe an intense feeling of strife.«, online: <<http://en.wikipedia.org/wiki/Angst>>, [Stand: 23. Juni 2010].

72 Dazu Baeyer/Baeyer-Kette, Angst, S. 24. Hierzu nicht unpassend der damalige Botschafter in Rom Kajetan von Mérey von Kapos-Mére: Er nannte es ein »wahres Glück [...], wenn es zum Krieg mit Serbien kommt«. Der »heutige Moment« sei »ein günstigerer [...] als ein späterer« (Privatschreiben an Berchtold, Rom, 29. Juli 1914, in: Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, Wien und Leipzig 1930 [= ÖUA], Nr. 10991, S. 890–892, hier S. 890).

73 Vgl. Joanna Bourke, Interview mit Michael O'Connor, 2005, online: <http://www.threemonkeysonline.com/als/_fear_a_cultural_history_joanna_bourke_interview.html>, [Stand: 23. Juni 2010].

74 Vgl. Fritz Fellner, *Austria-Hungary*, in: Keith Wilson (Hg.), *Decisions for War 1914*, London 1995, S. 9–25, hier S. 10.

75 John Leslie, Österreich-Ungarn vor dem Kriegsausbruch. Der Ballhausplatz in Wien im Juli 1914 aus der Sicht eines österreichisch-ungarischen Diplomaten, in: Ralph Melville (Hg.), *Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Karl O. Freiherr v. Aretin* zum 65. Geburtstag, 2. Halbband, Stuttgart 1988, 661–675, hier S. 662.

76 So richtig Wank, *Desperate Counsel*, S. 284.

77 Allerdings kann man von »fehlender Verbalisierung [...] nicht ohne weiteres auf die Nichtexistenz von Emotionen schließen« (Trepp, Gefühl, S. 88).

78 Vgl. Alan Sked, *Historians, the Nationality Question, and the Downfall of the Habsburg*

wirklich weiter, wonach »whenever someone in the past used a ›fear-word‹ [...] they were talking about fear«⁷⁹. Denn wenigstens in unserem Falle werden nur selten fear-words verwendet.

Zudem gehen Angstzustände mit »körperlichen Symptomen des autonomen Nervensystems« einher wie »Schweißausstoß, Pulsbeschleunigung und Aktivierung des Stresshormonsystems«⁸⁰. Sie müssen nicht alle zusammen auftreten. Doch wie oft sind selbst nur einzelne derselben in den Quellen nachweisbar, wobei Aschmann treffend darauf hinweist, dass auch »nichtverbale Kommunikation« zu berücksichtigen ist?⁸¹

Nun ließe sich Angstempfinden aus den Quellen eventuell indirekt rekonstruieren, um herauszuarbeiten, was ich – angelehnt an James Joll – *unspoken emotions* nennen möchte.⁸² Auch anderweitig versuchen Historiker ja zwischen den Zeilen zu lesen. Freilich begeben wir uns hiermit auf das schwierige Feld der Psychologie. Immerhin liefert uns diese Disziplin aber Erklärungsversuche für das Entstehen von Angst. Auf sie rekurriert aber nicht einmal Jürgen Angelow, der Wien nichts weniger als »manisches Vernichtungskalkül und übersteigerten Tötungswillen«⁸³ unterstellt.

Auf Erklärungsansätze anderer Fächer beziehen sich Historiker ebenfalls nicht, womit zugleich die Frage nach der Berücksichtigung entsprechender Konzepte beantwortet wäre. Die – soweit ich sehe – einzige Ausnahme bildet William Jannen Jr. Er analysierte Quellen unter Rückgriff auf theoretische Konzepte vor allem der Psychologie und der Politikwissenschaft. Jannen ist aber hauptberuflich Rechtsanwalt. Seine weitgehend unbeachteten Überlegungen macht dies freilich nicht weniger interessant.⁸⁴

Neben der Quellenbasis als solcher bildet auch die Deutung der vorhandenen Quellen ein Problem. So nannte Wiens Geschäftsträger am Zarenhof am 7. Juli 1914 »Erregung« über das Attentat »vollkommen begreiflich, ja selbstverständlich.«⁸⁵ Dies erscheint allerdings begreiflich, ist aber kein Eingeständnis

Empire, in: Transactions of the Royal Historical Society, 5. Serie, Bd. 31, London 1981, S. 175–193, hier S. 189.

79 Bourke, Interview.

80 Wolfgang Bergsdorf, Politik und Angst, in: Franz Bosbach (Hg.), Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000, S. 13–28, hier S. 15.

81 Nicht umsonst erachtet sie die »Quellenbasis, mit der wir es zu tun haben«, für »mehr als wackelig« (Aschmann, Nutzen, S. 31).

82 James Joll selbst sprach von »unspoken assumptions« (Ders., 1914: The Unspoken Assumptions. An Inaugural Lecture, Delivered 25 April 1968, London 1968).

83 Jürgen Angelow, Der »Kriegsfall Serbien« als Willenstherapie. Operative Planung, politische Mentalitäten und Visionen vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Bulgarian Historical Review 32/3–4 (2004) [2002], S. 145–167, hier S. 154; vgl. Ders., Kalkül, S. 465.

84 Vgl. Jannen, Austro-Hungarian Decision, S. 55–81.

85 Otto Graf Czernin, Telegramm, St. Petersburg, 7. Juli 1914, Nr. 139, in: Österreich-Ungarns Aussenpolitik, Nr. 10106, S. 337 f., hier S. 337.

von Angstempfinden. Und wie steht es mit rückblickenden Darlegungen des Sektionschefs im Außenministerium Karl Freiherr Macchio? »Eingeweihte Stellen« hätten »schon lange« vor dem Attentat »wachsende Sorge«⁸⁶ empfunden. Kurz danach konstatierte er »ins ungemessene«⁸⁷ gewachsene Sorgen. Vielleicht unterscheidet sich dies nicht mehr von Angst, doch bezieht sich die Äußerung erst auf die Zeit nach Serbiens Mobilmachung (25. Juli). Dies mag bewusste Irreführung sein, was aber plausibel gemacht werden müsste.

Da wäre zudem die nachträglich durch den Diplomaten Heinrich Graf Lützwow überlieferte, laut ihm auf den 13. Juli datierende Aussage eines »intimen Beraters« von Außenminister Leopold Graf Berchtold: »»Was kann uns denn viel geschehen? Wenn es schlecht geht, werden wir halt Bosnien und ein Stück Ostgalizien verlieren!«⁸⁸ Auch dies zeugt nicht von Angstempfinden oder ähnlichem. Existierte besagter *Intimus* aber überhaupt? Und wenn, wollte sich dieser vielleicht selbst in Sicherheit wiegen, gerade weil er gehörige Angst hatte! Oder log er? Und wie verhält es sich mit Lützwows Erinnerungsvermögen? Der Zeitabstand zwischen der angeblichen Aussage und ihrer Niederschrift betrug mindestens zehn Jahre. Nun mag letztere auf relativ zeitnah verfassten Gesprächsnotizen basieren: Doch wäre selbst dann ein »Anfangsverdacht« angebracht.⁸⁹ Das sind gewichtige Einwände. Tatsächlich aber nehmen Historiker erinnerte Zeugnisse – wenigstens bezogen auf meinen Untersuchungsgegenstand – nach wie vor häufig mehr oder minder unbegründet für bare Münze.

Nicht zuletzt Berchtold schreiben sie Angstzustände zu. In der Tat notierte er in seinem Tagebuch etwa am 18. August 1913 eine »entsetzliche, sorgengepeinigte Nacht«⁹⁰. Doch selbst große Sorge muss nicht identisch mit Angst sein, und zudem sagen solche Einträge nichts über sein Empfinden nach dem Attentat aus, zumal Tagebuchnotizen für diese Zeit fehlen und er sich kurz vor Übermittlung des Ultimatums an Belgrad brieflich wie folgt äußerte: »Vorderhand habe ich das Gefühl von der Vorsehung dazu ausersehen worden zu sein, mich den Ministern, die Friedenspolitik treiben wollten und Kriegspolitik machen mussten, [...] anzuschließen [...].«⁹¹ Wie gesehen, wird auch dem Kaiser exakt dieses Motiv zugeschrieben, das sich aber nicht auf Angst zurückführen lässt. Freilich könnte Berchtold dennoch sogar große Angst gehabt und der zitierte Satz nur eigener

86 Karl Freiherr von Macchio, Wahrheit! Fürst Bülow und ich in Rom 1914/15, Wien 1931, S. 8.
87 Ebd., S. 11.

88 Heinrich Graf von Lützwow, Im diplomatischen Dienst der k. u. k. Monarchie, hg. von Peter Hohenbalken, Wien 1971, S. 218 f.

89 Johannes Fried, Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik, München 2004, S. 368.

90 Zitiert nach Hugo Hantsch, Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann, Bd. 2, Graz, Wien und Köln 1963, S. 476, Anm. 14.

91 Berchtold, Privatschreiben an Mérey, 21. Juli 1914, in: ÖUA, Nr. 10459, S. 564 – 566, hier S. 566.

Beruhigung gedient haben. Doch auch dies wäre erst einmal plausibel zu machen.

Damit komme ich zur Frage, welche Rückschlüsse das Operieren mit der Emotion Angst auf das methodische Bewusstsein von Historikern zulässt? Die Antwort fällt infolge der bisherigen Befunde knapp aus: Es ist entweder nicht weit her damit oder wird aus dem jeweiligen Argumentationsgang nicht deutlich. Dabei kommt mindestens eines erschwerend hinzu: Manche Historiker unterscheiden eine Angst empfindende Kriegspartei von einer wesentlich nüchterner denkenden Friedenspartei. Als deren herausragender Vertreter wird Franz Ferdinand beurteilt. Zugleich soll jedoch die gesamte politische, diplomatische und militärische Elite eine gemäßigte Reaktion gegenüber Serbien abgelehnt haben, etwa weil sie darin die Abdankung der Monarchie als Großmacht⁹² oder Ehrverlust erblickte.⁹³ Doch auch der Thronfolger war Teil der Elite. Wieso war also nicht auch er von Angst geplagt?

(3) Mit welchen anderen, mit Angst verwandten Begriffen wird Wiens Kriegsentschluss nun erklärt? Neben der erwähnten Furcht sind da vor allem Beunruhigung und Sorge.⁹⁴ Alle drei Begriffe werden recht selten verwendet.

Zunächst zur Furcht, die ja zumeist auf Konkretes bezogen wird. Insofern wurde richtig »grassierende Furcht vor einem neuen Balkanbund«, zugleich aber »Angst« konstatiert,⁹⁵ ohne dass ein Unterschied erkennbar wäre. Auch Angelow weiß von Befürchtungen, in Form »gravierender machtpolitischer Einbrüche, ökonomischer Verluste und einer radikalen Änderung des militärischen Kräfteverhältnisses«. Dies habe den »bizarren bündnispolitischen Motivhintergrund des Kriegsentschlusses«⁹⁶ gekennzeichnet.

Ich komme zur Sorge: Jost Dülffer erachtet in der *Enzyklopädie des Ersten Weltkrieges* »Sorge um die eigene Position im Staatensystem entscheidend« für den Kriegsausbruch, nicht nur mit Blick auf Wien.⁹⁷ Dieser Begriff ist eindeutig weniger stark besetzt als Angst. Damit dürfte er auch leichter plausibel zu ma-

92 Günther Kronenbitter, *The Militarization of Austrian Foreign Policy on the Eve of World War I*, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Michael Gehler (Hg.), *Austrian Foreign Policy in Historical Context*, New Brunswick und London 2006, S. 80–90, hier S. 89.

93 Für Ehre als Kriegsursache plädierte kürzlich Ute Frevert (*Honor, Gender, and Power. The Politics of Satisfaction in Pre-War Europe*, in: Afflerbach/ Stevenson (Hg.), *An Improbable War*, S. 233–255, hier S. 247, S. 249). Vgl. schon Avner Offer, *Going to War in 1914. A Matter of Honor?*, in: *Politics & Society* 23/2 (1995), S. 213–241.

94 Zu beachten wären auch die Termini »Bangen, Entsetzen, Schauer, Grauen, Schrecken« (Baeyer/Baeyer-Kette, *Angst*, S. 21).

95 Petronella Ehrenpreis, *Kriegs- und Friedensziele im Diskurs. Regierung und deutschsprachige Öffentlichkeit Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs*, Innsbruck, Wien und Bozen 2005, S. 29 f.

96 Angelow, *Kalkül*, S. 481.

97 Jost Dülffer, *Der Weg in den Krieg*, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2003, S. 233–241, hier S. 240.

chen sein, was prinzipiell vorteilhaft erscheint. Auch wird wohl niemand ernsthaft abstreiten wollen, dass Kaiser Franz Joseph angesichts der damaligen Situation »beunruhigt« gewesen sein könnte, wie es in einem Telegramm des deutschen Botschafters in Wien vom 2. Juli 1914 heißt.⁹⁸

Insofern verwundert es auch, dass – wie gesagt – so selten mit solchen gleichsam harmloseren Begriffen operiert wird. Allerdings müssen auch sie definiert und gegenüber anderen Begriffen abgegrenzt werden, zumal wenn man argumentiert wie Joachim Remak: Wien sei »profoundly concerned over the future designs of both Russia and Serbia« gewesen,⁹⁹ wobei ich den Begriff *concerned* hier mit *beunruhigt* übersetze¹⁰⁰. Worin liegt genau der Unterschied insbesondere zu Furcht und Angst, ganz abgesehen davon, dass Remak zugleich von »mortally afraid« schreibt?¹⁰¹

(4) Mit welchen anderen Emotionen erklären Historiker den Kriegsentschluss? Eine ist Aggressivität, eine weitere Provokation beziehungsweise die dadurch hervorgerufene emotionale Reaktion. So war laut Rumpler der Entschluss »die mörderische Antwort auf eine mörderische Provokation«¹⁰². Dem ähnlich wurde er als Folge »psychologischer Aufschaukelung« gedeutet: Wien habe die Selbstkontrolle verloren.¹⁰³ Darauf wäre nun einzugehen, da etwa Angst in Aggression umschlagen kann und mit Angst oder Ähnlichem Wiens Motivation nur unzureichend beschrieben sein mag. Ich erörtere aber stattdessen zwei andere Faktoren, die Historiker akzentuieren: Nervosität und Verzweiflung.¹⁰⁴

98 Heinrich L. von Tschirschky und Bögendorff, Telegramm Nr. 81 an das Auswärtige Amt, Wien, 2. Juli 1914, in: Graf Max Montgelas/Walther Schücking (Hg.), Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Bd. 1: Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin, nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen, neue, durchgesehene und vermehrte Ausgabe, Berlin 1927, Nr. 9, S. 14. Freilich muss der Monarch diesen Begriff in der Unterredung deshalb nicht wirklich verwendet haben.

99 Joachim Remak, *The Origins of World War I, 1871 – 1914*, New York u. a. 1967, S. 55.

100 Insbesondere ließe sich der Begriff auch mit *besorgt* übersetzen.

101 Ebd., S. 147.

102 Rumpler, *Chance*, S. 573.

103 Berthold Sutter, Diskussionsbeitrag, in: Ders./Jan P. Niederkorn (Hg.), *Der »Zweibund« 1879. Das deutsch-österreichische Bündnis und die europäische Diplomatie*. Historikergespräch Österreich-Bundesrepublik Deutschland 1994, Wien 1996, S. 433 f., hier S. 433.

104 Auch »fatalistische Kriegserwartung« wird konstatiert, was aber keine Emotion ist. Hierin erblickt Stig Förster sogar ein »regelrechtes Syndrom« und verortet die Kriegsursachen »im Reich des Absurden« (Im Reich des Absurden: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Bernd Wegner (Hg.), *Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten*, Paderborn u. a. 2000, S. 211–252, hier S. 218). Auch der behauptete »tiefe Pessimismus« ist keine Emotion (Joseph Redlich, *Kaiser Franz Joseph von Österreich. Eine Biographie*, Berlin 1928, S. 458). Sowohl Fatalismus als auch Pessimismus können aber Emotionen auslösen.

Was Nervosität anbelangt, so soll Wien unter »unerhörtem Streß« gestanden haben.¹⁰⁵ Und Angelow zufolge wich dort mit der Kriegserklärung eine »seit Jahren angestaute, ungeheure nervliche Anspannung einem äußerst intensiven Gefühl der Erleichterung und Erlösung«¹⁰⁶. Lassen sich solch drastische Urteile plausibel machen? Wird etwa ein Mensch eine seit Jahren bestehende, ja erlittene ungeheure nervliche Anspannung ertragen ohne Begleitsymptome aufzuweisen wie Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Zittern, Herzklopfen oder nervöse Magen-Darm-Beschwerden? Kann man solche Symptome aus den Quellen aber wenigstens in der Regel rekonstruieren?

Etwas näher sei die öfter akzentuierte Emotion Verzweiflung erörtert. Norman Stone wusste schon 1967 von »desperate« Wiener Ministern, wobei ge-
golten habe: »[...] ›better a terrible end than a endless terror«.¹⁰⁷ Und laut Klaus Hildebrand »stürzte« man sich »aus Verzweiflung [...] in eine Offensive«.¹⁰⁸ Ähnlich konstatiert Solomon Wank einen »final act of desparation«¹⁰⁹. Man habe die Überzeugung gewonnen, »that a war [...] was the only way to preserve the prestige and existence of the monarchy«¹¹⁰. Und er erklärt apodiktisch: »Desperate men make desperate policy, even if maintaining prestige, status, and credibility, is a ›rational‹ reason for war in the mental world of Great Power Realpolitik.«¹¹¹

Wank argumentiert hier aber uneinheitlich, da er die Verzweiflung sowohl auf »apprehension« als auch auf »concern, anxiety«, »fear« und »frustration«¹¹² zurückführt. Zudem mögen Kriege zwar aus Verzweiflung begonnen werden; aber auch aus bloßer Beunruhigung oder Sorge? Immerhin hätte Wank terminologisch differenzieren können wie Michael Howard: Ihm zufolge herrschte in Wien vor den Balkankriegen »apprehension and occasionally despair«, danach

105 Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz, Wien und Köln 1997, S. 69.

106 Angelow, »Kriegsfall Serbien«, S. 153; vgl. 165.

107 Norman Stone, *Hungary and the Crisis of July 1914*, in: *Journal of Contemporary History*, 1/3 (1966), S. 153–170, hier S. 153.

108 Klaus Hildebrand, *Das Vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck zu Hitler*, durchgesehene Ausgabe 1999 [1995], S. 359. Waren übrigens am Ende alle verzweifelt? So kennt Imanuel Geiss auch »Verzweiflung« der Attentäter über die »Reformunfähigkeit Österreich-Ungarns« (Immanuel Geiss, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München und Zürich 1985 [1978], S. 209).

109 Solomon Wank, *Foreign Policy and the Nationality Problem in Austria-Hungary, 1867–1914*, in: *Austrian History Yearbook* 3/3 (1967), S. 37–57, hier S. 55. Ein anderer Aufsatz Wanks lautet: *Varieties of Political Despair. Three Exchanges between Aehrenthal and Goluchowski 1898–1906*, in: Stanley B. Winters/Joseph Held (Hg.), *Intellectual and Social Development in the Habsburg Empire from Maria Theresia to World War I. Essays Dedicated to Robert A. Kann*, New York und London 1975, S. 203–241.

110 Ders., *Foreign Policy*, S. 55.

111 Ders., *Desperate*, S. 295.

112 Ebd., S. 292, S. 287, S. 292.

»fear at the apparently unstoppable march of Serbia [...] and frustration at its inability to do anything about it.«¹¹³ Allerdings definiert auch Howard seine Begriffe nicht.

Schließlich illustriert Wank ungeachtet der ihm zufolge generellen Verzweiflung den angeblich herrschenden »spirit« mit folgendem zeitgenössischem Zitat: »Heute haben wir unser Schicksal noch in unserer Hand; morgen vielleicht nicht mehr.«¹¹⁴ Wer dies aber noch glaubt, kann der zugleich verzweifelt sein?

(5) Wie gesehen, soll man in Wien also vor recht vielem Angst gehabt haben: Verlust der Ehre, des Prestiges, des Anstandes, des Großmachtstatus, vor Nationalismus, Panslawismus und nicht zuletzt vor dem eigenen Untergang. Wer aber hatte eigentlich Angst wovor? Oder hatten alle Angst vor allem? Und wie ließe sich jeweils nachweisen, wer Angst wovor hatte und wie stark dies jeweils ins Gewicht fiel?

Dieses schon per se – gelinde gesagt – schwierige Unterfangen wird dadurch verkompliziert, dass noch vor ganz anderem Angst geherrscht haben soll. So meint Schroeder: »No other great power [...] feared as much as Austria-Hungary did that a victory achieved in partnership with this ally [Deutschland] might destroy its great power independence as surely as defeat.«¹¹⁵ Und Afflerbach schreibt: »[...] the military officers [...] actually desired war. Of this there can be no doubt. They despaired at the thought of missing the chance to demonstrate their abilities, and feared that as a result, the social reputation of the military would fade in a protracted period of peace.«¹¹⁶

Demnach hatte nicht nur der als »apostle of the preventive war«¹¹⁷ charakterisierte Generalstabschef Conrad von Hötzendorff vor anderem Angst, als zumeist behauptet. Aber wirklich vor dem Verlust der Reputation der Militärinstitution und damit seiner eigenen? Hew Strachan führt anderes an: Conrad »calculated that, as a war hero, he would be free to marry his beloved Gina von Reininghaus [...]. Conrad's infatuation cannot, obviously, explain the outbreak of the First World War. But it remains a reminder that the most banal and maudlin emotions, as well as the most deeply felt, interacted with the wider context.«¹¹⁸ Conrad mag also mehrere Motive für seine Forderung nach Krieg

113 Michael Howard, *The First World War*, Oxford 2002, S. 8, S. 16 f.

114 Wank, *Desperate*, S. 295 (er übersetzt ins Englische aus dem deutschen Original. Dieses in: ebd., Appendix I, S. 295–303, S. 303). Das Zitat entstammt einem Memorandum des Journalisten Berthold Molden vom 6. Juli 1914.

115 Schroeder, *Stealing*, S. 20.

116 Holger Afflerbach, *The Topos of Improbable War in Europe before 1914*, in: Ders./Stevenson (Hg.), *An Improbable War*, S. 161–182, hier S. 167.

117 Oskar Jászi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*, Chicago 1929, S. 426.

118 Hew Strachan, *The Outbreak of the First World War*, Oxford 2004, S. 127; vgl. S. 98.

gehabt haben – und nicht nur er. Sie sind aber alles andere als einfach zu erkennen und zu gewichten und müssen überdies – wenn überhaupt – nur partiell mit Angst zu tun haben.

Fazit

Wie Stig Förster mit Blick auf die »Kriegsursachen« des so genannten Ersten Weltkriegs betont, »wirft [...] jede Antwort neue Fragen auf«; ob damit die Debatte tatsächlich auf »höherer Ebene immer wieder von vorne beginnt«, wie er zugleich meint, sei dahingestellt. Recht hat er jedenfalls damit, dass es sich um eine »höchst komplexe Materie« handelt.¹¹⁹ Nicht zuletzt aus diesem Grund scheinen Historiker erstens zu einer genaueren, ja überhaupt zu einer Definition des Angstbegriffs und zweitens zu seiner genaueren, ja ebenfalls überhaupt zu einer Abgrenzung von anderen, verwandten Begriffen aufgefordert. Die Relevanz beider Punkte sei nochmals verdeutlicht. Richard Hamilton und Holger Herwig zufolge waren die damaligen »decision makers [...] beset by doubts, fears, emotions, even panic as they considered their various choices and reached their decisions for war«¹²⁰. Nun geht es in der Passage, aus der dieses Zitat stammt, um Definitionen: Sollten aber zumindest *fear* und *panic* tatsächlich keine Emotionen sein?

Drittens sollten wir stärker interdisziplinär vorgehen, statt dies abzulehnen, etwa weil einschlägige Betrachtungen der Psychologie »außerhalb« unseres »Faches« liegen.¹²¹ Dabei könnten wir manches lernen und nicht zuletzt erkennen: »The professional historian has always been a psychologist – an amateur psychologist.«¹²² Viertens schließlich müssen wir vorhandene Quellen gerade infolge ihrer Kärglichkeit, behutsamer auswerten und gegeneinander abwägen.

Und da es letztlich um Motive für individuelles Denken und Handeln geht,¹²³ ist auch folgendes zu bedenken: wie man nämlich »jemals das Denken, Handeln, die bewußten und unbewußten Motive von Menschen im einzelnen auch nur erahnen können [sollte]?«¹²⁴ Wer dies für – gelinde gesagt – schwierig erachtet, mag Zöllners kritisierte vermeintlich unerträgliche Urteilsscheu für ebenso weise erachten wie eine sehr behutsame Feststellung Remaks: »Perhaps all one

119 Förster, Reich, S. 211.

120 Hamilton/Herwig, World Wars, S. 11.

121 Förster, Angst, S. 74.

122 Peter Gay, Freud for Historians, Oxford u. a. 1985, S. 6.

123 Strachan, Outbreak, S. 126.

124 Brigitte Mazohl-Wallnig, Österreichischer Verwaltungsstaat und administrative Eliten im Königreich Lombardo-Venetien 1815–1859, Mainz 1993, S. 65.

can truly say in the end is that World War I was a twentieth century diplomatic crisis gone wrong, the one gamble, or rather series of gambles [...] that did not work out. Such things happen.«¹²⁵

Nun argumentiert Remak nicht immer so behutsam. Und Historiker, die ihr *eigentliches Geschäft* im Erklären erblicken, mag diese Behutsamkeit verärgern, ja empören, ... hoffentlich zu Recht! Dennoch sollte eines klar geworden sein: Die Antwort auf die Frage nach den Motiven für Wiens Kriegentschluss und darauf, welche Rolle dabei insbesondere Angst gespielt hat, erweist sich bei näherem Hinsehen als weitaus weniger »simple«, als Schroeder meint (und mit ihm offenbar zahlreiche andere Historiker). Dennoch herrschte im Juli 1914 vielleicht wirklich – und nicht nur in Wien und/oder Österreich-Ungarn – jenes »universal reign of Fear«, das der britische Philosoph Bertrand Russell schon unmittelbar nach Kriegsausbruch als entscheidendes Kriegsmotiv ausgemacht hat, in einer Schrift mit einem für mein Thema programmatischen Titel »War: The Offspring of Fear«¹²⁶.

Literaturverzeichnis

- Abke, Dieter, *Angst. Theorie, Diagnostik, Therapie und Ergebnisse einer psychophysiologischen Untersuchung*, Frankfurt/Main, Bern und New York 1985.
- Afflerbach, Holger, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien, Köln und Weimar 2002.
- Afflerbach, Holger, *The Topos of Improbable War in Europe before 1914*, in: Ders./David Stevenson (Hg.), *An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, New York und Oxford 2007, S. 161 – 182.
- Afflerbach, Holger/David Stevenson, *Introduction*, in: Dies. (Hg.), *An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, New York und Oxford 2007, S. 15 – 36.
- Albert, Hans, *Anmerkungen zum Fundamentalismus*, in: Kurt Salamun (Hg.), *Geistige Tendenzen der Zeit. Perspektiven der Weltanschauungstheorie und Kulturphilosophie*, Frankfurt/Main u. a. 1995, S. 85 – 111.
- Angelow, Jürgen, *Der »Kriegsfall Serbien« als Willenstherapie. Operative Planung, politische Mentalitäten und Visionen vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges*, in: *Bulgarian Historical Review* 32/3 – 4 (2004) [2002], S. 145 – 167.
- Angelow, Jürgen, *Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Köln, Weimar und Wien 2000.
- Anz, Thomas, *Beitrag für literaturkritik.de*, 2006, online: <http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=10267>, [Stand: 23. Juni 2010].

125 Remak, *Origins*, S. 150.

126 Bertrand Russell, *War. The Offspring of Fear*, in: Richard A. Rempel (Hg.), *Bertrand Russell. Prophecy and Dissent, 1914 – 1916*, London u. a. 1988, S. 37 – 47, hier S. 44.

- Aschmann, Birgit, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005, S. 9–32.
- Baeyer, Walter von/Wanda von Baeyer-Kette, Angst, Frankfurt am Main 1971.
- Beller, Steven, Francis Joseph, London und New York 1996.
- Beller, Steven, Geschichte Österreichs, Wien, Köln und Weimar 2007 [Original: A Concise History of Austria, Cambridge 2006].
- Bergsdorf, Wolfgang, Politik und Angst, in: Franz Bosbach (Hg.), Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000, S. 13–28.
- Bourke, Joanna, Fear and Anxiety. Writing about Emotion in Modern History, in: History Workshop Journal Issue 55/1 (2003), S. 111–133.
- Bourke, Joanna, Fear. A Cultural History, Emeryville 2006.
- Bourke, Joanna, Interview mit Michael O'Connor, 2005, online: <http://www.threemonkeysonline.com/als/_fear_a_cultural_history_joanna_bourke_interview.html>, [Stand: 23. Juni 2010].
- Bridge, Francis R., Die Außenpolitik der Donaumonarchie, in: Mark Cornwall (Hg.), The Last Years of Austria-Hungary. Essays in Political and Military History 1908–1918, Exeter 1990, S. 7–31.
- Butterfield, Herbert, International Conflict in the Twentieth Century. A Christian View, London 1960.
- Der Untergang des alten Europa, online: <http://www.tagtraum.de/pages/de/produktionen/dokumentarfilm/5.der_untergang_des_alten_europa.htm>, [Stand: 23. Juni 2010].
- Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Bd. 1: Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin, nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen, neue, durchgesehene und vermehrte Ausgabe, hg. von Graf Max Montgelas/Walther Schücking, Berlin 1927.
- Dülffer, Jost, Der Weg in den Krieg, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2003, S. 233–241.
- Ehrenpreis, Petronella, Kriegs- und Friedensziele im Diskurs. Regierung und deutschsprachige Öffentlichkeit Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs, Innsbruck, Wien und Bozen 2005.
- Febvre, Lucien, La Sensibilité et l'Histoire, in: Ders., Combats pour l'Histoire, 2. Aufl., Paris 1965, S. 221–238.
- Fellner, Fritz, Austria-Hungary, in: Keith Wilson (Hg.), Decisions for War 1914, London 1995, S. 9–25.
- Floßdorf, Bernhard, Lemma Angst, in: Roland Asanger/Gerd Wenniger (Hg.), Handwörterbuch Psychologie, Berlin 1993, S. 189.
- Förster, Stig, Angst und Panik. »Unsachliche« Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreiches und die Ursachen des Ersten Weltkriegs, in: Birgit Aschmann (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005, S. 74–85.
- Förster, Stig, Im Reich des Absurden. Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Bernd Wegner (Hg.), Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn 2000, S. 211–252.
- Frevert, Ute, Honor, Gender, and Power. The Politics of Satisfaction in Pre-War Europe, in: Holger Afflerbach/David Stevenson (Hg.), An Improbable War. The Outbreak of World

- War I and European Political Culture before 1914, New York und Oxford 2007, S. 233 – 255.
- Fried, Johannes, *Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik*, München 2004.
- Fromkin, David, *Europas letzter Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg*, München 2005 [2004].
- Gall, Lothar, Rezension von Hans-Ulrich Wehlers *Deutsche Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift* 279/2 (2004), S. 409 – 414.
- Gay, Peter, *Freud for Historians*, Oxford u. a. 1985.
- Geiss, Imanuel, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München und Zürich 1985 [1978].
- Geiss, Imanuel, *Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815 – 1914*, München und Zürich 1991.
- Haider, Hilde, Emotionen als Steuerungselemente menschlichen Handelns, in: Birgit Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2005, S. 33 – 45.
- Hamilton, Richard F./Holger H. Herwig, *World Wars. Definition and Causes*, in: Dies. (Hg.), *The Origins of World War I*, Cambridge 2003, S. 16, S. 41.
- Hanisch, Ernst, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 2005 [1994].
- Hantsch, Hugo, *Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann*, Bd. 2, Graz, Wien und Köln 1963.
- Herwig, Holger, Why did it happen?, in: Richard F. Hamilton/Holger Herwig (Hg.), *The Origins of World War I*, Cambridge 2003, S. 443 – 468.
- Hildebrand, Klaus, *Adolfs Angst und Winstons Wut*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. August 2007, Nr. 170, S. 7.
- Hildebrand, Klaus, *Das Vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck zu Hitler, durchgesehene Ausgabe* 1999 [1995].
- Höbelt, Lothar, *Der Zweibund. Bündnis mit paradoxen Folgen*, in: Michael Gehler u. a. (Hg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 295 – 314.
- Höfer, Thomas, *Zur Phänomenologie der Angst*, in: *Flensburger Hefte* 48/3 (1995), S. 8 – 29.
- Holborn, Hajo, *The Final Disintegration of the Habsburg Monarchy*, in: *Austrian History Yearbook* 3/3 (1967), S. 189 – 205.
- Howard, Michael, *The First World War*, Oxford 2002.
- Jannen, William Jr., *The Austro-Hungarian Decision for War in July 1914*, in: Samuel Williamson, Jr. (Hg.), *Essays on World War I. Origins and Prisoners of War*, New York 1983, S. 55 – 81.
- Jarosch, Monika, online: <http://www.uibk.ac.at/leopoldine/gender-studies/fem_wissenstransfer/downloads/agnes_neumayr.pdf>, [Stand: 23. Juni 2010].
- Jászi, Oskar, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*, Chicago 1929.
- Joll, James, *1914: The Unspoken Assumptions. An Inaugural Lecture, Delivered 25 April 1968*, London 1968.

- Kann, Robert A., *The Habsburg Empire. A Study in Integration and Disintegration*, New York 1957.
- Kann, Robert A., *Werden und Zerfall des Habsburgerreiches*, Graz, Wien und Köln 1962.
- Kraus, Karl, *Und in Kriegszeiten*, Dezember 1912, online: <<http://www.textlog.de/39153.html>>, [Stand: 23. Juni 2010].
- Kronenbitter, Günther, »Krieg im Frieden«. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914, München 2003.
- Kronenbitter, Günther, »Nur los lassen«. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: Günther Kronenbitter u. a. (Hg.), *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg*, München 1996, S. 159–187.
- Kronenbitter, Günther, *The Militarization of Austrian Foreign Policy on the Eve of World War I*, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Michael Gehler (Hg.), *Austrian Foreign Policy in Historical Context*, New Brunswick und London 2006, S. 80–90.
- Lebow, Richard N., *A Cultural Theory of International Relations*, Cambridge 2008.
- Lebow, Richard N., *Between Peace and War. The Nature of International Crisis*, Baltimore und London 1981.
- Leslie, John, Österreich-Ungarn vor dem Kriegsausbruch. Der Ballhausplatz in Wien im Juli 1914 aus der Sicht eines österreichisch-ungarischen Diplomaten, in: Ralph Melville (Hg.), *Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Karl O. Freiherr v. Aretin zum 65. Geburtstag*, 2. Halbband, Stuttgart 1988, 661–675.
- Lützwow, Heinrich Graf von, *Im diplomatischen Dienst der k. u. k. Monarchie*, hg. von Peter Hohenbalken, Wien 1971.
- Macchio, Karl Freiherr von, *Wahrheit! Fürst Bülow und ich in Rom 1914/15*, Wien 1931.
- Mazohl-Wallnig, Birgitte, *Österreichischer Verwaltungsstaat und administrative Eliten im Königreich Lombardo-Venetien 1815–1859*, Mainz 1993.
- Mombauer, Annika, *The First World War. Inevitable, Avoidable, Improbable or Desirable? Recent Interpretations on War Guilt and the War's Origins*, in: *German History* 25/1 (2007), S. 78–95.
- Mombauer, Annika, *The Origins of the First World War. Controversies and Consensus*, London u. a. 2002.
- Offer, Avner, *Going to War in 1914. A Matter of Honor?*, in: *Politics & Society* 23/2 (1995), S. 213–241.
- Österreich-Ungarns Aussenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. *Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äusseren*, 8 Bde., Wien und Leipzig 1930.
- Przyrembel, Alexandra, *Sehnsucht nach Gefühlen. Zur Konjunktur der Emotionen in der Geschichtswissenschaft*, in: *L'Homme*, 16/2 (2005), S. 116–124.
- Rauchensteiner, Manfred, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz, Wien und Köln 1997.
- Redlich, Joseph, *Kaiser Franz Joseph von Österreich. Eine Biographie*, Berlin 1928.
- Remak, Joachim, *The Origins of World War I, 1871–1914*, New York u. a. 1967.
- Rumpler, Helmut, *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*, Wien 1997.
- Russell, Bertrand, *War. The Offspring of Fear*, in: Richard A. Rempel (Hg.), *Bertrand Russell. Prophecy and Dissent, 1914–1916*, London u. a. 1988, S. 37–47.
- Schroeder, Paul W., *Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War*,

- in: Paul W. Schroeder (Hg.), *Systems, Stability and Statecraft. Essays on the International History of Modern Europe*, New York 2004, S. 157 – 191.
- Schroeder, Paul W., *Stealing Horses to Great Applause. Austria-Hungary's Decision 1914 in Systemic Perspective*, in: Holger Afflerbach/David Stevenson (Hg.), *An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, New York und Oxford 2007, S. 17 – 42.
- Schroeder, Paul W., *The Risks of Victory. An Historian's Provocation – Politics of Terrorism*, 2001, online: <http://findarticles.com/p/articles/mi_m2751/is_2001_Winter/ai_81765312/print>, [Stand: 23. Juni 2010].
- Schultz, Hans J., Vorwort, in: Ders. (Hg.), *Angst. Facetten eines Urgefühls, veränderte Ausgabe*, München 1995 [1987], S. 9 – 13.
- Sked, Alan, *Historians, the Nationality Question and the Downfall of the Habsburg Empire*, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5. Serie, Bd. 31, London 1981, S. 175 – 193.
- Spohn, Wolfgang, *The Many Facets of the Theory of Rationality*, in: *Croatian Journal of Philosophy* 2/6 (2002), S. 247 – 262.
- Stearns, Peter N., *Fear and Contemporary History. A Review Essay*, in: *Journal of Social History* 40/2 (2006), S. 477 – 484.
- Stearns, Peter N./Carol Z. Stearns, *Emotionology. Clarifying the History of Emotion and Emotional Standards*, in: *The American Historical Review* 90/4 (1985), S. 813 – 836.
- Stone, Norman, *Hungary and the Crisis of July 1914*, in: *Journal of Contemporary History*, 1/3 (1966), S. 153 – 170
- Strachan, Hew, *The Outbreak of the First World War*, Oxford 2004.
- Strachan, Hew, *Wer war schuld? Wie es zum Ersten Weltkrieg kam*, in: Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, München 2004, S. 240 – 255.
- Sutter, Berthold, *Diskussionsbeitrag*, in: Berthold Sutter/Jan P. Niederkorn (Hg.), *Der »Zweibund« 1879. Das deutsch-österreichische Bündnis und die europäische Diplomatie. Historikergespräch Österreich-Bundesrepublik Deutschland 1994*, Wien 1996, S. 433 f.
- Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, I. Teil: Buch IV, griechisch-deutsch, übersetzt von Georg P. Landmann, München 1993,
- Trepp, Anne-Charlott, *Gefühl oder kulturelle Konstruktion? Überlegungen zur Geschichte der Emotionen*, in: Ingrid Kasten/Gesa Stedman/Margarete Zimmermann (Hg.), *Kulturen der Gefühle in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Stuttgart und Weimar 2002, S. 86 – 103.
- Tunstall, Graydon A. Jr., *Austria-Hungary*, in: Richard F. Hamilton/Holger H. Herwig (Hg.), *The Origins of World War I*, Cambridge 2003, S. 112 – 149.
- Vocelka, Karl, *Das Habsburgerreich als Gegenstand und Aufgabe der österreichischen Geschichtsforschung*, in: Martin Scheutz/Arno Strohmeyer (Hg.), *Was heißt »österreichische Geschichte«? Probleme, Perspektiven und Räume der Neuzeitforschung*, Innsbruck, Wien und Bozen, 2008, S. 37 – 50.
- Wandruszka, Adam, *Finis Austriae? Reformpläne und Untergangssahnungen in der Habsburgermonarchie*, in: Theodor Mayer (Hg.), *Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Seine Grundlagen und Auswirkungen*, München 1968, S. 112 – 123.
- Wandruszka, Mario, *Angst und Mut*, Stuttgart 1950.

- Wank, Solomon, Desperate Counsel in Vienna in July 1914. Berthold Molden's Unpublished Memorandum, in: *Central European History* 26/3 (1993), S. 281 – 295.
- Wank, Solomon, Foreign Policy and the Nationality Problem in Austria-Hungary, 1867 – 1914, in: *Austrian History Yearbook* 3/3 (1967), S. 37 – 57.
- Wank, Solomon, Varieties of Political Despair. Three Exchanges between Aehrenthal and Goluchowski 1898 – 1906, in: Stanley B. Winters/Joseph Held (Hg.), *Intellectual and Social Development in the Habsburg Empire from Maria Theresia to World War I. Essays Dedicated to Robert A. Kann*, New York und London 1975, S. 203 – 241.
- Wikipedia online: <<http://en.wikipedia.org/wiki/Angst>>, [Stand: 23. Juni 2010].
- Williamson, Samuel R. Jr., *Vienna and July 1914. The Origins of the Great War Once More*, New York 1983, S. 9 – 36.
- Zöllner, Erich, *Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 8. Aufl., Wien und München 1990.

Furcht und Angst als Faktoren deutscher Weltpolitik 1897 – 1914

Die enorme Bedeutung der Angst für das Verständnis historischer Prozesse war und ist unbestritten. Bereits Thukydides hat die Angst als einen Hauptantrieb für das politische Handeln ausgemacht¹ und auch die moderne Kulturgeschichte sieht in Furcht und Angst »historische Aktivposten, Triebkräfte mit eigener Dynamik und Gestaltungskraft«². Dennoch gibt es nur wenige Untersuchungen, welche die Verbindung von Empfindungen und Handeln beziehungsweise den Zusammenhang von Angst und außenpolitischem Entscheiden zur zentralen Fragestellung einer Untersuchung machen. Dabei ist die Angst als Symptom für einen tiefgreifenden Konflikt und politische Unzufriedenheit³ ein wichtiger Indikator für schwerwiegende außenpolitische Krisen, in denen die Kriegsgefahr außerordentlich hoch ist.

Ganz allgemein ist hervorzuheben, dass unterschiedliche Bedrohungen unterschiedliche Emotionen hervorrufen. Sowohl in der Philosophie als auch in der Psychologie wird daher zwischen »Furcht« und »Angst« unterschieden. Meist gehen die Definitionen auf Kierkegaard zurück, der zwischen der Furcht als Emotion, die sich auf etwas Bestimmtes, Konkretes, Benennbares bezieht, und der Angst, die unbestimmt und grenzenlos ist, unterscheidet.⁴ Dadurch, dass Furcht nach psychologischer Deutung sich auf eine konkrete Bedrohung bezieht und meist äußerlicher Natur ist, stehen dem Furchtsamen mehr Bewältigungsmöglichkeiten zur Verfügung. Angst hingegen setzt dann ein, wenn eine komplexe mehrdeutige Gefahrensituation wahrgenommen wird. Die Gefahr kann

1 Vgl. die Einleitung in: Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. XI–XIX, hier S. XI.

2 So für Emotionen allgemein Ute Frevert, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert*, in: *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, hg. von Paul Nolte u. a., München 2000, S. 95–111, hier S. 106. Vgl. ferner Urs Schwarz, *Die Angst in der Politik*, Düsseldorf, Wien 1967, S. 11.

3 Vgl. Corey Robin, *Fear. The History of a Political Idea*, Oxford 2004, S. 3.

4 Vgl. Wolfgang Bergsdorf, *Politik und Angst*, in: Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. 13–28, hier S. 14.

nicht eindeutig lokalisiert werden und hat ihre Ursache oft im Inneren des Individuums.⁵ Angst und Furcht existieren jedoch nicht voneinander getrennt, vielmehr kann das eine ohne das andere nicht sein, wobei die Angst als die stärkere Emotion begriffen wird. Der folgende Beitrag möchte die Möglichkeiten aufzeigen, die in einer differenzierten Verwendung der Begriffe »Angst« und »Furcht« für die internationale Politik und darüber hinaus liegen. Konkret soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Emotionen Furcht und Angst in der deutschen Weltpolitik zwischen 1897 und 1914 gespielt haben. Schon ein cursorischer Blick über die zeitgenössische Flugschriftenliteratur lässt den Eindruck entstehen, das wilhelminische Kaiserreich habe in einer Ära der außenpolitischen Gefahren existiert. Oftmals ist von der englischen Gefahr ebenso die Rede wie von der slawischen beziehungsweise russischen, der amerikanischen wie der gelben, also asiatischen Gefahr. Diese mutmaßlichen Bedrohungen wurden keinesfalls nur von kleinen politischen Gruppierungen als solche empfunden, vielmehr waren die Sorgen in der ganzen Gesellschaft präsent. Im Folgenden sollen zwei Gefahrenperzeptionen in der Ära der deutschen Weltpolitik bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges untersucht werden: das Bild der englischen und das der slawischen Gefahr. Der Fokus der Analyse liegt auf der zivilen Reichsleitung, wobei aber immer wieder über diesen engen Rahmen hinausgeblickt werden soll, um die Verankerung der Gefahrenvorstellung in weiten Kreisen der deutschen Gesellschaft anzudeuten. Die Darstellung mündet in die Analyse der Julikrise ein, in der die deutsche Politik ohne die Emotion Angst wohl kaum zu verstehen ist. Dies soll zu der abschließenden Frage führen, welche Unterschiede zwischen der Perzeption der englischen und der slawischen Gefahr zu beobachten sind und wie sich dies heuristisch nutzbar machen lässt.

Das Flottenwettrüsten mit England⁶

Die deutsch-englischen Beziehungen in der wilhelminischen Ära werden meist aus guten Gründen als Antagonismus charakterisiert.⁷ Im Zentrum des Gegensatzes stand bekanntermaßen die wilhelminische Flotte, die gegen England gebaut wurde und die Seemacht herausforderte. Die ehrgeizige deutsche Flottenpolitik entsprang einer wirtschaftlichen Dynamik und Potenz, die weltweit

5 Vgl. zur Definition der beiden Emotionen Verena Kast, *Angst und Angstbewältigung* aus psychologischer Sicht, in: Hans-Jürg Braun/Alexander Schwarz (Hg.), *Angst*, Zürich 1988, S. 17–28, hier S. 19 u. 22.

6 Die Bezeichnungen »England« und »Großbritannien« werden in der Folge synonym verwendet.

7 Vgl. beispielhaft Paul M. Kennedy, *The Rise of the Anglo-German antagonism, 1860–1914*, London u. a. 1980.

beinahe ohne Vergleich war. Sie nahm ihren Ausgang in einem Machtgefühl, das internationale Anerkennung suchte und Gleichberechtigung einforderte, die viele Deutsche als nicht gewährt empfanden. Zugleich ist in den deutschen politischen Schriften der Zeit aber auch ein ängstliches Gefühl vor einer Niederlage im Wettkampf mit England zu spüren. Im Falle eines Seekrieges habe ein – so die zeitgenössische Deutung – Abschneiden der deutschen »Lebensadern«⁸ gedroht. Die Zeitschrift *Nauticus* zeigte sich überzeugt: »Will Deutschland leben, so muss es seefahren«⁹. Und an anderer Stelle hieß es: »Ohne eine starke deutsche Flotte wird Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts keine Kolonien mehr besitzen können, ohne Kolonialbesitz aber in seinem kleinen Gebiet erstickten oder von den großen Weltmächten [...] erdrückt werden.«¹⁰

Der Historiker Sönke Neitzel hat vor einigen Jahren anhand zahlreicher Flugschriften und Presseerzeugnisse die Existenz einer Weltreichslehre herausgearbeitet¹¹, die in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft einem *common sense* nahe kam. Sie implizierte, dass sich das bestehende Staatensystem zu einem Weltsystem mit drei bis vier dominierenden Weltreichen entwickeln werde, die über die übrigen Staaten und Völker herrschen würden. Der junge Historiker Otto Hoetzsch warnte in diesem Sinne 1903, dass die Zeit nahe, »wo es nur Herren und Knechte unter den Völkern der Erde geben wird. Es gibt und wird in diesen Kämpfen keine geschichtlichen Rechte geben; das Recht wird in ihnen haben, wer die Macht hat.«¹² Die Vorstellungen von den Weltreichen, die aus dem großen Kampf hervorgehen würden, ließen die »Angst vor dem drohenden Untergang«¹³ in weiten Kreisen der deutschen Gesellschaft gedeihen. Aus ihr aber ging scheinbar zwingend hervor, dass man der Entwicklung nicht tatenlos zuschauen dürfe, sondern sich selbst zu einem Weltreich entwickeln müsse. Die Sorge, »zu spät zu kommen«, die daraus entsprungene Angst, im sozialdarwinistischen Kampf ums Dasein als Nation unterliegen zu können, leitete die deutsche Reichsleitung um Wilhelm II., Bülow und Tirpitz geradezu zwanghaft auf den expansiven Kurs der deutschen Weltpolitik.

Tatsächlich überstiegen die maßlosen weltpolitischen Ansprüche das Potential des Deutschen Reiches und der von Berlin initiierte Rüstungswettkampf zur

8 Volker Berghahn, *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971, S. 133 mit Bezug auf Gustav Schmoller. Vgl. auch ebd., S. 178.

9 Zitiert nach ebd., S. 136.

10 Zitiert nach ebd., S. 137.

11 Vgl. Sönke Neitzel, *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn u. a. 2000.

12 Otto Hoetzsch, *Der deutsche Weltmachtgedanke*, in: *Alldeutsche Blätter* 18 (1903), S. 18, zitiert nach ebd., S. 82.

13 Ebd.

See ließ neue Bedrohungsszenarien entstehen¹⁴, die im außenpolitischen Diskurs des Kaiserreichs in den beiden Topoi »Kopenhagen«¹⁵ und »Einkreisung«¹⁶ kulminierten. Mit dem Schlagwort »Kopenhagen« wurde auf den englischen Präventivschlag gegen die dänische Flotte in Kopenhagen 1807 angespielt, der eine Inbesitznahme der Flotte durch Napoleon I. verhindern sollte. Seit den ersten Tagen der deutschen Weltpolitik wurde über einen englischen Präventivschlag gegen die deutsche Flotte spekuliert und entsprechend hieß die außenpolitische Vorgabe für Bernhard von Bülow, das Reich durch eine »Gefahrenzone« zu bringen, bis die deutsche Flotte stark genug sei, um einen englischen Angriff mit Aussicht auf Erfolg abzuwehren.

Das Schlagwort »Kopenhagen« blieb bis kurz vor dem Kriegsausbruch wirksam. Anfang 1912 warnte der Botschaftsrat in London, Richard von Kühlmann, vor dem seiner Meinung nach unbegründeten Verdacht, »die englische Hochseeflotte werde eventuell einmal bei guter Kriegserklärung über die deutsche Heimatflotte herfallen«. Nichts trage mehr zur Verhetzung und Verbitterung zwischen zwei Völkern bei als Gerüchte und Vermutungen über plötzliche Angriffe, »die sich auch zwischen Deutschland und England als Mittel zur Steigerung der gegenseitigen Verbitterung bewährt« hätten. Tatsächlich müsse ein solcher Angriff vom englischen Kabinett beraten werden und nichts im Verhalten der leitenden Staatsmänner gebe das Recht, ihnen einen »ebenso ruchlosen als törichten Bruch des Völkerrechts zuzutrauen«.¹⁷ Mit seiner klugen, an Fakten orientierten Argumentation konnte Kühlmann zumindest den Kaiser nicht überzeugen. In einer Randbemerkung hielt dieser fest: »Diesen Verdacht habe ich und mein ganzes Volk. Der Zweifel eines oder des anderen Diplomaten ändert daran gar nichts.«¹⁸ Es war also gar nicht so falsch, wenn der Leiter der Zentralabteilung im Reichsmarineamt, Albert Hopman, in seinem Tagebuch festhielt, dass Wilhelm II. »England fürchtet«¹⁹, auch wenn man im Sinne der hier vorgeschlagenen Unterscheidung von »Ängstlichkeit« sprechen sollte.

14 Vgl. Ute Daniel, *Einkreisung und Kaiserdämmerung. Ein Versuch, der Kulturgeschichte der Politik vor dem Ersten Weltkrieg auf die Spur zu kommen*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005, S. 279–328, hier S. 326.

15 Vgl. dazu Jonathan Steinberg, *Der Kopenhagen-Komplex*, in: *Kriegsausbruch 1914. Deutsche Buchausgabe des Journal of Contemporary History* 3 (1966), S. 31–59.

16 Vgl. dazu Daniel, *Einkreisung*; Gerd Krumeich, *Einkreisung. Zur Entstehung und Bedeutung eines politischen Schlagwortes*, in: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 20 (1989), S. 99–104.

17 Alle Zitate Kühlmann an Bethmann Hollweg, 4. Januar 1912, PA/AA [= Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes], R 5769, fol. 50–53.

18 Randbemerkung Wilhelms II. zu Kühlmann an Bethmann Hollweg, 4. Januar 1912, PA/AA, R 5769, fol. 50–53.

19 Tagebucheintrag Hopmans vom 16. Oktober 1911, in: Albert Hopman, *Das ereignisreiche Leben eines »Wilhelminers«*. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901–1920, im Auftrag

Das Bild der »Einkreisung« wurde hingegen erst im Zuge der Bildung der Tripelentente in den Jahren 1904–1907 in die politische Debatte des Kaiserreichs eingeführt und stand offenkundig in Zusammenhang mit fehlenden Erfolgen der deutschen Weltpolitik und der zunehmenden Isolierung auf internationalem Parkett. In der Vorstellung, Deutschland sei von Feinden umzingelt, vermittelten sich »diffuse Ängste, die von einem tiefen Misstrauen gegen das ›Ausland‹ und die Spielregeln der internationalen Beziehungen zeugten. Sie [die perzipierte Einkreisung, PB] verlieh der Überzeugung Ausdruck, dass die deutsche Nation eine Pariastellung unter den Völkern Europas innehatte.«²⁰ Gerade in militärischen Kreisen verdichtete sich das Bild von der Einkreisung zu der Überzeugung, dass das eifrige Bemühen doch vorhanden sei, »all diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen«²¹. Auch wenn auf militärischer Seite sicherlich auch berechnende Motive eine Rolle spielten,²² ist es unübersehbar, dass gerade unter dem Generalstabschef Helmuth von Moltke die äußere Bedrohung von den meisten Militärs als tatsächliche Gefahr begriffen wurde. Ob Angst oder Panikmache – für eine rationale Politik auf sachlicher Grundlage war beides nicht förderlich.²³

Die slawische Gefahr

In der Literatur zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges ist mit Bezug auf den Historiker Fritz T. Epstein oft vom »Komplex der russischen Gefahr«²⁴ die Rede, der im Deutschen Reich auszumachen sei. Es erscheint aber sinnvoll, diesen Terminus durch den »Komplex der slawischen Gefahr« zu ersetzen, in dem die

des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von Michael Epkenhans, München 2004, S. 163.

- 20 So für die Zeit vor den Einigungskriegen Nikolaus Buschmann, *Einkreisung und Waffenbruderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850–1871*, Göttingen 2003, S. 182.
- 21 Alfred von Schlieffen, *Der Krieg der Gegenwart*, in: *Generalfeldmarschall Graf Alfred v. Schlieffen, Gesammelte Schriften*, 2 Bde., Berlin 1913, hier Bd. 1, S. 11–22, hier S. 20.
- 22 Vgl. Stig Förster, *Angst und Panik. »Unsachliche« Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreiches und die Ursachen des Ersten Weltkrieges*, in: Birgit Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2005, S. 74–85, hier S. 79.
- 23 So ebd., S. 83. Vgl. ferner Wolfgang J. Mommsen, *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914*, in: Ders. (Hg.), *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt/Main 1990, S. 380–406, hier S. 381 f.
- 24 Fritz T. Epstein, *Der Komplex »Die russische Gefahr« und sein Einfluß auf die deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert*, in: Imanuel Geiss/Bernd-Jürgen Wendt (Hg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, S. 143–159.

russische Bedrohung als ein zentraler Baustein aufgehoben ist. Der bange Blick nach Osten richtete sich eben nicht nur auf das Zarenreich, sondern machte gleich mehrere Gefahrenherde aus, die Thilo von Trotha 1910 in den *Preußischen Jahrbüchern* aufzählte: »[1.] Die gewaltige Bewegung, von der das eigentliche Russentum durch die Betretung konstitutioneller Bahnen ergriffen ist; [2.] der erbitterte Kampf des Polentums gegen das Deutschtum in unseren Ostmarken; [3.] die rücksichtslos breiteste Offensive der Tschechen nicht nur in Böhmen und Mähren, sondern sogar in rein deutschen Kronländern Österreichs; [damit zusammenhängend 4.] der sich immer schärfer zuspitzende Gegensatz zwischen den südlichen Slawen und der in den Ländern der Stephanskronen herrschenden ungarischen Minorität; [5.] die noch durchaus unklaren innerpolitischen Folgen der bosnischen Annexion und [6.] die ebenso unklaren Strömungen in den slawischen Balkanstaaten.«²⁵ Der zwei Jahre später ausbrechende Balkankrieg verstärkte die Ängste und wirkte als Katalysator für die verschiedenen Vorstellungen der slawischen Gefahr, da diese in ihm reale Anknüpfungspunkte fanden, der die Argumentationsmuster von einem russischen Gegensatz unterstützte und zugleich auch für realpolitische Analysen zugänglich machte. Ein alldeutscher Publizist brachte dies wie folgt zum Ausdruck: »Die slawische Gefahr ist uns näher gerückt; näher der Augenblick, wo die Nordslawen, wo Russen und Tschechen, zu denen sich später wohl auch noch die Polen gesellen werden, und die 12 Millionen Südslawen einander die Hände reichen können.«²⁶ Und auch Kaiser Wilhelm klagte: »Dieser Krieg hat den ganzen Osten in Unruhe versetzt.«²⁷ Die englische Gefahr trat unterdessen in den Hintergrund.

Der »Kampf der Germanen gegen die Slawen« war schon vor den Balkankriegen kein Topos, der sich auf die Neue Rechte des Kaiserreichs beschränkte. Er fand Anklang weit darüber hinaus und – was entscheidend war –: er übte einen wesentlichen Einfluss auf die Analysen der Reichsleitung aus. Der »Kampf um die deutsche Ostmark«, dem sich Bülow im besonderen Maße verpflichtet hatte, wurde auch von Bethmann Hollweg fortgesetzt. Noch als Innenstaatssekretär sah er in einer Gesetzesvorlage zur Enteignung polnischer Güter in Posen und Westpreußen ein »Gebot der Selbsterhaltung, das Deutschtum [...] durch materielle Mittel des Staates zu unterstützen, um die Gefahr der künftigen Slawisierung der Ostmark zu verhindern.«²⁸ Während des Weltkrieges verwendete

25 Thilo von Trotha, Politische Korrespondenz, in: *Preußische Jahrbücher* 140 (1910), S. 358–361, hier S. 358.

26 Richard Bahr, Der Balkankrieg und der Panslawismus, in: *Der Türmer* 15 (1912), S. 337–341, hier S. 341.

27 So die Aufzeichnung von Lord Stamfordham über ein Gespräch mit Wilhelm II. am 25. Mai 1913, zitiert nach John C. G. Röhl, *Wilhelm II.*, Bd. 3: *Der Weg in den Abgrund 1900–1914*, München 2008, S. 990.

28 Sitzung des Preußischen Staatsministeriums, 31. März 1906, GStA PK [= Geheimes

Bethmann Hollweg im Rückblick eine martialischere Beschreibung: Es sei notwendig gewesen, »das deutsche Element zu stärken, damit es von der fruchtbaren polnischen Rasse nicht aufgeessen«²⁹ werde.

Die »slawische Gefahr« wurde auch an anderer Stelle wahrgenommen. Der letzte treue Bündnispartner Österreich-Ungarn schien so sehr von der Slawisierung bedroht, dass in Regierungskreisen das Wort vom »verwesenden Kadaver«³⁰ umging. Die Zuverlässigkeit der slawischen Truppen der Donaumonarchie im Falle eines Krieges gegen slawische Staaten wurde allenthalben als unsicher beurteilt.³¹ Die Erfolge der Balkanstaaten verstärkten noch die Sorge um die Zukunftsfähigkeit des Vielvölkerstaates. Staatssekretär Gottlieb von Jagow sah in dem Balkanbund – bestehend aus Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland – nichts anderes als das Ergebnis einer »russisch-panslawistischen Politik«.³² Dieser wollte er ganz im Sinne der Logik eines germanisch-slawischen Gegensatzes auf dem Balkan ein Bollwerk gegen das Slawentum entgegensetzen, dessen Kern ein Bündnis mit den nichtslawischen Mächten Türkei, Rumänien und Griechenland bilden sollte. Vor allem Griechenland sollte in seiner Auseinandersetzung mit Bulgarien um die Hafenstadt Saloniki nicht vor den Kopf gestoßen werden, da es »bei der Zerteilung der slawischen Welle am Balkan die nützlichsten Dienste leisten könnte«.³³

Bei Bethmann Hollweg finden sich – wie ausgeführt – schon früh Anklänge des Gegensatzes von Germanen und Slawen. Dieser stand allerdings zunächst keineswegs im Zentrum seiner Betrachtungen, sondern es war das Verhältnis zu England, das die ersten Jahre seiner Amtszeit prägte. Dies änderte sich ab 1912,

Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin], I. HA Rep. 90a B III 2 b Nr. 6, Fiche Nr. 908–909; Vol. 152 1906, fol. 142–185.

- 29 Protokoll der Sitzung des VIII. Bundesrats-Ausschusses (Auswärtige Angelegenheiten), 30. Oktober 1916, HStAS [= Hauptstaatsarchiv Stuttgart], NL Weizsäcker, Q 1/18, Bü. 48.
- 30 Zimmermann in einem Gespräch mit vom Rath, 11. August 1913, BArch-B [= Bundesarchiv Berlin], NL Hermann vom Rath, N 2233, fol. 1–2. Auch Aufzeichnung Jagows, Berlin, 25. Oktober 1915, PA/AA, Nachlass Gottlieb von Jagow, Bd. 3.
- 31 Vgl. bspw. Aufzeichnung eines Gesprächs Conrads mit Moltke, 12. Mai 1914, in: Conrad, Dienstzeit III, S. 672; Varnbüler an Weizsäcker, 8. Juli 1913, HStAS, E 50/03, Bü. 207, fol. 17–25.
- 32 Jagow an Wangenheim, 10. Juni 1913, PA/AA, NL Wangenheim, Bd. 4, fol. 13–16.
- 33 Jagow an Tschirschky, 14. März 1913, Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hg. von Johannes Lepsius/Albrecht Mendelssohn Bartholdy/Friedrich Thimme im Auftrag des Auswärtigen Amtes, 40 Bde., Berlin 1922–1927 [= GP], hier Bd. 34 II, Nr. 12965, S. 492. Zu den Bemühungen eines Ausgleichs mit Griechenland vgl. Konstantin Loulos, Die deutsche Griechenlandpolitik von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1986; Dörte Löding, Deutschlands und Österreich-Ungarns Balkanpolitik von 1912–1914 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsinteressen, Hamburg 1969, S. 132–152. Beide übersehen jedoch die zentrale Bedeutung russischer Kriterien in der deutschen Außenpolitik unter Jagow.

als er Russland besuchte und erstmals einen tieferen Eindruck von der potentiellen Macht bekam, die dem Zarenreich zu eigen war. Fritz Fischer hat die Reise als »Urerlebnis«³⁴ des Reichskanzlers bezeichnet und lag damit nicht falsch. Die verschiedenen Briefe, die Bethmann Hollweg nach seinem Russlandaufenthalt an politische Freunde sandte, bringen alle die Bewunderung der russischen Macht zum Ausdruck. So schrieb er an den preußischen Gesandten in Karlsruhe: »Der Reichtum an Bodenschätzen und an derber, physischer Menschenkraft sind Faktoren, die gerade wir unter dem Einflusse unserer verweichlichenden Kulturfortschritte zwar nicht fürchten, aber auch nicht unterschätzen sollten.«³⁵ Gegenüber dem französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, bezeichnete er Deutschland und Frankreich als alte Nationen, während Russland eine vollkommen junge Nation sei.³⁶ Die Russlandreise Bethmann Hollwegs war allerdings nicht alleinige Ursache für seine im weiteren Verlauf zu konstatierende Angst. Doch seine Eindrücke prägten seinen Blick auf die großen internationalen Krisen der kommenden beiden Jahre, die allesamt im Osten Europas ihren Ursprung hatten – namentlich die beiden Balkankriege und die Limankrise –, und nährten den Eindruck einer Konfliktstellung, die ihm zunehmend unauflösbar erschien und in der zugleich die Chancen des Deutschen Reiches gegenüber Russland und dem Slawentum immer geringer veranschlagt wurden. Es war ein Wechselspiel von Deutungsmustern und konkreten Ereignissen, das dem Topos der slawischen Gefahr nicht nur bei Bethmann Hollweg die entscheidende Durchschlagskraft verlieh.

Auch der oberste Militär des Kaiserreiches, Helmuth von Moltke, kannte Russland aus eigenen Anschauungen. Als Adjutant des Kaisers war er vor der Jahrhundertwende gleich mehrfach auf Sondermission in St. Petersburg und Moskau. Die Briefe an seine Frau, die er von seinen Reisen sandte, sprechen eine deutliche Sprache und belegen, wie sehr er von der Größe der russischen Macht beeindruckt war.³⁷ Diese frühen Bilder wurden jedoch vor allem durch das zarische Russland geprägt, das Russland außerhalb des Zarenpalastes nahm er kaum wahr. Nachdem sich im Zuge der russischen Revolution Moltkes Ehrfurcht – der Begriff ist mit Bedacht gewählt – vor Russland zunächst abschwächte, trat wohl als Folge seiner neuen Stellung als Generalstabschef eine Veränderung in

34 Fritz Fischer, Theobald von Bethmann Hollweg, in: Wilhelm von Sternburg (Hg.), Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt, Königstein 1985, S. 87 – 114, hier S. 94.

35 Bethmann Hollweg an Eisendecker, 22. Juli 1912, GP 31, Nr. 11546, Anmerkung ***, S. 449.

36 Vgl. Cambon an Poincaré, 28. Juli 1912, in: Documents diplomatiques français (1871 – 1914), hg. vom Ministère des Affaires Étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre de 1914, 3. Série (1911 – 1914), 11 Bde., Paris 1929 – 1936, hier Bd. 3, Nr. 228, S. 304.

37 Vgl. unter mehreren Briefen exemplarisch Moltke an seine Frau, 27. Mai 1896, in: Helmuth von Moltke 1848 – 1916. Dokumente zu seinem Leben und Wirken, Bd. 1, hg. von Thomas Meyer, Basel 1993, S. 180.

der Perzeption ein, die sich nun stark auf die militärische Stärke des Nachbarreiches konzentrierte. Dieser Wandel korrespondierte mit einer immer stärkeren Betonung von rassistischen Kriterien, weshalb er auch die slawischen Staaten des Balkans der russischen Militärmacht zuschrieb. Seit den Erfolgen der Balkanstaaten gegen die Türkei war Moltke von der Notwendigkeit eines Präventivkrieges gegen Russland überzeugt, der seiner Meinung nach nur ein Kampf zwischen »Germanentum und Slawentum«³⁸ sein konnte.

Es wurde bereits ausgeführt, dass diese rassistischen Kriterien von Bethmann Hollwegs engstem außenpolitischen Mitarbeiter, dem Staatssekretär Gottlieb von Jagow, geteilt wurden. Bezeichnenderweise ist der Italienspezialist nach heutigem Wissensstand bis zum Kriegsausbruch nie in Russland gewesen, und dennoch hatte er im Laufe seiner Dienstzeit die Überzeugung gewonnen, dass vom Zarenreich als panslawistischer Vormacht eine gewaltige Bedrohung für die europäische Zivilisation ausging. Die individuellen Ursachen der Angst können demnach ganz unterschiedlich gelagert und, wie bei Jagow, – zumindest für den Historiker – nicht immer biographisch festzumachen sein. Dies gilt natürlich noch mehr für die weitgehend im Dunkeln der Geschichte liegende breitere Bevölkerung, von der aber im Allgemeinen angenommen werden kann, dass sie zu großen Teilen die Ängste der hier genannten drei prominenten Beispiele teilten.

Furcht und Angst in der breiteren Bevölkerung

Ein eindrucksvolles Dokument über die auch in der Bevölkerung verbreiteten Ängste ist ein Brief eines höheren Offiziers aus der Grenzfestung Thorn, der aus offenkundigen Motiven – die Debatte über die Heeresvorlage von 1913 war im vollen Gange – in der *Deutschen Mark* veröffentlicht wurde.³⁹ Der namentlich nicht genannte Offizier schilderte russische Mobilmachungsvorarbeiten, die früher »in Friedenszeiten« nicht vorgenommen worden seien. Der gesamte Brief ist geprägt von den Unsicherheiten über die Vorgänge auf der anderen Seite der Grenze: »Überall sieht man dem kommenden Frühjahr mit der größten Spannung entgegen, und glaubt bestimmt, dass dann eine Entscheidung fallen muss. Diese Spannung halten die Völker auf die Dauer überhaupt nicht aus!« Der Offizier hoffte, dass die Unsicherheiten dazu beitragen würden, die neue Heeresvorlage durchzubringen: »Hätte man doch schon im vorherigen Jahr ganze Arbeit gemacht!« Der Brief schließt mit der soldatischen Feststellung, dass man

38 Moltke an Conrad, 10. Februar 1913, in: Franz Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*, 5 Bde., Wien 1921–1925, hier Bd. 3, S. 145.

39 N. N., *Die drohende Gefahr im Osten*, in: *Deutsche Mark*, 19. Februar 1913.

für den Krieg vorbereitet sei, soweit man dies im Frieden sein könne: »Daher auch die scheinbare Ruhe, die aber nur ein rein äußerliches Moment darstellt.« Es wäre zu einfach, dem Brief rein instrumentelle Bedeutung zuzusprechen, auch wenn er offensichtlich gezielt als Beitrag zur Debatte um die Heeresvorlage eingesetzt wurde. Ein solcher Brief konnte seine Wirkung nur dann entfalten, wenn der Inhalt der breiteren Bevölkerung nachvollziehbar erschien. Gleiches gilt für einen Artikel in den alldeutsch geprägten *Leipziger Neuesten Nachrichten* anlässlich des Kaisergeburtstages 1913, der verschiedentlich mit Gefühlen argumentierte. Nachdem der Artikel die Balkankriege als Vorspiel für den Entscheidungskampf zwischen Germanen und Slawen interpretiert hatte, hieß es im Schlussabsatz, »das Gefühl«, die Wehrmacht ausbauen zu müssen, sei allgemein. Es gehe »eine unruhige, sorgenvolle Stimmung durch unsere Zeit. Man sieht keine bestimmte Gefahr, aber das Gefühl, dass irgendwo ein Unheil lauert, ist viel verbreitet.«⁴⁰ Wenn dieser Artikel ebenfalls eine instrumentalisierende Wirkung haben sollte, bedeutet dies nicht zugleich, dass die Ängste nicht existierten. Vielmehr konnten die Autoren nur solange auf einen Erfolg hoffen, wie die Instrumentalisierung auf einen entsprechenden Resonanzboden fiel. Dieser kann aus Platzgründen nicht mittels einer breiten Darstellung von entsprechenden öffentlichen Äußerungen belegt werden, weshalb ein anschauliches Beispiel genügen muss. Die Überzeugung, dass ein Krieg mit Russland unvermeidlich sei, war 1914 so allgemein verbreitet, dass ein Mitarbeiter der Friedrich Wilhelm Lebensversicherungs AG ein Werbeflugblatt erstellte und versenden ließ, in dem es hieß, »dass nach politischen Betrachtungen neuester Zeit für das Deutsche Reich ein Krieg mit Russland nach einigen Jahren als *unvermeidlich* gilt«. Der Offizier, der berufen sei, für den Ruhm des Vaterlandes einzutreten, hätte eine »sittliche Pflicht, für seine Angehörigen in auskömmlicher Weise für den Fall seines Heldentodes auf dem Schlachtfelde gesorgt zu haben«⁴¹ und rechtzeitig eine Lebensversicherung abzuschließen. Erst auf Intervention des Auswärtigen Amtes wurde das Flugblatt zurückgezogen.

Ein Krieg aus Angst?

Welche Rolle spielte die Angst nun in der Julikrise? Die Gefühlslage des Reichskanzlers lässt sich über das Riezler-Tagebuch gut nachvollziehen. Ein nicht zu unterschätzender, rein persönlicher Faktor war der Tod von Bethmann

40 N. N., Kaisers Geburtstag, in: *Leipziger Neueste Nachrichten*, 27. Januar 1913.

41 Werbeschreiben der Friedrich Wilhelm Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin, 23. April 1914, PA/AA, R 1999. Der zuständige Mitarbeiter wurde nach einer Intervention des Auswärtigen Amtes allerdings entlassen.

Hollwegs Frau im Mai des Jahres 1914: »Überall lastet noch der Tod der Frau. Melancholie und Beherrschung in Landschaft und Menschen«⁴², notierte sich der enge Berater des Kanzlers nach einem Besuch auf dessen Gut Hohenfinow Anfang Juli 1914. Knapp zwei Wochen später, nach einem weiteren Besuch, zeigen Riezlers Notizen, wie eng verwoben die Emotionen des persönlichen Verlusts und der amtlichen Verantwortung waren: »Sehr ernste Stimmung. Eine schwere Decke von noch offener Trauer und größter Verantwortung über den Menschen und allen Gesprächen, nur hier und da durchbrochen von dem Bedürfnis der Kinder nach Fröhlichkeit.«⁴³ In der Psychologie gilt Angst als die einzige Emotion, die durch die Anwesenheit von Sozialpartnern reduziert werden kann.⁴⁴ Der Verlust der Ehefrau ist daher aus individualpsychologischer Sicht nicht zu unterschätzen, gerade in einer Phase, in der Bethmann Hollweg als Reichskanzler eine für das Deutsche Reich als Existenzkrise empfundene Situation zu durchstehen hatte.⁴⁵ Wenn dieser persönliche Faktor in der Geschichtsschreibung bislang meist vernachlässigt wurde, sollte Bethmann Hollwegs Politik in der Julikrise allerdings nicht im Gegenzug auf den Verlust seiner Frau reduziert werden, auch wenn diese Erfahrung individuell von großer Bedeutung war. Gottlieb von Jagow zum Beispiel unterstützte die Politik des Reichskanzlers loyal und teilte dessen außenpolitischen Analysen – und das, obwohl er am 6. Juli von seiner Hochzeitsreise heimkehrte. Dass diese für ihn ein persönliches Drama gewesen sein könnte, ist den Quellen nicht zu entnehmen. Wie grundsätzlich die Angst Bethmann Hollwegs in Bezug auf die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches hingegen war, geht aus weiteren Tagebucheinträgen Riezlers hervor, in denen der Kanzler von Russlands schnell wachsender militärischer Macht warnte und die Lage als »unhaltbar« einschätzte. Die Zukunft gehöre »Russland, das wächst und wächst und sich als immer schwererer Alb auf uns legt«⁴⁶. Seine »wachsende[n] Ansprüche und ungeheure Sprengkraft« seien in »wenigen Jahren nicht mehr abzuwehren«⁴⁷. Weiter schrieb Riezler: »Der Kanzler sieht ein Fatum, größer als Menschen-

42 Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, eingeleitet und hg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, Eintrag vom 7. Juli 1914, S. 181. Der britische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, hielt in seinem Tagebuch fest: »I am awfully sorry for poor B.H. as his private life has been so happy – and his political life the reverse – and the latter is all he has left now« [Tagebucheintrag vom 11. Mai 1914, in: *The Diary of Edward Goschen 1900–1914*, hg. von Christopher H. D. Howard, London 1980, S. 287].

43 Riezler, Tagebücher, Eintrag vom 20. Juli 1914, S. 186 f.

44 Vgl. Wiebke Putz-Osterloh, Angst und Handeln aus psychologischer Sicht, in: Bosbach (Hg.), *Angst und Politik*, S. 1–11, hier S. 7.

45 Von der Angst wird das Gefühl der Hilflosigkeit unterschieden, das auf den Emotionen Trauer und Depression beruht und mit Tatenlosigkeit einhergeht [vgl. Putz-Osterloh, *Angst*, S. 10].

46 Riezler, Tagebücher, Eintrag vom 7. Juli 1914, S. 183.

47 Ebd., Eintrag vom 20. Juli 1914, S. 187.

macht, über der Lage Europas und über unserem Volke liegen.«⁴⁸ Und eine weitere Äußerung spricht dafür, dass Bethmann Hollweg ängstlich in die Zukunft blickte. Zu den Charakteristika der Angst gehört auch, dass sie einem Vermeidungs- oder Fluchtverhalten vorausgeht oder es in Gang setzt. Das Ziel bleibt dabei unklar: Es ist nicht positiv bestimmbar, wohin man geht, sondern man kann nur angeben, was man unbedingt vermeiden möchte.⁴⁹ Bethmann Hollweg selbst charakterisierte seine Politik in der Julikrise vielsagend als einen »Sprung ins Dunkle«⁵⁰.

Während also die russische beziehungsweise slawische Gefahr in den letzten Monaten vor dem Krieg und in der Julikrise für die Entscheidungsträger und den Großteil der deutschen Bevölkerung eine entscheidende Rolle spielte, ist von einer englischen Bedrohung kaum noch nennenswert die Rede. Selbst die Verhandlungen über eine Marinekonvention Großbritanniens mit Russland gewannen ihre Bedeutung vor allem durch die erwartete Stärkung der russischen Machtstellung.⁵¹ Aber warum führte die vermeintliche russische Gefahr zu einer Risikopolitik des Deutschen Reiches, die in den Krieg mündete, während die englische Bedrohung dies nicht tat?

Dieser Frage soll mittels einiger Merkmale der Angst als Grundlage für eine Analyse von Gefahrenperzeptionen nachgegangen werden. Nach einer psychologischen Definition wird Angst dann erlebt, wenn eine Bedrohung⁵²

1. das eigene Wohlergehen – meint im Bezug auf die Außenpolitik das Wohlergehen des Staates – gefährdet
2. den eigenen Erwartungen widerspricht
3. ihre Folge als sehr wahrscheinlich gilt
4. sie zudem unmittelbar bevorsteht
5. sie als Blockierung erlebt wird.

Hinzu kommt, dass Furcht dann in Angst umschlägt, wenn die »eigenen Ressourcen, Fähigkeiten oder Hilfsmittel als unzureichend eingeschätzt werden«⁵³, um die Bedrohung zu bewältigen. Deswegen sollen im Folgenden nicht nur die fünf Kriterien an den Beispielen der englischen und der slawischen Gefahr

48 Ebd., Eintrag vom 27. Juli 1914, S. 192.

49 Vgl. Putz-Osterloh, Angst, S. 7.

50 Riezler, Tagebücher, Eintrag vom 14. Juli 1914, S. 185.

51 Vgl. zu den Verhandlungen allgemein Stephen Schröder, Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Göttingen 2006.

52 Die folgende Aufzählung orientiert sich an Putz-Osterloh, Angst, S. 6.

53 Ebd., S. 7. Vgl. auch Kast, Angst, S. 20.

überprüft, sondern auch immer die Frage mitgedacht werden, ob die Bedrohung beherrschbar erschien oder nicht.

Ad 1.) Das Wohlergehen des Staates wurde nach Ansicht der Zeitgenossen durch beide Bedrohungen gefährdet. Gemäß der verbreiteten sozialdarwinistischen Überzeugung, dass sich das Weltstaatensystem zu einem System von Weltreichen entwickeln musste, erschien eine Gefährdung der eigenen Weltpolitik unzumutbar, ja es konnte gar das Überleben des eigenen Volkes grundsätzlich in Frage stellen. Allerdings bemühten sich sowohl Bülow in der Endphase seiner Kanzlerschaft als auch Bethmann Hollweg um einen politischen Ausgleich mit England, um als Juniorpartner der Seemacht Weltpolitik betreiben zu können. Die Basis hierzu sollte die kontinentale Machtstellung bieten, der die Reichsleitung nun wieder eine größere Aufmerksamkeit widmete. Während diese alternative Strategie die englische Gefahr mindern konnte, gelang eine vergleichbare Wendung in der Russlandpolitik nicht.

Ad 2.) Die gegen die deutsche Gefahr gerichtete Politik Englands widersprach zudem nicht den eigenen Erwartungen. Ein Präventivschlag durch Großbritannien galt seit Beginn des Flottenbaus als eine denkbare Maßnahme, die dazu führte, dass Bülow den Auftrag erhielt, das Deutsche Reich durch eine »Gefahrenzone« zu manövrieren. Gleiches gilt für die Politik der »Einkreisung«, die man von einer Diplomatie, der »Hexenkünste«⁵⁴ nachsagt wurden, durchaus erwartete. Die Handelsmacht England galt als berechnend und somit als berechenbar. Dem Stereotyp vom englischen »Händler« entsprach aber auch die Vorstellung, dass ein beiderseitiges Einvernehmen möglich sei, sobald es im englischen Interesse sei. So notierte sich Kapitän Hopman am 9. Dezember 1912 in sein Tagebuch: »Die englische City tut Alles um den Krieg zu vermeiden, bei dem sie wenigstens für die nächsten Jahre nur verliert.«⁵⁵

Das Vordringen des Slawentums erschien auf den ersten Blick ebenfalls nicht als unerwartbar. Die verschiedenen Erfolge slawischer Staaten und Völker wurden als Ausdruck eines historischen Prozesses gedeutet, der seit der Völkerwanderung zu beobachten sei.⁵⁶ Dem Gegensatz wurde gleichsam der Charakter eines historischen Gesetzes zugeschrieben. Die Unausweichlichkeit des bevorstehenden Kampfes, der ganz im Sinne des als Naturgesetz verstandenen

54 N. N., Zum englisch-russischen Abkommen, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, 26. September 1907.

55 Tagebucheintrag Hopmans vom 9. Dezember 1912, in: Hopman, Ereignisreiche Leben, S. 269.

56 Vgl. Karl Lamprecht, Die Lehren der Kolonisation Ostdeutschlands für die Politik der Gegenwart. Vortrag, gehalten in der Berliner Ortsgruppe am 22. April 1898, in: Die Ostmark 3 (1898), S. 77–79; Dietrich Schaefer, Unser Recht auf die Ostmarken. Vortrag gehalten am 4. März 1911 in der Berliner Ortsgruppe des Ostmarken-Vereins, Berlin 1911; ferner: Bernhard von Bülow, Deutsche Politik, in: Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., Bd. 1, Berlin 1914, S. 1–136, hier S. 118–123.

Darwinismus nur ein Kampf um Leben und Tod sein konnte, drückte sich in Metaphern der Naturgewalt aus: So hieß es, eine slawische »Flut«⁵⁷ stürze auf das Germanentum ein. Bei genauerer Betrachtung ist allerdings eine ausgesprochene Unsicherheit nicht zu übersehen, die die Wilhelminer angesichts der slawischen Erfolge empfanden. Die Herrschaft über Polen rechtfertigten die Deutschen mit ihrer vermeintlichen kulturellen Überlegenheit, die sie auch gegenüber anderen slawischen Völkern empfanden. Dieses Selbstempfinden wurde nun unerwartet in Frage gestellt. Fühlte man sich dem vermeintlich dekadenten Westen – dies galt gegenüber Frankreich stärker noch als gegenüber England – kulturell überlegen, wurde der Topos der jungen, unverbrauchten und zukunfts gewissen Nation durch das als urwüchsig empfundene Slawentum in Frage gestellt. Nicht nur Bethmann Hollweg sprach in diesem Kontext von »verweichlichenden Kulturfortschritten«⁵⁸, die das Bestehen gegen die slawische Gefahr gefährden konnten.

Ad 3.) Das Merkmal der Wahrscheinlichkeit der Bedrohung war bei beiden Gefahren gegeben. Die deutsche Reichsleitung stimmte daher ihre Außenpolitik darauf ab, London keine Veranlassung zu einem Präventivschlag zu geben. Das Durchschreiten der »Gefahrenzone« wurde schon mehrfach genannt. Auch seestrategische Planungen wurden entsprechend gestaltet. Der mutmaßlichen Politik der »Einkreisung«, der ja tatsächlich eine zunehmende, wenn auch selbstverschuldete Isolierung des Deutschen Reiches entsprach, versuchte die Reichsleitung durch verschiedene diplomatische Initiativen zu begegnen und sie bemühte sich in diversen internationalen Krisen, die Ententen Englands zu sprengen – so der zeitgenössische Sprachgebrauch. Zwar gelang dies nicht, die Hoffnung auf einen entsprechenden Erfolg wurde allerdings bis zur Julikrise, die zu Teilen selbst gleichsam ein Sprengkommando sein sollte, nicht aufgegeben. Die zumindest in regierungsnahen Kreisen verbreitete Überzeugung, dass ein europäischer Krieg für die Handelsmacht England nicht von Interesse sei, verstärkte die Hoffnungen, dass ein Präventivschlag Londons vermieden werden könnte.

Die slawische Gefahr erschien daher drängender: Der mutmaßlich gesetzmäßige Charakter des Gegensatzes zwischen Germanen und Slawen machte eine

57 Vgl. beispielsweise Daniel Frymann [= Heinrich Claß], Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 94; Franz Gehrke, Die Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 141 (1910), S. 119–142, hier S. 121. Auch der Publizist Georg Cleinow sprach von der Notwendigkeit, die »slawische Hochflut« abzuwehren [Georg Cleinow, Deutsch-slawische Beziehungen. Eine Skizze, in: Grenzboten 68 (1909), S. 5–15, hier S. 15], Hermann Oncken von der »Flutwelle slawischer Kolonisation« [Hermann Oncken, Die Ideen von 1813 und die deutsche Gegenwart. Eine säkulare Betrachtung, Oktober 1913, in: Ders. (Hg.), Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 1, München, Berlin 1914, S. 21–36, hier S. 30].

58 Bethmann Hollweg an Eisendecker, 22. Juli 1912, GP 31, Nr. 11546, Anmerkung ***, S. 449.

Auseinandersetzung nicht nur wahrscheinlich, sondern sogar unausweichlich. Zwar glaubten nicht alle Mitglieder der Reichsleitung so entschieden an die Grundsätzlichkeit des Gegensatzes – Bethmann Hollwegs Vorstellungen sind beispielsweise wesentlich differenzierter⁵⁹ –, doch letztlich waren alle Entscheidungsträger überzeugt, dass der Krieg mit dem Slawentum auf Dauer nicht zu verhindern sei, was sich mit der vorherrschenden Stimmung im Deutschen Reich traf.

Ad 4.) Die Unmittelbarkeit der Bedrohung schien ebenfalls in beiden Fällen vorhanden – auch hier mit Bezug auf die »slawische Gefahr« stärker als auf die »englische Gefahr«. Die Gefahr eines plötzlichen Angriffs der englischen Flotte schien ständig gegeben, die Einkreisungspolitik wurde als strategische Grundlage der englischen Politik begriffen. Die englische Bedrohung wurde daher zwar stets als präsent empfunden, sie war aber nicht notwendigerweise tagesaktuell. Ganz anders der Kampf des Slawentums gegen das Germanentum, der – so die zeitgenössische Deutung – tagtäglich im Gange war. So heißt es in der Zeitschrift *Das Deutschtum im Ausland*, es finde ein »unaufhörlicher, keinen Waffenstillstand, keinen Frieden kennender Kampf« statt, »der an den Grenzen unseres Volkstums um jede Stadt und jedes Dorf, um jede Scholle Ackers und jeden Fußbreit Weges, nicht zum letzten aber um jede Kinderseele ausgefochten« werde. In diesem Kampf »um den Bestand des Volksbodens und der Volksart« dränge das Slawentum »auf kulturellem und wirtschaftlichem Felde [...] bereits seit Generationen ohne Unterlass angreifend gegen das Deutschtum« vor.⁶⁰ Eine zögerliche Politik musste nach dieser Logik die Lage des Reiches im Kampf gegen das Slawentum Tag für Tag verschlechtern, während ein englischer Angriff durch diplomatische Maßnahmen verhindert werden könnte. Hinzu kommt, dass der englischen Bedrohung durch Verhandlungen mit der britischen Regierung begegnet werden konnte. Ein solcher Ansprechpartner fehlte in der deutschen Perzeption jedoch beim Slawentum. Die russische Regierung als potentieller Verhandlungspartner galt selbst als vom Slawentum getrieben und diesem gegenüber weitgehend ohnmächtig.

Auch auf zwischenstaatlicher Ebene galt die Bedrohung durch die russische Macht als kurz bevorstehend. Die russischen Rüstungen würden, so die vorherrschende Meinung, bis 1917 vollendet sein und allgemein wurde in der Folge eine Initiative des Zarenreiches zur Aufrollung der Osmanischen Frage – mutmaßlich in Armenien – erwartet, mit dem Ziel, die Meerengen unter russische Kontrolle zu bekommen. Bereits seit den Balkankriegen waren die diplomati-

59 Der Verfasser arbeitet derzeit an einer Dissertation über die deutsche Russlandpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, in der dies ausführlicher dargestellt werden wird.

60 Alle Zitate Alfred Geiser, *Die südslawische Gefahr und das Deutschtum*, in: *Das Deutschtum im Ausland* 31 (1912), S. 683–689, hier S. 685.

schen Berichte durchsetzt mit solchen Prophezeiungen.⁶¹ Für das Deutsche Reich wäre damit der Zugang zur Türkei, die als wichtigstes Objekt deutscher Weltpolitik galt, versperrt worden, denn zu diesem Zeitpunkt wäre Berlin nach Ansicht des Generalstabs nicht mehr in der Lage gewesen, einem gemeinsamen Angriff der Tripelentente entgegenzutreten. Moltke sprach sich daher für einen Präventivkrieg aus, der, wie er in der Julikrise ahnte, zugleich ein Weltkrieg sein würde, »der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird«⁶². Wenige Tage später erklärte er: »Dieser Krieg wird sich zu einem Weltkriege auswachsen [...]. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand.«⁶³ Moltke plädierte ebenso wie Bethmann Hollweg für einen Sprung ins Dunkle, seine Flucht nach vorn war kein rationaler Schritt zur Überwindung der Bedrohung, sondern grenzte an Angst.

Ad 5.) Das fünfte Merkmal der Angst, das Gefühl der Blockierung, hängt im konkreten Beispiel der deutschen Weltpolitik eng mit dem des Wohlergehens zusammen, da letzteres nur durch die Expansion gesichert zu sein schien. Diese würde jedoch durch eine Zerstörung der deutschen Flotte oder durch die »Einkreisung«, die die Blockierung bereits durch ihren Namen andeutet, gefährdet. Die deutschen Gegenstrategien, welche die Gefahr eindämmen sollten, wurden erwähnt. Die slawische Gefahr hingegen ging noch über die Blockierung hinaus, hier schien die Verdrängung zu drohen. Denn das Slawentum wollte, so die zeitgenössische Deutung, das Deutschtum aus seinem angestammten Gebiet vertreiben. Dies galt für die Polen ebenso wie für die Südslawen in der Habsburgermonarchie. Die Panlawisten im Zarenreich – so die weitere Argumentation – unterstützten diese in ihrem Vorhaben. Und aufgrund der ebenfalls geschilderten Gesetzmäßigkeit des Gegensatzes schien nach damaligem Empfinden nichts anderes übrig zu bleiben, als mit entschlossenem Handeln zu reagieren.

Es lässt sich demnach anhand der fünf Kriterien »Gefährdung des eigenen Wohlergehens«, »Widerspruch der eigenen Erwartungen«, »Wahrscheinlichkeit der Folge der Bedrohung«, »Unmittelbarkeit der Gefahr« und »Blockierungscharakter« herausarbeiten, dass die slawische Gefahr wesentlich tiefere Emo-

61 Vgl. für den Reichskanzler nur Bethmann Hollweg an Tschirschky, 19. Januar 1913, GP 34 I, Nr. 12703, S. 221; für den Staatssekretär Jagow an Lichnowsky, 25. Januar 1913, GP 34 I, Nr. 12731, S. 247.

62 Moltke an Bethmann Hollweg, 28. Juli 1914, »Zur Beurteilung der politischen Lage«, abgedruckt in: Eliza von Moltke (Hg.), Generaloberst Helmuth von Moltke, Chef des Generalstabs der Armee. Erinnerungen, Briefe, Dokumente, 1877 – 1916, Stuttgart 1922, S. 6.

63 BArch-MA [= Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg], N 35/1, Nachlass Hans von Haefthen, »Meine Erlebnisse aus den Mobilmachungstagen 1914«, zitiert nach Stig Förster, Im Reich des Absurden. Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Bernd Wegner (Hg.), Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn u.a. 2000, S. 211 – 252, hier S. 244.

tionen sowohl in der Reichsleitung als auch – das konnte vorliegend nur angedeutet werden – in weiten Teilen der politischen Beobachter auslöste und zugleich als schwerer beherrschbar, ja geradezu als unbeherrschbar empfunden wurde. Gerade auf dem Feld der Außenpolitik erscheint es zudem sinnvoll, nationale Stereotypen in den Blick zu nehmen, die einen gewichtigen Einfluss auf das perzipierte Bewältigungspotential haben können. So hat das Stereotyp der »Berechenbarkeit«, des von Wirtschaftsinteressen geleiteten »Händlers« dazu beigetragen, dass die englische Gefahr als beherrschbar eingeschätzt wurde. Auf der anderen Seite verstärkte das Bild von der »Emotionalität der Slawen« Befürchtungen und Ängste, panslawistische Leidenschaften könnten die russische Regierung in einen Krieg treiben.

Angst ist also nicht gleich Angst. Wie versucht wurde zu zeigen, kann es erkenntnisfördernd sein, den Grad der Emotion stärker in den Blick zu nehmen, um dem Wesen eines Konfliktes auf die Spur zu kommen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage, ob eine Bedrohung als beherrschbar eingeschätzt oder besser noch empfunden wurde oder nicht. Eine Unterscheidung der Begriffe »Furcht« und »Angst« bietet sich hierfür an, wobei Furcht durch eine zwar emotional wahrgenommene Bedrohung ausgelöst wird, durch das Gefühl der Beherrschbarkeit aber in ihrer Stärke begrenzt bleibt. Angst hingegen wird dann empfunden, wenn auf eine Gefahr keine adäquate Antwort gegeben werden kann.

Allerdings bleibt es schwierig, den direkten Einfluss von Angst auf die Entscheidungsfindung von Handlungsträgern konkret nachzuweisen. Meist überliefern die Quellen eine »scheinrationale«⁶⁴ Argumentation, die auf mutmaßliche Sachzwänge verweist. Für die Julikrise kann diese Beobachtung gelten: Die Entscheidungsträger des Deutschen Reiches konnten auch nach dem Krieg ihre Politik in der Julikrise rational begründen – weil ihre Angst vor dem Slawentum nicht als solche verstanden, sondern die Bedrohung als Tatsache anerkannt wurde. Aber ohne die Berücksichtigung der gefühlsmäßigen Aspekte im Denken der Akteure – so bereits das Fazit von Stig Förster – ist die deutsche Politik in der Julikrise nicht zu verstehen.⁶⁵

64 Förster, *Angst*, S. 85.

65 Vgl. ebd.

Literaturverzeichnis

- Bahr, Richard, Der Balkankrieg und der Panslawismus, in: *Der Türmer* 15 (1912), S. 337–341.
- Berghahn, Volker, *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971.
- Bergsdorf, Wolfgang, Politik und Angst, in: Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. 13–28.
- Bosbach, Franz, Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. XI–XIX.
- Bülow, Bernhard von, *Deutsche Politik*, in: *Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.*, Bd. 1, Berlin 1914, S. 1–136.
- Buschmann, Nikolaus, *Einkreisung und Waffenbruderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850–1871*, Göttingen 2003.
- Cleinow, Georg, *Deutsch-slawische Beziehungen. Eine Skizze*, in: *Grenzboten* 68 (1909), S. 5–15.
- Conrad von Hötzendorf, Franz, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*, 5 Bde., Wien 1921–1925.
- Daniel, Ute, *Einkreisung und Kaiserdämmerung. Ein Versuch, der Kulturgeschichte der Politik vor dem Ersten Weltkrieg auf die Spur zu kommen*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005, S. 279–328.
- Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, hg. von Johannes Lepsius/Albrecht Mendelssohn Bartholdy/Friedrich Thimme im Auftrag des Auswärtigen Amtes, 40 Bde., Berlin 1922–1927.
- Documents diplomatiques français (1871–1914)*, hg. vom Ministère des Affaires Étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre de 1914, 3. Série (1911–1914), 11 Bde., Paris 1929–1936.
- Epstein, Fritz T., *Der Komplex »Die russische Gefahr« und sein Einfluss auf die deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert*, in: Imanuel Geiss/Bernd-Jürgen Wendt (Hg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, S. 143–159.
- Fischer, Fritz, *Theobald von Bethmann Hollweg*, in: Wilhelm von Sternburg (Hg.), *Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt*, Königstein 1985, S. 87–114.
- Förster, Stig, *Angst und Panik. »Unsachliche« Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreiches und die Ursachen des Ersten Weltkrieges*, in: Birgit Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2005, S. 74–85.
- Förster, Stig, *Im Reich des Absurden. Die Ursachen des Ersten Weltkrieges*, in: Bernd Wegner (Hg.), *Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten*, Paderborn u. a. 2000, S. 211–252.
- Frevort, Ute, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert*, in: Paul Nolte u. a. (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 95–111.

- Frymann, Daniel [= Heinrich Claß], Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912.
- Gehrke, Franz, Die Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 141 (1910), S. 119–142.
- Geiser, Alfred, Die südslawische Gefahr und das Deutschtum, in: Das Deutschtum im Ausland 31 (1912), S. 683–689.
- [Goschen, Edward], The Diary of Edward Goschen 1900–1914, hg. von Christopher H. D. Howard, London 1980.
- [Hopman, Albert], Albert Hopman. Das ereignisreiche Leben eines »Wilhelminers«. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901–1920, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von Michael Epkenhans, München 2004.
- Kast, Verena, Angst und Angstbewältigung aus psychologischer Sicht, in: Hans-Jürg Braun/Alexander Schwarz (Hg.), Angst, Zürich 1988, S. 17–28.
- Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German antagonism, 1860–1914, London u. a. 1980.
- Krumeich, Gerd, Einkreisung. Zur Entstehung und Bedeutung eines politischen Schlagwortes, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 20 (1989), S. 99–104.
- Lamprecht, Karl, Die Lehren der Kolonisation Ostdeutschlands für die Politik der Gegenwart. Vortrag, gehalten in der Berliner Ortsgruppe am 22. April 1898, in: Die Ostmark 3 (1898), S. 77–79.
- Löding, Dörte, Deutschlands und Österreich-Ungarns Balkanpolitik von 1912–1914 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsinteressen, Hamburg 1969.
- Loulos, Konstantin, Die deutsche Griechenlandpolitik von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1986.
- Moltke, Eliza von (Hg.), Generaloberst Helmuth von Moltke, Chef des Generalstabs der Armee. Erinnerungen, Briefe, Dokumente, 1877–1916, Stuttgart 1922.
- [Moltke, Helmuth von], Helmuth von Moltke 1848–1916. Dokumente zu seinem Leben und Wirken, Bd. 1, hg. von Thomas Meyer, Basel 1993.
- Mommsen, Wolfgang J., Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt/Main 1990, S. 380–406.
- Neitzel, Sönke, Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn u. a. 2000.
- Oncken, Hermann, Die Ideen von 1813 und die deutsche Gegenwart. Eine säkulare Betrachtung, Oktober 1913, in: Hermann Oncken (Hg.), Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 1, München und Berlin 1914, S. 21–36.
- Putz-Osterloh, Wiebke, Angst und Handeln aus psychologischer Sicht, in: Franz Bosbach (Hg.), Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000, S. 1–11.
- [Riezler, Kurt], Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, eingeleitet und hg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972.
- Robin, Corey, Fear. The History of a Political Idea, Oxford 2004.
- Röhl, John C. G., Wilhelm II., Bd. 3: Der Weg in den Abgrund 1900–1914, München 2008.
- Schaefer, Dietrich, Unser Recht auf die Ostmarken. Vortrag gehalten am 4. März 1911 in der Berliner Ortsgruppe des Ostmarken-Vereins, Berlin 1911.
- Schlieffen, Alfred von, Der Krieg der Gegenwart, in: Generalfeldmarschall Graf Alfred v. Schlieffen, Gesammelte Schriften, 2 Bde., Berlin 1913, hier Bd. 1, S. 11–22.

- Schröder, Stephen, Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Göttingen 2006.
- Schwarz, Urs, Die Angst in der Politik, Düsseldorf, Wien 1967.
- Steinberg, Jonathan, Der Kopenhagen-Komplex, in: Kriegsausbruch 1914. Deutsche Buchausgabe des Journal of Contemporary History 3 (1966), S. 31 – 59.
- Trotha, Thilo von, Politische Korrespondenz, in: Preußische Jahrbücher 140 (1910), S. 358 – 361.

Angst als Perzeptionsfaktor

Angst und die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg

Obwohl Emotionen »in der Regel unmittelbar handlungsrelevant«¹ sind, wird ihr Einfluss auf die politischen Entwicklungen und Prozesse sowie auf das Handeln der Entscheidungsträger von der Geschichtswissenschaft wenig beachtet. Bereits in den 1920er Jahren machten die »Wegbereiter der Historischen Psychologie« auf die Notwendigkeit solcher Arbeiten aufmerksam.² Bis heute bilden die psychohistorischen Forschungen, welche die Erkenntnisse der Psychologie auf die geschichtswissenschaftlichen Studien anwenden, im deutschsprachigen Raum eher die Ausnahme. Nach Meinung von Peter Loewenberg, einem der prominentesten deutschen Psychohistoriker, würde aber gerade die Einbeziehung der emotionalen und psychologischen Variablen für die Erklärung der historischen Prozesse die Qualität und Vielfalt der Untersuchungen steigern.³ Die emotionale Komponente kommt zwar in den meisten historischen Arbeiten vor, die Benutzung der psychologischen Begriffe erfolgt jedoch – ähnlich wie in der Alltagssprache – ohne die genauen Kenntnisse des psychoanalytischen Hintergrunds.⁴ Geradezu beispielhaft sind die Werke zur Geschichte Österreich-Ungarns vor 1914, welche die Angst als einen wichtigen Antriebsfaktor für die Politik bezeichnen, auf diese allerdings nicht genauer eingehen.⁵

1 Ute Frevert, Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert, in: Paul Nolte u. a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 95–111, hier S. 95.

2 Gerd Jüttemann (Hg.), Wegbereiter der Historischen Psychologie, München und Weinheim 1988.

3 Siehe Peter Loewenberg, Emotion und Subjektivität. Desiderata der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft aus psychoanalytischer Perspektive, in: Nolte u. a. (Hg.), Perspektiven, S. 58–78, hier S. 61.

4 Ein aktuelles Beispiel: Philipp Blom, Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914, München 2009, S. 190, 194, 306–315, 461, 475.

5 Um Überschneidungen mit dem Beitrag von Georg Christoph Berger Waldenegg zu vermeiden, wird auf die Behandlung der Angst in der Historiographie über Österreich-Ungarn weitgehend verzichtet. Nur ein typisches Beispiel wird genannt: Holger Afflerbach, Der

Gründe für das weitgehende Fehlen der psychohistorischen Untersuchungen zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges sind vielfältig; ausschlaggebend dürfte die Unsicherheit der Historiker hinsichtlich der methodischen Vorgehensweise sein.⁶ Die wesentlichen Erkenntnisse, welche als Grundlage für historische Analysen der Angst dienen können, liefert die Individualpsychologie. Dabei stellt sich die Frage, ob sich diese bei einer Untersuchung der internationalen Beziehungen uneingeschränkt auf die staatliche Handlungsebene übertragen lassen. Zudem besteht die Gefahr, heutige Vorstellungen und Sichtweisen auf die Geschichte rückzuprojizieren.⁷ Ob die handelnden Personen sich der Gefühle bewusst waren und diese verbalisiert haben, welche Rolle die emotionalen Moden und Stile spielten, wie der übliche Sprachgebrauch der Zeit war – dies sind nur einige Punkte, die bei einer Analyse der Emotionen zu berücksichtigen sind.⁸ Die Diplomatiesprache der Habsburgermonarchie meidet beispielsweise in allen offiziellen Schreiben die Vokabeln Angst und Furcht. Das Verwenden der Begriffe Gefahr, Bedrohung, Sorge, Besorgnis, Befürchtung, Nervosität dient dennoch als zuverlässiger Beweis für das Vorhandensein der Angst. Die Erkennbarkeit und Messbarkeit der Angst ganz allgemein stellt sich als das größte Problem heraus.⁹ Die Historiker arbeiten hier unter erschwerten Bedingungen: sie müssen retrospektiv und auf einer »mehr als wackelig[en]«¹⁰ Quellenbasis diagnostisch tätig werden. Lediglich die zum Ereignis zeitgleich erfolgten Aufzeichnungen und Korrespondenzen bilden im psychologischen Sinne eine zuverlässige Quelle. Erinnerungen, Memoiren und sogar Tagebücher, welche aus dem (Kurzzeit-)Gedächtnis entstehen, sind aufgrund der selektiven Wahrnehmungs- und Erinnerungsprozesse mit einem hohen Unzuverlässigkeitsfaktor behaftet.¹¹

Die vorliegende Arbeit fußt im Bewusstsein der genannten Probleme dennoch auf einer breiten Quellenbasis. Im Sinne einer Vereinfachung der Analyse

Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien, Köln und Weimar 2002, insb. S. 821–826.

6 Vgl. auch die Erläuterungen in der Einführung dieses Sammelbandes.

7 Siehe Michael Sonntag, Historische Psychologie gegen den psychologischen Anachronismus. Lucien Febvre, in: Jüttemann (Hg.), Wegbereiter, S. 479–490, hier S. 482.

8 Siehe Frevert, Angst, S. 100. Vgl. Agnes Heller, Theorie der Gefühle, Hamburg 1980, S. 247, 257; Heinz Wiesbrock, Einführung in die Thematik des Bandes, in: Ders. (Hg.), Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst, Frankfurt/Main 1967, S. 5–21, hier S. 9.

9 Dies gilt auch für Psychologen, Soziologen und Philosophen. Siehe ebd., S. 10; Frevert, Angst, S. 98. Vgl. Dieter Ulich/Philipp Mayring, Psychologie der Emotionen, 2. Aufl., Stuttgart 2003, S. 163.

10 Birgit Aschmann, Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, München 2005, S. 9–32, hier S. 31.

11 Siehe Claudia Wassmann, Die Macht der Emotionen. Wie Gefühle unser Denken und Handeln beeinflussen, Darmstadt 2002, S. 99.

wird auf die vor allem in der Philosophie übliche Unterscheidung zwischen Angst und Furcht verzichtet, da sie weder zeitgenössisch noch heute in der Alltagssprache üblich ist und zudem ohnehin fraglich scheint, ob eine gegenstandslose Angst in der Außenpolitik überhaupt existiert.¹² Die Untersuchung basiert auf folgender Angst-Definition: Angst tritt beim Erleben starker Gefahren und Bedrohungen auf und ist von Kontrollverlust gekennzeichnet. Entscheidend für weiteres Verhalten ist die Einschätzung der Bedrohung beziehungsweise der eigenen Bewältigungskompetenzen. Mögliche Reaktionen sind Flucht und Vermeidung sowie Konfrontation und Angriff.¹³

Nun soll die Balkanpolitik, das Hauptbetätigungsfeld der Außenpolitik der Donaumonarchie, im Hinblick auf den Faktor Angst untersucht werden.¹⁴ Der Schwerpunkt liegt auf dem Zeitraum von 1912 bis 1914, da die beiden Balkankriege 1912/1913 die Verhältnisse auf dem Balkan und somit auch die Position der Doppelmonarchie veränderten. Die Ausführungen beziehen sich auf die wesentlichen Gestalter der Außenpolitik: das Ministerium des Äußern unter der Leitung von Leopold Graf Berchtold, Thronfolger Franz Ferdinand, Generalstabschef Conrad von Hötzendorf sowie den ungarischen Ministerpräsidenten István Tisza.¹⁵ Lediglich am Rande wird die Wahrnehmung des Themas in der Öffentlichkeit behandelt. Der gewählte Ansatz ermöglicht die Analyse der Situationen, der sprachlichen Äußerungen sowie der Feind- und Weltbilder derjenigen, welche im Zentrum der Betrachtung stehen. Es geht darum festzustellen, ob bei ihnen Ängste vorhanden waren und wie die Gefahren und die eigenen Bewältigungsmöglichkeiten eingeschätzt wurden, also nicht um die Bewertung, wie real die Ängste waren und wie sehr die Bedrohungsszenarien den Tatsachen entsprachen.

Bereits ein flüchtiger Blick in die Quellen und Sekundärliteratur erweckt den Eindruck, dass Österreich-Ungarn von einer Vielzahl von Ängsten geplagt wurde: Angst vor Serbien, Angst vor einem feindlichen Balkanbund, Angst vor Prestigeverlust, Angst vor Verrat. Die meisten Ängste hingen mit der schwierigen Innen- und Nationalitätenpolitik zusammen, welche stets die außenpoliti-

12 Siehe Franz Bosbach, Einleitung in: Ders. (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. XI-XIX, hier S. XVIII; Wiesbrock, Einführung, S. 16.

13 Siehe Ulich/Mayring, *Psychologie*, S. 163 f.; Wiebke Putz-Osterloh, *Angst und Handeln aus psychologischer Sicht*, in: Bosbach (Hg.), *Angst*, S. 1 – 11, hier S. 6.

14 Siehe Karl Schwendemann, *Grundzüge der Balkanpolitik Österreich-Ungarns von 1908 – 1914*, in: *Berliner Monatshefte VIII* (1930), S. 203 – 226, hier S. 203.

15 Der Einfluss des Kaisers, dessen Domäne die Außenpolitik offiziell war, ist im behandelten Zeitraum eher gering gewesen. Er verließ sich zunehmend auf seinen Haus- und Außenminister Berchtold. Siehe Georg Schmid, *Der Ballhausplatz 1848 – 1918*, in: *Österreichische Osthefte* 23 (1981), S. 18 – 37, hier S. 18; Erwin Matsch, *Geschichte des Auswärtigen Dienstes von Österreich(-Ungarn) 1720 – 1920*, Wien, Köln und Graz 1980, S. 20 f.

schen Entscheidungen beeinflusste.¹⁶ Insbesondere die Transnationalen, deren Gemeinschaftssolidarität die staatlichen Grenzen überschritt, gefährdeten den Bestand der Monarchie: Serben, Rumänen und Italiener. Deren Nationalstaaten verfolgten das Ziel, die österreichisch-ungarischen Gebiete, in denen die jeweilige Nation die Mehrheit bildete, ihrem Staatsgebiet anzuschließen. Erschwerend für den Umgang mit der Nationalitätenproblematik und deren Rückwirkung auf die Außenpolitik kommt hinzu, dass multinationale Politik von einem supranationalen Diplomatenkorps besorgt wurde, das sich dem dynastisch-monarchischen Denken verpflichtet und sich weniger national gebunden fühlte.¹⁷

Angst vor Serbien

Einer der bestimmenden Faktoren für die Gestaltung der Balkanpolitik Österreich-Ungarns war das Verhältnis zum Nachbarn Serbien.¹⁸ Dieses scheint im Spätsommer 1913, wie aus einem Erlass des Außenministers hervorgeht, von Angst – gar von »Existenzangst«¹⁹ – bestimmt gewesen zu sein: »Von allen Balkanproblemen ist die südslavische oder, besser gesagt, die serbische Frage diejenige, die für die Monarchie die größte Bedeutung besitzt. Sie tangiert am nächsten unsere vitalen Interessen, ihre Lösung im großserbischen Sinne wäre geeignet, unsere Existenzbedingungen in Frage zu stellen.«²⁰

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn, welche mit dem blutigen Thronwechsel in Serbien 1903 begann, er-

16 Für die Nationalitätenpolitik immer noch grundlegend: Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, 2 Bde., 2. Aufl., Graz und Köln 1964.

17 Siehe Schmid, Ballhausplatz, S. 36. Vgl. auch Hugo Hantsch, Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann, Bd. 2, Graz, Wien und Köln 1963, S. 844; Erwin Matsch, Die Auflösung des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Dienstes 1918/1920, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 30 (1970), S. 288–316, hier S. 288; Schwendemann, Balkanpolitik, S. 220.

18 Siehe Gerhard Hiller, Die Entwicklung des österreichisch-serbischen Gegensatzes 1908–1914, Halle 1934, S. 70.

19 Für Existenzängste siehe Thomas Hülshoff, Emotionen. Eine Einführung für beratende, therapeutische, pädagogische und soziale Berufe, 2. Aufl., München 2001, S. 58.

20 Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914, Wien und Leipzig 1930 [= ÖUA], Bd. 7, Nr. 8157, Erlass nach Berlin, 1. August 1913, S. 1. Da alle Erlasse in der ÖUA vom Außenminister stammen und die Städtenamen als Abkürzung für die Namen der Botschafter und Gesandten Österreich-Ungarns in dem jeweiligen Staat dienen, wird auch hier künftig auf die explizite Namensnennung verzichtet.

reichte nach der Annexionskrise im Jahr 1909 einen vorläufigen Tiefpunkt.²¹ Der Ausbruch des Ersten Balkankrieges beendete die bis dahin von Aehrenthal und Berchtold praktizierte Politik der Zurückhaltung und des Status quo. Die Monarchie fühlte sich nach den ersten großen Erfolgen der serbischen Armee in ihren »Interessen angegriffen, durch ein unangemessenes Verhalten provoziert und geradezu mit einem bewaffneten Angriffe bedroht«²². Die Londoner Botschafterkonferenz zur Regelung der Situation auf dem Balkan führte zu einer vorübergehenden Beruhigung der Lage, aber die schwierigen Verhandlungen sowie die mangelnde Unterstützung Wiens durch die Bündnispartner Deutschland und Italien verursachten erneut Ängste. Hugo von Hofmannsthal, der aufgrund seiner guten Beziehungen zu einigen Diplomaten am Ballhausplatz bestens informiert war, beschrieb die Gefühlslage folgendermaßen: »mir ist so eigen zumut, alle diese Tage in diesem confusen, leise angstvollen Österreich, diesem Stiefkind der Geschichte – so eigen, einsam, sorgenvoll«²³.

Der österreichisch-ungarische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf erblickte im Großwerden Serbiens »eine entscheidende Gefahr für die Monarchie«²⁴. Wenig später erschienen Serbiens »Größenwahn« und »Übermut« auch dem Außenminister Berchtold zunehmend gefährlich und der »Antagonismus der serbischen Staatsauffassung zur Staatsidee des Habsburgerreiches [...] zu tiefgehend«.²⁵ Die in ganz Europa bekannten großserbischen Pläne der führenden Regierungs- und Gesellschaftskreise Serbiens stellten die Integrität der Monarchie in Frage.²⁶ Nach dem Ausbruch des Zweiten Balkankrieges und den erneuten Erfolgen Serbiens verstärkte sich der Eindruck der Bedrohung der vitalen Interessen Österreich-Ungarns. In den außenpolitischen Konzeptionen dieser Zeit ist von der »Feindseligkeit«²⁷ und Gegnerschaft Serbiens die Rede, welche laut Sundhaussen »unkontrollierbare Ausmaße«²⁸ angenommen haben. Umgekehrt konstatierte der österreichische Journalist Heinrich Kanner bei den führenden (magyarischen) Persönlichkeiten »die Serbophobie – die einzige nationale Haßempfindung, die beim Ausbruch des Weltkrieges mitspielte und eines der stärksten unter seinen irrationellen Elementen war«²⁹.

21 Siehe Holm Sundhaussen, *Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert*, Wien, Köln und Weimar 2007, S. 211.

22 ÖUA 4, Nr. 4673, Erlass nach Berlin, 28. November 1912, S. 1049.

23 Hofmannsthal an Bodenhausen, 21. Januar 1913, in: Hugo von Hofmannsthal, *Briefe der Freundschaft. Eberhard von Bodenhausen*, Berlin 1955, S. 149.

24 ÖUA 5, Nr. 5725, Privatschreiben Conrads an Berchtold, 8. Februar 1913, S. 677.

25 ÖUA 5, Nr. 6126, Privatschreiben Berchtolds an Jagow, 13. März 1913, S. 939.

26 Siehe Sundhaussen, *Geschichte Serbiens*, S. 212 f.

27 ÖUA 6, Nr. 6862, Erlass nach Berlin, 2. Mai 1913, S. 317.

28 Sundhaussen, *Geschichte Serbiens*, S. 215.

29 Heinrich Kanner, *Kaiserliche Katastrophenpolitik. Ein Stück zeitgenössischer Geschichte*, Leipzig, Wien und Zürich 1922, S. 27.

Der Gegensatz zwischen den beiden Staaten war nach Meinung Berchtolds und der anderen Minister aufgrund der großserbischen Pläne ein »dauernder und unüberbrückbarer«. Bis zur Julikrise 1914 sollte die russisch-serbische Kooperation in Kombination mit der »zu befürchtenden erhöhten Attraktionskraft Serbiens auf unsere Südslaven«³⁰ das Schreckensszenario am Ballhausplatz darstellen. Die Lösung der serbischen Frage wurde in zunehmend schärferen Tönen gefordert: Ottokar Czernin, der österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest, schrieb im März 1914 von dem »europäischen Blinddarm« Serbien, mit dem nun aufgeräumt werden müsse, »um endlich Ruhe zu bekommen.«³¹ Wenige Monate später wurde Serbien nach dem Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand zum »erbittertsten Gegner der Monarchie am Balkan«³² erklärt, welcher als »politischer Machtfaktor« ausgeschaltet werden sollte.³³

Nun soll der Versuch unternommen werden, die geschilderten Wahrnehmungen der leitenden Personen Österreich-Ungarns in die psychologischen Kategorien einzuordnen.³⁴ Während Aehrenthals Verhältnis zu Serbien »von der auf Abneigung und Geringschätzung basierenden Gereiztheit«³⁵ bestimmt war, scheint das Verhältnis der Monarchie zu seinem Nachbarn während der Amtszeit Berchtolds zu einer Lebensfrage geworden zu sein. Übersetzt in die psychologischen Begriffe bedeutet dies einen Wandel der Emotionen: der anfängliche Ärger schlug in Angst um. Der Unterschied liegt in der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, mit einer Bedrohungssituation umzugehen: wenn diese als unzureichend empfunden werden, wird Angst erlebt.³⁶ Serbien, klarer Sieger der Balkankriege, konnte sein Gebiet nahezu verdoppeln und ein Bündnissystem entwickeln, das sich in letzter Konsequenz gegen Österreich-Ungarn richtete.

30 ÖUA 7, Nr. 8157, Erlass nach Berlin, 1. August 1913, S. 2 f. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8779, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 3. Oktober 1913, S. 401; ÖUA 7, Nr. 9032, Erlass nach Bukarest, 26. November 1913, S. 592; ÖUA 8, Nr. 9918, Denkschrift des Sektionsrates Franz Freiherrn von Matscheko, o. D. (vor 24. Juni 1914), S. 186; ÖUA 6, Nr. 6870, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 2. Mai 1913, S. 330–332; ÖUA 6, Nr. 7506, Erlass nach Rom, 26. Juni 1913, S. 740.

31 ÖUA 7, Nr. 9463, Bericht Czernins aus Bukarest, 11. März 1914, S. 951 f. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8779, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 3. Oktober 1913, S. 403; ÖUA 7, Nr. 9032, Erlass nach Bukarest, 26. November 1913, S. 592.

32 ÖUA 8, Beilage zu Nr. 9984, Denkschrift, 1. Juli 1914, S. 257.

33 ÖUA 8, Nr. 9984, Schreiben Kaiser Franz Josephs I. an Kaiser Wilhelm, 2. Juli 1914, S. 252.

34 Vgl. die Ergebnisse einer militärgeschichtlichen Studie, die die psychologischen Aspekte stärker berücksichtigte: Jürgen Angelow, Der »Kriegsfall Serbien« als Willenstherapie. Operative Planung, politische Mentalitäten und Visionen vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 61 (2002), S. 315–336.

35 Schwendemann, Balkanpolitik, S. 215.

36 Unterschiede zwischen Ärger und Angst bei Putz-Osterloh, Angst, S. 7, 9. Vgl. Ulich/Maying, Psychologie, S. 160 f.

Die von Russland unterstützte Forderung nach der Vereinigung aller Südslawen unter der Führung Serbiens stellte die Integrität und Hegemonie der Donaumonarchie auf dem Balkan in Frage. Wien fand keine wirksamen Instrumentarien, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Nicht wenige Zeitgenossen sahen deshalb in der serbischen Frage »die große politische Lebensfrage der Monarchie«³⁷. Diese existenzielle Angst wurde durch ständige Nationalitätenkämpfe und den zu erwartenden Tod des greisen Herrschers – der einzigen Integrationsfigur – gesteigert.

Angst vor Russland

Obwohl Russland seit seinen Misserfolgen im asiatischen Raum sowie der Niederlage in der Annexionskrise langsam zum Hauptkonkurrenten und Gegner Österreich-Ungarns auf dem Balkan avancierte, wurde die Gefahr eines russisch-österreichischen Krieges stets gering eingeschätzt.³⁸ Bezeichnend ist Aehrenthals Analyse der Lage im Sommer 1909: »Russland will und kann keine aktive Politik im nächsten Dezennium unternehmen und es ist auch fraglich, ob es nachher für eine solche besser qualifiziert sein wird als jetzt.«³⁹ Die militärische Macht und Bereitschaft Russlands, einen Krieg gegen die Donaumonarchie zu führen, wurde trotz der »irreversible alienation of Russia from Austria-Hungary (though not the reverse)«⁴⁰ und der warnenden Berichte aus St. Petersburg für gering gehalten. Im Februar 1913 beschrieb der Sondergesandte Gottfried Hohenlohe nach seinem Besuch beim Zaren »die in allen massgebenden Kreisen St. Petersburgs vorhandene überaus gereizte Stimmung gegen die Monarchie und gegen Deutschland [...]. Aus den zahlreichen Unterredungen, welche er mit den leitenden russischen Staatsmännern hatte, gelangte er zur Überzeugung, dass man sich zum Kriege gegen uns trotz der mangelnden Kriegsbereitschaft ent-

37 Alexander von Musulin, *Das Haus am Ballplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten*, München 1924, S. 228. Vgl. Leopold Graf Berchtold, *Die Richtlinien der österreichisch-ungarischen Politik*, in: Eduard von Steinitz (Hg.), *Rings um Sasonow. Neue dokumentarische Darlegungen zum Ausbruch des großen Krieges durch Kronzeugen*, Berlin 1928, S. 41–55, hier S. 51.

38 Siehe Francis Roy Bridge, *Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten*, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*, Bd. 1, Wien 1989, S. 196–373, hier S. 317, 323.

39 ÖUA 2, Nr. 1720, *Denkschrift Aehrenthals*, 15. August 1909, S. 442.

40 Paul W. Schroeder, *The Life and Death of a Long Peace. Austro-German-Russian Relations, 1763–1914*, in: Ulrich Lappenküper/Joachim Scholtyseck/Christoph Studt (Hg.), *Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert. Studien zu Schlüsselbegriffen unserer Zeit*, München 2003, S. 27–49, hier S. 42.

schliessen wird, wenn nichts geschieht, um die vorhandene Spannung zu verringern.«⁴¹

Mögliche Gründe für die recht paradoxe Situation, dass zwar realistische Berichte über die antiösterreichische Stimmung im Zarenreich regelmäßig das Außenministerium in Wien erreicht haben, dieses jedoch keine ernsthafte Kriegsgefahr darin sah, könnten mit dem bereits erwähnten Diplomatenkorps zusammenhängen, welches die gemeinsamen Interessen der konservativen Monarchien nach wie vor hoch einschätzte: die Erhaltung der monarchischen Solidarität sowie des dynastischen Systems, welches durch »revolutionäre Elemente« gefährdet sei.⁴² Sogar im Juli 1914 wurde in Wien die Meinung vertreten, dass die russische Politik »durch unveränderliche Verhältnisse bedingt und deshalb eine stetige und weitausblickende« sei.⁴³

Lediglich die russischen »Einkreisungstendenzen« wurden als bedrohend empfunden, womit im Wesentlichen die Unterstützung der großserbischen Bewegung und der Versuch der Gewinnung Rumäniens für die Tripelallianz gemeint sind.⁴⁴ Seit der Gründung des Balkanbundes bestand in der Wahrnehmung des Ballhausplatzes stets die Gefahr, dass sich dessen Spitze gegen Österreich-Ungarn richten könnte.⁴⁵ Die meisten Sorgen bereiteten der Monarchie die von Russland geförderte Kooperation zwischen Serbien und Rumänien während der Balkankriege.⁴⁶ Der Abfall des Bündnispartners Rumänien wurde wegen der Gefährdung der militärischen Grenzen zu einem zentralen Thema in den außenpolitischen Konzeptionen der Doppelmonarchie.⁴⁷ Im März 1914 sprach der ungarische Ministerpräsident Tisza bereits von einem »eisernen Ring«⁴⁸, den Russland um Österreich-Ungarn schmiedete. Die »Einkreisung der Monarchie«⁴⁹ wurde als eine »Einkreisung der Mittelmächte«⁵⁰ interpretiert und im Juli 1914 als Argument benutzt, um den deutschen Bündnispartner von der

41 ÖUA 5, Nr. 5751, Tagesbericht über eine Unterredung zwischen Hohenlohe und Hoyos, 10. Februar 1913, S. 697. Vgl. ÖUA 5, Nr. 5789, Privatschreiben Thurns an Berchtold, 10. Februar 1913, S. 720.

42 ÖUA 5, Nr. 5676, Telegramm Hohenlohes an Berchtold, 4. Februar 1913, S. 635. Vgl. Schroeder, *Life*, S. 42.

43 ÖUA 8, Beilage zu Nr. 9984, Denkschrift, 1. Juli 1914, S. 260.

44 Siehe ebd. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8300, Bericht Ugrons an Berchtold, 9. August 1913, S. 94; ÖUA 5, Nr. 5654, Bericht Thurns an Berchtold, 1. Februar 1913, S. 622.

45 Siehe Alfred F. Pribram, *Austrian Foreign Policy, 1908–1918*, London 1923, S. 50.

46 Siehe ÖUA 5, Nr. 5654, Bericht Thurns an Berchtold, 1. Februar 1913, S. 622; ÖUA 7, Nr. 8779, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 3. Oktober 1913, S. 399.

47 Siehe ÖUA 8, Nr. 9627, Denkschrift des Gesandten Flotow, Mai 1914, S. 1.

48 ÖUA 7, Nr. 9482, Denkschrift des Grafen Tisza, 15. März 1914, S. 976.

49 ÖUA 8, Nr. 9902, Privatschreiben Czernins an Berchtold, 22. Juni 1914, S. 174.

50 Erich Würfl, *Die Tätigkeit des Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel 1906–1914*, Diss. Wien 1951, S. 108.

Dringlichkeit der Lage und der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns zu überzeugen.⁵¹

Das Verhalten der Donaumonarchie in der Julikrise 1914 zeigt, dass am Ballhausplatz die Hoffnung und Erwartung überwog, das Zarenreich würde neutral bleiben. Erst rückblickend konstatierte Berchtolds Kabinettschef Hoyos, dass zu den wesentlichen Kriegsursachen neben der »Bedrohung Österreichs durch die großserbische Bewegung« auch die »Feindschaft Russlands gegen Österreich« zählte.⁵² Die Öffentlichkeit hingegen sah bereits im Juli 1914 im Zarenreich den Hauptgegner: »In unserer Freundschaft zu Russland liegt die konventionelle Lüge, die nur durch die absurde Fiktion eines serbischen Größenwahns verdeckt wird. Russland ist unser Feind, Russland trachtet uns nach dem Leben, Russland ist die Gefahr.«⁵³

Unerklärlich erscheint dem heutigen Historiker nicht nur das Verhalten Wiens, welches »surprisingly nonchalant about the Russian threat«⁵⁴ blieb, sondern auch die kaum vorhandene Einbeziehung Russlands und dessen Bündnispartner England und Frankreich in das außenpolitische Kalkül der Habsburgermonarchie. Im Falle von Russland kann wohl von pathologischen Ängsten gesprochen werden, da diese stets vorhanden waren, die Verantwortlichen jedoch die Konfrontation vermieden. Individualpsychologische Studien zeigen, dass Angstzustände durch Vermeidung verstärkt werden und die Suche nach Alternativen sich schwieriger gestaltet.⁵⁵

Angst vor den Bundesgenossen: Rumänien, Italien und Deutschland

Das Verhältnis der Donaumonarchie zu ihren Bündnispartnern ist in dem behandelten Zeitraum im Wesentlichen von der Angst vor Verrat bzw. Verlust der Partner gekennzeichnet. Vor allem aufgrund der Nationalitätenfrage und der Territorialansprüche wurde die Treue der Rumänen und Italiener immer wieder in Frage gestellt. Trotz der Zusicherung des rumänischen Königs, an einem europäischen Krieg als Verbündeter teilzunehmen⁵⁶, äußerte Thronfolger Franz

51 Siehe ÖUA 8, Beilage zur Nr. 9984, Denkschrift, 1. Juli 1914, S. 261.

52 Alexander Hoyos, *Weltenwende. Ein Vorschlag zur Lösung der Weltkrise*, Wien 1931, S. 30.

53 N. N., *Serbiens Größenwahn*, in: *Zeit*, 21. Juli 1914.

54 Samuel R. Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War*, New York 1991, S. 118.

55 Siehe Wassmann, *Macht*, S. 117. Vgl. »Scheuklappeneffekt« bei Hülshoff, *Emotionen*, S. 60, 76.

56 Siehe ÖUA 4, Nr. 4719, Handschreiben König Karls an Kaiser Franz Joseph I., 30. November 1912, S. 1082.

Ferdinand im Sommer 1913 deutliche Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Bündnispartner im Falle eines Krieges gegen Serbien und Russland: dieser »wäre ein tolles unverzeihliches Spiel da uns die rumänischen Divisionen fehlen & Deutschland uns bestimmt indirekt auch sitzen lässt und uns nur sehr mindere Reserveformationen schicken wird.«⁵⁷ Berichte über die »austrophobe Stimmung«⁵⁸ und den »Hass der Rumänen gegen Budapest und seit vorigem Jahr auch gegen Wien«⁵⁹ gipfelten im März 1914 in der Aussage des Gesandten Czernin, dass das österreichisch-rumänische Bündnis »ein wertloser Fetzen Papier«⁶⁰ sei. Ende Juni 1914 galt die »feindselige Stimmung gegen die Monarchie«⁶¹ in Rumänien als Faktum, das den Anstoß für neue Konzepte für die Balkanpolitik am Ballhausplatz geben sollte.

Für ständige Verärgerung sorgte das Gefühl des mangelnden Verständnisses der Bündnispartner für die vitalen Interessen Wiens. Als Rumänien und Deutschland nach dem Beginn des Zweiten Balkankrieges zum wiederholten Male dem österreichisch-ungarischen Außenminister den Rat erteilten, ein Bündnis mit Serbien abzuschließen, versuchte Berchtold sie auf diese Problematik aufmerksam zu machen: »Vor allem verkennt man in Bukarest [...] das Wesen und den Grad unseres Gegensatzes zu Serbien.«⁶² Um Deutschland von der Richtigkeit der eigenen Balkanpolitik zu überzeugen, entwickelten Berchtold, Tisza und Czernin eine neue Taktik: Berlin sollte begreifen, dass der »Balkan nicht nur für uns, sondern auch für das Deutsche Reich von entscheidender Wichtigkeit ist«⁶³. Die kurzsichtige »Vogel-Strauss-Politik gegenüber der serbischen Gefahr«⁶⁴ bedeute im Endeffekt eine »ernste Gefahr« für Deutschland, »wenn unsere gesamte Armee gegen Rumänien und Serbien gebunden und sie selbst allein den Kampf gegen Russland und Frankreich aufnehmen müssen«⁶⁵.

Die Beziehungen zwischen Berlin und Wien verschlechterten sich trotz des

57 Franz Ferdinand an Berchtold, 4. Juli 1913, Landesarchiv Brünn, NL Berchtold, G138, Inv. 457, K. 133.

58 ÖUA 7, Nr. 9463, Bericht Czernins aus Bukarest, 11. März 1914, S. 953. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8699, Telegramm Tarnowski an Berchtold, 24. September 1913, S. 347.

59 ÖUA 8, Nr. 9902, Privatschreiben Czernins an Berchtold, 22. Juni 1914, S. 174.

60 ÖUA 7, Nr. 9463, Bericht Czernins aus Bukarest, 11. März 1914, S. 957.

61 ÖUA 8, Nr. 9918, Denkschrift des Sektionsrates Franz Freiherrn von Matscheko, o. D. [vor 24. Juni 1914], S. 189.

62 ÖUA 7, Nr. 9032, Erlass nach Bukarest, 26. November 1913, S. 592. Vgl. für Deutschland: ÖUA 7, Nr. 8157, Erlass nach Berlin, 1. August 1913, S. 1.

63 ÖUA 7, Nr. 9482, Denkschrift des Grafen Tisza, 15. März 1914, S. 975. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8345, Tagesbericht über eine Unterredung Hoyos' mit Tschirschky, 12. August 1913, S. 115.

64 ÖUA 8, Nr. 9656, Bericht Szápárys an Berchtold, 8. Mai 1914, S. 27.

65 ÖUA 8, Nr. 9902, Privatschreiben Czernins an Berchtold, 22. Juni 1914, S. 175. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8474, Denkschrift des Grafen Tisza, 25. August 1913, S. 198–201; ÖUA 8, Beilage zu Nr. 9984, Denkschrift, 1. Juli 1914, S. 261.

»Gleichklangs längerfristiger Ängste«, nicht zuletzt wegen des »Misstrauen[s] in die Fähigkeiten beziehungsweise die Absichten des Bundesgenossen«. ⁶⁶ Noch vor dem Beginn des Ersten Balkankrieges befürchtete Berchtold, dass er in seinem Ziel, den Status quo auf dem Balkan zu erhalten, »nicht mit Bestimmtheit auf die Unterstützung Italiens und Russlands, ja mit voller Sicherheit nicht einmal auf jene Deutschlands rechnen« ⁶⁷ könne. Die Angst vor Verlust des einzigen zuverlässigen Verbündeten – vor allem wegen der eigenen Schwäche – begleitete die Ballhausdiplomatie bis in die Julikrise hinein: »Es kann nicht mehr lange dauern und sie [die Monarchie, A.H.] wird so umstellt sein, dass ihre Feinde sich geradezu herausgefordert fühlen werden, sie anzugreifen und wer weiss, ob sie dann auf den deutschen Verbündeten noch den Eindruck machen wird, einen Kampf auf Tod und Leben wert zu sein.« ⁶⁸

Die italienisch-österreichischen Beziehungen zeichneten sich durch mehrere Konfliktpunkte aus: gegensätzliche Interessen auf dem Balkan, die italienische Irredenta, mangelnde Sympathien der führenden italienischen Persönlichkeiten für die katholische Doppelmonarchie, die Italophobie Franz Ferdinands, Conrad von Hötzendorfs sowie einiger Diplomaten am Ballhausplatz. ⁶⁹ Eine kurzfristige Verbesserung der Beziehungen trat im Herbst 1912 ein, als der Dreibund erneuert und auf dem Balkan ein gemeinsames Ziel der Schaffung eines albanischen Staates formuliert und verfolgt wurde. Die Wiederernennung Conrads zum Generalstabschef im Dezember 1912 leitete die Phase der rapiden Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen ein, welche von nun an »eher den Charakter eines ›kalten Krieges‹« ⁷⁰ hatten. Holger Afflerbach bezieht in seiner Analyse der österreichisch-italienischen Beziehungen emotionale Faktoren ein und nennt als weitere Gründe für deren Verschlechterung die »ungute Stimmung«, das »Fehlen jeder Herzlichkeit« zwischen Wien und Rom

66 Günther Kronenbitter, Bundesgenossen? Zur militärpolitischen Kooperation zwischen Berlin und Wien 1912 bis 1914, in: Walther L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.), Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 143 – 168, hier S. 167. Vgl. Wolfgang Mommsen, Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. Die Herabdrückung Österreich-Ungarns zum Vasallen der deutschen Politik, in: Helmut Rumpler/Jan P. Niederkorn (Hg.), Der »Zweibund« 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996, S. 383 – 407, hier S. 383.

67 ÖUA 4, Nr. 3633, Erlass nach London, 20. Juli 1912, S. 285.

68 Memoire von Berthold Molden vom 6. Juli 1914, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA), PA I 811, S. 4. Vgl. ÖUA 7, Nr. 8779, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 3. Oktober 1913, S. 401.

69 Siehe Schmid, Ballhausplatz, S. 23; Renate Vietor, Die Tätigkeit des österreichisch-ungarischen Botschafters am Quirinal Kajetan Mérey von Kapos-Mérey 1910 – 1912, Diss. Wien 1962, S. 6; Afflerbach, Dreibund, S. 790 – 804.

70 Vietor, Mérey, S. 6 und S. 141. Conrads Präventivkriegspläne gegen Italien waren in Rom bekannt.

sowie das Gefühl Italiens, »von der österreichischen Regierung nicht wirklich für voll genommen zu werden.«⁷¹

Das Projekt Albanien bot sowohl Chancen als auch Konfliktpotential für das Verhältnis der Bündnispartner. Wien betrachtete im Oktober 1912 die Gründung Albanien als ein »vitaler Interesse der Monarchie«⁷². Der neue Staat sollte die Festsetzung einer anderen Macht – Serbien oder Russland – an der Ostküste Adrias verhindern. In diesem Punkt herrschte Einigkeit zwischen Italien und Österreich-Ungarn. Dennoch erwies sich die Gründung Albanien als ein »Übel«, da die Konflikte um die führende Rolle immer wieder ausbrachen. Resigniert stellte der österreichisch-ungarische Botschafter Mérey im März 1913 fest: »Wenn wir den Konflikt mit Italien suchen wollen, in Albanien ist er zu finden.«⁷³

Wiens Sorgen und Ängste um die Zuverlässigkeit der eigenen Bündnispartner sollten sich als die größte Schwäche der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik erweisen. Die Nationalitätenproblematik sowie die Zusammenarbeit zwischen Rumänien und Serbien während der Balkankriege steigerten die Furcht vor einem Balkanbund; die unzureichende Unterstützung Österreich-Ungarns bei den Friedensverhandlungen 1912/13 sowie das fehlende Verständnis der Bündnispartner für die Interessen der Doppelmonarchie trugen dazu bei, dass sich weitere Ängste bemerkbar machten: Isolationsangst sowie Angst vor Prestigeverlust.⁷⁴

71 Afflerbach, Dreibund, S. 812, 804.

72 ÖUA 4, Nr. 4170, Aufzeichnung über eine Konferenz im Außenministerium o. D. [zwischen 25. und 30. Oktober 1912], S. 698. Vgl. ÖUA 4, Nr. 4118, Protokoll über die am 16. Oktober 1912 im Ministerium des Äußern abgehaltene Konferenz, S. 659.

73 ÖUA 5, Nr. 6153, Privatschreiben Méreys an Berchtold, 14. März 1913, S. 965. Vgl. Forgách an Mérey, 20. Januar 1913, HHStA, NL Mérey, K. 10.

74 Siehe ÖUA 6, Nr. 6870, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 2. Mai 1913, S. 334; ÖUA 7, Nr. 8474, Denkschrift des Grafen Tisza, 25. August 1913, S. 198–201. Vgl. Aleš Skřivan, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906–1914, Hamburg 1999, S. 372; Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln, Weimar und Wien 2000, S. 281, 473, 480. Aus Angst vor mangelnder Zuverlässigkeit Rumäniens und Italiens, wurden diese über das geplante Vorgehen in der Julikrise nicht rechtzeitig informiert. Siehe Afflerbach, Dreibund, S. 833.

Reaktionen auf Angst – das außenpolitische Handeln der Donaumonarchie

»Österreich ist das Land, in dem man keine Konsequenzen zieht: es achte darauf, dass sie nicht gegen Österreich gezogen werden.«⁷⁵ Die ironischen Worte Karl Kraus' werfen die Frage auf, welche Konsequenzen die Monarchie tatsächlich aus den politischen Veränderungen auf dem Balkan in den Jahren 1912 bis 1914 zog? Inwiefern entsprach ihr Handeln den Verhaltensmustern, welche in der Angstforschung als typisch gelten?

Die Angst hat die Funktion, Menschen vor Gefahren zu warnen und die Kräfte zur Verteidigung oder Flucht zu mobilisieren.⁷⁶ Entscheidend ist die Einschätzung der eigenen Kompetenz und Macht, wobei die Menschen, die das Gefühl haben, über ausreichende Fähigkeiten und Hilfsmittel zu verfügen, eher konstruktiv reagieren, neue Ziele aufstellen und neue Erfahrungsbereiche eröffnen.⁷⁷ Sind solche konstruktiven Ansätze, welche auf einen souveränen Umgang mit der Angst hinweisen würden, in der Balkanpolitik der Donaumonarchie zu finden?

Nach dem Beginn des Ersten Balkankrieges formulierte Berchtold die zentralen Ziele Österreich-Ungarns, welche bis zur Julikrise gelten sollten: nach Möglichkeit die Erhaltung des Status quo in Südosteuropa sowie die Gründung eines albanischen Staates. Der enttäuschende Verlauf der Friedenskonferenz in London sowie die fehlende Bereitschaft Serbiens und Montenegros, die Beschlüsse der Konferenz umzusetzen, gaben im August 1913 den Anstoß für ein neues Konzept der Balkanpolitik in Wien. Geplant war eine Konstellation auf dem Balkan, welche die Gefahr Serbiens für die Doppelmonarchie minimieren sollte: Bündnisse mit Bulgarien und der Türkei sowie die Verbesserung der Beziehungen zu Rumänien sollten stabile Voraussetzungen für eine konservative Politik bilden.⁷⁸ Zu Beginn des Jahres 1914 verschlechterten sich die Beziehungen zu Rumänien so weit, dass letztlich Bulgarien den unzuverlässigen rumänischen Partner im österreichisch-ungarischen Bündnissystem komplett ersetzen sollte.⁷⁹ Berlin hielt allerdings an Rumänien fest und lehnte die Pläne des Ballhausplatzes ab.

Das Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 löste

75 Karl Kraus, Prozeß Friedjung, in: Die Fackel, Nr. 293, 4. Januar 1910, S. 1–20, hier S. 20.

76 Siehe Hülshoff, Emotionen, S. 58.

77 Siehe Ronald J. Comer, Klinische Psychologie, 6. Aufl., Heidelberg 2008, S. 108. Vgl. Putz-Osterloh, Angst, S. 10 f.

78 Siehe ÖUA 7, Nr. 8157, Erlass nach Berlin, 1. August 1913, S. 1–7.

79 Siehe ÖUA 8, Nr. 9627, Denkschrift des Gesandten Flotow, Mai 1914, S. 1 f.; ÖUA 8, Nr. 9918, Denkschrift des Sektionsrates Franz Freiherrn von Matscheko, o. D. [vor 24. Juni 1914], S. 186–195.

einen kurzfristigen Schreck in Wien aus.⁸⁰ Innerhalb kürzester Zeit wurde die letzte Denkschrift, welche zur Umgestaltung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik dienen sollte, an einigen Stellen umgeschrieben und erreichte wenige Tage später ihren Adressaten, das Deutsche Kaiserreich. Berchtold formulierte nun als neues Ziel seiner Balkanpolitik die »Isolierung und Verkleinerung« Serbiens.⁸¹ Rein psychologisch betrachtet, war also der Umgang mit der Angst in der Donaumonarchie durchaus konstruktiv: Die Monarchie formulierte klare Ziele, suchte nach Alternativen und bat den eigenen Partner um Unterstützung.⁸²

Während die Diplomaten am Ballhausplatz nach friedlichen Alternativen oder zumindest nach der günstigsten Konstellation für den Fall eines kriegerischen Konfliktes suchten, sah der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf die Lösung der Probleme stets in einem Präventivkrieg.⁸³ Conrad sprach wiederholt von den Gefahren eines großserbischen Staates: dieser versuche nicht nur Frankreich, Russland und Rumänien für sich zu gewinnen, sondern werde eine »Verseuchung unserer slawischen Gebiete« zur Folge haben.⁸⁴ Er schürte durchaus bewusst Ängste vor Italien und Serbien bzw. vor der österreichisch-ungarischen Unfähigkeit, sich dem Feind zu widersetzen, um militärische Reformen und Gelder für Rüstungen durchzusetzen.⁸⁵ Nach dem Attentat plädierte Conrad für eine sofortige Mobilmachung ohne diplomatischen Vorlauf, da ein Krieg gegen Serbien ohnehin nicht zu vermeiden sei.⁸⁶ Gerhard Ritter sah im

80 Für die Definition des Schrecks siehe Ulich/Mayring, *Psychologie*, S. 157; Hülshoff, *Emotionen*, S. 74.

81 ÖUA 8, Nr. 9984, Schreiben Kaiser Franz Josephs I. an Kaiser Wilhelm, 2. Juli 1914, S. 252.

82 Siehe Putz-Osterloh, *Angst*, S. 7.

83 Siehe Horst Brettner-Messler, *Die Balkanpolitik Conrad v. Hötzendorfs. Von seiner Wiederernennung zum Chef des Generalstabes bis zum Oktober-Ultimatum. Dezember 1912 bis Oktober 1913*, Diss. Wien 1966, S. 116.

84 ÖUA 7, Nr. 8779, Protokoll des Gemeinsamen Ministerrates, 3. Oktober 1913, S. 401. Vgl. ÖUA 5, Nr. 5725, Privatschreiben Conrads an Berchtold, 8. Februar 1913, S. 677.

85 Auch Generalstabschef Schemua und Kriegsminister Auffenberg bedienten sich der gleichen Taktik. Siehe Günther Kronenbitter, »Krieg im Frieden«. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906 – 1914, München 2003, S. 524. Ob es sich bei Conrad um die reine Instrumentalisierung der Angst handelte, oder ob er selbst von den Gefahren überzeugt war, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Für die Instrumentalisierung der Angst siehe Aschmann, *Vom Nutzen*, S. 30.

86 Siehe Williamson, *Austria-Hungary*, S. 182. Conrads seelische Schwankungen wegen der Beziehung zu Gina von Reininghaus und ihre Auswirkungen auf seine Arbeit in der Julikrise bei Brettner-Messler, Conrad, S. 112; Lawrence Sondhaus, *Franz Conrad v. Hötzendorf. Architekt der Apokalypse*, Wien und Graz 2003, S. 162 – 170. Zum Topos vom »unvermeidlichen Krieg«, welcher in fast allen zitierten Quellen zum Vorschein kommt, siehe Wolfgang J. Mommsen, *Der Topos vom unvermeidlichen Kriege*, in: Jost Dülffer/Karl Holl (Hg.), *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890 – 1914*, Göttingen 1986, S. 194 – 224.

österreichisch-ungarischen Generalstab das »Zentrum aller kriegerischen Energie«⁸⁷.

Die furchtlose Monarchie: Die »Bedeutung des Irrationalen in der Geschichte«⁸⁸

Das Verhalten Wiens in der Julikrise lässt Gefühle der Angst fast gänzlich vermissen. Die Monarchie stufte offenbar ihre Kompetenz und Reaktionsfähigkeit als sehr hoch ein und entschied sich dieses Mal für einen militärischen Kampf gegen Serbien.⁸⁹ Das Fehlen der Angst lässt sich unter anderem damit erklären, dass das Attentat zwar unerwartet kam, die Krise an sich jedoch keine Überraschung mehr darstellte. Außerdem fehlten in der Julikrise aus der Sicht des Ballhausplatzes ernsthafte Alternativen zu einem militärischen Vorgehen gegen Serbien: Der Vorschlag einer Konferenz der Großmächte wurde aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre abgelehnt. Der häufig diskutierte »Halt-in-Belgrad« war aus Sicht der Militärs nicht möglich, wobei ohnehin fraglich bleibt, ob eine solche Demütigung Serbiens von Russland hingenommen worden wäre.⁹⁰ Der spätere österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Hohenlohe, bedauerte die Tatsache, dass in der Julikrise keine »klärende Aussprache«⁹¹ mit Russland stattgefunden habe, was möglicherweise eine Option gewesen wäre.

Weitere Gründe sind in der Überschätzung der eigenen Kräfte sowie »in grotesker Fehleinschätzung der Situation«⁹² zu suchen. Sowohl die Erwartung eines schnellen, siegreichen Krieges gegen Serbien als auch die Hoffnung auf eine Lokalisierung des Konfliktes erwiesen sich als falsch. Die Diplomaten gingen davon aus, dass das Zarenreich aufgrund der eigenen Erfahrungen mit Zaren- und Thronfolgermorden diese verurteilen und eine Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien tolerieren müsste.⁹³ Hinzu kam die Überzeugung, dass Russland ebenso wenig wie Großbritannien das Risiko eines Weltkrieges ein-

87 Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 2: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890–1914), München 1972, S. 282. Vgl. Afflerbach, Dreibund, S. 824: Conrad sei der »radikalste Militarist ganz Europas«.

88 Stig Förster, Angst und Panik. »Unsachliche« Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreiches und die Ursachen des Ersten Weltkriegs, in: Aschmann (Hg.), Gefühl, S. 74–85, hier S. 75.

89 Afflerbach schreibt von einem »Machtrausch«, der die Wiener Führung erfasst habe, als »Europa vor ihrer plötzlichen Entschlossenheit zitterte.« Siehe Afflerbach, Dreibund, S. 841.

90 Siehe Kronenbitter, Krieg im Frieden, S. 507 f.

91 Hohenlohe an Berchtold, 9. November 1911, HHStA, NL Berchtold, E 79, Rolle 3.

92 Sundhaussen, Geschichte Serbiens, S. 225.

93 Auch die Presse vertrat diese Meinung. Siehe N. N., Leitartikel, in: Neue Freie Presse, 17. Juli 1914.

gehen würde, da kleine und große Revolutionen innerhalb der Imperien die »Erschütterung des monarchischen Prinzips«⁹⁴ bedeuten könnten. Nicht zuletzt ist die in Wien vorherrschende Meinung entscheidend gewesen, dass das Deutsche Kaiserreich dazu in der Lage sein würde, »die russische Kriegsmaschine in Schach zu halten«⁹⁵. Die deutsche Bündniszusage minimierte ganz wesentlich die Ängste. Die Erkenntnisse der Psychologie liefern hierfür eine gute Erklärung: Das Vorhandensein von handlungsfähigen Partnern reduziert im Allgemeinen die Angst.⁹⁶

Die Angst fehlte jedoch nicht ganz: Eine wichtige Rolle für die Wiener Entscheidung spielte die Angst vor einem möglichen Prestigeverlust bzw. vor dem Verlust des Großmachtstatus im Falle einer Nicht-Reaktion auf das Attentat.⁹⁷ Der Monarch erklärte in seinem Manifest »An Meine Völker!«, dass »zur Wahrung der Ehre [s]einer Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherung ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte«⁹⁸ gegriffen werden müsse. Die Verbindung von »Prestigebedürfnis und Zukunftsangst«⁹⁹ wird von vielen Historikern als zentral angesehen. Gerhard Ritter schrieb von der »Angst vor dem gänzlichen Verfall des Vielvölkerstaates«¹⁰⁰, welcher durch einen Krieg verhindert werden sollte. Dass dieser Kampf allerdings auch zu einem Untergang der Monarchie führen konnte, war den Entscheidungsträgern durchaus bewusst: »[...] es wird ein aussichtsloser Kampf werden, dennoch muß er geführt werden, da eine so alte Monarchie und eine so glorreiche Armee nicht ruhmlos untergehen können.«¹⁰¹

94 HHStA, NL Mensdorff, Tagebuch, Bd. 4, 31. Juli 1914.

95 Mommsen, Das Deutsche Reich, S. 386. Vgl. Forgách an Mérey, 8. Juli 1914, HHStA, NL Mérey, K.10; Hoyos an Mérey, 20. Juli 1917, HHStA, PA I 496 Liasse XLVII 1a.

96 Siehe Putz-Osterloh, Angst, S. 7.

97 Siehe Hantsch, Berchtold, Bd. 2, S. 562; Memoire von Berthold Molden, 6. Juli 1914, HHStA, PA I 811.

98 An meine Völker!, in: Wiener Zeitung, 29. Juli 1914. Vgl. ÖUA 8, Nr. 9918, Denkschrift des Sektionsrates Franz Freiherrn von Matscheko, o. D. [vor 24. Juni 1914], S. 191.

99 Alan Sked, Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreichs, Berlin 1993, S. 297. Vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz, Wien und Köln 1993, S. 15.

100 Ritter, Staatskunst, S. 283.

101 Conrad an G. Reininghaus, 28. Juni 1914, in: Gina C. v. Hötendorf, Mein Leben mit Conrad v. H. Soldat und Mensch, Graz 1939, S. 114.

Individuelles Empfinden der Angst – Interpretationsmöglichkeiten der Emotionen in der Geschichtswissenschaft: Probleme und Perspektiven

Die Geschichte der internationalen Beziehungen hat stets eine »persönliche Seite«¹⁰², geprägt durch die handelnden Charaktere, deren »Unvollkommenheit und Schwäche« gerade in der Julikrise eine wichtige Rolle spielten, da einzelne Staatsmänner »zweifelloso die Nerven verloren«¹⁰³. Welche Interpretationsmöglichkeiten und -probleme die Analyse der »persönlichen Momente« in sich birgt, soll an drei kurzen Beispielen illustriert werden.

In den ersten Tagen nach dem Attentat lässt sich in den Verhaltensweisen des Außenministers eine gewisse Nervosität feststellen, die im Wesentlichen auf seine persönliche Unsicherheit über die künftigen Schritte zurückzuführen ist.¹⁰⁴ Die »Unentschlossenheit und Unselbständigkeit«¹⁰⁵ des »ohnehin viel zu leicht einzuschüchternde[n] Berchtold«¹⁰⁶ wurde am Ballhausplatz stets thematisiert. Dass die Unsicherheit in der Julikrise daraus resultierte, dass ihm ein europäischer Krieg vorschwebte, erscheint auch im Hinblick auf seine private Situation unwahrscheinlich: Wenige Tage vor dem Ultimatum schickte er seine Ehefrau auf eine Pilgerreise nach Frankreich.¹⁰⁷ Kann dies als Beweis dafür dienen, dass Berchtold davon überzeugt war, dass in naher Zukunft ein Krieg mit Frankreich nicht zu erwarten ist? Oder war es Kalkül? Schließlich wurden die leitenden Personen der Monarchie bewusst in den Urlaub geschickt, um den fremden Regierungen und der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, dass keine militärischen Schritte gegen Serbien geplant waren.¹⁰⁸

Als weiteres Beispiel kann der Sektionschef Janos Forgách dienen, welcher seit seiner Gesandtentätigkeiten in Serbien von 1907 bis 1911 in diplomatischen Kreisen als der »Todfeind«¹⁰⁹ Serbiens galt. Auch er wurde im Juli 1914 von »schweren Sorgen« wegen der mangelnden Standhaftigkeit des Außenministers geplagt und litt zudem laut eigenen Aussagen unter Schlaflosigkeit und Über-

102 Williamson, *Austria-Hungary*, S. 164.

103 Hans Kramer, *Die Großmächte und die Weltpolitik 1789 bis 1945*, Innsbruck, Wien und München 1952, S. 407.

104 Siehe Hantsch, *Berchtold*, Bd. 2, S. 848.

105 HHStA Wien, NL Mensdorff, Tagebuch, Bd. 4, 29. September 1913.

106 Privatarchiv Hohenlohe Wien, NL Gottfried Hohenlohe, Tagebuch, 4. März 1913.

107 Siehe HHStA, NL Berchtold, E-71/1 Tagebücher Nandine Berchtold, 17. Juli 1914. Sie kam am 21. Juli dort an.

108 Siehe Rauchensteiner, *Tod des Doppeladlers*, S. 83; Franz Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit 1906 – 1918*, Bd. 4, Wien, Leipzig und München 1923, S. 61 f.

109 HHStA, NL Schlitter, Karton 6, Tagebuch, 2. September 1913. Vgl. Kanner, *Katastrophenpolitik*, S. 245.

arbeitung.¹¹⁰ Diese könnten nun als Symptome für Angstzustände interpretiert werden.¹¹¹ Die Frage, ob dies sein Verhalten beeinflusst hat, kann jedoch verneint werden: Forgách plädierte seit Jahren für eine kriegerische Abrechnung mit Serbien und er wiederholte lediglich diese Forderung im Juli 1914.

Abschließend ist noch der Fall des Botschafters Mérey zu nennen, der in den kritischen Tagen einen Nervenzusammenbruch erlitt und infolgedessen für mehrere Wochen nicht mehr arbeitsfähig war.¹¹² Hat dieser Nervenzusammenbruch beziehungsweise Méreys Fernbleiben von den diplomatischen Vorgängen dieser Zeit die Verhandlungen mit dem italienischen Bündnispartner negativ beeinflusst? Es ist jedenfalls nicht anzunehmen, dass ein handlungsfähiger Mérey die Italiener hätte überzeugen können, den erwarteten Bündnispflichten nachzukommen.

Diese wenigen Beispiele zeigen das Potential, aber auch die Schwierigkeiten im Umgang der Historiker mit Emotionen. Dass diese *einen* Faktor in der Politik darstellen, ist unbestritten; wie groß allerdings deren Einfluss ist und wie Historiker dies beurteilen können, bleibt offen.¹¹³ Psychologen weisen auf die Notwendigkeiten und Probleme interdisziplinärer Untersuchungen hin, da die meisten Forscher lediglich einer Disziplin angehören und mit dem wissenschaftlichen Instrumentarium des anderen Faches wenig vertraut sind.¹¹⁴ Die Suche nach neuen methodischen Ansätzen für weitere geschichtswissenschaftliche Studien sollte aus diesem Grund interdisziplinär erfolgen. Ob die Anwendung der psychohistorischen Ansätze am Ende so weit gehen muss, wie dies in den USA der Fall ist, dass die eigenen »emotionalen Verzerrungen«¹¹⁵ reflektiert und offen gelegt werden, ist fraglich. Damit würden die Anforderungen an die künftigen Historiker enorm steigen, denn sie müssten bei allen historiographischen Untersuchungen die psychologischen Dispositionen anderer Historiker berücksichtigen.

110 Forgách an Mérey, 16. Juli 1914 und Forgách an Mérey, 8. Juli 1914, HHStA, NL Mérey, Karton 10.

111 Diese Symptome sind typisch für Angstzustände. Siehe Comer, *Klinische Psychologie*, S. 109.

112 Siehe Ambrózy an Berchtold, 9. August 1914, HHStA, PA XI, 150.

113 Siehe Birgit Aschmann, Vorwort, in: Dies. (Hg.), *Gefühl*, S. 8. Vgl. Förster, *Angst*, S. 85.

114 Siehe Ingo Dammer, *Die Angst der Psychologen vor der Seele ohne Psychologie. Eine strategische Skizze zur Historischen Psychologie*, in: *Psychologie und Geschichte* 7/2 (1995), S. 258–267, hier S. 262.

115 Loewenberg, *Emotion*, S. 62. Vgl. Frevert, *Angst*, S. 103.

Literaturverzeichnis

- Afflerbach, Holger, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien, Köln und Weimar 2002.
- Angelow, Jürgen, *Der »Kriegsfall Serbien« als Willenstherapie. Operative Planung, politische Mentalitäten und Visionen vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges*, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 61 (2002), S. 315–336.
- Angelow, Jürgen, Kalkül und Prestige. *Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Köln, Weimar und Wien 2000.
- Aschmann, Birgit, *Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung*, in: Dies. (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 2005, S. 9–32.
- Berchtold, Leopold Graf, *Die Richtlinien der österreichisch-ungarischen Politik*, in: Eduard von Steinitz (Hg.), *Rings um Sasonow. Neue dokumentarische Darlegungen zum Ausbruch des großen Krieges durch Kronzeugen*, Berlin 1928, S. 41–55.
- Blom, Philipp, *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914*, München 2009.
- Bosbach, Franz, *Einleitung* in: Ders. (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, S. XI–XIX.
- Brettner-Messler, Horst, *Die Balkanpolitik Conrad v. Hötzendorfs. Von seiner Wiederernennung zum Chef des Generalstabes bis zum Oktober-Ultimatum. Dezember 1912 bis Oktober 1913*, Diss. Wien 1966.
- Bridge, Francis Roy, *Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten*, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*, Bd. 1, Wien 1989, S. 196–373.
- Comer, Ronald J., *Klinische Psychologie*, 6. Aufl., Heidelberg 2008.
- Conrad von Hötendorf, Franz, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*, Bd. 4, Wien, Leipzig und München 1923.
- Conrad von Hötendorf, Gina, *Mein Leben mit Conrad v. H. Soldat und Mensch*, Graz 1939.
- Dammer, Ingo, *Die Angst der Psychologen vor der Seele ohne Psychologie. Eine strategische Skizze zur Historischen Psychologie*, in: *Psychologie und Geschichte* 7/2 (1995), S. 258–267.
- Förster, Stig, *Angst und Panik. »Unsachliche« Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreiches und die Ursachen des Ersten Weltkrieges*, in: Birgit Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 2005, S. 74–85.
- Frevert, Ute, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert*, in: Paul Nolte u. a. (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 95–111.
- Hantsch, Hugo, Leopold Graf Berchtold. *Grandseigneur und Staatsmann*, Bd. 2, Graz, Wien und Köln 1963.
- Heller, Agnes, *Theorie der Gefühle*, Hamburg 1980.
- Hiller, Gerhard, *Die Entwicklung des österreichisch-serbischen Gegensatzes 1908–1914*, Halle 1934.

- Hofmannsthal, Hugo von, Briefe der Freundschaft. Eberhard von Bodenhausen, Berlin 1955.
- Hoyos, Alexander, Weltenwende. Ein Vorschlag zur Lösung der Weltkrise, Wien 1931.
- Hülshoff, Thomas, Emotionen. Eine Einführung für beratende, therapeutische, pädagogische und soziale Berufe, 2. Aufl., München 2001.
- Jüttemann, Gerd (Hg.), Wegbereiter der Historischen Psychologie, München und Weinheim 1988.
- Kann, Robert A., Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, 2 Bde., 2. Aufl., Graz und Köln 1964.
- Kanner, Heinrich, Kaiserliche Katastrophenpolitik. Ein Stück zeitgenössischer Geschichte, Leipzig, Wien und Zürich 1922.
- Kramer, Hans, Die Großmächte und die Weltpolitik 1789 bis 1945, Innsbruck, Wien und München 1952.
- Kraus, Karl, Prozeß Friedjung, in: Die Fackel, Nr. 293, 4. Januar 1910, S. 1–20.
- Kronenbitter, Günther, »Krieg im Frieden«. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914, München 2003.
- Kronenbitter, Günther, Bundesgenossen? Zur militärpolitischen Kooperation zwischen Berlin und Wien 1912 bis 1914, in: Walther L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.), Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 143–168.
- Loewenberg, Peter, Emotion und Subjektivität. Desiderata der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft aus psychoanalytischer Perspektive, in: Paul Nolte u. a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 58–78.
- Matsch, Erwin, Die Auflösung des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Dienstes 1918/1920, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 30 (1970), S. 288–316.
- Matsch, Erwin, Geschichte des Auswärtigen Dienstes von Österreich(-Ungarn) 1720–1920, Wien, Köln und Graz 1980.
- Mommsen, Wolfgang J., Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. Die Herabdrückung Österreich-Ungarns zum Vasallen der deutschen Politik, in: Helmut Rumpler/Jan P. Niederkorn (Hg.), Der »Zweibund« 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie. Historikergespräch. Österreich-Bundesrepublik Deutschland 1994, Wien 1996, S. 383–407.
- Mommsen, Wolfgang J., Der Topos vom unvermeidlichen Kriege, in: Jost Dülffer/Karl Holl (Hg.), Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Göttingen 1986, S. 194–224.
- Musulin, Alexander von, Das Haus am Ballplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten, München 1924.
- Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, 8 Bde., Wien und Leipzig 1930.
- Přibram, Alfred F., Austrian Foreign Policy, 1908–1918, London 1923.
- Putz-Osterloh, Wiebke, Angst und Handeln aus psychologischer Sicht, in: Franz Bosbach (Hg.), Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000, S. 1–11.
- Rauchensteiner, Manfred, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz, Wien und Köln 1993.

- Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 2: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890 – 1914), München 1972.
- Schmid, Georg, Der Ballhausplatz 1848 – 1918, in: Österreichische Osthefte 23 (1981), S. 18 – 37.
- Schroeder, Paul W., The Life and Death of a Long Peace. Austro-German-Russian Relations, 1763 – 1914, in: Ulrich Lappenküper/Joachim Scholtyseck/Christoph Studt (Hg.), Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert. Studien zu Schlüsselbegriffen unserer Zeit, München 2003, S. 27 – 49.
- Schwendemann, Karl, Grundzüge der Balkanpolitik Österreich-Ungarns von 1908 – 1914, in: Berliner Monatshefte VIII (1930), S. 203 – 226.
- Sked, Alan, Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreichs, Berlin 1993.
- Skřivan, Aleš, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 – 1914, Hamburg 1999.
- Sondhaus, Lawrence, Franz Conrad v. Hötzendorf. Architekt der Apokalypse, Wien und Graz 2003.
- Sonntag, Michael, Historische Psychologie gegen den psychologischen Anachronismus. Lucien Febvre, in: Gerd Jüttemann (Hg.), Wegbereiter der Historischen Psychologie, München und Weinheim 1988, S. 479 – 490.
- Sundhussen, Holm, Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert, Wien, Köln und Weimar 2007.
- Ulich, Dieter/Philipp Mayring, Psychologie der Emotionen, 2. Aufl., Stuttgart 2003.
- Vietor, Renate, Die Tätigkeit des österreichisch-ungarischen Botschafters am Quirinal Kajetan Mérey von Kapos-Mére 1910 – 1912, Diss. Wien 1962.
- Wassmann, Claudia, Die Macht der Emotionen. Wie Gefühle unser Denken und Handeln beeinflussen, Darmstadt 2002.
- Wiesbrock, Heinz, Einführung in die Thematik des Bandes, in: Ders. (Hg.), Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst, Frankfurt/Main 1967, S. 5 – 21.
- Williamson, Samuel R., Austria-Hungary and the Origins of the First World War, New York 1991.
- Würl, Erich, Die Tätigkeit des Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel 1906 – 1914, Diss. Wien 1951.

Andrew Dodd

»Ihr wollt den Rest Europas in Deutschland verankern«: Margaret Thatcher and German Reunification

In late 1993 the former Prime Minister of the United Kingdom, Margaret Thatcher, gave an interview with the seminal news magazine *Der Spiegel* to coincide with the release of her memoirs documenting her years (1979–1990) as Prime Minister. The interviewers took the opportunity to confront her with her less than amiable behaviour towards Germany during the reunification process in 1989–1990, and with her apparent distrust of the German people so evident in her memoirs. Seizing upon the opportunity, her interviewers pointedly reminded her that for four decades the government of the Federal Republic had held up a peaceful, integrated Europe as its goal. Thatcher's response is both memorable and telling: »Ich kann die Idee eines Bundesstaates Europa überhaupt nicht leiden. Es ist doch klar: Ihr Deutschen wollt nicht Deutschland in Europa verankern. Ihr wollt den Rest Europas in Deutschland verankern.«¹ The present paper is an attempt to understand what could motivate a former head of state to make such strong, to say the least, comments about the ambitions and character of a state and people that was and is still counted as an ally and partner in Europe and the world. It seeks to elaborate upon the underlying perceptions that informed and shaped Margaret Thatcher's attitude towards Germany and Europe in 1989–1990. What was it that drove her to reject Great Britain's ostensible commitment to German reunification? Why was it that Thatcher connected the prospect of German reunification to her fears of a federal Europe so forcefully?

Fearful of any destabilization of the relatively balanced international system in Europe and of a resulting potential German dominance, Margaret Thatcher's policy in 1989–1990 was built upon a »fondness for the status quo« and she outright rejected the idea of willfully allowing changes to a system in which Great

1 Bernd Dörler/Wolfgang Kaden, »Ihr wollt den Rest Europas«, in: *Der Spiegel* 43 (1993), pp. 173–175.

Britain still played an ostensibly major role as a victor of World War II.² As such Thatcher was forced into an essentially defensive role, only being able to realistically attempt to delay changes in Central Europe, and in Germany above all.³ Thatcher herself has described her delaying and negative policy towards German reunification as her one »unambiguous failure« as Prime Minister.⁴ Given her reputation and role as a »Cold Warrior,« Thatcher especially could have been expected to enthusiastically greet the effective extension eastwards of NATO and the free market socio-political order of the Federal Republic made possible by reunification at the expense of the eastern bloc. The fact that she not only did not greet this chance, but launched into »tirades« against reunification as she »struggled to obstruct« it, is indeed at the very least »contradictory.«⁵ Nevertheless, long after October 3, 1990 Margaret Thatcher has remained »unrepentant« in her appraisals of Germany, reunification, and its meaning for Europe.⁶ It will be argued here that Margaret Thatcher's fears of German reunification came from a strong sense of »British exceptionalism:« the belief that Britain's long constitutional development resulted in a political culture not only different, but better than that of continental Europe. In the balance-of-power tradition of British diplomacy, Thatcher feared a united Europe, even a peacefully united Europe, as a threat to Britain. Her stereotypical picture of an ambitious, expansionist Germany combined with her fear of an integrated European Union with a powerful reunited Germany at its core.

1. Margaret Thatcher and »the Germans«

Universally cited as a major factor influencing Thatcher's attitude towards Germany and the prospect of reunification itself is the biographical detail of her experience as a young woman during World War II. Born in 1925, Thatcher was deeply affected by her experience as a civilian witnessing six years of Great Britain at war under constant threat from the Luftwaffe; an experience she

2 Mary Elise Sarotte, 1989. *The Struggle to Create A Post-Cold War Europe*, Princeton 2009, p. 27.

3 The best political-diplomatic narrative of the period remains Condoleezza Rice/Philip Zelikow, *Germany Unified and Europe Transformed*, Cambridge/MA and London 1997 complemented by the Russian sources in Alexander von Plato, *Die Vereinigung Deutschlands – ein welt-politisches Machtspiel*, Bonn 2003.

4 Margaret Thatcher, *The Downing Street Years*, London 1993, p. 813.

5 Douglas Hurd, *Memoirs*, London 2003, p. 384; John Ramsden, *Don't Mention the War*, London 2006, p. 404; Hugo Young, *This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London 1999, p. 359.

6 John Campbell, *Margaret Thatcher. Iron Lady*, London 2003, p. 640.

»never got over.«⁷ The intensity of emotions stemming from this formative phase, and the result it had on Thatcher's view of Germany, seemingly cannot be understated: even a rather sympathetic biographer like James Campbell characterizes her reaction to the events of October–November 1989 as »fear and loathing of the wartime enemy,« emotions that were »virulent and unappeased« and underpinned all of her ostensibly rational arguments in the period.⁸ Meanwhile one of her own advisers describes her youth experiences as leading to her being still possessed of »an atavistic fear of Germany and a suspicion of the German people.«⁹ So convinced of the basic truth of her feelings was Thatcher that she was »constantly amazed« by those around her who did not share her views and went so far as to claim that the Germans should not bemoan being the so called »paymasters of Europe« as they »have been simply paying reparations for all the things they did during the war.«¹⁰ It was the intensity of these emotions that led Thatcher's behaviour during 1989–1990 to at times devolve into »petty and purposeless insults« rather than anything resembling actual policy: behaviour that has perhaps rightly been characterized as »hysterical.«¹¹

Margaret Thatcher openly professed a firm belief in »national character«:¹² collective characteristics rooted in and demonstrated by history that a people or nation could not so simply shake off; an encapsulation of »the history and the genius of a particular people.«¹³ Her idea of what constituted the German »national character« and its relationship to German ambitions, understood by her to be self-evident, is predictable.¹⁴ The combination of deeply seated fears and a supposed historically rooted »national character« led Thatcher to use strong, emotive language that lacked in rational content but had very real shock value.

7 Ramsden, *Don't Mention the War*, p. 402. Ramsden prefaces this comment by noting the difference in lessons learned between civilians and soldiers, »near-contemporaries who themselves had fought against Germany and come back keen to ensure that no such war should ever happen again.« John Campbell also stresses that Thatcher »found it much harder than others of her generation to forget the war« yet admits that any specific explanation is lacking beyond a rather normal biography of civilian wartime experience, Campbell, *Margaret Thatcher*, p. 633.

8 Campbell, *Margaret Thatcher*, pp. 629, 633.

9 George Urban, *Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View*, London 1996, p. 99.

10 Ramsden, *Don't Mention the War*, pp. 402 f.

11 Paul Sharp, *Thatcher's Diplomacy. The Revival of British Foreign Policy*, Basingstoke 1997, p. 223; Yvonne Klein, *Obstructive or Promoting? British Views on German Reunification 1989/90*, in: *German Politics* 5/3 (1996), pp. 404–431, here p. 411.

12 As she claimed to Helmut Kohl himself in 1989 as quoted in Ramsden, *Don't Mention the War*, pp. 403 f.

13 Sharp, *Thatcher's Diplomacy*, p. 173.

14 Günther Heydemann, *Zwischen Widerstand und Obstruktion. Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90*, in: *Deutschland Archiv* 42 (2009), pp. 31–43, here pp. 42 f.

During one phone conversation with U.S. President George H. W. Bush and Canadian Prime Minister Brian Mulroney on 24 February, 1990, she lashed out and claimed that »the Germans will get in peace what Hitler couldn't get in war,« claiming the EC could never »anchor« reunited Germany, instead it would become Germany's new economic »empire.«¹⁵ Especially noteworthy about this episode is Thatcher's choice of wording and imagery. What could have been argued as a rational point of policy concerning potentially inadequate economic and political structures in Europe is instead argued in the most blunt and emotive of terms: an invocation of Hitler and the spectre of European empire. The then-Finance Minister John Major explains just such an encapsulation of German national character: »Margaret's view was equally direct, »never trust the Germans.« Two World Wars, she thought, proved that the country was expansionist by instinct. Britain's role was to stop it.«¹⁶

Twin media scandals from the spring of 1990 give further airing to Thatcher's attitude towards the Germans during the reunification era. On 24 March, 1990 an informal meeting at Chequers, an official residence of the Prime Minister, eventually gave rise to the so called Chequers Affair in July 1990. Thatcher had invited six leading authorities and commentators on modern Germany to discuss what could potentially be expected from Germany following reunification.¹⁷ A memo by Thatcher's private secretary Charles Powell summarizing the meeting was eventually leaked to the press, where its contents caused an uproar with their hostile oversimplifications.¹⁸ The memo famously offered a list of typical German characteristics allegedly agreed upon by the participants, including angst, aggressiveness, assertiveness, bullying, egotism, an inferiority complex, sentimentality, and self-doubt.

It soon became clear that the memo itself was not an accurate portrayal of the full discussion nor of the consensus reached by the attending participants, who were broadly optimistic about the prospects of reunified Germany's behaviour in Europe.¹⁹ It was Thatcher alone who continually tried to press those in attendance towards her view, repeatedly asking whether the Germans could be

15 George Bush/Brent Scowcroft, *A World Transformed*, New York 1998, p. 248.

16 John Major, *John Major. The Autobiography*, London 1999, p. 175.

17 The six expert participants were Timothy Garton Ash, Gordon A. Craig, Hugh Trevor-Roper, Fritz Stern, Norman Stone, and George Urban.

18 Charles Powell, *What the PM Learnt About the Germans*, in: Harold James/Marla Stone (Eds.), *When the Wall Came Down. Reactions to German Unification*, New York 1992, pp. 233–239.

19 See the commentary and reflections on the meeting by Timothy Garton Ash, *The Chequers Affair*, in: James/Stone (Eds.), *When the Wall Came Down*, pp. 242–246 originally published in the *New York Review of Books* on September 27, 1990, and Gordon A. Craig, *Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 39 (1991), pp. 611–623.

trusted seemingly in an attempt to prompt a negative answer.²⁰ Then-Foreign Minister Douglas Hurd, also in attendance at the Chequers meeting, notes that it was »remembered wrong« in the press scandal as the tone of the discussion was widely positive and Thatcher was alone in her negative views, which John Major claims »alarmed many of those who attended.«²¹

Immediately presaging the Chequers Affair, and more straightforward in revealing the thought processes of the Prime Minister, was a scandal surrounding the forced resignation on 14 July, 1990 of Industry Secretary Nicholas Ridley, a confidant and ally of Thatcher's within the cabinet.²² Ridley had given a scathing interview published in the newspaper *The Spectator* in which he called plans for European Economic and Monetary Union »a German racket to take over Europe,« even claiming »you might just as well give it to Adolf Hitler, frankly.«²³ Ever honest and forthright, Thatcher later contended that Ridley was merely »telling an inconvenient truth.«²⁴

Thatcher's dominant position both domestically and especially internationally as the face of British politics and her generally »tactless« behaviour during the period has led to the conflation of her attitude towards German reunification with that of the British people as a whole such that »die Ansicht, dass ›die Briten‹ gegen die Vereinigung gewesen seien, sich heute so weit eingebürgert hat, dass sie kaum noch hinterfragt wird.«²⁵ However, as far as the government was concerned, »most ministers disagreed« with Thatcher on the resolution of the German question.²⁶ Douglas Hurd, Thatcher's own foreign minister, disagreed strongly both with Thatcher's attitude and policy towards the reunification process and the reasoning, or lack thereof, behind it. While Thatcher's fears drove her to deny and delay reunification, Hurd himself found it natural that the Germans should aspire towards reunification once the GDR edifice started to crumble. In Hurd's view, Thatcher simply did not grasp the nature of the Federal Republic and the fundamental character of the change in West German political culture that had taken place in the wake of 1945: Thatcher openly rejected the

20 Young, *This Blessed Plot*, p. 361; Campbell, *Margaret Thatcher*, pp. 634 f.; Ramsden, *Don't Mention the War*, pp. 404 f.

21 Hurd, *Memoirs*, p. 385; Major, John Major, p. 175.

22 For incisive discussion of the significance of the Chequers Affair and Ridley scandals see Heydemann, *Zwischen Widerstand und Obstruktion*, pp. 38–41.

23 Quoted in Garton Ash, *The Chequers Affair*, p. 242. Ridley later admitted that his words were »indeed extreme« but added as a defense that while he knew the interviewer's tape recorder was still on, he believed the interview itself was over, Nicholas Ridley, *My Style of Government*, London 1991, p. 224.

24 Quoted in Ramsden, *Don't Mention the War*, p. 406.

25 Klein, *Obstructive or Promoting?*, p. 425; Henning Hoff, *Deutsche und Briten seit 1990*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47 (2005), pp. 19–25, here pp. 21 f.

26 Young, *This Blessed Plot*, p. 307.

idea that the Federal Republic had and would further subordinate itself to Europe, a line of thinking that Hurd considered to be »deeply mistaken.«²⁷ Under Hurd's leadership, the Foreign Office attempted to pursue a more »constructive« policy that looked to influence the process and terms of reunification rather than vainly try and prevent it.²⁸ John Major echoes this criticism of Thatcher's knee-jerk attitude towards German reunification: Juxtaposing the public Margaret Thatcher who could present pragmatic or rational policy arguments with the private Thatcher, he claims she was in »terrible error to argue straight from [her] emotional bedrock« in 1989 – 1990.²⁹

Thatcher's parallel hardline positions towards Germany and Europe and the risk of a potential marginalization of Britain provided jumping off points for intensive debate on how Britain could and should help shape events.³⁰ Surveys of the press and of public opinion polls show that the wider British response to the events in Germany reflected the more nuanced and considered position of the foreign office and parliamentary establishment.³¹ Admittedly, approval for German reunification decreased, and reservations towards it amongst the public increased as time passed and the idea took shape as a real political and economic process.³² Nevertheless, however ambivalent and unsure of how German reunification would turn out for Europe, »on the whole British public opinion was mostly in favour of German unity and hardly shared« the starkly critical opinions of the Prime Minister.³³

The German press responded to the types of fears and imagery evoked by Thatcher and her sympathizers with shocked incredulity. While most commentaries voiced understanding of concerns about German economic dominance in Europe or a disturbance of the relative balance between Britain, France and the Federal Republic in the structures of the EC, they outright rejected any fears of post-Reunification German *Alleingänge* in Europe.³⁴ If anything, they

27 Hurd, *Memoirs*, pp. 381 f.

28 Klein, *Obstructive or Promoting?*, pp. 409 – 412. Not to assert that such a policy was attempted out of mere altruism, but out of the realistic appraisal that Britain should »exploit« its potential influence on the process before being encountered with a potentially unfavorable *fait accompli* in central Europe, Rice/Zelikow, *Germany Unified*, p. 207.

29 Major, *John Major*, p. 175.

30 Heydemann, *Zwischen Widerstand und Obstruktion*, pp. 32 f.

31 Ines Lehmann, *Die deutsche Wiedervereinigung von außen gesehen*, Frankfurt/Main 1996, pp. 289 ff.

32 Hella Kaeselitz, *Die Ängste der Margaret Thatcher. Einige Aspekte der britischen Haltung zur deutschen Vereinigung*, in: *UTOPIE kreativ* 105 (1999), pp. 61 f.

33 Klein, *Obstructive or Promoting?*, p. 422.

34 See for example Günther Nonnenmacher, *Falsche Angst vor Deutschland*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16 December 1989; Theo Sommer, *Wenn das Volk die Bühne stürmt*, in: *Die Zeit*, 8 December 1989; Rudolf Augstein, *Nun das »deutsche Haus«?*, in: *Der Spiegel* 52 (1989), p. 18.

were disappointed by such fears and struggled to come to terms with such continued distrust³⁵ In his memoirs of the period, former Chancellor Helmut Kohl echoes this incredulity: after forty years of a Federal Republic both Atlantic and European, and especially after his and his supporters hard fought faithful backing of NATO in the 1980s, he could not grasp such visceral doubts about »the Germans.«³⁶ Reflecting on her position towards Germany in 1989–1990, Kohl diagnoses Thatcher with a »generational distrust« of the German people, coupled with disappointment at Great Britain's loss of its Empire and leading place in the world despite its victory in both World Wars, whereas the twice defeated Germany could emerge at the end of the twentieth century as a relative winner.³⁷

Clearly those factors reviewed above – an instinctive bitterness and distrust born of her youth wartime experiences and a belief in a nigh inescapable national character that very much accommodates those memories of the war – play a valid and important role in explaining Margaret Thatcher's attitude and behaviour towards German reunification. Two further factors will now be stressed which have a complementary relationship with one another and with her historically rooted fear of »the Germans« which found such strong expression. Firstly, a phenomenon which can perhaps best be called »British exceptionalism,« and the flip side of this coin, the fear of »Europe,« of European integration as the realization of this fear, and the conflation of Germany with Europe. A focus on these factors and the fears they engendered will shed further light on the nature and interrelation of Margaret Thatcher's behaviour as the Cold War came to a close.

2. Britain – an Island Apart

The core characteristic of the concept of British exceptionalism being proposed here is a distinct sense of Britain as an »island off the coast of Europe« as opposed to any integral belonging to the European historical and cultural space: In the words of Winston Churchill, Britain is »with, but not of, Europe.«³⁸ This sentiment is based on a particular self-image, »the mythology of the scepter'd isle, the

35 Peter Hort, In Straßburg hat Kohl eher Argwohn als Zustimmung erfahren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11 December 1989; Theo Sommer, Wem gehört die deutsche Frage?, in: Die Zeit, 15 December 1989; Rudolf Augstein Vereinigung der Sieger, in: Der Spiegel 50 (1989), p. 18.

36 Kai Diekmann/Helmut Kohl/Ralf G. Reuth, Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1999, pp. 190 f.

37 Ibid., p. 196.

38 Originally appearing in a 1930 commentary piece by Churchill in an American newspaper, Thatcher herself quotes it prominently in Thatcher, Statecraft, p. 362.

demi-paradise [...] the sacredness of England, whether or not corrupted into Britain,« which was set »for ever apart from Europe.«³⁹ Such romantic considerations of the nation may indeed seem a faintly ridiculous framework within which to make or interpret foreign policy in the late 20th century, but the lasting appeal of Britain as an island apart is not to be denied to this very day and an examination of Thatcher's own reflections on Britain and Europe reveal in stark, direct terms just such a viewpoint.

Indeed, Thatcher was not one to mask such an attachment to and glorification of British history and its differentiation from continental Europe. Interviewed by *Der Spiegel* in March 1990, following the Volkskammer elections in the GDR and the resultant clear wish for hastened German unity, Thatcher was asked whether she feared that a reunited Germany would both politically and economically dominate Europe. Her immediate response conjures echoes of 1940 and the image of indomitable British resistance.⁴⁰ Snapping back: »so leicht sind wir nicht zu dominieren, wir bestimmt nicht,« she reached farther into history to further justify her position, proudly claimed that »Freiheit im Sinne der Rechtsstaatlichkeit [...] hier schon seit langem [besteht]. Wir haben das älteste Parlament in Europa – 700 Jahre alt ist es. Uns dominiert man nicht so leicht.«⁴¹ Visible here are the two main characteristics of this British exceptionalism: an evocation of the roots of British democracy broadly reminiscent of the Whig view of history, and a defensive tone set against a perceived threat from the continent. In her 1993 interview with *Der Spiegel*, when asked about the differences between the British people and the German people, Thatcher responded with the grand proclamation that the British people are »das Volk mit der ältesten parlamentarischen Demokratie der Welt. Tief in unserer Seele haben wir den leidenschaftlichen Glauben an Fairness und Freiheit.«⁴² Pressed as to whether the Germans lacked these very same beliefs, she avoided an answer and merely responded that Germany only found unity in 1871 as the result of an aggressive war against France. A more direct response to this very question, however, is to

39 Young, *This Blessed Plot*, p. 1. Young's mention of the dominance of English imagery, history and actors in this ostensibly »British« exceptionalism is especially notable.

40 On the role of the »1940« in modern British self-conception and exceptionalism see Malcolm Smith, *Britain and 1940. History, Myth and Popular Memory*, London and New York 2000. The emotive connection in 1989–1990 to Britain's wartime experience, as Kohl noted, is clear: »With the unification of Germany, Britain could no longer maintain her role as the old, glorious victor of World War II.« Klein, *Obstructive or Promoting?*, p. 408. Timothy Garton Ash connects the »finest hour« and the feeling that »wir haben den Krieg gewonnen, sie aber den Frieden« as two sides of the same coin, Timothy Garton Ash, »Ein festes Bündnis«, in: *Der Spiegel* 45 (1993), p. 20.

41 Hans Hielscher/Hans Werner Kitz/Dieter Wild, »Alle gegen Deutschland – nein!«, in: *Der Spiegel* 13 (1990), pp. 182–187.

42 Dörler/Kaden, »Ihr wollt den Rest Europas«.

be found in a BBC interview wherein Thatcher plainly stated that »there is a great strand of equity and fairness in the British people, this is our characteristic. There is not a strand of equity or fairness in Europe.«⁴³

The clearest enunciation of Thatcher's underlying conception of British exceptionalism is to be found in her 2002 book *Statecraft*. Reflecting on the United Kingdom's relationship with Europe in a chapter tellingly entitled »Britain and Europe – Time to Renegotiate,« she quotes Charles de Gaulle's 1963 rejection of British EC membership in order to introduce British difference from Europe. Expanding at length on de Gaulle's evocation of the insular, maritime character of Britain, Thatcher outlines her conviction that »by her history and her interests Britain is indeed a fundamentally different kind of nation state to those which are involved in ›building‹ Europe [...]. It was Britain's long history of continuous constitutional development, the respect in which her institutions were held, the honesty of her politicians and the integrity of her judges, the fact that not since the Norman Conquest had she known occupation, and that neither Nazism nor communism had ever gained a grip on her political life – all these things marked Britain out from Continental Europe [...]. Britain *is* different.«⁴⁴ Indeed, Thatcher's writings are punctuated with references to the gradual process of English constitutional development and that of Anglo-Saxon freedoms, both political and economic. One need only consider the concluding section of *Statecraft*, entitled simply »Runnymede«, the site of the sealing of the Magna Carta in 1215, in which she reflects on the meaning of that event and the English, British, and American character which she believes it spawned, »so irritatingly bent on liberty, so obstinate to right wrongs, so pig-headed in demanding justice.«⁴⁵ With such viewpoints in mind it is possible to appreciate the real meaning behind the otherwise merely entertaining comment by John Campbell, in the context of recounting Thatcher's diplomatic stance towards South Africa in the 1980s, that »she was no more prejudiced against Africans than she was against Germans, Greeks, Italians, and others who had *the misfortune not to be British*.«⁴⁶

Clearly, Margaret Thatcher was possessed of a very pronounced, in many ways profound, and certainly specific historical consciousness, at least as far as the United Kingdom and its role in the world was concerned. Only in reflecting on this historical consciousness can we appreciate the role played by the sense and fear of the decline of Britain that gripped the country so pervasively in the post-war era, especially after the Suez Crisis and the experience of decoloniza-

43 Denys Blakeway/Samir Shah (Prods.), Thatcher. The Downing Street Years, BBC1 1993, a documentary coinciding with the release of Thatcher's memoirs.

44 Thatcher, *Statecraft*, pp. 365 f., [italics in original].

45 Ibid., pp. 467 – 471, here p. 469.

46 Campbell, Margaret Thatcher, vol. 2, p. 322, [author's italics].

tion.⁴⁷ As a means of resisting this decline as an independent world power, the British political class had been »hanging on to the past, in the form of the post-imperial Commonwealth« and the »special relationship« with the United States: the means of exercising world influence as an allied proxy, forged as it was during war and further justified by common history and values. For British citizens and statesmen possessed of such a viewpoint, »entry into Europe was a defeat.«⁴⁸ Thatcher's delaying action in 1989 – 1990 thus stemmed from a fear of a further decline in Britain's relative international influence in the wake of German reunification and the related calls for the necessity and desirability of further European integration.

This realization is indeed a decisive point: As we have seen hints of above, Thatcher's conception of English/British characteristic virtues continually find their counterpoint, their opposite, in the »Continental«, the »European«. This manifests itself both in vague historical-philosophical contentions and in specific complaints regarding the institutional reality of European states and the European Community/European Union (EC/EU) itself. Her memoirs recount the French Revolution bicentennial in order to repeat her juxtaposition of the French Revolution (and the 1917 »Bolshevik« Revolution with which she associates it) with England's Glorious Revolution of 1688: the French Revolution a utopian project blind to its own intellectual hubris of attempting to fashion a new order from a blank slate and thus inherently flawed by its own idealism; the Glorious Revolution characterized above all by continuity, evolution, developed traditions and thus balanced change.⁴⁹ This same pattern is echoed in her discussion of human rights and the attempt to enshrine them in international treaties. Once again we find an appeal to the positive organic developments symbolized by Magna Carta and the Glorious Revolution alongside their fellow Anglo-Saxon stepchildren, the American Declaration of Independence, Constitution and Bill of Rights. Against these texts she holds up the French Declaration of the Rights of Man and the Citizen as the original, instructive example of the impossibility of merely declaring and out of thin air creating law, traditions, or rights from an abstract idealistic drive.⁵⁰

This comparison with continental European political culture against the English understanding takes more concrete form in Thatcher's critique of Europe as a functioning political order: Jacques Delors, the federalist president of the European Commission from 1985 – 1994 is derided as a self-inflated »*fonctionnaire*« who was a dangerous example of the »blurring of the roles of civil

47 Sharp, *Thatcher's Diplomacy*, pp. 6 – 21.

48 Young, *This Blessed Plot*, pp. 2 f.

49 Thatcher, *Downing Street Years*, pp. 752 f.

50 Thatcher, *Statecraft*, pp. 250 – 256.

servants and elected representatives« apparently typical to continental political traditions.⁵¹ She relates this trait to the posited centralization, inefficiency and instability characteristic of continental government which, she claims, has resulted in a long-standing distrust of politicians and thus a tolerance for the idea of a federal, technocratic European structure; concluding »bluntly,« and insultingly, that »if I were an Italian I might prefer rule from Brussels too.«⁵²

It was thus the United Kingdom's task to stand up to the spread of such continental values in the structures of »Europe« and to defend Britain's characteristic national identity and virtues within that structure. This dynamic was clearly spelled out in Margaret Thatcher's famous speech to the College of Europe in Bruges on September 20, 1988, where she famously declared that »we have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain only to see them reimposed at a European level with a European superstate exercising a new dominance from Brussels.« The defensive nature of her fears of »European« encroachment stands out in her claim that »certainly we in Britain would fight attempts to introduce collectivism and corporatism at the European level – although what people wish to do in their own countries is a matter for them.«⁵³ This was a »ringing declaration of intent« which »caused an uproar« if not for the content of what she said, which was predictable enough, but for the style and tone.⁵⁴ Recalling the speech in her memoirs, Thatcher justifies it as stemming from the anger and frustration she felt from the thought of the familiar litany of British characteristics being subordinated to an European bureaucracy born of continental traditions, »because Britain was the most stable and developed democracy in Europe we had perhaps most to lose from these developments.«⁵⁵

This sort of British exceptionalism so directly enunciated by Margaret Thatcher is an overwhelmingly positive self-image, indeed a positive stereotype, rooted in a narrow view of British history that emphasized pride in being the heir of ancestors who had developed »the practical arrangements by which people could live in liberty.«⁵⁶ In this case, the British historical experience, and thus British national characteristics themselves are not just positively stated, but defensively stated against a perceived threat : British virtues are othered against »Europe« and that which it represents.

51 Thatcher, *Downing Street Years*, pp. 742.

52 Ibid.

53 Margaret Thatcher, *Speech to the College of Europe (»The Bruges Speech«)*, 20 September 1988, online: <<http://www.margaretthatcher.org/speeches/>>, [16 May 2010].

54 Sharp, *Thatcher's Diplomacy*, pp. 168–170, here p. 169.

55 Thatcher, *Downing Street Years*, pp. 743 f., she evokes »[...] British democracy, parliamentary sovereignty, the common law, our traditional sense of fairness [...]«.

56 Sharp, *Thatcher's Diplomacy* p. 171, describing what he calls »Thatcher's cultural and ideological nationalism«.

3. Perceptions of »Europe« and the Role of a Reuniting Germany

Of course there has long been a particularly »British« view of Europe that is strongly influenced by the self-conception of being an »island off of the coast,« closely related to and influencing the balance-of-power tradition in British foreign policy which is itself based on the premise that a united Europe inherently constitutes a threat to Great Britain. That this continues to have a strong place in the British public consciousness is still a hard to miss factor in contemporary Britain. In 1989 the prospect of a reunified Germany gave new and added impetus to the prospect of European integration, intensifying Margaret Thatcher's fears of »those Europeans [getting] away with too much.«⁵⁷ In the hopes and plans to realize »the European Idea« Thatcher saw a sinister history of subjugation completely at odds with her glorified vision of the British past, the genealogy of which she sketches out in *Statecraft*. Unsurprisingly she does not locate the beginnings of the European idea with the likes of Koudenhouwe-Kalergi or the Pan-European movement. Rather, she traces its roots back to the Holy Roman Empire of the Habsburgs, citing their aspirations for »universal domination« under the creed of *Austria est imperare orbi universo*. The next expression of the European idea is cited as Napoleon Bonaparte and his »programme for European unity:« Napoleon's desire for a common legal code, education and monetary system (which Thatcher openly and dismissively compares to the European Central Bank) make his programme »seem so contemporary.« Her naming of Adolf Hitler as a representative of the idea of a unified Europe is offset with an obligatory, if rather insincere seeming post facto qualification that »it is, of course, not my suggestion that today's proponents of European unity are totalitarians;« as she merely wishes to point out that »European unity has been tried before, and the outcome was far from happy.«⁵⁸

In such a genealogy of the European idea we see a striking illustration of, and background to what John Major described as Thatcher's visceral reaction against Europe that caused her to »bridle at the very mention of Brussels.«⁵⁹ With the vague idea of Europe she associates all those traditions that she sees as essentially un-British: statism, naïve idealism, centralization. Concretely she attributes these characteristics to the EC/EU and its flagship policies, »a classic utopian project,«⁶⁰ born of »synthetic European idealism«⁶¹ resulting only in a real-existing mix of »the authoritarian, the bureaucratic and the interventionist« in

57 Hurd, *Memoirs*, p. 375, said to him by Thatcher upon her appointing him Foreign Secretary on 26 October 1989.

58 Thatcher, *Statecraft*, pp. 325 – 329 for the following.

59 Major, *John Major*, p. 175.

60 Thatcher, *Statecraft*, p. 359.

61 *Ibid.*, p. 325.

its planned, rather than evolved, institutions.⁶² In such a unity she sees above all an attempt to quash national identity and traditions in the service of a flawed ideal, led by bureaucrats imposing an ad hoc regime that constitutes a real threat to the English individualist, free market historical tradition.⁶³

These fears of Europe are inextricably bound up with Margaret Thatcher's fear of German reunification, for indeed »in the complex of prejudices, whether rational, or, just as often, visceral, that Mrs Thatcher brought to ›Europe‹, none was more potent than her attitude to Germany.«⁶⁴ This potent complex of prejudices is, of course, strongly intertwined with the historical memory of the early twentieth century and stereotypes of »the Germans« rooted in the two World Wars. It would be a mistake, however, for us to limit our interpretation to the invocation of wartime memories or to separate her attitude towards German reunification from its European context.

Central to a full understanding of this »complex of prejudices« is Thatcher's recognition of the fact that the most likely outcome of the reunification process would be an intensification of the European integration process both from the desire of above all the French to rein the Germans in, and that of the Germans to prove themselves and the trustworthiness of the Federal Republic.⁶⁵ Indeed, the Federal Republic itself, and not just the memory of the Reich, played a decisive role in the formation of Thatcher's attitude towards German Reunification. Far from ignoring the reality of the Federal Republic in favor of memories of the Reich, Thatcher's fears of Germany drew from a dual post-war experience: The Federal Republic had quickly established and entrenched itself as the dominant economic power in the centre of Europe; concurrently it was the main advocate and engine of *supranational* European integration ever since its founding. The West German devotion to Europe as »eine Art emotionaler Ersatz für das kompromittierte Nationalbewußtsein« had always made Thatcher suspicious, as she suspected that the Germans, »because they are nervous of governing themselves, want to establish a system in which no nation will govern itself« yet in which they will inevitably dominate due to Germany's »size and preponder-

62 Ibid., pp. 341 f.

63 In the words of one of Thatcher's senior foreign policy advisers, »Europe was not treated as if it was truly our future, rather as if it was a threat, or an adversary.« Percy Cradock, *In Pursuit of British Interests. Reflections on Foreign Policy under Margaret Thatcher and John Major*, London 1997, p. 207.

64 Young, *This Blessed Plot*, p. 357.

65 Thatcher, *Downing Street Years*, pp. 759–763; see also Klein, *Obstructive or Promoting?*, pp. 415–417; Günther Heydemann, *Die Britisch-Deutschen Beziehungen und das Deutschlandbild Großbritanniens zwischen Margaret Thatcher und Tony Blair – eine kritische Rückblende*, in: Karl Eckert (Ed.), *Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, Berlin 1998, p. 630.

ance«. ⁶⁶ Thus both the expansionist, militarist, authoritarian and the democratic, allied, ostensibly post-national perceptions of Germany were conflated into one fear of European dominance. The revolution in the GDR, the fall of the Berlin Wall and the drive towards *German* reunification was matched as a matter of course by a strong impetus for increasing the pace of *European* economic and political union. Thus, German reunification and its associated emotional baggage were tied ineluctably to Europe, European integration, and the complex of fears associated with it.

There were a number of complementary factors at work influencing Margaret Thatcher's policy towards German reunification. Fear and hostility towards »the Germans« based on wartime experience and a historical stereotype played a key role, but the original motivating point is the underlying glorification of Britain's positive character and role in the world: a historically rooted British exceptionalism, expressed defensively as a fear of dominance from »the Continent« subjugating that proud Britishness. As it manifested in 1989, this fear stemmed from a perceived threat to Britain brought about by the constellation of factors driving German reunification and European integration. Thus rather than reading primarily into the fear of »the Germans« stemming from the World Wars alone, we should see Margaret Thatcher's attitude in 1989–1990 as part of an even larger phenomenon: a world view, particularly »British«, centred around a continually embattled Anglo-Saxon socio-political heritage which, at the moment of its ostensible triumph over Communism, was threatened once more by the old other, Europe.

Works cited

- Augstein, Rudolf, Nun das »deutsche Haus«, in: Der Spiegel 52 (1989), p. 18.
 Augstein, Rudolf, Vereinigung der Sieger, in: Der Spiegel 50 (1989), p. 18.
 Blakeway, Denys/Samir Shah (Prods.), Thatcher. The Downing Street Years, BBC1 1993.
 Bush, George/Brent Scowcroft, A World Transformed, New York 1998.
 Campbell, John, Margaret Thatcher. Iron Lady, London 2003.
 Cradock, Percy, In Pursuit of British Interests. Reflections on Foreign Policy under Margaret Thatcher and John Major, London 1997.
 Craig, Gordon A., Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), pp. 611–623.
 Diekmann, Kai/Helmut Kohl/Ralf G. Reuth, Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1999.

66 Lothar Kettenacker, Zwangsläufige deutsche Dominanz? – Über Konstanten britischer Europaperzeptionen, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 26 (1997), pp. 235–249, here p. 236 f.; Thatcher, Downing Street Years, p. 748.

- Dörler, Bernd/Wolfgang Kaden, »Ihr wollt den Rest Europas«, in: *Der Spiegel* 43 (1993), pp. 173 – 175.
- Garton Ash, Timothy, »Ein festes Bündnis«, in: *Der Spiegel* 45 (1993), p. 20.
- Heydemann, Günther, Die britisch-deutschen Beziehungen und das Deutschlandbild Großbritanniens zwischen Margaret Thatcher und Tony Blair – eine kritische Rückblende, in: Karl Eckert (Ed.), *Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, Berlin 1998.
- Heydemann, Günther, Zwischen Widerstand und Obstruktion. Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90, in: *Deutschland Archiv* 42 (2009), pp. 31 – 43.
- Hielscher, Hans/Hans Werner Kitz/Dieter Wild, »Alle gegen Deutschland – nein!«, in: *Der Spiegel* 13 (1990), pp. 182 – 187.
- Hoff, Henning, Deutsche und Briten seit 1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47 (2005), pp. 19 – 25.
- Hort, Peter, In Straßburg hat Kohl eher Argwohn als Zustimmung erfahren, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11 December 1989.
- Hurd, Douglas, *Memoirs*, London 2003.
- James, Harold/Marla Stone (Eds.), *When the Wall Came Down. Reactions to German Unification*, New York 1992.
- Kaeselit, Hella, Die Ängste der Margaret Thatcher. Einige Aspekte der britischen Haltung zur deutschen Vereinigung, in: *UTOPIE kreativ* 105 (1999), pp. 61 – 67.
- Kettenacker, Lothar, Zwangsläufige deutsche Dominanz? Über Konstanten britischer Europaperzeptionen, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 26 (1997), pp. 235 – 249.
- Klein, Yvonne, Obstructive or Promoting? British Views on German Reunification 1989/90, in: *German Politics* 5/3 (1996), pp. 404 – 431.
- Lehmann, Ines, *Die deutsche Wiedervereinigung von außen gesehen*, Vol. 1, Frankfurt/Main, 1996.
- Major, John, *John Major. The Autobiography*, London 1999.
- Nonnenmacher, Günther, Falsche Angst vor Deutschland, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16 December 1989.
- Plato, Alexander von, *Die Vereinigung Deutschlands. Ein weltpolitisches Machtspiel*, Bonn 2003.
- Ramsden, John, *Don't Mention the War*, London 2006.
- Rice, Condoleeza/Philip Zelikow, *Germany Unified and Europe Transformed*, Cambridge/MA and London 1997.
- Ridley, Nicholas, *My Style of Government*, London, 1991.
- Sarotte, Mary Elise, 1989. *The Struggle to Create a Post-Cold War Europe*, Princeton 2009.
- Sharp, Paul, *Thatcher's Diplomacy. The Revival of British Foreign Policy*, Basingstoke 1997.
- Smith, Malcolm, *Britain and 1940. History, Myth and Popular Memory*, London and New York 2000.
- Sommer, Theo, Wem gehört die deutsche Frage?, in: *Die Zeit*, 15 December 1989.
- Sommer, Theo, Wenn das Volk die Bühne stürmt, in: *Die Zeit*, 8 December 1989.
- Thatcher, Margaret, *Statecraft*, London 2002.
- Thatcher, Margaret, *The Downing Street Years*, London 1993.

Urban, George, *Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View*, London 1996.

Young, Hugo, *This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London 1999.

Angst in der polnischen Deutschlandpolitik nach 1945: Realität, Instrumentalisierung, Nebenwirkungen auf dem Weg zum Abbau

Einführung

Die geopolitische Konstellation des Kalten Kriegs war ein global und lokal von Angst geprägtes System der internationalen Beziehungen. Gegenseitige Feindbilder diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs waren in hohem Maße der Ausdruck nicht immer eingestandener Angstbilder. Letztere wiederum rührten sowohl von zeitgenössischen als auch von historischen Ängsten her, wobei bemerkbar ist, dass diese früheren oft von jenen neueren reaktiviert wurden. Des Weiteren wurde solcher Reaktivierung vergangener, interiorisierter Ängste auch aus taktischen, politischen Gründen nachgeholfen, indem sie gezielt geschürt und nach Bedarf sogar mit Hilfe von Geschichtsklitterung der neuen, angststiftenden Situation angepasst wurden. Angst war in den internationalen Beziehungen des Kalten Kriegs somit auch ein teilweise abrufbares Machtinstrument, dessen Zuverlässigkeit allerdings nicht vollkommen war:¹ Als das Objekt der Angst erst einmal definiert worden war, mussten erstens andere mögliche Objekte ausgeblendet, zweitens die Bedrohlichkeit des gewählten Angstobjekts potenziert, und drittens stets für die Aktualität der Bedrohung gesorgt werden. Wenn auch nur eines der drei erwähnten Elemente fehlte, drohte das Monopol der Angstdefinition dem Machtausübenden zu entgleiten. Falls dieses Monopol außerdem wesentlich der Selbstlegitimierung diene, konnte dessen Entschwinden im Gegenzug sogar dazu führen, die Legitimität der Macht in Frage zu stellen. Verdampfte die Angst, so verflüchtigte sich der Feind; verpuffte der Feind, so war der König nackt.

Historiographisch angewandt auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten sowie zwischen einzelnen europäischen Staaten des Ostblocks und des westlichen Lagers (meistens im Umgang mit der Bundesrepublik), gewinnt diese allgemeine, politologisch-soziologische Einführung an

1 Vgl. Corey Robin, *Fear. The History of a Political Idea*, New York 2004, S. 16.

Aussagekraft.² Exemplarisch lässt sich in dieser Hinsicht das polnisch-deutsche Verhältnis nach 1945 darstellen. In Europa bietet sich wohl kaum eine andere zwischenstaatliche Beziehung besser als Beispiel für eine konflikt- und angstgeladene Nachbarschaft. Nach der grauenvollen Okkupationserfahrung überlagerte das polnisch-deutsche Moment mitunter sogar das Ost-West bzw. Kommunistisch-»imperialistische« in der konfliktorientierten Gefahrendefinition. Im Folgenden soll zunächst versucht werden, die komplexe Realität der polnischen Angst vor Deutschland thematisch-typologisch in ihre verschiedenen Ausdrucksformen oder Motive zu gliedern; als ein ausschlaggebender Erklärungsfaktor erscheint dabei die epochenübergreifende Asymmetrie im polnisch-deutschen Neben- und Gegeneinander. Anschließend verdient die Instrumentalisierung der Angst Aufmerksamkeit: Inwiefern war die Angst vor Deutschland eine innen- und außenpolitische Trumpfkarte des polnischen Regimes? Im Hinblick auf die sowjetische Europapolitik wird klar, dass Polen nur mittelbar über diesen Trumpf verfügen konnte. Zum Schluss wird die Frage nach den Verstärkungseffekten, Nebenwirkungen und Abbaufaktoren der Angst behandelt.

1. Die Vielschichtigkeit der Angst vor Deutschland und den Deutschen in Polen nach 1945

1.1. Historische Ängste: Asymmetrie als Angstfaktor

Die Grundlage für die zeitgenössischen polnischen Angsterscheinungen gegenüber Deutschland findet man bereits in der *histoire longue* der Beziehungen zum deutschen Sprachraum seit dem Mittelalter. Die komplexe Geschichte der deutsch-polnischen Wechselbeziehungen, Transfers und sogar Befruchtungen lässt sich zwar nicht unter den gemeinsamen Nenner des deutschen »Drang nach Osten« bringen.³ Nichtsdestoweniger lassen sich viele Beispiele der Konfrontation zwischen Polen und Deutschen anführen. Im polnischen kollektiven Gedächtnis haben sich vor allem drei Erfahrungen dauerhaft eingepreßt: zunächst im Mittelalter der Widerstreit mit dem Deutschen Orden, besonders aber im späten 18. Jahrhundert mit dem expandierenden Königreich Preußen, das sich mit Russland und Österreich das polnische Territorium aufteilte (1772,

2 Vgl. Gerhard A. Ritter (Hg.), *Angst als Mittel der Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung*, Berlin 1986.

3 Vgl. Wolfgang Wippermann, *Der »deutsche Drang nach Osten«. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981; Henry C. Meyer, *Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan-Concept in German-Slavic Relations, 1849 – 1990*, Bern 1996.

1793, 1795), und schließlich die Bismarck'schen Germanisierungsmaßnahmen, die 1871 unmittelbar nach der Reichsgründung einsetzten und sich nicht nur gegen die katholische Kirche oder die Teilnahme der Polen am wirtschaftlichen Leben richteten, sondern direkt gegen die polnische Sprache und Kultur; letzteres sorgte für ein noch stärkeres Gefühl der Bedrohung durch Deutschland, ja – »das Deutsche« schlechthin. Der preußische Wille zur Zwangsassimilierung der Polen und Auslöschung des polnischen Nationalbewusstseins beschäftigte die polnische Historiographie noch lange im 20. Jahrhundert, insbesondere nach der Wiedergeburt Polens 1918. Die Werke des Krakauer Historikers Józef Feldman, die in den 1930er Jahren diesbezüglich erschienen, fanden auch außerhalb der Zunft Widerhall und beeinflussten zum Teil die polnische Außenpolitik in Bezug auf Deutschland in der Zwischenkriegszeit. Seine Thesen blieben in der kommunistischen Nachkriegszeit offiziell gültig.⁴

Die unweigerlich damit verbundene Angst vor einem Wiederaufleben des deutschen Drucks war eher diffus und abstrakt: Nach 1945 bestand keine ernstzunehmende Gefahr der Germanisierung Polens; noch irrealer war die Angst vor dem stets angeprangerten »deutschen Militarismus«. Es handelte sich dabei um objektunbestimmte Angst, und nicht um »Furcht«, sprich Realangst.⁵ Entsprungen aus historischen Ängsten erwies sich diese hier als Antizipation irrealer Gefahr. Als plausibel kann man darüberhinaus den dauerhaften polnischen Komplex Deutschland gegenüber in Betracht ziehen: In Polen wurde der deutsche Diskurs über »die Deutschen als Kulturträger im Osten«⁶ trotz heftiger Auseinandersetzungen stark verinnerlicht, was teilweise in einen polnischen Minderwertigkeitskomplex mündete. Die deutsch-polnischen Beziehungen waren seit zweihundert Jahren im Wesentlichen durch Asymmetrie gekennzeichnet, besonders politisch und wirtschaftlich (selbstverständlich auch militärisch). Allein die Analyse des Heterostereotyps »polnische Wirtschaft« würde hier wohl ein ganzes Kapitel verdienen.⁷ Die Angst vor Deutschland war demnach ebenfalls eine Angst vor den eigenen realen oder vermeintlichen Schwächen, nicht nur die Angst vor dem Angriff sondern die Angst vor dem Unterliegen – ob durch Anwendung von Gewalt oder nicht.

4 Siehe Józef Feldman, *Bismarck a Polska*, Kattowitz 1980. Außerdem Lech Trzeciakowski, *Kulturkampf w zaborze pruskim*, Posen 1970.

5 Vgl. Karl Jaspers, *Allgemeine Psychopathologie*, 5. unveränd. Aufl., Berlin und Heidelberg, 1948.

6 So siehe z. B. bei Paul Dick, *Deutschlands Kulturmission in Worten und Werken besonders in diesem Weltkrieg. Eine Schatzkammer für jeden echten Vaterlandsfreund*, Wien 1915.

7 Vgl. Hubert Orłowski, »Polnische Wirtschaft«. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996.

1.2. 1945: Posttraumatische Ängste

Die Bemerkung zur Irrealität und Abstraktheit der reaktivierten polnischen Ängste soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es dafür sehr wohl auch präzise Gründe gab: Der Zweite Weltkrieg hatte für allzu konkrete Furcht gesorgt. Diese betraf einen Großteil der Bevölkerung, waren doch 1939–1945 sechs Millionen Polen durch Kriegshandlungen und Massenmord ums Leben gekommen. Viele Zeitgenossen hatten ums nackte Überleben kämpfen müssen.

Auch die neue Führungsschicht war bestimmt nicht furchtlos: Viele jener Kommunisten – darunter der spätere Erste Parteisekretär Władysław Gomułka oder Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz – konnten als ehemalige Untergrundkämpfer und/oder Verfolgte sehr konkrete Angsterlebnisse anführen. Dazu kam, dass unter ihnen ein beachtlicher Teil jüdisch war; Hilary Minc und Jakub Berman beispielsweise gehörten (mit dem damaligen – nicht-jüdischen – Ersten Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei Bolesław Bierut) bis zum Tawetwet von 1956 zum Führungstriumvirat der stalinistischen Parteiführung.⁸ Ob sie sich zu ihrem Judentum bekannten oder nicht, auf jeden Fall hatten diese Kommunisten zweifachen Grund gehabt, sich vor Deutschland zu fürchten. Solche persönlichen Erfahrungen müssen als wichtiger Faktor anerkannt werden, der für die Gestaltung der polnischen Deutschlandpolitik durch die neuen Machthaber ausschlaggebend war. Einerseits ist ein Staat tatsächlich ein kollektiver Akteur, andererseits darf die individuelle Komponente, ja das *persönliche* Engagement der Staatsführung nicht ausgeblendet werden.

1.3. Die konkrete Angst um die Westgrenze

Was das Trauma der deutschen Besatzungszeit anging, unterschieden sich die polnischen Kommunisten nicht vom Rest der Bevölkerung. Weitgehender Konsens herrschte vor allem in der Frage der neuen polnischen Westgrenze entlang der so genannten »Oder-Neiße-Linie«. Die Westverschiebung des polnischen Territoriums galt als sichtbarste und schwerwiegendste Errungenschaft Polens im Zuge des Zweiten Weltkriegs. Wenn auch ein Großteil der Bevölkerung mit dem Verlust der ehemaligen polnischen Ostgebiete in der Ukraine und Weißrussland nicht einverstanden war,⁹ so hatte doch der Gebietszuwachs im Westen auf Kosten des deutschen Aggressors besonders für die von Zwangs-

8 Zur späteren Laufbahn der erwähnten Politiker vgl. Wiesław Władyk (Hg.), Kartki z PRL. Ludzie, fakty, wydarzenia. Tom 1: 1944–1970, Posen und Warschau 2005.

9 Der Gebietsverlust im Osten betrug für Polen 180 000 km², und wurde nur teilweise durch den Gebietszuwachs im Westen (103 000 km²) kompensiert.

umsiedlungen betroffenen Neuansiedler¹⁰ in Breslau/Wrocław, Danzig/Gdańsk oder Stettin/Szczecin einen kompensatorischen Satisfaktionswert. Selbst im Ausland lebende, antikommunistisch gesinnte Exilpolen in Frankreich, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten begrüßten das Heranrücken Polens an die Ostsee, an die Oder und die Neiße als einen Erfolg und beteiligten sich aktiv an den Informationskampagnen, die eine endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Westalliierten bewirken sollten.¹¹

Ob für die Bevölkerung, für das Regime oder selbst für die katholische Kirche, das Schlagwort »Oder-Neiße« war so eng mit dem polnischen Selbstbewusstsein verbunden, dass daraus logischerweise dementsprechend starke Verlustängste erwachsen. Diese konkrete, wenn auch nur anfangs¹² reale Angst war sozusagen eine Zusammenballung aller diffusen Ängste in Bezug auf Deutschland als Aggressionsfaktor. »An der Oder und Lausitzer Neiße waren wir, sind wir und bleiben wir!« – dieser oft verwendete Spruch diente als Schild, hinter dem man sich vor allen in der Grenzfrage kristallisierten Ängsten zu schützen hoffte: vor deutschem »Revisionismus, Revanchismus und Militarismus«, wie es in der offiziellen Propaganda hieß.

Die Angst vor revisionistischen deutschen Ansprüchen war in der polnischen Außenpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die frühen 1970er Jahre stets präsent, geschürt durch Parolen mancher Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, sowie durch die völkerrechtliche Position der Bundesregierung in Bezug auf die polnische Westgrenze mit dem so genannten Friedensvertragsvorbehalt. Selbst die ostdeutschen Kommunisten der SED brauchten ein paar Jahre, ehe sie die Hoffnung auf Grenzkorrekturen zugunsten der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR aufgaben und die Grenze an Oder und Neiße im Görlitzer Vertrag von Juli 1950 endgültig akzeptierten.¹³

Auf lokaler Ebene nährte die westdeutsche Haltung in der polnischen Bevölkerung der »wiedergewonnenen Gebiete« (*Ziemia odzyskana*) das Gefühl des Provisoriums, das in den zögernden Wiederaufbaumaßnahmen der zerstörten

10 Während durch Flucht, wilde Vertreibung und anschließende, organisierte Zwangsausiedlungen insgesamt rund 8 Millionen Deutsche aus Polen zwischen 1945 und 1950 versetzt wurden, gelangten aus den ehemals polnischen Ostgebieten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine ca. 1,7 Millionen Polen in die neuen Westgebiete. Weitere folgten aus der UdSSR, so dass 1948 bereits 2,9 Millionen »repatriert« worden waren. Vgl. Jan und Monika Czerniakiewicz, *Przesiedlenia ze wschodu 1944 – 1959*, Warschau 2007.

11 Debra J. Allen, *The Oder-Neisse Line. The United States, Poland, and Germany in the Cold War*, Westport/Connecticut und London 2003, S. 71 f.

12 Selbst die deutschen Vertriebenen sprachen sich bereits 1950 durch ihre bemerkenswerte *Charta* offiziell gegen jede gewaltsame Grenzänderung aus.

13 Siehe dazu Sheldon Anderson, *A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations, 1945 – 1962*, Oxford 2001. Otto Grotewohl, der damals mit Wilhelm Pieck den Vorsitz der neugegründeten SED stellte, sprach sich noch 1946 ausdrücklich für eine Revision der Oder-Neiße-Linie aus.

Städte und Anlagen seinen Ausdruck fand. Das beste Beispiel dafür liefert die Stadt Szczecin (vor 1945 Stettin), die als einziges Gebiet des neuen polnischen Staats auf dem linken Oderufer lag; dort lebte das Gerücht einer möglichen Reannektierung durch Deutschland (in diesem Fall durch die DDR) am längsten weiter:¹⁴ Erst der deutsch-polnische Grenzvertrag von November 1990 und der Nachbarschaftsvertrag von Juni 1991 zerstreuten schließlich jegliche Zweifel. Doch auch in Schlesien (*Śląsk*) blieben die Parolen bestimmter westdeutscher Landsmannschaften selbstverständlich nicht unbeachtet (so zum Beispiel »40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser« im Gedenkjahr 1985).

So lässt sich die ungeheure Anstrengung erklären, mit der sich der polnische Staat gleich nach der Landnahme im Westen bemühte, jedes Zeichen vergangener deutscher Kultur zu entfernen und sogar einen historischen Gegendiskurs durchzusetzen; zur Rechtfertigung des polnischen Westschubs wurden demnach historische Argumente benutzt, wie allein schon dem Ausdruck »wiedergewonnene Gebiete« zu entnehmen ist: Es handle sich demnach um die Rückkehr in urpolnische Gebiete, die jahrhundertlang vermeintlich zu Unrecht germanisiert worden waren.¹⁵ Dieser Diskurs konnte den neuen polnischen Ansiedlern das (künstliche) Gefühl der fehlenden Verwurzelung und der Geborgenheit in diesen durch zwei bis sieben Jahrhunderte deutscher Kultur(en) geprägten Territorien vermitteln. Somit wurde zum Teil gegen die eigene diffuse und tabuisierte Angst vor deutschen Usurpationsvorwürfen gekämpft.

1.4. Angst in den wirtschaftlichen Wechselbeziehungen

Ängste vor Deutschland im wirtschaftlichen Bereich nahmen häufig die Gestalt einer konkreten Furcht vor der Übernahme der nationalen Wirtschaft durch das deutsche Großkapital an. Darin schwang allgemein Angst vor massiver, ausländischer Besitznahme ganzer polnischer Wirtschaftsbranchen mit, als Folge negativer Erfahrungen der Zwischenkriegszeit; im Kontext des Kalten Kriegs drückte dies aber zugleich kommunistische Angst vor einer Unterwanderung der sozialistischen Wirtschaft durch westliche Investitionen aus – ein Gefühl, das beispielsweise auch bei der DDR-Führung sehr ausgeprägt war. Diese Angst war also sowohl antideutsch als auch antiwestlich bzw. »antiimperialistisch« unterfüttert.

¹⁴ Sogar in der Bundesrepublik fanden sich halboffiziell Befürworter einer Rückgabe Stettins an Deutschland durch Angliederung an die DDR. Unter ihnen ist besonders Hans Blomeyer-Bartenstein zu erwähnen, der sich noch 1965 in diesem Sinne äußerte. Vgl. Pierre-Frédéric Weber, *Le triangle RFA-RDA-Pologne (1961–1975). Guerre froide et normalisation des rapports germano-polonais*, Paris 2007, S. 196.

¹⁵ Siehe Gregor Thum, *Die fremde Stadt. Breslau nach 1945*, München 2006.

Dabei wird der dauerhafte, historische und meist eher diffuse Komplex der Polen wieder deutlich: die Angst, wirtschaftlich nicht auf der Höhe (sprich: konkurrenzfähig) zu sein. Das polnische Regime sah die deutsche Wirtschaft als Trojapferd, dank dessen die Bundesrepublik versuchte, auf krummen Wegen eine Art Einsichtsrecht in die verlorenen Ostgebiete wiederzuerlangen.¹⁶ Charakteristisch dafür war die Behutsamkeit, mit der sich Polen anfangs zum Angebot der Bundesrepublik äußerte, eine Handelsvertretung in Warschau zu errichten. Es beharrte auch streng darauf, der schließlich im September 1963 eröffneten bundesdeutschen Handelsmission jegliche konsularische Rechte abzusprechen.

Demnach beruhten die Handelsbeziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik aus polnischer Perspektive auf einem unsicheren Gleichgewicht zwischen Angst vor schleichender Einflussnahme und Bedarf an wirtschaftlicher (vor allem technischer) Modernisierung. Einen wesentlichen Grund für diese Angst sah die polnische Führung im chronischen und ab den 1970er Jahren stark zunehmenden Defizit der Handelsbilanz mit der Bundesrepublik, dem Warschau immer hilfloser ausgesetzt war.¹⁷ Mit der DDR bestand zwar keine solche Angst, sehr wohl aber fürchtete man sich in den polnischen Außen- und Handelsministerien vor einer Übervorteilung zugunsten Ost-Berlins, was sogar zu ernststen Auseinandersetzungen im »brüderlichen« Verhältnis zwischen den beiden Volksrepubliken führte.¹⁸

1.5. Angst im kulturellen und gesellschaftlichen Austausch

Schließlich sei in dieser Kurzübersicht der polnischen Ängste in Bezug auf Deutschland noch auf einen letzten wichtigen Bereich hingewiesen: den kulturellen Austausch. Wie jede andere Form der polnisch-deutschen Beziehungen stand Kultur stark im Spannungsfeld der (Außen-)Politik und der Ideologie; dies verzögerte den Ausbau gegenseitiger Kontakte um ein paar Jahrzehnte. Die beiden Regierungen hatten es bis zum Kulturabkommen vom 11. Juni 1976 nicht geschafft, sich auf eine für beide Seiten zufriedenstellende Regelung des Kul-

16 Vgl. Eberhard Schulz, Handel zwischen Politik und Profit, in: Hans-Adolf Jacobsen/Carl-Christian Schweitzer (Hg.), Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, Frankfurt/Main 1979, S. 185–207.

17 Für 1973 musste Polen bereits –1,5 Milliarden verbuchen, vgl. Bericht der polnischen Botschaft in der BRD (Bonn) an das polnische Außenministerium (Warschau), 18. April 1974, in: AMSZ (Archiv des polnischen Außenministeriums), Dpt. IV, NRE, 19/79, w-8. Mit der DDR fiel die Handelsbilanz – wenn auch in weit geringerem Maße – ebenfalls negativ aus.

18 Vgl. Mieczysław Tomala, »Przyjaźń« z Niemiecką Republiką Demokratyczną, ale na jaką cenę?, in: Rocznik Polsko-Niemiecki 3 (1994), S. 59–75.

turaustausches zu einigen.¹⁹ Hindernisse kamen in großem Maße von der polnischen Seite, da sich Kultur im kommunistisch regierten Polen der Zensur zu fügen hatte. Demzufolge galt es für die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR), spontane, unkontrollierte kulturelle Kontaktaufnahmen zu unterbinden, um zu verhindern, dass »revisionistisches«, »antipolnisches« oder »imperialistisches Material« (vor allem Publikationen) eingeschleust wurden. Ferner musste man der Empfindlichkeit der DDR Rechnung tragen.

So lässt sich fragen, ob und inwiefern die Angst vor Deutschland in den kulturellen Beziehungen (und im gesellschaftlichen Austausch) zwischen Polen und der Bundesrepublik mitspielten. War es Angst, und wenn ja – worauf bezog sie sich? Die Antwort mag seltsam klingen, doch ließe sich folgendermaßen zusammenfassen: Es drückte sich Angst vor dem Verlust der Angst aus. Das polnische Regime befürchtete, dass ein zu reger Austausch mit Westdeutschland in der polnischen Gesellschaft zu einer für die Partei ungünstigen Verbesserung des Deutschlandbilds führen könnte. Dies lässt sich jedoch nur dann verstehen, wenn man nun die Rolle der Angst als politisches Machtinstrument beleuchtet.

2. Das komplexe Spiel der inneren und äußeren Instrumentalisierung(en)

2.1. Angst vor Deutschland als innenpolitischer Stabilisierungsfaktor

Zur dauerhaften Machtausübung bedurfte es seitens der polnischen Kommunisten – wie auch mancher ihrer Genossen in anderen osteuropäischen Volkdemokratien, so in Ungarn²⁰ – des nationalen »Stallgeruchs«: Das Bild einer vom Kreml bestellten und kontrollierten Gruppe musste zum Zweck der inneren Stabilität dem einer polnisch-patriotischen Arbeiterpartei weichen; um dies zu erreichen, bot sich nationalistische Legitimierung als ein sehr effizientes Mittel, was wiederum Feindbilder forderte. Zur Angst vor Deutschland gesellte sich unmittelbar nach Kriegsende der Hass auf die Deutschen; beides wurde von Anfang an von den neuen Machthabern bewusst ausgenutzt, um die polnische Bevölkerung im Glauben daran zusammenzuschweißen, die Partei sei der einzige Schutz gegen ein erneutes Aufflammen des deutschen Eroberungsgeistes.²¹

19 Vgl. Winfried Lipscher, Kulturelle Beziehungen als politischer Faktor. Polen – Bundesrepublik Deutschland, in: Heiner Timmermann (Hg.), Deutschland – Frankreich – Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945, Saarbrücken 1986, S. 147 – 164, hier S. 151.

20 Siehe Martin Mevius, Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism 1941 – 1953, Oxford 2005.

21 Vgl. Marcin Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce, Warschau 2005, S. 156. Siehe auch Piotr Ma-

Der »Antigermanismus« erfüllte mehrere Funktionen: zunächst eine kompensatorische (zur Evakuierung starker, negativer Emotionen in Verbindung mit den Leiden des Kriegs); dann eine defensive, indem er stets die Gefährdung durch deutsche Aggression heraufbeschwor. Ihm oblag außerdem eine erzieherische Funktion. Schließlich sollte er, wie schon erwähnt, die gesellschaftliche Integration fördern.²²

Die beschriebene Instrumentalisierung hatte jedoch noch eine Verwendung nach außen. Die polnische Diplomatie verstand es, durch Auslandspropaganda auf internationaler Ebene regelmäßig an die »Gefahr des deutschen Militarismus« zu erinnern. Dies wurde auch als Teil der Rechtfertigung für den Gebietszuwachs im Westen zugunsten Polens dargelegt: Die ehemals deutschen Ostgebiete wurden als Einfallstor deutscher Angriffe präsentiert, die es zum Schutz Polens vor Deutschland abzutrennen gälte. Dieser außenpolitische Diskurs war übrigens nicht ausschließlich polnisch, sondern gehörte zu einer breiter angelegten Rhetorik, die als Träger der West- und Europapolitik des Ostblocks fungierte.

2.2. Angst vor Deutschland als Teil kommunistischer Europapolitik

Deutschland war nach 1945 nicht nur für Polen ein unbequemer Nachbar, ein Problem und eine Herausforderung für die Zukunft; die »Deutschlandfrage« beschäftigte ganz Europa. Nach dem von Hitler entfesselten Eroberungskrieg und den Jahren der militärischen Besatzung mit ihrem Teil an Demütigungen saß die Angst vor den Deutschen trotz anderer Erfahrungen beispielsweise tief im Bewusstsein der Franzosen; Frankreich betrachtete ja den östlichen Nachbarstaat schon seit Ende des 19. Jahrhunderts als Erbfeind und Hauptaggressor.²³ Es ließen sich ähnliche Beispiele aufgrund verschiedener historischer Komplexe für Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Dänemark, die Tschechoslowakei, die Balkanstaaten, Italien oder gar Russland bzw. die Sowjetunion anführen.²⁴

dajczyk, Die Rolle antideutscher Instrumentalisierung in Polen 1944–1989, in: Dieter Bingen/Peter Oliver Loew/Kazimierz Wóycicki (Hg.), Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900–2005, Wiesbaden 2007, S. 131–145.

22 Nach Bronisław Pasierb, Funkcje problemu niemieckiego w pierwszym okresie Polski Ludowej, in: Bohdan Jałowiecki/Jan Przewłocki (Hg.), Stosunki polsko-niemieckie. Integracja i rozwój ziem zachodnich i północnych, Kattowitz 1980, S. 109–124.

23 Siehe den Beitrag von Jörg Ulbert in diesem Band.

24 Vgl. Bingen/Loew/Wóycicki (Hg.), Destruktion des Dialogs. In Frankreich hatte der Ausdruck »peur de l'Allemagne« (Angst vor Deutschland) als Titel für Schlagzeilen und Pu-

Sicherheit vor Deutschland blieb eine Konstante, wurde jedoch schon ab Ende der 1940er, vor allem aber in den 1950er Jahren von der Sicherheit vor einer militärischen Ost-West-Konfrontation überlagert. Mit der Teilung Deutschlands entstand im Osten das Problem der Definition der »deutschen Gefahr«: Aus ideologischen und politischen Gründen konnte diese nur noch von Westdeutschland kommen, während laut Propaganda das »andere Deutschland« – die DDR – als »Bruderstaat« mit den Volksdemokratien im »Kampf um den Frieden« stand. Die polnische Führung hatte allerdings gewisse Schwierigkeiten, in der öffentlichen Meinung ex nihilo das Bild der »guten Ostdeutschen« zu schaffen.²⁵

Das bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland in Osteuropa nicht weiterhin – obgleich auf andere Weise – als Popanz verwendet wurde; seit 1949 beschränkte man sich eben auf die Bundesrepublik. Entweder wurde diese als Vorposten der NATO gegen das kommunistische Lager an den Pranger gestellt, und die »westdeutschen Militaristen und Revanchisten« als gelegene Bedienstete des »amerikanischen Imperialismus« »entlarvt«; oder aber die NATO und die Westmächte wurden umgekehrt als Instrument des »westdeutschen Revisio-nismus« dargestellt, durch das Bonn versuchen würde, die verlorenen Ostgebiete wieder an sich zu reißen. Solche Töne waren seitens des Ostblocks im Laufe der EVG-Debatten des Öfteren zu hören – nicht zuletzt natürlich aus Warschau.²⁶ Auch im Rahmen der Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem blieb der deutsche Faktor erhalten: Der Schrecken eines militarisierten Deutschlands war für den Ostblock sowohl ein Handlungsantrieb zum Entwurf eines stabilitätsfördernden Sicherheitssystems für Ostmitteleuropa als auch ein Instrument zu dessen internationalen Promotion.²⁷

blikationen mehrmals Erfolg, so z. B. bei Michel Salomon, *Faut-il avoir peur de l'Allemagne?*, Paris 1969.

25 Vgl. Zaremba, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm*, S. 177.

26 Siehe dazu die Anweisungen des polnischen Außenministeriums zur »Informationskampagne« in Frankreich gegen die (west)deutsche Wiederbewaffnung: AMSZ, *Zbiór Depesz*, r. 1952, Chiffrogramm Nr. 1462 des polnischen Außenministeriums (Warschau) an die polnische Botschaft in Frankreich (Paris), 11. Februar 1952.

27 Man denke an den bekannten Rapacki-Plan, siehe Teresa Łoś-Nowak, *Polskie inicjatywy w sprawie broni nuklearnej w Europie środkowej 1957 – 1964*, Breslau 1989.

2.3. Die Rolle der Angst in der sowjetischen Deutschland- und Ostmittelosteuropapolitik

Darüber hinaus diente die Angst vor Deutschland dem Kreml als Kohäsionskraft im östlichen Macht- und Einflussbereich. Der Verlust der deutschen Ostgebiete und die daraus entstehenden deutschen Ansprüche auf eine Grenzrevision sollten Polen fester an die UdSSR binden, da die Rote Armee de facto für die Stabilität der polnischen Westgrenze bürgte. Mit anderen Worten bildete Polens Angst vor dem deutschen Grenzrevisionismus auch in Moskaus Blockpolitik einen politischen Faktor: Als »Dank« war Polen so zur »Treue« verpflichtet, worüber sich die polnischen Entscheidungsträger, nicht zuletzt Gomułka, im Klaren waren.²⁸

In Polen war die Angst vor der Sowjetunion nach der vor Deutschland sicherlich die zweitstärkste. Die Geschichte der vergangenen zwei Jahrhunderte war ja ebenso durch Aggression von Seiten Russlands gekennzeichnet, wie das deutsch-polnische Verhältnis. Selbst im Zweiten Weltkrieg hatte die zukünftige »Schutzmacht« wiederholt und massiv Gewalt gegen Polen angewendet – nicht aus rassi(sti)schen sondern aus klassenkämpferischen Gründen (Stichwort: Katyń)²⁹. Sogar bei den polnischen Kommunisten war Angst vor der UdSSR ein Thema: schließlich war doch bis auf wenige Ausnahmen die gesamte Führung der polnischen KP der Vorkriegszeit im Zuge der stalinistischen Schauprozesse der »Großen Säuberung« von August 1938 ins Gulag verschleppt oder erschossen worden. Doch im Gegenteil zur Angst vor Deutschland bildete die Angst vor der UdSSR eines der wichtigsten Tabus im kommunistisch regierten Nachkriegspolen, obwohl neben der diffusen historischen Angst vor Russland zeitweilig sehr wohl eine konkrete Furcht vor einem sowjetischen Militäreingriff in Polen bestand (1956, 1981).

Die willkürliche Verschiebung der polnischen Ostgrenze nach Westen zugunsten der Sowjetunion wurde von vielen Polen ebenso als Aggression durch den großen östlichen Nachbarn empfunden, musste jedoch lautlos eingesteckt werden, wollte man Moskau nicht erzürnen. Aufgrund historischer Erfahrungen – zuletzt: des Molotov-Ribbentrop-Paktes³⁰ – entwickelte sich im polnischen geopolitischen Denken bezüglich Deutschlands in der Tat ein polnisch-sowjetischer Komplex.³¹ Diesem entrann selbst die polnische kommunistische Füh-

28 Vgl. Mieczysław F. Rakowski, *Dzienniki polityczne 1963–1966*, Warschau 1999, S. 198.

29 Gemeint ist hier die Massenhinrichtung von rund 15 000 polnischen Offizieren durch die Sicherheitskräfte der UdSSR im April/Mai 1940, vgl. Victor Zaslavsky, *Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn*, Bonn 2008.

30 Vgl. Andrzej Koryn (Hg.), *Rola i miejsce Polski w Europie 1914–1957*, Warschau 1994, S. 159–161.

31 Der sogenannte »polnische Rapallo-Komplex« bezeichnete allgemeine Angsterscheinungen,

rung nicht: Sie lebte mit der dauerhaften Angst vor einem deutsch-sowjetischen Abkommen mit territorialen Zugeständnissen an Deutschland, falls dieses nach einer Wiedervereinigung militärisch neutral bliebe. Die polnische Angst war insofern abstrakt als Moskau zwar wiederholt Friedensnoten nach Bonn schickte, darin jedoch nie offen von einer Korrektur der Oder-Neiße-Grenze die Rede war.

3. Permanenz und Wandel im Angstkomplex: Der langwierige Weg zum Abbau

3.1. Autopoietische Momente der Angst

Halten wir fest: Angst vor Deutschland existierte in Polen, wurde jedoch zusätzlich geschürt; sie war in der polnischen Außenpolitik nach 1945 zugleich authentische Emotion und Instrument, wobei man bemerken muss, dass sich beide Aspekte nur im Versuch einer zeitgeschichtlich-politologischen Analyse so trennen lassen: In Wirklichkeit bleibt es ein schwieriges wenn nicht sogar unmögliches Unterfangen, zu unterscheiden, inwiefern die kommunistische Führung von der Angst zur Handlung *getrieben wurde* und inwiefern sie selbst mit ihr Politik *trieb*. Angst war allgemeine, gesellschaftliche Emotion *und* Mittel zum Zweck des Machterhalts der Partei.

Das angststiftende Feindbild der BRD bewirkte das Weiterbestehen der Konfliktsituation, so dass der Konflikt sich als System bald verselbständigte und in sich selbst seine Bestätigung fand. So gewann er durchaus autopoietische Züge.³² Die damit einhergehende Stabilität im deutsch-polnischen Verhältnis war natürlich auch darauf zurückzuführen, dass ein ähnliches kontinuierlich-förderndes Gleichgewicht die Konfliktbeziehungen zwischen den beiden Supermächten im Kalten Krieg charakterisierte. War die polnische Führung nach innen darauf bedacht, die Angst ständig zu aktualisieren, so erlangte sie nach außen im Kontakt mit der Bundesrepublik und mit dem Westen im Laufe der Zeit eine gewisse *Vertrautheit*. Selbst an Angst konnte man sich gewöhnen,

sobald Deutschland Annäherungs- oder auch nur Dialogversuche in Richtung Moskau unternahm (z. B. im Rahmen der neuen Ostpolitik 1969). Vgl. Douglas Selvage, *The Treaty of Warsaw. The Warsaw Pact Context*, in: GHI-Bulletin Supplement 1 (2004), online: <http://www.ghi-dc.org/publications/ghipubs/bu_supp/supp001/34_s.67.pdf>, [Stand: 16. Mai 2010].

32 Zum Begriff der »Autopoiesis« siehe Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt/Main 1984, S. 533. Zum Konflikt heißt es darin weiter: »Als soziale Systeme sind Konflikte autopoietisch, sich selbst reproduzierende Einheiten.« (S. 537 f.)

schließlich wurde sie zum festen Bestandteil des politischen Instrumentariums. Diese Vertrautheit war jedoch keineswegs gleichzusetzen mit Vertrauen: »Vertrautheit [...] ermöglicht relativ sicheres Erwarten und [...] ist Voraussetzung für Vertrauen wie für Mißtrauen, das heißt für jede Art des Sichengagierens in eine bestimmte Einstellung zur Zukunft.«³³

Wichtig war für das Warschauer Zentralkomitee dann nicht mehr das Bild, das es von der Bonner Politik hätte erlangen können, sondern das (Wunsch-)Bild, das den Erwartungen entsprach. Und diese Erwartungen waren nicht mit Vertrauen, sondern ganz im Gegenteil mit starkem Misstrauen belegt. Die Vertrautheit störte die objektive Perzeption und versperrte den Blick für die sich möglicherweise verändernde Realität; das »Misstrauen leistet[e] somit Vereinfachung, oft drastische Vereinfachung.«³⁴

Die misstrauische, auch von Ängstlichkeit³⁵ gezeichnete, polnische Grundeinstellung, sobald es um die Bundesrepublik Deutschland ging (ihren Platz in Europa, ihr Verhältnis zu Osteuropa und zur deutschen Zeitgeschichte), hatte zur Folge, dass die Außenpolitik Warschaus mit Aggression agierte. Die verbalen Angriffe der polnischen Propaganda auf die Bundesregierung waren zwar zum Teil eine *Reaktion* auf die westdeutsche Außenpolitik in Bezug auf Polen und die deutsche Einheit (Alleinvertretungsanspruch, Westbindung, Friedensvertragsvorbehalt); verständlich sind sie jedoch viel eher, wenn man sie als *Antizipation* aufgrund der auf Bonn kristallisierten, diffusen Angst vor Deutschland betrachtet. Einschlägige Beispiele liefert die Chronologie: 1954–55 (NATO-Beitritt der Bundesrepublik); 1958–61 (Berlin-Krise); 1968 (Prager Frühling); 1969–70 (Warschauer Vertrag); 1989–90 (Wiedervereinigung). Oft wurden dabei der bundesdeutschen Außenpolitik polenfeindliche Absichten unterstellt. So wurde bis zur Unterzeichnung und Ratifizierung des Warschauer Vertrags zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Polen (Dezember 1970 bzw. Mai 1972) jede deutsche Aussage, die einen – wenn auch nur leicht – kritischen Standpunkt zur Oder-Neiße-Linie vertrat, von der staatlichen Propaganda als Beweis für den »Revanchismus und Revisionismus« geschmäht.

Somit funktionierte das von Angst untermauerte Misstrauen gegenüber

33 Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, 4. Aufl., Stuttgart 2000, S. 22 f.; Trotz analogem Gedankengang unterliegt Söfsky offensichtlich einem falschen Sprachgebrauch, wenn er schreibt: »Sogar unter Gegnern kann sich ein ausgekühltes *Vertrauensverhältnis* entwickeln [...]. Wo das Gesetz des Wiedersehens gilt, ist *Vertrauen* nahezu unvermeidlich.« Vgl. Wolfgang Söfsky, *Das Prinzip Sicherheit*, Frankfurt/Main 2005, S. 58, [Hervorhebung: PFW].

34 Niklas Luhmann, *Vertrauen*, S. 93.

35 Vgl. Söfsky, *Prinzip Sicherheit*, S. 32: »Überall könnte eine Gefahr lauern. Nichts ist sicher. [...] Da Ängstlichkeit der Vorstellungskraft entspringt, sind den Bedrohungen keine Grenzen gesetzt.«

Deutschland wie eine *self-fulfilling prophecy*.³⁶ Dies ist eine ausschlaggebende Erklärung für die beobachtete Dauerhaftigkeit des deutsch-polnischen Konflikts der Nachkriegszeit mindestens bis in die 1970er Jahre, mit Spätfolgen bis zur deutschen (Wieder-)Vereinigung und sogar heute noch gelegentlich spürbarem Nachbeben.

3.2. Der Abbau der Ängste und dessen Nebenwirkungen

Nachdem hervorgehoben wurde, welche verschiedene Mechanismen intern zur laufenden Aktualisierung, extern zur langsamen Ritualisierung, insgesamt aber zur Nachhaltigkeit des Angstgefühls beitragen, stellt sich zum Schluss noch die Frage des Abbaus der Ängste in Bezug auf Deutschland und die Deutschen. Luhmann bemerkt, dass »die Beendigung [des Konflikts] sich nicht aus der Auto-poiesis selbst ergeben [kann], sondern nur aus der Umwelt des Systems – etwa dadurch, daß einer der beiden Streitenden den anderen erschlägt und dieser damit für die Fortsetzung des sozialen Systems ausfällt.«³⁷ Die radikale Lösung, die von Luhmann angegeben wird, ist bei weitem nicht die einzige Form des Wandels in der »Umwelt des Systems«; allein die Erwärmung der Ost-West-Beziehungen, sowie der neue Kurs in der westdeutschen Ostpolitik ab Mitte der 1960er Jahre waren schon Auslöser der Transformation und Beitrag zum Abbau der Ängste.

Damit begannen aber auch die Probleme für die kommunistische Führung in Polen. Im Herbst 1970, nur einige Monate vor der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, drückten Mitglieder des Zentralkomitees der PZPR ihre Besorgnis in Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik aus; nachdem seit einem Vierteljahrhundert der polnischen Bevölkerung die Angst vor Deutschland dauernd nachgeimpft worden war, musste die Partei einsehen, dass der bisherige Kurs der Propaganda nicht mehr zu halten sein würde. »Womit sollen wir nun die Nation integrieren? Das wird ein ernstes Problem.«³⁸

Mit der so genannten Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik passte das innenpolitisch aufgebauschte Feindbild des deutschen Revisionismus immer weniger in den internationalen Kontext. Indem die alte Leier der Propaganda in der polnischen Bevölkerung, besonders in der sich organisierenden Opposition (zum Beispiel: Polnische Vereinigung für

36 Vgl. Robert K. Merton, *The Self-fulfilling Prophecy*, in: Ders., *Social Theory and Social Structure*, 2. Aufl., Glencoe/Illinois 1957, S. 421 – 436.

37 Luhmann, *Soziale Systeme*, S. 538.

38 So das ZK-Mitglied Jan Szydłak, zitiert nach Mieczysław F. Rakowski, *Dzienniki polityczne 1969 – 1971*, Warschau 2001, S. 249, [Übersetzung: PFW].

Unabhängigkeit PPN, 1975; Komitee zur Verteidigung der Arbeiter KOR, 1976; Solidarność, 1980), an Glaubwürdigkeit verlor, bröckelte auch der Legitimationssockel der polnischen Arbeiterpartei ab: Die Befreiung von der außenpolitischen Angst vor Deutschland trug zur Befreiung von der innenpolitischen Furcht vor dem kommunistischen Staat und dessen Sicherheitsdienst bei.

Der Abbau der Ängste wurde im Oktober 1978 von Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) in einer seiner ersten Reden – kaum eine Woche nach seiner Ernennung zum Papst – in Rom mit den Worten »Fürchtet Euch nicht!« (»Nie lękajcie się!«), die mit Bedacht an seine Landsleute gerichtet waren, noch gefördert.

3.3. Fazit und Ausblick: Das Problem der Vertrauensgewinnung

Der nachgezeichnete Prozess erfolgte also nur nach und nach, denn meistens reagiert ein Konfliktsystem aufgrund der zwingenden Kraft des Vertrauten erst mit Verspätung auf die Veränderungen in der Umwelt. Es kann auch nicht einfach aufgehoben werden, weil dies für die Akteure mit zu hohen ideologischen, politischen und sozialen Verlusten verbunden wäre. Also muss es sich um eine etappenweise Entwicklung handeln.³⁹ Insofern war die von Egon Bahr erarbeitete Methode »Wandel durch Annäherung« in Bezug auf die DDR und darüber hinaus auf Osteuropa tatsächlich am besten der Ausgangslage angepasst. Diese Politik hatte nämlich erkannt, dass die Haltung der Ostblockstaaten zum Teil »ein Zeichen der *Angst* und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes« war. Es galt also, »diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell [...] zu nehmen«⁴⁰.

So könnte man es auf die Pointe bringen, die Angst aus politologischer Perspektive und in Hinblick auf die deutsch-polnische Asymmetrie als Macht des Schwächeren zu bezeichnen: Die Angst vor Deutschland, die sich – beispielhaft aber nicht exklusiv – in der polnischen Außenpolitik oftmals laut durch Misstrauen manifestierte, erwies sich sozusagen als Hemmfaktor für die westdeutsche Außenpolitik, und zwang sie zur Selbstbeschränkung.⁴¹ Über diese Hürde führte der einzig gehbare Weg, um das Vertrauen wiederzuerlangen, das das »Dritte Reich« verspielt hatte. Der umsichtige Umgang mit Ängsten bedeutete deshalb für die Bonner Republik die größte Herausforderung – eine langwierige Bewährungsprobe, deren Erfolg heute noch nicht gänzlich vor

39 Vgl. Luhmann, Vertrauen, S. 50 f.

40 Egon Bahr, Wandel durch Annäherung, in: Deutschland-Archiv 8 (1973), S. 862–865, [Hervorhebung: PFW].

41 Siehe Helga Haftendorn, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000, Stuttgart u. a. 2001.

eventuellen Rückschlägen schützt, wie sich unlängst in den deutsch-polnischen Debatten um die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen zeigt.

Literaturverzeichnis

- Allen, Debra J., *The Oder-Neisse Line. The United States, Poland, and Germany in the Cold War*, Westport/Connecticut und London 2003.
- Anderson, Sheldon, *A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations, 1945 – 1962*, Oxford 2001.
- Bahr, Egon, Wandel durch Annäherung, in: *Deutschland-Archiv* 8 (1973), S. 862 – 865.
- Czerniakiewicz, Jan und Monika, *Przesiedlenia ze wschodu 1944 – 1959 [= Umsiedlungen aus dem Osten 1944 – 1959]*, Warschau 2007.
- Dick, Paul, *Deutschlands Kulturmission in Worten und Werken besonders in diesem Weltkrieg. Eine Schatzkammer für jeden echten Vaterlandsfreund*, Wien 1915.
- Feldman, Józef, *Bismarck a Polska [= Bismarck und Polen]*, Kattowitz 1980.
- Haftendorn, Helga, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945 – 2000*, Stuttgart u. a. 2001.
- Jaspers, Karl, *Allgemeine Psychopathologie*, 5. unveränd. Aufl., Berlin und Heidelberg 1948.
- Koryn, Andrzej (Hg.), *Rola i miejsce Polski w Europie 1914 – 1957 [= Die Rolle und der Platz Polens in Europa, 1914 – 1957]*, Warschau 1994.
- Lipscher, Winfried, *Kulturelle Beziehungen als politischer Faktor. Polen – Bundesrepublik Deutschland*, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Deutschland – Frankreich – Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945*, Saarbrücken 1986, S. 147 – 164.
- Łoś-Nowak, Teresa, *Polskie inicjatywy w sprawie broni nuklearnej w Europie środkowej 1957 – 1964 [= Polnische Initiativen in Bezug auf die Atomwaffen in Mitteleuropa, 1957 – 1964]*, Breslau 1989.
- Luhmann, Niklas, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt/Main 1984.
- Luhmann, Niklas, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, 4. Aufl., Stuttgart 2000.
- Madajczyk, Piotr, *Die Rolle antideutscher Instrumentalisierung in Polen 1944 – 1989*, in: Dieter Bingen/Peter Oliver Loew/Kazimierz Wóycicki (Hg.), *Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900 – 2005*, Wiesbaden 2007, S. 131 – 145.
- Merton, Robert K., *Social Theory and Social Structure*, 2. Aufl., Glencoe/Illinois 1957.
- Mevius, Martin, *Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism 1941 – 1953*, Oxford 2005.
- Meyer, Henry C., *Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan-Concept in German-Slavic Relations, 1849 – 1990*, Bern 1996.
- Orłowski, Hubert, *»Polnische Wirtschaft«*. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996.
- Pasierb, Bronisław, *Funkcje problemu niemieckiego w pierwszym okresie Polski Ludowej*

- [= Funktionen des deutschen Problems in der ersten Phase der Volksrepublik Polen], in: Bohdan Jałowiecki/Jan Przewłocki (Hg.), *Stosunki polsko-niemieckie. Integracja i rozwój ziem zachodnich i północnych* [= Polnisch-deutsche Beziehungen. Integration und Entwicklung der West- und Nordgebiete], Kattowitz 1980, S. 109–124.
- Rakowski, Mieczysław F., *Dzienniki polityczne 1963–1966* [= Politische Tagebücher, 1963–1966], Warschau 1999.
- Rakowski, Mieczysław F., *Dzienniki polityczne 1969–1971* [= Politische Tagebücher, 1969–1971], Warschau 2001.
- Ritter, Gerhard A. (Hg.), *Angst als Mittel der Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung*, Berlin 1986.
- Robin, Corey, *Fear. The History of a Political Idea*, New York 2004.
- Salomon, Michel, *Faut-il avoir peur de l'Allemagne?* [= Muss man sich vor Deutschland fürchten?], Paris 1969.
- Schulz, Eberhard, *Handel zwischen Politik und Profit*, in: Hans-Adolf Jacobsen/Carl-Christian Schweitzer (Hg.), *Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung*, Frankfurt/Main 1979, S. 185–207.
- Selvage, Douglas, *The Treaty of Warsaw. The Warsaw Pact Context*, in: GHI-Bulletin Supplement 1 (2004), online: <http://www.ghi-dc.org/publications/ghipubs/bu_supp/supp001/34_s.67.pdf>, [Stand: 16. Mai 2010].
- Sofsky, Wolfgang, *Das Prinzip Sicherheit*, Frankfurt/Main 2005.
- Thum, Gregor, *Die fremde Stadt. Breslau nach 1945*, München 2006.
- Tomala, Mieczysław, »Przyjaźń« z Niemiecką Republiką Demokratyczną, ale na jaką cenę? [= »Freundschaft« mit der DDR, aber zu welchem Preis?], in: *Rocznik Polsko-Niemiecki* 3 (1994), S. 59–75.
- Trzeciakowski, Lech, *Kulturkampf w zaborze pruskim* [= Der Kulturkampf im preußischen Teilgebiet], Posen 1970.
- Weber, Pierre-Frédéric, *Le triangle RFA-RDA-Pologne (1961–1975). Guerre froide et normalisation des rapports germano-polonais* [= Das Dreieck Bundesrepublik-DDR-Polen (1961–1975). Kalter Krieg und Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen], Paris 2007.
- Wippermann, Wolfgang, *Der »deutsche Drang nach Osten«. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981.
- Władysław, Wiesław (Hg.), *Kartki z PRL. Ludzie, fakty, wydarzenia. Tom 1: 1944–1970* [= Dokumente aus der Volksrepublik Polen. Leute, Fakten, Ereignisse. Bd. 1: 1944–1970], Posen und Warschau 2005.
- Zaremba, Marcin, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* [= Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Nationalistische Legitimierung der kommunistischen Herrschaft in Polen], Warschau 2005.
- Zaslavsky, Victor, *Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn*, Bonn 2008.

Die Instrumentalisierung von Angst

»The Apprehension of Danger«: American Fears and American Foreign Policy in the Early Republic¹

»German Angst,« a supposedly collective condition of anxiety gripping Germans more than citizens of any other nation, is a proverbial part of German »national character« – at least in popular perception elsewhere. In a more scholarly perspective, there is no such constant. Nevertheless, argues Frank Biess in a recent article on the phenomenon, the experience of violence and destruction of the 20th century led Germans collectively to view their and their country's prospects more cautiously, even fearfully: »Mehr als in anderen Ländern,« writes Biess, »empfanden die Deutschen ihre neugewonnene Geborgenheit nach 1945 als prekär und fragil.«²

When considering fear as a national trait, most people would not usually think of it as being descriptive of the United States. Yet, after the War of Independence, fear was indeed a daily ingredient of American national politics. Fears, perceptions and apprehensions of danger in a large part structured the political discourse. In a way, the American body politic existed in a permanent state of anxiety that permeated all political parties, all regions and all social groupings. They perceived their newly-won independence as just as precarious and fragile as did post-1945 Germans. In contrast to Biess' diagnosis for Germany after World War II, though, American anxiety after Independence was not a novel experience. Indeed, it was one of the original reactive ingredients of the Revolution, where it appeared in the guise of the concept of »jealousy.« This concept, as James Hutson has shown convincingly, originated in English opposition thought and »stressed the vulnerability of liberty to the aggressions of the holders of power, who were depicted as operating through conspiracy and corruption.«³ Jealousy at that time had a meaning that was quite different from

1 I would like to thank Nathan Fronk, Moritz Isenmann, Sönke Kunkel and Michael Mauer for their valuable comments at various stages of this project.

2 Frank Biess, German Angst, in: *Psychologie heute* 36/2 (2009), pp. 29 – 34, here p. 34. The German translates as: »More than in other countries, Germans perceived their newly-won security after 1945 as precarious and fragile.«

3 James H. Hutson, *The Origins of the »Paranoid Style in American Politics«*. Public Jealousy

being synonymous with envy. Rather, its meaning was one of »vigilance and suspicion«:⁴ Vigilance against those in a position to use power to compromise liberty and suspicion against all political – even seemingly innocuous – decisions. Under the experience of the events leading up to the Revolution – when, in the view of the colonists, an unrestrained ministry and Parliament had been grabbing more and more power at the expense of American liberty – this concept of jealousy, vigilance and suspicion very much became the *raison d'état* for the newly-independent United States. Most importantly, however, this concept always involved some element of fear: »Jealousy-suspicion meant more than distrust [...]. It conveyed the sense of fear, of apprehension – to use a modern word, of anxiety.«⁵

It would not be helpful, though, to use the modern medical terminology in diagnosing such states of mind. Fear, anxiety, apprehension, angst et cetera might all have very specific meanings in medical parlance; yet, it may well be impossible to »diagnose« any such condition in the perspective of analytical hindsight. Since contemporaries could not possibly have distinguished carefully between such scientific concepts that – at any rate – postdated them, it does not seem sensible to use a narrow definition: Rather, I understand »fear« in the more general sense of the *Brockhaus Online* encyclopedia, defining the German »Angst« as a »meist quälender, stets beunruhigender und bedrückender Gefühlszustand als Reaktion auf eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung.«⁶ And in that sense, I take such other expressions as might be used by a casual speaker or writer to describe a similar state of mind – angst, anxiety, apprehension and the likes – as synonymous for the purpose of my discussion here.

Thus conceived, fear was very much a »national« characteristic of Americans in the early years of their national existence. Fear of the corruptive potential of power permeated the public discourse of the revolutionary and early national period. However, these fears did not derive exclusively from domestic concerns, as historian Peter Hill has argued: »[...F]oreign relations so dominated the public discourse during the first forty years of [American] national existence that no domestic issue of consequence, except Hamilton's financial program,

from the Age of Walpole to the Age of Jackson, in: David D. Hall/John M. Murrin (Eds.), *Saints and Revolutionaries. Essays in Early American History*, New York 1984, pp. 332–372, here pp. 333 f.

4 Ibid., p. 336.

5 Ibid., p. 337.

6 Article »Angst«, in: *Brockhaus Enzyklopädie online*, 21st Edition, Leipzig and Mannheim 2006, online: http://www.brockhaus-enzklopaedie.de/be21_article.php, [7 October 2009]. The German translates as follows: »a mostly tormented, always disquieted and depressed state of mind in reaction to an imagined or actual threat.«

seems worth considering.«⁷ Thus, quite on the contrary, the foreign affairs of the republic were seen at least as threatening as the domestic quarrels, and the combination of the two caused the truly nagging, disconcerting and depressing emotional state as which fear is often described. Moreover, these fears – which were almost omnipresent in the political writings of the period – were not just about trifling potential consequences of political instability, these fears were very largely existential: When George Washington wrote – in his Farewell Address – of his »apprehension of danger,«⁸ he was not talking about minor inconveniences, he feared for the survival of the republic.

In the eyes of Washington and his contemporaries, the republic was threatened from many different sides. Despite the fact that the United States had just fought successfully for its independence from the greatest colonial power in the world, there was an »element of apprehension«⁹ as to how relations with the European world powers would develop. Given the diametrically opposed interests, the prospects were not good: »Americans after 1783 became increasingly aware of their country's position as a fledgling republic in the midst of hostile monarchs. They looked about and could not be sure of a single ally among the world powers. Indeed it appeared that the European nations, though divided on most issues, might find a cause for unity in their opposition to the United States.«¹⁰

Indeed, Americans had reason to feel threatened by foreign powers. European powers maintained claims for, if not control of the vast majority of the American continent and their presence caused the Americans much grief. The British, for example, in their continued occupation of a number of forts around the Great Lakes, and controlling portages and rivers, posed a threat to the westward expansion of the United States, as did new colonial ventures in the trans-Mississippi west, which Jefferson feared.¹¹ That extension, however, was seen as vital to the republic: The republican form of government, ran the popular and commonly accepted argument, could not survive in urbanized societies and densely-settled countries. Under such circumstances, a majority would not be able to own their land, guaranteeing them economic independence and hence uncorrupted strength to the republic. »Corruption of morals in the mass of

7 Peter P. Hill, *The Early National Period, 1775 – 1815*, in: Robert D. Schulzinger (Ed.), *A Companion to American Foreign Relations*, Malden/MA 2003, pp. 48 – 63, here p. 48.

8 George Washington's Farewell Address, in: *The Writings of George Washington from the Original Manuscript Sources, 1745 – 1799*, ed. by John C. Fitzpatrick, 39 vols., Washington/DC 1931 – 1944, vol. 35, p. 218.

9 Frederick W. Marks, *Independence on Trial. Foreign Affairs and the Making of the Constitution*, 2nd Edition, Wilmington/DE 1986, p. 97.

10 Ibid.

11 Cf. Thomas Jefferson to George Rogers Clarke, 4 December 1783, in: *The Papers of Thomas Jefferson*, ed. by Julian P. Boyd et al., 33 vols. to date, Princeton/NJ 1950 ff., vol. 6, p. 371.

cultivators is a phenomenon of which no age nor nation has furnished an example,« argued Thomas Jefferson, pointing out that none but farmers could be truly independent: »It is the mark set on those, who not looking up to heaven, to their own soil and industry, as does the husbandman, for their subsistence [sic], depend for it on the casualties and caprice of customers.« In that, he argued, lay the seeds of a nation's instability, for »[d]ependence begets subservience and venality, suffocates the germ of virtue, and prepares fit tools for the designs of ambition.«¹² Thus, with the expectation that the population would continue to increase rapidly, the United States was under an imperative of territorial growth to acquire the land that would, again in the words of Jefferson, accommodate the »thousandth and thousandth generation.«¹³

It was not Britain alone, however, with her possessions in Canada and around the Great Lakes, that threatened American westward expansion and hence the perpetuation of republican virtue. Louisiana, at times in French, at others in Spanish possession, posed a similar threat and caused Americans much anxiety. Louisiana, and more precisely New Orleans, not so much limited westward expansion physically, but threatened the economic viability of the trans-Appalachian territories: Before the arrival of canals and railroads in the 19th century, the Mississippi River, its outlet controlled by New Orleans, was the only way of transporting cargo to national and international markets.¹⁴ Spanish Florida, on the other hand, posed a much more immediate threat. Bordering on Georgia and its slave-holding plantation society, fugitive slaves could find freedom under Spanish rule, so that – at least in the perception of Georgia and South Carolina slaveholders – the Spanish presence served to destabilize the economic system of those southern colonies.¹⁵

12 Thomas Jefferson, Notes on the State of Virginia, Philadelphia/PA 1788 (=Evans 21176), p. 175. The importance of independent farmers for the survival of a republic in eighteenth-century American thought is very well elaborated in Drew R. McCoy, *The Elusive Republic. Political Economy in Jeffersonian America*, Chapel Hill/NC 1980, especially pp. 13–15 and ch. 2. See also Robert W. Smith, *Keeping the Republic. Ideology and Early American Diplomacy*, DeKalb/IL 2004, especially ch. 2.

13 First Inaugural Address, in: *Jefferson Papers*, vol. 33, p. 150.

14 Claims were frequently raised that »the value of these lands will depend in a great measure on the navigation of the Mississippi« and many believed in the »impossibility of existing [in the West] without the navigation of the Mississippi.« Congressional Resolutions Regarding the Spanish Negotiations, 29 August 1786, in: *The Emerging Nation. A Documentary History of the Foreign Relations of the United States under the Articles of Confederation, 1780–1789*, ed. by Mary A. Giunta et al., 3 vols., Washington/DC 1996, vol. 3, p. 283; Louis Guillaume Otto to the Comte de Montmorin, 15 July 1787, in: *ibid.*, p. 549.

15 See for example Georgia Assembly Resolution Regarding Fugitive Slaves in East Florida, 30 January 1788, in: *ibid.*, p. 708; John Jay's Report Regarding Fugitive Slaves in East Florida, 14 August 1788, in: *ibid.*, pp. 822 f.; John Jay to Don Diego de Gardoqui, 16 September 1788, in: *ibid.*, pp. 843 f.

Closely connected in the eyes of Americans with these threats from European colonial powers was that of the Native American populations. Many Americans suspected that the colonial powers at least tacitly approved, if not outright welcomed the deleterious effect the unsettled relations with the Native Americans would have on the western settlements of the United States. Prior to Jay's Treaty and before the Indian Wars came to an end in the Battle of Fallen Timbers in 1794, the British had often been assumed to supply arms to the tribes – and these assumptions were not without merit. But even after the British had evacuated the Great Lakes forts, their influence was still blamed for the Indian trouble: Many Americans blamed Tecumseh's War, which again contributed to the outbreak of the War of 1812, on British machinations.¹⁶

Slavery was another issue that had fearsome repercussions for Americans and their foreign relations; I have shown above how it informed the relations with Florida. Domestically, fears of slave insurrection had for a long time dominated politics and legislation in the southern colonies. The savage punishments prescribed for slaves acting up show clearly how scared Americans were of the possibility of an uprising.¹⁷ Internationally, that sentiment caught on in the relations with Haiti. In 1791, the French colony of Saint-Domingue had seen massive slave uprisings and the French National Convent had ended slavery and emancipated the slaves. When local elites, under the leadership of Toussaint L'Ouverture established a constitution for the island in 1801, Napoleonic France attempted to reestablish control over the island – and to reintroduce slavery. A new rebellion, led, this time, by Jean-Jacques Dessalines, successfully challenged French possession of the island and independence from France was declared on January 1, 1804, with a proclamation that deliberately aimed at similarity with the American Declaration of Independence, whose author, Thomas Jefferson, was then president of the neighbor to the far north.¹⁸

At a first glance, it might have been expected that the United States would have welcomed the independence of another nation in the Americas and the attendant weakening of the European colonial powers. But rather than extend Haiti diplomatic recognition, the United States refused to have anything to do with their newly-independent neighbor. The massive fear of slave rebellions in the southern states informed this decision: While independence was generally to be welcomed, in the case of Haiti it was devalued in the eyes of Americans by the fact that it had been blacks – and former slaves to boot – who had undertaken the

16 Cf. Bradford Perkins, *Prologue to War. England and the United States, 1805 – 1812*, Berkeley/CA 1974, pp. 282 – 286.

17 Cf. Peter Kolchin, *American Slavery, 1619 – 1877*, New York 1994, pp. 57 – 59.

18 Cf. Tim Matthewson, *Jefferson and the Nonrecognition of Haiti*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 140/1 (1996), pp. 22 – 48; *Idem*, *Jefferson and Haiti*, in: *Journal of Southern History* 61/2 (1995), pp. 209 – 248.

liberation. To grant them recognition – and hence to treat with them on an equal footing – would have been inconceivable in a nation that, in large parts, both depended upon slavery and benefitted financially from the transatlantic slave trade. Thus, it becomes quite clear that Peter Hill is not entirely right in his above-quoted assessment: Domestic politics carried far-reaching significance for foreign relations, too.¹⁹

Aside from these quite tangible threats to the nation, Americans of the early republic were apprehensive about a number of less concrete, yet no less significant threats. European encroachments, for example, not only threatened the United States physically, but also impinged upon the national honor of the young republic: »As newcomers in the field of international politics, Americans naturally resented any injuries or slights which might place their country in an inferior light,« writes Frederick Marks, and, indeed, Americans smarted tremendously from insults to their national honor exhibited by the Europeans; and the gulf was deep for a long time between the heightened feeling of national pride and the factual powerlessness of the United States to redress foreign injuries.²⁰

Europeans gave American diplomats many occasions to complain about disrespect. British warships regularly insulted the American flag and the sovereign rights it represented. American ships were frequently boarded and searched to stop American trade with France, with whom Britain was at war almost incessantly between 1794 and 1815. American sailors were regularly abducted and impressed into the service of the Royal Navy. Even American warships were not safe from attack and boarding. But the British were not alone in trampling on American sensibilities: »Had the British actions and attitudes been viewed in isolation,« wrote again Frederick Marks, »they would have given some cause for concern; but they assumed an even darker aspect when viewed in the context of anti-Americanism prevalent throughout Europe.«²¹ Indeed, the French were no more sympathetic. In the 1790s, when Franco-American relations were deteriorating into a shooting war and President Adams was sending mission after mission to Paris to negotiate a settlement, French foreign minister Talleyrand declined to receive an American delegation without the payment of a bribe. Treated with such studied contempt, the Americans departed without having reached any of their objectives. The news of such disdainful treatment caused a considerable row in the United States and also heated demands for a

19 Cf. Matthewson, Jefferson and the Nonrecognition of Haiti; Idem, Jefferson and Haiti, especially pp. 216–218, 223 f., 232 f., 237.

20 Marks, Independence on Trial, p. 116. See also Lawrence S. Kaplan, Entangling Alliances with None. American Foreign Policy in the Age of Jefferson, Kent/OH 1987, p. 55.

21 Marks, Independence on Trial, p. 105. See also Kaplan, Entangling Alliances with None, pp. 55 and 61 f.

declaration of war – which, between European powers, would have been the likely outcome of Talleyrand's action.²²

Arguably the most painful injury to American national honor, however, did not come from a major power, but from the pirate nations of North Africa. Year after year, American ships were captured in the Mediterranean, their crews held for ransom or threatened with being sold into slavery. It was particularly galling that the tiny Barbary states walked all over American self-esteem and that the United States could do nothing to show them their limits.

Perhaps the greatest threat – and hence the most awe-inspiring – Americans perceived as facing their nation in the decades after the Revolution was that of a loss of »republican virtue.« It was generally understood at the time that a republic was always a frail and precarious system that depended for its survival upon the good sense and virtue of its citizens much more than other political systems. The experiment of self-government could thus fail, quite without European meddling, if European values undermined the simplicity and egalitarianism of American society. It was thus imperative, Thomas Jefferson reminded the audience of his First Inaugural Address, to maintain »[a] due sense of our equal right to the use of our own faculties, to the acquisitions of our own industry, to honor and confidence from our fellow citizens, resulting not from birth but from our actions and their sense of them; enlightened by a benign religion, professed [...] in various forms yet all of them inculcating honesty, truth, temperance, gratitude and love of man.«²³ Without such republican simplicity and virtue, European manners would intrude themselves and threaten the egalitarianism of American society with influences of aristocracy and monarchy. Especially, European diplomacy was seen as such a perverting influence: »Europe has a set of primary interests, which to us have none, or a very remote relation. Hence she must be engaged in frequent controversies, the causes of which are essentially foreign to our concerns,« wrote George Washington in his Farewell Address, suggesting that it would be very unwise to »entangle our peace and prosperity in the toils of European ambition, rivalry, interest, humor, or caprice« and such similar un-republican sentiments.²⁴

Americans, thus, saw their republic, their welfare and security almost permanently menaced by a great variety of both real and imagined threats. They reacted with a »feeling of suspicion toward the outside world, paranoiac at times but nevertheless real.«²⁵ Such scenarios of doom, »fears and [also certain] hopes

22 See Alexander DeConde, *The Quasi-War. The Politics and Diplomacy of the Undeclared War with France, 1797–1801*, New York 1966, especially ch. 2 and William Stinchcombe, *The XYZ-Affair*, Westport/CT 1980 for details.

23 First Inaugural Address, in: *Jefferson Papers*, vol. 33, p. 150.

24 George Washington's Farewell Address, in: *Washington Writings*, vol. 35, p. 234.

25 Marks, *Independence on Trial*, p. 116.

may have been exaggerated, but they nonetheless moved men to action.«²⁶ Their truly fear-inspiring character, however, these various threats acquired not so much in their true and original form, but rather in the process of political shaping that happened in the country. The process of shaping the foreign policy message occurred in a political arena that was, in itself, deeply implicated in the foreign policy process: Another major threat to the republic was seen in foreign influence in political decision-making. Most easily, political science of the age had it, this influence would occur in countries riven by striving factions. And just these striving factions used foreign policy for all it was worth in trying to decide the party rivalry for themselves.²⁷

Thus, another pervasive and persistent one among the many anxieties that haunted Americans in the decades after the Revolution was the fear of faction. In traditional republican theory, only a united populace would be able to maintain their liberty; the rise of factions, the logic ran, would allow foreign powers an inroad into domestic politics: Party spirit, argued George Washington, »opens the door to foreign influence and corruption, which find a facilitated access to the government itself through the channels of party passions. Thus the policy and the will of one country are subjected to the policy and will of another.«²⁸ Indeed, in an earlier draft, Washington had been even more explicit as to what he expected from foreign influence funneled in through political dissensions: »[...]W]hile we are encircled in one band, we shall possess the strength of a Giant and there will be none who can make us afraid [sic]. Divide, and we shall become weak; a prey to foreign Intrigues [sic] and internal discord; and shall be as miserable and contemptible as we are now enviable and happy.«²⁹

Such expectations meant that the outlook during the 1780s and 1790s could not be good: Party strife was rampant and people had been identifying their political opponents with foreign interests at least since the debate about the ratification of the federal constitution.³⁰ It was primarily the French Revolution and the ensuing war between Britain and France that mostly galvanized the domestic battles between the nascent parties. The Republicans tended to see the French Revolution as a liberation movement very much after the American

26 Ibid., pp. 96 f.

27 Cf. *ibid.*, pp. 189–205.

28 George Washington's Farewell Address, in: *Washington Writings*, vol. 35, p. 227.

29 First Draft of George Washington's Farewell Address, Enclosure to George Washington to Alexander Hamilton, 15 May 1796, in: *Washington Writings*, vol. 35, p. 58. See also Alexander Hamilton, *Americanus II*, 7 February 1794, in: *The Papers of Alexander Hamilton*, ed. by Harold C. Syrett, 27 vols., New York 1961–1987, vol. 16, p. 16, where he states that »[i]t may be adopted as an axiom in our political calculation, that no foreign power which has valuable colonies in America will be propitious to our remaining one people united under a vigorous Government.«

30 Cf. Marks, *Independence on Trial*, p. 190.

model. As such, they tended to support revolutionary France against her European enemies – especially Britain, which the Republicans perceived as continuing in a stance inimical to the United States. They also argued that the United States was bound both by honor (for the help rendered in the Revolution) and by treaty (they considered the Alliance of 1778 still binding) to supporting France. The Federalists saw the issue differently. They saw Britain as less of a threat than the radical ideologies and violent excesses of revolutionary France and argued that the French alliance had been concluded with the royal government and had accordingly been voided by the king's deposition (and execution). Furthermore, the commercial connection with Britain, whose Royal Navy controlled the sea, would be much more beneficial to the United States.³¹ During the 1790s, almost any political initiative would be painted by its opponents as being in the service of some foreign government. American parties and their preference for either Britain or France became so accepted, that when Jefferson was writing to the Comte de Volney about how France favored liberty, he immediately connected this assessment to the domestic situation. »Our citizens are divided into two political sects,« he wrote: »One which fears the people most, the other the government,« leaving no doubt that he saw France and the Republicans on the side of government-fearing liberty, while Britain and the Federalists distrusted the people.³² When tensions with France escalated to the point of an undeclared, but nonetheless shooting, war, the Federalists perceived in the pro-French Republicans a »party« in the sense of Washington's Farewell and attempted to quell their divisive, and hence dangerous, »agitation«: In passing the Alien and Sedition Acts, the Federalists clearly intended not only to subdue dangerous aliens, but also to silence their domestic »fifth column.« Fears of foreign influence were very clearly a powerful motivation in domestic politics: The Federalists feared the pervasive potential of such influence so much that in attempting to defend the republic against it, they were even willing to risk damaging some of those rights and laws they were supposedly defending.³³

The fear-stricken, high-pitched tone of national politics especially in the 1790s was due to a combination of actual fears and to the manner in which these fears were articulated and instrumentalized by the political players. Indeed, I think, the discussion of foreign policy and its domestic impacts in the early republic makes a prime example of what Richard Hofstadter has called the »Paranoid Style in American Politics.« Distinguished by »heated exaggeration,

31 Cf. Larry Gragg, Order vs. Liberty, in: American History 33/4 (1998), online: <<http://www.redi-bw.de/db/ebSCO.php/search.ebSCOhost.com/login.aspx?direct=true&db=aph&AN=983487&site=ehost-live>>, [7 October 2009].

32 Jefferson to Volney, 9 December 1795, in: Jefferson Papers, vol. 28, p. 551.

33 Cf. Gragg, Order vs. Liberty.

suspiciousness and conspiratorial fantasy,«³⁴ the paranoid style, thus conceived, features a »feeling of persecution [that] is central, and it is indeed systematized into grandiose theories of conspiracy.«³⁵ A major difference, however, between someone clinically afflicted with paranoia and the paranoid political spokesperson, Hofstadter argued, lies in that fact that »the spokesman of the paranoid style finds it directed against a nation, a culture, a way of life whose fate affects not him alone but millions of others. Insofar as he does not usually see himself singled out as the individual victim of a personal conspiracy, he is somewhat more rational and much more disinterested. His sense that his political passions are unselfish and patriotic, in fact, goes far to intensify his feeling of righteousness and his moral indignation.«³⁶

As an outgrowth of the concept of republican jealousy described by James Hutson, the paranoid style was one way of claiming, for one's own ideas, greater legitimacy and priority over those of others. In the political climate of the 1790s, a climate that was becoming more heated every day, both the Republicans and the Federalists routinely identified their opponents with selling out the country to either the French or the British, respectively. Both saw the opponents' decisions as »a vast and sinister conspiracy, a gigantic and yet subtle machinery of influence set in motion to undermine and destroy a way of life« and hence attempted everything in their power to undermine the opponents' moves by impugning their legitimacy.³⁷

In fact, however, the paranoid style actually hampered coming to terms with the more realistic fears and threats: Whenever the administration came up with some plan or diplomatic move, it would risk being attacked in paranoid style for selling out the country and whenever the Republican opposition voiced some criticism of the administration's policy, it was berated for pandering to French interests. Debate on the substance of foreign policy decisions, much less compromise, were next to impossible under such circumstances. Each side perennially viewed itself as, in the words of Hofstadter again, »manning the last barricades« of American interest, where even a step back was tantamount to treason.³⁸

Examples abound for how little leeway was granted political actors without having their loyalty called into question, sinister motives and foreign influence imputed. When John Jay, in 1786, negotiated a treaty with Don Diego de Gardoqui forgoing the navigation of the Mississippi for 30 years, settlers in the west

34 Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*, New York 1966, p. 3.

35 *Ibid.*, p. 4.

36 *Ibid.*

37 *Ibid.*, p. 29.

38 *Ibid.*, pp. 29 f.

protested vigorously and vocally: One Thomas Green found it »very surprising to every rational person that the legislature of the United States, which has been so applauded for their assertion and defence of their rights and privileges, should so soon endeavour to subjugate the greatest part of their dominion to even worse slavery than even Great Britain presumed to subjugate any part of hers.«³⁹ The proposed treaty, wrote Green, »is considered to be cruel, oppressive and unjust«: »To sell us [i. e. the inhabitants of the western country] and make us vassals of the merciless Spaniards is a grievance not to be borne.«⁴⁰ Similar strictures were leveled again at John Jay and the Federalists in the context of the Jay Treaty a decade later. James Madison, for example, surmised »that Jay has been betrayed by his anxiety to couple us with England,« while Thomas Jefferson called the treaty an »infamous act, which is really nothing more than a treaty of alliance between England & the Anglomen of this country against the legislature & people of the United States.«⁴¹ Jay himself allegedly reported that he »could have walked the entire eastern seaboard at night and [would have] had his way illuminated by protesters burning him in effigy.«⁴² Vice versa, the Federalists accused those opposing the treaty with Britain and its ratification of being in cahoots with the French. »[T]he prediliction [sic] shown by that instrument [i. e. the Jay Treaty] to G. Britain at the expence of the French nation« was, in George Washington's words the »string most played on« by its opponents, »because it strikes with most force the popular ear.«⁴³ Those favoring France – the »foes of good order, and good government« – were, believed Washington, »distill[ing] their poison« to defeat the treaty.⁴⁴ »If the treaty is ratified,« Washington feared, »partisans of the French (or rather of War and confusion) will excite them [i. e. the French] to hostile measures, or at least to unfriendly Sentiments.«⁴⁵ Under

39 Secret Journals of the Acts and Proceedings of Congress, from the first meeting thereof to the dissolution of the Confederation, by the adoption of the Constitution of the United States, 4 vols., Boston/MA 1820 – 1821, vol. 4, p. 315.

40 Secret Journals of the Acts and Proceedings of Congress, vol. 4, p. 315. See also Smith, *Keeping the Republic*, pp. 44 f.

41 James Madison to Thomas Jefferson, 15 February 1795, in: *The Republic of Letters. The Correspondence Between Thomas Jefferson and James Madison, 1776 – 1826*, ed. by James M. Smith, 3 vols., New York 1995, vol. 2, p. 872; Thomas Jefferson to Edward Rutledge, 30 November 1795, Jefferson Papers, Library of Congress. See also A. Robertson to James Madison, 16 April 1796, in: *The Papers of James Madison*, ed. by Robert A. Rutland et al., 17 vols., Chicago/IL 1962 – 1991, vol. 16, pp. 327 f.

42 Joseph Ellis, *His Excellency. George Washington*. New York 2004, p. 227.

43 George Washington to Alexander Hamilton, 29 July 1795, in: *Washington Writings*, vol. 34, p. 263.

44 *Ibid.*, p. 264; George Washington to the Secretary of State, 31 July 1795, in: *ibid.*, p. 266. See also George Washington to Gouverneur Morris, 22 December 1795, in: *ibid.*, p. 403.

45 George Washington to the Secretary of State, 31 July 1795, in: *ibid.*, p. 266. See also George Washington to Gouverneur Morris, 22 December 1795, in: *ibid.*, p. 403.

these circumstances, where every step encountered not only the most vocal and outspoken opposition, but where aspersions were immediately cast upon the players' loyalty, fears of disunion and treachery certainly reigned supreme in foreign policy.⁴⁶

The above examples make it evident why foreign policy became such an involved mess in the Early Republic. Whenever somebody attempted to solve one of the anxiety-causing issues, the other side, in its own fear of being sold down the river, attempted to obstruct and impede such policy initiatives. This led not quite to a complete deadlock, but certainly made it very difficult to obtain any significant diplomatic advances. The fear of losing the country to a scheming government – viewed through the paranoid lens – did not allow those actors who saw themselves manning the above-quoted last barricades to relent, however innocuous or even useful a measure might have seemed.⁴⁷

Despite these misgivings, it was precisely these highly contentious undertakings in foreign policy that on the one hand eliminated – one by one – the actual, physical threats to the republic and on the other pulled the rug from under the most outlandish allegations presented in the paranoid style. Jay's Treaty resolved the disturbances with Britain over the northwestern forts, thus removing the first obstacle to further westward expansion, while Pinckney's Treaty achieved navigation rights on the Mississippi, making trans-Appalachia economically viable despite the continued Spanish presence in Louisiana. At the domestic level, the election of 1800 had a similar effect. Despite the high stakes both sides had evoked, and despite the ensuing deadlock that threw the election to the House of Representatives, the transition from one party to the other went smoothly and, despite years of Federalist propaganda to the contrary, the Republicans under Jefferson neither sold out the country to France nor did they install a radical democratic regime on a French revolutionary model. Most interesting, in this context, is the fact that it was Alexander Hamilton, one of the most rabid opponents of Jefferson and the Republicans, who assured the election of the Virginian over fellow New Yorker Aaron Burr, because he considered the

46 See also Todd Estes, *The Jay Treaty Debate, Public Opinion, and the Evolution of Early American Political Culture*, Amherst/MA 2006; Daniel G. Lang, *Foreign Policy in the Early Republic. The Law of Nations and the Balance of Power*, Baton Rouge/LA 1985, p. 111 and Jerald A. Combs, *The Jay Treaty. Political Battleground of the Founding Fathers*, Berkeley/CA 1970, ch. 10 and 11 on how the Jay Treaty played in the political divisions of the country.

47 This is an interesting situation where the anxiety over foreign influence and subversion, in a way, became a self-fulfilling prophecy. The Federalists' fear-driven assumption that the Republicans were a French »fifth column« and the attempt to suppress and destroy them with the Alien and Sedition Acts was in fact what hardened their opposition to the point where the division became truly dangerous to the republic. Cf. Gragg, *Liberty vs. Order*.

former to be the far lesser evil.⁴⁸ The successful change of government, thus, weakened the old adage that republics could only survive with a united population, that the development of separate interest groups in the form of parties would necessarily destroy them. While differences of opinion over the priorities of foreign policy as well as over the ways and means of achieving them certainly persisted – Jefferson continued to complain about how »inveterate is the rancour of party spirit among us« in 1808 –, the »Revolution of 1800« removed the existential character of such divisions.⁴⁹

Despite the elimination of most of the factual threats and the concomitant reduction in fear, it was, perhaps surprisingly, the intangibles that continued to exert the greatest influence and caused the greatest anxiety. With Louisiana and the Mississippi safely in American hands, the issue of encirclement no longer commanded much attention; instead, the various insults to the American flag and American honor took center stage and became the dominant foreign policy issue at the beginning of the 19th century. Since colonial times, Great Britain had maintained the right to impress sailors who were British subjects for service in the Royal Navy. Even after the independence of the United States, however, Britain continued to do so with American sailors, stopping and searching American ships in the process. The issue had been prickly for a long time: John Jay had been unsuccessful in negotiating the end of the practice in 1794 and James Monroe and William Pinkney were no more successful in 1806. When a British man-of-war, HMS Leopard, bombarded and boarded the American frigate Chesapeake in search of alleged deserters, the outcry over the insult was tremendous and in 1809, the issue of impressment very nearly became a cause for war.⁵⁰ When the two countries did go to war in 1812, the fears of further insults to American national honor were one of the primary reasons for the decision and even after the end of that conflict, Jefferson considered the issue so flagrant that in his opinion »the first American impressed should [again] be a declaration of war.«⁵¹

The period after the close of the War of 1812 has often been called an »Era of Good Feelings« and, as far as American fears go, that is certainly an accurate assessment. An American squadron under the command of Stephen Decatur finally managed to suppress Barbary piracy and contrary to Jefferson's ex-

48 See for example Alexander Hamilton to James A. Bayard, 27 December 1800, in: Hamilton Papers, vol. 25, pp. 275–277.

49 Thomas Jefferson to James Monroe, 10 March 1808, in: Jefferson Papers, Library of Congress.

50 See for example President Thomas Jefferson's Declaration on the Chesapeake-Leopard-Affair, 2 July 1807, in: The Naval War of 1812. A Documentary History, ed. by William S. Dudley, 3 vols. to date, Washington/DC 1985 ff., vol. 1, pp. 29–31 and President James Madison's Message to Congress, 1 June 1812, in: *ibid.*, pp. 73–81.

51 Thomas Jefferson to James Monroe, 15 July 1815, in: Jefferson Papers, Library of Congress.

pectation that the impressment would continue, the British henceforth respected the American flag and refrained from boarding American ships. Nonetheless, Britain, in a way, continued to be the source of American apprehensions. Her acquisition of Cuba from Spain, for example, »would indeed be a great calamity« to the United States in the eyes of Jefferson.⁵² However, while he continued to assume that »Great Britain is the nation which can do us the most harm of any one, or all, on earth,« a close connection would also have significant advantages for the United States, for »[...] with her on our side we need not fear the whole world.«⁵³ The reconciliation with Britain, thus, not only brought tranquility on the diplomatic stage but also quieted those final fears that had continued to beset Americans: Secure in her borders and prospects of further expansion, and reasonably certain that her honor would not be insulted with impunity – which only Britain was then in a position to do – the United States entered a period that was, as far as their foreign relations were concerned, generally free from fears and anxieties.

One major fear, nonetheless survived the time period intact and, in fact, ready to grow. Slavery had been an issue since the earliest days of national existence, and, as I have shown, had been one with considerable foreign policy impact as well. In the years after the War of 1812, the issue became a fearsome one in American domestic politics. While it continued to have foreign policy significance – Britain, for example, took a strong anti-slavery stance from the 1830s forward and had been attempting to suppress the international slave trade since 1808 – there was an anxiety that the country might drift apart over slavery.⁵⁴ Indeed, that fear of a rift over slavery became all-encompassing: More and more, it became impossible to make political decisions without having to bear the slavery issue in mind; more and more, the fear over a sectional split dominated domestic politics, where compromise after compromise was made to avert the break-up of the Union. The language also became shriller all the time and the paranoid style for many years made a strong showing – in the North expounding the dangers of a slave power conspiracy and in the South agitating against egalitarian trends and encroachments on the »southern way of life.« On the way into the Civil War, where the fears of the nation falling apart were realized, Lincoln echoed the decades-old, traditional republican theory when he lamented that »[a] house divided against itself cannot stand.«⁵⁵ It was at that point, too,

52 Thomas Jefferson to James Monroe, 11 June 1823, in: Jefferson Papers, Library of Congress.

53 Thomas Jefferson to James Monroe, 24 October 1823, in: Jefferson Papers, Library of Congress.

54 Cf. Herbert S. Klein, *The Atlantic Slave Trade*, Cambridge 1999, p. 183.

55 Lincoln in the Senate Nomination Convention, Springfield/IL, 16 June 1858, in: *The Collected Works of Abraham Lincoln*, ed. by Roy P. Basler et al., 9 vols., New Brunswick/NJ 1953 – 1955, vol. 2, p. 461.

that the foreign policy dimension of the slavery issue made its reappearance. Both sides debated whether British rejection of slavery or British demand for southern cotton would in the end prevail: For the North, a British intervention on behalf of the slaveholding South would have been catastrophic and accordingly reintroduced an element of fear into foreign policy debates and decision-making. Under these circumstances, it must appear almost ironic that it was the disregard for the British flag – the stopping and searching of a British mail ship – by an American warship that almost triggered the British entry into the war.⁵⁶

Works Cited

- Article »Angst«, in: Brockhaus Enzyklopädie online, 21st Edition, Leipzig and Mannheim 2006, online: http://www.brockhaus-enzklopaedie.de/be21_article.php, [7 October 2009].
- Biess, Frank, German Angst, in: *Psychologie heute* 36/2 (2009), pp. 29 – 34.
- Combs, Jerald A., *The Jay Treaty. Political Battleground of the Founding Fathers*, Berkeley/CA 1970.
- DeConde, Alexander, *The Quasi-War. The Politics and Diplomacy of the Undeclared War with France, 1797 – 1801*, New York 1966.
- Ellis, Joseph, *His Excellency. George Washington*, New York 2004.
- The Emerging Nation. A Documentary History of the Foreign Relations of the United States under the Articles of Confederation, 1780 – 1789*, ed. by Mary A. Giunta et al., 3 vols., Washington/DC 1996.
- Estes, Todd, *The Jay Treaty Debate, Public Opinion, and the Evolution of Early American Political Culture*, Amherst/MA 2006.
- Ferris, Norman B., *The Trent Affair. A Diplomatic Crisis*, Knoxville/TN 1977.
- Gragg, Larry, Order vs. Liberty, in: *American History* 33/4 (1998), online: <<http://www.redi-bw.de/db/ebsco.php/search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=aph&AN=983487&site=ehost-live>>, [7 October 2009].
- [Hamilton, Alexander], *The Papers of Alexander Hamilton*, ed. by Harold C. Syrett, 27 vols., New York 1961 – 1987.
- Hill, Peter P., *The Early National Period, 1775 – 1815*, in: Robert D. Schulzinger (Ed.), *A Companion to American Foreign Relations*, Malden/MA 2003, pp. 48 – 63.
- Hofstadter, Richard, *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*, New York 1966.
- Hutson, James H., *The Origins of the »Paranoid Style in American Politics«*. Public Jealousy from the Age of Walpole to the Age of Jackson, in: David D. Hall/John M.

56 On the *Trent-Affair* – so named after the British packet steamer from which the USS San Jacinto removed Confederate envoys James Mason and John Slidell – see Norman B. Ferris, *The Trent Affair. A Diplomatic Crisis*, Knoxville/TN 1977 and Gordon H. Warren, *Fountain of Discontent. The Trent Affair and Freedom of the Seas*, Boston/MA 1981.

- Murrin (Eds.), *Saints and Revolutionaries. Essays in Early American History*, New York 1984, pp. 332 – 372.
- Jefferson, Thomas, *Notes on the State of Virginia*, Philadelphia/PA 1788 (=Evans 21176). [Jefferson, Thomas], *The Papers of Thomas Jefferson*, ed. by Julian P. Boyd et al., 33 vols. to date, Princeton/NJ 1950 ff.
- Kaplan, Lawrence S., *Entangling Alliances With None. American Foreign Policy in the Age of Jefferson*, Kent/OH 1987.
- Klein, Herbert S., *The Atlantic Slave Trade*, Cambridge 1999.
- Kolchin, Peter, *American Slavery, 1619 – 1877*, New York 1994.
- Lang, Daniel G., *Foreign Policy in the Early Republic. The Law of Nations and the Balance of Power*, Baton Rouge/LA 1985.
- [Lincoln, Abraham], *The Collected Works of Abraham Lincoln*, ed. by Roy P. Basler et al., 9 vols., New Brunswick/NJ 1953 – 1955.
- [Madison, James], *The Papers of James Madison*, ed. by Robert A. Rutland et al., 17 vols., Chicago/IL 1962 – 1991.
- Marks, Frederick W., *Independence on Trial. Foreign Affairs and the Making of the Constitution*, 2nd Edition, Wilmington/DE 1986.
- Matthewson, Tim, *Jefferson and Haiti*, in: *Journal of Southern History* 61/2 (1995), pp. 209 – 248.
- Matthewson, Tim, *Jefferson and the Nonrecognition of Haiti*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 140/1 (1996), pp. 22 – 48.
- McCoy, Drew R., *The Elusive Republic. Political Economy in Jeffersonian America*, Chapel Hill/NC 1980.
- The Naval War of 1812. A Documentary History*, ed. by William S. Dudley, 3 vols. to date, Washington/DC 1985 ff.
- Perkins, Bradford, *Prologue to War. England and the United States, 1805 – 1812*, Berkeley/CA 1974.
- The Republic of Letters. The Correspondence Between Thomas Jefferson and James Madison, 1776 – 1826*, ed. by James M. Smith, 3 vols., New York 1995.
- Secret Journals of the Acts and Proceedings of Congress, from the first meeting thereof to the dissolution of the Confederation, by the adoption of the Constitution of the United States*, 4 vols., Boston/MA 1820 – 1821.
- Smith, Robert W., *Keeping the Republic. Ideology and Early American Diplomacy*, DeKalb/IL 2004.
- Stinchcombe, William, *The XYZ-Affair*, Westport/CT 1980.
- Warren, Gordon H., *Fountain of Discontent. The Trent Affair and Freedom of the Seas*, Boston/MA 1981.
- [Washington, George], *The Writings of George Washington from the Original Manuscript Sources, 1745 – 1799*, ed. by John C. Fitzpatrick, 39 vols., Washington/DC 1931 – 1944.

Schreckensszenarien und Autosuggestion: Die Royal Air Force und die britische Politik vor 1939¹

1. Militärische Fristentransformation oder Präventivangst?

Schon die alltägliche Erfahrung lehrt: Es wäre irrational anzunehmen, dass Menschen immer rational handeln. Diese Erkenntnis konfrontiert den Wissenschaftler allerdings sofort mit dem Problem, wie irrationale Motive rational zu erfassen sind. Dieser Versuch wiederum mündet allzu oft in die Versuchung, relativ beliebig und apodiktisch irrationale Impulse zu projizieren, die zwar nicht belegbar, aber auch nicht widerlegbar sind – und aus diesem Grund auch noch den Vorteil aufweisen, keinerlei aufwendige Recherchen zu beanspruchen. Derlei Hypothesen sagen dann in der Regel mehr über den Betrachter aus als über seinen Gegenstand.

Die Beschäftigung mit der »Angst« weist in dieser Beziehung einen zwiespältigen Charakter auf, der sie methodisch zu einem weniger abwegigen Thema macht. Wird Angst doch »gemeinhin« (und an dieser Stelle können wir uns der neuesten Ausgabe des Brockhaus bedienen) »als Reaktion auf eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung« definiert, ein Gefühlszustand überdies, dem man auch positive Aspekte abzugewinnen vermag, dient er doch nicht zuletzt der »Bereitstellung von Aufmerksamkeits- und Handlungspotentialen mit einer Steigerung der Leistungsfähigkeit als Antwort auf die Gefährdung«. Für den Historiker dürfte sich dabei vor allem die Frage nach dem tatsächlichen oder vermeintlichen Charakter der Bedrohung als fruchtbar erweisen, denn sie ist einer empirischen Überprüfung fähig und reiht sich noch dazu nahtlos ein in die Untersuchungen über die Wahrnehmung der Realität durch Akteure und Beteiligte, die im Zeitalter der »kulturalistischen Wende« mit ihrer unabsehbaren Galerie von »Bildern vom anderen« unübersehbar Konjunktur hat.

¹ Ich danke den Organisatoren der Tagung für die Anregung, meine dreißig Jahre alten Disserationsnotizen wieder auszugraben und mit der seither erschienenen Literatur zu vergleichen. Alle Archivzitate – sofern nicht anders angegeben – beziehen sich auf das unter Tony Blair zum »National Archive« mutierte »Public Record Office«. Die Begriffe Furcht und Angst werden im Folgenden als Synonyme verwendet.

Dieser Frage nach einer (möglicherweise) verzerrten Wahrnehmung, die mit Angst in einem ursächlichen Zusammenhang steht, soll im Folgenden exemplarisch am Beispiel der britischen Außen- und Rüstungspolitik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nachgegangen werden. Hier lag ganz offensichtlich eine weithin geteilte Überschätzung der aktuellen Bedrohung vor, wie sie von der deutschen Luftwaffe für die Sicherheit Englands ausging. Die Furcht der Zivilisten vor Bombenangriffen in einem kommenden Krieg war prinzipiell gerechtfertigt. Dennoch enthielten diese Warnungen ein beträchtliches futuristisches Element. Wenn Harold Macmillan, der spätere Premier, in den sechziger Jahren rückblickend schrieb: »We thought of air warfare in 1938 rather as people think of nuclear warfare today«,² dann reichten die technischen Mittel, die potentiellen Gegnern in den dreißiger Jahren zur Verfügung standen, jedenfalls bei weitem nicht aus, um derlei apokalyptische Visionen zu rechtfertigen. »The British were frightened by a ghost of their own making«, hat es Altmeister A. J. P. Taylor auf den Punkt gebracht.³ Allenfalls könnte man in diesem Kontext von »Präventiv-Angst« sprechen beziehungsweise von einem Problem der militärpolitischen »Fristentransformation«: Was 1932 erstmals in den Raum gestellt und 1938 in blutrünstigen Farben an die Wand gemalt wurde, erwies sich tatsächlich frühestens 1944 möglich – und entwickelte seine eigene Logik der Abschreckung gar erst in den fünfziger Jahren.⁴

Auch die Medien, Film und Literatur bemächtigten sich dieses Themas: Es entwickelte sich ein Genre der »apokalyptischen Literatur von Luftkriegspropheten«. ⁵ Nevil Shute beschrieb zum Beispiel in seinem Roman *What Happened to the Corbetts*, von dem im Frühjahr 1939 1 000 Exemplare an Air Raid-Wardens verteilt wurden, einen Kriegsbeginn, der mit unausgesetzten nächtlichen Bombenangriffen auf britische Städte einsetzte, ohne Vorwarnung, als »bolt from the blue«. Ein anderer Erfolgsschriftsteller, Cecil Scott Forester, der mit Romanen zur Seekriegsgeschichte (*Hornblower*-Serie) berühmt geworden war, nützte die weitverbreitete Erwartungshaltung, dass ein Krieg notwendigerweise auf diese Art beginnen müsste, im September 1939 zu einer geglückten privaten Spekulation: »I [...] have just won £ 25 in bets that there would be no raid on London in the first fortnight.« Charakteristischer Weise fügte allerdings auch Forester hinzu: »I got odds of 5 to 1, and I didn't mind risking my money

2 Harold Macmillan, *Winds of Change 1914–1939*, London 1966, S. 522. Im Ersten Weltkrieg hatten 36 deutsche Fliegerangriffe auf England mit knapp 400 Flugzeugen 583 Tote gefordert (Malcolm Smith, *British Air Strategy between the Wars*, Oxford 1984, S. 54).

3 A. J. P. Taylor, *The Second World War. An Illustrated History*, London 1975, S. 26.

4 Vgl. Brian Bond, *British Military Policy between the Two World Wars*, London 1980, S. 261: »The potential and imagined horror of aerial bombardment had been something of an obsession in Britain in the 1920s, long before the dramatic growth of the Luftwaffe under Hitler.«

5 Smith, *Air Strategy*, S. 170.

although I wouldn't risk my wife and children« (die er nach Herefordshire in Sicherheit gebracht hatte).⁶

Ein Jahr später schien die »Battle of Britain« die Warnungen der Pessimisten doch noch zu bestätigen – unter ganz anderen Voraussetzungen freilich, nämlich erst nach dem Fall Frankreichs, der in allen Vorkriegsannahmen als ausgeschlossen galt: Frankreich sei hinter der Maginot-Linie nahezu so sicher wie England hinter dem Kanal. Nur die Royal Air Force (RAF) konnte sich damals schon ein Szenarium ohne Frankreich vorstellen;⁷ ja, ihr Chef des Fighter Command, Air Marshal Dowding, atmete 1940 auf, als Frankreich kapitulierte: »I don't mind telling you that when I heard of the French collapse I went on my knees and thanked God« – weil er seine kostbaren Jäger, die Stars der kommenden »Battle of Britain«, jetzt nicht mehr über dem Kontinent verheizen lassen musste. Doch selbst unter diesen viel günstigeren Voraussetzungen als sie allen Vorkriegsannahmen zugrundelagen, mit Absprungbasen an der Kanal-küste, kam die deutsche Luftwaffe dem ihr unterstellten Ziel eines »k.o.-blow« niemals auch nur nahe.⁸

2. Die Instrumentalisierung der Angst

Angst hatten in erster Linie die, auf die es in erster Linie nicht allzu sehr ankam, nämlich die Zivilisten. Doch wie stand es um die berufenen Experten für den Luftkrieg, die Planer und Analytiker der Royal Air Force. Die RAF verfügte über ein durchaus zutreffendes, oft sogar erstaunlich präzises Bild⁹ vom aktuellen Stand der deutschen Rüstung.¹⁰ Dennoch trat sie der verzerrten Wahrnehmung

6 King's College, London, Liddell Hart Papers 292/56, Brief Foresters vom 26. September 1939.

7 Vgl. CAB 53/10, 265th Mtg. COS (Chiefs-of-Staff Sub-Committee), 21. Dezember 1938 (Newall: »was disinclined to accept the view that we were finished if Germany occupied the Channel ports«.)

8 Vgl. die präzisen Angaben bei Francis K. Mason, *Battle over Britain. A History of the German Air Assaults on Great Britain, 1917 – 18 and July – December 1940, and of the Development of Britain's Air Defence between the World Wars*, London 1969.

9 Vgl. z. B. die Angaben in den Appreciations AIR 9/76 (Comparison of the Strength of Great Britain with that of certain other nations 1938), verglichen mit den Ziffern bei Karl-Heinz Völker, *Die deutsche Luftwaffe 1933 – 39*, Stuttgart 1967; Lothar Höbelt, *Die britische Appeasementpolitik. Entspannung und Nachrüstung 1937 – 1939*, Wien 1983, S. 131 f.

10 Entgegen dem negativen Urteil von Wesley K. Wark, *Ultimate Enemy. British Intelligence and Nazi Germany 1933 – 1939*, Oxford 1986, der bloß die Prophezeiungen der Frühphase rügt (vgl. die Graphik auf S. 245), aber selbst an der fragwürdigen These vom Abschreckungswert der Luftwaffen der dreißiger Jahre festhält (S. 78); diverse irreführende Andeutungen finden sich auch bei Ian Kershaw, *Making Friends with Hitler. Lord Londonderry and Britain's Road to War*, London 2004, S. 83, 106 f. Beide inkriminierten Aussagen Londonderrys – dass die Luftwaffe bis Ende 1937 keine ernsthafte Bedrohung darstellen würde und dass ein vermehrter Ankauf von Flugzeugen 1935 im entscheidenden Moment nur zu einer Masse von

der Öffentlichkeit (und der Politik) nicht entgegen. Hier kommen wir vom Sektor der »depressiven Erwartungseffekte« zur Weckung von »Aufmerksamkeitspotentialen«, nämlich dem Bereich des klugen Lobbying und der interessegeleiteten Aussagen.

Anders gefragt: Konnte es sich die RAF überhaupt leisten, die deutsche Luftwaffe nicht zu überschätzen? Denn natürlich kam die zuweilen an Hysterie grenzende Stimmung über die Gefährdung durch Bombenangriffe dem Anliegen der RAF nach höheren Zuwendungen entgegen. Wir stoßen hier auf ein bekanntes Muster, den manipulativen Umgang mit der Angst (oder auch anderen Emotionen), wie es typisch für die PR-Abteilungen aller Managementhierarchien ist, im konkreten Fall: Auswärtige Gefahren werden über Gebühr dramatisiert, um eine Erhöhung des Wehrbudgets durchzusetzen. Dabei ging es freilich nicht bloß – wie bei vielen ähnlichen Manövern – um höhere Rüstungsausgaben im Allgemeinen, sondern um ein Ringen innerhalb der Streitkräfte, im Sinne einer Umschichtung des Wehrbudgets von Heer und Marine zur RAF, wie sich das an Hand der Zahlen leicht ablesen lässt: Der Anteil der RAF an den britischen Rüstungsausgaben verdoppelte sich von 1934 bis 1937 von 16 auf 32 Prozent (und erreichte 1939 dann schon 44 Prozent).¹¹ Das allein mochte Grund genug sein, warum sich die Experten diverse Übertreibungen gern gefallen ließen. Schließlich waren es ja auch die militärisch ineffektiven deutschen Luftangriffe 1917/18 gewesen, die zur Gründung der RAF als einer selbständigen Waffengattung geführt hatten, als der weltweit ersten ihrer Art, gefolgt von einem »twenty year war of independence on the part of the Air Ministry«.¹²

Umgekehrt trat angesichts der Konzentration auf die Bedrohung aus der Luft der Stellenwert anderer Wehrmachtsteile in den Hintergrund, so zum Beispiel wenn der Innenminister Sir Samuel Hoare Ende 1938 dem Heer als vorrangige Aufgabe zuwies: »ADGB [Air Defence of Great Britain] was the principal role of the army.«¹³ Das Resultat beschrieb der stellvertretende Generalstabschef Pownall: »All sorts of fatuous schemes to have men permanently hanging around the gun positions. [...] The Territorial Army will gladly come out if there is an emergency, but not merely because His Majesty's Government cannot decide whether there is an emergency or not.«¹⁴ War es bis 1938 das Heer, das zwischen

»obsolescent aircraft« geführt hätte – erwiesen sich als richtig. Vgl. Smith, *Air Strategy*, S. 253 ff. über die »stop-gap orders«.

11 Vgl. Höbelt, *Appeasementpolitik*, S. 196. Ein Armeevertreter kommentierte: »As if he /Newall/ hadn't had the moon already – more than he can usefully spend, if one judges by the slowness with which the RAF programme has developed.« (Brian Bond (Hg.), *The Diaries of Lt.-Gen. Sir Henry Pownall*, Bd. 1, London 1972, 2. Januar 1939).

12 Smith, *Air Strategy*, S. 304.

13 CAB 2/7, 341st Mtg. CID (Committee of Imperial Defence), 15. Dezember 1938.

14 Bond (Hg.), *Pownall-Diaries*, 27. März 1939. Allerdings war auch Pownall nicht ganz frei von

der von den Schranken der Flottenverträge befreiten Royal Navy und der RAF zerrieben zu werden drohte,¹⁵ so geriet ab Februar 1939 im Zeichen eines erneuten »Continental Commitment« und unmittelbarer Krisenszenarien die Marine mit ihren langfristigen Ausbauprogrammen in Argumentationsnotstand. Das Resultat hat ein Kenner so zusammengefasst: »A defence policy designed almost solely to avoid an unrealistic military scenario made the risks even greater than they need otherwise have been.«¹⁶

Präziser noch: Es ging bei diesen Schreckensszenarien nicht allein um Lobbying für die RAF, sondern um die Propagierung einer ganz bestimmten Abwehrstrategie – einer Abwehrstrategie freilich, die eben gerade nicht als Vorbereitung des Systems der ADGB gelten kann, die sich 1940 mit ihren Radarstationen und Jägerhorsten so sehr bewährte, sondern einseitig auf Vergeltungsangriffe ausgerichtet war. Auf die Gefahr hin, ein Klischee zu bemühen, lässt sich dieser Zusammenhang nicht besser illustrieren als durch die immer wieder zitierte Unterhausrede Stanley Baldwins vom 10. November 1932: »I think it well for the man in the street to realize that there is no power on earth that can protect him from being bombed. Whatever people may tell him [...] the bomber will always get through.«¹⁷

Das war damals – zumindest aus der Perspektive Londons – richtig, denn sobald feindliche Flugzeuge an der Kanalküste gemeldet wurden, reichte die Zeit nicht mehr aus, eigene Abfangjäger aufsteigen zu lassen, bevor der Gegner die Stadt erreicht hatte. Baldwins Warnung zeichnete dennoch ein falsches Bild der Lage, denn keines der Flugzeuge des Jahres 1932 war zu solchen weit ausgreifenden Unternehmungen in der Lage. Als dann die Bomber jedoch über entsprechende Reichweite und Tragkraft verfügten, hatten sich inzwischen auch die Abwehrmöglichkeiten verbessert, wie nicht zuletzt die »Battle of Britain« deutlich machen sollte. Diese Dynamik verhalf der RAF 1940 zu ihrem vielleicht berühmtesten Erfolg, stellte aber zugleich die Fundamente ihrer Strategie in Frage: Wenn strategischer Bombenkrieg selbst unter Einsatz von Begleitjägern nicht zum Erfolg führte, mussten seine Chancen bei Langstreckeneinsätzen über dem deutschen Hinterland noch weit geringer ausfallen. Hier half dann wiederum nur der Verweis auf den noch schwereren, noch besser bewaffneten

den Befürchtungen über einen »k.o. blow«: »A year or 18 months hence we shall be reasonably secure from defeat in a short war.« (26. Dezember 1938).

15 Vgl. Generalstabschef Gorts immer noch vorsichtig formulierte Beschwerde: »It might almost seem that the importance of the air defence of Great Britain had been overstressed in relation to our vital commitments elsewhere.« (CAB 53/8, 227th Mtg. COS, 19. Januar 1938). Sein Nachfolger Ironside zeigte sich von der Bomberdrohung hingegen über die Maßen beeindruckt (vgl. Bond, *Military Policy*, S. 278).

16 Smith, *Air Strategy*, S. 320.

17 Zitiert nach Keith Middlemas/John Barnes, *Baldwin. A Biography*, London 1969, S. 735.

Bomber der Zukunft, den »Idealbomber«, ein »Luftraumschiff« mit 3 000 Kilometern Reichweite, 4 bis 6 Tonnen Bomben an Bord und mehreren elektrisch betriebenen Kanonentürmen.¹⁸

Denn die deprimierende Vision, die mit der Erkenntnis einherging, dass England bis zu einem gewissen Grad aufgehört hatte, eine Insel zu sein, war von Baldwin 1932 sehr wohl mit dem Verweis auf Handlungspotentiale gepaart worden: »The only defence is offence, which means that you will have to kill women and children more quickly than the enemy, if you want to save yourselves.«¹⁹ Diese bewusst provokante Formulierung sollte durch ihre Schockwirkung eine pazifistisch angehauchte Öffentlichkeit aus ihrer Lethargie reißen. Dabei enthielt auch diese Vergeltungstheorie, die oberflächlich betrachtet bereits auf das Flächenbombardement des Zweiten Weltkrieges verwies, ein gehöriges Element der Desinformation: Denn die bevorzugten Ziele der RAF vor 1939, ja vor 1942, waren ganz andere als die apostrophierten »women and children«. Luftfahrtminister Swinton schränkte intern schon aus anderen Gründen ein: »The object was not indiscriminate counter-attack – for there was no London in Germany.«²⁰

Wiederum muss differenziert und zugespitzt werden. Bei der einseitig auf eine Vergeltungsstrategie fixierten Schlussfolgerung handelte es sich um kein publizistisches Manöver der »Militärs« schlechthin, auch nicht der RAF, sondern der dominanten Strömung innerhalb der RAF, die als einzige konsequent einen strategischen Luftkrieg anpeilte. Diese Strategie erschien zwar mit ihrem in Kauf genommenen »collateral damage« ziviler Verluste auf den ersten Blick inhuman, versprach aber auch wiederum Menschenleben zu schonen, wie ihre PropONENTEN nicht müde wurden zu betonen: Denn sie sollte durch gezielten Einsatz gegen die Schwachstellen der gegnerischen Kriegswirtschaft – als komplementäre Strategie zur Blockade – die blutigen Kämpfe zu Lande, wie sie durch Namen wie Somme oder Passchendaele symbolisiert wurden, tatsächlich überflüssig machen.²¹ »Air war would be unprecedentedly savage, but it would also be unprecedentedly short.«²² Tatsächlich stößt man hier bereits in den dreißiger Jahren auf eine Symbolfigur des Bombenkrieges, auf Arthur »Bomber«-Harris,

18 Vgl. Sir John Slessor, *The Central Blue*, London 1956, S.174 ff.

19 Middlemas/Barnes, Baldwin, S. 735. Vgl. eine späte Paraphrase dieses Diktums in einem neueren Werk mit apogetischer Tendenz: Robin Neillands, *The Bomber War*, London 2001, S. 30: »The bomber when deployed strategically is fundamentally a terror weapon, and that fact has to be faced and not fudged.«

20 CAB 53/90 A, 49th Mtg. Cab. (Cabinet), 22. Dezember 1937.

21 Auch der oft zitierte italienische Theoretiker des Luftkriegs, Giulio Douhet, war ein engagierter Kritiker der Praktiker des Stellungskrieges (und ist deshalb 1916 sogar im Arrest gelandet). Vgl. Gianni Rocca, *Cadorna. Il Generalissimo di Caporetto*, Mailand 1985, S. 149, 178.

22 Smith, *Air Strategy*, S. 310.

damals (Deputy) Director of Plans, der im Herbst 1936 die alarmistische Voraussage von sich gab, bei einem 1939 ausbrechenden Krieg müsse man mit 150 000 Bombentoten bereits in der ersten Woche rechnen.²³

Konsequent weitergedacht hieß das, Luftflotten könnten Kriege in nicht allzu ferner Zukunft im Alleingang entscheiden – eine Prophezeiung, die sich im nuklearen Zeitalter (wenn auch glücklicherweise nur in der Theorie) bewahrheiten sollte; ähnliche Behauptungen wurden von Harris 1942 aufgestellt, blitzten aber auch vorher schon auf. Als Sir Cyril Newall, der neue Chief of the Air Staff, 1937 sein Amt antrat, musste er sich bereits gegen den Vorwurf einer solchen – im doppelten Sinne – »isolationistischen« Strategie der RAF verteidigen. »The idea had got about that the RAF would run a private war of their own.«²⁴ Sein neuer Director of Plans, John Slessor, hatte schon im Vorjahr, in seinem Buch *Air Power and Armies* diesem Vorwurf die Zähne zu ziehen versucht, wenn er zugab: »No attitude can be more vain or more irritating in its effects than to claim that the next Grand War will be decided in the air, and in the air alone.«²⁵

Sobald Bomberflotten als die entscheidende Waffe jedes zukünftigen Krieges galten, kam ihnen naturgemäß auch die Rolle als primäre Abschreckungswaffe zu, als »deterrent«, wie es der Zivillist Kingsley Wood, der Chef der Londoner Konservativen, der im Mai 1938 als Nachfolger Swintons das Air Ministry übernahm, gehorsam nachbetete: »The bomber force was the best deterrent to avoid war.«²⁶ Diese Abschreckungsfunktion wurde im politischen Diskurs auf »parity« reduziert, auf einen numerischen Gleichstand mit der deutschen Luftwaffe als Mindestanforderung, das einem gewissen Prestigedenken verhaftet war, aber auch als Unterpfand für Abrüstungsverhandlungen dienen sollte, dabei aber militärisch schwerlich sinnvoll zu definieren war.²⁷

23 Vgl. die im Übrigen durchaus wohlwollende Biographie von Henry Probert, Bomber Harris, London 2003, S. 76. Möglicherweise lag dieser »Schätzung« ein Schlüssel von 50 Toten pro Tonne Bomben zugrunde (vgl. Wark, *Ultimate Enemy*, S. 67, 256). Im Zweiten Weltkrieg lag das Verhältnis in Großbritannien dann bei knapp unter einem Toten auf eine Tonne Bomben, in Deutschland war die Rate noch etwa um die Hälfte niedriger.

24 CAB 53/11, 290th Mtg. COS, 25. April 1939.

25 King's College, London, Liddell Hart Papers 10/36, 12. September 1936; vgl. auch Smith, *Air Strategy*, S. 60.

26 CAB 23/95, 53rd Mtg. Cab., 7. November 1938.

27 Das Konzept der »parity« mit Deutschland »relied on very complicated arithmetic«; allein schon die Definition von »first line air figures« habe sich als Minenfeld erwiesen. 1938/39 stand dahinter nicht zuletzt das Kalkül, durch die Einführung von schweren viermotorigen Bombern hinter der Fassade von »parity« eine überlegene »striking force« zu bilden (Smith, *Air Strategy*, S. 143, 146, 170, 217).

3. Die Dialektik der Furcht

Die Propagierung der Bomberflotte als (möglicherweise allein-)kriegsentscheidender Waffe hatte freilich ihre Kehrseite. Wer seinen eigenen Bombern diese Bedeutung beimaß, musste das logischerweise auch den gegnerischen zugestehen. Daraus ergab sich ein politisches Dilemma: »The calming influence of the Air Staff's more moderate and balanced assessments were offset by its own emphatic belief in the bombing offensive. The RAF was hoist with its own petard.«²⁸ Denn nahm man all die Vorhersagen über das Vernichtungspotential der Bomber ernst, dann war Großbritannien in seiner Handlungsfähigkeit beschränkt, solange potentielle Gegner über stärkere Luftstreitkräfte verfügten. Dieser Eindruck, den die deutsche Luftwaffe gerade im Krisenjahr 1938 glaubhaft erweckte,²⁹ rief damit mittel- und langfristig ein Bedrohungsszenarium hervor, das jenes der Hochseeflotte vor 1914 bei weitem übertraf – und damit eine zentrale Annahme Hitler'scher Konzepte von der problemlosen Koexistenz deutscher Land- und britischer Seemacht falsifizierte.

Bis dahin war das RAF-Führungsteam Ellington/Harris bei allen alarmistischen Allüren freilich von einem Kriegsausbruch in frühestens drei Jahren ausgegangen – sprich: passenderweise erst dann, wenn die RAF bereits über eine neue Generation schwerer Bomber verfügte, die diesen Namen verdienten. Diese Annahme wurde von Newall im März 1938 umgestoßen: »We should work on the assumption that we may be forced into war this summer.«³⁰ Ausgangspunkt der Überlegungen war dabei immer noch die Vorstellung von einem Match zweier Bomberflotten: »Unless we are ready to hit back at an aggressor immediately he had shown his hand, we may never get on equal terms with him again.«³¹ Um diese Fähigkeit war es, wie das Team Newall-Slessor bald feststellen musste, schlecht bestellt: »We cannot continue to base our system of air defence on what

28 John Terraine, *The Right of the Line. The RAF in the European War 1939 – 1945*, London 1985, S. 56 f.

29 Wenn Richard Overy (*The Air War 1939 – 1945*, London 1980, S. 23) diesen Eindruck einen Mythos nennt, so verweist er doch gleichzeitig auf die qualitativen Unterschiede; er hat natürlich recht, dass auch die 500 He 111 keine Bedrohung Großbritanniens darstellten, die politische Entscheidungen vorgeben musste. »Parity« – so ließe sich vielleicht formulieren – war auch 1938 noch gegeben, weil es im Sinne der Anforderungen eines strategischen Bombenkriegs, wie ihn die RAF anpeilte, weiterhin 0 : 0 stand.

30 AIR 8/237, Scheme L, Newall 12. März 1938. Der scheidende Sekretär des CID, Sir Maurice Hankey, fasste die Situation in die Worte: »The present European situation might be comparable to that of 1914, except that it would be necessary to substitute Herr Henlein for the Archduke Franz Ferdinand.« (CAB 53/9, 245th Mtg. COS, 25. Juli 1938).

31 AIR 8/222, Scheme J, Newall 25. November 1937. Tatsächlich zählte der Angriff auf die feindliche Luftfahrtindustrie oder die Flugplätze nicht zu den bevorzugten Plänen der RAF; im Vordergrund standen die Stromversorgung der Ruhr und die Ölraffinerien (Vgl. Smith, *Air Strategy*, S. 287 ff.).

is, in fact, a bluff which we cannot really afford to see called.«³² Eine Analyse im Frühjahr 1938 ergab: »The first line is to a considerable extent a façade.«³³ Im Herbst musste die RAF schließlich den Offenbarungseid leisten, was ihre eigenen Möglichkeiten betraf: »Air forces cannot be said to be in any way fit to undertake operations on a major scale.«³⁴ Wäre die Sudetenkrise eskaliert, so hätte die RAF bestenfalls einige (genauer: drei!) ältere Bomber nach Berlin geschickt, beladen ausschließlich mit Propagandamaterial.³⁵

Kurzfristig musste eine solche Bilanz allerdings zur äußersten Vorsicht mahnen. Der Militärtheoretiker Basil Liddell Hart hatte diese ambivalenten Auswirkungen der Angst vor Luftangriffen schon 1936 in einem Zeitungsartikel analysiert: »The uncertainty which exists as to the actual state of various nations' forces is nothing to the uncertainty which prevails as to their power. If the former engenders the fear which leads to war, the latter justifies fears that may deter the decision to embark upon war.«³⁶ Churchill gab daher auch rückblickend den Militärs die Schuld an den – wie er es sah – Fehlern der Appeasement-Politik: »Before the war we were greatly misled by the pictures they painted of the destruction that would be wrought by Air raids. [...] This picture of air destruction was so exaggerated that it depressed the Statesmen responsible for the pre-war policy, and played a definite part in the desertion of Czecho-Slovakia in August 1938.«³⁷

Diese Schuldzuweisung wurde von vielen Beteiligten nur allzu gerne akzeptiert. Sobald die Appeasement-Politik in Misskredit geraten war, wurde der Zeitgewinn, den sie England verschafft habe, bis sein Luftverteidigungssystem ausgebaut war, gerne zu ihrer Verteidigung ins Treffen geführt.³⁸ Dieses Motiv

32 AIR 9/76, Newall an Swinton, 17. September 1937.

33 AIR 8/237, Scheme L, Newall, 11. April 1938. Als »limiting factor« galt dabei v. a. die Personalfrage, der Mangel an Piloten.

34 CAB 53/37, 697 JP, 19. März 1938.

35 Vgl. AIR 8/251, Employment of Bomber Force in War. Der Chef des Bomber Command, Edgar Ludlow-Hewitt, empfahl 1938/39 deshalb auch ein Abgehen von der Konzentration auf schwere, aber langsame Bomber zugunsten eines leichten Schnellbombers (Smith, Air Strategy, S. 242 f., 293); zu Ludlow-Hewitts Skepsis gegenüber den Plänen des Ministeriums vgl. auch Terraine, Right of the Line, S. 81–91.

36 Liddell Hart Papers 10/36, Artikel für New York Times Magazine, 9. Februar 1936.

37 Sir Charles Webster/Noble Frankland, The Strategic Air Offensive against Germany 1939–1945, Bd. 1, London 1961, S. 184; auch Liddell Hart teilte diese Einschätzung (King's College, London, Liddell Hart Papers 450, Brief an Lloyd George, 30. September 1938).

38 Vgl. Viscount Templewood, Neun bewegte Jahre. Englands Weg nach München, Düsseldorf 1955; aber auch Lawrence Marquess of Zetland, »Essayez«, London 1956, S. 262 und Viscount Maugham, At the End of the Day, London 1954, S. 386, zwei der »neo-imperialistischen« Kabinettsmitglieder, die 1938 aus im Wesentlichen ganz anderen Motiven für Chamberlain optiert hatten. Die Kritik »post-revisionistischer« Autoren an dieser Argumentation scheint mir daher berechtigt (vgl. den Hinweis bei David Dutton, Neville Chamberlain, London 2001, S. 184). Wenn man der Luftwaffe keine so überragende Rolle beimaß, fiel der Verlust

trifft allerdings wohl nicht ganz den Kern der Sache. Zwar gab es einzelne Kabinettsmitglieder, wie zum Beispiel Hoare oder Winterton, die sich von diesem »window of vulnerability« schon damals beeindruckt zeigten.³⁹ Vor allem aber war dieser Hinweis auf Rüstungsdefizite ein Totschlagargument in Richtung der Kritiker à la Churchill: Gerade wer ständig auf die Versäumnisse der britischen Nachrüstung hinwies,⁴⁰ konnte doch unmöglich zu einem Krieg raten, der mit unzureichenden Mitteln geführt werden sollte. Die Opposition sah sich in der Schlinge ihrer eigenen Übertreibungen gefangen.

Chamberlain selbst hat die Furcht vor einem Krieg zwar benützt, wenn er zum Beispiel nach seiner Rückkehr aus Bad Godesberg davon sprach, denselben Weg wie sein Flugzeug hätten auch deutsche Bomber nehmen können.⁴¹ Er hat die Furcht vor den Auswirkungen eines neuerlichen Krieges auf die Position des Empire aus ganz anderen, ökonomisch-strategischen Erwägungen geteilt;⁴² die Argumente der strategischen Bomber-Schule überzeugten ihn persönlich allerdings nicht. Gerade aus den Monaten vor dem Münchner Abkommen findet

tschechischer Divisionen (und Produktionskapazität) 1938 natürlich mehr ins Gewicht; vgl. deshalb die Kritik von Williamson Murray, *The Change in the European Balance of Power, 1938 – 1939. The Path to Ruin*, Princeton 1984, S. 91, 262, der freilich die französischen Rüstungsfortschritte in den anderthalb Jahren vor dem Mai 1940 unterschätzt.

- 39 Zum innenpolitischen dramatis personae unübertroffen: Maurice Cowling, *The Impact of Hitler. British Politics and British Policy 1933 – 1940*, London 1975; vgl. auch R. A. C. Parker, *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of The Second World War*, New York 1993, S. 157 ff.
- 40 Vgl. Smith, *Air Strategy*, S. 161, 167, 176 f. für diverse Beispiele Churchill'scher Übertreibungen in diesem Sinne; Gill Bennett, *Churchill's Man of Mystery*. Desmond Morton and the World of Intelligence, London 2009, S. 172: Morton »sought to counterbalance the tendency to hyperbole [...]«.
- 41 Vgl. CAB 23/95, 42nd Mtg. Cab., 24. September 1938; ähnlich wurde von der Mehrzahl der Redner in der Parlamentsdebatte am 6. Oktober 1938 argumentiert (vgl. Smith, *Air Strategy*, S. 215 f.).
- 42 »Chamberlain has been the victim of the most prolonged and intense character assassination« (Smith, *Air Strategy*, S. 306). Die neueren Biographien Chamberlains konzentrieren sich zur Ehrenrettung des Premiers in der Regel mehr auf sein Oeuvre vor 1938: Robert Self, *Neville Chamberlain. A Biography*, London 2006; Nick Smart, *Neville Chamberlain*, Abingdon 2010; für das 20. Jahrhundert vgl. Dutton, *Chamberlain* (aus der Buchreihe »Reputations«), der eine »revisionistische« Phase nach Öffnung der Archive und eine »post-revisionistische« seit Mitte der achtziger Jahre unterscheidet, die zuweilen »full circle« zu den Polemiken der »Guilty Men«-Schule des Jahres 1940 zurückkehrt. Den Höhepunkt der »revisionistischen« Phase stellte zweifellos die Studie von George Peden, *British Rearmament and the Treasury. 1932 – 1939*, Edinburgh 1979, dar; für die Gegenbewegung gilt das – neben dem publikumswirksamen Andrew Roberts – zweifellos für Parker, Chamberlain and Appeasement. Er zollt dem Premier mehrfach Anerkennung (S. 326: »hard-working, clear-headed and efficient statesman«, S. 345: appeasement »was not a feeble policy of surrender and unlimited retreat«), schlägt sich aber schließlich doch auf die andere Seite: »this study proposes that the balance of evidence points to counter-revisionist interpretations« (S. 347). Dabei räumt er ein, dass seine hypothetische Alternative auf einer Kooperationsbereitschaft Stalins beruht, über dessen Absichten wir nach wie vor zu wenig wissen.

sich von ihm eine Stellungnahme, die eine ausgeprägte Skepsis durchblicken lässt: »It might be that in the next war the enemy might aim at a knock-out blow, but the evidence before him did not show that that was likely [to succeed].«⁴³ Auf Außenminister Lord Halifax, der während der Sudetenkrise auf eine härtere Linie umschwenkte, hatten die Befürchtungen der »shiver sisters« vielleicht sogar den gegenteiligen Einfluss: Er hielt die Integrität der Tschechoslowakei von vornherein für keinen hinreichenden Kriegsgrund, war aber der Ansicht, das Vereinigte Königreich dürfe sich nicht den Anschein geben, als ob es durch die impliziten Drohungen aus der Luft erpressbar geworden wäre.⁴⁴

Allerdings: Wäre Chamberlains Politik der friedlichen Koexistenz bei Hitler auf Resonanz gestoßen – und im Anschluss an München tatsächlich ein Rüstungsbeschränkungsabkommen zustande gekommen, wie er es wünschte⁴⁵ –, hätten die geschürten Befürchtungen sich als Bumerang für die RAF erweisen können. Denn wenn es zutraf, was Admiralstabschef Backhouse so formulierte: »The chief menace to world peace, to France and ourselves was the existence of a powerful German airforce«, dann lag die Schlußfolgerung nahe: »If this menace could be removed...surely our position would be far more secure.« Für die RAF argumentierte Newall vergeblich: »If bombing aircraft were eliminated, Germany would be placed in a still stronger position unless we were prepared to build up a larger army than at present contemplated.« Denn diese Rechnung kam gegen das Alpha und Omega der britischen Kriegsplanungen nicht auf: »Even so, the war had been won ultimately mainly by the exercise of economic pressure by means of the blockade«, lautete das Credo, das weit über die Kreise der Marine hinaus geteilt wurde und die Grundlage aller militärischen Lagebeurteilungen der dreißiger Jahre bildete.⁴⁶

43 CAB 53/90 A, 49th Mtg. Cab., 22. Dezember 1937; Parker, Chamberlain and Appeasement, S. 292, 346 kommt zu denselben Schlussfolgerungen.

44 Vgl. Andrew Roberts, »The Holy Fox«. A Biography of Lord Halifax, London 1991, S. 114–120 über Halifax' »night of insomnia«. Halifax hatte mehrfach (u. a. im Ministerrat vom 30. August und 24. September 1938, CAB 23/95) darauf hingewiesen, dass man die Tschechoslowakische Republik selbst nach einem siegreichen Krieg in dieser Form wohl nicht wiedererstehen lassen würde, am Ausgang eines solchen Krieges gegen Deutschland zweifelte er hingegen nicht (Ministerrat 17. September 1938).

45 Vgl. CAB 23/95, 51st Mtg. Cab., 31. Oktober 1938.

46 CAB 53/9, 260th Mtg. COS, 1. November 1938. Nur die RAF ließ hier gelegentlich Skepsis durchblicken, zu Recht, wenn auch nicht zuletzt aus dem Grund, um ihre Mitwirkung an der Auszehrung des deutschen Kriegspotentials nicht allzu peripher erscheinen zu lassen.

4. Furcht und fachliche Autosuggestion

Es wäre freilich ebenso verfehlt, hinter den stark übertriebenen Befürchtungen der RAF nur irrationale Elemente und manipulative Strategien am Werk zu erblicken. Die Vorhersagen des Harris-Teams gingen eben von einer Auseinandersetzung aus, die in der Zukunft stattfinden würde: Wie der berühmte Schlieffen-Plan von 1905 rechneten sie mit Verbänden und Waffensystemen, die es zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht gab oder die erst in allzu optimistisch bewerteten Prototypen existierten, wie zum Beispiel die ersten viermotorigen »Stirlings«. Die Nachfolger Newall beziehungsweise Slessor waren durchaus bereit, gewisse kritische Retuschen am Bild der Luftwaffe vorzunehmen, um die zur Panik gewandelte Euphorie zu bremsen, die sich aus der Eigendynamik der Luftkriegsdebatten mit all ihren Übertreibungen entwickelt hatte. »On balance, we are much inclined to doubt whether the German attack would be aimed primarily at the demoralization of the people. [...] By selecting the supply and distribution system she would be able to base estimates of the probable results of her bombing upon tangible data.«⁴⁷ Allenfalls tauchte hier die Vorstellung eines direkten Duells zwischen den Luftflotten auf, wie sie in England selbst nicht mehr vertreten wurde: »The first German objective might be to wipe out our Air striking force on the ground.«⁴⁸ Erst im Zusammenhang mit den Gerüchten über einen deutschen Überraschungsschlag im Winter 1938/39, die zur ersten der britischen Garantien – nämlich an die Niederlande – führten, hielt auch die RAF die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Schlags gegen London für näher gerückt.⁴⁹

Dennoch gab es für Newall und sein Team überzeugende Gründe, an der Annahme vom deutschen »Erstschlag«, dem gefürchteten »knock-out blow«, festzuhalten. Zum einen als eine »worst case assumption«, die man nicht völlig ausschließen könne, weil einfach noch keine Vergleichsdaten zur Verfügung standen. »In considering Air attack we are faced with the difficulty that we lack the guidance of past experience in almost all the factors which affect it.« Es lasse sich zwar eine Rechnung aufstellen, wie viel Tonnen Bomben die Luftwaffe unter

47 CAB 53/40, 747 JP, 15. Juli 1938 (»Appreciation of the Situation in the event of War against Germany in April, 1939«).

48 CAB 53/8, 219th Mtg. COS, 19. Oktober 1937. Für die RAF hatte der Deputy Chief of the Air Staff, Richard Peirse, die deutsche Luftwaffe als »target« nur als »short range policy« beschrieben. (CAB 16/181, Defence Plans (Policy) Sub-Committee, 1st Mtg., 19. April 1937).

49 Vgl. CAB 53/44, 831 JP, 26. Januar 1939 (Draft »European Appreciation 1939/40«): »[...] recent indications that the views of the German Air Staff are tending to turn in this direction.« Zum Hintergrund vgl. Höbelt, Appeasement, S. 63–66; Donald C. Watt, How War Came. The immediate Origins of the Second World War, 1938–1939, London 1989, S. 101; Bond, Military Policy, S. 299: »This illusory German threat to Holland achieved a change of emphasis which the actual threat to Austria and Czechoslovakia had failed to achieve.«

Anspannung all ihrer Kräfte in den ersten Kriegstagen über London abwerfen könnte, nämlich maximal – infolge der bekannten »German love of the Kolossal« – 2 000 bis 3 500 Tonnen.⁵⁰ Eine spätere Kalkulation (»on a mathematical calculation of the possibility of the worst case, in conditions most favorable to the enemy, based on a rate of intensity which may well be too high«) schraubte diese Zahl sogar noch zurück auf 900 Tonnen.⁵¹

Doch über die Wirkung dieses Bombardements auf die Infrastruktur (oder auch die Moral der Bevölkerung) fehlten schlicht die Erfahrungswerte. »The outcome of unrestricted air attack on this country by Germany is impossible to forecast with any accuracy.«⁵² Newall gab das Ausmaß dieser Unsicherheit offen zu: Auch eine eingehendere Studie könne zu keinen verlässlichen Resultaten führen.⁵³ Der RAF-Chef schloss daher vorsichtig, aber bestimmt: »[...] in an issue of this gravity we cannot afford to base our preparations on any assumption but that the attempt may be made.« Auch Liddell Hart, bekannt durch seine Kontroversen mit der orthodoxen Heeresleitung,⁵⁴ riet befreundeten Politikern: »I should cautiously avoid ruling out the possibility of decision by bombardment alone« (und setzte hinzu: »We will get there in time.«)⁵⁵ Über die Haltung der Zivilbevölkerung hieß es in einem Rundblick der Stabschefs Anfang 1939 dann mit patriotischer Inkonsequenz: »We do not doubt the morale of our people, whereas we should hope that well-organized propaganda might do much to undermine the confidence of our enemies.«⁵⁶

Der Verdacht, dass Deutschland – allen Vorbehalten zum Trotz – doch auf einen »knock-out blow« setzte, wurde durch einen fachlichen Zirkelschluss untermauert, der eigene Annahmen auf den Gegner projizierte: »No one can say with absolute certainty that a nation can be knocked out from the air, because no one has yet attempted it. There can be no doubt, however, that Germany and Italy

50 Vgl. CAB 53/32, COS-Paper 603, 20. Juli 1937 (»Estimated Scale of Air Attacks on England in the Event of War with Germany«); COS-Paper 616, 17. September 1937 mit der erläuternden Bemerkung des Air Staff: »We ourselves hope to operate at maximum intensity during the first week.«

51 AIR 9/90 (»German Emergency 1938«). Wenn dabei immer noch die Kapazität der He 111 überschätzt wurde, wie Wark (Ultimate Enemy, S. 66 f.) kritisiert, so handelte es sich doch um eine »worst case assumption«; mittelfristig wurde mit 500 bis 600 Tonnen gerechnet (was genau dem Ergebnis der Tabelle von Wark entspricht).

52 CAB 53/37, 697 JP, 19. März 1938.

53 Vgl. CAB 53/32, COS-Paper 603, Estimated scale of Air Attack on England (Dowding) 20. Juli 1937; CAB 53/9, 220th Mtg. COS, 22. Oktober 1937 (Newall).

54 Dem Generalstabschef Deverell schrieb er 1937: »It is at any rate a remarkable thing that though you have been in office 18 months we are still on speaking terms.« (Papers 212/21) Vgl. Brian Bond, Liddell Hart. A Study of his Military Thought, London 1977.

55 King's College, London, Liddell Hart Papers 242/26, Liddell Hart an »Chink« Dorman-Smith, 17. Februar 1936.

56 CAB 53/44, 831 JP, 26. Januar 1939, Draft European Appreciation.

believe it possible, as there can be no other explanation for their piling up armaments to a level which they could not hope to maintain in a long war.«⁵⁷ Hinter dieser Annahme verbarg sich die Umorientierung, die Newall selbst in Britannien vorgenommen hatte: Wer den strategischen Bombenkrieg ernst nahm, musste mit einem Ermattungskrieg zur Luft rechnen, bei dem von Anfang an hohe Verluste in Kauf genommen wurden. Eine Ausarbeitung Newalls vom November 1937 rechnete im Schnitt mit Verlusten von 50 Prozent des Standes pro Monat; im Herbst 1938 zum Beispiel mit 4 000 Bombern im ersten Jahr.⁵⁸ Um diese Verluste aufzufangen, mussten entsprechende Reserven zurückbehalten werden, bis die Kriegswirtschaft auf Touren kam. Der Umfang der vorgesehenen Reserven wurde daher von 100 bis 150 Prozent auf 210 bis 285 Prozent der »first line strength« verdoppelt.⁵⁹ Wenn Deutschland (und Italien) sich dieser Logik verweigerten, so konnte das nur bedeuten, sie vertrauten darauf, den Krieg mit einem »knock out blow« in den ersten Wochen beenden zu können. Die Alternative, dass nämlich die Luftwaffe überhaupt nicht mit einem strategischen Bombenkrieg rechnete, war für die RAF begrifflicherweise Anathema. »They could not see – let alone admit – that others (most significantly their potential enemies) might think differently.«⁶⁰

Auch diese Projektion, dass Deutschland notwendigerweise auf eine noch viel radikalere Variante des »strategic bombing« setzte als man selbst, war kein bloßes Hirngespinnst, sondern eine Ableitung aus wohlüberlegten, doch – wie sich herausstellte – nicht immer hieb- und stichfesten, dabei aber grundlegenden Annahmen der britischen Planungen. *Communis opinio* war, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg wegen der Blockade verloren habe, und ihm in jedem folgenden Konflikt ein ähnliches Schicksal bevorstehe: »There seems little doubt that the German General Staff realize that they lost the last war because they failed to win it in the first few months.«⁶¹ Sobald diese Voraussetzung akzeptiert war, konnte jegliche deutsche Kriegsbereitschaft überhaupt nur in dem Sinne interpretiert werden, dass Deutschland entweder bluffte oder aber sich gute Chancen ausrechnete, diesem unausweichlichen Schicksal, das

57 Slessor, *Central Blue*, S. 152, zitiert Newall vom 8. April 1938.

58 Vgl. AIR 8/222, Scheme J, 22. November 1937; AIR 8/248, 28. September 1938. In AIR 8/226 (Scheme K) finden sich unter dem 18. Januar 1938 Berechnungen der »wastage rates« von Flugzeugen: Bei Bombern wurde sie mit 28 Tagen bei heftiger, mit 55 Tagen bei leichter Abwehr angegeben. Im Kontext der übrigen Berechnungen ging man also offenbar von täglichen Einsätzen aus – eine Intensität, die beim strategischen Bombenkrieg später keineswegs erreicht wurde.

59 Vgl. CAB 23/90 A, 49th Mtg. Cab., 22. Dezember 1937; AIR 8/222, Scheme J; Slessor, *Central Blue*, S. 157, 206, 212.

60 Terraine, *Right of the Line*, S. 63 f.

61 CAB 53/40, 747 JP, 15. Juli 1938, »Appreciation of the Situation in the event of War against Germany in April, 1939«.

auch nicht durch irgendwelche militärischen Zufälle zu beeinflussen war, durch ein K.O. in der ersten Runde zu entkommen.

In der maßgeblichen Studie der Stabschefs vom März 1938 hieß es dementsprechend auch: »The deterrent effect of Great Britain and France opposing German aspirations in Central Europe would depend on the degree of Germany's expectations that she can obtain a k.o. blow against this country by ruthless use of the German air striking force.«⁶² Aus dieser Sicht hatte dann auch der Diplomat Harvey tatsächlich recht: »Really impressive Air Raid precautions were probably the greatest guarantee of European peace we could furnish.«⁶³ Sobald sich zum Beispiel durch Radar, Spitfires etc. die Lage zugunsten Englands verändert hatte, drängte sich dann der Umkehrschluss auf: »Hitler has missed the bus. His generals won't let him risk a war now.«⁶⁴

Die englische Abschreckungsstrategie hat Malcolm Smith boshaft kritisiert: »A British threat to defend London was hardly likely to change Hitler's plans for Czechoslovakia.«⁶⁵ Das klingt einleuchtend, freilich nur auf den ersten Blick. Denn solange die Blockade ihre Wirkung tat, war diese als Abschreckungsstrategie auch tatsächlich genug; wenn die Leuna-Werke, das Zentrum der deutschen synthetischen Treibstoffherzeugung, ausreichende Mengen zu produzieren in der Lage waren, dann nicht.⁶⁶ Hitler seinerseits überschätzte im Herbst 1939 den Abschreckungswert seines Bündnisses mit der Sowjetunion, das Chamberlain bloß mit der freudigen Erwartung quittierte, Italien und Japan würden ihm auf diesem Wege kaum folgen.⁶⁷ Der Zweite Weltkrieg – in der Form, wie er im September 1939 ausbrach, ganz anders als in »Mein Kampf« nachzulesen, nämlich als deutscher Krieg gegen England, und im Bündnis mit Stalin – war in diesem Sinne das Resultat des Scheiterns zweier Abschreckungsstrategien. Das nukleare Zeitalter mit seiner »Mutual Assured Destruction« hat zumindest dieses Risiko weitgehend vermindert.

62 CAB 53/37, 697 JP, 19. März 1938, § 90.

63 John Harvey (Hg.), *The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, London 1970, S. 429 f. (8. Januar 1939).

64 Robert Self (Hg.), *The Neville Chamberlain Diary Letters*, Bd. 4: *The Downing Street Years, 1934–1940*, London 2005, S. 419 (28. Mai 1939), ähnlich schon S. 377 (5. Februar 1939: »They missed the bus last September [...]«).

65 Smith, *Air Strategy*, S. 175. Vgl. auch das Zitat Ismays vom 22. September 1938 bei Michael Howard, *The Continental Commitment. The Dilemma of British Defence Policy in the Era of Two World Wars*, London 1972, S. 125.

66 Die Einschätzungen in AIR 9/129 und AIR 9/122, die zum Teil auf französische Quellen zurückgehen, wiesen sehr wohl auf das Potential der Leuna-Werke hin. Vgl. auch Smith, *Air Strategy*, S. 214.

67 Vgl. Self (Hg.), *Chamberlain Diary Letters IV*, S. 417 (27. August 1939); ähnlich auch im Brief an Arthur Chamberlain vom 25. Oktober 1939, wo es über Hitler heißt: »The agreement with Russia, into which he was lead by Ribbentrop, was a diplomatic blunder.« (University of Birmingham Library, Neville Chamberlain Papers 7/6).

5. Resümee

Angst resultierte aus Unsicherheit, nicht unbedingt im psychologischen Sinne, sondern im empirischen – aus Mangel an verlässlichen Erfahrungswerten. Darüber hinaus landen wir bei unserem Ausflug in die Welt der politisch relevanten Gefühle jedoch bei einem schönen Paradoxon: Es war nicht bloß die RAF, die sich in der eigenen Argumentation gefangen sah, sobald sie ihre Annahmen auf den Gegner projizierte. Sie musste einfach Angst haben, weil ihre eigenen suggestiven Behauptungen über die Wirkung von Luftangriffen sonst plötzlich unglaublich erschienen wären. »The gravest miscalculation on the part of the British, however, was not in an overestimate of the potential of the Luftwaffe, in particular, but of the effect of air power in general.«⁶⁸

Für Chamberlain war die Vorstellung eines möglichen deutschen ›knock-out blows‹ aus der Luft 1938 vermutlich kein so entscheidender Faktor wie oft behauptet; doch auch er glaubte, dass die Deutschen möglicherweise glaubten, dass er Grund habe, Angst zu haben. Anders wäre ihre Risikobereitschaft nicht zu erklären. Denn die übertriebenen Befürchtungen, die in England in den dreißiger Jahren Platz griffen, was die Auswirkungen von Luftangriffen betrifft, waren ihrerseits wiederum zu einem großen Teil ein Reflex übertriebener Selbstsicherheit. Gerade weil England sich sicher war, jeden Krieg gegen einen modernen, sprich: industrialisierten und daher rohstoffabhängigen Gegner binnen maximal drei Jahren durch die Blockade für sich entscheiden zu können, musste es jedem Herausforderer unterstellen, er vertraue auf ein baldiges K.O., um der sicheren Niederlage zu entrinnen.

Literaturverzeichnis

- Bennett, Gill, *Churchill's Man of Mystery. Desmond Morton and the World of Intelligence*, London 2009.
- Bond, Brian, *British Military Policy between Two World Wars*, London 1980.
- Bond, Brian, *Liddell Hart. A Study of his Military Thought*, London 1977.
- Bond, Brian (Hg.), *The Diaries of Lt.-Gen. Sir Henry Pownall*, Bd. 1, London 1972.
- Cowling, Maurice, *The Impact of Hitler. British Politics and British Policy 1933–1940*, London 1975.
- Dutton, David, *Neville Chamberlain*, London 2001.
- Harvey, John (Hg.), *The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, London 1970.
- Höbelt, Lothar, *Die britische Appeasementpolitik. Entspannung und Nachrüstung 1937–1939*, Wien 1983.

68 Smith, *Air Strategy*, S. 175.

- Howard, Michael, *The Continental Commitment. The Dilemma of British Defence Policy in the Era of Two World Wars*, London 1972.
- Kershaw, Ian, *Making Friends with Hitler. Lord Londonderry and Britain's Road to War*, London 2004.
- Macmillan, Harold, *Winds of Change 1914 – 1939*, London 1966.
- Mason, Francis K., *Battle over Britain. A History of the German Air Assaults on Great Britain, 1917 – 18 and July – December 1940, and of the Development of Britain's Air Defence between the World Wars*, London 1969.
- Maugham, Viscount, *At the End of the Day*, London 1954.
- Middlemas, Keith/John Barnes, Baldwin. *A Biography*, London 1969.
- Murray, Williamson, *The Change in the European Balance of Power, 1938 – 1939. The Path to Ruin*, Princeton 1984.
- Neillands, Robin, *The Bomber War*, London 2001.
- Overy, Richard, *The Air War 1939 – 1945*, London 1980.
- Parker, R.A.C., *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of The Second World War*, New York 1993.
- Peden, George, *British Rearmament and the Treasury. 1932 – 1939*, Edinburgh 1979.
- Probert, Henry, *Bomber Harris*, London 2003.
- Roberts, Andrew, »The Holy Fox«. *A Biography of Lord Halifax*, London 1991.
- Rocca, Gianni, Cadorna. *Il Generalissimo di Caporetto*, Mailand 1985.
- Self, Robert, *Neville Chamberlain. A Biography*, London 2006.
- Self, Robert (Hg.), *The Neville Chamberlain Diary Letters, Bd. 4: The Downing Street Years, 1934 – 1940*, London 2005.
- Slessor, Sir John, *The Central Blue*, London 1956.
- Smart, Robert, *Neville Chamberlain*, Abingdon 2010.
- Smith, Malcolm, *British Air Strategy between the Wars*, Oxford 1984.
- Taylor, A. J. P., *The Second World War. An Illustrated History*, London 1975.
- Templewood, Viscount, *Neun bewegte Jahre. Englands Weg nach München*, Düsseldorf 1955.
- Terraine, John, *The Right of the Line. The RAF in the European War 1939 – 1945*, London 1985.
- Völker, Karl-Heinz, *Die deutsche Luftwaffe 1933 – 39*, Stuttgart 1967.
- Wark, Wesley K., *Ultimate Enemy. British Intelligence and Nazi Germany 1933 – 1939*, Oxford 1986.
- Watt, Donald C., *How War Came. The immediate Origins of the Second World War, 1938 – 1939*, London 1989.
- Webster, Sir Charles/Noble Frankland, *The Strategic Air Offensive against Germany 1939 – 1945, Bd. 1*, London 1961.
- Zetland, Lawrence Marquess of, »*Essayez*«, London 1956.

Nuclear fear, konventionelle Kriege und die Instrumentalisierung von Angst in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg¹

»I am become Death, the destroyer of worlds.«² An diesen Satz aus einem hinduistischen Gebetsbuch soll sich Robert Oppenheimer erinnert haben, als er die Explosion der ersten Atombombe im Juli 1945 verfolgte.³ Bis heute gibt es nur wenige Wendungen, die die Angst vor der Bombe in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit so wenigen Worten so präzise beschreiben. Und der Vater der ersten Nuklearwaffe sollte mit dieser Angst nicht alleine bleiben. Nachdem nur Wochen nach dem *Trinity*-Test die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen, erfassten angstvolle Gefühle weite Teile der US-Gesellschaft und damit jener Nation, die (damals) als einzige in der Lage war, diese Waffe einzusetzen. Die Angst vor der Bombe war nicht bloß die Angst vor einer weiteren Waffe. Die Angst vor der Bombe war in großen Teilen der Öffentlichkeit und auch bei so manchen – wenn auch nicht bei allen – politisch-militärischen Entscheidungsträgern⁴ die Angst vor dem Ende der menschlichen Zivilisation; vor dem Ende der Welt. Genau diese Angst, ihre Auswirkungen, ihre Genese und vor allem ihre Implikationen im US-amerikanischen Kontext zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den frühen 1960er Jahren wollen wir im Folgenden näher betrachten.

Dabei gilt es, einer These nachzugehen. Nämlich der, dass die von den Menschen empfundene, von Anfang an präsente Angst vor der Atombombe in den USA von der US-Regierung instrumentalisiert wurde. Die Exekutive verfolgte dabei ein außen- wie innenpolitisch relevantes Ziel: Die eigene Bevölke-

1 Ich danke Patricia Wiegmann und Marcus Sonntag für ihre wertvollen Hinweise, Anregungen und Korrekturen. Die Verantwortung für diese Zeilen liegt jedoch allein bei mir. Jedwede Form von Kritik fällt allein auf mich zurück, SH.

2 Zitiert nach Spencer R. Weart, *Nuclear Fear. A History of Images*, Cambridge 1988, S. 101.

3 Vgl. ebd. Zum gespaltenen Verhältnis Oppenheimers zur Atombombe vgl. Kai Bird/Martin J. Sherwin, *American Prometheus. The Triumph and Tragedy of Robert J. Oppenheimer*, New York 2005.

4 Für eine Detailstudie zu den unterschiedlichen Haltungen verschiedener Politiker gegenüber der Bombe vgl. John Lewis Gaddis u. a. (Hg.), *Cold War Statesmen Confront the Bomb. Nuclear Diplomacy since 1945*, Oxford 1999.

rung hinter der eigenen, harten Linie im Kampf gegen den weltweiten Kommunismus zu sammeln. Gleichzeitig werden wir aber sehen, wie schwierig diese Instrumentalisierung umzusetzen war. Für die US-Administrationen von Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower war es entscheidend, die richtige Dosis Angst zu kommunizieren, der US-Gesellschaft das richtige Maß dieser *nuclear fear* zu vermitteln. Denn nur so konnte es den Regierungen gelingen, die Angst vor der Bombe so einzusetzen, dass sie im Kalten Krieg innen- und vor allem außenpolitisch nutzbar blieb, ohne zu einer Gefahr für die Intentionen der Administrationen zu werden. Dieser Versuch der Instrumentalisierung von Ängsten war im Kalten Krieg nicht nur für die Angst vor der Bombe von Bedeutung. Das Spiel mit der Angst war einer der fundamentalen Mechanismen des Kalten Krieges.

Auf den folgenden Seiten werden wir zunächst die Genese der *nuclear fear* in den USA betrachten, ehe wir uns in einem zweiten Teil der eigentlichen Instrumentalisierung dieser Angst widmen. Zunächst sollen uns vor allem öffentliche Äußerungen beschäftigen, die sichtbar machen, wie sehr sich 1945 zwei grundlegende, angstvolle Strömungen zur *nuclear fear* bündelten, und wie diese schließlich rasch in den USA um sich griff. Wenn wir auf die Instrumentalisierung von Angst schauen, ist im Anschluss besonders ein Blick auf die einstmals streng geheimen Regierungsdokumente des *National Security Council* aufschlussreich. Diese offenbaren, wie offen im Weißen Haus und im Pentagon (hinter den Kulissen) Angst als Waffe begriffen wurde. In einem dritten Abschnitt werden wir die Grenzen der Instrumentalisierbarkeit der *nuclear fear* schlaglichtartig behandeln. Wie sehr der Umgang mit der Angst vor nuklearen Auseinandersetzungen dem mit der Angst vor konventionellen Kriegen ähnelte, wird dann in einem abschließenden Teil noch einmal gezeigt: Angstvolle Gefühle spielten ganz allgemein für die Durchsetzung außenpolitischer Ziele in den USA im Kalten Krieg eine gewichtige Rolle.

Noch ein Wort zu den Begrifflichkeiten: Während des größten Teils des Aufsatzes wird die Angst vor der Bombe allgemein als ebensolche beschrieben werden – als Angst oder als *nuclear fear*, wie es im Englischen heißt.⁵ Das geschieht so, weil spätestens mit der Einleitung dieses Bandes deutlich geworden ist, wie schwer sich die unterschiedlichen Angst-Begriffe und ihre Definitionen gegeneinander abgrenzen lassen und wie individuell Zuschreibungen von Angst oder Furcht waren und sind. Das spiegelt sich nicht zuletzt darin, dass auch Zeitgenossen alle möglichen Wendungen für die Angst vor der Bombe parallel und synonym füreinander benutzt haben. *Fear, scare, anxiety* finden sich zum Beispiel in US-Zeitungen aus der Zeit des Kalten Krieges gleichermaßen, ohne

5 Die Wendung *nuclear fear* wird in diesem Aufsatz in Anlehnung an die Monografie von Spencer R. Weart benutzt. Vgl. Weart, *Nuclear Fear*.

dass stets ein Bedeutungsunterschied deutlich wäre. An einigen Punkten wurde in Bezug auf die Angst vor der Bombe bisweilen auch von *panic* gesprochen, eben jenem angstvollen Gefühl, das sich jenseits kalkulierbarer Emotionen bewegt.

Freilich lassen sich diese Ängste, das hat die Einleitung ebenfalls gezeigt, trotzdem sinnvoll historisieren. Die verschiedenen Begriffe lassen sich als Analysekatoren nutzen, bei deren Anwendung es wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, wie sehr es sich dabei um Konstrukte von Historikern handelt, die über Vergangenes gelegt werden. Genau das werden wir kurz vor Schluss dieses Aufsatzes tun und dann auf eine Unterscheidung der Begrifflichkeiten zur Angst zurückkommen – und dabei auch sprachlich noch einmal die großen Linien der *nuclear fear* im Nachkriegs-Amerika zeichnen.

Angst vor dem Atom, Angst vor dem Tod aus der Luft – Grundlagen der *nuclear fear*

Anders als die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki traf die *nuclear fear* in den USA 1945 die Menschen nicht aus dem Nichts; auch wenn ihr Um-Sich-Greifen in der US-Gesellschaft nach Bekanntgabe der Angriffe auf die japanischen Städte plötzlich zu sein schien. Zwei angstvolle Traditionslinien bündelten sich im August 1945 in der *nuclear fear*: die Angst vor einem Luftkrieg und die Angst vor der Welt der Atome.

Spätestens mit dem Flug der Gebrüder Wright im Jahre 1903 war die Frage des militärischen Einsatzes von Flugzeugen in den strategischen und kriegspolitischen Debatten präsent. Vor allem die Möglichkeiten des strategischen Bombardements feindlicher Ziele waren ein zentrales Thema. Die Grundidee des strategischen Luftkrieges ruhte auf zwei Annahmen: Erstens, »[that] the bomber will always get through«, wie es der britische Premierminister Stanley Baldwin 1932 im Unterhaus mit einer inzwischen berühmt gewordenen Wendung auf den Punkt brachte.⁶ Zweitens ruhte sie auf der Überzeugung, dass die modernen, komplexen städtischen Gesellschaften sehr anfällig für Bedrohungen ihres Hinterlands und mehr noch ihrer urbanen Zentren seien.⁷ Hieraus entwickelte

6 Zitiert nach Francis K. Mason, *Battle Over Britain. A History of the German Air Assaults on Great Britain, 1917–18 and July–December 1940, and of the Development of Britain's Air Defences between the World Wars*, 2. Aufl., Harvest Hill 1990, S. 13. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Lothar Höbelt in diesem Band.

7 Vgl. Tami Davis Biddle, *Rhetoric and Reality in Air Warfare. The Evolution of British and American Ideas about Strategic Bombing, 1914–1945*, Princeton 2002, S. 4, 7, 288–290; Michael S. Sherry, *The Rise of American Air Power. The Creation of Armageddon*, New Haven 1987, S. 1–21.

sich seit den letzten beiden Jahren des Ersten Weltkrieges schnell die durch das 20. Jahrhundert dominierende Vorstellung von den Effekten strategischer Bombardierungen: Durch Angriffe auf so genannte Nervenzentren des Feindes, oft Städte, sei es möglich, einen bewaffneten Konflikt aus der Luft zu entscheiden.⁸

Der italienische General Giulio Douhet hatte wie kaum ein anderer diese Vorstellung in seinem 1921 erstmals erschienen Buch *The Command of the Air*⁹ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Darin hieß es: »How could a country go on living and working under this constant threat [of being bombed by aircrafts – SH], oppressed by the nightmare of imminent destruction and death? [...] The brutal but inescapable conclusion we must draw is this: in the face of the technical developments of aviation today, in case of war the strongest army we can deploy [...] and the strongest navy we can dispose [...] will provide no effective defence against determined efforts [...] to bomb [...] cities.«¹⁰

Auch in den USA lösten derartige Vorstellungen Ängste vor einem kommenden Luftkrieg aus. Nicht zuletzt die Bombardierung Großbritanniens durch die deutsche Luftwaffe während des Ersten Weltkrieges und dann auch während des Jahres 1940 ließ befürchten, dass Meere und Ozeane keinen Schutz vor dem Tod aus der Luft bieten würden.¹¹

Die *nuclear fear* war aber gleichsam das Produkt der Angst vor der unheimlichen Welt der Atome und der Berichte, die im Laufe der 1930er und 1940er Jahre aus den Laboren der Atomphysiker drangen¹² – zeitlich gesehen erstaunlich parallel zur Entwicklung moderner Luftkriegstheorien. Zwar wurde in den Berichten aus den Laboren von allerhand vielversprechenden neuen Technologien erzählt; zum Beispiel davon, dass es gesund sei, radioaktiven Nebel einzuatmen.¹³ Doch schwang bei all dem auch immer die Angst mit, dass eine Spaltung der kleinsten damals bekannten Teilchen das Ende der Welt hervor-

8 Vgl. ebd.

9 Giulio Douhet, *The Command of the Air*, Washington/DC 1983 [Nachdruck der 1921 erschienenen Erstauflage].

10 Ebd., S. 22, S. 10.

11 Vgl. Biddle, *Rhetoric and Reality in Air Warfare*, insb. S. 176–213. Für einen Einstieg in die Geschichte strategischer Überlegungen zum Einsatz von Atomwaffen vgl. Lawrence Freedman, *The Evolution of Nuclear Strategy*, 3. Aufl., Houndmills 2003.

12 Für eine Detailstudie vgl. Philip L. Cantelon/Robert C. Williams (Hg.), *The American Atom. A Documentary History of Nuclear Policies from the Discovery of Fission to the Present*, Philadelphia 1984. Für eine detaillierte, teilweise romanhaft erzählte Geschichte der US-Atomforschung und des Manhattan Projekts vgl. Richard Rhodes, *The Making of the Atomic Bomb*, New York 1986. Für eine weitere Detailstudie vgl. Jeff Hughes, *The Manhattan Project. Big Science and the Atom Bomb*, 3. Aufl., Cambridge 2003.

13 Vgl. Weart, *Nuclear Fear*, S. 37.

bringen könnte. Wie es der Physiker Ernest Rutherford ausdrückte: »Some fool in a laboratory might blow up the universe unawares.«¹⁴

Solche Äußerungen trugen wenig zur Beruhigung einer Welt bei, die in den 1930er Jahren immer tiefer ins Chaos zu sinken schien. Im Gegenteil – derartige Stimmen schürten die Angst vor den Atomen weiter, zeichneten sich doch zunehmend militärische Verwendungsmöglichkeiten ab: Als in die angespannte Stimmung des Jahres 1938 die Nachricht platzte, dass einige Wissenschaftler mit der kontrollierbaren Freisetzung gewaltiger Energiemengen durch die Spaltung von Atomen experimentierten, waren die beiden Vorläuferstränge der *nuclear fear* so eng beieinander wie niemals zuvor.¹⁵ Mit dieser Nachricht rückte die nicht mehr »zufällige Explosion in einem Labor«, sondern der Transport von atombasierenden Bomben ins Hinterland des Gegners in den Bereich des Möglichen.

Intensiviert wurden diese Ängste nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges weiter, als Berichte über die Fortschritte der Deutschen bei der Atomforschung an die Öffentlichkeit drangen. Nicht zuletzt die Berichte in den Zeitungen, die vom Kampf um »Schweres Wasser« handelten, halfen, die Angst vor möglichen Atomwaffen anzufachen.¹⁶ Mit den Abwürfen der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 verschmolzen die Ängste vor dem Luftkrieg und den Atomen in den USA miteinander – zur *nuclear fear*. Sie fand ihren Platz inmitten der US-amerikanischen Gesellschaft. Wenngleich es auch vereinzelt Stimmen gab, die im August 1945 die angeblich sorgenfreie Zukunft durch die Nutzung der Kernenergie priesen¹⁷, überwog von Beginn an die Angst vor dem neuen, atomaren Zeitalter und seinen Schrecken. Der US-Historiker Paul Boyer hat das mehrfach herausgearbeitet und betont, wie unmittelbar nach den Bombeneinsätzen die *nuclear fear* in der US-Öffentlichkeit um sich griff.¹⁸ Als bezeichnend für die ersten Reaktionen vieler Menschen auf die Nachricht von der Bombe beschrieb er »the child who, in a prayer shortly after Hiroshima, asked God to let his family all die together; the little girl who, when asked what she wanted to be when she grew up, replied ›alive‹.«¹⁹

So wird deutlich, dass die Genese der *nuclear fear* in den USA kein von einer vermeintlich übermächtigen Exekutive gesteuerter Prozess war. Um es noch deutlicher zu formulieren: Die US-Regierung »erfand« die *nuclear fear* 1945

14 Zitiert nach ebd., S. 18.

15 Vgl. ebd., S. 77–83.

16 Vgl. beispielhaft The New York Times, 4. April 1943, S. 18; 26. Dezember 1943, S. E5; 18. November 1944, S. 6.

17 Vgl. beispielhaft The New York Times, 12. August 1945, S. E4, S. 29.

18 Vgl. Paul Boyer, *By the Bomb's Early Light. American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age*, 2. Aufl., Chapel Hill 1994, insb. S. 3–26.

19 Ebd., S. 16.

nicht; ebenso wenig war sie selbst angstfrei im Angesicht der möglichen Vernichtung. Auch US-Präsident Truman beispielsweise empfand Angst vor der Bombe. In seinem privaten Tagebuch fand sich im Juli 1945, unmittelbar nach dem *Trinity*-Test, folgender Eintrag: »We have discovered the most terrible bomb in the history of the world. It may be the fire destruction prophesied in the Euphrates Valley Era, after Noah and his fabulous Ark.«²⁰ Den Ängsten vor dem Luftkrieg, vor den Atomen und vor dem, was aus der Überlagerung beider Ängste werden sollte, konnte auch er sich nicht verschließen.²¹

Wie existenziell die *nuclear fear* im August 1945 war, kann eine Karikatur aus der *New York Times* vom 12. August 1945 zusammenfassend deutlich machen.²² Freudestrahlend sitzt der Kriegsgott Mars auf einem Stuhl. In der Hand hält er eine große Kugel. Aufschrift: »Atomic Bomb. Guaranteed to Destroy Everything.« Offenkundig freut sich Mars, nach Jahrhunderten der technologischen Entwicklungen endlich die ultimative Waffe zu besitzen. Er kommentiert es mit zwei Worten: »At last.« Die kurze Textzeile über der Karikatur bringt die Angst vor der Zukunft zum Ausdruck, die aus dieser Zeichnung spricht: »He must never rise again«. Die Botschaft könnte kaum klarer sein: Mit der Atombombe bewaffnet, wird – sollte es noch einmal zu einem großen Krieg kommen, sollte sich Mars noch einmal von seinem Stuhl erheben – die nächste bewaffnete Auseinandersetzung das Ende der Welt bedeuten. Denn die Bombe »garantiert, alles zu zerstören«.

Truman, Eisenhower und die geheimen Papiere des *National Security Council*

Die Zeichnung des stämmigen Mars' zeigt uns noch etwas anderes als das Werden der Angst vor der Bombe. Sie beleuchtet schlaglichtartig, dass die *nuclear fear* in den USA im August 1945 bereits mit einer außenpolitisch bedeutsamen Komponente aufgeladen war. Wenn es um die Angst vor der Bombe ging, war die Frage sehr oft nicht: »Was können wir mit der Atombombe ausrichten?« Vielmehr fokussierten solche Fragestellungen die USA eben nicht als Besitzer der Waffe, sondern als deren potenzielles Opfer: »Was, wenn jemand eine solche Waffe in der Zukunft gegen uns einsetzen sollte?« Das war es, was mal mehr, mal weniger deutlich gefragt wurde.

20 Tagebucheintrag von Harry S. Truman, 25. Juli 1945, in: Robert H. Ferrell (Hg.), *Off the Record. The Private Papers of Harry S. Truman*, New York 1980, S. 55 f.

21 Für Trumans ambivalente Haltung zur Atombombe vgl. auch S. David Broscious, *Longing for International Control, Banking on American Superiority. Harry S. Truman's Approach to Nuclear Weapons*, in: Gaddis u. a. (Hg.), *Cold War Statesmen Confront the Bomb*, S. 15–38.

22 Vgl. Karikatur, *He must never rise again*, in: *The New York Times*, 12. August 1945, S. E4.

Und in diesem Klima der Angst verstärkte die US-Regierung die *nuclear fear* weiter. Die Administration von US-Präsident Truman instrumentalisierte sie – jetzt, da die Angst vor der Bombe schon einmal da war. Vermutlich zumindest ein wenig getragen von dem Willen, den Krieg gegen Japan mittels der Atombomben und nicht durch eine Invasion der japanischen Hauptinseln zu entscheiden²³, stellten Truman und die seinen die angsteinflößende Zerstörungskraft der Bombe heraus und machten damit Außenpolitik.

Das Statement Trumans zum Abwurf der ersten Atombombe²⁴ spiegelt diese Instrumentalisierung wider: Mit dem Abwurf der Bombe, so erklärte der Präsident unmittelbar nach dem Angriff auf Hiroshima, hätten die Vereinigten Staaten eine Waffe in den Händen, mit denen sie »a rain of ruin from the air«²⁵ auf Japan niedergehen lassen könnten, sollte das Reich der aufgehenden Sonne weiterhin die Forderungen der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation nicht erfüllen. Die Bombe habe eine Sprengkraft von 20 000 Tonnen TNT-Equivalent gehabt, sagte er. Und weiter: »It is an atomic bomb. It is a harnessing of the basic power of the universe. The force from which the sun draws its power has been loosed against those who brought war to the Far East. [...] [Henceforth we] shall destroy their docks, their factories and their communications. Let there be no mistake; we shall completely destroy Japan's power to make war.«²⁶ Truman verband damit in seinen Ausführungen luftkriegstheoretische Ansätze mit der Kraft der Atomspaltung – er kombinierte und betonte jene Faktoren, aus denen sich die *nuclear fear* konstituierte. Diese Worte waren nicht nur an die Adresse Tokios, sondern ebenso an das US-amerikanische Volk gerichtet. Denn die Angst vor der Bombe in der US-Gesellschaft zu schüren, bedeutete gleichermaßen, den Menschen ihre Wirkmacht zu erklären und damit den Glauben daran zu wecken, dass nach vier Jahren Krieg ein Ende des Ringens absehbar war. Die Regierung sprang nach 1945 also auf den Zug der atomaren Ängste auf, der durch den Abwurf der Bomben über Hiroshima und Nagasaki ins Rollen gekommen war. Dass sie diesen Stahlkoloss trotzdem zu lenken versuchte, tut

23 Seit 1945 ist eine inzwischen nahezu nicht zu überblickende Zahl von Publikationen zur Frage erschienen, warum Truman den Einsatz der Atombomben über Japan befahl. Für einen Einstieg vgl. Dennis D. Wainstock, *The Decision to Drop the Bomb*, Westport 1996; Gar Alperovitz, *The Decision to Use the Atomic Bomb and the Architecture of an American Myth*, London 1995. Das Buch von Alperovitz löste Mitte der 1990er Jahre (noch einmal) eine emotionale Debatte zum »Warum?« des Atombombeneinsatzes aus. Das US-Historiker-Netzwerk H-Net war ein Spiegel dieser Kontroverse, die sich online nachlesen lässt: <<http://www.doug-long.com/debate.htm>>, [Stand: 8. Mai 2010]

24 Vgl. Harry S. Truman, *Statement by the President Announcing the Use of the A-bomb at Hiroshima, August 6, 1945*, in: Harry S. Truman, *Public Papers of the Presidents of the United States, 1945, Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, April 12 to December 31, 1945*, Washington 1961, S. 197.

25 Ebd.

26 Ebd.

dieser Feststellung keinen Abbruch; gerade nicht, weil Truman und auch die nachfolgenden US-Präsidenten noch erkennen sollten, wie schwer es sein würde, einen Zug zu lenken, der sich nur entlang eines normativ vorgeprägten Schienennetzes zu bewegen vermochte.

Die Instrumentalisierung der *nuclear fear* nach außen wie nach innen bestimmte den Kalten Krieg insgesamt. Das Drohen mit dem zerstörerischen Potenzial der Bombe, das ist inzwischen in unzähligen Studien zum Kalten Krieg herausgearbeitet worden, gehörte zu den Ritualen des Balancierens am Rande eines Dritten Weltkrieges.²⁷ Schnell nach dem Ende des Krieges hatten die USA die Bombe gegenüber der Sowjetunion als Drohmittel benutzt. Mit Blick auf die Londoner Außenministerkonferenz im September 1945, so schrieb US-Kriegsminister Henry L. Stimson beispielsweise in sein Tagebuch, habe sich sein Amtskollege für auswärtige Angelegenheiten, James F. Byrnes, mit der Gewissheit, »[of] having the presence of the bomb in his pocket« bedeutend wohler gefühlt.²⁸

Die Bombe und das angstzentrierte Sprechen über die Nuklearwaffen dienten aber nicht nur zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele auf internationalem Parkett. Zusätzlich flankierte die US-Regierung damit ihre außenpolitischen Zielsetzungen im Inneren, indem die US-Administration die Angst vor der Bombe nutzte, um eine innenpolitische und innergesellschaftliche Mobilisierung für ihre außenpolitischen Ziele und Mittel zu erreichen.

Unreflektiert waren die Äußerungen der Administrationen zur Macht der Atomwaffen nicht – ein Umstand, der es eben rechtfertigt, die Nutzung der *nuclear fear* durch die Regierung als Instrumentalisierung zu beschreiben. Ein Blick in die Papiere des *National Security Council* (NSC) offenbart, welch hohen Stellenwert die Bombe und die Angst vor ihr für die US-Außenpolitik genossen; wie sehr die Instrumentalisierung der Angst Regierungshandeln war. In diesen Dokumenten wurde das Sprechen über die Bombe an Fragen des nationalen Widerstandswillens gekoppelt. Bereits im November 1948 berichtete der NSC im NSC 20/4²⁹ zum wiederholten Male über die Bedrohung der USA durch die Sowjetunion an den Präsidenten. Neben einer Analyse über Art und Umfang der kommunistischen Gefahr³⁰ schlug der Rat auch konkrete Maßnahmen vor, wie der Bedrohung Herr zu werden sei. Dazu hieß es, es sei nötig »[to keep] the U.S. public fully informed and cognizant of the threats to our national security so that

27 Vgl. beispielhaft: Gaddis u. a. (Hg.), *Cold War Statesmen Confront the Bomb*; Stephen J. Whitfield, *The Culture of the Cold War*, 2. Aufl., Baltimore 1996.

28 Zitiert nach Ronald E. Powaski, *March to Armageddon. The United States and the Nuclear Arms Race, 1939 to the Present*, New York 1987, S. 29.

29 NSC 20/4, in: US-Department of State, *Foreign Relations of the United States, 1948*, Bd. I, General; *The United Nations* (in two parts), Teil 2, Washington/DC 1976, S. 662–669.

30 Vgl. ebd., S. 663–667.

it will be prepared to support the measures which we must accordingly adopt«. ³¹ Und auch im wohl wichtigsten NSC-Papier des frühen Kalten Krieges, NSC 68 ³² vom April 1950, hielten ähnliche Sätze Einzug. Dort wurde ebenfalls die Bedeutung unterstrichen, die eine Geisteshaltung des Widerstandes im Kampf gegen den Kommunismus habe. Nur eine gefestigte nationale Moral sei in der Lage, so NSC 68, die (empfundene) Schwächen der USA im Kalten Krieg zu überwinden. ³³

Dass damit ein Prozess in Gang gesetzt werden sollte, der das Sprechen über die Bombe beinhalte und für den zuallererst die Regierung verantwortlich sei, betonte das Dokument ausdrücklich: »This process requires, firstly, that sufficient information regarding the basic political, economic and military elements of the present situation be made publicly available so that an intelligent popular opinion may be formed. Having achieved a comprehension of the issues now confronting this republic, it will then be possible for the American people and the American Government to arrive at a consensus. Out of this common view will develop a determination of the national will and a solid resolute expression of that will. The initiative in this process lies with the Government.« ³⁴

Aber nicht nur die Truman-Administration dachte in derlei Bahnen und handelte beziehungsweise äußerte sich entsprechend. Auch unter Eisenhower war die Idee der öffentlichen Informiertheit über die Bombe ein wichtiger Bestandteil der nationalen Sicherheitspolitik. Dabei darf aber – wie auch nicht unter Truman oder Eisenhowers Nachfolger John F. Kennedy – die öffentliche Informiertheit als Aufklärungskampagne missverstanden werden. Vielmehr ging es darum, bei den strategisch so wichtigen Atombomben genau jene Informationen an die Öffentlichkeit zu geben, jene Geisteshaltungen zu fördern, die im eigenen – und, so glaubte man, im »nationalen« – Sicherheitsinteresse lagen, was bedeutete, die Angst vor der Bombe richtig zu dosieren.

Das war für die US-Regierung stets eine Gratwanderung: Einerseits musste man das Maß an Angst latent halten, um die Menschen hinter dem Kurs der Regierung zu versammeln. In NSC 162/2 ³⁵, dem grundlegenden Sicherheitsdokument der Eisenhower-Regierung ³⁶ vom Oktober 1953, widmeten die Autoren des Papiers der Frage der US-amerikanischen Geisteshaltung deshalb nicht

31 Ebd., S. 668.

32 NSC 68, in: US-Department of State, Foreign Relations of the United States, 1950, Bd. I, National Security Affairs; Foreign Economic Policy, Washington/DC 1977, S. 234–292.

33 Vgl. ebd., S. 272, S. 282–287.

34 Ebd., S. 254.

35 NSC 162/2, in: US-Department of State, Foreign Relations of the United States, 1952–1954, Bd. II, National Security Affairs (in two parts), Teil I, Washington/DC 1984, S. 577–597.

36 Vgl. Saki Dockrill, Eisenhower's New-Look National Security Policy, 1953–61, London 1996, S. 19–47.

zufällig einen Extra-Punkt. Und vor diesem Hintergrund kann es kaum verwundern, dass sich bereits im Februar 1952 in der Anlage zu NSC 126, das vom *Psychological Strategy Board* mitverfasst wurde, ein bereits Jahre zuvor verfasstes Memorandum wiederfand, in dem noch einmal der Umgang mit öffentlichen Statements zu Atomwaffen geregelt war.³⁷

In dieser Anlage wurde der »deterrent effect«³⁸ von Atomwaffen und seine Unverzichtbarkeit für die Sicherheit der USA postuliert und davor gewarnt, durch »ill-considered statements«³⁹ die Balance der Angst zu zerstören. Die Begründung lieferten die Autoren gleich mit – und damit einen Beleg für die Instrumentalisierung der *nuclear fear*. Dort wurde darauf hingewiesen, »ill-considered statements about atomic weapons« seien gefährlich, weil die Sowjets unter Umständen in ihrer Befürchtung gestärkt werden könnten, »that the U.S. might use these weapons in a reckless, irresponsible way.«⁴⁰ Dies, so befürchtete man, hätte die Möglichkeit eines sowjetischen atomaren Erstschlages erhöht.⁴¹

Andererseits waren die als falsch erachteten, instrumentell eingesetzten Äußerungen aber auch gefährlich, weil man die Auswirkungen auf die US-Bevölkerung selbst fürchtete. In dem Memorandum hieß es zu diesem Kippen der Balance des Schreckens: »Within the U.S. itself, ill-considered statements about these [nuclear] weapons may create a false sense of security, lead to the expectation of miracles in war and possibly jeopardize the maintenance of a balanced defense program, both military and civil.«⁴² Das heißt nichts anderes, als dass eine gewisse Angst vor Nuklearwaffen gewollt und im Interesse der Regierung war, um die zivile und militärische Mobilisierung voranzutreiben.

Das Kalkül hinter all dem ist so berechnend, wie es simpel ist. Es klang in den NSC-Auszügen bereits an und wir können es so zusammenfassen: Vertrauten die US-Bürger ihren Atomwaffen nicht, konnten sie kein Vertrauen in die nukleare Abschreckung der USA gegenüber der Sowjetunion haben. Auf diese stützte sich jedoch die amerikanische Verteidigungsstrategie, da die konventionellen Streitkräfte der USA und der NATO denen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes zahlenmäßig deutlich unterlegen waren. Und weiter: Wenn die US-Bevölkerung, so die Befürchtung ihrer Entscheidungsträger, kein Vertrauen in die Verteidigungsfähigkeit ihres Landes hatte, dann würde sie auch nicht bereit sein, die aggressive Kriegsrhetorik der US-Regierung zu stützen. Dies wiederum, so die Befürchtung, könnte von den Kommunisten als eine Schwäche verstanden

37 NSC 126, in: US-Department of State, Relations of the United States, 1952–1954, Bd. II, National Security Affairs (in two parts), Teil 2, Washington/DC 1984, S. 869–872.

38 Ebd., S. 871.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Vgl. ebd.

42 Ebd.

werden, die sie zum Handeln – vielleicht sogar zu einem nuklearen Erstschlag – gegen den Westen ermuntern konnte. Vertrauten die US-Bürger aber in einem zu starken Maße auf die Atomwaffen, hatten sie zu wenig Angst vor der Atom-bombe, dann, so glaubte die US-Regierung, würden sie sich so sicher fühlen, dass sie die US-Administration vielleicht zu einer Haltung gegenüber den Sowjets treiben würden, die so aggressiv war, dass diese sich in die Ecke gedrängt fühlten – und wieder keine andere Möglichkeit sahen, als alles auf eine Karte zu setzen und womöglich den nuklearen Erstschlag zu wagen.

Was deshalb nach innen wie nach außen gefragt war, war das Erzeugen der richtigen Dosis der Angst vor der Bombe durch die Regierung. So stark, dass der Widerstandswillen gegenüber den Kommunisten erhalten blieb, aber so schwach, dass die Öffentlichkeit keine außenpolitischen Abenteuer von Washington verlangen würde. Gleichzeitig musste das Abschreckungspotenzial gegenüber den Sowjets so stark sein, dass diese einen nuklearen Erstschlag nicht ernsthaft in Erwägung zogen, ohne sich aber in einem Akt der Verzweiflung dazu zu entschließen. Nur so konnte das Gleichgewicht des Schreckens erhalten bleiben. Nur so konnte *deterrence* funktionieren, jenes Konzept des Kalten Krieges, das den Dritten Weltkrieg maßgeblich mit verhinderte.⁴³

Am Rande sei bemerkt, dass der US-Historiker Guy Oakes in seiner Monographie *The Imaginary War*⁴⁴ herausgearbeitet hat, dass die Beziehung zwischen dem, was er die Bedrohung durch den »nuclear terror« nannte, und den Zivilverteidigungs-Anstrengungen der USA nach einem ähnlichen Muster funktionierte. Auch dabei war die US-Regierung auf der Suche nach dem richtigen Maß Angst.

Wie lenkt man einen Zug? – Die Grenzen der Instrumentalisierung von *nuclear fear*

Doch so simpel das Kalkül im Spiel mit der Angst auch schien – im Laufe der Zeit sollten die US-Regierungen merken, wie schwer es war, die Balance zu finden. Die Erfolge der Instrumentalisierungsversuche hatten ihre Grenzen. Regelmäßig nämlich drohte die *nuclear fear* in das ein oder andere Extrem zu kippen; besonders häufig in Richtung der lähmenden Angst vor der Bombe. Grund war immer wieder, dass sich die Atomenergie nicht beherrschen ließ und regelmäßig

43 Ob *deterrence* allein den Ausbruch des Dritten Weltkrieges während des 20. Jahrhunderts verhindert hat, wird sich nie mit Gewissheit klären lassen. In einer weithin beachteten Studie hat Nina Tannenwald gezeigt, dass es auch normative Gründe waren, die einen Einsatz von Atomwaffen nach 1945 verhinderten. Vgl. Nina Tannenwald, *The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons since 1945*, Cambridge 2007.

44 Guy Oakes, *The Imaginary War. Civil Defense and American Cold War Culture*, Oxford 1994.

für andere Schlagzeilen sorgte als es der US-Regierung lieb war. Der *Lucky Dragon*-Zwischenfall von 1954 ist ein hervorragendes Beispiel für letzteres. Beim zweiten Wasserstoffbombentest der USA am 1. März 1954 war die Explosion der getesteten Bombe um ein vielfaches größer, als viele Experten vorausgesehen hatten. Ein japanisches Fischerboot, die *Lucky Dragon*, geriet in den radioaktiven Fallout des Tests. Insgesamt 23 Fischer erkrankten an dem, was man »atomic illness« nannte. Einer von ihnen starb. Dass etwas Unvorhergesehenes bei diesem Test geschehen und dabei Menschen von der Bombe verletzt und getötet worden waren, stieß auf ein großes Echo in den USA. Der Widerhall passte nicht ins Regierungskonzept des Sprechens über die Bombe. *Life* veröffentlichte beispielsweise in seiner Ausgabe vom 29. März 1954 unter der Überschrift »First Casualties of the H-Bomb«⁴⁵ einen Beitrag über die japanischen Seeleute, der mit großformatigen Bildern der erkrankten Männer illustriert war. Das Magazin beschrieb nicht nur wie die Fischer den Test und seinen Nachgang erlebt hatten. *Life* warnte eindringlich vor den Folgen der »ashes of death«.⁴⁶

Die Berichte in der Presse trugen ebenso zu einer erhöhten Skepsis in den USA gegenüber Atombomben bei wie auch der Versuch von Regierungsoffiziellen, die *nuclear fear* zu kanalisieren, die außer Kontrolle geraten war. Als besonders unglücklich darf in diesem Zusammenhang der Auftritt von Lewis L. Strauss gelten, der inmitten der Hochzeit des medialen Interesses vor die Presse trat, um die Gemüter zu beruhigen. Strauss, Vorsitzender der Atomic Energy Commission, erklärte am 31. März 1954, die Fehlkalkulation zur Sprengkraft der Bombe, die US-Präsident Eisenhower kurz zuvor selbst eingeräumt hatte, sei »a margin of error – not incompatible with a totally new weapon«⁴⁷. In dem Statement, das er zunächst verlas, hieß es, der aufgetretene Fallout des Nukleartests stelle keine Gefahr für Menschen oder Tiere dar.⁴⁸

Die Nachfrage eines anwesenden Journalisten brachte Strauss dann aber aus dem Konzept und die Angst weiter aus der Balance. Die Frage betraf die Zerstörungskraft der Bombe. Der Reporter wollte wissen, welches Gebiet eine der getesteten Bomben zerstören könne. Strauss antwortete: »Well, the nature of an H-bomb, Mr. Wilson, is that in effect, it can be made to be as large as you wish, as large as the military requirement demands, that is to say an H-bomb can be made as – large enough to take out a city.« Auf das »What?« der anwesenden Reporter legte er nach: »To take out a city, to destroy a city. [...] Any City.«⁴⁹ Damit war die Angst vor der Bombe völlig aus dem Gleichgewicht gekippt.

45 *Life*, 29. März 1954, S. 17–21.

46 Ebd., S. 17.

47 Lewis L. Strauss, Statement zu den Wasserstoffbombentests vom März 1954, 31. März 1954, in: *The New York Times*, 1. April 1954, S. 20.

48 Vgl. ebd.

49 Ebd.

Unmittelbar nach dem *Lucky Dragon*-Zwischenfall erschienen Atomwaffen in den USA so bedrohlich wie selten zuvor oder danach. Zeitungen und Nachrichtenmagazine begannen nicht zufällig nach den Aussagen Strauss', Skizzen von urbanen Zentren zu veröffentlichen, über denen in konzentrischen Kreisen der Wirkungsradius von Atomwaffen verzeichnet war.⁵⁰ Einmal mehr wurde in diesen Tagen intensiv über die Folgen eines Atomkrieges spekuliert. »Terrible weapon«⁵¹ oder »horror of the H-bomb«⁵² waren nicht selten gebrauchte Wendungen. Dass die Bombe in weiten Teilen der Gesellschaft als Bedrohung der eigenen Existenz und nicht als Schutzschild und außenpolitisch zu gebrauchendes Werkzeug verstanden wurde, zeigt die Auswahl der Städte, über die die Zeitungen ihre Kreise legten: Es handelte sich vorwiegend um US-Städte.

So war es nur folgerichtig, dass ausgerechnet Mitte der 1950er Jahre, als Atomwaffen in der US-Gesellschaft immer umstrittener wurden, Präsident Eisenhower sein *Atoms for Peace*-Programm vorstellte und propagierte.⁵³ Mit seinen Ideen, wie Kernenergie fortan nur noch friedlich und zum Wohle aller Menschen zu nutzen sei, bemühte sich Eisenhower, wieder die heilversprechende Seite der Atomenergie in den Vordergrund zu rücken und so die Angst vor der Bombe auszubalancieren. Gerade Eisenhower war auf die Akzeptanz von Atomwaffen durch die US-Bevölkerung angewiesen, schließlich beruhte ein Großteil der Außen- und Sicherheitsarchitektur des Ex-Generals darauf: In seinem als *New Look* bekannt gewordenen Programm setzte er ganz bewusst, wenn auch nicht ausschließlich, auf die scheinbar kostengünstigere nukleare Aufrüstung als Alternative zum Aufbau teurer konventioneller Streitkräfte.⁵⁴

Erst unter der Regierung John F. Kennedys verlor das Spiel der US-Regierung mit der *nuclear fear* außen- wie innenpolitisch an Bedeutung. Das lag nicht daran, dass Kennedy der Friedensbringer war, zu dem ihn die Nachwelt lange gemacht hat. Wohl aber daran, dass mit der Kuba-Krise von 1962⁵⁵ die *nuclear fear* in den USA wie in vielen Teilen der Welt in eine extreme Form der *nuclear fear* umschlug. Dieses Konzept der Angst vor der Bombe entsprach gar nicht den Vorstellungen der US-Regierung davon, wie die Öffentlichkeit Nuklearwaffen

50 Vgl. beispielhaft *The New York Times*, 1. April 1954, S. 1; *Life*, 12. April 1954, S. 30 f.

51 *Newsweek*, 12. April 1954, S. 29.

52 *Life*, 12. April 1954, S. 25.

53 Für eine Detailstudie vgl. Ira Chernus, *Eisenhower's Atoms for Peace*, College Station 2002.

54 Vgl. Dockrill, *Eisenhower's New-Look*, insb. S. 2 f., 5, 51 f., Peter G. Boyle, *Eisenhower*, Harlow 2005, S. 45–47; Geoffrey Perret, *Eisenhower*, New York 1999, S. 441–456.

55 Zu den Details der Kuba-Krise vgl. Lawrence Freedman, *Kennedy's Wars*. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam, Oxford 2000, S. 123–245; Alice L. George, *Awaiting Armageddon. How Americans Faced the Cuban Missile Crisis*, Chapel Hill 2003; Sheldon M. Stern, *The Week the World Stood Still. Inside the Secret Cuban Missile Crisis*, Stanford 2005. Für einen zeitgenössischen Ansatz vgl. Robert F. Kennedy, *Thirteen Days. A Memoir of the Cuban Missile Crisis*, New York 1969.

sehen sollte. Doch war der Schock der Kuba-Krise, die Erfahrung, ganz dicht am Rande des Dritten Weltkrieges gestanden zu haben, in den USA so prägend, dass sich die Angst vor der Bombe lange Zeit nicht wieder in die Balance bringen ließ.

Einen Eindruck davon, wie extrem die *nuclear fear* 1962 war, vermitteln folgende Worte aus einem Editorial des atomwaffenkritischen Magazins *Bulletin of the Atomic Scientists*: »October 24, 1962: I am writing on a plane en route from Los Angeles to Washington and for all I know this editorial, honoring the twentieth anniversary of the first controlled release of nuclear energy by man, may never be published. This morning, the governments of the United States and Soviet Union were moving relentlessly toward armed conflict in the Caribbean. Missiles and planes stand poised on both sides, ready to deliver their deadly weapons to their targets. By tomorrow [...] the great all-out nuclear war, which we have discussed and feared for twenty years, may be triggered. Never in history have people and nations been so close to death and destruction on such a vast scale. Midnight is upon us.«⁵⁶ In dieser Stimmung zogen viele US-Amerikaner los und bevorrateten sich mit Lebensmitteln, Batterien und Waffen. Überall improvisierten die Menschen *fallout shelter*. Andere warteten scheinbar regungslos auf das Ende der Welt.⁵⁷ Bei allen unterschiedlichen Reaktionen auf die angsteinflößenden Worte Kennedys in seiner Rede an die Nation vom 22. Oktober 1962 verband diese Menschen eine bis dahin nicht gekannte Intensität der *nuclear fear*; eine, die so extrem war, dass sie überhaupt nicht in das Regierungskalkül zur alltäglichen und unterschwellig stets präsenten Angst vor der Bombe passte. Die *nuclear fear* der Kuba-Krise trug teilweise panikartige Züge.

Angst, Furcht, Panik, konventionelle Kriege, John Wayne und der Zweite Weltkrieg

Die Kuba-Krise und die damals empfundene extreme Form der *nuclear fear* mit ihren panikartigen Zügen bringen uns zur Frage der Begrifflichkeiten zurück, die wir eingangs verschoben hatten. Es ist Zeit, die großen Linien der Angst vor der Bombe nachzuzeichnen und damit die Unterscheidung zwischen Angst und Furcht als Termini der historischen Analyse vorzunehmen. Verstehen wir Angst – so wie in der Einleitung dieses Bandes skizziert – als eine Form des Unwohlseins, die sich auf tiefer liegende, aber unbewusste Gegenstände gründet, und Furcht als jene Form des Unbehagens, die sich auf ein konkretes Objekt bezieht,

56 Brown, Harrison, Guest Editorial, *The Twentieth Year*, S. 2, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 18/10 (Dezember 1962), S. 2 f.

57 Vgl. George, *Awaiting Armageddon*; *Newsweek*, 5. November 1962, S. 19; *Time*, 2. November 1962, S. 19.

so lässt sich die Geschichte der *nuclear fear* in den USA wie folgt zusammenfassen: Aus der nuklearen Angst des Jahres 1945 wurde schließlich bis in die 1960er Jahre eine nukleare Furcht.

Im August 1945 waren die Vorstellungen zu Bedeutung und Gefahrenpotenzial der Bombe in den USA noch vage. Sie knüpften zwar an die bereits vorhandenen, tiefer liegenden Ängste vor dem Atom und vor dem Luftkrieg an. Doch waren sie unkonkret und die *nuclear fear* ging mit der unbestimmten Angst vor dem Ende der Welt einher. Erst im Laufe der Jahre, als das Bedrohungspotenzial der Bombe – Hitze- und Druckwelle, radioaktiver Fallout, nuklearer Winter – infolge der zahlreichen Atomtests sowie der Entwicklung von Wasserstoffbomben deutlich wurde, wichen die vagen Vorstellungen vom Ende der Welt in einem großen Feuerball zunehmend detaillierten Endzeitszenarien. Aus Angst wurde Furcht. Und diese Furcht umfing schließlich auch nicht wenige jener Politiker oder Militärs, die Atomwaffen zunächst noch als nichts weiter als große Bomben gesehen hatten. Mit der Kuba-Krise schließlich schlug diese Furcht in eine extreme nukleare Furcht um, deren Charakteristikum die übersteigerte Angstintensität vor der Bombe war, die im Einzelfall durchaus mit Panikattacken einherging. Anders als die nukleare Angst oder Furcht vorher bestimmte diese extreme Furcht an dreizehn Tagen im Oktober 1962 den Alltag vieler Menschen in den USA.

Ein kurzer Ausblick auf die Jahrzehnte nach den 1960ern, die im Detail nicht Bestandteil dieser Ausführung waren: Dass der Weltuntergang 1962 ausblieb, sorgte in den USA dafür, dass aus der Furcht der Kuba-Krise in den folgenden Jahren wieder eine unterschwelligere Form der Furcht vor der Bombe wurde. Im Zuge der Entspannungspolitik zwischen den Supermächten in den 1970er Jahren rückte die Bedrohung durch Atomwaffen schließlich soweit (zurück) ins Unterbewusstsein der Menschen, dass es angemessen scheint, für diese Zeit von einer nuklearen Angst zu sprechen. Mit dem NATO-Doppelbeschluss und den Plänen der Regierung von Ronald Reagan für eine weltraumgestützte US-Raketenabwehr steigerte sich die Angst in den 1980er Jahren noch einmal kurzzeitig zu nuklearer Furcht, die mit dem Ende des Kalten Krieges dann zu Angst geworden ist.

Und irgendwo in den Köpfen der Menschen, nicht nur in den USA, ist diese Angst heute noch präsent. Die hochfliegenden und überzogenen Hoffnungen auf die Vision von US-Präsident Barack Obama von einer atomwaffenfreien Welt mögen als Beleg dafür genügen. Dass die *nuclear fear* im Laufe der vergangenen 65 Jahre derartigen Umschwüngen ausgesetzt war, zeigt, dass es den US-Regierungen nur bedingt gelang, die Angst vor der Bombe außen- und vor allem innenpolitisch zu kanalisieren, zu instrumentalisieren. Die richtige Dosis Angst zu vermitteln, blieb deshalb so schwer, weil sich die Atomenergie nicht beherrschen ließ und immer wieder Gruppen innerhalb der US-Gesellschaft die

Deutungshoheit der Regierung und ihrer Vertreter in Frage stellten. Dass die Administrationen dennoch immer und immer wieder den Versuch der Instrumentalisierung unternahmen, bleibt davon unberührt. Durch Äußerungen in Reden, Presseerklärungen und anderen an die Öffentlichkeit gerichteten Statements versuchte man stets aufs Neue, die *nuclear fear* auszubalancieren, um innen- wie außenpolitisch das Gleichgewicht des Schreckens wahren zu können.

Die *nuclear fear* war aber nicht die einzige Form der Angst, mit der die US-Regierung im Kalten Krieg umgehen musste und die sie gleichsam politisch zu nutzen versuchte. Gleiches galt im Grundsatz auch für das Bild und die Angst vor konventionellen Kriegen. Nach demselben Prinzip und aus demselben Grund nach dem die *nuclear fear* wohl dosiert sein wollte, musste auch das Bild des konventionellen Krieges im rechten Licht erscheinen, ausbalanciert werden.

Konventionelle Kriege durften in der US-Gesellschaft nicht als eine solche Katastrophe begriffen werden, dass es unmöglich war, GIs überall auf der Welt gegen den Kommunismus in Stellung zu bringen; aber auch nicht als so ungefährliches Abenteuer, dass sich die US-Regierung vielleicht in einen Krieg gedrängt sah, den sie nicht führen wollte. Konventionelle Kriege durften allerdings auch nicht als solch unbedenkliche Unterfangen erscheinen, dass die *home front* nicht auf die Verluste vorbereitet war, die ein jeder bewaffneter Einsatz von Soldaten mit sich brachte.

Die entscheidende Rolle in dem Spiel mit dieser Angst kam dem Zweiten Weltkrieg zu, der nach 1945 als Projektionsfläche künftiger konventioneller Auseinandersetzungen diente und zum *Good War* der US-Geschichte stilisiert wurde⁵⁸. So fehlten in den Darstellungen konventioneller Kriege Assoziationen zum Zweiten Weltkrieg nicht, die das Töten und Sterben zudem in eine Linie mit dem *frontier*-Erbe der USA stellten. Die Beeinflussung dieser Ängste, ihre Instrumentalisierung durch die US-Regierung gelang immerhin so gut, dass viele junge Soldaten zumindest in der frühen Phase des Vietnam-Krieges nach Südostasien zogen und dort eine Art Konflikt erwarteten, wie ihn ihre Väter ein Vierteljahrhundert vor ihnen in Europa und im Pazifik und John Wayne noch lange Zeit danach auf der Leinwand geführt hatten.⁵⁹

Die politische Dimension dieser Instrumentalisierung brachte ein Veteran des Zweiten Weltkrieges bereits 1950 auf den Punkt, als er hinterfragte, wie sich

58 Für Detailstudien zum *Good War*-Mythos vgl. zum Einstieg Michael C. C. Adams, *The Best War Ever. America and World War II*, London 1994; Neil A. Wynn, *The »Good War«*. *The Second World War and Postwar American Society*, in: *Journal of Contemporary History* 31/3 (1996), S. 463 – 482; Studs Terkel, *»The good war«*. *An Oral History of World War Two*, New York 1984.

59 Vgl. Bernd Greiner, *A Licence to Kill. Annäherung an die Kriegsverbrechen von My Lai*, in: *Mittelweg* 36/6 (1998), S. 4–24, hier S. 6–9; Ders., *»First to Go, Last to Know«*. *Der Dschungelkrieger in Vietnam*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29/1 (2003), S. 239–261.

US-Truppen auf Initiative der Regierung so plötzlich im Korea-Krieg wiederfinden konnten: »I think everybody felt good about the war in '47, '48, '49. One wonders: could Truman have unilaterally committed American troops to Korea unless there had been the lingering romance of the Second World War? I rather doubt it.«⁶⁰

Literaturverzeichnis

- Adams, Michael C. C., *The Best War Ever. America and World War II*, London 1994.
- Alperovitz, Gar, *The Decision to Use the Atomic Bomb and the Architecture of an American Myth*, London 1995.
- Biddle, Tami Davis, *Rhetoric and Reality in Air Warfare. The Evolution of British and American Ideas about Strategic Bombing, 1914 – 1945*, Princeton 2002.
- Bird, Kai/Martin J. Sherwin, *American Prometheus. The Triumph and Tragedy of Robert J. Oppenheimer*, New York 2005.
- Boyer, Paul, *By the Bomb's Early Light. American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age*, 2. Aufl., Chapel Hill 1994.
- Boyle, Peter G., *Eisenhower*, Harlow 2005.
- Broschius, S. David, *Longing for International Control, Banking on American Superiority. Harry S. Truman's Approach to Nuclear Weapons*, in: John Lewis Gaddis u. a. (Hg.), *Cold War Statesmen Confront the Bomb. Nuclear Diplomacy since 1945*, Oxford 1999, S. 15 – 38.
- Brown, Harrison, *Guest Editorial, The Twentieth Year*, in: *Bulletin of the Atomic Scientists* 18/10 (Dezember 1962), S. 2 f.
- Cantelon, Philip L./Robert C. Williams (Hg.), *The American Atom. A Documentary History of Nuclear Policies from the Discovery of Fission to the Present*, Philadelphia 1984.
- Chernus, Ira, *Eisenhower's Atoms for Peace*, College Station 2002.
- Dockrill, Saki, *Eisenhower's New-Look National Security Policy, 1953 – 61*, London 1996.
- Douhet, Giulio, *The Command of the Air*, Washington/DC 1983 [Nachdruck der 1921 erschienenen Erstauflage].
- Ferrell, Robert H. (Hg.), *Off the Record. The Private Papers of Harry S. Truman*, New York 1980.
- Freedman, Lawrence, *The Evolution of Nuclear Strategy*, 3. Aufl., Houndmills 2003.
- Freedman, Lawrence, *Kennedy's Wars. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam*, Oxford 2000.
- Gaddis, John Lewis u. a. (Hg.), *Cold War Statesmen Confront the Bomb. Nuclear Diplomacy since 1945*, Oxford 1999.
- George, Alice L., *Awaiting Armageddon. How Americans Faced the Cuban Missile Crisis*, Chapel Hill 2003.

60 Zitiert nach Peter Kindsvatter, *American Soldiers. Ground Combat in the World Wars, Korea and Vietnam*, Lawrence 2003, S. 3.

- Greiner, Bernd, A Licence to Kill. Annäherung an die Kriegsverbrechen von My Lai, in: *Mittelweg* 36/6 (1998), S. 4 – 24.
- Greiner, Bernd, »First to Go, Last to Know«. Der Dschungelkrieger in Vietnam, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29/1 (2003), S. 239 – 261.
- Hughes, Jeff, *The Manhattan Project. Big Science and the Atom Bomb*, 3. Aufl., Cambridge 2003.
- Kennedy, Robert F., *Thirteen Days. A Memoir of the Cuban Missile Crisis*, New York 1969.
- Kindsvatter, Peter, *American Soldiers. Ground Combat in the World Wars, Korea and Vietnam*, Lawrence 2003.
- Mason, Francis K., *Battle Over Britain. A History of the German Air Assaults on Great Britain, 1917 – 18 and July – December 1940, and of the Development of Britain's Air Defences between the World Wars*, 2. Aufl., Harvest Hill 1990.
- Oakes, Guy, *The Imaginary War. Civil Defense and American Cold War Culture*, Oxford 1994.
- Perret, Geoffrey, *Eisenhower*, New York 1999.
- Powaski, Ronald E., *March to Armageddon. The United States and the Nuclear Arms Race, 1939 to the Present*, New York 1987.
- Rhodes, Richard, *The Making of the Atomic Bomb*, New York 1986.
- Sherry, Michael S., *The Rise of American Air Power. The Creation of Armageddon*, New Haven 1987.
- Stern, Sheldon M., *The Week the World Stood Still. Inside the Secret Cuban Missile Crisis*, Stanford 2005.
- Strauss, Lewis L., *Statement zu den Wasserstoffbombentests vom März 1954*, 31. März 1954, in: *The New York Times*, 1. April 1954, S. 20.
- Tannenwald, Nina, *The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons since 1945*, Cambridge 2007.
- Terkel, Studs, *»The good war«. An Oral History of World War Two*, New York 1984.
- Truman, Harry S., *Public Papers of the Presidents of the United States, 1945, Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, April 12 to December 31, 1945*, Washington 1961.
- US-Department of State, *Foreign Relations of the United States, 1948, Bd. I, General; The United Nations (in two parts), Teil 2*, Washington/DC 1976.
- US-Department of State, *Foreign Relations of the United States, 1950, Bd. I, National Security Affairs; Foreign Economic Policy*, Washington/DC 1977.
- US-Department of State, *Foreign Relations of the United States, 1952 – 1954, Bd. II, National Security Affairs (in two parts), Teil 1*, Washington/DC 1984.
- Wainstock, Dennis D., *The Decision to Drop the Bomb*, Westport 1996.
- Wear, Spencer R., *Nuclear Fear. A History of Images*, Cambridge 1988.
- Whitfield, Stephen J., *The Culture of the Cold War*, 2. Aufl., Baltimore 1996.
- Wynn, Neil A., *The »Good War«. The Second World War and Postwar American Society*, in: *Journal of Contemporary History* 31/3 (1996), S. 463 – 482.

Die Angst vor der Angst

Des »Emotionalen Herr werden«: Konrad Adenauer und die »Angst vor der Atombombe« im Jahr 1957

Als Konrad Adenauer anderthalb Jahre vor seinem Tod in einem Interview »große[r] Vereinfacher der Politik« genannt wurde, empfand er das nicht als Beleidigung, sondern als »ganz großes Lob«. Die Begründung blieb er nicht schuldig: »[M]an muß die Dinge [...] so tief sehen, daß sie einfach sind. Wenn man nur an der Oberfläche der Dinge bleibt, sind sie nicht einfach; aber wenn man in die Tiefe sieht, dann sieht man das Wirkliche, und das ist immer einfach.«¹

»Vereinfachung« war nicht nur ein Kernstück der politischen Philosophie Adenauers, sondern auch ein strukturierendes Element seiner politischen Sprache. Die Kunst, mit simplen Worten klare Botschaften zu vermitteln, beherrschte er wie kein anderer. Dennoch blieb seine 14jährige Kanzlerschaft nicht frei von gelegentlichen, bisweilen durchaus spektakulären Kommunikationspannen. Seine Äußerungen vor der Bundespressekonferenz am 5. April 1957 gehören zweifelsfrei in diese Kategorie. Auf die Frage, ob die Bundesregierung eine Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen anstrebe, antwortete er damals mit der irritierenden Ansicht, man müsse zwischen den »taktischen und den großen atomaren Waffen« unterscheiden: Die taktischen Atomwaffen seien »im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie« und somit »beinahe normale Waffen«. Deshalb hielt er es auch für »ganz selbstverständlich, daß bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik [...] wir nicht darauf verzichten können, daß auch unsere Truppen [...] die neueste Entwicklung mitmachen.«²

Offensichtlich hatte die Adenauersche Vorliebe für Vereinfachung an dieser Stelle die Grenze zur Verharmlosung überschritten. Die öffentliche Empörung

1 Die Äußerungen sind dem Gespräch Adenauers mit Günter Gaus vom 29. Dezember 1965 entnommen. Hans-Dieter Schütt (Hg.), Günter Gaus. Was bleibt, sind Fragen. Die klassischen Interviews, 2. Aufl., Berlin 2001, S. 392–406, hier S. 395.

2 Aus den Erklärungen des Bundeskanzlers Adenauer auf der Bundespressekonferenz, 5. April 1957, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe/Bd. 3, erster Drittelband [= DzD III/3], Bonn 1967, S. 577–579, hier S. 578.

ließ nicht lange auf sich warten; pünktlich zum Wahlkampfauftakt sah sich die Regierung mit einer ausgewachsenen Atomdiskussion konfrontiert.³ Hieran konnten auch die weiteren Erläuterungen nichts ändern, die Adenauer auf der Pressekonferenz hinterhergeschoben hatte – ganz im Gegenteil: »Daß das Vorhandensein dieser Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik uns der Gefahr einer atomaren Vergeltung aussetzt, glaube ich nicht aus dem sehr einfachen Grunde, weil auch Sowjetrußland genau weiß [...], daß auf [...] einen Angriff gegen uns [...] sofort der Gegenschlag von USA kommen würde. Ich kann leider nicht verhehlen, daß [...] wie hier in Deutschland den Frieden, den wir haben, lediglich der Tatsache verdanken, daß die Atomwaffe der USA außerordentlich stark ist.«⁴

Solche Anleihen an einen »Frieden der Angst«⁵ verstießen gegen ein ausgeprägtes Grundbedürfnis der Deutschen: ihre Sehnsucht nach Sicherheit.⁶ Der Gedanke, eine atomare *Eskalation* nur durch atomares *Potential* verhindern zu können, also durch die Präsenz der »großen« und die Modernisierung der »kleinen« Atombomben, spendete keine Sicherheit; er wirkte auch nicht tröstlich, sondern beunruhigend und ängstigend. Weil die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung – in der Regel erfolgreich – darauf hinwirkte, mit Person und Politik des Kanzlers das Gefühl von Stabilität und Sicherheit zu vermitteln, stellt sich die Frage, wie sie in den Monaten vor der Bundestagswahl vom 15. September 1957 die plötzlich aufkeimende Atomangst wieder einzufangen versuchte. Zeitweilig hatte es nämlich den Anschein, als ob sich das Phänomen der »Angst«⁷ im Verlaufe dieses Jahres zu einem (wahl-)entscheidenden Faktor

3 Zu den gesellschaftlichen und innenpolitischen Implikationen der Anti-Atomtod-Bewegung der Jahre 1957/58 liegt keine verlässliche Monographie neueren Datums vor. Vgl. allerdings Hans Karl Rupp, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren*, Köln 1970. Vgl. mit kritischer Akzentuierung gegenüber der Adenauerschen »Machtstaatspolitik« Detlef Bald, *Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer*, Bremen 1994.

4 Aus den Erklärungen des Bundeskanzlers Adenauer auf der Bundespressekonferenz, 5. April 1957, in: *DzD III/3*, 577–579, hier S. 579 f.

5 Diese Formulierung ist einem Vortrag entnommen, den der evangelische Theologe Helmut Thielicke am 12. Mai 1957 auf dem Hamburger Bundesparteitag der CDU gehalten hat. Helmut Thielicke, *Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter*, in: *Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands* (Hg.), 7. Bundesparteitag der CDU, Hamburg, 11.–15. Mai 1957, Hamburg 1957, S. 100–130, hier S. 121. Zu diesem Referat und dem Kontext des Zitats vgl. u. S. 221.

6 Das Sicherheitsbedürfnis ist kürzlich als ein historiografisches Leitmotiv für die bundesrepublikanische Geschichte vorgeschlagen worden. Vgl. Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009.

7 »Angst« wird im Folgenden weniger psychologisch exakt definiert als vielmehr im Sinne der Quellen verstanden. Zudem geht es nicht um tatsächlich empfundene Angst in der Bevölke-

entwickeln würde. So beriefen sich die geistigen Vorreiter der Anti-Atomtod-Bewegung nicht nur auf »positive« Prinzipien von Ethik und Moral, sondern operierten auch mit »negativen« Spielarten der Angst. Ihre Appelle waren zwar nicht *nur*, aber eben *auch* Manifeste der Angst, die eine emotionale Reaktion hervorrufen und Druck auf die politisch Verantwortlichen erzeugen sollten.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich sowohl mit diesen diskursiven Angst-Manövern als auch mit ihrer Perzeption durch Konrad Adenauer. Inwiefern hat er sie als Einschränkung und damit als Gefährdung seiner Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen? Welche Schritte und »Gegenmaßnahmen« leitete er ein? In welchen Foren wurde die Debatte ausgetragen, welche Strategie gewählt, um die Angst zu bekämpfen und ein kollektives Gefühl der Sicherheit zu restaurieren? Durch die Beantwortung dieser Fragen soll versucht werden, das Phänomen der Angst bzw. der Angstdiskurse in Politik und Gesellschaft von der Wahrnehmungs- auf die Handlungsebene zu übertragen und damit einen Beitrag für eine wirkungsgeschichtlich orientierte Perzeptionsforschung zu liefern.

1. »Angst« als Faktor im politischen Denken Konrad Adenauers

Konrad Adenauer ist in einer vielzitierten Wendung als »Staatsmann der Sorge« (Golo Mann) bezeichnet worden. Tatsächlich wies der greise Bundeskanzler Züge eines programmatischen Skeptikers auf, der am Bestand seines Werkes zweifelte und oft geneigt war, die nationale wie internationale Entwicklung negativ zu beurteilen.

Was die Wahrnehmungsmuster der internationalen Politik anbelangt, neigte er allerdings zu einer Operationalisierung des Angstbegriffes, den er damit in gewisser Hinsicht auch rationalisierte und instrumentalisierte. Oft zitiert wird eine Stellungnahme Adenauers zum Faktor »Angst« in den deutsch-französischen Beziehungen aus dem Jahre 1949: »Es nützt nichts, daß wir tatsächlich ungefährlich sind, sondern es kommt darauf an, ob Frankreich uns für gefährlich hält. Auch wenn Frankreich sich im Irrtum befindet, so ist sein Verlangen nach Sicherheit doch psychologisch vorhanden und also eine politische Tatsache, mit der wir zu rechnen haben.«⁸ In diesem Sinne war »Angst« keine feste Größe, sondern ließ sich umwandeln in Berechenbarkeit und Verlässlichkeit, schließ-

ung oder bei den politischen Entscheidungsträgern, sondern um die Frage, welche Rolle die Wahrnehmung von Angst in Adenauers politischem Kalkül gespielt hat.

8 Deutschland und Frankreich. Ein Gespräch der Zeit mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, in: Die Zeit, 3. November 1949.

lich gar in Partnerschaft.⁹ Auch wenn die Adenauersche Terminologie hier eher unscharf bleibt, bezog sich der internationale Abbau von Angst im Wesentlichen auf die ausländischen Staats- und Regierungschefs, deren Vertrauen im persönlichen Umgang erworben und durch irreversible außenpolitische Maßnahmen – wie die Westbindung oder die europäische Integration – zementiert werden konnte.

Hiervon zu unterscheiden ist Adenauers Wahrnehmung von kollektiven Angstphänomenen innerhalb der deutschen Gesellschaft. Dass er sie *per se* für gefährlich und schwer kontrollierbar hielt, hing mit seinem skeptischen Menschenbild im Allgemeinen und seiner Furcht vor der Labilität des deutschen »Nationalcharakters« im Speziellen zusammen. Henry Kissinger mag zwar übertrieben haben, als er im April 1961 in einer Präsident John F. Kennedy vorgelegten Profilstudie über Adenauer schrieb: »[H]e is conscious of, perhaps obsessed by, the possibility of tragedy.« Die Einschätzung, der Kanzler sei davon überzeugt, »that moderation and a sense of proportion are not a forte of the Germans«, traf aber zu – ebenso wie die Ansicht, dass seine Politik von dem Wunsch geleitet war, »that volatile tendencies of the German people have no chance of reasserting themselves«.¹⁰

Das Unbehagen, das Adenauer beim Gedanken an die Mentalität der Deutschen verspürte, an ihre Zerrissenheit, Wankelmütigkeit und Verführbarkeit, dürfte sich immer dann verschärft haben, wenn er Situationen diagnostizierte, von denen er annahm, sie könnten den nur mühsam unterdrückten Emotionen zum Durchbruch verhelfen. Neutralisierungskonzepte, welche der Sehnsucht nach nationaler Wiedervereinigung entsprangen, hielt er für ebenso gefährlich wie die bündnispolitischen Diskriminierungen, die aus dem angstbedingten Widerstand gegen die Atombewaffnung erwachsen mochten. In beiden Fällen beeinflussten gesellschaftliche Stimmungen und innenpolitischer Druck den Planungshorizont seiner Außenpolitik, die er als rational kalkuliert und alternativlos zwingend betrachtete.

Wie die Öffentlichkeitsarbeit des Kanzlers jedoch gezielt auch »weiche« Bereiche ansprach, um diese Strömungen einzufangen, wie sie also mit »Emotionen« agierte, um »Emotionen« zu kontrollieren, zeigen seine im Rundfunk übertragenen Weihnachtsansprachen, die als Forum der »Medienpolitik *par*

9 Vgl. dazu Holger Löttel, Geschärfte Wahrnehmung. Angst als Perzeptionsfaktor in der Außenpolitik Konrad Adenauers, in: José Brunner (Hg.), Politische Leidenschaften. Zur Verknüpfung von Macht, Emotion und Vernunft in Deutschland, Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte 38 (2010), S. 79 – 101.

10 Henry Kissinger, Memorandum for the President. Visit of Chancellor Adenauer – Some Psychological Facts, 6. April 1961, JFK Presidential Library, NSF, Countries, Germany, Berlin Cables, Box 91, Folder 3.

excellence«¹¹ bisher noch unzureichend untersucht sind. Dem Anlass angemessen, verbanden sie eine religiöse Sprache mit suggestiven politischen Botschaften. »Das Böse ist eine gewaltige Macht«, verkündete Adenauer zum Heiligen Abend des Jahres 1952. »Es will Gottes Ehre beschmutzen, den Menschen Frieden und Freiheit rauben. Darum müssen wir dem Bösen widerstehen.«¹² Die metaphysische Konfliktdimension auf die reale Lebenswelt übertragend, verband er im Jahr darauf die Abkehr vom rechten (politischen) Pfad mit drastischen Angstbildern: »Ich weiß nicht, ob wir uns bewußt sind, auf welchem schmalen Grat wir wandern, welche Tiefen sich zu beiden Seiten unseres Weges auftun, welche höllische Abgründe uns verschlingen werden, wenn wir straucheln und fallen.«¹³

Gleichberechtigt stand hierneben die wehmütige Erinnerung an ein verlorengegangenes Zeitalter der Sicherheit. So ließ sich Adenauer zum Weihnachtsfest 1958 von »Gedanken an jene Zeiten vor 1914« bewegen, »in denen in Wirklichkeit Friede, Ruhe und Sicherheit auf Erden weilten, an jene Zeiten, in denen man die Angst nicht kannte.« Dass die »Mehrheit der jetzt Lebenden Ruhe, Frieden und Sicherheit, ein Leben frei von Angst niemals gekannt haben«, bezeichnete er als »traurig« und »furchtbar«.¹⁴ Nicht nur deshalb, weil eine Weihnachtsbotschaft eben versöhnlich zu enden hat, schloss Adenauer mit der Versicherung, es habe in »der Geschichte der Menschheit« zwar »Perioden des lastenden Dunkels, der Unrast, des Unfriedens, der Angst« gegeben, »aber immer wieder hat der menschliche Geist, die menschliche Seele sich hindurchgerungen zum Licht und zum Frieden.«¹⁵

2. »Angst« als Faktor in der Nuklearpolitik Konrad Adenauers

Die aus den Weihnachtsansprachen erkennbare Strategie, eine (kontrollierte) Angsterzeugung mit anschließendem Hoffnungsversprechen zu verbinden, stieß bei dem Gedanken an einen atomaren Vernichtungskrieg an ihre Grenzen. Wie Adenauer im zweiten Band seiner »Erinnerungen« schrieb, sei es bei »der Behandlung dieser Frage [...] nicht um rationale, sondern um emotionale

11 Hans Peter Mensing, Redebeitrag, in: Tilman Mayer (Hg.), Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer, Bonn 2009, S. 190.

12 Adenauers Weihnachtsansprache von 1952, in: Konrad Adenauer, Glauben an den Sieg des Lichts, Buxheim/Allgäu 1959, S. 43–50, hier S. 46.

13 Adenauers Weihnachtsansprache von 1953, in: ebd., S. 53–61, hier S. 54.

14 Adenauers Weihnachtsansprache von 1958, in: ebd., S. 99–103, hier S. 100.

15 Ebd., S. 102.

Dinge« gegangen. »Die Angst vor der Atombombe war etwas Emotionales, und dieses Emotionalen Herr zu werden, [...] würde schwer sein.«¹⁶

Dass er das Thema für wahlentscheidend hielt und sich insofern zu einer »propagandistischen« Gegenkampagne veranlasst sah, es also unter innenpolitischen Gesichtspunkten betrachtete, geht aus diesen Ausführungen deutlich hervor.¹⁷ Zugleich maß er ihm aber auch eine existentielle außen- und sicherheitspolitische Bedeutung bei. Mitte der 50er Jahre erlebte Adenauer seine erste große Vertrauenskrise gegenüber den USA. Die im Juli 1956 publik gewordenen Überlegungen der US-Regierung, ihre Verteidigungsstrategie auf den atomaren Abwehrschirm auszurichten und damit einen Teilabzug der in Westeuropa stationierten Bodentruppen zu ermöglichen, waren ihm als Aufweichung der transatlantischen Bündnissolidarität erschienen. Hierdurch, so hatte er den US-Außenminister John Foster Dulles eindringlich gewarnt, würde die Sowjetunion, »nach ihrer ganzen Mentalität eher zum Präventivkrieg bereit [...] als die Vereinigten Staaten«, zu einer aggressiven Politik veranlasst, die schnell in einen »heißen« Konflikt umschlagen könne – unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters »ein völliger Vernichtungskrieg für den größten Teil der Menschheit. Niemand, der eine christliche und ethische Grundhaltung hat, kann diese Entwicklung vor Gott und seinem Gewissen verantworten.«¹⁸

Zeugnisse wie diese legen die – ohnehin plausible – Annahme nahe, dass Adenauer bei dem Gedanken an die atomare Eskalation eine kreatürliche Angst verspürt haben wird.¹⁹ Dennoch hielt er einen prinzipiellen Verzicht auf die nukleare Option nicht nur für politisch unklug, sondern gar für höchst gefährlich. Angesichts seiner Zweifel an der amerikanischen Verlässlichkeit galt ihm die Bundesrepublik solange als akut gefährdet, wie sie nicht selbst über eine glaubwürdige Nuklearabschreckung verfügte.²⁰ Unter dem Einfluss seines Ver-

16 Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1955 – 1959*, Stuttgart 1967, S. 300.

17 Vgl. ebd., S. 300 f. Adenauer sprach in den »Erinnerungen« euphemistisch von einer großen »Aufklärungsarbeit«, welche die CDU im Wahlkampf zu leisten gehabt hätte. Ebd., S. 301. Was damit gemeint war, brachte er zeitgenössisch klarer zum Ausdruck, als er die Vorstandsmitglieder der CDU danach befragte, »welche Propaganda wir treiben müssen.« Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953 – 1957*, Düsseldorf 1990, S. 1223 – 1252, hier S. 1229.

18 Adenauer an John Foster Dulles, 22. Juli 1956, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Adenauer. Briefe 1955 – 1957*, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1998, S. 216 – 217, Zitate: S. 216 f.

19 Die Quellen lassen in diesem Punkt nur Annäherungen zu. So hat beispielsweise Adenauers Sohn, Paul Adenauer, davon berichtet, dass der Todeskampf seines Vaters im April 1967 von Fieberträumen begleitet war, die sich mit »Vorstellungen von Verwüstung dessen, was Europa ist«, verbanden: »[E]s waren ganz konkrete Bilder, die ihn da peinigten.« Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Konrad Adenauers Regierungsstil*, Bonn 1991, S. 132.

20 Im Falle eines Atomkrieges, so schrieb Adenauer 1960 an den US-Präsidenten Dwight D.

teidigungsministers Franz Josef Strauß, des *spiritus rector* der bundesdeutschen Atompolitik, strebte der Kanzler daher im Frühjahr 1957 die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen an.²¹ Es musste ihm also aus außen- wie innenpolitischen Gründen daran gelegen sein, die Angstassoziationen, die sich mit der Nuklearfrage verbanden, zu »entschärfen«.

3. Ein Angst-Manifest der Wissenschaft: Die »Göttinger Erklärung« vom 12. April 1957

Für die Regierung war die Ausgangslage insofern nicht günstig, als die öffentliche Erregung durch Äußerungen des Bundeskanzlers selbst ausgelöst worden war. Zudem kam der erste Kritiker-Vorstoß von einer Seite, die sich kaum mit den Attributen von Irrationalität oder Emotionalität kategorisieren ließ. Am 12. April 1957, eine Woche nach der skandalösen Pressekonferenz, traten 18 der führenden deutschen Atomwissenschaftler mit der berühmten »Göttinger Erklärung« an die Öffentlichkeit. Zu den Unterzeichnern zählten die Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue; führender Kopf der Gruppe war Carl Friedrich von Weizsäcker, der im Zweiten Weltkrieg ebenso wie Hahn und Heisenberg am deutschen Atombombenprojekt mitgearbeitet hatte, nun jedoch die Rolle einer Eminenz für alle Fragen einnahm, welche die Schnittmengen zwischen Wissenschaft, Politik und Ethik betrafen.²² Kraft ihrer fachlichen Autorität hielten die Physiker dem Wort von der »Weiterentwicklung der Artillerie« die Zerstörungskraft taktischer Nuklearwaffen entgegen, die mit jener der Hiroshima-Explosion vergleichbar sei und im Kriegsfall noch »sehr viel größer sein würde«, da sie »heute in großer Zahl vorhanden sind«.²³

Aus der Sicht der Bundesregierung war das schon unangenehm genug, musste

Eisenhower, seien rein konventionell gerüstete Truppen »nur Schlachtvieh«. Adenauer an Dwight D. Eisenhower, 20. Oktober 1960, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hg.), Adenauer. Briefe 1959–1961, bearb. von Hans Peter Mensing, Paderborn 2004, S. 204–206, hier S. 205.

- 21 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 331; Ders., Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1989), S. 567–595, bes. S. 577–583. Vgl. ferner mit kritischer Akzentuierung Matthias Küntzel, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Frankfurt/Main und New York 1992, S. 17–39.
- 22 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 360.
- 23 Deutsche Atomwissenschaftler appellieren für Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen und weigern sich, daran mitzuwirken. Stellungnahme Adenauers, 12. April 1957, in: Archiv der Gegenwart (1957) [= AdG], S. 6385.

es doch so scheinen, als ob der Kanzler die Materie nicht beherrsche oder zumindest unvorsichtig formuliert habe. Allerdings beließen die Professoren es nicht bei einer schlichten Richtigstellung, sondern rührten an den Ängsten, die sich mit einem radioaktiven Fallout verbanden: »Wir kennen keine Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.« An die Berechenbarkeit der Weltpolitik im Nuklearzeitalter, wie sie Adenauer durch eine funktionierende Abschreckung gewährleistet sah, wollten sie nicht glauben. Zwar leuchtete ihnen ein, »daß die gegenseitige Angst vor der Wasserstoffbombe heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern auf die Dauer für unzuverlässig. Und wir halten die Gefahr im Falle eines Versagens für tödlich.« Die Schlussfolgerung, die sich ihnen aufdrängte, lautete, dass »ein kleines Land wie die Bundesrepublik [...] sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet.«²⁴

Genau diese Forderung war aus Adenauers Sicht eine politische Torheit sondergleichen. Dass das Kanzleramt von der Aktion auf dem falschen Fuß erwischt worden war, blieb allerdings ebenfalls nicht verborgen. Otto Hahn hatte den Text der Erklärung am Freitag, den 12. April, von Göttingen aus an die Deutsche Presse-Agentur weitergeleitet, und da die Meldung über das Wochenende nicht geheim gehalten werden konnte, blieb der Bundesregierung keine Zeit für die Vorbereitung einer offiziellen Stellungnahme.²⁵ Noch am gleichen Tag nutzte Adenauer die Eröffnungsfeierlichkeiten für die Politische Akademie Eichholz bei Bonn für eine erste Entgegnung. Weil nun einmal in der Sache »vier Nobelpreise [gegen seine] vierzehn Ehrendoktorhüte [...] in der Waagschale«²⁶ lagen, widerstand er der Versuchung, die Expertise der Wissenschaftler in Zweifel zu ziehen. Sie dafür zu kritisieren, ihn als »verantwortliche[n] Leiter der Politik« nicht früher aufgesucht zu haben, war freilich nicht sonderlich klug. Nicht nur, dass er sich augenscheinlich in einen Schmollwinkel der Debatte zurückzog; es ließ sich auch der Eindruck nicht vermeiden, als ob ein autoritär regierender Kanzler an obrigkeitsstaatliche Traditionen anknüpfen und der akademischen Elite des Landes das Recht auf politische Meinungsäußerung beschneiden wollte. »Wenn die Herren sagen«, so führte er aus, »ein kleines Land wie die Bundesrepublik [könnte] sich heute noch am besten schützen und dem Weltfrieden dienen [...], wenn es ausdrücklich und freiwillig

24 Alle Zitate: Ebd.

25 Vgl. Die Achtzehn, in: Der Spiegel, 24. April 1957, S. 11.

26 Ebd. Adenauer hatte 1919 seine erste Ehrendoktorwürde erhalten und den akademischen Titel seitdem immer geführt.

auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet, dann muss ich sagen, [...], daß eine solche Erklärung mit den physikalischen wissenschaftlichen Erkenntnissen nichts zu tun hat. Es ist eine Erklärung, die rein außenpolitischer und militärpolitischer Natur ist, und zu deren Beurteilung man eben doch Kenntnisse haben muß, die auch diesen Herren nicht gegeben sind, da sie nicht zu mir gekommen sind.«²⁷

Abkanzelnd und besserwisserisch, wie solche Worte klangen, konnte es dem Bundeskanzler kaum gelingen, das angeschlagene Vertrauen in seine Kompetenz und Verlässlichkeit wiederherzustellen. Tags darauf traf er bei einer Parteiveranstaltung in Köln allerdings einen besseren Ton, indem er die emotionalen Aspekte der Debatte nicht ignorierte, sondern annahm und zu zügeln versuchte, die »Furchtbarkeit der Atombombe« nicht leugnete, die Angst vor ihr jedoch als »derzeit nicht begründet« darstellte. Das Konzept nuklearer Abschreckung, so gestand er ein, »klingt furchtbar; aber es ist realistisch gedacht und, wie die Dinge liegen, müssen wir realistisch denken. [...] Das ist die einzige reale Politik. [...] Das deutsche Volk kann das Vertrauen haben, daß wir alles tun werden, was menschenmöglich ist, damit der Welt Frieden und Freiheit erhalten bleiben.«²⁸

Obwohl Adenauer hier sichtlich bemüht war, seine Haltung mit weniger dürren Worten zu umschreiben, konnte er den angerichteten Schaden nicht mehr abwenden. Innerhalb kürzester Zeit formierte sich eine breite Medienopposition gegen die Atompolitik der Regierung.²⁹ Blitzschnell änderte der Bundeskanzler nun seine Strategie. Wenige Tage später, am 17. April 1957, empfing er fünf der Unterzeichner – Walter Gerlach, Otto Hahn, Max von Laue, Wolfgang Riezler und Carl Friedrich von Weizsäcker – zu einem mehrstündigen Gespräch im Palais Schaumburg, an dem auch Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, die Staatssekretäre Walter Hallstein, Josef Rust und Hans Globke sowie die Generäle Adolf Heusinger und Hans Speidel teilnahmen. Am Ende der Unterredung wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, das die politischen Meinungsverschiedenheiten allerdings nicht aus der Welt räumte. An ihrer Forderung nach einem unilateralen Kernwaffenverzicht der Bundesrepublik hielten die Wissenschaftler fest. Konsensfähig war nur die Absichtserklärung, auf ein »Abkommen über eine allgemeine kontrollierte Abrüstung« hin-

27 Bundeskanzler Dr. Adenauer. Zu der Erklärung der Atomphysiker, 12. April 1957, Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus [= StBKAH], Reden – Interviews – Erklärungen, 16.2 (1957/1).

28 Zur Frage der atomaren Rüstung. Ausführungen des Bundeskanzlers über die Erklärung der Atomwissenschaftler, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 16. April 1957, Nr. 73.

29 Hierzu zählten unter anderem auch die Blätter des mit Adenauer eigentlich auf gutem Fuße stehenden Verlegers Axel Springer, der sich 1957/58 allerdings »auf Linkskurs« befand. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009, S. 251 – 271, bes. S. 255 f.

zuarbeiten, das »den Menschen auf der ganzen Welt die Furcht vor einem Atomkrieg nehmen könnte.« Bundeskanzler und Wissenschaftler zeigten sich einig in dem Bewusstsein »der furchtbaren Gefahr [...], die durch die Entwicklung der Atomwaffe über die Menschheit gebracht wurde«, und »gewillt, jeder ehrlichen Anstrengung, diese Gefahr zu bannen, volle Mitarbeit zu gewähren.«³⁰

So wenig die Erklärung in der Sache bewegte, so wichtig war sie für Adenauer wegen ihrer symbolischen und psychologischen Wirkung. Nicht nur, dass sich die Bundesregierung die ethischen Prinzipien der Atomwissenschaftler öffentlich aneignen konnte. Sie vereinnahmte auch ihre Sprache der Angst, demonstrierte ein Bewusstsein für die nukleare Vernichtungsgefahr und verpflichtete sich auf unbedingte Kriegsverhinderung. Künftig ließen sich der Bonner und der Göttinger Standpunkt nicht mehr in gleicher Schärfe gegeneinander auspielen. Nach dem Abflauen der Atomdebatte, so mochte Adenauer gehofft haben, würde die bündnis- und sicherheitspolitische Kompetenz der Bundesregierung, das gemeinsame Ziel auch umzusetzen, nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Hiermit hatte er sich »erst einmal aus den nicht zuletzt von ihm selbst geschaffenen Schwierigkeiten herausgewunden.«³¹ Vielleicht gab er auch deshalb einen knappen Monat später vor dem Parteivorstand die erstaunliche Erklärung ab, von der »Göttinger Erklärung« sei gar keine allzu schlimme Wirkung ausgegangen. Stattdessen musste er resigniert feststellen: »Was Albert Schweitzer gesagt hat, ist von einem Großteil der deutschen Bevölkerung als Evangelium hingenommen worden.«³²

4. Ein Angst-Manifest der Philanthropie: Der Radioappell Albert Schweitzers vom 23. April 1957

Aus Bonner Sicht war die Debatte um die Folgen eines *künftigen* Atomkrieges weniger brisant als die Angst vor den *tatsächlichen* Auswirkungen der Wasserstoffbombenversuche, die Amerikaner und Russen seit dem Frühjahr 1954 durchführten. Über die globale Verseuchung durch atomare Testexplosionen lagen kaum gesicherte Erkenntnisse vor. Weil die Angst vor einer schleichenden, unsichtbaren Kontaminierung der menschlichen Umwelt sehr tief reichte, verband sie sich mit der Diskussion um die Atomrüstung der Bundeswehr, obwohl diese auf einer ganz anderen politischen Ebene angesiedelt war.

30 Unterredung Adenauers mit den deutschen Atomwissenschaftlern, 19. April 1957, in: AdG (1957), S. 6392.

31 Schwarz, Staatsmann, S. 336.

32 Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Buchstab, Protokolle 1953–1957, S. 1224.

Elf Tage nachdem die Atomphysiker an die Öffentlichkeit getreten waren, meldete sich eine moralische und philanthropische Instanz zu Wort. Am 23. April 1957 forderte der Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer in einem dramatischen Appell die Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche. Seine über Radio Oslo gehaltene und von 150 Rundfunkstationen übertragene Rede stieß auf weltweite Resonanz – und Adenauer sah sich kaum, dass er die Folgen der »Göttinger Erklärung« einigermaßen unter Kontrolle gebracht hatte, einer neuerlichen Krise ausgesetzt. »Das Bild hat sich [...] schlagartig geändert durch den Aufruf von Albert Schweitzer«, resümierte er sichtlich frustriert vor dem CDU-Bundesvorstand. »[...] Hätte er nicht gesprochen, dann wäre die ganze Sache anders gekommen. Aber nun hat er es getan.«³³

Für Adenauer stellte die Schweitzer-Rede ein unheilvolles Beispiel für den Einbruch des Emotionalen in die Politik dar. Wie er später in seinen »Erinnerungen« schrieb, erhöhte sie die »allgemeine Unruhe in der Bundesrepublik in erschreckender Weise. [...] Mich erfüllte diese Entwicklung mit großer Sorge.«³⁴ Zwar brachte der Kanzler seine zeitgenössische Einschätzung vor der CDU-Führung etwas zurückhaltender zum Ausdruck – sicherlich auch, um den Eindruck zu vermeiden, in die Defensive getrieben worden zu sein.³⁵ Tatsächlich aber hatte ihn die Aktion Schweitzers, den er persönlich schätzte und bereits in seinem Rhöndorfer Wohnhaus empfangen hatte,³⁶ unvorbereitet getroffen.

Auf den ersten Blick war die Ansprache eine wissenschaftlich fundierte und ethisch engagierte, weniger eine politisch orientierte Stellungnahme zu einem der beherrschenden Themen der Zeit. Ihre eigentliche Wirkung entfaltete sie freilich durch die Verwendung von sehr weitgehenden Angstmotiven. Jedenfalls löste sie zweifelsohne ihren Anspruch ein, die Menschheit mit der Gefährlichkeit des Atoms – die »ihr vorgehalten und begreiflich gemacht werden [muß]«³⁷ – zu konfrontieren. Motive der Unsicherheit hinsichtlich der Halbwertszeit von Radionukliden wechselten sich ab mit Assoziationen der Sicherheit über die unaufhaltsame Globalverbreitung atomaren Staubs; ihr Zusammenspiel erzeugte

33 Ebd., S. 1223 – 1252, hier S. 1226.

34 Adenauer, *Erinnerungen 1955 – 1959*, S. 301.

35 Die hier zitierte Passage aus den Memoiren stützt sich in weiten Teilen auf das Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957. Hier und da hat Adenauer aber rückblickend Formulierungen eingeschoben, die seine damalige Unruhe stärker akzentuieren. So hat er laut Protokoll vor dem Vorstand nicht von »großer Sorge« (wie in den Memoiren), sondern nur von einer »gewissen Besorgnis« gesprochen. Der Verweis auf die in »erschreckender Weise« gesteigerte kollektive »Unruhe« fehlt in der zeitgenössischen Niederschrift ganz. Allerdings gestand er ein, dass ihm die emotionalen Reaktionen in der Öffentlichkeit einen regelrechten »Schock« versetzt hätten. Alle Zitate: Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Buchstab, *Protokolle 1953 – 1957*, S. 1224 f.

36 Am 11. November 1955. Vgl. StBKAH, Besucherlisten, 04.06/1955, 11. November 1955, S. 17.

37 Albert Schweitzer warnt vor der atomaren Gefahr. Wortlaut seiner Botschaft an die Weltöffentlichkeit, 23. April 1957, in: AdG (1957), S. 6397.

ein bedrückendes Gefühl der Angst. Die Wirkung solcher Schreckensbilder effektiv einsetzend, appellierte Schweitzer nicht nur an das Verantwortungsbewusstsein der politisch Verantwortlichen, sondern auch an die Kraft einer global vernetzten Öffentlichkeit, auf ein umfassendes Atomteststoppabkommen hinzuwirken.

Ähnlich wie im Falle der »Göttinger Erklärung« dürfte Adenauer diese Forderung als bestenfalls naiv und schlimmstenfalls gefährlich eingeschätzt haben. In noch stärkerem Maße musste er freilich davon absehen, durch Zweifel an der Urteilsfähigkeit des prominenten Mahners Kritik auf sich zu ziehen.³⁸ Die kommende Bundestagswahl fest im Blick, erläuterte er im Mai 1957 vor dem Parteivorstand die Lage, die sich in den letzten vier Wochen ergeben hatte. Es handelte sich nun, so räumte er rundweg ein, um »einen Kampf gegen die Angst; denn die Angst ist auch bei unseren Leuten vorhanden, die sonst zu uns halten. Deswegen kann man die Angst nach meiner Meinung nur noch mit einer größeren Angst vertreiben. Um das machen zu können, muß man erst das Maß der berechtigten Angst auf das richtige Maß zurückführen und dann weiter sagen, es wird uns noch viel schlimmer gehen, wenn wir jetzt die Hände in die Taschen stecken.«³⁹

Dass Adenauer auf der Vorstandssitzung auch davon sprach, man müsse »den Teufel mit dem Beelzebub austreiben«⁴⁰, spricht dafür, dass er Feuer mit Feuer bekämpfen und Angst gegen Angst setzen wollte. Vor allzu holzschnittartigen Interpretationen ist jedoch zu warnen: Seiner eigenen Aussage gemäß zielte er zunächst auf den Abbau einer Angst, die er wohl durchaus als »berechtigt« anerkannte, um ihr ein »größeres«, ein wirkmächtigeres Angstmotiv entgegensetzen, das die geminderte Angst zu überlagern imstande war. In diesem Kalkül hatte der Wähler zwischen einer stärkeren und schwächeren Angst abzuwägen und seine Entscheidung für eine Politik zu treffen, die er am ehesten mit einem Gefühl der Sicherheit verband. An wenigen Tagen im Mai 1957,

38 Genau deshalb stellte er Mitte Mai vor dem Bundesparteitag die Überlegung an, ob noch kurzfristig ein Physiker zu organisieren sei, »der dazu Stellung nimmt, was Herr Schweitzer gesagt hat, daß nämlich das Gras, die Kühe, die Milch, der Regen und die Eier und was weiß ich alles noch radioaktiv seien? Ich muß ihnen ehrlich sagen, ich kenne Herrn Schweitzer persönlich. Er hat mich einmal aufgesucht. Er ist ein sehr kluger und reizender Mann; aber ich bin davon überzeugt, daß das alles nicht richtig ist. Das kann ich natürlich nicht sagen; denn dann heißt es: Der soll den Mund halten.« Ebenfalls mit dem Argument der Popularität und Integrität Schweitzers operierend, führte CDU-Bundesgeschäftsführer Bruno Heck hiergegen an: »Wenn nun irgendein Professor [...], den niemand in Deutschland kennt, [...] direkt eine Antwort auf die Meinung von Schweitzer gibt, [...], so halte ich das für nicht zweckmäßig. Ich glaube, daß wir uns der Gefahr aussetzen, die ganze öffentliche Meinung, soweit sie den Rundfunk und die Presse betrifft, gegen uns zu haben.« Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Buchstab, Protokolle 1953 – 1957, S. 1236 f.

39 Ebd., S. 1236.

40 Ebd., S. 1228.

während der großen Atomdebatte des Deutschen Bundestages und auf dem CDU-Bundesparteitag in Hamburg, sollten hierfür die Weichen gestellt werden.

5. Das Parlament als Forum der Angstdebatte: Die Atomdiskussion im Deutschen Bundestag vom 10. Mai 1957

Wie es scheint, hat Adenauer die maßgebliche Gefahr während der gesamten Diskussion im Frühjahr und Sommer 1957 darin gesehen, dass die Opposition das Nuklearthema als »Wahlschlager«⁴¹ entdecken und zu ihren Gunsten parteipolitisch ausnutzen würde. Eines der Foren, in denen einer solchen Entwicklung entgegengewirkt werden könne, war für ihn der Deutsche Bundestag. Bereits einige Monate zuvor, im November 1956, hatte er intern die Parole ausgegeben, »daß wir politische Bundestagsdebatten provozieren müssen, wie der Bundestag überhaupt die Tribüne für einen großen Teil des Wahlkampfes sein muß.«⁴² Auch wenn er nun erkennbar aus der Defensive heraus operierte, dürfte der Kanzler die parlamentarische Aussprache über die Nuklearpolitik, die unter großer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit am 10. Mai 1957 stattfand, als eine solche Gelegenheit betrachtet haben.

Regierungsvertreter und Oppositionspolitiker prallten an diesem Tag hart aufeinander. Insbesondere der SPD-Verteidigungsexperte Fritz Erler griff die dominierenden Angstmotive des öffentlichen Diskurses auf. Mit Anleihe an Albert Schweitzer warnte er vor der Bedrohung durch die gegenwärtig stattfindenden Kernwaffenversuche, sprach von der Fülle ihrer unkalkulierbaren Folgen, einem weltweiten Anstieg der Leukämieerkrankungen, von der Mutation genetischen Erbguts und tausendfachen Missgeburten.⁴³ Eingewoben in dieses große Angstpanorama waren zielgerichtete Angriffe auf die Politik der Regierung und den Bundeskanzler persönlich, der seine ungeschickte Äußerung über die »Weiterentwicklung der Artillerie« nun endgültig bereut haben dürfte. Erlers Beispiel für die Zerstörungskraft taktischer Atomwaffen war jedenfalls eingängig genug: »Mit einem Schuß wäre eine Stadt wie Bonn zerstört, verschwunden mit allem, was da ist.«⁴⁴

Obwohl Carlo Schmid, der als zweiter SPD-Redner ans Pult trat, mit seinen ethisch-abstrakten Reflexionen über das »Verhältnis [...] von Moral und Poli-

41 Ebd., S. 1224.

42 Routinebesprechung am Mittwoch, den 14. November 1956, Archiv für Christlich-Soziale Politik, Nachlass Richard Stücklen, Nr. 242.

43 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, Bd. 36, Bonn 1957, 209. Sitzung, Freitag, den 10. Mai 1957 [= Stenographische Berichte, 10. Mai 1957], S. 12053.

44 Ebd., S. 12056.

tik«⁴⁵ einen gut gewählten Kontrapunkt zu den harten Invektiven Erlers setzte, ist die Angriffsstrategie der Opposition nicht ganz aufgegangen. Nicht nur der Form halber stellte Adenauer tags darauf fest, die Debatte sei »ein wirklicher Erfolg gewesen.«⁴⁶ Tatsächlich hatten die Vertreter der Regierungsseite während der Aussprache eine geschickte Rollenverteilung vorgenommen. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß warf sich gewohnt wuchtig in die Auseinandersetzung hinein und operierte auch mit einem Begriff der Angst, den er jedoch vornehmlich auf die Bedrohung durch die Sowjetunion abzuleiten versuchte: »Ihre Politik besteht in der Praxis nach wie vor darin, ganz Deutschland zu einem sowjetischen Satelliten zu machen.«⁴⁷ Sieben Monate nach der Niederschlagung des Ungarnaufstandes diagnostizierte Strauß eine »neue Phase des Nervenkrieges«, in der Moskau bestrebt sei, die »Verteidigungskraft des Westens insgesamt zu untergraben und den Verteidigungswillen der Völker von innen heraus entscheidend zu treffen.« An den antikommunistischen Grundkonsens in der bundesrepublikanischen Gesellschaft appellierend, versuchte er den Protest gegen die Nuklearbewaffnung dadurch zu diskreditieren, dass er ihn als von der »Sowjetunion unternommenen Versuch« bezeichnete, »Angst, Unruhe, Furcht und Panikstimmung zu erzeugen«. So vermochte der Verteidigungsminister, der hier eine fast schon perfide Dialektik der Angsterzeugung betrieb, vor dem Hohen Haus auszurufen: »So verständlich die Sorgen sind, so schlechte Ratgeber sind Angst und Furcht.«⁴⁸

Der Gesamteindruck der Debatte wurde freilich durch die Rede Eugen Gerstenmaiers bestimmt, die Adenauer in der Nachlese als »ausgezeichnet[...]« bezeichnete.⁴⁹ Der Kanzler wird sich an dieser Stelle auch selbst beglückwünscht haben, schließlich hatte er den Bundestagspräsidenten »geradezu notzüchten müssen«⁵⁰, damit er die Neutralität seines Amtes aufgab und für die CDU/CSU in die Bresche sprang. Gerstenmaier gelang das, woran die bisherige Außendarstellung krankte, nämlich eine sachpolitische Verteidigung der Regierungsstrategie unter Einbeziehung und Würdigung der kollektivpsychologischen, »emotionalen« Aspekte der Debatte. Mit klaren Worten benannte er die beiden großen Ängste der Zeit, die »Szylla des Atomtodes« und die »Charybdis der Versklavung durch den Bolschewismus«, zeigte aber auch Verständnis für ein

45 Ebd., S. 12074.

46 Bundesvorstandssitzung, 11. Mai 1957, in: Buchstab, Protokolle 1953–1957, S. 1225.

47 Stenographische Berichte, 10. Mai 1957, S. 12073.

48 Alle Zitate: Ebd.

49 Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Buchstab, Protokolle 1953–1957, S. 1225. Vgl. in diesem Sinne die für die Regierung überaus positive Außenwirkung der Rede hervorhebend Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Band 2, Berlin 1997, S. 406.

50 Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Buchstab, Protokolle 1953–1957, S. 1225.

»gequältes menschliches Herz«, das sich vor dem teuflischen Dilemma in eine »Ohne Mich«-Haltung flüchtete.⁵¹ Anstatt sie als Manipulationsmasse kommunistischer Propaganda abzutun, wie es Strauß gehalten hatte, respektierte er die gesellschaftliche Angst, belegte sie aber zugleich mit den Attributen von Fatalismus, Resignation und Erschöpfung. Damit wurde sie kritikwürdig: »Die apokalyptische Vision des Atomtodes dieser Erde könnte dazu führen, daß die Menschheit in der Tat verzagt und resigniert, daß sie sich mit der Unabwendbarkeit einer solchen Entwicklung abfindet und ihr den Lauf läßt.«⁵² In diesem Licht betrachtet, drehte sich die Debatte weniger um den – politisch gar nicht spruchreifen – Beschluss, »die Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten. Heute geht es darum, der Angst zu widerstehen, die nach uns greift und die uns den Blick verdunkeln will für die Möglichkeiten – die realen Möglichkeiten –, die Deutschland in der Gemeinschaft der freien Welt heute gegeben sind.«⁵³

Mit seiner Ansprache gegen die Angst restaurierte Gerstenmaier den Assoziationszusammenhang zwischen Politik und Sicherheit, den die Bundesregierung über Jahre hinweg für sich hatte reklamieren können. Adenauer, dem »großen Vereinfacher« (Günter Gaus), war dies nicht gelungen. Überhaupt fällt auf, dass sich der Bundeskanzler nur vereinzelt in die Debatte einschaltete und seine Interventionen vergleichsweise kurz hielt.⁵⁴ Intuitiv wird der Instinktpolitiker gespürt haben, dass die großen Fragen von Macht und Verantwortung im Atomzeitalter auf einem Reflexionsniveau ausgetragen werden mussten, das seinem politischen Stil nicht entsprach. Tatsächlich entfaltete die Gerstenmaier-Rede ihre Wirkung wider die Angst ja vornehmlich wegen ihrer ausgefeilten sprachlichen Gestaltung. Hier trat Adenauer wohl bewusst in den Hintergrund.

6. Adenauers »Gegenmaßnahme«: Die Inszenierung des Hamburger Parteitages, 11. bis 15. Mai 1957

Ähnlich war Adenauer auch bei der Planung für die »Gegenmaßnahme« auf dem CDU-Bundesparteitag verfahren, der direkt im Anschluss an die Bundestagsdebatte vom 11. bis zum 15. Mai in Hamburg stattfand. Noch unter dem Eindruck der »Göttinger Erklärung« hatte er sich vorgenommen, mit dem evan-

51 Zitate: Stenographische Berichte, 10. Mai 1957, S. 12085, S. 12092.

52 Ebd., S. 12097.

53 Ebd., S. 12098.

54 Zu den ethischen Grundsatzfragen der Atompolitik bezog Adenauer nicht detailliert Stellung. Stattdessen griff er auf seine bewährten Mittel in der parlamentarischen Debatte zurück, nämlich die spontane Replik und die humoristische Zuspitzung. Vgl. Stenographische Berichte, 10. Mai 1957, S. 12063 f.

gelischen Theologen Helmut Thielicke⁵⁵ einen Redner von Format aufzubieten, der über das Nuklearthema ungebunden und damit in der Außenwirkung auch glaubwürdig sprechen konnte.⁵⁶ Über Kai-Uwe von Hassel ließ das Kanzleramt bei Thielicke anfragen, erhielt aber eine Absage mit der Begründung, er wolle sein theologisches Lehramt vom Dunst der Parteipolitik fernhalten.

Erwartungsgemäß ließ Adenauer nicht locker, lud den widerspenstigen Referenten nach Bonn ein und brachte seinen Widerstand mit einer geradezu entwaffnenden Offenheit zum Schmelzen. Wie sich Thielicke in seinen Memoiren erinnert, erhielt er nicht nur völlige Freiheit bei der inhaltlichen Ausgestaltung seiner Rede (»Sie können soviel Kritik an den Tag legen, wie Sie wollen«), sondern musste sich auch keiner Vorzensur unterwerfen und an keinerlei Zeitlimit halten (»Sie können reden, so lange Sie wollen«). Als Adenauer mit »der ihm eigenen Gabe zu manchmal trivialen Verallgemeinerungen« hinzufügte: »Isch bin ja ebenfalls für et Ethische in de Poletik!«, war der Professor endgültig gewonnen.⁵⁷

Die weitreichenden Zugeständnisse überraschen allerdings nur auf den ersten Blick. Ganz im Gegenteil war die Entscheidung, den Parteitag als »Plattform zu einer zweistündigen, tiefeschürfenden ethischen Reflexion aus lutherischem Geist«⁵⁸ anzulegen, genau überlegt. Dass ein unabhängiger Gelehrter der Politik bei dieser Gelegenheit auch kritische Anmerkungen ins Stammbuch schrieb, dürfte sogar expliziter Bestandteil der Parteitagsregie gewesen sein. Schließlich musste Adenauer alles daran setzen, den fatalen Eindruck von der Arroganz der Macht, den sein erster Umgang mit den Unterzeichnern der »Göttinger Erklärung« hinterlassen hatte, endgültig zu korrigieren. Da Thielickes Nähe zur CDU außer Frage stand, hielt sich das Risiko letztlich in kalkulierbaren Grenzen.

Und tatsächlich kam die »ebenso lange wie gewundene« Rede, die der Professor am 13. Mai vor den Delegierten hielt, einer »verklausulierten Rechtfertigung der Atombewaffnung« gleich.⁵⁹ Zwar warnte er davor, die Appelle Schweitzers und der Atomforscher als »politische Tendenzmeinungen [zu] diffamieren« und sprach von einer »Wirksamkeit des Zeichens«, die ihnen un-

55 Thielicke (1908 – 1986) hatte seit 1954 den Lehrstuhl für systematische Theologie an der von ihm mitbegründeten Theologischen Fakultät der Universität Hamburg inne. Der Exponent einer konservativen Strömung im deutschen Nachkriegsprotestantismus galt als Autorität in Fragen der »Theologischen Ethik« (so der Titel seines zwischen 1951 und 1964 erschienenen dreibändigen Hauptwerkes).

56 Thielicke war derart »publikumswirksam«, dass ihm der Spiegel im Dezember 1955 eine eigene Titelgeschichte widmete. Vgl. Kanzel und Katheder, in: Der Spiegel, 21. Dezember 1955, S. 34 – 39, hier S. 34.

57 Alle Zitate aus Helmut Thielicke, Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984, S. 362 f.

58 Schwarz, Staatsmann, S. 341.

59 Köhler, Adenauer, S. 407.

abhängig von ihrer politischen Bewertung zufalle.⁶⁰ Andererseits bezeichnete er die Forderung nach globaler Nuklearabrüstung als im Kern unrealistisch und fehlgeleitet.⁶¹ Was den Theologen zu dieser Haltung veranlasste, war seine Vorstellung von der »Realität des gefallen Menschen« in einer »Welt der füreinander unberechenbar Gewordenen, der voreinander Geängstigten«. In einer solchen »gefallenen Welt« stelle der »Friede der Angst« »ein Verhängnis« dar, »an dessen prinzipielle Beseitigung zu glauben schwärmerisch wäre. Das Wort des Herrn: »In dieser Welt habt ihr Angst« ist ein Wort des äußersten Realismus. Die wirkliche Überwindung der Angst ist in einer anderen Dimension als der Politischen zu suchen.«⁶²

Diese Worte dürften Adenauer nicht nur deshalb zugesagt haben, weil sie seiner ureigenen Menschenskepsis entsprachen, sondern weil sie mit ihrem Plädoyer für einen »christlichen Realismus« seine Politik von der Verantwortung entbanden, den menschlichen Geist von der Angst zu befreien. In einer angst erfüllten Welt auf ein Höchstmaß von Sicherheit hinzuwirken, dafür erhielt sie freilich eine Art theologisches Mandat zugesprochen. So brauchte Adenauer im Anschluss an den Vortrag nicht mit Lob zu sparen und hatte auch wenig Mühe, wie Thielicke sich rückblickend erinnerte, »in meisterlicher Improvisation mit der einen Hand nahezu alle meine kritischen Spitzen [zu] extrahier[en], wobei er mir mit der anderen über die Wange strich.«⁶³

7. Adenauers Triumph: Die Zähmung der »Angst« im Bundestagswahlkampf von 1957

Die Außenwirkung des Parteitages hat dazu beigetragen, dass es dem Kanzler gelang, die Lawine, die er einen Monat zuvor losgetreten hatte, »unter Aufbietung aller taktischen Künste aufzufangen«⁶⁴. Seinen eigentlichen Höhepunkt sollte der zivilgesellschaftliche Protest im Frühjahr und Sommer 1958 erreichen, als sich aus Kreisen von Gewerkschaften, Kirchen und Geistesleben bundesweite Anti-Atomtod-Komitees organisierten.⁶⁵ Erst dann nämlich wurde die Frage der

60 Thielicke, Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter, hier S. 119, S. 125.

61 Vgl. in diesem Sinne noch weitergehend über den stabilisierenden Effekt einer globalen Atomabschreckung nachdenkend die im Jahr darauf publizierte Schrift von Helmut Thielicke, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, Tübingen 1958.

62 Helmut Thielicke, Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter, S. 121.

63 Thielicke, Erinnerungen, S. 364.

64 Schwarz, Staatsmann, S. 341.

65 Vgl. die zeitgenössische Zusammenstellung der Aufrufe bei Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Blaubeuch. Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, 2. Aufl., Düsseldorf 1958.

Atomrüstung politisch spruchreif: Im Dezember 1957 hatten die Amerikaner auf dem NATO-Gipfel von Paris ihre Bereitschaft erklärt, den westeuropäischen Verbündeten sowohl Mittelstreckenraketen als auch die dazugehörigen Trägersysteme zur Verfügung zu stellen. Vorbehaltlich der Freigabe durch den US-Präsidenten sollten diese im Kriegsfall mit Atomsprenköpfen scharfgemacht werden. Am 25. März 1958 rang sich der Deutsche Bundestag schließlich nach harter Debatte dazu durch, »die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so [auszurüsten], daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen.«⁶⁶

Entschieden wurde die Abstimmung durch die absolute Mehrheit der Mandate, über welche die Unionsparteien seit der dritten Bundestagswahl vom 15. September 1957 verfügten. Tatsächlich hatte die Atomangst den Wahlausgang nicht im Sinne der Oppositionsparteien SPD und FDP zu beeinflussen vermocht.⁶⁷ Die sozialpolitischen Wohltaten der Bundesregierung, an erster Stelle die Verabschiedung des umlagefinanzierten Rentensystems, appellierten an handfestere Sicherheitsbedürfnisse und beeinflussten das Wahlverhalten unmittelbarer als die – damals noch – abstrakte Frage nach Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen.

Wo die Wahlkampfstrategie der Union das Atomthema anschnitt, stellte sie es in den Kontext der außenpolitischen Erfolge Adenauers und seiner Forderung nach kontrollierter Globalabrüstung. Dabei wurde die Angst vor der atomaren Vernichtung durchaus nicht ausgeklammert, sondern im Sinne der Regierungspolitik instrumentalisiert und mit der Sehnsucht nach Sicherheit kombiniert. Eines der CDU-Wahlplakate, das einen dunkelroten Atompilz mit eingelassenem Hammer-und-Sichel-Emblem zeigte, wandte sich »gegen den roten Atomtod« und versprach stattdessen »Freiheit und Sicherheit in der Nato«.⁶⁸ »Entschärft die Atombombe in der Hand Moskaus!«, hieß es auf einem anderen Plakat kurz und bündig: »Darum Abrüstung in *aller* Welt.«⁶⁹

Zum Auftakt des Wahlkampfes hatte Adenauer die Rolle der Emotionen in der Politik als »Wettlauf« der »Komplexe« beschrieben. »Die Opposition muß gegen

⁶⁶ Zitiert nach Küntzel, Bonn und die Bombe, S. 32.

⁶⁷ Neben der SPD engagierte sich auch die 1956 aus der Regierung ausgeschiedene FDP unter ihrem Bundesvorsitzenden Reinhold Maier in der Kritik an der Atompolitik der Bundesregierung. Aufschlussreiche Wahlbroschüren und Flugblätter finden sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Nachlass Reinhold Maier, Q 1/22, Bü 749. Zu Maiers Oppositionskurs in der Nuklearpolitik 1957/58 vgl. Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989, S. 459 f.

⁶⁸ Wahlplakat der CDU, 1957, in: BArch, Plak 005-006-045/Grafiker: ohne Angaben, online: <<http://www.bild.bundesarchiv.de>>, [Stand: 22. Juni 2010], (Abb. S. 223 – mit freundlicher Genehmigung der CDU).

⁶⁹ Vgl. Wahlplakat der CDU, 1957, in: BArch, Plak 005-006-032/Grafiker: WAH, ebd., [Stand: 22. Juni 2010].

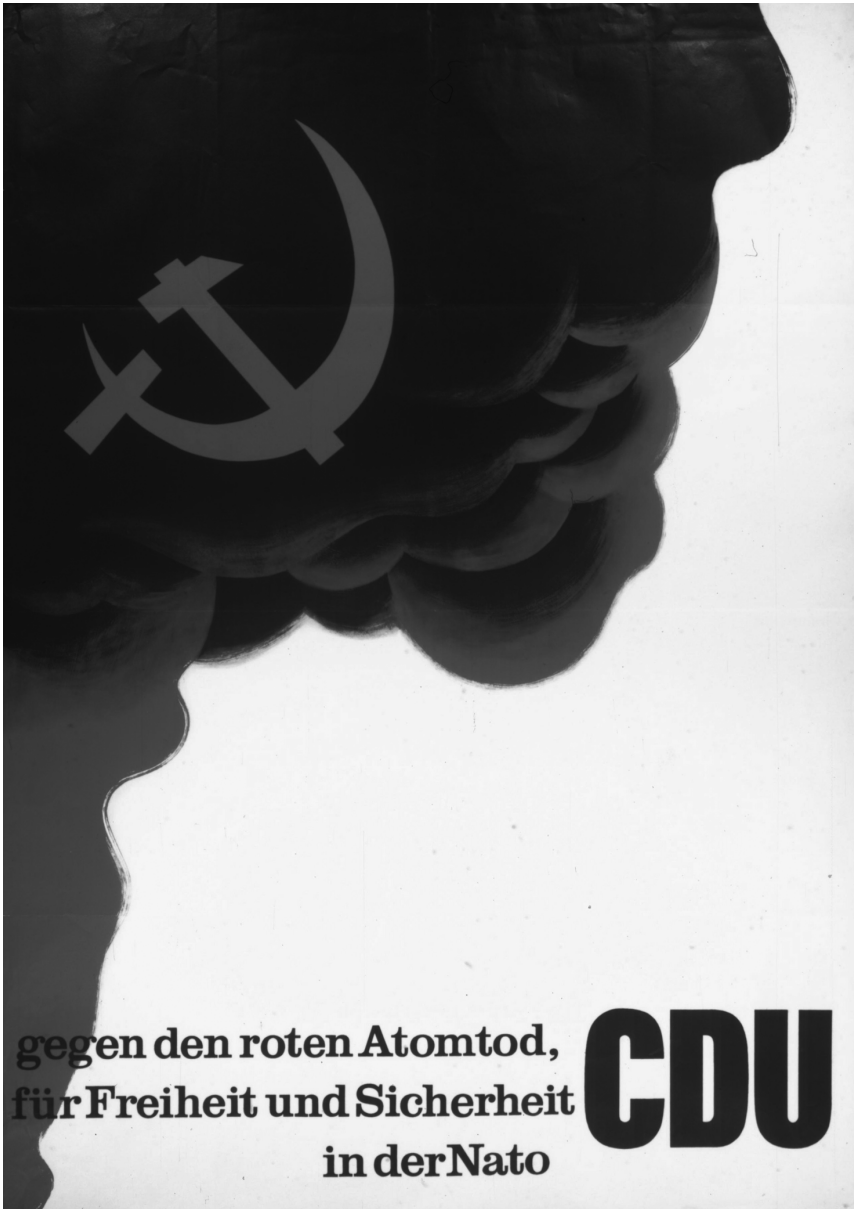


Abbildung 1: Wahlplakat der CDU, 1957

den Erfolg polemisieren«, erläuterte er seinen CDU-Vorstandskollegen am 11. Mai 1957. »Das kann sie nur, indem sie alles tut, um emotionale Komplexe anzusprechen [...]. Der stärkste emotionale Komplex, der angesprochen wird, ist der Angstkomplex. Das wird ein Wettlauf werden.«⁷⁰

Dieser »Wettlauf« funktionierte letztlich über die politische Steuerung von Angst. Die Atomangst, die Adenauer für unkontrollierbar und gefährlich hielt, galt es zu dämpfen und bestenfalls zu beseitigen. Zugleich machte der Kanzler aber hinter verschlossenen Türen auch keinen Hehl aus seiner Absicht, ebenfalls Emotionen zu schüren und Angst mit Angst bekämpfen zu wollen. Auf der Vorstandssitzung deutete er an, dass die Wahlkampfstrategie darauf hinzuwirken hatte, die Atomangst durch die Bolschewismus- und Versklavungsangst zu überdecken. Das Gleichgewicht der Ängste schien ihm gewissermaßen aus den Fugen geraten: »Es gibt Leute, die auf dem Standpunkt stehen: Lieber rot als tot [...]; denen sitzt augenblicklich die Furcht im Nacken. Sie sagen, wir wollen lieber Jahre der Unfreiheit über uns ergehen lassen, als daß wir und unsere Kindeskindern ausgerottet werden.«⁷¹

Auf diese Weise wurde die Atomfrage in die Polarisierung gegen äußere und innere Feindbilder, gegen die Sowjetmacht und die Sozialdemokratie, eingeordnet. Trotz der öffentlichen Aufmerksamkeit, welche die »Göttinger Erklärung« und der Schweitzer-Appell erfahren hatten, sind die Zustimmungswerte für die CDU/CSU während der heißen Wahlkampfphase im Ganzen doch stabil geblieben. »Offenbar war zwar vielen Bürgern beim Gedanken an Atomwaffen nicht wohl«, schrieb Hans-Peter Schwarz 1981 lakonisch nieder, »aber die Frage schien doch nicht von vordringlicher Bedeutung, und man hatte eben auch in dieser Hinsicht zu den Positionen der Bundesregierung mehr Zutrauen als zu denen der Opposition.«⁷² Was die Zähmung der Angst im Wahlkampf anbelangt, ist Adenauers Strategie allem Anschein nach aufgegangen.

Literaturverzeichnis

Adenauer, Konrad, *Erinnerungen 1955 – 1959*, Stuttgart 1967.

Adenauer, Konrad, *Glauben an den Sieg des Lichts*, Buxheim/Allgäu 1959.

Archiv der Gegenwart 1957.

Bald, Detlef, *Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer*, Bremen 1994.

Buchstab, Günter (Bearb.), *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953 – 1957*, Düsseldorf 1990.

70 Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957, in: Buchstab, *Protokolle 1953 – 1957*, S. 1236.

71 Ebd. S. 1229.

72 Schwarz, *Gründerjahre*, S. 363.

- Conze, Eckart, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
- Deutschland und Frankreich. Ein Gespräch der Zeit mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, in: Die Zeit, 3. November 1949.
- Die Achtzehn, in: Der Spiegel, 24. April 1957, S. 11 – 17.
- Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Blaubuch. Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, 2. Aufl., Düsseldorf 1958.
- Kanzel und Katheder, in: Der Spiegel, 21. Dezember 1955, S. 34 – 39.
- Köhler, Henning, Adenauer. Eine politische Biographie, Bd. 2, Berlin 1997.
- Küntzel, Matthias, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Frankfurt/Main und New York 1992.
- Lötzel, Holger, Geschärfte Wahrnehmung. Angst als Perzeptionsfaktor in der Außenpolitik Konrad Adenauers, in: José Brunner (Hg.), Politische Leidenschaften. Zur Verknüpfung von Macht, Emotion und Vernunft in Deutschland, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 38 (2010), S. 79 – 101.
- Matz, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier (1889 – 1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.
- Mensing, Hans Peter, Redebeitrag, in: Tilman Mayer (Hg.), Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer, Bonn 2009, S. 190.
- Morsey, Rudolf/Hans-Peter Schwarz (Hg.), Adenauer. Briefe 1955 – 1957, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1998.
- Morsey, Rudolf/Hans-Peter Schwarz (Hg.), Adenauer. Briefe 1959 – 1961, bearb. v. Hans Peter Mensing, Paderborn 2004.
- Rupp, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970.
- Schütt, Hans-Dieter (Hg.), Günter Gaus. Was bleibt, sind Fragen. Die klassischen Interviews, 2. Aufl., Berlin 2001, S. 392 – 406.
- Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Konrad Adenauers Regierungsstil, Bonn 1991.
- Schwarz, Hans-Peter, Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1989), S. 567 – 595.
- Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Staatsmann 1952 – 1967, Stuttgart 1991.
- Schwarz, Hans-Peter, Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009.
- Schwarz, Hans-Peter, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949 – 1957, Stuttgart 1981.
- Thielecke, Helmut, Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter, in: Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Hg.), 7. Bundesparteitag der CDU, Hamburg, 11.–15. Mai 1957, Hamburg 1957, S. 100 – 130.
- Thielicke, Helmut, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, Tübingen 1958.
- Thielicke, Helmut, Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, Bd. 36, Bonn 1957.
- Zur Frage der atomaren Rüstung. Ausführungen des Bundeskanzlers über die Erklärung der Atomwissenschaftler, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 16. April 1957, Nr. 73.

Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst: Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74

1. Einleitung

Nachdem seine internen Memoranden nicht die erwünschte Aufmerksamkeit erhalten hatten, veröffentlichte James Akins, der Ölexperte des US-amerikanischen Außenministeriums, im April 1973 einen Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs*, in dem er eindringlich vor politisch motivierten Unterbrechungen oder Reduktionen der Öllieferungen durch die arabischen Förderländer warnte. Indem er seinen Aufsatz mit »This Time the Wolf Is Here« untertitelte, behauptete Akins, nicht zu denen zu gehören, die Angst vor einer Gefahr schürten, die gar nicht vorhanden sei.¹ Er verwies damit auf eine etablierte Debattenstruktur, in der Warnern vor einer drohenden Verknappung des Öls vorgeworfen wurde, sie trügen nicht zu einer sachlichen Lösung der Energieversorgungsprobleme bei, sondern schüfen durch ihre Kassandrarufer erst die eigentlichen Probleme. Denn falsche Warnungen versetzten Menschen in hysterische Zustände, in denen sie sich zu irrationalen Handlungen hinreißen ließen, und auf lange Sicht könnten sie zu einer Abstumpfung vor wirklichen Gefahren führen.

Tatsächlich schien Akins' Prognose sich nur wenige Monate später zu bewahrheiten: Als im Oktober 1973 Ägyptens Präsident Sadat überraschend Israel angreifen ließ, verkündeten die in der Organization of Arab Petrol Exporting Countries (OAPEC) organisierten Förderländer Unterstützungsmaßnahmen für die arabische Seite. Sie verhängten ein Vollembargo gegen die Vereinigten Staaten und die Niederlande, weil diese Israel im sogenannten Yom-Kippur-Krieg unterstützten und beschlossen, ihre Ölförderung schrittweise um mindestens fünf Prozent pro Monat zu drosseln, bis sich Israel, der UN-Resolution 242 entsprechend, vollständig aus den besetzten Gebieten zurückgezogen habe.

1 Vgl. James Akins, *The Oil Crisis. This Time the Wolf Is Here*, in: *Foreign Affairs* 51 (1973), S. 462–490, hier S. 465; Daniel Yergin, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*, Frankfurt/Main 1991, S. 711.

Ausgenommen von den Lieferbeschränkungen waren nur sogenannte »friendly states«. ² Die Kommunikation und Implementierung der Maßnahmen war zunächst undurchsichtig, schon im Dezember 1973 wurden sie dann teilweise wieder abgeschwächt, und im März 1974 wurden die wesentlichen Förder- und Liefereinschränkungen im Kern aufgehoben.

Die Brisanz der Maßnahmen erhöhte sich dadurch, dass sie mit einer weiteren Veränderung auf dem internationalen Ölmarkt interferierten: War der Ölpreis bisher in Verhandlungen zwischen den Förderländern und den multinationalen Ölkonzernen ausgehandelt worden, kündigten im Oktober 1973 die Vertreter der Organization of Petrol Exporting Countries (OPEC) diese Verhandlungen einseitig auf. Durch ihre seit der Gründung 1960 gesteigerte Macht war die OPEC dazu in der Lage, den Ölpreis binnen eines Jahres in mehreren Sprüngen zu vervierfachen. In der Forschung werden das Ölembargo und die Ölpreissteigerungen oft als »erste Ölkrise« zusammengefasst, die in den westlichen Industrienationen wie ein Schock gewirkt und Ängste und Bedrohungsgefühle ausgelöst habe. ³

Im Folgenden soll geklärt werden, ob Angst wirklich ein entscheidender Faktor in der Ölkrise war, beziehungsweise ob und inwiefern sie als Angst wovon in welchen Kontexten handlungsrelevant wurde. Dazu werden nach einigen grundsätzlichen Überlegungen zum Begriff der »Angst« und seiner Korrelation mit dem Begriff der »Sicherheit« in der Geschichtswissenschaft sowie der besonderen Relevanz einer Untersuchung von Angst und Sicherheit im Zusammenhang der Energiepolitik der 1970er Jahre, in einem zweiten Schritt Varianten vorgestellt, in denen Angst in der Ölkrise 1973/74 eine Rolle spielen konnte. Daran anschließend wird dann exemplarisch die genaue Verbindung von Angst und politischem Handeln in der Bundesrepublik Deutschland vor allem im Oktober und November 1973 untersucht, um dann einige Schlussfolgerungen zur Bedeutung der Angst für die Geschichte der internationalen Beziehungen im Allgemeinen und für das politische Handeln in der ersten Ölkrise im Besonderen zu ziehen.

2 Vgl. OAPEC, Communiqué. Conference of Arab Oil Ministers, in: Jordan J. Paust/Albert P. Blaustein (Hg.), *The Arab Oil Weapon*, New York 1977, S. 42–43, hier S. 43.

3 Vgl. Yergin, *Der Preis*, S. 708–719; Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996; Fiona Venn, *The Oil Crisis*, London 2002; Karen R. Merrill, *The Oil Crisis of 1973–1974. A Brief History with Documents*, Boston und New York 2007.

2. Angst und Sicherheit in der Geschichte

Der Begriff der »Angst« bezeichnet alltagssprachlich einen »meist quälenden, stets beunruhigenden und bedrückenden Gefühlszustand«, der eine Reaktion auf eine »vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung« darstellt. Angst ist also ein psychischer Zustand, kann sich aber auch in physischen Symptomen äußern, wie in »Reaktionen des vegetativen Nervensystems (z. B. [...] Anstieg von Puls- und Atemfrequenz, verstärkte Darm- und Blasenaktivität, Zittern, Schwächegefühl [...])« oder Ähnlichem.⁴ Auch wenn die Fähigkeit, Angst zu empfinden, zur menschlichen Grundausstattung zu gehören scheint und daher oft einen wesentlichen Referenzpunkt für grundsätzliche philosophische Reflexionen über die Natur des Menschen bildete,⁵ ist Angst doch keine ahistorische Konstante. Ängste sind vielmehr sowohl in Bezug auf ihre Gegenstände als auch auf ihre Intensitätsgrade und Ausdrucksformen historisch variabel und damit kulturgeschichtlichen Untersuchungen zugänglich.⁶

In der Geschichte der internationalen Beziehungen ist oft von Ängsten oder Befürchtungen die Rede, die das politische Handeln beeinflussten. In vielen Fällen handelt es sich dabei um eine abkürzende Redeweise, die komplexe Motivationsstrukturen und Entscheidungsprozesse auf einen einfachen aus der Individual- und Alltagspsychologie bekannten Begriff bringt. Grundsätzlich geht es beim Verweis auf Angst zumeist nicht um die genaue Beschreibung eines psychischen Phänomens oder seiner physischen Ausprägungen. Wenn wir sagen, dass ein politischer Entscheidungsträger aus »Angst vor etwas« so oder so handelte, ist höchst selten gemeint, dass irgendwelche der oben beschriebenen Symptome vorlagen.⁷ Vielmehr handelt es sich um eine klassische *belief-desire* Erklärung, die das Handeln eines Menschen verständlich macht, indem sie angibt, was er glaubt und was er wünscht.⁸ Wenn wir sagen, dass jemand abends seine Tür abschließt, weil er Angst vor Einbrechern hat, so erklärt das die Handlung, wenn die Person befürchtet, dass Einbrecher ins Haus kommen könnten beziehungsweise wünscht, dass dies nicht geschieht und sie zugleich glaubt, dass das Abschließen der Tür dazu geeignet ist, es zu verhindern. Für die Erklärungskraft dieser Aussagen ist zunächst einmal irrelevant, ob es sich um

4 Brockhaus Enzyklopädie Online, 21., neu überarb. Aufl., Leipzig und Mannheim 2006, online: <<http://www.brockhaus-enzklopaedie.de/>>, [Stand: 30. März 2010].

5 Vgl. Sören Kierkegaard, *Der Begriff Angst*, Hamburg 1984; Martin Heidegger, *Sein und Zeit*, 19. Aufl., Tübingen 2006.

6 Vgl. Joanna Bourke, *Fear. A Cultural History*, London 2005; Kate Hebblethwaite (Hg.), *Fear. Essays on the Meaning and Experience of Fear*, Dublin 2007.

7 Vgl. zu der Verwendung des Angstbegriffs in der Geschichtswissenschaft auch den Beitrag von Georg Christoph Berger Waldenegg im vorliegenden Sammelband.

8 Siehe dazu einführend Donald Davidson, *Actions, Reasons, and Causes*, in: Ders., *Essays on Actions and Events*, Oxford 1980, S. 3 – 19.

rationale oder irrationale Wünsche beziehungsweise Ängste und ob es sich um richtige oder falsche Überzeugungen handelt.

In der Geschichte der internationalen Beziehungen dient die Angabe von Ängsten also nicht zur genauen Beschreibung individualpsychologischer Zustände, die historiographisch ohnehin nur in seltenen Fällen zu bestimmen sind, sondern sie erfüllt eine Funktion im Rahmen von Handlungserklärungen. Daher ist für ihre Analyse die Reflexion auf die philosophischen Implikationen oder biologischen Grundlagen der Angst zunächst genauso wenig instruktiv wie die Unterscheidung verschiedener Formen oder die Einführung einer kategorialen Differenz zwischen objektbezogener Furcht und diffuser, ungerichteter Angst. Geklärt werden muss vielmehr, was eine bestimmte Angst zu einer *politischen* Angst macht. Ein instruktiver Definitionsvorschlag läuft hier über die Einführung einer Unterscheidung zwischen individuellen und kollektiven Ängsten. Während viele individuelle Ängste rein privaten Charakter haben – wie zum Beispiel die klassischen Phobien vor bestimmten Tieren, freien oder zu engen Räumen – sind politische Ängste immer in irgendeiner Form auf ein Kollektiv bezogen. So definiert Corey Robin Angst als »people’s felt expectation of some harm to their collective well-being« und argumentiert, Ängste seien politisch und nicht privat, wenn »they emanate from society or have consequences for society.«⁹ Unter politischer Angst wird also im Folgenden eine auf ein Kollektiv bezogene negative Erwartung verstanden, wobei auch auf die eigene Person bezogene Ängste dann politisch sein können, wenn befürchtet wird, als Teil eines Kollektivs von einer Bedrohung getroffen zu werden.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington hat die politik- und sozialwissenschaftliche, aber auch die historiographische Beschäftigung mit dem Thema »Angst« stark zugenommen. Dabei sind die meisten Untersuchungen selbst stark politisch geprägt. Auf der einen Seite stehen Studien wie die zitierte von Robin, die Angst als ein Mittel interpretieren, das von den politisch oder ökonomisch Mächtigen zur Manipulation der Bevölkerung eingesetzt wird. Mit ihren Arbeiten wollen sie diese Instrumentalisierung falscher Ängste entlarven und stattdessen auf schwerwiegendere Bedrohungen aufmerksam machen.¹⁰ Auf der anderen Seite kritisieren Autoren die neuen sozialen Bewegungen oder die Medien, weil sie unbegründete Ängste und Hysterien erzeugten wie zum Beispiel in Bezug auf die Atombewaffnung oder die Umweltverschmutzung.¹¹ Trotz ihrer gegensätzlichen Intention ver-

9 Corey Robin, *Fear. The History of a Political Idea*, Oxford 2004, S. 2.

10 Vgl. John Lukacs, *Democracy and Populism. Fear & Hatred*, New Haven 2005; Dan Gardner, *Risk*, London 2008.

11 Vgl. Gerhard Ritter (Hg.), *Angst als Mittel der Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung*, Berlin 1986; Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hg.), *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte*

wenden diese Arbeiten einen sehr ähnlichen, undifferenzierten Angstbegriff, der wenig Schattierungen zulässt und mit Irrationalität konnotiert ist. Angst fungiert in ihnen zumeist als ein *on-off-Begriff*: Entweder man hat Angst und ist von ihr beherrscht, so dass man sich irrational und den eigenen Interessen widersprechend verhält oder man hat keine Angst und gilt damit als rational handelndes Individuum.

Demgegenüber scheint es ertragreicher zu sein, den Begriff der Angst stärker aufzufächern und mit dem der »Sicherheit« zu korrelieren, der in der Geschichte der internationalen Beziehungen schon immer eine hohe Bedeutung hatte und in den letzten Jahren in der Geschichtswissenschaft insgesamt größere Aufmerksamkeit erfahren hat. Studien zur Geschichte der »Angst« kommen oft ohne den Begriff der »Sicherheit« aus und Arbeiten zur Geschichte von Sicherheit verzichten vielfach auf eine genauere Betrachtung des Phänomens der Angst.¹² Diese wechselseitige Nichtbeachtung ist umso überraschender, als Angst und Sicherheit, insofern es sich hier um die Bezeichnung eines psychischen Zustandes, also um gefühlte Sicherheit, handelt, komplementäre Begriffe sind: Beide sind Erwartungsbegriffe. Während Angst im politischen Sinn die Erwartung eines möglichen Schadens für das kollektive Wohlergehen bezeichnet, beschreibt der Sicherheitsbegriff die Abwesenheit eben dieser Erwartung. Angst- und Sicherheitsgefühle bilden somit Pole auf einem Kontinuum politischer Emotionen.¹³ Als solche sind sie schon deshalb nie in Reinform vorhanden, weil sich die politische Gefühlslage nicht nur auf einen Gegenstand, sondern immer auf mehrere bezieht, so dass sie in je verschiedenen Mischungsverhältnissen vorkommen. Nichtsdestoweniger kann es durchaus Phasen geben, in denen bestimmte Ereignisse so zentrale Erwartungssicherheiten zerstören, dass Unsicherheiten und Ängste aus einem bestimmten Feld insgesamt dominant werden.

Ob und inwiefern dies in der Ölkrise von 1973/74 der Fall war, soll im Folgenden untersucht werden. Dabei bildet die erste Ölkrise ein in mehreren Hinsichten instruktives Beispiel für eine politische Geschichte der Angst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. So erscheinen die 1970er Jahre in der neueren Forschung oft als emotionale Transformationsphase in der Geschichte der bundesdeutschen aber auch der westeuropäischen Gesellschaft allgemein.

falscher Ökoalarme, Stuttgart 2004; Frank Furedi, *Culture of Fear. Risk-Taking and the Morality of Low Expectation*, London und Washington/DC 1997.

- 12 Vgl. Eckart Conze, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 357–380.
- 13 Vgl. Ute Frevert, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert*, in: Paul Nolte (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 95–111.

Unter den Bedingungen des Nachkriegsboom in den 1950er und 1960er Jahren wuchs nicht nur die materielle Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern Sicherheit avancierte zu einem Ziel politischen Handelns, einer zentralen Erwartung an Politik und einem soziokulturellen Deutungsrahmen.¹⁴ Umso stärker war die Erschütterung der Sicherheitsgefühle, als in den 1970er Jahren mit dem Ende des Booms neue Gefährdungen und Ängste aufkamen, die sich auf die Kontinuität von Wohlstand und Wachstum, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme, die ökologischen Lebensgrundlagen und den nationalen und internationalen Terrorismus bezogen.¹⁵ In diesem Sinne meint beispielsweise Axel Schildt in seinen Überlegungen zu einer Geschichte der *German Angst*, in den 1970er Jahren scheine sich »die eigentliche Zäsur in der Geschichte der Ängste« vollzogen zu haben.¹⁶ Darüber hinaus spielen Ängste auch eine zentrale Rolle in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des Kalten Krieges, da dessen Entwicklungslogik wesentlich durch die wechselseitige atomare Bedrohung konstituiert wurde.¹⁷ In den 1960er und 1970er Jahren trat der Konflikt zwischen den Supermächten allerdings in eine neue Phase ein, die wesentlich durch entspannungspolitische Bemühungen geprägt war. Zu fragen ist also auch, ob und inwiefern der Angsthaushalt des Kalten Krieges verändert wurde: Ersetzte eine neue Bedrohungskonstellation, die eher zwischen Nord und Süd verlief, die alten Ängste vor einer atomaren Auseinandersetzung oder blieb die Logik des Ost-West-Konflikts dominant?

3. Angst in der Ölkrise 1973/74

Auch wenn die zeitgenössische Beschreibung der Veränderungen des internationalen Ölmarktes im Oktober 1973 als »Schock« für die westlichen Industrienationen in der Forschung oft übernommen wurde, ist die Frage nach dem Faktor Angst in der Ölkrise noch nicht systematisch gestellt worden. Schon die Charakterisierung als Schock wirft Fragen auf, da die Ursachen für die arabische Ölpolitik in den frühen 1970er Jahren vor allem in zwei langfristigen Prozessen lagen: Auf der einen Seite wuchs im Zuge der Dekolonisierung der Nationalis-

14 Vgl. Conze, Sicherheit als Kultur, S. 359 f.

15 Siehe einführend Konrad H. Jarausch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008 sowie das Themenheft zu den 1970er Jahren: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004).

16 Axel Schildt, »German Angst«. Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, in: Daniela Münkler (Hg.), Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt 2004, S. 87–97, hier S. 97.

17 Vgl. Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009; siehe auch den Beitrag von Sebastian Haak in diesem Band.

mus in den Förderländern und damit auch ihr Anspruch, über die Bodenschätze ihrer Territorien zu verfügen, sowie ihre politische Durchsetzungsfähigkeit. Spätestens mit der Gründung der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD) im Jahr 1964 waren Forderungen der »Dritten Welt« nach einer neuen ökonomischen Ordnung und permanenter Souveränität über die eigenen Rohstoffe lauter vernehmlich geworden, und seit dem Ende der 1960er Jahre hatte der Einfluss der OPEC auf die Gestaltung des Ölpreises zugenommen. Auf der anderen Seite hatte sich der internationale Ölmarkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich verändert. Aufgrund des wirtschaftlichen Booms in den westlichen Industrienationen war nicht nur der Energiebedarf insgesamt stark angestiegen, sondern auch das Verhältnis der Energieträger Kohle und Öl hatte sich verändert. In allen westlichen Industrieländern hatte das Öl in den 1960er Jahren die Kohle als primären Energieträger abgelöst.¹⁸ Dadurch entstand eine hohe Abhängigkeit der Industrieländer vom Öl, nicht jedoch automatisch eine hohe Verwundbarkeit durch Lieferunterbrechungen.¹⁹ Noch während des Sechstagekrieges im Jahr 1967 hatten die USA Embargodrohungen durch eine Steigerung der eigenen Förderung konterkarieren können. Schon kurze Zeit später förderten die amerikanischen Ölfelder allerdings am Limit, so dass politisch motivierte Lieferunterbrechungen zu einer realen Möglichkeit wurden, die auch im Rahmen der OECD und hier vor allem in der High-Level Group Oil diskutiert wurde.²⁰

Angesichts der Langfristigkeit dieser Ursachenkomplexe, der Deutlichkeit mit der die Förderländer in den Abkommen von Teheran und Tripolis Anfang der 1970er Jahre bessere Bedingungen für sich durchsetzten und der ebenfalls vor dem Embargo einsetzenden Ausarbeitung von Energieprogrammen in den westlichen Industrienationen ist unklar, wer von den Ereignissen im Oktober 1973 eigentlich geschockt gewesen sein soll. Neben dem eingangs zitierten US-Ölexperten James Akins beobachteten auch seine Kollegen in anderen Ländern die Entwicklungen genau. In einem Vortragsmanuskript, den das für Erdölpolitik zuständige Referat des Auswärtigen Amts in Bonn für eine Botschafterkonferenz in Jakarta im Frühjahr 1973 erstellte, hieß es beispielsweise, in den großen Verbraucherländern bestehe Einigkeit über die Existenz von vier Hauptgefahren auf dem internationalen Ölmarkt, deren Dimension aber jeweils schwer einzuschätzen sei: die Konkurrenz der drei großen Verbraucherregionen, unzureichende Investitionen, politisch und wirtschaftlich motivierte An-

18 Vgl. Robert James Lieber, *The Oil Decade*, New York 1983, S. 79.

19 Vgl. ebd., S. 3.

20 Vgl. Yergin, *Der Preis*, S. 688–690.

gebotsbeschränkungen durch die Förderländer sowie Zahlungsbilanz- und Währungsprobleme aufgrund steigender Ölimporte und -preise.²¹

Nicht nur die Experten in den Ministerien beobachteten die sich seit dem Frühjahr 1973 häufenden Anzeichen und Androhungen politisch motivierter Lieferbeschränkungen durch die Förderländer genau, sondern auch in den Medien wurden die Entwicklungen auf dem Energiemarkt und die daraus resultierenden Gefahren intensiv diskutiert.²² In den USA war die Bevölkerung für das Thema Energie darüber hinaus auch deshalb sensibilisiert, weil es bereits im Winter 1972/73 und wieder im folgenden Sommer – also lange vor dem Embargo – zu Versorgungsengpässen gekommen war und Nixon in verschiedenen Initiativen eine aktivere Energiepolitik betrieb. Auch Bundeskanzler Willy Brandt gab der Energiepolitik in seiner Regierungserklärung am 18. Januar 1973 hohe Priorität und ließ ein Energieprogramm zur Sicherung der bundesdeutschen Energieversorgung erarbeiten.²³

Angesichts der Aktivitäten der Öl- und Energieexperten sowie der breiten öffentlichen Diskussion erscheint es also zumindest fragwürdig, die zeitgenössische Schockrhetorik einfach zu übernehmen. Nichtsdestoweniger waren die Administrationen der westlichen Industrieländer auf eine erwartbare und von vielen erwartete Konstellation wie die Ölkrise nur unzureichend vorbereitet, da die Umstrukturierung der Energiesektoren längere Zeit erforderte. Die Handlungen von OPEC und OAPEC im Oktober 1973 zerstörten also Kommunikations- und Interaktionsroutinen und schufen so eine Situation der Kontingenz und Unsicherheit über das Verhalten der anderen und die angemessene eigene Reaktion. Daher konnten die Produktions- und Lieferbeschränkungen der OAPEC Bedrohungsgefühle und Befürchtungen auslösen, deren Intensität von mehreren Faktoren abhing: dem Grad der Abhängigkeit des Landes von Öllieferungen aus dem Mittleren Osten, den grundsätzlichen Erwartungen über die zukünftige Entwicklung des Ölmarktes und die Ökonomie erschöpfbarer Ressourcen sowie den mit diesen Maßnahmen verknüpften Ängsten zweiter Ord-

21 Vgl. Aktuelle Probleme der Erdölpolitik, Bonn, [April 1973], in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [= PA/AA], Bestand 71 (Referat 405), 113905.

22 Vgl. Kurth, Fernschreiben über die 33. außerordentliche Generalkonferenz der OPEC in Wien vom 26. Mai 1973, 29. Mai 1973, in: PA/AA, Bestand 71 (Referat 405), 113907; [Werner] Ungerer, Schreiben über »Contingency-Plan« der OPEC, 11. September 1973, in: PA/AA, Bestand 71 (Referat 405), 113907; für die öffentliche Diskussion der arabischen Embargowarnungen in den USA siehe zum Beispiel New York Times, 21. Juni 1973, Washington Post, 4. Juli 1973, Christian Science Monitor, 4. Juli 1973 oder die dreistündige NBC Dokumentation »An American White Paper – The Energy Crisis«, die am 4. September 1973 ausgestrahlt wurde.

23 Vgl. Willy Brandt, Regierungserklärung, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Band 81, Bonn 1972/73, Sp. 121–134, hier Sp. 126.

nung, also den Ängsten vor einem Überhandnehmen bestimmter Angstvorstellungen.

Die Industrieländer waren in sehr unterschiedlichem Maße von Öllieferungen aus den arabischen Förderländern abhängig. So importierten zum Beispiel die Vereinigten Staaten im Jahr 1972 nur 29 Prozent des von ihnen benötigten Öls, was lediglich 14 Prozent des gesamten Energiebedarfs darstellte. Da der größte Teil des von den USA importierten Öls aus der westlichen Hemisphäre stammte, war die Bedrohung durch Lieferunterbrechungen aus dem arabischen Raum zum Zeitpunkt des Embargos noch relativ gering, auch wenn der National Security Council von einer rasch wachsenden Bedeutungssteigerung der Importe aus der Region ausging.²⁴ Demgegenüber war die Gefahr, die Lieferunterbrechungen aus dem arabischen Raum für die westeuropäischen Industrieländer bedeuteten, erheblich größer. So machte das Öl in der Bundesrepublik ungefähr 55 Prozent der Primärenergieversorgung aus, wovon mehr als 90 Prozent importiert werden mussten. Politische Entscheidungsträger sahen eine akute Gefährdung, weil von diesen Ölimporten wiederum mehr als 70 Prozent aus arabischen Ländern stammten, die im Yom-Kippur-Krieg Partei ergriffen hatten.²⁵ Noch dramatischer war die Situation in Japan, wo der Anteil des Erdöls an der Gesamtenergieversorgung genauso wie der Anteil der Importe aus dem Mittleren Osten noch einmal höher lag als in Westeuropa.²⁶

Neben den realen Abhängigkeitsverhältnissen von Öllieferungen aus dem Mittleren Osten beziehungsweise ihrer politischen Wahrnehmung wurden die Bedrohungsgefühle aber auch von grundsätzlichen Annahmen über die Zukunft der Erdölwirtschaft beeinflusst. Diese speisten sich aus verschiedenen Quellen und diskursiven Traditionen, die sich in den frühen 1970er Jahren überlagerten. Auf der einen Seite standen die quasi-utopischen Versprechen der Ölindustrie, durch die unbegrenzte und preisgünstige Verfügbarkeit des Öls als Energieträger und Grundstoff der chemischen Industrie eine bessere Zukunft zu schaffen.²⁷ Diese mit dem Öl verknüpften Hoffnungen sowie die Diagnosen, dass

24 Vgl. National Security Study Memorandum 174. National Security and U.S. Energy Policy, in: Nixon Presidential Library, National Security Council Institutional Files, Box H-197.

25 Vgl. Hans Friderichs, Beitrag zur zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Bd. 85, Bonn 1973, Sp. 3837–3840, hier Sp. 3838; Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dohms, 19. Oktober 1973, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973. Band III: 1. Oktober bis 31. Dezember, München 2004, S. 1608–1615.

26 Vgl. [Hartmut] Schulze-Boysen, Bericht über Energieversorgungsprobleme in Japan, Tokyo, 4. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104991.

27 Siehe zum Beispiel die Werbung von Halliburton, in: Petroleum Panorama. Commemorating 100 Years of Petroleum Progress, Tulsa/OK 1959, Umschlaginnenseite; dort auch andere Anzeigen. Siehe auch Ferdinand Mayer, Erdoel-Weltatlas, Hamburg und Braunschweig 1966.

die ganze westliche Zivilisation auf diesem Grundstoff basiere, verliehen dem Embargo und den Lieferbeschränkungen zusätzliche Dramatik, weil durch sie das Lebens- und Wachstumsmodell der Industrieländer insgesamt in Frage zu stehen schien. Diese Wahrnehmungen wurden noch einmal verschärft durch die seit dem Ende der 1960er Jahre aufkommenden ökologischen Grenzdiskurse, die 1972 mit der Publikation des Club of Rome Berichts über die *Limits to Growth* einen ersten Höhepunkt erreichten.²⁸ Auch wenn nur Teile der Öffentlichkeit in der Ölkrise einen Beleg für die nahende Erschöpfung der Ölreserven sahen, vertraten doch bis Mitte der 1970er Jahre immer mehr namhafte Experten die Position, dass das Öl in naher Zukunft, das heißt zumindest vor der Jahrtausendwende, zur Neige gehen werde.²⁹ Dies hing zunächst damit zusammen, dass Marion King Hubberts schon in den 1950er Jahren für die Ölförderung in den USA entwickelte Theorie des *Peak Oil* Anfang der 1970er Jahre empirisch validiert worden zu sein schien, als die US-Ölförderung ihren Förderhöhepunkt durchschritt.³⁰ Darüber hinaus schürten aber auch die Vertreter der OAEPEC wie zum Beispiel die Ölminister Saudi Arabiens und Algeriens, Ahmed Zaki Yamani und Belaid Abdessalam, auf ihrer Tour durch die Hauptstädte der vom Embargo betroffenen Länder die Annahme, dass ihre Ölreserven bald erschöpft seien und der Westen gut daran täte, sich nach Alternativen umzusehen.³¹

Allerdings waren sich zu Beginn der 1970er Jahre die Energieexperten aus den verschiedenen Disziplinen weder darüber einig, ob die Ölreserven überhaupt erschöpft werden könnten, noch darüber, in welcher Beziehung die Ölkrise zur Menge der noch vorhandenen Reserven stand. Am wortgewaltigsten wandte sich der MIT-Ökonom Morris Adelman als Vertreter der sich neu etablierenden Disziplin der Ressourcenökonomie gegen Befürchtungen eines künftigen Energiemangels, wie sie unter anderem der eingangs zitierte James Akins vorgebracht hatte. Sowohl die Vorstellung einer »Weltenergiekrise« als auch einer »Weltenergieknappheit« waren für Adelman irrationale Ängste: »The basis of these fears is a well kept secret which the economist cannot penetrate.«³² Solange Marktbedingungen herrschten, argumentierte Adelman, könne aufgrund des Preismechanismus niemals die Konstellation entstehen, dass ein hoher Bedarf

28 Vgl. Dennis Meadows, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972; Patrick Kupper, »Weltuntergangs-Visionen aus dem Computer«. Zur Geschichte der Studie »Die Grenzen des Wachstums« von 1972, in: Uekötter/Hohensee, Wird Cassandra heiser?, S. 98 – 111.

29 Energiekrise – Europa im Belagerungszustand? Politische Konsequenzen aus einer eskalierenden Entwicklung, Hamburg/Bergedorf 1977.

30 Vgl. Gary Bowden, The Social Construction of Validity in Estimates of US Crude Oil Reserves, in: Social Studies of Science 15 (1985), S. 207 – 240.

31 Siehe zum Beispiel das NBC-Interview »Meet the Press« am 9. Dezember 1973.

32 Morris Albert Adelman, Is the Oil Shortage Real? Oil Companies as OPEC Tax Collectors, in: Foreign Policy (1972/73), S. 73 – 103, hier S. 91.

für einen Rohstoff vorhanden, dieser aber zugleich erschöpft sei: »Oil and other minerals will never be exhausted. If and when consumers will not pay enough to induce investment in new reserves and capacity, the producing industry will dwindle and disappear.«³³ In dieser Perspektive waren alle Verknappungen des Ölangebots genauso wie Preissteigerungen das Produkt eines Kartells von Förderländern, das durch die multinationalen Ölkonzerne unterstützt werde, und sie reflektierten keine realen Verknappungen des Öls, die man auch nicht zu befürchten habe.³⁴

Nach dem Beginn der Ölkrise im Oktober 1973 kann man verschiedene Ängste unterscheiden, die in unterschiedlichem Maße handlungsrelevant wurden. Zunächst war dies die konkrete Angst vor einem Mangel an Öl und den daraus resultierenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen. Als spätestens im Januar 1974 überall klar wurde, dass die Energieversorgung durch die Förder- und Lieferbeschränkungen nicht wirklich in Frage stand, verschob sich der Fokus der Angst auf den möglichen weiteren Anstieg des Ölpreises und seine Konsequenzen.³⁵ Darüber hinaus spielte jedoch auf verschiedenen Ebenen eine Angst zweiter Ordnung, das heißt eine Angst vor dem Überhandnehmen der Angst vor dem Verlust der Energiesicherheit oder einem steigenden Ölpreis, vielfach eine entscheidendere Rolle für das politische Handeln. Diese Angst zweiter Ordnung ergab sich zunächst aus der kommunikativen Logik des Embargos beziehungsweise der Produktionsbeschränkungen. Zweitens resultierte sie aus den möglichen Folgen eines in der Bevölkerung verbreiteten Zweifels an der Energiesicherheit für die Versorgungslage. Drittens schließlich wurde befürchtet, dass die Angst der politischen Entscheidungsträger vor fehlendem Öl negative Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben könne und zwar sowohl im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften (EG) als auch der transatlantischen Beziehungen oder der Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion.

33 Ders., *The Genie out of the Bottle. World Oil since 1970*, Cambridge/MA 1995, S. 1.

34 Vgl. Adelman, *Is the Oil Shortage Real?*; siehe auch Adelmans Aussage vor dem Untersuchungsausschuss des US Senats: U.S. Congress/Senate/Committee on Foreign Relations, *Political and Financial Consequences of the OPEC Price Increases. Hearing Before the Subcommittee on Multinational Corporations (Multinational Corporations and United States Foreign Policy 11)*, Washington/DC 1975, S. 1 – 17.

35 Vgl. Lieber, *The Oil Decade*, S. 80; Fiona Venn, *Oil Diplomacy in the Twentieth Century*, Basingstoke 1986, S. 143.

4. Angst und Energiesicherheit in der Bundesrepublik im Oktober/November 1973

Inwiefern wurde die Energiesicherheit der Bundesrepublik Deutschland während der ersten Ölkrise als bedroht wahrgenommen und wann und in welcher Form wurden Ängste vor einem Mangel an Öl sowie Ängste zweiter Ordnung handlungsrelevant? Die Handlungen der OAEPEC erzeugten auf Seiten der Verbraucherländer nicht nur deshalb Unsicherheit, weil sie Kommunikations- und Handlungsroutrinen zerstörten, sondern auch weil sie in mehreren Hinsichten undeutlich waren. Da es in der Deklaration vom 17. Oktober 1973 nur hieß, die Produktionskürzungen sollten zunächst mindestens fünf Prozent und dann jeden weiteren Monat wieder ebenso viel betragen, blieb auch angesichts des zusätzlichen Vollembargos gegen die USA und die Niederlande unklar, wie stark die Menge verfügbaren Öls tatsächlich reduziert werden würde. Darüber hinaus war nicht geklärt, wie die Lieferbeschränkungen durchgesetzt werden sollten, da die Förderländer keine Kontrolle über den Öltransport ausübten. Schließlich schuf die Unterteilung in neutrale Staaten, die von den Beschränkungen betroffen waren, und befreundete Staaten, die davon ausgenommen sein sollten, Unsicherheiten, wer in welche Kategorie fiel, wie man auf-, aber auch wie man absteigen und vom Vollembargo betroffen werden konnte.³⁶

Angesichts dieser unsicheren Konstellation wurden in Westdeutschland vor allem das Bundeswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt aktiv, um die möglichen Gefahren für die Ölversorgung abzuschätzen und abzuwenden. Zu Beginn des Embargos urteilte das Wirtschaftsministerium, dass »eine kurzfristige (ein bis zwei Wochen) Einschränkung der Erdölimporte bis zu 50 % [...] keine Schwierigkeiten bereiten bzw. keine Verbrauchsbeschränkungen notwendig machen [würde ...] Unangenehm wäre eine Verringerung der Importe über einen längeren Zeitraum. In diesem Fall könnte auch schon eine Abnahme der Lieferungen um 20 % kritisch werden.«³⁷ Nachdem die ersten Unklarheiten über das Embargoregime beseitigt wurden, erwartete das Wirtschaftsministerium dann Anfang November tatsächliche Ausfälle von 15 Prozent, die aber durch Sparappelle und eventuell auch Verbrauchsbeschränkungen kompensiert werden könnten. Zugleich hieß es in dem Memorandum aber auch, dass ein Ausfall der libyschen Öllieferungen kurzfristig massive Folgen für die bundes-

36 Siehe dazu Hohensee, Der Ölpreisschock, S. 76–108.

37 [Hansheinrich] Kruse, Herrn Staatssekretär zur Information, 17. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104991; siehe auch Abteilung III C 1/III C 2 [BMWi], Aktuelle Situation im Mineralölbereich, 22. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 71 (Referat 405), 113906.

deutsche Energieversorgung haben würde.³⁸ Denn Libyen lieferte zu diesem Zeitpunkt ungefähr 25 Prozent des deutschen Öls und aufgrund der kurzen Tankerfahrzeiten hätte sich ein Ausfall des libyschen Öls innerhalb einer Woche bemerkbar gemacht.³⁹

Vom Auswärtigen Amt wurden die Botschafter in den relevanten Ländern im Oktober 1973 wiederholt dazu angehalten, regelmäßig über alle Entwicklungen Bericht zu erstatten, die Auswirkungen auf die Ölversorgung der Bundesrepublik Deutschland haben könnten.⁴⁰ In der zweiten Oktoberhälfte mehrten sich in diesen Berichten Andeutungen, die Bundesrepublik könne wegen der Waffenlieferungen, die die USA von ihren in Deutschland gelegenen Stützpunkten nach Israel durchführten, in das Vollebargo einbezogen werden.⁴¹ Die größten Sorgen bereitete der Bundesregierung hier die Position Libyens, dessen Staatschef Muammar al-Gaddafi zu den radikalsten Kräften innerhalb der OAPEC gehörte und sich mit rhetorischer Härte für Verstaatlichungen ausländischer Ölkonzerne sowie die Durchsetzung des Vollebargos aussprach.⁴² So berichtete der Botschaftsrat Gerhard Müller-Chorus am 30. Oktober 1973 aus Tripolis an das Auswärtige Amt, die libysche Regierung bitte »die Bundesregierung – wörtlich: »möglicherweise zum letzten Mal« –, ihre Haltung zum Nahostkonflikt zu überprüfen. Sie erwarte eine Antwort binnen einer Woche, andernfalls werde Libyen geeignete Schritte ergreifen. Das Abschneiden der Ölausfuhr könne eines

38 Vgl. Abteilung III C 1/III C 2 [BMW], Aktuelle Situation im Mineralölbereich, 3. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992.

39 Vgl. [Peter] Hermes, Sprechzettel für die 39. Kabinettsitzung am 7. November 1973, 6. November 1973, in: PA/AA, Bestand 71 (Referat 405), 113924; [Hansheinrich Kruse], Bericht zur aktuellen Mineralölsituation. Sachstand, 6. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992.

40 Vgl. Bartels, Schreiben an deutsche Botschaften in arabischen Ländern, Bonn, 10. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104911; [Hansheinrich] Kruse, Teilrunderlaß zur Erdölpolitik, Bonn, 17. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104911.

41 Vgl. Dilger, Fernschreiben zur Position Kuwaits in arabischer Erdölpolitik, Kuwait, 21. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104911; Ders., Fernschreiben zur arabischen Erdölpolitik, Kuwait, 22. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104911; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lahn, 25. Oktober 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1655–1658; [Peter] Metzger, Fernschreiben über saudisches Ölebargo gegen USA, Djidda, 22. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104911; Ders., Fernschreiben zur saudischen Ölpolitik, Jedah, 25. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104911.

42 Siehe zum Beispiel das Interview mit Gaddafi in *Le Monde* am 23. Oktober 1973: »Wir haben – wie andere Araber auch – alle Vorbereitungen getroffen, um Europa komplett vom Öl abzuschneiden. Wir werden seine Industrien und seinen Handel mit der arabischen Welt ruinieren. [...] Wir sind entschlossen, Amerika zu treffen; wenn notwendig, indem wir Europa schlagen.«, [Übersetzung: R.G.].

[sic] dieser Schritte sein. Alle arabischen erdölexportierenden Staaten seien bereit, in gleicher Weise vorzugehen.«⁴³

Diese libyschen Drohungen stellten die westdeutsche Energiesicherheit in Frage und damit auch die Grundbedingungen, unter denen das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten funktioniert hatte. Befürchtungen, dass die Drohungen realisiert werden könnten, führten auf verschiedenen Ebenen zu politischen Aktivitäten. Zunächst versuchte die Bundesregierung auf diplomatischem Wege, die libysche Regierung zu beeinflussen. Vor allem durch die Vermittlung Ägyptens, dessen Präsident Sadat sich davon eine pro- oder zumindest nicht anti-arabische Haltung Willy Brandts auf der anstehenden Konferenz der Sozialistischen Internationale versprach, sollte Libyen dazu gebracht werden, seine Drohungen gegen die Bundesrepublik nicht wahrzumachen.⁴⁴ Diese in den ersten Novembertagen intensiven Bemühungen waren auch erfolgreich, so dass man sich im Auswärtigen Amt schon am 10. November 1973 sicher war, die Gefahr gebannt zu haben, obwohl Vertreter der libyschen Regierung noch immer öffentlich Embargodrohungen aussprachen.⁴⁵

Während hier also die Angst vor einem Ausfall des libyschen Öls zu diplomatischen Aktivitäten führte, um die Quelle der Angst zu beseitigen, zeigte sich ihre Intensität vor allem in der Bereitschaft der Bundesregierung, eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in Kauf zu nehmen, um ein Ölembargo zu vermeiden. Dies geschah zunächst im Kontext der schon angesprochenen US-amerikanischen Waffenlieferungen von Stützpunkten in der Bundesrepublik. Als auch nach dem Waffenstillstand im Nahen Osten weiter Schiffe mit US-amerikanischen Waffen von Deutschland nach Israel ausliefen, während zugleich die bundesdeutschen Botschafter den arabischen Ländern, die mit einer Ausweitung der Embargomaßnahmen gedroht hatten, versicherten, Deutschland verhalte sich neutral, reagierte die Bundesregierung mit deutlicher Kritik an den Verbündeten.⁴⁶ Offenbar war im Auswärtigen Amt die Angst vor einer weiteren Einschränkung der Ölversorgung größer als die Befürchtung, die USA vor den Kopf zu stoßen. So protestierte der Staatssekretär im Auswärtigen

43 Botschaftsrat Müller-Chorus, Tripolis, an das Auswärtige Amt, 30. Oktober 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1668–1689, S. 1686.

44 Vgl. [Helmut] Redies, Bericht über Gespräch mit dem ägyptischen Botschafter, Bonn, 3. November 1973, in: PA/AA, Bestand 150, 292; [Hans Georg] Steltzer, Fernschreiben zur Nahostkrise, Kairo, 9. November 1973, in: PA/AA, Bestand 150, 292.

45 Vgl. [Günter Franz] Werner, Fernschreiben zur libyschen Ölembargopolitik, 10. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992. Als Drohung siehe zum Beispiel: Europa muß den Arabern Waffen liefern. Der libysche Regierungschef Abd el-Salam Dschallud über Erdöl und Israel, in: Der Spiegel, 12. November 1973, S. 120–128.

46 Siehe zu den Waffenlieferungen den gut informierten Artikel: Ölkrise. Kein Verlaß auf Großmütter, in: Der Spiegel, 5. November 1973, S. 23–27.

Amt Paul Frank am 24. Oktober gegenüber dem US-amerikanischen Gesandten Frank Cash heftig gegen die Fortsetzung der Lieferungen und die fehlende Information der Bundesregierung darüber.⁴⁷ Nach dem Gesprächsprotokoll zu urteilen, fand die Unterredung in hitziger und erregter Atmosphäre statt, die genauso auf eine gewisse Nervosität der deutschen Seite schließen lässt wie die öffentliche Erklärung des Auswärtigen Amtes, man sei über die Lieferungen nicht informiert worden und sie könnten angesichts der strikten Neutralität der Bundesrepublik auch nicht gestattet werden.

Beides löste wiederum heftige Reaktionen der US-amerikanischen Regierung aus, die sich über das Verhalten der Bundesregierung tief enttäuscht zeigte und ihren Botschafter Martin Hillenbrand eine »starke Demarche« übermitteln ließ.⁴⁸ Die Amerikaner warfen der Bundesregierung vor, kurzfristige Interessen der Energiesicherheit über die sich aus dem Bündnis ergebenden Verpflichtungen zu stellen, und die größeren sicherheitspolitischen Implikationen, die sich aus dem Nahostkonflikt für den Kalten Krieg ergaben, nicht ausreichend zu bedenken. Auch Staatssekretär Franks Reaktion auf diese Vorwürfe zeigt wieder, wie stark die bundesdeutsche Politik in diesem Punkt von der Angst vor einem arabischen Ölembargo geprägt war. So erklärte er Hillenbrand, die »ausgewogene Politik [der Bundesregierung] sei diktiert durch vitale deutsche Interessen«, denn es müsse verhindert werden, dass »Handlungen, die mit unserer Neutralität nicht zu vereinbaren seien, zu Eskalationen führten. Ein gegen die Bundesrepublik Deutschland verhängtes Ölembargo werde zu chaotischen Zuständen führen.«⁴⁹

Ein weiterer Konflikt zwischen den USA und den europäischen Verbündeten ergab sich durch die am 6. November verabschiedete Nahosterklärung der EG, in der die Europäer im Sinne der arabischen Seite die Implementierung der UN-Resolution 242 und damit den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten forderten. Sowohl von der US-Regierung als auch in weiten Teilen der Öffentlichkeit wurde die Nahosterklärung als ein hilfloses Eingehen auf erpresserische Forderungen interpretiert und mithin als ein Resultat der Angst vor einem Mangel an Öl und Energie. Allerdings bestätigte die Erklärung nur die Position der UN und stellte damit das vorher genau mit den Förderländern abgesprochene Minimum dar, um diese zu einer freundlicheren Haltung zu bewegen.

47 Vgl. Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem amerikanischen Gesandten Cash, 24. Oktober 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1638 – 1643.

48 Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem amerikanischen Botschafter Hillenbrand, 25. Oktober 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1647 – 1653. Zu den amerikanischen Reaktionen siehe auch [Berndt von] Staden, Fernschreiben zum europäisch-amerikanischen Verhältnis, Washington, 28. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 150, 291.

49 Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem amerikanischen Botschafter Hillenbrand, 25. Oktober 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1647 – 1653, hier S. 1651 f.

Weit darüber hinaus ging die japanische Erklärung zum Nahostkonflikt vom 22. November, die Israel sogar indirekt mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte. Aufgrund der noch höheren Abhängigkeit vom Öl aus dem Mittleren Osten sah sich die japanische Regierung aus Furcht vor dessen Ausbleiben offenbar zu diesem Schritt genötigt. Angeblich antworteten japanische Regierungsvertreter auf Henry Kissingers Versuche, sie zu einer abwartenden Haltung zu bewegen, nur: »What will happen next week? We are running out of oil.«⁵⁰

Die Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern resultierten einerseits aus unterschiedlichen Abhängigkeitsgraden von Öllieferungen aus dem Mittleren Osten, die verschieden starke Befürchtungen bezüglich ihres Ausfalls erzeugten. Andererseits folgten sie aber auch aus unterschiedlichen politischen Prioritätensetzungen, die man als verschiedene Befürchtungsstrukturen interpretieren kann. So berichtete Berndt von Staden, der deutsche Botschafter in Washington, schon Ende Oktober 1973 nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister James R. Schlesinger, dass »die Amerikaner den gegenwärtigen Nahostkonflikt aus einem etwas anderen Blickwinkel betrachten als die Europäer. Die Vereinigten Staaten sehen im Vordergrund die Konfrontation der beiden Weltmächte. Sie betrachten es als ihre Hauptaufgabe, eine Gleichgewichtsverschiebung und Gefährdung der Energieversorgung des Westens auf lange Sicht zu verhindern. [...] sie betrachten die europäischen Befürchtungen wegen eines arabischen Ölboykotts als von kurzfristiger Natur, die angesichts der weitergehenden Folgen zurückzustehen hätten.«⁵¹ Aufgrund der komfortablen Versorgungslage der Vereinigten Staaten überlagerte die Angst vor einem auch längeren Ölembargo zu keinem Zeitpunkt der Ölkrise die fest etablierten Ängste, die sich aus der Logik des Kalten Krieges ergaben. In diesem Sinne formulierte von Staden Mitte November in einem Bericht an das Auswärtige Amt, die »größte Furcht« der

50 [Wilhelm G.] Grewe, Fernschreiben zur japanischen Nahostpolitik, 26. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992; siehe auch [Hartmut] Schulze-Boysen, Fernschreiben zur japanischen Nahostpolitik, 22. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992. Auch der zweite Sekretär der japanischen Botschaft Shibuya erklärte einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Japan habe keine andere Wahl, als dem arabischem Druck nachzugeben. Selbst der Forderung nach einem Abbruch der Beziehungen zu Israel würde Japan Folge leisten. Vgl. [Hansheinrich] Kruse, Schreiben an Lautenschlager und Hermes zur japanischen Haltung im Nahostkonflikt, 22. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992. Zur Frage der Politikveränderung durch das Embargo siehe die – allerdings zu schematische – Studie von Roy Licklider, *Political Power and the Arab Oil Weapon. The Experience of Five Industrial Nations*, Berkeley 1988.

51 [Berndt von] Staden, Gespräch mit Secretary of Defense James R. Schlesinger, Washington, 31. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 150, 291.

Amerikaner »sei die eines Umsichgreifens kommunistischer Systeme und sowjetischer Kontrolle«. ⁵²

Die Konflikte zwischen den USA und ihren Verbündeten über die richtige Politik in Bezug auf den Nahostkonflikt und das Ölembargo ergaben sich also aus konfligierenden Befürchtungen. Für die US-amerikanische Regierung wurde weniger die Angst vor möglicherweise fehlendem Öl handlungsrelevant als vielmehr die Angst vor einer Ausbreitung des sowjetischen Einflussbereichs sowie die Angst zweiter Ordnung, dass durch die Angst der Europäer vor den Auswirkungen des Embargos die Verhandlungsposition der USA geschwächt und die Rolle der Sowjetunion im Nahen und Mittleren Osten gestärkt werden könne. ⁵³ Diese Angst ergab sich aus der Logik der Embargokonstellation beziehungsweise der symbolischen Interaktion zwischen Produzenten- und Konsumentenländern, bei der die USA aus einer Position der Stärke heraus verhandeln wollten. Jedes Eingehen auf die Embargoforderungen war für Kissinger ein Eingeständnis von Schwäche und Erpressbarkeit, das die arabischen Länder erst zu weiteren Schritten ermutigen und die eigene *bargaining power* schwächen würde. ⁵⁴ Den Vorwurf, aus Angst zu handeln, setzte Kissinger genauso wie viele andere politische Beobachter zudem in diffamierender Weise ein, um den Adressaten den Status als autonome und rationale Akteure abzusprechen. ⁵⁵ Ganz ähnlich mutmaßte beispielsweise die israelische Zeitung *Ma'ariv* Anfang November, Willy Brandt werde sich wohl bald bei einem Kniefall vor einem Bohrturm fotografieren lassen. ⁵⁶

Der Bundesregierung war diese Logik der Embargokommunikation – genauso wie anderen europäischen Regierungen – allerdings ebenfalls bewusst und auch sie war darum bemüht, den Eindruck der Schwäche zu vermeiden und aus einer Position der Stärke mit den arabischen Ländern zu verhandeln. So erzählte Willy Brandt im November 1973 in einem Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Messmer, er »habe vor einigen Tagen den sowjetischen Botschafter empfangen und ihm gesagt, er möge seinen arabischen Freunden einen Gruß bestellen und sie daran erinnern, daß in einigen europäischen Ländern nach dem Krieg durch die Arbeitskraft und den Überlebenswillen der Bevölkerung manche Vorgänge zustande gekommen seien. Was

52 Botschafter von Staden, Washington, an Bundesminister Scheel, 17. November 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1943 – 1946.

53 Vgl. ebd.

54 Siehe zum Beispiel Ministerialdirektor [Günther] van Well, z.Z. Brüssel (NATO), an Staatssekretär Frank, 10. Dezember 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 409 – 411.

55 Siehe als ein Beispiel von vielen Walter Laqueur, *The Idea of Europe Runs Out of Gas*, in: *The Atlantic Community Quarterly* 12 (1974), S. 64 – 75.

56 Vgl. Ölkrise. Kein Verlaß auf Großmütter.

innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren geplant worden sei, könne jetzt möglicherweise in drei bis vier Jahren verwirklicht werden. Die arabischen Länder möchten auch nicht vergessen, daß zwar vor einigen Jahren die Kohleverflüssigung als ein für die damaligen Verhältnisse zu teures Verfahren nicht durchgeführt worden sei. Es sei aber ein leichtes, die entsprechenden Experten aus Südafrika wieder zurückzuholen.«⁵⁷ In der zu wesentlichen Teilen symbolischen Interaktion zwischen den Ländern, die das Ölembargo verhängten und denjenigen, die ihm unterlagen, konnte für letztere aber die Kommunikation von Stärke auch kontraproduktiv werden. Denn zu offen zur Schau gestellte Energiesicherheit hätte die Förderländer zu noch einschneidenderen Maßnahmen reizen können. So führte die niederländische Regierung im Januar 1974 ein Rationierungssystem für Ölprodukte ein, obwohl die Versorgungslage dies eigentlich nicht erfordert hätte, um die Förderländer nicht durch eine Demonstration der Stärke beziehungsweise die offene Erklärung, vom Embargo nicht getroffen zu werden, zu weiteren Schritten zu provozieren.⁵⁸

Für die von den Produktionsbeschränkungen betroffenen Regierungen galt es also, die Kommunikation ihrer Angst vor einem Mangel an Öl gegenüber den Regierungen der Förderländer fein auszutarieren: Sie durften weder zu viel Angst zeigen, um ihre Verhandlungsposition nicht zu verschlechtern, noch zu wenig, um keine Verschärfung der Lieferbeschränkungen zu provozieren. Ein ähnliches Problem bestand auch für die Angstkommunikation gegenüber der eigenen Bevölkerung. Unter den Bedingungen unklarer Lieferbeschränkungen boten sich den Industrieländern im Wesentlichen drei Strategien zur Herstellung von Energiesicherheit: Die Energieträger konnten diversifiziert werden, Energie konnte aus möglichst vielen verschiedenen Ländern bezogen werden oder man konnte versuchen, den einheimischen Verbrauch zu reduzieren. Letztlich setzten alle Regierungen auf einen je verschiedenen Mix dieser Strategien, da aber die ersten beiden nur langfristig wirksam sein konnten, kam in den akuten Krisenmonaten Aufrufen und Regelungen zur Konsumeinschränkung eine hohe Bedeutung zu.⁵⁹ Um die Bevölkerung zur Einschränkung des Energieverbrauchs zu bewegen, war es notwendig, ein gewisses Maß an Angst vor einer drohenden Verknappung von Öl und Energie zu erzeugen.

Richtig dosiert konnte die Verbreitung von Ängsten vor knapper werdendem Öl zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs und damit zu einer Verbesserung der Versorgungslage und so letztlich auch zu einer Stärkung der eigenen *bargaining power* führen. Auch hier konnte jedoch zu viel Angst kontrapro-

57 Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Ministerpräsident Messmer in Paris, 26. November 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1909–1917, hier S. 1912.

58 Vgl. Duco Hellema/Cees Wiebes/Toby Witte, *The Netherlands and the Oil Crisis. Business as Usual*, Amsterdam 2004, S. 262.

59 Vgl. Hohensee, *Der Ölpreisschock*, S. 134.

duktiv sein, da sie zu Hortungskäufen führen und auf diese Weise die Versorgungslage verschärfen konnte.⁶⁰ Wenn derartige Prozesse in anderen Ländern wie zum Beispiel in Österreich oder Japan abliefen, wurde dies im Auswärtigen Amt genau beobachtet, und auch bei den deutsch-französischen Gesprächen Ende November 1973 in Paris kamen die Befürchtungen vor zu großen Ängsten in der Bevölkerung zur Sprache. In seiner Unterredung mit Präsident Pompidou erklärte Brandt, »am meisten Sorge« bereite ihm gegenwärtig die »Öl- und Energiefrage« und führte weiter aus, es dürfe »nicht zu dem kommen, was die Amerikaner eine ›self-fulfilling prophecy‹ nennen. Durch ein zu starkes Betonen der Ölkrise könne man ein Käuferverhalten provozieren, das die Beschäftigungslage noch schwieriger gestalte, als sie sein müsse.«⁶¹ Auch Außenminister Walter Scheel meinte gegenüber seinem Amtskollegen Michel Jobert, »bedauerlicherweise habe eine gewisse Hysterie zu einigen zum Teil kuriosen Hortungskäufen geführt, aber zu Beginn des kommenden Jahres werde sich die Lage sicher einigermaßen normalisiert haben.«⁶²

Eine weitere Angst zweiter Ordnung bezog sich auf die negativen Auswirkungen, die die Angst vor einer Verknappung des Öls auf die internationalen Beziehungen und insbesondere die existierenden Bündnis- und Vertragssysteme haben würde. Dies galt nicht nur für die bereits ausführlicher diskutierten transatlantischen Beziehungen, sondern auch innerhalb Europas im Rahmen der EG.⁶³ Insbesondere die Frage, ob sich die Partnerländer mit den vom Ölembargo betroffenen Niederlanden solidarisch zeigen sollten, erzeugte in der Gemeinschaft massive Konflikte. Vor allem England und Frankreich verweigerten sich gemeinsamen Aktionen, da sie auf bilaterale Strategien setzten, um die eigene Ölversorgung zu sichern.⁶⁴ Insofern löste die Ölkrise auch Ängste um den Fortbestand und Charakter der europäischen Integration aus. Darüber hinaus befürchtete das britische Joint Intelligence Committee Anfang Dezember 1973, ein fortdauerndes Ölembargo beziehungsweise die von diesem ausgelösten Ängste um die zukünftige Energieversorgung könnten zu einer militärischen

60 Vgl. [Hans] Schirmer, Bericht über Benzin- und Heizölverknappung in Österreich, Wien, 24. Oktober 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104991; [Hartmut] Schulze-Boysen, Fernschreiben zur japanischen Nahostpolitik, 22. November 1973, in: PA/AA, Bestand 36 (Referat 310), 104992.

61 Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou in Paris, 26. November 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1888 – 1900, hier S. 1893.

62 Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Jobert in Paris, 26. November 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1901 – 1908, hier S. 1905.

63 Vgl. Keith Hamilton, Britain, France, and America's Year of Europe, 1973, in: Diplomacy & Statecraft 17 (2006), S. 871 – 895.

64 Vgl. Botschafter Lebsanft, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, München 2004, 7. November 1973, hier S. 1757 – 1760; Botschafter Lebsanft, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt, 4. Dezember 1973, in: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik, S. 1962 – 1965.

Intervention der USA zur Sicherung der Ölquellen und damit wiederum zu einem militärischen Konflikt der Supermächte führen. Die Durchschlagskraft der vom Ölembargo in bestimmten Kreisen ausgelösten Befürchtungen wird unter anderem daran deutlich, dass das Papier zwar neben diesem dunklen auch noch ein helles Szenario entwickelte, aber gleich hinzufügte: »in this context 'bright' is a name for 'grey'.«⁶⁵

5. Fazit: Angstkommunikation und Energiesicherheit

Die Handlungen der arabischen Ölförderländer im Oktober 1973 zerstörten Kommunikations- und Interaktionsroutinen und schufen so in den westlichen Industrienationen in unterschiedlichem Ausmaß Unsicherheiten in Bezug auf die jeweilige Energieversorgung. Die Angst vor einem Mangel an Öl spielt daher in verschiedenen Kontexten eine entscheidende Rolle zur Erklärung des politischen Handelns während der Ölkrise. Vor allem im Oktober und November 1973 war es die konkrete Angst vor einem Mangel an Öl und Energie, die in Westeuropa und Japan Regierungen zu diplomatischen Initiativen und öffentlichen Stellungnahmen motivierte. Darüber hinaus erzeugte sie auch Konflikte zwischen den westeuropäischen Verbündeten und vor allem Verwerfungen im transatlantischen Verhältnis. Diese resultierten aus unterschiedlichen Graden der Ölabhängigkeit und den sich daraus ergebenden Bedrohungs- und Angstniveaus. Aufgrund ihrer nur geringen Abhängigkeit von Öllieferungen aus dem Mittleren Osten, spielte die Angst vor dem Ölembargo in den Vereinigten Staaten nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen folgten Henry Kissingers außenpolitische Strategien vor allem der Logik des Kalten Krieges beziehungsweise der Angst vor einer Ausbreitung des sowjetischen Einflusses. Gerade die Eskalation und Dramatik des Konflikts zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten erklärt sich wesentlich aus diesen verschiedenen, jeweils sehr konkreten Angst- und Bedrohungsgefühlen.

In den außenpolitischen und internationalen Interaktionen war es allerdings oft weniger die konkrete Angst vor einem Mangel an Öl und Energie, die handlungsrelevant wurde, sondern vielmehr die Angst vor dieser Angst. Als diskursives Phänomen war diese Angst zweiter Ordnung ein wichtiges Element der immer auch wesentlich symbolischen zwischenstaatlichen Kommunikationsprozesse, in denen Angst mit Schwäche konnotiert war. Insbesondere unter

65 Report by the Joint Intelligence Committee, 5. Dezember 1973, in: Keith Hamilton (Hg.), *The Year of Europe. America, Europe and the Energy Crisis, 1972 – 1974* (Documents on British Policy Overseas, hg. vom Foreign and Commonwealth Office Ser. 3, Bd. 4), London 2006, Dokument Nr. 434.

den Bedingungen des Embargos und der Lieferbeschränkungen ging es den betroffenen Regierungen darum, weder als zu schwach noch als zu stark zu erscheinen und folglich ihre Angstkommunikation gegenüber den arabischen Ländern wohl zu dosieren. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene war die Kommunikation und Steuerung von Ängsten vor einem Mangel an Öl und Energie ein schwieriges, aber zugleich wichtiges Unterfangen, um die Energieversorgung sicherzustellen.

Der Fokus auf die Rolle der Angst in der ersten Ölkrise darf jedoch nicht zu einer Blickverengung und zur Konstruktion einer von der Angst vor Energiemangel beherrschten Bundesregierung oder gar Bevölkerung führen. Schließlich handelte es sich zwar um einen sehr zentralen, aber eben doch nur um einen Gegenstand neben anderen wie zum Beispiel der Ost- und Entspannungspolitik, die die politische Emotionslage im letzten Viertel des Jahres 1973 bestimmten. Wenn man darüber hinaus politische Angst weniger als Angst vor einem möglichen Schaden des Kollektivs versteht, sondern eher als Angst von Politikern, verkompliziert sich die Lage noch einmal deutlich. Denn deren politischen Ängste bezogen sich meist auch auf das eigene politische Überleben und hier konnte die Ölkrise zwar einerseits eine Gefahr darstellen, andererseits aber auch – wie zum Beispiel im Falle des von Watergate geschwächten Richard Nixon – eine willkommene Möglichkeit, die eigene politische Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Diesen politischen Ängsten und ihren Auswirkungen auf politisches Handeln nachzugehen, wäre aber der Gegenstand eines anderen Aufsatzes.

Literaturverzeichnis

- Adelman, Morris Albert, Is the Oil Shortage Real? Oil Companies as OPEC Tax Collectors, in: *Foreign Policy* (1972/73), S. 73 – 103.
- Adelman, Morris Albert, *The Genie Out of the Bottle. World Oil Since 1970*, Cambridge/MA 1995.
- Akins, James, The Oil Crisis. This Time the Wolf Is Here, in: *Foreign Affairs* 51 (1973), S. 462 – 490.
- Bourke, Joanna, *Fear. A Cultural History*, London 2005.
- Bowden, Gary, The Social Construction of Validity in Estimates of US Crude Oil Reserves, in: *Social Studies of Science* 15 (1985), S. 207 – 240.
- Brockhaus Enzyklopädie Online, 21., neu überarb. Aufl., Leipzig und Mannheim 2006, online: <<http://www.brockhaus-enzyklopaedie.de/>>, [Stand: 30. März 2010].
- Conze, Eckart, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 357 – 380.

- Davidson, Donald, *Actions, Reasons, and Causes*, in: Ders., *Essays on Actions and Events*, Oxford 1980, S. 3 – 19.
- Energiekrise – Europa im Belagerungszustand? Politische Konsequenzen aus einer eskalierenden Entwicklung, Hamburg/Bergedorf 1977.
- Europa muß den Arabern Waffen liefern. Der libysche Regierungschef Abd el-Salam Dschallud über Erdöl und Israel, in: *Der Spiegel*, 12. November 1973, S. 120 – 128.
- Frevert, Ute, *Angst vor Gefühlen? Die Geschichtsmächtigkeit von Emotionen im 20. Jahrhundert*, in: Paul Nolte (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 95 – 111.
- Furedi, Frank, *Culture of Fear. Risk-Taking and the Morality of Low Expectation*, London und Washington/DC 1997.
- Gardner, Dan, *Risk*, London 2008.
- Greiner, Bernd/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.
- Hamilton, Keith (Hg.), *The Year of Europe. America, Europe and the Energy Crisis, 1972 – 1974 (Documents on British Policy Overseas, hg. vom Foreign and Commonwealth Office, Ser. 3, Bd. 4)*, London 2006.
- Hamilton, Keith, *Britain, France, and America's Year of Europe, 1973*, in: *Diplomacy & Statecraft* 17 (2006), S. 871 – 895.
- Hebblethwaite, Kate (Hg.), *Fear. Essays on the Meaning and Experience of Fear*, Dublin 2007.
- Heidegger, Martin, *Sein und Zeit*, 19. Aufl., Tübingen 2006.
- Hellema, Duco/Cees Wiebes/Toby Witte, *The Netherlands and the Oil Crisis. Business as Usual*, Amsterdam 2004.
- Hohensee, Jens, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996.
- Interview mit Muammar al-Gaddafi, in: *Le Monde*, 23. Oktober 1973.
- Jaraus, Konrad H. (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.
- Kierkegaard, Sören, *Der Begriff Angst*, Hamburg 1984.
- Kupper, Patrick, »Weltuntergangsvisionen aus dem Computer«. Zur Geschichte der Studie »Die Grenzen des Wachstums« von 1972, in: Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hg.), *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004, S. 98 – 111.
- Laqueur, Walter, *The Idea of Europe Runs Out of Gas*, in: *The Atlantic Community Quarterly* 12 (1974), S. 64 – 75.
- Licklider, Roy, *Political Power and the Arab Oil Weapon. The Experience of Five Industrial Nations*, Berkeley 1988.
- Lieber, Robert James, *The Oil Decade*, New York 1983.
- Lukacs, John, *Democracy and Populism. Fear & Hatred*, New Haven 2005.
- Mayer, Ferdinand, *Erdoel-Weltatlas*, Hamburg und Braunschweig 1966.
- Meadows, Dennis, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.
- Merrill, Karen R., *The Oil Crisis of 1973 – 1974. A Brief History with Documents*, Boston und New York 2007.

- OAPEC, Communiqué. Conference of Arab Oil Ministers, in: Jordan J. Paust/Albert P. Blaustein (Hg.), *The Arab oil weapon*, New York 1977, S. 42 – 43.
- Ölkrise. Kein Verlaß auf Großmütter, in: *Der Spiegel*, 5. November 1973, S. 23 – 27.
- Petroleum Panorama. Commemorating 100 years of Petroleum Progress, Tulsa/OK 1959.
- Ritter, Gerhard (Hg.), *Angst als Mittel der Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung*, Berlin 1986.
- Robin, Corey, *Fear. The History of a Political Idea*, Oxford 2004.
- Schildt, Axel, »German Angst«. Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, in: Daniela Münkler (Hg.), *Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern*, Frankfurt 2004, S. 87 – 97.
- Schwarz, Hans-Peter (Hg.), *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973. Bd. III: 1. Oktober bis 31. Dezember*, München 2004.
- U.S. Congress/Senate/Committee on Foreign Relations, *Political and Financial Consequences of the OPEC Price Increases. Hearing Before the Subcommittee on Multinational Corporations (Multinational Corporations and United States Foreign Policy 11)*, Washington/DC 1975.
- Uekötter, Frank/Jens Hohensee (Hg.), *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004.
- Venn, Fiona, *Oil Diplomacy in the Twentieth Century*, Basingstoke 1986.
- Venn, Fiona, *The Oil Crisis*, London 2002.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Bd. 81, Bonn 1972/73.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, Bd. 85, Bonn 1973.
- Yergin, Daniel, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*, Frankfurt/Main 1991.

»Richtige« und »falsche« Angst in der westdeutschen Debatte um den Nato-Doppelbeschluss

Als Bundeskanzler Helmut Schmidt am 28. Oktober 1977 vor dem Royal Institute for Strategic Studies in London darauf hinwies, es gebe ein sowjetisches Übergewicht an nuklearen Mittelstreckenwaffen und anregte, diese neu aufgestellten SS 20-Raketen in die laufenden Abrüstungsverhandlungen der Supermächte mit einzubeziehen, ahnte er noch nicht, dass er damit einer überaus emotional geführten Diskussion um die künftige Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Vorschub leistete. Schmidts Rede wurde zum Anstoß für den Nato-Doppelbeschluss, der vorsah, mit der Sowjetunion über Rüstungsreduzierung zu verhandeln und, sollten diese Verhandlungen bis 1983 erfolglos bleiben, selbst amerikanische Pershing II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa aufzustellen.¹ Dieser Beschluss spaltete die SPD in Befürworter um Kanzler Schmidt und Gegner, welche sich überwiegend aus dem linken Parteiflügel und den Jungsozialisten rekrutierten. Die Opposition sprach sich mehrheitlich für den Doppelbeschluss aus und vollstreckte ihn 1983, ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl. Innerhalb der Bevölkerung wurde die Gegnerschaft gegen den Nato-Doppelbeschluss zum Sammelpunkt der sogenannten Friedensbewegung, in welcher sich ganz heterogene Gruppen der Gesellschaft zusammenfanden.²

Diese Friedensbewegung gab ihrem schwindenden Sicherheitsgefühl durch ein freimütiges Bekenntnis zur Angst vor einem Atomkrieg Ausdruck und man kann für die frühen 1980er Jahre von einer »Konjunktur der Angst«³ sprechen.

1 Vgl. Helga Haftendorn, Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 244 – 287; Joachim Scholtz, The United States, Europe, and the NATO Dual-Track Decision, in: Matthias Schulz/Thomas A. Schwartz (Hg.), The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter, Washington/DC und Cambridge/GB 2009, S. 333 – 352, hier S. 340 f.

2 Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss, München 1986, S. 145. Zum Nato-Doppelbeschluss und zur Friedensbewegung vgl. die Bibliographie des Projekts »The Nuclear Crisis«, online: <<http://www.nuclearcrisis.org>>, [Stand: 21. Juni 2010].

3 Vgl. hierzu Susanne Schregel, Konjunktur der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue

Die Volksvertreter wurden dadurch einem enormen Legitimationsdruck ausgesetzt, da ein schwerer Vertrauensverlust bei den Wählern drohte. Aus dieser Situation heraus entwickelte sich in der Bundesrepublik in den Jahren 1979 bis 1983 eine lebhafte Debatte darüber, welche Gefahren drohten und wie diesen am besten zu begegnen sei.

Die Anhänger der Friedensbewegung bekannten sich zwar deutlich zur Angst, allein die Artikulation von Angst ist jedoch noch kein Beweis dafür, dass diese tatsächlich empfunden wird. Die bewusste Instrumentalisierung von Angst schließt jedoch eine tatsächliche Angst nicht aus. Darüber hinaus gehört Angst zu den Gefühlen, die vor allem im politischen Bereich lange Zeit als Zeichen der Schwäche gedeutet wurden und deren Ausdruck man daher oft unterdrückte.⁴ Dieser Beitrag versucht nicht, diesen Graben zwischen Emotion und Verbalisierung zu überwinden und individuellen Empfindungen nachzuspüren, sondern konzentriert sich auf Angst als zentralen Baustein des Diskurses führender Friedensaktivisten auf der einen und politischer Entscheidungsträger auf der anderen Seite. Obgleich heute überwiegend konstatiert wird, Emotionen seien sowohl angeborene Reaktionen auf äußere Reize als auch soziales Konstrukt,⁵ steht in der vorliegenden Analyse in Anlehnung an den *emotionology*-Ansatz von Carol und Peter Stearns⁶ die gesellschaftliche Einbettung des Angstbegriffs im Zentrum. Letztlich entwarfen Regierungsvertreter wie Friedensaktivisten gleichermaßen Bedrohungsszenarien – die Frage war, welche Bedrohung als ernstzunehmend und welche als aufgebauscht betrachtet wurde. Welche Angst schien also gerechtfertigt und welche unbegründet oder gar schädlich? Sollte die Angst abgebaut oder politisch nutzbar gemacht werden? Schließlich ging es in der Debatte auch um die Deutungshoheit in dieser Angelegenheit und die Frage, wer die glaubwürdigeren Konzepte zur Überwindung von Gefahr und Angst anbot.

Die Differenzierung der wissenschaftlichen Analysebegriffe der »unbestimmten Angst« einerseits und der »zielgerichteten Furcht«⁷ andererseits

Friedensbewegung«, 1979 – 1983, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009, S. 495 – 520.

4 Vgl. Alf Lüdtke, *Macht der Emotionen – Gefühle als Produktivkraft. Bemerkungen zu einer schwierigen Geschichte*, in: Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hg.), *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 44 – 55.

5 Vgl. Shula Sommers, *Understanding Emotions. Some Interdisciplinary Considerations*, in: Carol Z. Stearns/Peter N. Stearns (Hg.), *Emotion and Social Change. Toward a New Psychohistory*, New York und London 1988, S. 23 – 38, hier S. 23 f.

6 Peter N. Stearns/Carol Z. Stearns, *Emotionology. Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards*, in: *The American Historical Review* 90/4 (1985), S. 813 – 836. Vgl. hierzu auch die Einleitung in diesem Band, S. 24.

7 Vgl. zur Problematik der beiden Begriffe für Historiker Joanna Bourke, *Fear and Anxiety*.

wurde zeitgenössisch meist nicht in dieser Form vorgenommen. Wohl erschienen jedoch Begriffe wie »neurotische Angst«, »gesunde Angst«, »Realangst« und »Hysterie«, die andeuten, dass auch die Beteiligten eine Vorstellung davon hatten, welche Furcht einen produktiven Umgang mit einer realen Gefahr versprach, und wo durch Angst ausgelöste kopflose Reaktionen angenommen wurden. Im Folgenden wird daher bei Bedarf deutlich gemacht, welche Konzepte sich hinter den zeitgenössischen Begriffen zu verbergen scheinen.

Bedrohungsszenarien

Die Friedensbewegung entwarf in der Stationierungsdebatte ein breites Spektrum an Bedrohungsszenarien, die gemäß der weltanschaulichen Ausrichtung der Aktivisten unterschiedlich akzentuiert wurden. Moskautreue Anhänger der Friedensbewegung sahen in der Regel keine Gefahr von der Sowjetunion, sondern von einer aggressiven Rüstungspolitik des westlichen Bündnisses ausgehen.⁸ Gemäßigte Aktivisten äußerten hingegen ihre Angst vor einer Selbstdiskreditierung der Bewegung durch eine zu große Nähe zur UdSSR oder durch gewaltbereite Mitglieder.⁹ Allerdings herrschte auch unter ihnen eine Distanz zur Verteidigungsstrategie der Nato vor und die Einschätzung der Supermächte wurde mehr und mehr von einer Haltung der Äquidistanz bestimmt. Mitunter nahm man trotz der sowjetischen Invasion in Afghanistan gar einen größeren Verhandlungs- und Abrüstungswillen bei der UdSSR an als bei den Vereinigten Staaten, an deren Spitze ab 1981 der als unberechenbar wahrgenommene »Kalte Krieger« Ronald Reagan stand.¹⁰

Auch in den Augen der gemäßigten Aktivisten gefährdete die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa die Sicherheit, da sie dahinter das Kalkül der amerikanischen Regierung vermuteten, ein Atomkrieg sei auf Europa begrenzt, was die Hemmschwelle zum Einsatz von

Writing about Emotions in Modern History, in: *History Workshop Journal* 55 (2003), S. 111 – 133 und die Einleitung in diesem Band, S. 26 – 29

8 Zum Einfluss von SED und Sowjetunion auf die deutsche Friedensbewegung vgl. Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hg.), *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluß des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München 2002; Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004.

9 Vgl. Gerhard Spörl, *Mit der Angst Angst machen. Aktionen im Herbst: Was die Friedensbewegung denkt und will*, in: *Die Zeit*, 12. August 1983; Erhard Eppler, *Eine Bewegung der Mutigen*, in: *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (Hg.) [= ASF/AGDF], Bonn 10.10.1981. *Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*, Bornheim 1981, S. 113 – 116, hier S. 114 f.

10 Vgl. Peter Lösche, *Anti-amerikanismus in der Bundesrepublik? Stereotype über Ronald Reagan in der deutschen Presse*, in: *Amerikastudien* 31 (1986), S. 355 – 362, hier S. 359 f.

Atomwaffen senken müsse.¹¹ Zugleich werde durch die Aufrüstung das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion berührt, die aus Einkreisungsängsten heraus zu einem befreienden Präventivschlag ausholen könne.¹² Die Gefahr, Ziel eines sowjetischen Erst- oder Vergeltungsschlags zu werden, nehme demnach durch die Stationierung von Nuklearraketen auf deutschem Boden stark zu.¹³ Trotz des Glaubens an einen generellen Friedenswillen der Sowjetunion und eine ohnehin schon existierende militärische Überlegenheit des Westens zeigt diese Argumentation, dass die gemäßigten Aktivisten das Nuklearpotential der UdSSR im Falle einer westlichen Nachrüstung und eines daraus resultierenden Wettrüstens als gefährlich betrachteten.¹⁴ Ein zum »over-overkill« führender Rüstungswettlauf biete eine »tödliche Utopie der Sicherheit«¹⁵, mit der die Kriegsgefahr weiter begünstigt würde. Schließlich habe die Geschichte gezeigt, dass Waffen, die einmal entwickelt und gebaut worden seien, in der Regel auch zur Anwendung kamen. Vor diesem Hintergrund warnte man auch die USA vor der Annahme, sie könnten aus einem Atomkrieg unbeschadet hervorgehen, da dieser sich schnell über Europa hinaus ausdehnen könne: »Der Atomtod bedroht nicht nur die, die sich fürchten, sondern auch die, die glauben, mit dem Atomtod an der Hand sicherer zu sein.«¹⁶ Eine Verteidigung, die auf der Drohung des »kollektiven Selbstmordes« basiere, sei nicht nur irrational, sondern verunsichere die Bevölkerung. Unter den christlichen (Atom-)Pazifisten schlugen daher einige sogar vor, einseitig abzurüsten, um im Osten Vertrauen für eine vollständige Abrüstung zu schaffen.¹⁷

Selbst gemäßigte Anhänger der Friedensbewegung verwehrten sich daher gegen sowjetische Feindbilder der politischen Entscheidungsträger in Deutschland. Durch das Schüren falscher Ängste würden diese nur von der wirklichen Gefahr der Rüstungsspirale in Ost und West ablenken wollen. Auch sollte der Entwurf eines absoluten Feindbildes den Einsatz der schrecklichen Nuklearwaffen rechtfertigen, nach dem Motto: einem totalen Feind muss mit

11 Vgl. Walter Jens, Appell in letzter Stunde, in: Ders. (Hg.), Appell in letzter Stunde. Aufruf zum Frieden, München 1982, S. 7–26, hier S. 15 f.

12 Vgl. Ernst Tugendhat, »Und wenn die ganze Welt sowjetisch würde?«. Die Argumente der Befürworter und der Gegner der Nachrüstung – ein fiktives Gespräch, in: Der Spiegel 47 (1983), S. 80–95, hier S. 88.

13 Vgl. Horst Afheldt, Defensive Verteidigung, Reinbek 1983, S. 15.

14 Vgl. Interview mit Alfred Mechttersheimer im Deutschlandfunk, in: BPA Nachrichtenabteilung, 22. April 1982, in: Archiv der sozialen Demokratie [= AdSD], Zeitungsausschnittssammlung [= ZASS] III, Atomwaffen 1982. Vgl. auch Schregel, Konjunktur der Angst, S. 508–511.

15 Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek 1983.

16 Dorothee Sölle, Einseitig für das Leben, in: ASF/AGDF (Hg.), Bonn 10.10.1981, S. 74–76, hier S. 74.

17 Vgl. z. B. Dies., Warum ich so einseitig bin – einseitig für das Leben, in: Ingrid Krüger (Hg.), Mut zur Angst. Schriftsteller für den Frieden, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 126–135.

einer totalen Waffe begegnet werden.¹⁸ Die Ängste vor dem Wettrüsten würden hingegen heruntergespielt und nicht ernst genommen.¹⁹

In der Tat warnten Spitzenpolitiker aller Parteien mit unterschiedlicher Heftigkeit vor der militärischen Aggression der Sowjetunion und der Gefahr der Ausbreitung des Kommunismus. Tendenziell finden sich in der Union dabei härtere Worte als in der Sozialdemokratie und der FDP. Die vorsichtigere Ausdrucksweise von SPD und FDP mag zur Zeit ihrer Regierungsverantwortung mit dem Legitimationsdruck gegenüber den Wählern zusammenhängen, da sie zeigen mussten, dass sie die Ängste der Bevölkerung durchaus ernst nahmen. Die SPD musste zwar vermeiden, sich durch eine zu große Nähe zur Friedensbewegung einem Kommunismus- und Antiamerikanismusverdacht auszuliefern. Andererseits wollte sie sich durch die Nachrüstung ihr Vermächtnis der Ostpolitik und ihr selbst gewähltes Image als »Friedenspartei« nicht verderben lassen, eine Vergrößerung des Risses zwischen Nachrüstkungsbefürwortern und -gegnern innerhalb der eigenen Partei verhindern und sich durch die Konkurrenz durch die neuen sozialen Bewegungen nicht das Wasser abgraben lassen. Dementsprechend attestierte Helmut Schmidt der UdSSR bei gleichzeitigem Hinweis auf den sowjetischen Expansionsdrang auch einen gewissen Friedenswillen.²⁰ Jedoch meinte er, gerade weil er an eine endgültige Beseitigung der Kriegsgefahr nicht glauben könne, seien Utopien einer einseitigen Abrüstung so gefährlich. Als Folge würde der Westen ansonsten durch andere Mächte erpressbar und in seiner Entschlussfähigkeit gelähmt.²¹ Diese Erkenntnis resultiere bei ihm aus den Erfahrungen der fünf Jahrzehnte seit Hitlers Machtergreifung und nicht aus antisowjetischem oder antikommunistischem Affekt.²²

Die Union warnte meist noch deutlicher vor der Expansion der Sowjetunion, womit sie ihrer Argumentation der vorangegangenen Jahrzehnte treu blieb. Indem sie dabei eine Nähe zwischen der Friedensbewegung und der SPD feststellten, diente dies auch der Diffamierung des politischen Gegners im Wahl-

18 Vgl. Anton-Andreas Guha, *Die Nachrüstung – Der Holocaust Europas. Thesen und Argumente*, Freiburg 1981, S. 17.

19 Vgl. Werner Lutz, *Die Zeichen der Zeit erkennen*, in: ASF/AGDF (Hg.), Bonn 10.10.1981, S. 69 f.

20 Vgl. Helmut Schmidt, *Rede vor dem Deutschen Bundestag*, 21. November 1983, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 10. Wahlperiode, Bd. 126, Bonn 1983/84 [= *Stenographische Berichte*], S. 2376 – 2384, hier S. 2380.

21 Vgl. Ders., *Rede vor den Vereinten Nationen. Sonderversammlung für Abrüstung in New York*, 14. Juni 1982, in: *Bulletin der Bundesregierung* [= *Bulletin*] 62 (21. Juni 1982), S. 537 – 541.

22 Vgl. Ders., *Politik der Friedenssicherung aus Verantwortung und Überzeugung. Rede auf dem Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing*, 26. Januar 1982, in: *Bulletin* 18 (3. März 1982), S. 137 – 143, hier S. 143.

kampf.²³ Im Gegensatz zur SPD unterstand sie als Oppositionspartei auch keinem vergleichbaren Legitimationsdruck. Später, in der Regierung, konnte sie angeben, durch die Bundestagswahl von 1983 legitimiert worden zu sein, den Doppelbeschluss umzusetzen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Alfred Dregger sprach daher eindeutig von einem »weltrevolutionären Anspruch« der Sowjetunion.²⁴ Manfred Wörner, der CDU-Verteidigungsexperte und spätere Verteidigungsminister in der Regierung Kohl, betrachtete die Sowjets zwar nicht als »Abenteurer«, jedoch warnte er wie Schmidt vor einer Erpressbarkeit des Westens, Antiamerikanismus und einer Erosion des Bündnisses, wodurch die UdSSR die Verteidigungsfähigkeit des Westens unterschätzen und militärische Konflikte auch nach Europa tragen könne.²⁵ Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ging davon aus, dass die Sowjetunion die Strategie verfolge, die Nachrüstungsdebatte zu nutzen, um Angst vor einem großen Krieg zu schüren. Darüber solle sich das westliche Bündnis entzweien, damit Europa zunächst neutralisiert und letztlich sowjetisiert werden könne.²⁶

Vor allem von Unionspolitikern wurde die Friedensbewegung daher als »Unterwerfungsbewegung«²⁷ charakterisiert. Bemerkungen wie diese oder Heiner Geißlers Andeutungen, die SPD könne sich durch zu große Anlehnung an die sowjetische Argumentation zur »fünften Kolonne« der UdSSR machen,²⁸ rückten die Aktivisten unter den Generalverdacht der kommunistischen Unterwanderung. Strauß meinte dazu: »Frieden ohne Freiheit bedeutet Kirchhofsruhe. Freiheit ohne Frieden bedeutet angstvoller Wartezustand. Ohne Freiheit gibt es keinen dauerhaften Frieden und kein menschenwürdiges Leben.«²⁹ Häufig wurde auch der Vorwurf geäußert, die Aktivisten wären »lieber

23 Vgl. Alfred Dregger, Alle Deutschen wünschen den Frieden und die Freiheit, in: Fuldaer Zeitung, 14. August 1982; Flugblatt der CDU im Wahlkampf, SPD zur Friedenssicherung ungeeignet, verteilt am 23. August 1980, in: AdSD, ZASS III, Verteidigungspolitik 1980.

24 Alfred Dregger, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 21. November 1983, in: Stenographische Berichte, S. 2345–2356, hier S. 2347–2349.

25 Der Westen hat mehr Mittel, als er meint. Interview mit dem Verteidigungsexperten der CDU, Manfred Wörner, in: Münchner Merkur, 23. Januar 1980.

26 Vgl. Franz Josef Strauß, Frieden in Freiheit. Ja zur Sicherheit, in: Bayernkurier, 22. Oktober 1983.

27 Alfred Dregger, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 21. November 1983, in: Stenographische Berichte, S. 2345–2356, hier S. 2346.

28 Zitiert nach Volker Rühle, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 22. November 1983, in: Stenographische Berichte, S. 2512–2520, hier S. 2512. Vgl. auch Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 194–197. Warnende Stimmen vor kommunistischer Unterwanderung kamen auch aus den Reihen der SPD. Vgl. Erklärung über Präsidiumssitzung zur Demonstration am 10. Oktober 1981, in: SPD-Pressemitteilungen 559/81, 29. September 1981, online: <<http://library.fes.de/inhalt/digital/pressdienst.htm>>, [Stand: 21. Juni 2010].

29 Franz Josef Strauß, Der Friede erstrangiges Ziel der Politik. Interview mit dem Vorsitzenden

rot als tot.«³⁰ Dies betrachtete die Friedensbewegung als denunziatorisch und nicht nur ihre kommunistischen Mitglieder entgegneten, sie würden tatsächlich lieber in der DDR leben als den Atomtod zu sterben; schließlich gehe es hier nicht um den Tod des Einzelnen, sondern um die Vernichtung der gesamten Menschheit.³¹ Die Endgültigkeit des nuklearen Ernstfalls ließ die Aktivisten das Risiko eingehen, als Kommunistenfreunde diffamiert, sozial isoliert oder mit beruflichen Hindernissen konfrontiert zu werden.

Hier zeigten sich deutlich unterschiedliche Vorstellungen von den Folgen der Nachrüstung und einem möglichen Atomkrieg. Sollte es tatsächlich zum Nuklearkrieg kommen, gingen die Anhänger der Friedensbewegung davon aus, sich Krankheit, Massenpanik, Zusammenbruch der Infrastruktur, Umweltzerstörung und Tod ausgesetzt zu sehen. Zivilschutz und Katastrophenmedizin würden versagen und »die Überlebenden die Toten beneiden«.³² Die Gefahr, dass es zum Atomkrieg kommen könne, sahen die Aktivisten nicht nur durch die Sicherheitsstrategie gegeben. Hilflos fühlte man sich einem »militärisch-industriellen Komplex« und der Technik ausgeliefert, deren Fehlverhalten die nukleare Katastrophe heraufbeschwören vermochte. Aufgrund verkürzter Vorwarnzeiten durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen sei es in Zukunft leicht möglich, dass Fehlalarme nicht mehr überprüft werden könnten, sondern direkt zum Gegenschlag ausgeholt würde.³³ Viele bezeichneten daher den »Krieg aus Versehen« als durchaus wahrscheinlich, weil sich Militärexperten zu sehr auf seelenlose, unkontrollierbare Computer verlassen würden. Der Vorwurf lautete, die in ihrer Sachlogik gefangenen und vor allem auf Erhalt des Gesellschafts-systems, Machtstrukturen und Kommandozentralen ausgerichteten Experten entfernten sich immer weiter von der Bevölkerung des eigenen Landes, die sie eigentlich zu beschützen beauftragt seien.³⁴

Diese von den Aktivisten beschriebenen Bedrohungsszenarien waren geeignet, unbestimmte Ängste auszulösen, da sie eine Gefahr für den eigenen und den

der CSU und Bayerischen Ministerpräsidenten, in: Politische Studien 33 (Januar/Februar 1982), S. 8 – 12, hier S. 9.

30 Vgl. ebd., S. 9 f.

31 Vgl. Tugendhat, »Und wenn die ganze Welt sowjetisch würde?«, S. 95. Nach einer Allensbach-Umfrage gab auch die Mehrheit der Befragten an, ihnen sei das Überleben wichtiger als die Demokratie zu verteidigen. Vgl. Volker Rittberger, Einführung, in: Klaus Horn/Volker Rittberger (Hg.), Mit Kriegsgefahren leben. Bedrohtsein, Bedrohungsgefühle und friedenspolitisches Engagement, Opladen 1987, S. 1 – 10, hier S. 4.

32 Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie (Hg.), Ärzte warnen vor dem Atomkrieg. Die Überlebenden werden die Toten beneiden, Hamburg 1981.

33 Vgl. Werner Heine/Henning Schierholz/Kurt Weichler, Das Aktionsbuch. Für Frieden – Gegen Raketen, Reinbek 1983, S. 22.

34 Vgl. Walter Zöllner, Ängste der Computer-Experten. »Fehler im Rechner kann Atomkrieg auslösen« – 350 Angestellte unterschrieben Aufruf, in: Kölner Stadtanzeiger, 12. Oktober 1983; Epler, Tödliche Utopie, S. 24.

globalen Fortbestand darstellten. Darüber hinaus schienen ihnen gerade die Politiker und Militärexperten, die für die Wahrung von Sicherheit zuständig sein sollten, ihr Vertrauen verspielt und gar selbst das Sicherheitsrisiko gesteigert zu haben. Auch wenn die meisten Aktivisten trotz dieser Ängste nicht zwingend davon ausgingen, dass ein Nuklearkrieg unmittelbar bevorstand, wurde das Risiko als untragbar bezeichnet. So nannte der Journalist Anton-Andreas Guha das auf Abschreckung basierende Sicherheitssystem »ein gigantisches Russisch-Roulette-Spiel«. Zwar stünden die Chancen fünf zu eins, dass es nicht zum Krieg komme, jedoch mache die Endgültigkeit des Faktors »eins« den Faktor »fünf« bedeutungslos.³⁵ Eine Kriegsgefahr war zwar auch in den Augen der politischen Entscheidungsträger gegeben. Sie erschien ihnen jedoch äußerst gering und man könne ihr am besten aus einer Position der (militärischen) Stärke heraus begegnen.³⁶

Die Heftigkeit und Verabsolutierung der Emotionen in der Friedensbewegung befremdete viele politische Verantwortliche. Die Angstbekenntnisse der Friedensbewegung wurden allerdings nicht nur angesichts einer Gefahr aus der Sowjetunion, die diese als Schwäche auslegen konnte, mit Sorge betrachtet.³⁷ Man befürchtete auch, der Angstdiskurs könne im westlichen Ausland als Zeichen der emotionalen Instabilität der Deutschen gewertet werden, die sich in ihrer Angst wieder einem »starken Mann« anschließen könnten. Dies könne zur Eindämmung deutscher Handlungsfreiheit und legitimer deutscher Interessen führen.³⁸

Die Angst – ein schlechter Ratgeber?

Dem Vorwurf der irrationalen »Angstmacherei« widersetzte sich die Friedensbewegung vehement. Ihrer Ansicht nach war ihre Furcht vor einer realen Gefahr gerechtfertigt und gesund. »Man begeht hier den Fehler anzunehmen, daß Affekte irrational sind. Aber Affekte sind nur dann irrational, wenn sie nicht realitätsgerecht sind, aber genauso irrational ist die Affektlosigkeit, wenn sie nicht realitätsgerecht ist. Angesichts einer wahrscheinlichen und ungeheuren

35 Anton-Andreas Guha, Thesen zur Kritik der Sicherheitspolitik und des Brüsseler Beschlusses, in: Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung, Bonn 1981, S. 19–27, hier S. 22.

36 Vgl. z. B. Helmut Schmidt, Rede vor den Vereinten Nationen. Sonderversammlung für Abrüstung in New York, 14. Juni 1982, in: Bulletin 62 (21. Juni 1982), S. 537–541.

37 Vgl. z. B. Wörner: Friedensbewegung stärkt Kriegsgefahr. Verteidigungsminister wirft Pazifisten »Weg in die Irre« und Schwächung der Freiheit vor, in: Frankfurter Rundschau, 11. Juni 1983.

38 Helmut Schmidt, Fürchtet Euch nicht, in: Die Zeit, 23. Dezember 1983; Ders., Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 333.

Gefahr ist nicht die Angst, sondern die Angstlosigkeit irrational.«³⁹ Gefühl und Verstand stellten somit keine Gegensätze dar; Emotionen wurden vielmehr als kritische Instanz gegenüber einer auf dem Reißbrett erarbeiteten Rüstungslogik dargestellt. Emotionalisiertes Denken schien besonderes geeignet in der Auseinandersetzung mit einer Gefahr. Da emotionalisiertes Denken auch den subjektiven Erfahrungshorizont mit einschließen, sei es dem entemotionalisierten Denken überlegen, welches »*sein Subjekt verloren*« habe. »In dem Maße, wie es innerhalb der Friedensbewegung gelingt, die massenhafte emotionale Betroffenheit [...] als Orientierungsrahmen ihres Denkens zu verallgemeinern, hat sie *im Prinzip auch die überlegene Rationalität auf ihrer Seite*«, so der Psychologe Klaus Holzkamp. »Die Angst selbst hat demnach den widersprüchlichen Doppelaspekt, sowohl subjektiver Reflex der Ohnmacht und Ausgeliefertheit wie zwingende subjektive Notwendigkeit zu deren Überwindung zu sein.«⁴⁰

Viele Therapeuten innerhalb der Friedensbewegung weigerten sich daher, diese »Realängste« zu therapieren, da dies ein »Herumpfuschen am Symptom« wäre.⁴¹ Dem Argument vieler Politiker, die Angst sei ein »schlechter Ratgeber«⁴² und angesichts der Tatsache, dass die Abschreckung funktioniere, irrational, stellte man entgegen, dass Gefühle sich nicht auf Befehl zähmen ließen. Versuche, anderen ihre reale Angst ausreden zu wollen und als irrational abzustempeln halfen daher nicht, sondern stellten einen weiteren Verunsicherungsfaktor für die sich ängstigende Bevölkerung dar.⁴³

Erklärtes Ziel der Friedensbewegung war es, diejenigen aufzuklären, die ihre Angst unterdrückten bzw. unter »neurotischer Angstlosigkeit« litten.⁴⁴ Es sollte,

39 Ernst Tugendhat, *Rationalität und Irrationalität der Friedensbewegung und ihrer Gegner. Versuch eines Dialogs*, Berlin 1983, S. 28 f. Vgl. auch Ulrich Albrecht, *Kündigt den Nachrüstungsbeschluss!*, Frankfurt/Main 1982, S. 143; Franz-Josef Ensel, *Neurotische Angstlosigkeit und richtige Angst*, in: *psychosozial* 19 (1983), S. 31–46, hier S. 31 f.; Schregel, *Konjunktur der Angst*, S. 504 f.

40 Klaus Holzkamp, *Nur wer Angst hat, kann vernünftig sein. Gefühl und Rationalität der Friedensbewegung*, in: *Psychologie heute* 10 (Oktober 1983), S. 57–62, hier S. 60–62, [Hervorhebungen im Original].

41 *Psychologische Kompetenz gegen die Nachrüstungs-Propaganda. Ein Gespräch mit Gert Sommer und Gerhard Bolm über den Friedenskongreß der psychosozialen Berufe, der im Juni in Dortmund stattfindet*, in: *Psychologie heute* 10 (Juni 1983), S. 48–51, hier S. 51.

42 Roswitha Verhülsdonck, *Rede vor dem Deutschen Bundestag*, 22. November 1983, in: *Stenographische Berichte*, S. 2492–2494, hier S. 2493. Vgl. ähnlich Helmut Schmidt, *Rede vor dem Deutschen Bundestag*, 21. November 1983, in: ebd., S. 2376–2384, hier S. 2377; Wolfgang Mischnick, *Rede vor dem Deutschen Bundestag*, 21. November 1983, in: ebd., S. 2384–2390, hier S. 2388; Hans Apel, *Gerüstet zur Entspannung*, in: *Die Zeit*, 20. Februar 1981.

43 Vgl. Klaus Horn, *Kriegsangst als politischer Ratgeber. Die Friedensbewegung – Sammelbecken erschreckter Betroffenheit oder Teil einer Kulturrevolution?*, in: Ders./Rittberger (Hg.), *Mit Kriegsgefahren leben*, S. 60–91, hier S. 62 f.

44 Franz-Josef Ensel, *Richtige Angst und falsche Furcht. Psychologische Friedensvorbereitung und der Beitrag der Pädagogik*, Frankfurt/Main 1984, S. 22–26.

so die Aktivisten, also keine Angst geschürt, sondern lediglich die real existierende, verdrängte Angst benannt werden.⁴⁵ Als Gründe für die Verdrängung nannte der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter die Unfähigkeit, sich die nukleare Vernichtung vorzustellen: »Wenn sie [die Menschen, JM] den Rüstungswahnsinn nicht als Bedrohung erleben, so ist dies keine echte Angstfreiheit, vielmehr eine Anästhesie, eine Empfindungslosigkeit durch ein Übermaß an Todesangst, die zu einer generellen emotionalen Abstumpfung geführt hat.«⁴⁶ Zur psychischen Entlastung verteilten viele einen Außenfeind, verharmlosten das Problem, konzentrierten sich auf begrenzbarere, fassbarere Bedrohungen oder gaben sich Rettungsphantasien wie dem Glauben an medizinische Katastrophenhilfe oder den Bau von Bunkern hin.⁴⁷ Vor diesem Hintergrund falle es den sich unterbewusst selbst ängstigenden Politikern leicht, durch bewusste Desinformation von der wahren Gefahr abzulenken und die Bedrohung durch die Sowjetunion aufzubauschen. Die Aufrüstung solle ein falsches Gefühl der Sicherheit vermitteln und sei doch nur eine Verlegenheitslösung angesichts der Tatsache, dass man auf die tatsächliche Bedrohung keine Antwort habe.⁴⁸

Die Psychologen innerhalb der Bewegung trieben die Verwissenschaftlichung von Emotionen voran und trugen somit zur Verschmelzung von Rationalität und Gefühl bei.⁴⁹ Der Ausdruck von Emotion wurde aber nicht nur als realitätsgerecht und notwendig betrachtet, sondern er erhielt auch eine moralische Dimension. Die Artikulation der Angst wurde somit politisch aufgewertet und als Zeichen von Menschlichkeit interpretiert. Susanne Schregel hat diesbezüglich eine »relative Austauschbarkeit des Bekennenden im friedenspolitischen Angstbekenntnis« herausgearbeitet: »Insgesamt lässt sich das Angstbekenntnis der Friedensbewegung damit als eine Form der Selbstthematisierung charak-

45 Vgl. z. B. Von der unfassbaren zur faßlichen Angst. Interview mit Horst-Eberhard Richter, in: links. Sozialistische Zeitung 13/10 (1981), S. 39 f.; Heinrich Böll, Dieser Tag ist eine große Ermutigung, in: ASF/AGDF (Hg.), Bonn 10. 10. 1981, S. 159 – 162.

46 Horst-Eberhard Richter, Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1982, S. 74.

47 Vgl. Harald Theml/Ralf Orlich, Zur Phänomenologie und Pathomechanik der Bewältigung von Bedrohungen, in: Klaus Boehnke/Michael J. Macpherson/Folker Schmidt (Hg.), Leben unter atomarer Bedrohung. Ergebnisse internationaler psychologischer Forschung, Heidelberg 1989, S. 45 – 55, hier S. 51; Paul Parin, Die therapeutische Aufgabe und die Verleugnung der Gefahr, in: Peter Passett/Emilio Modena (Hg.), Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht, Basel und Frankfurt/Main 1983, S. 22 – 35, hier S. 27.

48 Vgl. Gerhard Bolm, Angst haben viele – warum handeln sie nicht? Psychologische Überlegungen zum Umgang mit Kriegsgefahr und Kriegsangst, in: Deutsche Volkszeitung, 23. Juni 1983; Horst-Eberhard Richter, Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, in: Ders., Sich der Krise stellen. Reden, Aufsätze, Interviews, Reinbek 1981, S. 107 – 118, hier S. 110 f.; Horn, Kriegsangst als politischer Ratgeber, S. 66.

49 Vgl. Holger Nehring, Sicherheitstherapien. Religiöse und moralische Semantiken des Friedens in den britischen und westdeutschen Protesten gegen Atomwaffen, 1957 – 1983, in: Helke Stadtland (Hg.), »Friede auf Erden«. Religiöse Semantiken und Konzepte des Friedens im 20. Jahrhundert, Essen 2009, S. 231 – 254, hier S. 245.

terisieren, die eine seelisch-psychische Beschaffenheit des Einzelnen als Angsthabend inszenierte [...] und dabei voraussetzte, dass der Bekennende die Demonstration der Angst als politisch sinnvoll betrachtete.«⁵⁰

Generell bemühten sich zunächst auch die Kritiker der Friedensbewegung, Verständnis für deren Ängste zu äußern, um dann jedoch in unterschiedlicher Heftigkeit den Realitätsverlust und die Gefahr der Emotionalisierung der Politik anzuprangern. Tendenziell formulierten die Unionsparteien auch hier harschere Kritik als FDP und SPD. Selbst die »Hardliner« innerhalb der SPD um Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Hans Apel bemühten sich um einen sachlichen Ton, obgleich ihre Distanz zu der stark emotional argumentierenden Bewegung blieb.

So wurde Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht müde, sich »mit Leidenschaft zur Vernunft in der Politik« zu bekennen.⁵¹ Es gäbe keinen Grund, heute mehr Angst zu haben als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit Beginn des »Atomzeitalters«. Die Angst in der Friedensbewegung, aber auch in manchen Medien, bezeichnete er als missverstandene Tugend und missbrauchtes Instrument in der politischen Auseinandersetzung.⁵² Statt Angst moralisch zu überhöhen, seien laut Schmidt »[s]ittliche Grundwerte plus Vernunft« zielführend. Schmidt verortete sich selbst nicht mehr auf der Ebene der elementaren Werte, sondern »im Bereich der abwägenden, der analytischen und finalen Vernunft [...]«. Dieses Prinzip habe sicherheitspolitisch weitreichende Konsequenzen: »Der Gegensatz der Systeme und ihrer Grundwerte zwischen der westlichen Führungsmacht und ihren Verbündeten und dem östlichen Gegenüber ist eine Tatsache. Sie kann nicht durch Emotion, aber auch nicht durch ein eigenes Grundwertbekenntnis verändert oder beeinflusst werden.«⁵³ Schmidt betrachtete Vernunft und Gefühl als Gegensatzpaar. Dabei sei nur die Ratio in der Lage, eine politische Gefahr wirksam zu bannen und somit die Angst zu besiegen. Nur wer nicht die Last der politischen Verantwortung zu tragen habe, könne sich allein auf Emotionen und Grundwerte berufen. Zwar seien sittliche Werte in der politischen Auseinandersetzung wichtig, allerdings müssten diese immer durch die Vernunft begleitet sein und sich ihr gegebenenfalls auch unterordnen.

50 Schregel, Konjunktur der Angst, S. 501, 514 f.

51 Helmut Schmidt, Politik der Friedenssicherung aus Verantwortung und Überzeugung. Rede auf dem Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing, 26. Januar 1982, in: Bulletin 18 (3. März 1982), S. 137–143, hier S. 139.

52 Vgl. Helmut Schmidt, »Fürchtet Euch nicht«, in: Die Zeit, 23. Dezember 1983. Ähnlich argumentierte z. B. auch Wörner. Vgl. Manfred Wörner, Frieden und Friedenssicherung. Rede vor der Gesellschaft für Wehrkunde in Hannover, 9. Juni 1983, in: Bulletin 62 (14. Juni 1983), S. 578–583.

53 Helmut Schmidt, Politik der Friedenssicherung aus Verantwortung und Überzeugung. Rede auf dem Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing, 26. Januar 1982, in: Bulletin 18 (3. März 1982), S. 137–143, hier S. 139–141.

Auf Seiten der Union beließ man es nicht dabei, der Angst lediglich die Kraft zur produktiven Politikgestaltung abzusprechen. So wurde die Friedensbewegung als »Angstbewegung« bezeichnet, welche die Angst in der Bevölkerung durch »unverantwortliche Kampagnen« bewusst schüre, um sich so Unterstützung für ihre Anliegen zu erschleichen.⁵⁴ Franz Josef Strauß bezeichnete im Bundestagswahlkampf 1980 in einem Plakat diejenigen, die mit der »Angst vor Krieg Schindluder« trieben als »Brunnenvergifter«, die damit Frieden und Freiheit gefährdeten.⁵⁵ Um dies zu veranschaulichen, griff man auch zu weitreichenden historischen Analogien. So meinte der CDU-Verteidigungsexperte Alois Mertes: »Ich kann nicht vergessen, wie sehr Friedensbewegungen und einseitige Abrüstungstendenzen in den dreißiger Jahren im Westen, bei Hitler zu Fehlkalkulationen geführt haben und damit ein Stück Mitverantwortung für den Zweiten Weltkrieg tragen.«⁵⁶ Der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ging sogar so weit, zu behaupten, wenn »der heutige Pazifismus politisch siegen würde, [wäre] die Folge ein weltweiter Archipel Gulag«.⁵⁷

Umgang mit der Angst

Unabhängig davon, ob man Angst für rational, irrational oder gar schädlich hielt, wurde von allen Seiten ein Anwachsen der Angst in der Bevölkerung konstatiert. Es ist anzunehmen, dass die von der Friedensbewegung beschriebenen Bedrohungsszenarien zumindest teilweise tatsächlich empfundener Sorge oder gar Angst entsprungen sind. Dennoch wurde die Angst auch bewusst zur Mobilisierung der eigenen Anhänger und als Argument gegen die Nachrüstungsbefürworter eingesetzt, worauf wiederum die Unterstützer des Doppelbeschlusses eingehen mussten.

Innerhalb sozialer Bewegungen wird Angst eine in Abgrenzung zu anderen Gruppen Identität stiftende Wirkung attestiert. Sie wird dabei oftmals als ein-

54 Friedrich Kronenberg, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 22. November 1983, in: Stenographische Berichte, S. 2530–2533, hier S. 2531. Vgl. auch Günther Müller, Mit Angst erschwindelte Unterschriften. Die Kommunisten fischen im Trüben, in: neue bildpost, 21. März 1982; Heiner Geißler, Die Saat der Angst ist aufgegangen, in: Rheinischer Merkur, 7. Oktober 1983.

55 Wahlplakat der CDU/CSU, 1980, in: BArch, Plak 006-022-005/Grafiker: ohne Angaben, online: <<http://www.bild.bundesarchiv.de>>, [Stand: 21. Juni 2010].

56 Alois Mertes, Rede vor dem Schwedischen Institut für Auswärtige Politik in Stockholm am 18. Mai 1983, in: Bulletin 51 (25. Mai 1983), S. 481–488, hier S. 488. Vgl. ähnlich Theo Waigel, Offensive Friedenspolitik. CSU bereit zu Verantwortung und Gespräch, in: Bayernkurier, 31. Oktober 1981; Alfred Dregger, Alle Deutschen wünschen den Frieden und die Freiheit, in: Fuldaer Zeitung, 14. August 1982.

57 Interview mit Heiner Geißler im Norddeutschen Rundfunk, in: Pressemitteilungen der CDU, 16. Juni 1983, in: AdSD, ZASS III, Bürgerinitiativen 1983.

zigartiges Gefühl dargestellt, durch welches ein höheres Gut erreicht werden solle.⁵⁸ Umstritten ist hingegen, ob Angst tatsächlich zur Rekrutierung und Mobilisierung der Anhängerschaft dienen kann. Es ist anzunehmen, dass es Mitglieder der Friedensbewegung gab, die überwiegend aus zufällig-hedonistischen Gründen zu den Aktivisten stießen. Für sie mag das Charisma führender Friedensaktivisten, rituelle Handlungen wie gemeinsame Protestaktionen oder das Singen von Friedensliedern und das Bedürfnis, zur Bewegung dazugehören zu wollen, Ausschlag gebend gewesen sein. Andere mögen sich hingegen bewusst angeschlossen haben, da sie ihre eigenen Sorgen und Interessen in der Gruppe widergespiegelt sahen und sich so größere Chancen erhofften, ihre Ziele zu erreichen. In vielen Fällen werden in unterschiedlicher Gewichtung beide Motive zusammengelassen sein.⁵⁹

Wie erwähnt, bezeichnete die Friedensbewegung selbst die Angst vor den Atomwaffen als hilfreich, um die Gefahr zu überwinden, weshalb die vermeintlich unterdrückte Angst der Bevölkerung ans Tageslicht gebracht werden sollte. Ein erster Schritt sei daher, mit anderen über seine Ängste zu sprechen, sie sich einzugestehen, um dann gemeinsam Handlungsoptionen erarbeiten zu können.⁶⁰ Hierzu wurden auch Seminare angeboten, auf denen man sich seiner Angst bewusst werden sollte und sich darüber mit anderen austauschen konnte.⁶¹ Auch versuchte man, das Objekt der Angst durch Beschreibung und Visualisierung greifbarer zu machen. Die abstrakte Gefahr des Atomkriegs wurde unter anderem durch Analogien zu bereits bekannten Katastrophen und Kriegen veranschaulicht. Um die Dimension der Vernichtung zu illustrieren, wurde oft von einem »nuklearen Holocaust« gesprochen.⁶² Noch häufiger wurde an die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki und ihre Konsequenzen erin-

58 Vgl. Randall Collins, *Social Movements and the Focus of Emotional Attention*, in: Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.), *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago und London 2001, S. 27–44; Ron Eyerman, *Emotions and Social Movements*, in: Helena Flam/Debra King (Hg.), *Emotions and Social Movements*, London und New York 2005, S. 41–56, hier S. 45.

59 Vgl. Collins, *Social Movements*, S. 30; Judith Michel, »Die Angst kann lehren, sich zu wehren«. Der Angstdiskurs der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 38 (2010), S. 246–269, hier S. 255 f. Einen Überblick über die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Masse und Emotion geben Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta, *Why Emotions Matter*, in: Dies. (Hg.), *Passionate Politics*, S. 1–24.

60 Vgl. Ärzte warnen vor dem Atomkrieg (Hg.), *Informationen über die Strahlenkrankheit*, o. O. [1983], in: *AdsD, ZASS III, Atomwaffen 1983*.

61 Vgl. Jens Gundlach, »Wir müssen stark werden, ohne unsere Zärtlichkeit zu verlieren«. Die Friedensbewegung stimmt sich auf den Herbst ein, in: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 6. August 1983; Fred Dorn/Jochen Gaile, *Den Frieden gewinnen*, o. J. o. O., S. 32–34.

62 Vgl. z. B. Jens Appell in *letzter Stunde*, S. 8 f., 19.

ner.⁶³ Detailreich berichteten Augenzeugen und Ärzte von den verheerenden Konsequenzen des Atombombenabwurfes über Japan und entwarfen ein Schreckensszenario, sollte sich der Einsatz von – inzwischen wesentlich schlagkräftigeren – Nuklearwaffen wiederholen.⁶⁴ Die Friedensbewegung unterstützte ihre Analogien visuell durch Plakate, welche die erdrückende Übermacht der bedrohlichen Waffen darstellten, an Hiroshima mahnten und mögliche Konsequenzen eines Atomkriegs illustrierten.⁶⁵

Auch traf man sich, um gemeinsam Filme wie die amerikanische Produktion *The Day After* zu sehen, der die apokalyptischen Folgen eines Atombombenabwurfes über einer mittelgroßen Stadt in den USA plastisch darstellte.⁶⁶ Erfreut zeigte man sich über einen *Stern*-Artikel, der die Atomraketenstandorte in Deutschland enthüllte, da somit die Gefahr für jeden vor der eigenen Haustür sichtbar werde.⁶⁷

Die Friedensbewegung versuchte also, die abstrakte Idee des drohenden Atomkriegs durch Bezüge auf bekannte Ereignisse und Bilder greifbarer zu machen. Durch die Konkretisierung der Bedrohung sollte den Aktivisten klarer gemacht werden, wogegen es zu kämpfen galt, wodurch diese wiederum enger zusammenrücken konnten. Die diffuse Angst sollte so zur objektbezogenen Furcht umgewandelt werden, um sie zur Unterstützung konkreter politischer Forderungen nutzbar zu machen. Damit die persönliche Betroffenheit und die genauere Kenntnis der furchtbaren möglichen Folgen eines Atomkriegs nicht zur Starre führte, sprach man sich immer wieder gegenseitig Mut zu: »Versuche stets Dein Katastrophenwissen mit dem ›Prinzip Hoffnung‹ zu durchdringen,

63 Vgl. z. B. Heinz O. Vetter, Initiative für den Frieden. Rede auf der Veranstaltung des DGB zum Antikriegstag in Düsseldorf am 1. September 1981, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9 (1981), S. 510 – 521, hier S. 510.

64 Vgl. z. B. die Beiträge in Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie (Hg.), Ärzte warnen vor dem Atomkrieg.

65 Vgl. z. B. Plakat der DKP, 1982, in: AdsD, Hauptsammlung, 6/PLKA006237; Plakat des DGB, 1981, in: AdsD, Hauptsammlung, 6/PLKA019629; Plakat der Alternativen Liste Berlin, 1981, in: AdsD, Hauptsammlung, 6/PLKA029743, Plakat der Jusos, 1983, AdsD, Hauptsammlung, 6/PLKA019371, online: <<http://archiv.fes.de/>>, [Stand: 21. Juni 2010], (letzteres Plakat Abb. S. 265 – mit freundlicher Genehmigung der Jusos). Zur Ikonographie der Plakate der Friedensbewegung vgl. auch Benjamin Ziemann, The Code of Protest. Images of Peace in West German Peace Movements, 1945–1990, in: Contemporary European History 17/2 (2008), S. 237–261.

66 Vgl. Julica Jungehülsing, »Noch schlimmer als im Film«. Der Tag danach: WN-Umfrage zur Wirkung, in: Westfälische Nachrichten, 6. Dezember 1983; Valeska von Roques, »Ich will tot sein, wenn das passiert«, in: Der Spiegel 48 (1983), S. 124–128.

67 Vgl. Bundesrepublik Deutschland. Die versteckte Atommacht, in: Stern 19 (1981), S. 26–34, 128; Ensel, Richtige Angst und falsche Furcht, S. 61. Umfragen ergaben tatsächlich, dass viele Befragte für die Gegengewichtsbildung gegenüber dem Osten, aber gegen die Aufstellung von Raketen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft waren. Vgl. Furcht vor Raketen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juli 1983.

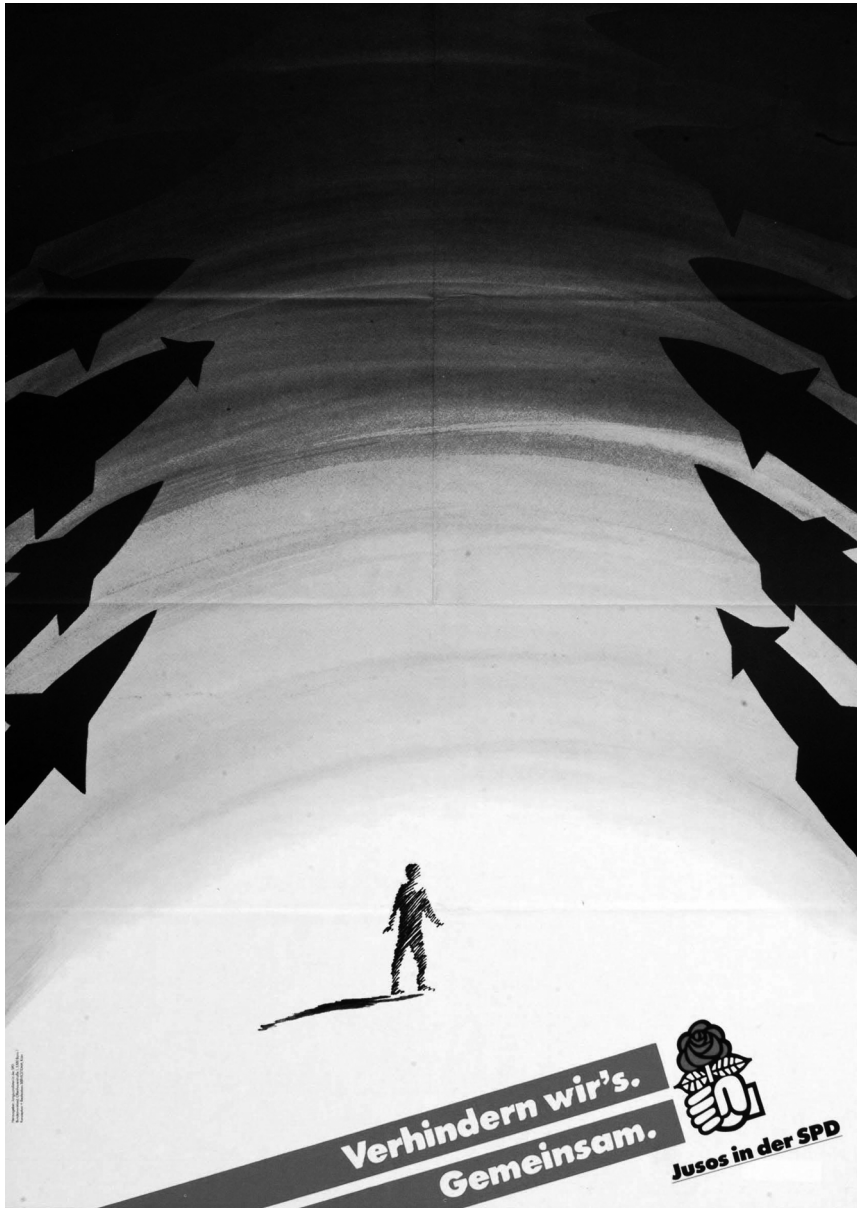


Abbildung 2: Plakat der Jusos, 1983

›strategische Knoten‹ zu finden, bei deren Lösung eine Umkehr möglich ist.«⁶⁸ Erhard Eppler forderte daher seine Mitstreiter auf, die Friedensbewegung nicht zu einer Bewegung der Angst, sondern des Mutes werden zu lassen.⁶⁹ Auch in der Symbolik der Plakate spiegelt sich wider, dass das Prinzip Hoffnung letztlich die Angst bannen würde. So steht bedrohlichen Bomben und Szenarien verwüsteter Städte und Landschaften häufig eine Friedenstaube, ein »Peace«-Zeichen oder ein Regenbogen entgegen.⁷⁰ Eine lähmende Angst sollte auch durch das Aufzeigen von Handlungsoptionen abgewendet werden, die erste Veränderungen im eigenen Umfeld ermöglichten.⁷¹ Vor diesem Hintergrund wurden gemeinsame Demonstrationen geplant und Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen erklärt.⁷² Obgleich diese Ersatzhandlungen zunächst keinen direkten Einfluss auf die Regierungsbeschlüsse hatten, gaben sie den Aktivisten das Gefühl, nicht passiv geblieben zu sein und ihre Angst dadurch reduzieren zu können.

Dies gilt auch für den Versuch der Anhänger der Friedensbewegung, politische Entscheidungsträger gezielt auf ihre Angst aufmerksam zu machen und so Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen. So hieß es 1981 in einem offenen Brief von SPD-Mitgliedern an Helmut Schmidt: »Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, macht uns Angst. Wir wollen leben – aber in Frieden! [...] Nicht genug: Wer sich innerhalb Ihrer Partei diesem Wahnsinn nicht anschließen kann, wird mit Ausschluß bedroht, diffamiert, lächerlich gemacht. [...] *Diese* SPD ist nicht mehr unsere Partei!«⁷³ Da auch führende Sozialdemokraten wie Erhard Eppler oder Oskar Lafontaine tendenziell die Position des Briefes teilten und viele Parteimitglieder, unter ihnen der Bundesvorsitzende Willy Brandt, zumindest eine stark vermittelnde Haltung einnahmen, mussten auch der Kanzler und seine Anhänger auf diese vorgebrachten Emotionen eingehen,

68 Roland Vogt, Vitalismus als erste Antwort auf den Drang zur Auslöschung (›Exterminismus‹), in: Die Grünen (Hg.), Entrüstet Euch. Analysen zur atomaren Bedrohung – Wege zum Frieden, Bonn o. J., S. 80–91, hier S. 83. Vgl. auch die Argumentation des Friedensaktivisten Waldemar Kutte, Angst vor dem Atomkrieg. Hoffnung durch die Friedensbewegung, Hamburg 1981. In der Literatur wird Hoffnung oft als Gegenstück zur Angst beschrieben. Vgl. Helena Flam, A Research Agenda, in: Dies./King (Hg.), Emotions and Social Movements, S. 19–40, hier S. 33.

69 Vgl. Eppler, Tödliche Utopie, S. 209.

70 Vgl. z. B. Plakat des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, 1981, AdsD, Hauptsammlung, 6/PLKA025017, online: <<http://archiv.fes.de/>>, [Stand: 21. Juni 2010].

71 Vgl. Bernhard Wilhelmer, Angst vor oder Handeln gegen den Krieg, in: Klaus Betz/Andreas Kaiser (Hg.), Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden. Beiträge einer Konferenz in Berlin (West) vom 28.–30. Januar 1983, Berlin (West) 1983, S. 267–272, hier S. 268.

72 Vgl. Ensel, Richtige Angst und falsche Furcht, S. 71–73.

73 Offener Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt, abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung, 29. Juli 1981, [Hervorhebung (Unterstreichung) im Original]. Vgl. auch Auszüge aus Briefen besorgter Bürger, in: Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag. Protokoll einer historischen Entscheidung, Reinbek 1984, S. 300–308.

selbst wenn sie weiterhin die Vernunft als einzig nützliche Handlungsmaxime in der Politik betrachteten.

Die Angstbekenntnisse der Bevölkerung veranlassten Schmidt im November 1981 zu einem nicht-öffentlichen Treffen mit Horst-Eberhard Richter. Er ließ sich die große Rolle der gegenwärtigen Angst erklären, für die er keine Parallele zu eigenen Ängsten finden konnte, die er beispielsweise während des Krieges empfunden hatte. Gebe es hier eine Aufgabe für ihn selbst als Politiker und wenn ja, wie sei diese zu bewältigen? Richter erklärte daraufhin, ein »von Emotionen abgekoppelter Vernunftbegriff« sei für viele junge Leute nicht mehr anwendbar. Der Kanzler müsse die Ängste der Bevölkerung ernster nehmen und seiner eigenen Sorge stärker Ausdruck verleihen. Schmidt äußerte diesbezüglich jedoch Zweifel, wie dies zum Beispiel auf Leonid Breschnew wirken würde, der nicht den Eindruck bekommen dürfe, der Kanzler sei ratlos oder ängstlich.⁷⁴ Diese Diskussion zeigt, wie wenig es hier um das tatsächlich empfundene Gefühl der Angst, sondern um Angst als Perzeptionsfaktor und Kommunikationsmittel ging. Letztlich änderte Schmidt seine Äußerungen bezüglich der Trennung von Ratio und Emotion auch nach diesem Gespräch nicht, wenngleich er stets sein Verständnis für die Sorge der Bevölkerung bekundete.

Schmidt und andere politische Entscheidungsträger bezweifelten den praktischen Nutzen des friedenspolitischen Engagements der Aktivisten, welches in ihren Augen eher destabilisierend wirkte. Sie betonten, Angst abbauende Sicherheit könne letztlich nur auf hoher politischer Ebene und aus einer Position der Stärke heraus gewährleistet werden. Mit Informationsmaterial versuchte man die Argumente der Friedensbewegung – und dabei vor allem ihrer militärischen »Gegenexperten«⁷⁵ – zu widerlegen, die eigene Position zu verdeutlichen und somit Ängste der Bevölkerung vor der Atomrüstung abzubauen.⁷⁶ Die SPD führte ihren Wahlkampf 1980 unter dem Motto »Sicherheit für Deutschland«⁷⁷, während die Union im selben Wahlkampf mit dem Slogan »Frieden und Freiheit«⁷⁸ warb, womit angedeutet wurde, dass man der Friedensbewegung nicht

74 Zitiert nach Hartmut Soell, Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung, München 2008, S. 846 f.

75 Vgl. Michel, »Die Angst kann lehren«, S. 267 f.

76 Vgl. Informationsdienst Sicherheitspolitik 2 (Dezember 1983), in: AdsD, ZASS III, Verteidigungspolitik 1983; So in die Zukunft? Argumente gegen die Angst, Neckarzimmern 1983. Vgl. auch Dieter Arndt, Zwischen Alarmismus und Argumentation. Die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zur innenpolitischen Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, München 1988.

77 Vgl. z. B. SPD-Plakat zur Bundestagswahl 1980, in: BArch, Plak 006-013-001/Grafiker: ohne Angaben, online: <<http://www.bild.bundesarchiv.de>>, [Stand: 21. Juni 2010].

78 Vgl. z. B. CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1980, in: BArch, Plak 006-007-001/Grafiker: ohne Angaben, [Hervorhebung (Unterstreichung) im Original]; CSU-Plakat zur Bundestagswahl 1980, in: BArch, Plak 006-007-003/Grafiker: ohne Angaben, [ohne Hervorhebung], online: <<http://www.bild.bundesarchiv.de>>, [Stand: 21. Juni 2010].

zutraute, mit ihren Methoden auch die Freiheit zu sichern. Einige Politiker versuchten, der Angst vor der nuklearen Bedrohung durch Katastrophenschutzprogramme und Bunkerbau zu begegnen,⁷⁹ was allerdings von den Anhängern der Friedensbewegung als Augenwischerei abgetan wurde.

Fazit

In ihrem Kampf gegen den Nato-Doppelbeschluss artikulierte die Friedensbewegung offen ihre als realitätsgerecht und heilsam empfundene Angst vor der Nachrüstung und einem dadurch wahrscheinlicher werdenden Atomkrieg. Sie zwang damit die politischen Entscheidungsträger, sich mit dem Bekenntnis zur Angst eines bedeutenden Teils ihrer Bevölkerung auseinanderzusetzen und ihre Sicherheitspolitik zu rechtfertigen. Bei allen Nachrüstkampfbefürwortern ist hierbei eine gewisse Angst vor der Angst festzustellen. Dabei befürchtete man nicht nur, die Sowjetunion und das westliche Bündnis könnten die Angst als Zeichen der Schwäche und Instabilität auslegen, sondern man selbst sah die Angst als Hinweis darauf, dass man offensichtlich das Vertrauen bei der Bevölkerung zu verlieren begann. Betrachtete man die Angst vor der UdSSR als gemeinsamem Außenfeind als vergleichsweise unproblematisch oder gar integrierend, stellte die Angst vor der Sicherheitspolitik des eigenen Bündnisses eine Herausforderung dar. Dabei empfand die SPD, welche sich gerne als »Entspannungspartei« sah und in deren Parteibasis und -jugend sich zahlreiche Anhänger der Friedensbewegung fanden, einen stärkeren Legitimationsdruck als die Unionsparteien, welche die gewonnene Bundestagswahl 1983 als Plebiszit für ihre sicherheitspolitische Linie auslegen konnten.

Letztlich konnte sich die Friedensbewegung mit ihrem Kernanliegen, die Nachrüstung zu verhindern, nicht durchsetzen – die amerikanischen Raketen wurden schließlich 1983 in Westeuropa stationiert. Eine beidseitige Abrüstung setzte erst Mitte der 1980er Jahre nach Verhandlungen der Supermächte ein. Bis heute ist es umstritten, inwiefern die Friedensbewegung diesen Abrüstungsprozess mit initiierte.⁸⁰ Ohne Zweifel hat sie jedoch dazu beigetragen, den ver-

79 Vgl. Besorgnis und herbe Kritik. Sicherheitspolitischer Kongress der CDU ging mit Bonner Regierung ins Gericht, in: Kieler Nachrichten, 30. Juni 1980.

80 Der Friedensbewegung neben Reagans Politik der Stärke einen Anteil zusprechend z.B. Michael Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin und München 2000*, S. 352–354; Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 85, 105 f. Steve Breyman betont stärker die Verdienste der Friedensbewegung. Vgl. Steve Breyman, *Why Movements Matter. The West German Peace Movement and U.S. Arms Control Policy*, Albany 2001, S. 256–277. Frank Fischer und Paul Lettow meinen dagegen, vor allem Reagans Pläne für einen Abwehrschirm gegen Interkontinentalraketen, die Strategic Defense Initiative (SDI), hätten zum Umbruch

meintlichen Widerspruch zwischen Rationalität und Emotion abzubauen. Dies schlägt sich bis heute in der politischen Kultur der Bundesrepublik nieder, in der es selbst auf der Ebene politischer Entscheidungsträger üblicher geworden ist, sich zu einer berechtigten Furcht zu bekennen, um davon ausgehend die Quellen der Furcht beseitigen zu können.

Literaturverzeichnis

- Afheldt, Horst, *Defensive Verteidigung*, Reinbek 1983.
- Albrecht, Ulrich, *Kündigt den Nachrüstungsbeschluss!*, Frankfurt/Main 1982.
- Arndt, Dieter, *Zwischen Alarmismus und Argumentation. Die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zur innenpolitischen Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses*, München 1988.
- Auszüge aus Briefen besorgter Bürger, in: *Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag. Protokoll einer historischen Entscheidung*, Reinbek 1984, S. 300–308.
- Böll, Heinrich, *Dieser Tag ist eine große Ermutigung*, in: *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (Hg.), Bonn 10.10.1981. *Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*, Bornheim 1981, S. 159–162.
- Bourke, Joanna, *Fear and Anxiety. Writing about Emotions in Modern History*, in: *History Workshop Journal* 55 (2003), S. 111–133.
- Breyman, Steve, *Why Movements Matter. The West German Peace Movement and U.S. Arms Control Policy*, Albany 2001.
- Bulletin der Bundesregierung 1982–1983*.
- Bundesrepublik Deutschland. *Die versteckte Atommacht*, in: *Stern* 19 (1981), S. 26–34, 128.
- Collins, Randall, *Social Movements and the Focus of Emotional Attention*, in: Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.), *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago und London 2001, S. 27–44.
- Dorn, Fred/Jochen Gaile, *Den Frieden gewinnen*, o. J. o. O.
- Ensel, Franz-Josef, *Neurotische Angstlosigkeit und richtige Angst*, in: *psychosozial* 19 (1983), S. 31–46.
- Ensel, Franz-Josef, *Richtige Angst und falsche Furcht. Psychologische Friedensvorbereitung und der Beitrag der Pädagogik*, Frankfurt/Main 1984.
- Eppler, Erhard, *Die tödliche Utopie der Sicherheit*, Reinbek 1983.
- Eppler, Erhard, *Eine Bewegung der Mutigen*, in: *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (Hg.), Bonn 10.10.1981. *Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*, Bornheim 1981, S. 113–116.
- Eyerman, Ron, *Emotions and Social Movements*, in: Helena Flam/Debra King (Hg.), *Emotions and Social Movements*, London und New York 2005, S. 41–56.

geführt. Vgl. Frank Fischer, »Im deutschen Interesse«. *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum 2001, S. 309–311; Paul Lettow, *Ronald Reagan and his Quest to Abolish Nuclear Weapons*, New York 2005, S. 245 f.

- Fischer, Frank, »Im deutschen Interesse«. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001.
- Flam, Helena, A Research Agenda, in: Dies./Debra King (Hg.), Emotions and Social Movements, London und New York 2005, S. 19–40.
- Goodwin, Jeff/James M. Jasper/Francesca Polletta, Why Emotions Matter, in: Dies. (Hg.), Passionate Politics. Emotions and Social Movements, Chicago und London 2001, S. 1–24.
- Guha, Anton-Andreas, Die Nachrüstung – Der Holocaust Europas. Thesen und Argumente, Freiburg 1981.
- Guha, Anton-Andreas, Thesen zur Kritik der Sicherheitspolitik und des Brüsseler Beschlusses, in: Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung, Bonn 1981, S. 19–27.
- Haftendorn, Helga, Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 244–287.
- Haftendorn, Helga, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschuß, München 1986.
- Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie (Hg.), Ärzte warnen vor dem Atomkrieg. Die Überlebenden werden die Toten beneiden, Hamburg 1981.
- Heine, Werner/Henning Schierholz/Kurt Weichler, Das Aktionsbuch. Für Frieden – Gegen Raketen, Reinbek 1983.
- Holzkamp, Klaus, Nur wer Angst hat, kann vernünftig sein. Gefühl und Rationalität der Friedensbewegung, in: Psychologie heute 10 (Oktober 1983), S. 57–62.
- Horn, Klaus, Kriegsangst als politischer Ratgeber. Die Friedensbewegung – Sammelbecken erschreckter Betroffenheit oder Teil einer Kulturrevolution?, in: Ders./Volker Rittberger (Hg.), Mit Kriegsgefahren leben. Bedrohtsein, Bedrohungsgefühle und friedenspolitisches Engagement, Opladen 1987, S. 60–91.
- Jens, Walter, Appell in letzter Stunde, in: Ders. (Hg.), Appell in letzter Stunde. Aufruf zum Frieden, München 1982, S. 7–26.
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
- Kutte, Waldemar, Angst vor dem Atomkrieg. Hoffnung durch die Friedensbewegung, Hamburg 1981.
- Lettow, Paul, Ronald Reagan and his Quest to Abolish Nuclear Weapons, New York 2005.
- Lösche, Peter, Antiamerikanismus in der Bundesrepublik? Stereotype über Ronald Reagan in der deutschen Presse, in: Amerikastudien 31 (1986), S. 355–362.
- Lüdtke, Alf, Macht der Emotionen – Gefühle als Produktivkraft. Bemerkungen zu einer schwierigen Geschichte, in: Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hg.), Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt/Main und New York 2006, S. 44–55.
- Lutz, Werner, Die Zeichen der Zeit erkennen, in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste/ Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.), Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa, Bornheim 1981, S. 69 f.
- Maruhn, Jürgen/Manfred Wilke (Hg.), Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluß des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002.
- Michel, Judith, »Die Angst kann lehren, sich zu wehren«. Der Angstdiskurs der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 38 (2010), S. 246–269.

- Nehring, Holger, Sicherheitstherapien. Religiöse und moralische Semantiken des Friedens in den britischen und westdeutschen Protesten gegen Atomwaffen, 1957–1983, in: Helke Stadtland (Hg.), »Friede auf Erden«. Religiöse Semantiken und Konzepte des Friedens im 20. Jahrhundert, Essen 2009, S. 231–254.
- Parin, Paul, Die therapeutische Aufgabe und die Verleugnung der Gefahr, in: Peter Passet/Emilio Modena (Hg.), Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht, Basel und Frankfurt/Main 1983, S. 22–35.
- Ploetz, Michael, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin und München 2000.
- Ploetz, Michael/Hans-Peter Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004.
- Psychologische Kompetenz gegen die Nachrüstungs-Propaganda. Ein Gespräch mit Gert Sommer und Gerhard Bolm über den Friedenskongress der psychosozialen Berufe, der im Juni in Dortmund stattfindet, in: Psychologie heute 10 (Juni 1983), S. 48–51.
- Richter, Horst-Eberhard, Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, in: Ders., Sich der Krise stellen. Reden, Aufsätze, Interviews, Reinbek 1981, S. 107–118.
- Richter, Horst-Eberhard, Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1982.
- Rittberger, Volker, Einführung, in: Klaus Horn/Volker Rittberger (Hg.), Mit Kriegsgefahren leben. Bedrohtheit, Bedrohungsgefühle und friedenspolitisches Engagement, Opladen 1987, S. 1–10.
- Roques, Valeska von, »Ich will tot sein, wenn das passiert«, in: Der Spiegel 48 (1983), S. 124–128.
- Schmidt, Helmut, Menschen und Mächte, Berlin 1987.
- Scholtzseck, Joachim, The United States, Europe, and the NATO Dual-Track Decision, in: Matthias Schulz/Thomas A. Schwartz (Hg.), The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter, Washington/DC und Cambridge/GB 2009, S. 333–352.
- Schregel, Susanne, Konjunktur der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue Friedensbewegung«, 1979–1983, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495–520.
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung, München 2008.
- Sölle, Dorothee, Einseitig für das Leben, in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.), Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa, Bornheim 1981, S. 74–76.
- Sölle, Dorothee, Warum ich so einseitig bin – einseitig für das Leben, in: Ingrid Krüger (Hg.), Mut zur Angst. Schriftsteller für den Frieden, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 126–135.
- Sommers, Shula, Understanding Emotions. Some Interdisciplinary Considerations, in: Carol Z. Stearns/Peter N. Stearns (Hg.), Emotion and Social Change. Toward a New Psychohistory, New York und London 1988, S. 23–38.
- Stearns, Peter N./Carol Z. Stearns, Emotionology. Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards, in: The American Historical Review 90/4 (1985), S. 813–836.
- Strauß, Franz Josef, Der Friede erstrangiges Ziel der Politik. Interview mit dem Vorsitzenden der CSU und Bayerischen Ministerpräsidenten, in: Politische Studien 33 (Januar/Februar 1982), S. 8–12.
- Theml, Harald/Ralf Orlich, Zur Phänomenologie und Pathomechanik der Bewältigung von Bedrohungen, in: Klaus Boehnke/Michael J. Macpherson/Folker Schmidt (Hg.),

- Leben unter atomarer Bedrohung. Ergebnisse internationaler psychologischer Forschung, Heidelberg 1989, S. 45 – 55.
- Tugendhat, Ernst, »Und wenn die ganze Welt sowjetisch würde?«. Die Argumente der Befürworter und der Gegner der Nachrüstung – ein fiktives Gespräch, in: Der Spiegel 47 (1983), S. 80 – 95.
- Tugendhat, Ernst, Rationalität und Irrationalität der Friedensbewegung und ihrer Gegner. Versuch eines Dialogs, Berlin 1983.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, Bd. 126, Bonn 1983/84.
- Vetter, Heinz O., Initiative für den Frieden. Rede auf der Veranstaltung des DGB zum Antikriegstag in Düsseldorf am 1. September 1981, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9 (1981), S. 510 – 521.
- Vogt, Roland, Vitalismus als erste Antwort auf den Drang zur Auslöschung (»Exterminismus«), in: Die Grünen (Hg.), Entrüstet Euch. Analysen zur atomaren Bedrohung – Wege zum Frieden, Bonn o. J., S. 80 – 91.
- Von der unfaßbaren zur faßlichen Angst. Interview mit Horst-Eberhard Richter, in: links. Sozialistische Zeitung 13/10 (1981), S. 39 f.
- Wilhelmer, Bernhard, Angst vor oder Handeln gegen den Krieg, in: Klaus Betz/Andreas Kaiser (Hg.), Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden. Beiträge einer Konferenz in Berlin (West) vom 28.–30. Januar 1983, Berlin (West) 1983, S. 267 – 272.
- Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium 1982 – 1990, München 2006.
- Ziemann, Benjamin, The Code of Protest. Images of Peace in West German Peace Movements, 1945 – 1990, in: Contemporary European History 17/2 (2008), S. 237 – 261.

Angst im historischen Längsschnitt

Von der Furcht vor einer habsburgischen Umklammerung zur Angst vor einem übermächtigen Konkurrenten im Osten: Der Kampf gegen die deutsche Einheit als Triebfeder der französischen Deutschlandpolitik (16. – 20. Jahrhundert)

»Das zerstörerische Werk der Indoktrinierung« hatte, so Gilbert Ziebura auf der ersten Seite seines Buchs zu den deutsch-französischen Beziehungen nach 1945, als »traurigstes Produkt [...] die Ideologie der Erbfeindschaft« hervorgebracht. Denn, so Ziebura weiter, »eine umfangreiche Betrachtung ergibt, daß der Antagonismus als konstanter, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beherrschender struktureller Faktor erst ab 1870/71 existiert hat, ja vorher gar nicht existieren konnte, weil er seine wichtigste Voraussetzung nicht gab: den Aufeinanderprall zweier Nationalitäten, die dadurch gekennzeichnet waren, daß jede sich weitgehend nur als Negation der anderen zu begreifen vermochte«. ¹ In der Forschung herrscht seit gut 40 Jahren Konsens darüber, dass es eine Erbfeindschaft, also einen über Generationen in beiden Ländern weitergebenen Hass, bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts weder in den jeweiligen Bevölkerungen noch in deren Führungsschichten gegeben hat.

So mag es befremdlich anmuten, zumindest französischerseits eine fast fünf Jahrhunderte währende Kontinuität konstruieren zu wollen. Es gibt aber bei genauerer Betrachtung eine Vielzahl von Anhaltspunkten, die, wenn auch nicht auf eine Erbfeindschaft, so doch auf eine immer wiederkehrende Sorge innerhalb der französischen Regierung ob der Entwicklungen in Deutschland hindeuten. Aus zunächst dynastisch motivierten, punktuellen Reaktionen auf Vorgänge im Reichsgebiet wurde im Laufe der Jahrhunderte ein Handlungsschema, das immer mehr einer außenpolitischen Doktrin zu ähneln begann. Im Kern folgte diese dem immer gleichen Ziel, die Vereinigung des militärischen und wirtschaftlichen Gesamtpotentials Deutschland unter einem Herrscher, welches dieser dann gegen Frankreich hätte richten können, zu verhindern. Ausprägung und Werdegang dieser Doktrin sollen in der Abfolge anhand von einigen ausgewählten Beispielen erläutert werden: nämlich 1) der Entstehung, Bekämpfung und Beendigung der habsburgischen Umklammerung; 2) der di-

1 Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe, Stuttgart 1997, S. 15.

plomatischen Revolution des Renversement des Alliances 1756; 3) der Bewerbung um den spanischen Thron durch die Hohenzollern während der Julikrise 1870; 4) und schließlich der französischen Deutschlandplanungen am Ende des Ersten Weltkriegs.²

Gemäß der Ausrichtung des Bandes soll ein besonderes Augenmerk auf die Frage nach der Bedeutung der Kategorien »Furcht« und »Angst« für außenpolitische Planungen gelegt werden. In Psychologie und Philosophie gilt »Angst« als ein diffuses, irrationelles, an keine konkrete Begebenheit gekoppeltes Gefühl. »Furcht« wird hingegen als eine Empfindung definiert, die durch greifbare, klar erkennbare Beweggründe ausgelöst wird. Diese Unterscheidung gilt auch hier. Eine spezifische Abgrenzung zum Begriff »Sorge« soll jedoch nicht vorgenommen werden, um die Fragestellung nicht zusätzlich zu komplizieren.

1. Die habsburgische Umklammerung

Ausgangspunkt für den späteren deutschen Gegensatz war eine im Laufe des 15. Jahrhunderts gewachsene dynastischen Rivalität. Den konkurrierenden Häusern ging es letztlich um die Frage, wem innerhalb der Christenheit der erste Rang gebührte. Traditionell beriefen sich die Valois dabei auf ihren Titel der erstgeborenen Tochter der Kirche (»fille aînée de l'Église«) und auf ihre direkte Abkunft von Karl dem Großen. Das Haus Habsburg stellte dem vor allem seine Kaiserwürde entgegen. Der Aufstieg der Habsburger war fulminant gewesen. Über den Ausbau seiner Hausmacht im Ostalpenraum im 14. und 15. Jahrhundert, die dauerhafte Erlangung der Kaiserkrone 1438/1439 und den Erwerb eines beträchtlichen Teils des burgundischen Erbes (1482), waren sie zunächst zur führenden Macht im Reich aufgestiegen. Als der Familie im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts auch noch die Königskronen von Aragonien, Kastilien, Navarra, Granada, Neapel, Sizilien, Sardinien, Böhmen, Kroatien und Ungarn zufielen, entstand ein Großreich, das nicht zuletzt durch die Überseebesitzungen Spaniens weltumspannende Dimensionen annahm. Nicht genug, dass den bis dahin in Europa tonangebenden Valois damit ein ernst zu nehmender Konkurrent entstanden war, Frankreich sah sich zudem noch fast vollständig von habsburgischen Besitzungen umgeben. Der Kampf gegen diese als existenzbedrohend empfundene Umklammerung wurde für die kommenden anderthalb Jahrhunderte zum Leitgedanken der französischen Außenpolitik.

2 Auch die französische Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die Reaktionen auf die Stalinnoten oder natürlich die aufkeimenden Befürchtungen nach dem Fall der Berliner Mauer hätten hier als Beispiele für die langlebige Tradition herhalten können, für deren ausgiebige Darstellung fehlt hier jedoch der Platz.

Der Konflikt zwischen den Häusern Habsburg und Valois/Bourbon wurde auf drei verschiedenen Ebenen geführt: einer militärischen, einer diplomatischen und einer ideologischen. Von den 215 Jahren zwischen 1500 und 1714 führte Frankreich insgesamt 85 Jahre und zwei Monate Krieg, 69 Jahre und neun Monate war dabei Spanien und 67 Jahre Österreich die Gegner. Wenn die Häuser nicht offen Krieg führten, taten sie dies verdeckt. So förderten sie bei Konflikten, die der Konkurrent mit Dritten führte, grundsätzlich dessen Gegenpartei. Dies galt für die französischen Religionskriege ebenso wie für die Kriege im Reich. Ideologisch begleitet wurde dieses Ringen von dem gegenseitigen Vorwurf, die Weltherrschaft anstreben zu wollen.³

Im Laufe der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts gelang es Frankreich, den »habsburgischen Schraubstock«⁴ langsam wieder aufzustemmen.⁵ Spätestens nach dem Westfälischen (1648) und dem Pyrenäenfrieden (1659), die erst die Wiener und dann die Madrider Linie in ihre Schranken verwiesen, hätte der Kampf gegen Habsburg für die französische Außenpolitik eigentlich keine Priorität mehr haben dürfen. Nicht nur, dass die Umklammerung nun gelockert war, Frankreich war sogar wieder zur beherrschenden Macht Europas aufgestiegen. Aus Sicht der anderen Staaten war es nun nicht mehr das Haus Habsburg, sondern Ludwig XIV., der als Bedrohung empfunden wurde.⁶ Als es Frankreich trotz aller Schwierigkeiten dann auch noch gelang, siegreich aus dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714) hervorzugehen und damit den Übergang der spanischen Krone auf einen Bourbonen zu zementieren, gehörte die habsburgische Umklammerung endgültig der Vergangenheit an.

In Frankreich führte dies jedoch keineswegs zum Umdenken.⁷ Der Kampf gegen das Haus Habsburg – jetzt nur noch gegen die verbleibende österreichische Linie – blieb auch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts das strukturierende Element französischer Außenpolitik. Dabei konzentrierte man sich nun auf zwei Brennpunkte. Neben Norditalien war dies vor allem das Reich. Wie

3 Siehe dazu u.a. Friedrich Bosbach, *Monarchia Universalis. Ein politischer Leitbegriff der frühen Neuzeit*, Göttingen 1988, S. 35; Alexandre Y. Haran, *Le lys et le globe. Messianisme dynastique et rêve impérial en France aux XVI^e et XVII^e siècles*, Paris 2000, S. 250–254. Jean-Christian Petitfils geht sogar soweit, den französisch-spanischen Antagonismus im Jahre 1700 als Erbfeindschaft zu bezeichnen (Louis XIV. *La grandeur et les épreuves*, Paris 2001, S. 96).

4 François Bluche, *Louis XIV*, Paris 1986, S. 346, 920.

5 Eine exzellente Zusammenfassung dieser Entwicklung bei Rainer Babel, *Deutschland und Frankreich im Zeichen der habsburgischen Universalmonarchie 1500–1648*, Darmstadt 2005, S. 15–101.

6 Siehe dazu u. a. Franz Bosbach, *Eine französische Universalmonarchie? Deutsche Reaktionen auf die europäische Politik Ludwigs XIV.*, in: Michel Grunewald/Jochen Schlobach (Hg.), *Médiations/Vermittlungen. Aspects des relations franco-allemandes du XVII^e siècle à nos jours*, Bern 1992, S. 53–68.

7 Vgl. Klaus Malettke, *Ludwig XIV. von Frankreich. Leben, Politik und Leistung*, Göttingen und Zürich 1994, S. 125.

schon im vorhergehenden Jahrhundert befürchteten die französischen Außenpolitiker, der Kaiser könnte über kurz oder lang die Reichsstände unterjochen und den Reichsverband in eine habsburgische Erbmonarchie umwandeln⁸. Damit hätte ihm das enorme demografische und wirtschaftliche Potential des Reichs für einen entscheidenden Schlag gegen Frankreich zur Verfügung gestanden. Wie schon die Diplomaten Heinrichs IV., Ludwigs XIII. und Ludwigs XIV. versuchten nun auch jene Ludwigs XV. die Reichsstände – auch die protestantischen – in ihren Emanzipationsbestrebungen zu bestärken, um dadurch im Inneren des Reichsverbands ein Gegengewicht zu Österreich schaffen. Neben Bayern konzentrierten sich die französischen Hoffnungen dabei vor allem auf das aufstrebende Preußen.

2. Das Renversement des Alliances 1756

Am 1. Mai 1756 beendeten die Dynastien Valois/Bourbon und Habsburg ganz offiziell ihre seit gut zweieinhalb Jahrhunderten andauernde Feindschaft. Für die europäische Öffentlichkeit völlig überraschend unterzeichneten Frankreich und Österreich an diesem Tage einen Allianzvertrag, den sogenannten Vertrag von Versailles. Vor allem Frankreich warf dabei scheinbar seine angestammten außenpolitischen Prinzipien über Bord. Neuer Gegner Frankreichs wurde nun der vormals angestammte Bündnispartner Preußen. Der Hohenzollernstaat hatte sich zuvor mit der am 16. Januar 1756 unterzeichneten Westminsterkonvention mit England verbündet. Der vermeintlich revolutionäre Charakter dieser Umkehrung der Allianzen erweist sich jedoch bei genauerem Hinsehen als durchaus konform mit der seit Franz I. geltenden außenpolitischen Doktrin. Diese passte sich nur den veränderten mächtropolitischen Rahmenbedingungen an.

Denn schon im Vorfeld der diplomatischen Revolution hatten sich bedeutende Änderungen im hergebrachten Kräftefeld der europäischen Großmächte ergeben. Zum einen war Frankreich in England welt- und kolonialpolitisch ein neuer Gegner erwachsen, auf dessen Bekämpfung man nun sein Hauptaugenmerk richtete. Zum anderen hatten sich die Machtverhältnisse innerhalb Deutschlands verschoben. Nicht zuletzt durch die Einverleibung und Behauptung Schlesiens war Preußen zur Großmacht aufgestiegen, während Österreich aus demselben Grund an Potential verloren hatte. Stephan Skalweit meinte in seiner, allerdings fast ausschließlich auf den Memoiren einiger Zeitgenossen

8 Zu den Einzelheiten dieser Bedrohungsszenarien siehe Jörg Ulbert, Die Angst vor einer habsburgischen Hegemonie im Reich als Leitmotiv der französischen Deutschlandpolitik unter der Regentschaft Philipps von Orléans, in: Thomas Höpel (Hg.), Deutschlandbilder – Frankreichbilder 1700–1850. Rezeption und Abgrenzung zweier Kulturen, Leipzig 2001, S. 57–74.

beruhenden Arbeit zum Friedrichbild in Frankreich, dass die Versailler Diplomatie – zumindest jener Teil, der das Renversement unterstützte – zwar den habsburgischen Machtschwund erkannte, das damit verbundene preußische Erstarken jedoch unterschätzte, wenn nicht ganz verkannte.⁹ Seit dem Erscheinen der vollständig aus Akten gearbeiteten Habilitation Sven Externbrinks¹⁰ kann jedoch als erwiesen gelten, dass die proösterreichische Partei am französischen Hofe – allen voran Außenminister Bernis – den Machtzuwachs nicht nur genau wahrgenommen, sondern ihn sogar als für französische Interessen bedrohlich einstufte. Die in diesem Zuge geäußerten Befürchtungen knüpften nahtlos an jene an, die man fast ein Jahrhundert lang bezüglich Österreich gehegt hatte: Friedrich der Große drohe das im Reich herrschende Gleichgewicht nachhaltig zu seinen Gunsten zu verschieben, würde sich also zum »Diktator Deutschlands« aufzuschwingen und diese Machtbasis dann mittelfristig zur Errichtung einer Hegemonie in Europa nutzen können.¹¹

Mit der Verschiebung des Gleichgewichts in Deutschland geriet also auch die Umsetzung der oben erwähnten Doktrin in der französischen Außenpolitik in Bewegung. Denn nicht mehr die Begrenzung einer *habsburgischen* Übermacht im Reich, sondern das Erreichen einer Hegemonialstellung überhaupt – durch wen auch immer – wurde nun bekämpft. So wurde ein vormals dynastisch bestimmtes Prinzip durch ein rein machtpolitisches ersetzt. Im Kern blieb die Doktrin jedoch unverändert. Weiterhin ging es Frankreich darum zu verhindern, dass sich eine Macht des Gesamtpotentials des Reichs bemächtigen könnte, um es dann gegen Frankreich zu richten.

So blieben die Befürworter der Umkehr der Allianzen innerhalb der französischen Regierung¹² letztlich den angestammten Prinzipien französischer

9 Vgl. Stephan Skalweit, *Frankreich und Friedrich der Grosse. Der Aufstieg Preußens in der öffentlichen Meinung des »ancien régime«*, Bonn 1952, S. 82 f.

10 Sven Externbrink, *Friedrich der Große, Maria Theresia und das Alte Reich. Deutschland und Diplomatie Frankreichs im Siebenjährigen Krieg*, Berlin 2006.

11 Zur Angst vor preußischen Großmachtplänen siehe »Sur l’Idée du Roi de Prusse d’échanger le duché de Meckle^s contre ses Etats de Westphalie«, M. de [?]amp père, Schwerin, 21 [?]ier 1760, Archives des Affaires étrangères, Paris (AAE), Mémoires et documents (MD) France 446, Fol. 327r-327v; »Tableau politique de la position critique ou se trouve aujourd’huy l’Europe, avec les observations sur ce qui peut intéresser en particulier chaque puissance, relatives à toutes les combinaisons dont la matiere peut-être susceptible; principalement sur ce qui concerne les intérêts de la France, tant pour le présent que pour l’avenir«, anonym, o. O. o. J. [1756 oder 1757], AAE, MD France 581, Fol. 17v. Siehe ebenfalls Externbrink, *Friedrich der Große*, S. 94 f.; und zum Topos einer drohenden preußischen Hegemonialstellung im Reich in der österreichischen Propaganda auch Manfred Schort, *Politik und Propaganda. Der Siebenjährige Krieg in den zeitgenössischen Flugschriften*, Frankfurt/Main u. a. 2006, S. 190 f.

12 Zu den Parteigungen am französischen Hof im Vorfeld des Siebenjährigen Krieges siehe zuletzt Jörg Ulbert, *Wirkungsgeschichte der Diplomatischen Revolution. Die Beurteilung des Renversement des alliances und des Bündnisses mit Österreich in der französischen*

Deutschlandpolitik treu.¹³ Aber auch die Gegner der österreichischen Allianz standen in der Tradition französischer Außenpolitik. Denn auch sie befürchteten die Errichtung einer wie auch immer gearteten Monarchie im Reich. Doch konnte diese Gefahr aus Sicht der propreußischen Partei nur von Österreich ausgehen. So bestanden – zumindest was die strategischen Erwägungen betraf – letztlich nur geringe Unterschiede zwischen beiden Lagern. Allenfalls das Ausmaß des österreichischen Machtverlustes und der vom Aufstieg Preußens ausgehenden Gefahr wurden von den Parteien unterschiedlich bewertet. Ein Wechsel vom einen zum anderen Lager konnte sich demzufolge recht einfach vollziehen. So erklärt sich auch, dass der zweite Vertrag von Versailles vom Mai 1757, obwohl er viel weiter ging als der erste, indem er Frankreich erdrückende Verpflichtungen auferlegte und klar zu Österreichs Gunsten ausfiel, auf viel weniger Widerstand stieß als der erste. Zudem waren einige hochrangige Entscheidungsträger, die die österreichische Allianz im Sommer 1756 noch stark kritisiert hatten, zwischenzeitlich aus ihren Ämtern entfernt und durch österreichfreundlichere Minister ersetzt worden. Andere waren auf die offizielle Linie eingeschwenkt, oft weil sie sich von der Ausweitung der Allianz ein schnelleres Ende des letztlich sieben Jahre dauernden Krieges versprochen.

Doch trotz der Flucht nach vorn, die man mit der Unterzeichnung des zweiten Versailler Vertrags antrat, verlor man das Gleichgewichtsgefüge des Reichs nicht aus den Augen. Das fand nicht zuletzt in der französischen Weigerung seinen Niederschlag, Gebietsverlusten Preußens und dementsprechenden Gewinnen Österreichs über Schlesien hinaus, also größeren Machtverschiebungen innerhalb Deutschlands zuzustimmen. Eine substantielle Schwächung oder gar Zerschlagung Preußens schloss Versailles kategorisch aus.¹⁴

Öffentlichkeit und Politik (1756 – 1800), in: Sven Externbrink (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg (1756 – 1763). Ein europäischer Weltkrieg im Zeitalter der Aufklärung*, Berlin 2010 (in Druck).

- 13 Dies stützt die Erkenntnisse Lothar Schillings (*Wie revolutionär war die diplomatische Revolution? Überlegungen zum Zäsurcharakter des Bündniswechsels von 1756*, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* NF 6 (1996), S. 163 – 202, hier S. 202) und Johannes Burkhardts (*Geschichte als Argument in der habsburgisch-französischen Diplomatie. Der Wandel des frühneuzeitlichen Geschichtsbewußtsein in seiner Bedeutung für die Diplomatische Revolution von 1756*, in: Rainer Babel (Hg.), *Frankreich im europäischen Staatensystem der Frühen Neuzeit*, Sigmaringen 1995, S. 191 – 217), die beide den Zäsurcharakter des Renversement stark relativiert haben.
- 14 Siehe dazu z. B. Eckhard Buddruss, *Die französische Deutschlandpolitik 1756 – 1789*, Mainz 1995, S. 125; Schilling, *Wie revolutionär*, S. 185 f. Siehe den einzigen gegenteiligen Vorschlag, der eine Abtretung großer Teile Brandenburgs an Sachsen vorsah, in: *Tableau politique de la position critique ou se trouve aujourd’huy l’Europe, avec les observations sur ce qui peut intéresser en particulier chaque puissance, relatives à toutes les combinaisons dont la matiere peut-être susceptible; principalement sur ce qui concerne les intérêts de la France, tant pour le présent que pour l’avenir*, anonym, o. o. J. [1756 oder 1757], AAE, MD France 581, Fol. 33v-34r.

Trotz einer zunehmenden Entfremdung der Bündnispartner hielt die österreichische Allianz bis 1792.¹⁵ Bald darauf bot sich im Zuge der napoleonischen Eroberungen erstmals die Möglichkeit, die französische Grenze – wie bereits unter Ludwig XIV. erstmals gefordert – an den Rhein zu verschieben. Auch konnte Deutschland nun nach den französischen Sicherheitsvorstellungen umgestaltet werden. Nach dem Wiener Kongress kehrte die französische Außenpolitik dann gezwungenermaßen wieder zu ihren angestammten Prinzipien zurück – teils aus hergebrachtem Reflex, teils weil Preußen mittlerweile wieder an Bedrohlichkeit verloren hatte.¹⁶

3. Die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern

Im Hinblick auf die Entwicklungen in Deutschland standen sich zu Beginn des zweiten französischen Kaiserreichs (1852 – 1870) zwei große Lager gegenüber.¹⁷ Das erste, aus Demokraten, Radikalen und Teilen der Liberalen bestehende, hieß die Bestrebungen der deutschen Nationalbewegung gut. Mit einer deutschen Nationalstaatsbildung, so diese denn vom Volke gewollt und auf demokratischem Wege herbeigeführt werde, verbanden sie die Hoffnung auf Frieden in Europa und sahen in ihr die Vorstufe für eine wünschenswerte Formierung der Vereinigten Staaten von Europa. Im zweiten Lager fand man vor allem Orléanisten, Bonapartisten, aber auch Teile der Liberalen. Deren Haltung orientierte sich – allerdings aus teilweise unterschiedlichen Gründen – an den seit dem Ancien Régime geltenden und von Napoleon I. mit dem Rheinbund (1806 – 1812) kurzzeitig in die Tat umgesetzten deutschlandpolitischen Vorstellungen: 1. die dauerhafte Sicherung einer größeren Anzahl von kleineren und mittleren Staaten in Deutschland als Gegengewicht zu den zwei Großmächten Österreich und Preußen, und 2. der Rhein als Westgrenze Frankreichs.

Lange Zeit hatte man dabei Österreich als größte Gefahr für das innerdeutsche Gleichgewicht und damit als größten Gegner Frankreichs gesehen. Zwar hatten einige Publizisten schon früh mit Besorgnis auf den vor allem von

15 Siehe dazu Thomas E. Kaiser, *La fin du renversement des alliances. La France, l'Autriche et la déclaration de guerre du 20 avril 1792*, in: *Annales historiques de la Révolution française* 351 (2008), S. 77 – 98.

16 Eine Zusammenfassung der französischen Deutschlandpolitik von der Französischen Revolution bis zur Schlacht von Sedan bei Jörg Ulbert, *France and German Dualism, 1756 – 1871*, in: Carine Germond/Henning Türk (Hg.), *A History of Franco-German Relations in Europe. From »Hereditary Enemies« to Partners*, New York 2008, S. 77 – 98.

17 Dies folgt der Kategorisierung von Jean-Baptiste Duroselle, *Die europäischen Staaten und die Gründung des Deutschen Reiches*, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hg.), *Reichsgründung 1870/71. Tatsachen – Kontroversen – Interpretationen*, Stuttgart 1970, S. 386 – 421, hier S. 389.

preußischem Boden ausgehenden deutschtümelnden Pangermanismus reagiert, so etwa Edgar Quinet, der bereits in den frühen 1830er Jahren vor den die Deutschen »zum Mord am alten Königreich Frankreich antreibenden« Preußen warnte,¹⁸ doch mochte lange niemand ernsthaft an die Möglichkeit einer deutschen Nationalstaatsbildung glauben.¹⁹ Dafür hielt man die Partikularinteressen der deutschen Staaten für zu groß. So beruhigte sich die während der Gründung des Zollvereins 1834²⁰ oder der deutsch-französischen Krise 1840²¹ zeitweilig stark aufgebrachte öffentliche Meinung ebenso schnell wieder wie sie zuvor in Wallung geraten war.

Angst machte sich in Frankreich erst nach der Schlacht von Königgrätz breit. Als Preußen ganz gegen die Erwartungen Frankreichs, wo man mit lang anhaltenden, beide Seiten stark schwächenden Kämpfen gerechnet hatte, durch den Sieg am 3. Juli 1866 bei Sadowa Österreich überraschend schnell niederwerfen konnte, wurde nicht nur der Regierung Napoleons III., sondern auch weiten Teilen der öffentlichen Meinung klar, dass die Hohenzollern jetzt auf Augenhöhe mit Frankreich angelangt waren und eine Einigung Deutschlands unter ihrer Führung in den Bereich des Möglichen rückte.²² In Paris wurde Königgrätz als nationale Schmach und damit nicht etwa als eine österreichische, sondern als eine französische Niederlage verstanden.²³ Unter dem Ruf »Rache für Sadowa« schwenkten nun auch jene, die Deutschland zuvor ein Recht auf das Nationalstaatsprinzip eingeräumt hatten – zu denen übrigens bedingt auch

18 »Depuis la fin du Moyen-Âge, la force et l'initiative des États germaniques passe du Midi au Nord avec tout le mouvement de la civilisation. C'est donc de la Prusse que le Nord est occupé à cette heure à faire son instrument? Oui; et si on la laissait faire, il la pousserait lentement, et par derrière, au meurtre du vieux royaume de France.« Edgar Quinet, *L'Allemagne et la Révolution*, in: *Œuvres complètes*, Bd. 7: *Morceaux choisis*, Paris 1905, S. 62.

19 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815 – 1871*, München 2001, S. 30.

20 Ein Überblick über die französischen Reaktionen auf die Gründung des Zollvereins bei Raymond Poidevin/Jacques Bariéty, *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815 – 1975*, München 1982, S. 54 – 61.

21 Dazu Irmline Veit-Brause, *Die deutsch-französische Krise von 1840. Studien zur deutschen Einheitsbewegung*, Köln 1967.

22 Vgl. Leonhard von Muralt, *Die diplomatisch-politische Vorgeschichte*, in: Wolfgang von Groote/Ursula von Gersdorff (Hg.), *Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg*, Stuttgart 1970, S. 9 – 43, hier S. 10. Zur französischen Haltung im Vorfeld des Deutschen Krieges siehe Helmut Burckhardt, *Deutschland, England, Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden westeuropäischen Großmächten 1864 – 1866*, München 1970, S. 268 – 306.

23 Vgl. Fernand Giraudeau, *La vérité sur la campagne de 1870*, Marseille 1871, S. 103, zitiert nach Jean Stengers, *Le rôle de l'opinion publique dans la genèse d'une guerre. 1870 et 1914*, in: Eberhard Kolb (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellationen – Konfliktfelder – Kriegsausbruch*, München 1987, S. 151 – 174, hier S. 155.

Kaiser Napoleon III. gehört hatte²⁴ – auf eine harte antipreußische Linie ein.²⁵ Immer schriller wurden jetzt die Warnungen vor den Gefahren eines geeinten deutschen Staates. Im Zentrum der französischen Ängste stand dabei die Sorge, Frankreich könne seine angestammte Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent einbüßen. Nicht nur, dass Preußen, wie der frühere Ministerpräsident François Pierre Guillaume Guizot im September 1866 schrieb, ein grundsätzlich »kriegerisches, ehrgeiziges und verschlagenes« Volk sei,²⁶ es könne sich im Falle einer Wiedervereinigung auch das enorme demografische Potential Deutschlands zunutze machen. Diesen Grundtenor hatte der Schriftsteller Alphonse de Lamartine bereits 1860 angestimmt: »Die Einheit Deutschlands würde die unaufhörliche Krise und ewige Todesgefahr für Frankreich sein [...]. Achtzig Millionen Deutsche in einer einzigen militärischen Nationalität vereinigt gegenüber dreißig Millionen Franzosen; welche Perspektive für die Sicherheit und Größe Frankreichs! [...] Die Sicherheit Frankreichs liegt in der Zersplitterung seiner Feinde!«²⁷

Zu diesen diffusen Ängsten kam in Regierungskreisen nun vermehrt auch jene, Preußen könne nun gezielt auf die Wiedereinverleibung des Elsasses und Lothringens hinarbeiten. In der Öffentlichkeit war nun immer öfter der Ruf nach einem Präventivkrieg gegen Preußen zu hören. Prévost-Paradol schrieb zwölf Tage nach Sadowa: »Man spricht von Kompensierung der deutschen Einheit! Ich kenne eine, aber nur eine einzige, die eines französischen Regierungschefs würdig wäre [...] und zwar mit der Waffe in der Hand bei dem Versuch zu sterben, die Einheit zu verhindern!«²⁸

Die französische Regierung setzte hingegen auf Verhandlungen. So wurden im Hinblick auf Gebietskompensationen zunächst drei – vor der Öffentlichkeit verborgen gehaltene²⁹ – Versuche unternommen, Preußen ein Bündnis anzu-

24 Wilfried Radewahn, Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870, in: Kolb, Europa vor dem Krieg, S. 31 – 63, hier S. 35 f.

25 Vgl. Heinz-Otto Sieburg, Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (1848 – 1871), Wiesbaden 1958, S. 106. Siehe auch Josef Becker, Der Krieg 1870/71 als Problem der deutsch-französischen Beziehungen, in: Franz Knipping/Ernst Weisenfeld (Hg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988, S. 15 – 27, hier S. 21. Zur öffentlichen Meinung in Frankreich nach Sadowa siehe André Armengaud, L'opinion publique en France et la crise nationale allemande en 1866, Paris 1962; Lynn M. Case, French Opinion and Napoleon III's Decision After Sadowa, in: The Public Opinion Quarterly 13 (1949), S. 441 – 461.

26 Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 102.

27 Zitiert nach Sieburg, Deutschland und Frankreich, S. 112.

28 »On nous parle de compensation à l'unité allemande! J'en connais une, mais une seule qui soit digne d'un chef de gouvernement de la France [...], c'est périr les armes à la main en combattant pour l'empêcher!«, zitiert nach Armengaud, L'opinion politique, S. 68.

29 Vgl. Radewahn, Europäische Fragen, S. 43.

bieten.³⁰ Nachdem dies gescheitert war wurden Österreich drei ebenfalls vergebliche Vorschläge ähnlicher Art unterbreitet.³¹ In Anlehnung an die seit dem 16. Jahrhundert geltenden deutschlandpolitischen Prinzipien wurde daraufhin die Stärkung der deutschen Mittelstaaten wieder vornehmliches außenpolitisches Ziel Frankreichs.³²

In eine bereits seit Sadowa durch Schriften wie *La Terreur prussienne* (1868) von Alexandre Dumas dem Älteren oder *France et Allemagne* (1868) des ewigen Mahners Edgar Quinet aufgeheizte Öffentlichkeit, platzte dann am 3. Juli 1870 die in der Literatur gern als »Spanische Bombe« bezeichnete Nachricht von der hohenzollernschen Bewerbung um den spanischen Thron hinein. Der Rahmen dieser Bewerbung soll hier nur schematisch in Erinnerung gerufen werden. Nach einem Putsch stand die spanische Krone seit September 1868 zur Disposition. Im Februar 1870 bot die spanische Regierung diese dem mit König Wilhelm I. von Preußen verwandten Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an. Aus Furcht vor einem daraus möglicherweise entstehenden Krieg mit Frankreich lehnte Wilhelm die Offerte im März 1870 im Namen seines Hauses ab. Bismarck griff die Kandidaturfrage jedoch bald wieder auf und konnte seinen König im Juni schließlich umstimmen. Am 3. Juli 1870 erfuhr man dann in Paris durch eine Depesche aus Madrid, Erbprinz Leopold habe sich bereit erklärt, für den spanischen Thron zu kandidieren.³³

Die französische Öffentlichkeit reagierte auf diese Nachricht mit lauter Empörung. Die Volksseele kochte. Schnell wurde der Ruf nach Bestrafung Preußens wieder laut, durch die die »von Sadowa geschlagene tiefe und blutenden Wunde im Nationalstolz« wieder hätte geschlossen werden können, so der *Figaro* vom 12. Juli 1870.³⁴ War die Öffentlichkeit in Frankreich während des Eingreifens in

30 Am 17. August 1866, Mitte Dezember 1866 und zuletzt im Januar 1867. Siehe dazu Sieburg, Deutschland und Frankreich, S. 116.

31 Im April und August 1867, sowie ein letztes Mal im Frühsommer 1869. Siehe dazu Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 103 – 104.

32 Vgl. Radewahn, Europäische Fragen, S. 41; Sieburg, Deutschland und Frankreich, S. 118.

33 Vgl. David Wetzel, Duell der Giganten. Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges 1870 – 1871, Paderborn u. a. 2005. Zentral für die Ereignisse um die hohenzollernsche Thronkandidatur noch immer Jochen Dittrich, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern. Die »Kriegsschuldfrage« von 1870, München 1962; Lawrence D. Steefel, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy and the Origins of the Franco-German War of 1870, Cambridge/MA 1962; Eberhard Kolb, Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970. Ferner William L. Langer, Red Rag and Gallic Bull. The French Decision of War 1870, in: Otto Brunner/Dietrich Gerhard (Hg.), Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin, Hamburg 1961, S. 135 – 154; S. William Halperin, The Origins of the Franco-Prussian War Re-visited. Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Crown, in: Journal of Modern History 45 (1973), S. 83 – 91.

34 »Depuis Sadowa, il est admis que nous avons à l'orgueil national une plaie béante et saignante.« Le Figaro, 12. Juli 1870, zitiert nach Stengers, Le rôle de l'opinion publique, S. 155.

den Dreißigjährigen Krieg 1634 oder zum Zeitpunkt des Renversement des Alliances von 1756 noch in Lager gespalten, von denen sich eines für Frieden aussprach oder sogar Partei für den Kriegsgegner ergriff, so drängte man nun einhellig auf eine harte Reaktion. Dabei drang nicht nur die Angst vor einer bevorstehenden deutschen Einheit durch, es erstand vor allem das Schreckgespenst einer Umklammerung neu, dieses Mal unter hohenzollernschen Vorzeichen. Die Bedrohung durch das Wiederaufleben des Reiches Karls V. wurde nun allenthalben beschworen. Auch wenn diejenigen, die in der Krise einen willkommenen Vorwand sahen, Preußen den Krieg zu erklären, wohl in der Minderheit blieben,³⁵ war man doch bereit, einen bewaffneten Konflikt in Kauf zu nehmen, sollten die Hohenzollern nicht den Rückzug antreten. Am 6. Juli erklärte Außenminister Grammont vor der Kammer, man werde »ohne Zögern und ohne Schwäche«³⁶ seine Pflicht tun, sollte die Kandidatur aufrechterhalten werden. Am 12. Juli gab Wilhelm dem französischen Druck nach und zog seine Kandidatur zurück. Die Forderung Napoleons, im Namen der Familie Hohenzollern für immer auf den spanischen Thron zu verzichten, lehnte er jedoch ab. Was folgte, war die in Frankreich als Beleidigung gewertete »Emser Depesche«. Diese ganz bewusste Provokation Bismarcks erzeugte in der Öffentlichkeit zwar keine noch größere Empörung als die »spanische Bombe«, wie oft behauptet wurde, denn sie ging im Hagel der Neuigkeiten zunächst weitgehend unter,³⁷ doch genügte sie der Kriegspartei im Umfeld Napoleons, um sich am 14. und 15. Juli für den Krieg zu entscheiden und diesen Preußen am 19. Juli auch zu erklären.

Als Auslöser für die französische Kriegsentscheidung sind diverse Gründe in den Vordergrund gerückt worden. Napoleon III. behauptete später, er habe den Krieg selbst nicht gewollt und nur auf Druck der Öffentlichkeit gehandelt.³⁸ Andere gaben einer französischen Prestigepolitik die Schuld, die Preußen nach Sadowa und der Emser Depesche um jeden Preis demütigen wollte, oder sahen in der Kriegserklärung ein Manöver, mit dem das innenpolitische geschwächte Regime sich durch einen außenpolitischen Erfolg aufzuwerten suchte. Wie dem auch sei, im Frankreich des Jahres 1870 herrschte Konsens, dass eine Union zwischen dem Norddeutschen Bund und den vier süddeutschen Staaten eine

Zur öffentlichen Meinung in Frankreich während der Juli-Krise 1870 desweiteren Caroll E. Malcolm, *French Public Opinion on War with Prussia in 1870*, in: *The American Historical Review* 31 (1925/26), S. 679–700; Lynn M. Case, *French Opinion on War and Diplomacy During the Second Empire*, Philadelphia 1954.

35 Vgl. Stengers, *Le rôle de l'opinion publique*, S. 157.

36 Zitiert nach Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 110.

37 Stengers, *Le rôle de l'opinion publique*, S. 164.

38 Vgl. ebd., S. 157.

»tödliche Bedrohung« für Frankreich sein musste.³⁹ Die Furcht vor der deutschen Einheit ist aus den außenpolitischen Entscheidungen des Jahres 1870 nicht wegzudenken. In der Rückschau auf die Ereignisse der 1860er Jahre, jener »Gelenkstelle der definitiven Wendung vom Guten und doch Gemäßigten zum Erbfeindbewußtsein«,⁴⁰ brachte der greise Präsident der Dritten Französischen Republik, Adolphe Thiers, die Entwicklung auf die Formel: »Frankreich stirbt, weil es die Einheit Italiens befördert hat und diese wiederum die deutsche Einheit nach sich zog.«⁴¹

Mit der bald auf die Niederlage von Sedan (1. September 1870) folgenden Spiegelsaalkrönung Wilhelms zum deutschen Kaiser trat zumindest in klein-deutscher Form das ein, was Generationen französischer Außenpolitiker seit Franz I. hatten verhindern wollen. In der Abfolge gingen sie nun daran, diese Entwicklung wieder rückgängig zu machen.

4. Frankreichs Deutschlandplanungen nach den Weltkriegen

Die Möglichkeit dazu bot sich (scheinbar) nach Ende des Ersten Weltkriegs. Bereits während des Konflikts hatte es in Frankreich in allen politischen Lagern ausführliche Überlegungen darüber gegeben, wie Deutschland nach Kriegsende umzugestaltet wäre. Einigkeit über die Kriegsziele, deren Tragweite und Umsetzung, bestand in Frankreich trotz »Union sacrée« nur in einem Punkt: dem Willen, Elsass-Lothringen wieder in den französischen Staatsverband einzugliedern.⁴² Während die Gemäßigten, etwa die Sozialisten, bereit waren, sich damit zu bescheiden, gingen die Forderungen der Mitte und der Rechten weiter. Hier wurde der Ruf nach Annexion des Saargebiets und nach Verschiebung der französischen Grenze an den Rhein laut. Das mythische Ziel der Rheingrenze vermochte es sogar zeitweilig, die ansonsten tief verfeindeten Lager der französischen Politik zum gemeinsamen Handeln zu bewegen.⁴³ Denn »das Rhein-

39 Duroselle, Die europäischen Staaten, S. 390.

40 Sieburg, Deutschland und Frankreich, S. 115.

41 »La France périt [...] pour avoir fait l'unité de l'Italie, qui a provoqué la formation de l'unité allemande.« Zitiert nach Sieburg, Deutschland und Frankreich, S. 114.

42 Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979, S. 46–76.

43 Am Rande sei noch darauf hingewiesen, dass die Rheingrenze zwar lautstark von Presse und Publizistik gefordert wurde, während der Kampfhandlungen aber noch kein Kriegsziel der französischen Führung war. Dies wurde sie erst, als der Sieg schon errungen war. Der offizielle Schwenk erfolgte im Winter 1918/1919. Dazu ausführlich Renouvin Pierre, Les buts de la guerre du gouvernement français, 1914–1918, in: Revue Historique 477 (1966), S. 1–38. Jacques Bariéty, Les Relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 10 Novembre 1918–10 Janvier 1925. De l'exécution à la négociation, Paris 1977, S. 26–45.

ziel entsprach der ›tradition royale‹ ebenso wie der ›tradition révolutionnaire‹ [sic], und die Franzosen der Gegenwart konnten sich je nach ihrer politischen Konfession auf Richelieu und Mazarin oder auf Carnot und Danton berufen.⁴⁴ Es fanden sich aber auch zahlreiche Stimmen, bis hinein in das Lager der Radikalsozialisten,⁴⁵ die meinten, Frankreichs Sicherheit könne erst dann wieder als gewährleistet gelten, wenn das Bismarckreich zerschlagen sein würde.

Für einige war die Auflösung des deutschen Nationalstaats die wünschenswerte Alternative zu über Elsass-Lothringen hinausgehende Annexionen. Denn die bargen die Gefahr einer missglückten Eingliederung in den französischen Staatsverband und hätten zudem die ohnehin präsenten Revanchegelüste der Deutschen zusätzlich angestachelt. Andere formulierten die Maximalforderung nach der Verlegung der französischen Ostgrenze an den Rhein bei gleichzeitiger Zerschlagung des deutschen Nationalstaats.⁴⁶ Nur so könne sich Frankreich dauerhaft vor den Gefahren schützen, die von einem demografisch und wirtschaftlich überlegenen deutschen Nationalstaat ausgingen.

Allen voran war es die nationale Rechte, die sich bereits ab September 1914 lautstark zu Wort gemeldet hatte,⁴⁷ die eine Zerstückelung Deutschlands forderte. Als Vorbild für die gewünschte territoriale Neugestaltung dienten in aller Regel die Verhältnisse im Reich nach Ende des Dreißigjährigen Kriegs. So sollte Deutschland wieder in acht, zehn wenn nicht gar Dutzende mehr oder minder unabhängige Einzelstaaten zerlegt werden. Frankreich könnte dabei wie schon nach 1648 als Garantiemacht der »deutschen Libertäten« auftreten. Vor allem aber sollte das verhasste Preußen seiner Vormachtstellung und seines Einflusses auf die anderen deutschen Staaten beraubt werden.⁴⁸ Ob Preußen auf die Größe

44 Steinmeyer, Die Grundlagen, S. 77.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. ebd., S. 112 f. Vereinzelt Stimmen gingen sogar noch weiter und forderten die vollständige Aufteilung Deutschlands nach dem Muster der polnischen Teilungen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Zu diesen gehörte der greise Geograf Onésime Reclus, der 1915 eine Kampfschrift mit dem vielsagenden Titel »Le partage de l'Allemagne« (Paris, o.J.) veröffentlichte. Schon die ersten Zeilen (S. 1) geben eine ungefähre Vorstellung seines Projekts: »À la fin du XVIII^e siècle, les trois partages de la Pologne furent une infamie. Un partage de l'Allemagne en 1916 et années subséquentes pourrait être une grande et noble action. Dépecer l'Allemagne entre Russes, Danois, Anglais, Français, Italiens, Serbes, Tchèques, c'est un terrible maximum. Il faudra bien s'y résigner si les Allemands nous y forcent.«

47 Den propagandistischen Auftakt gab eine in der Action Française, dem offiziellen Organ der gleichnamigen rechtsextrem-monarchistischen Partei, erschienene Artikelreihe. Diese erschien noch während des Krieges in einer Buchausgabe: Louis Dimier (Hg.), Les tronçons du serpent. Idée d'une dislocation de l'Empire allemand et d'une reconstitution des Allemagnes, Paris 1915. Siehe eine Einordnung dieser Artikelserie bei Steinmeyer, Die Grundlagen, S. 113.

48 Siehe dazu z. B. Norbert Ohler, Deutschland und die deutsche Frage in der »Revue des deux

der anderen deutschen Staaten zurückgestutzt oder ihm eine durch Österreich auszutarierende Vormachtstellung innerhalb eines bipolaren Staatenbunds zugewiesen werden sollte, darüber gingen die Meinungen allerdings auseinander.⁴⁹ Um dieser Forderung von vornherein Nachdruck zu verleihen, sollte auf dem bevorstehenden Friedenskongress auch nicht mit einer wie auch immer getarteten deutschen Zentralgewalt, sondern vielmehr gleich getrennt mit den Vertretern der neu zu errichtenden deutschen Teilstaaten verhandelt werden.⁵⁰ In diesem Zusammenhang lebte auch die aus vorrevolutionärer Zeit geerbte Tradition wieder auf, von Deutschland nicht im Singular zu sprechen sondern im Plural (»les Allemagnes«).⁵¹

Dass sich Frankreich letztlich mit keinem dieser Punkte – Annexion des linken Rheinufer, getrennte Verhandlung mit den deutschen Teilstaaten, geschweige denn der Zersplitterung des Nationalstaats – durchsetzen konnte, lag an dem geballten Widerstand Großbritanniens und der USA. Während Clemenceau einen harten Straffrieden forderte, schwebte vor allem dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson eine Friedensordnung ohne Sieger vor. Zum einen hoffte Wilson, durch eine vergleichsweise milde Behandlung der Verlierer und die gleichzeitige Gründung des Völkerbundes dauerhaften Frieden zu schaffen. Zum anderen hatte ein vor den französischen Maximalforderungen verschontes Deutschland den Vorteil, Reparationszahlungen leisten zu können. Um seinen Vorschlägen Nachdruck zu verleihen, führte Wilson das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker ins Feld. Damit wurden aber nicht nur die französischen Annexionspläne in Frage gestellt, sondern auch die Diskussionen über einen etwaigen Anschluss Österreichs an Deutschland angeheizt. Nur mit Mühe gelang es Clemenceau, diese Gefahr abzuwenden. Ein trotz der Niederlage demografisch gestärktes Deutschland war für Frankreich inakzeptabel. Die endgültige Trennung beider Staaten völkerrechtlich festzuschreiben gelang den französischen Verhandlungsführern jedoch nicht.⁵²

So musste sich Frankreich letztlich mit dem Gewinn Elsass-Lothringens, der weitgehenden Entwaffnung Deutschlands und der auf 15 Jahre begrenzten Besetzung des Rheinlandes zufrieden geben. Auch die zusätzlichen deutschen

Mondes« 1905 – 1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes, Frankfurt/Main 1973, S. 134.

49 Zu den verschiedenen Planungen siehe Steinmeyer, *Die Grundlagen*, S. 113.

50 Siehe dazu u. a. Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich, *La Grande Guerre. Une histoire franco-allemande*, Paris 2008, S. 178; Steinmeyer, *Die Grundlagen*, S. 116.

51 So etwa in der katholischen Tageszeitung *La Croix*: Alain Fleury, *L'image de l'Allemagne dans le journal La Croix (1918 – 1940)*, in: Jacques Bariéty/Alfred Guth/Jean-Marie Valentin (Hg.), *La France et l'Allemagne entre les deux guerres mondiales. Actes du colloque tenu en Sorbonne (Paris IV) 15-16-17 janvier 1987*, Nancy 1987, S. 177 – 192, hier S. 178. Siehe auch den Untertitel der Buchausgabe der bereits erwähnten Artikelreihe der *Action Française*.

52 Siehe dazu u. a. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 287.

Gebietsverluste, die etwa 15,5 Prozent des Staatsgebiets und 10 Prozent der Bevölkerung entsprachen,⁵³ erschienen aus französischer Sicht als unbefriedigend. Unmut lösten die Versailler Friedensbestimmungen⁵⁴ also nicht nur in Deutschland aus, wo sie als viel zu hart empfunden wurden, sondern auch in der französischen Öffentlichkeit. Hier hatte man auf einen »Karthago«-Frieden gehofft.⁵⁵ In Anbetracht des Versailler Vertrags machte sich jedoch Ernüchterung, wenn nicht gar das Gefühl breit, einen Pyrrhussieg davongetragen zu haben.⁵⁶

So nimmt es nicht Wunder, dass man sich in Frankreich auch nach dem Friedensschluss von Deutschland bedroht fühlte. Gefährlich erschien das wirtschaftliche Potenzial Deutschlands, aber auch seine demografische Dynamik.⁵⁷ Nach eigenem Empfinden befand man sich also noch immer in einem von außen aufgezwungenen Existenzkampf,⁵⁸ den nur einer der beiden Kontrahenten, Deutschland oder Frankreich, überleben konnte.⁵⁹ Und dass Frankreich am 11. November 1918 einen endgültigen Sieg davongetragen hatte, daran mochte man nicht glauben.⁶⁰ Dem Ausland erschien dieses Sicherheitsbedürfnis zuweilen als »grotesk«, die französische Führung währte man dort gar Opfer einer »Art pathologische[n] Besessenheit«.⁶¹

Offiziell hatte die französische Führung alle Versuche, Deutschland zu spalten, bereits im Vorfeld der Friedensverhandlungen aufgegeben. Aber verdeckt arbeitete man auch danach noch an diesem Ziel. Die Gelegenheit dazu bot sich durch die Autonomiebewegungen im Rheinland und in der Pfalz. Diese nutzten die Gunst der Wirren des Jahres 1923, um sich in Anlehnung an Frankreich an die Gründung eigener Staaten zu machen.⁶² Für Frankreich bot sich jetzt die

53 Einzelheiten bei Michel Launay, Versailles, une paix bâclée? Le XX^e siècle est mal parti, Paris 1999, S. 112–114.

54 Einzelheiten zur französischen Verhandlungsführung bei Robert McCrum, French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919, in: The Historical Journal 21 (1978), S. 623–648.

55 Siehe dazu vor allem Pierre Miquel, La Paix de Versailles et l'opinion publique française, Paris 1972.

56 Hermann Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987, S. 30.

57 Vgl. Clemens A. Wurm, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt/Main, Bern und Las Vegas 1979, S. 20.

58 Vgl. ebd., S. 28.

59 So Jean Fabry im Sommer 1924 im französischen Abgeordnetenhaus unter dem Beifall der Mitte und Rechten: »Il n'y aura jamais à la fois une Allemagne et une France fortes ou une Allemagne et une France faibles. L'une sera forte, l'autre faible; on ne sortira pas de là« (zitiert nach: Wurm, Die französische Sicherheitspolitik, S. 569).

60 Vgl. Wurm, Die französische Sicherheitspolitik, S. 28.

61 Ebd., S. 22.

62 Siehe dazu u. a. Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten

Möglichkeit, wenn schon nicht die eigene Grenze an den Rhein zu verlegen, so doch zumindest auf Pufferstaaten im Westen Deutschlands zählen zu können. Weder den rheinischen noch den pfälzischen Separatisten war bekanntlich Erfolg vergönnt, so dass Frankreich sich letztlich keine zusätzlichen Sicherheitsgarantien verschaffen konnte. Es soll dahingestellt bleiben, inwieweit die Autonomiebewegungen aus Paris ferngesteuert wurden, die Billigung der französischen Regierung hatten sie zweifelsohne. Doch waren alle französischen Maßnahmen der Nachkriegszeit – folgt man der Analyse Clemens Wurms –, auch jene, die auf den ersten Blick offensiv anmuteten, aus französischer Sicht »essentiell defensiver Natur«. ⁶³

5. Schlussbetrachtung

Das Verhältnis zu Deutschland spielte für die französische Außenpolitik seit dem 16. Jahrhundert zwar nicht durchgängig die größte, so doch aber immer eine wichtige Rolle. Bei der gegenüber dem östlichen Nachbarn festzulegenden politischen Linie flossen immer auch Bedrohungsszenarien in die Beurteilung der Lage ein. Ob dieser Umstand *per se* Teil von nachbarlichen Beziehungen politischer Großverbände ist, oder ein Spezifikum des deutsch-französischen Verhältnisses kann hier nicht erörtert werden.

Zunächst konzentrierten sich die französischen Befürchtungen auf politisch-geografische Aspekte, die in engem Zusammenhang mit der militärischen Schlagkraft aber auch dem dynastischen Prestige des Gegenübers standen. Namentlich fand dies seinen Ausdruck im Kampf gegen eine vermeintliche habsburgische Universalmonarchie und, nachdem diese in immer weitere Ferne rückte, in jenem gegen eine habsburgische Dominanz des Reichsverbands. Im gleichen Zuge wie aber die Gesamtbevölkerung Deutschlands begann, schneller zu wachsen als jene Frankreichs, wurden dann vermehrt demografische Argumente in die Entwicklung der militärischen Bedrohungsszenarien eingebaut. Ab der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert traten ökonomische Überlegungen zunehmend in den Vordergrund. Auch die Bevölkerungsentwicklung wurde nun nicht mehr nur in einem militärischen Zusammenhang, sondern auch als notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Dominanz gesehen. Um Handel und Finanzen kreisen dann auch bis zum heutigen Tage die Hauptbefürchtungen der französischen Politik.

Aber den Kern aller französischen Bedrohungsszenarien, ob sie nun von

Weltkrieg, Stuttgart 1966; Gerhard Gräber/Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1: November 1918 – November 1923, Landau/Pfalz 1992.
63 Wurm, Die französische Sicherheitspolitik, S. 24.

politischen, militärischen, demografischen oder wirtschaftlichen Argumenten dominiert wurden, bildete zwingend die staatliche Einheit Deutschlands. Zwar veränderte sich über die Jahrhunderte der geografische Fokus einer solchen Großstaatsbildung – von einer habsburgischen Universalmonarchie, über ein österreichisch dominiertes Reich und die kleindeutschen Lösung hin zur wiedervereinigten Bundesrepublik von 1990 – letztlich verbirgt sich hinter jeder dieser Anpassungen an die politischen Gegebenheiten doch das gleiche Prinzip. Frankreich sorgte sich dabei immer um einen hypothetischen, in näherer oder weiterer Zukunft anstehenden Gebiets- und damit Machtzuwachs im deutschen Raum. Und aus französischer Sicht konnte das Erstarken des Konkurrenten im Osten nur gleichbedeutend sein mit dem Verlust eigener lebenswichtiger Positionen.

Will man das wechselnde französische Bedrohungsempfinden nun nach den aus der Psychologie übernommenen Kategorien der »Angst« und »Furcht« unterteilen, so wird man versucht sein, langanhaltende Ängste von kurzen Furchtmomenten zu unterscheiden. Zur Abgrenzung dieser beiden Phänomene würde wohl die Fundiertheit der Befürchtungen dienen. Objektiv berechnete, konkret zu verankernde und vor allem an ein bestimmtes Ereignis gekoppelte Furcht stünde dann diffuser, irrationaler und langzeitige Vorlaufprozesse voraussetzende Angst gegenüber. So wäre etwa die Sorge um ein von Österreich unterjochtes Reich, vor allem nach 1648, eine Angst, jene um eine durch die hohenzollernsche Thronkandidatur wiederauflebende Umklammerung hingegen eher eine Furcht. Hier drängt sich zunächst die Frage danach auf, unter welchen Bedingungen außenpolitische Befürchtungen überhaupt als rational eingestuft werden können und unter welchen nicht. Die Versuchung wäre groß, tatsächlich eingetretene Ereignisse fast automatisch als berechnete Furcht zu interpretieren. Erst bei jenen, die sich nicht verwirklichten, würde dann zwischen Angst oder Furcht unterschieden werden. Doch an dieser Stelle ergibt sich ein zweites, weit gewichtigeres Problem. Denn die Fundiertheit von Bedrohungsszenarien aus der Rückschau beurteilen zu wollen, krankt daran, dass sie die Warte der Zeitgenossen fast vollständig ausblendet. Das Wissen um den Ausgang der Ereignisse und ein zumeist detaillierterer Einblick in die Gesamtgegebenheiten verstellt den Blick darauf, dass auch aus heutiger Sicht abstruse Konstruktionen für Zeitgenossen durchaus möglich oder wahrscheinlich erscheinen konnten. Es ist letztlich unerheblich, ob Frankreich nach 1648 wirklich noch von Österreich oder ab 1756 von Preußen bedroht wurde, ob sich Frankreich nach den Stalin-Noten von 1952 wahrhaftig noch um ein neutralisiertes Deutschland oder nach der Wiedervereinigung um eine künftige Ostausrichtung der Bundesrepublik sorgen musste, relevant ist nur, dass zumindest Teile der Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit daran glaubten und oft auch dementsprechend handelten.

Literaturverzeichnis

- Armengaud, André, *L'opinion publique en France et la crise nationale allemande en 1866*, Paris 1962.
- Babel, Rainer, *Deutschland und Frankreich im Zeichen der habsburgischen Universalmonarchie 1500 – 1648*, Darmstadt 2005.
- Bariéty, Jacques, *Les Relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 10 Novembre 1918 – 10 Janvier 1925. De l'exécution à la négociation*, Paris 1977.
- Becker, Jean-Jacques/Gerd Krumeich, *La Grande Guerre. Une histoire franco-allemande*, Paris 2008.
- Becker, Josef, *Der Krieg 1870/71 als Problem der deutsch-französischen Beziehungen*, in: Franz Knipping/Ernst Weisenfeld (Hg.), *Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870*, Bonn 1988, S. 15 – 27.
- Bluche, François, *Louis XIV*, Paris 1986.
- Bosbach, Franz, *Eine französische Universalmonarchie? Deutsche Reaktionen auf die europäische Politik Ludwigs XIV.*, in: Michel Grunewald/Jochen Schlobach (Hg.), *Médiations/Vermittlungen. Aspects des relations franco-allemandes du XVIIe siècle à nos jours*, Bern 1992, S. 53 – 68.
- Bosbach, Friedrich, *Monarchia Universalis. Ein politischer Leitbegriff der frühen Neuzeit*, Göttingen 1988.
- Buddruss, Eckhard, *Die französische Deutschlandpolitik 1756 – 1789*, Mainz 1995.
- Burckhardt, Helmut, *Deutschland, England, Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden westeuropäischen Großmächten 1864 – 1866*, München 1970.
- Burkhardt, Johannes, *Geschichte als Argument in der habsburgisch-französischen Diplomatie. Der Wandel des frühneuzeitlichen Geschichtsbewußtsein in seiner Bedeutung für die Diplomatische Revolution von 1756*, in: Rainer Babel (Hg.), *Frankreich im europäischen Staatensystem der Frühen Neuzeit*, Sigmaringen 1995, S. 191 – 217.
- Case, Lynn M., *French Opinion and Napoleon III's Decision After Sadowa*, in: *The Public Opinion Quarterly* 13 (1949), S. 441 – 461.
- Case, Lynn M., *French Opinion on War and Diplomacy During the Second Empire*, Philadelphia 1954.
- Dimier, Louis (Hg.), *Les tronçons du serpent. Idée d'une dislocation de l'Empire allemand et d'une reconstitution des Allemagnes*, Paris 1915.
- Dittrich, Jochen, *Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern. Die »Kriegsschuldfrage« von 1870*, München 1962.
- Doering-Manteuffel, Anselm, *Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815 – 1871*, München 2001.
- Duroselle, Jean-Baptiste, *Die europäischen Staaten und die Gründung des Deutschen Reiches*, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hg.), *Reichsgründung 1870/71. Tatsachen – Kontroversen – Interpretationen*, Stuttgart 1970, S. 386 – 421.
- Erdmann, Karl Dietrich, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966.
- Externbrink, Sven, *Friedrich der Große, Maria Theresia und das Alte Reich. Deutschland und Diplomatie Frankreichs im Siebenjährigen Krieg*, Berlin 2006.

- Fleury, Alain, L'image de l'Allemagne dans le journal *La Croix* (1918 – 1940), in: Jacques Bariéty/Alfred Guth/Jean-Marie Valentin (Hg.), *La France et l'Allemagne entre les deux guerres mondiales. Actes du colloque tenu en Sorbonne (Paris IV) 15-16-17 janvier 1987*, Nancy 1987, S. 177 – 192.
- Giraudeau, Fernand, *La vérité sur la campagne de 1870*, Marseille 1871.
- Gräber, Gerhard/Matthias Spindler, *Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten*, Bd. 1: November 1918 – November 1923, Landau/Pfalz 1992.
- Hagspiel, Hermann, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder*, Bonn 1987.
- Halperin, S. William, *The Origins of the Franco-Prussian War Re-visited. Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Crown*, in: *Journal of Modern History* 45 (1973), S. 83 – 91.
- Haran, Alexandre Y., *Le lys et le globe. Messianisme dynastique et rêve impérial en France aux XVIe et XVIIe siècles*, Paris 2000.
- Kaiser, Thomas E., *La fin du renversement des alliances. La France, l'Autriche et la déclaration de guerre du 20 avril 1792*, in: *Annales historiques de la Révolution française* 351 (2008), S. 77 – 98.
- Kolb, Eberhard, *Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, Göttingen 1970.
- Langer, William L., *Red Rag and Gallic Bull. The French Decision of War 1870*, in: Otto Brunner/Dietrich Gerhard (Hg.), *Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin*, Hamburg 1961, S. 135 – 154.
- Launay, Michel, *Versailles, une paix bâclée? Le XXe siècle est mal parti*, Paris 1999.
- Malcolm, Caroll E., *French Public Opinion on War with Prussia in 1870*, in: *The American Historical Review* 31 (1925/26), S. 679 – 700.
- Malettke, Klaus, *Ludwig XIV. von Frankreich. Leben, Politik und Leistung*, Göttingen und Zürich 1994.
- McCrum, Robert, *French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919*, in: *The Historical Journal* 21 (1978), S. 623 – 648.
- Miquel, Pierre, *La Paix de Versailles et l'opinion publique française*, Paris 1972.
- Muralt, Leonhard von, *Die diplomatisch-politische Vorgeschichte*, in: Wolfgang von Groote/Ursula von Gersdorff (Hg.), *Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg*, Stuttgart 1970, S. 9 – 43.
- Naudeau, Ludovic, *La guerre et la paix, avec l'opinion des plus illustres penseurs et hommes d'État français*, Paris 1926.
- Ohler, Norbert, *Deutschland und die deutsche Frage in der »Revue des deux Mondes« 1905 – 1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes*, Frankfurt/Main 1973.
- Petitfils, Jean-Christian, *Louis XIV. La grandeur et les épreuves*, Paris 2001.
- Pierre, Renouvin, *Les buts de la guerre du gouvernement français, 1914 – 1918*, in: *Revue Historique* 477 (1966), S. 1 – 38.
- Poidevin, Raymond/Jacques Bariéty, *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815 – 1975*, München 1982.
- Quinet, Edgar, *L'Allemagne et la Révolution*, in: *Œuvres complètes*, Bd. 7: *Morceaux choisis*, Paris 1905.

- Radewahn, Wilfried, Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870, in: Eberhard Kolb (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellationen – Konfliktfelder – Kriegsausbruch*, München 1987, S. 31 – 63.
- Reclus, Onésime, *Le partage de l'Allemagne*, Paris o. J. [1915].
- Schilling, Lothar, Wie revolutionär war die diplomatische Revolution? Überlegungen zum Zäsurcharakter des Bündniswechsels von 1756, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* NF 6 (1996), S. 163 – 202.
- Schort, Manfred, *Politik und Propaganda. Der Siebenjährige Krieg in den zeitgenössischen Flugschriften*, Frankfurt/Main u. a. 2006.
- Sieburg, Heinz-Otto, *Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (1848 – 1871)*, Wiesbaden 1958.
- Skalweit, Stephan, *Frankreich und Friedrich der Grosse. Der Aufstieg Preußens in der öffentlichen Meinung des »ancien régime«*, Bonn 1952.
- Steeffel, Lawrence D., *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy and the Origins of the Franco-German War of 1870*, Cambridge/MA 1962.
- Steinmeyer, Gitta, *Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917 – 1919*, Stuttgart 1979.
- Stengers, Jean, *Le rôle de l'opinion publique dans la genèse d'une guerre. 1870 et 1914*, in: Eberhard Kolb (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellationen – Konfliktfelder – Kriegsausbruch*, München 1987, S. 151 – 174.
- Ulbert, Jörg, Die Angst vor einer habsburgischen Hegemonie im Reich als Leitmotiv der französischen Deutschlandpolitik unter der Regentschaft Philipps von Orléans, in: Thomas Höpel (Hg.), *Deutschlandbilder – Frankreichbilder 1700 – 1850. Rezeption und Abgrenzung zweier Kulturen*, Leipzig 2001, S. 57 – 74.
- Ulbert, Jörg, *France and German Dualism, 1756 – 1871*, in: Carine Germond/Henning Türk (Hg.), *A History of Franco-German Relations in Europe. From »Hereditary Enemies« to Partners*, New York 2008, S. 77 – 98.
- Ulbert, Jörg, *Wirkungsgeschichte der Diplomatischen Revolution. Die Beurteilung des Renversement des alliances und des Bündnisses mit Österreich in der französischen Öffentlichkeit und Politik (1756 – 1800)*, in: Sven Externbrink (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg (1756 – 1763). Ein europäischer Weltkrieg im Zeitalter der Aufklärung*, Berlin 2010 (in Druck).
- Veit-Brause, Irmline, *Die deutsch-französische Krise von 1840. Studien zur deutschen Einheitsbewegung*, Köln 1967.
- Wurm, Clemens A., *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924 – 1926*, Frankfurt/Main, Bern und Las Vegas 1979.
- Ziebura, Gilbert, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe, Stuttgart 1997.

Freedom from Fear: Die republikanische Illusion der amerikanischen Außenpolitik

1. Urängste – Leviathan oder Minutemen?

Thomas Hobbes beschrieb in seiner Vita die Umstände seiner Geburt im Jahr 1588, in dem die spanische Armada England angriff, mit folgenden Worten: »Und eine solche Furcht empfing da meine Mutter, dass Sie zwei Kinder gebar, mich und die Furcht.«¹ Die Furcht² war prägend für sein Leben und seine Philosophie und sie nimmt eine zentrale Rolle in seinem berühmtesten Traktat, dem Leviathan, ein.³ Es ist die Furcht, geboren aus der Anarchie, die den Leviathan in den Augen von Hobbes notwendig macht. Anarchie ist nach Hobbes jener Zustand, in dem »beständige Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes«⁴ herrscht. Die Ursache für das gewalttätige Naturell des Menschen sieht Hobbes in der Gleichheit begründet. Diese besteht im Wesentlichen darin, dass der Schwächste in der Lage ist, den Stärksten zu töten. Der Mensch ist in Hobbes Philosophie eine Bestie. Zur Überwindung der Herrschaft der Furcht setzt Hobbes nun der Bestie Mensch das Ungeheuer Staat entgegen, den Leviathan.

1 »Atque metum tantum concepit tunc mea mater, Ut pareret geminos, meque metumque simul.« Thomae Hobbes Malmesburiensis Vita, in: Thomae Hobbes Malmesburiensis Opera Philosophica Quae Latine Scripsit Omnia in unum corpus nunc Prima collecta studio et labore Gulielmi Molesworth, Bd. 1, London 1839 [2. Nachdruck Aalen 1966], S. LXXXV-XCIX, hier S. LXXXVI.

2 In der englischen Sprache wird meist der Begriff »fear« verwendet, der im Deutschen sowohl das gegenstandsärmere und diffusere Gefühl der »Angst« als auch die inhaltlich konkretere »Furcht« bezeichnen kann. In diesem Aufsatz wird bei der Übersetzung des Begriffs »fear« auf der analytischen Ebene je nach historischem Kontext zwischen »Angst« und »Furcht« unterschieden, wobei der Begriff »Furcht« vor allem dann verwendet wird, wenn eine konkrete Bedrohung vorliegt. Bei der Überschrift des ersten Kapitels wurde der Begriff »Angst« verwendet, da es im Deutschen keinen Plural von »Furcht« gibt. Ausführliche Definitionen der Begriffe »Angst/Furcht« finden sich in der theoretischen Einführung.

3 »Die Hobbessche Naturzustandskonzeption ist ein Traktat über die Hellsichtigkeit der Furcht.« Wolfgang Kersting, Thomas Hobbes zur Einführung, Hamburg 1992, S. 138.

4 Thomas Hobbes, Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, hg. und eingeleitet von Iring Fetscher, 8. Aufl., Frankfurt/Main 1998, S. 96.

Bestie Mensch und Ungeheuer Staat sind füreinander bestimmt: »Je ›böser‹ der Mensch, desto ›stärker‹ der Staat, der ihn zu zähmen hat.«⁵ Es ist jedoch aufschlussreich wie der Hobbessche Staat gedacht wird. Der im Naturzustand herrschenden Ohnmacht setzt Hobbes die absolute Macht des Staates entgegen. Dieser Gegensatz von Macht und Ohnmacht ist zentral für die politische Philosophie von Hobbes. In seiner »Anthropologie und Politik wie in seiner gesamten Lehre liegen Macht und Ohnmacht im Widerstreit.«⁶ Es ist also die Furcht vor der Ohnmacht, die Hobbes antreibt.

Auch in der amerikanischen Geschichte spielt die Furcht als Antriebsmotiv eine gewichtige Rolle. Doch im Gegensatz zu Hobbes fürchtete die amerikanische Gründergeneration weniger die Ohnmacht, als vielmehr die absolute Macht, also genau jenen Leviathan, den Hobbes beschwor. In den Briefen der Gründergeneration findet man daher nur selten Hinweise auf Hobbes. Tatsächlich glänzt der bedeutendste politische Philosoph der Moderne weitgehend durch Abwesenheit im dichten Blätterwald der *Founding Fathers*. Wie kommt das? Die Antwort darauf gibt Thomas Jefferson. Im Gegensatz zu Hobbes war Jefferson ein unverbesserlicher anthropologischer Optimist. In seinen Augen waren die Menschen von Natur aus tugendhaft, d. h. sie sind in der Lage, sich selbst zu zähmen und benötigten daher keinen starken Staat. Damit scheint Jefferson also im scharfen Gegensatz zu Hobbes zu stehen. Und doch verbindet beide Denkweisen mehr miteinander als man auf den ersten Blick vermutet. Jefferson entwarf das komplementäre anthropologisch-politische Paar zu Bestie Mensch und Ungeheuer Staat bei Hobbes. Seine Grundannahme lautet: »Je ›besser‹ der Mensch, um so ›schwächer‹ der Staat, weil der Mensch auch ohne Staat tun wird, was er tun soll.«⁷ Das Idealbild des republikanischen Bürgers stellte in Friedenszeiten der unabhängige Kleinbauer dar, der in Kriegszeiten bereit war, die Ideale der Republik mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Diese Milizen sind schließlich im Unabhängigkeitskrieg als »Minutemen« berühmt geworden. Es ist somit der Glaube an bestimmte Ideale, die einen Bürger zu einem amerikanischen Bürger machen. Diese Ideale ziehen sich im so genannten »American Way of Life« zusammen, der konzeptionell Ideen wie Freiheit, Gleichheit, Konstitutionalismus, freies Unternehmertum und Freihandel, Religionsfreiheit, Individualismus, Eigenverantwortlichkeit, Pragmatismus etc. umfasst. Diese Ideen sind konstitutiv für das politische *und* das gesellschaftliche Leben in den USA und sie besitzen einen zivilreligiösen Geltungsanspruch.⁸ Im

5 Henning Ottmann, Thomas Hobbes. Widersprüche einer extremen Philosophie der Macht, in: Ottfried Höffe (Hg.), *Der Mensch – ein politisches Tier?*, Stuttgart 1992, S. 68–91, hier S. 69.

6 Ebd., S. 71.

7 Ebd., S. 69.

8 Unter dem Begriff »American Way of Life« werden hier Werte, Ideen und Verhaltensmuster

Gegensatz zur Hobbesschen Staatskonzeption wird der amerikanische Staat also von unten konstituiert. Das Volk ist der Souverän und der Staat kann und soll nicht losgelöst vom Volk agieren. So fürchteten die englischen Kolonisten in Amerika vor allem zwei Formen der konzentrierten Macht.⁹ Zum einen den starken Staat und zum anderen die Macht der Kirche.¹⁰

Es scheint so, als seien die Hobbessche Philosophie und der amerikanische Republikanismus gänzlich unterschiedliche Schöpfungen und dennoch sind sie Brüder, begründen sie doch gleichermaßen die Idee des modernen politischen Liberalismus. Beide philosophischen Ansätze rücken das Individuum, losgelöst von irgendwelchen Schöpfungsmythen, in den Mittelpunkt und argumentieren naturrechtlich. Beide Philosophien entwerfen einen konfessionell neutralen modernen Staat und können als Ausgangspunkt des modernen gesellschaftlichen Vertragsrechts gelten. Doch während Hobbes verzweifelt bemüht ist, den enthemmten Individualismus, wie er im Naturzustand herrscht, einzudämmen, bemühte sich die Gründergeneration um die Maximierung individueller Freiheit im Angesicht des gefräßigen Staates. Hobbes fürchtete die Ohnmacht der Anarchie und schuf die absolute Macht. Die amerikanischen Revolutionäre fürchteten die absolute Macht und enthaupteten den Leviathan mit den Waffen der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung. Für Hobbes waren die absolute Macht des Staates und die Unfreiheit des Bürgers der Preis für Sicherheit und Ordnung. Im amerikanischen Denken sind die bürgerliche Freiheit und die konstitutionell eingedämmte staatliche Macht die Garanten von Sicherheit und

der amerikanischen Bevölkerung gefasst, die zwar säkularen Ursprungs sind, aber einen religiösen Geltungsanspruch erheben und damit den Kitt bilden, der die pluralistische Gesellschaft der USA im Innersten zusammenhält. Inhaltlich propagiert der »American Way of Life« die Ideen des demokratischen Verfassungsstaats, des freien Unternehmertums, der gesellschaftlichen Gleichheit sowie die Werte Individualismus, Dynamik, Pragmatismus und verknüpft diese mit einem starken Sendungsbewusstsein. Siehe Will Herberg, *Protestant – Catholic – Jew. An Essay in Religious Sociology*, Chicago 1983, S. 72–98, bes. S. 75–80. Dieser Wertekanon wird in der Literatur auch mit dem von Gunnar Myrdal geprägten Begriff »American Creed« beschrieben. Zum »American Creed« vgl. Gunnar Myrdal, *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*, New York und London 1944, S. 3–25; Samuel P. Huntington, *American Politics. The Promise of Disharmony*, Cambridge/MA und London 1981; Seymour Martin Lipset, *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York und London 1996 und Anatol Lieven, *America Right or Wrong. An Anatomy of American Nationalism*, London u. a. 2005, S. 48–87.

- 9 Im Wesentlichen kreisten sämtliche politische Debatten der amerikanischen Revolutionszeit um die Frage der Machtverteilung in Staat und Gesellschaft, da Macht den Menschen grundsätzlich zu deren Missbrauch verleite. Dieser Überzeugung folgend, nahmen die amerikanischen Kolonisten an, dass die Freiheit grundsätzlich das erste natürliche Opfer der Macht sei. Vgl. Bernard Bailyn, *The Ideological Origins of the American Revolution*, erw. Ausgabe, Cambridge/MA und London 1992, S. 55–93.
- 10 Vgl. Gordon S. Wood, *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1993, S. 109–112 sowie Bailyn, *The Ideological Origins of the American Revolution*, S. 94–98.

Ordnung. War die Gleichheit bei Hobbes die Ursache aller gesellschaftlichen Instabilität, so ist sie in der amerikanischen Demokratie eine wesentliche Voraussetzung staatlicher und gesellschaftlicher Stabilität. Alle diese Gegensätze bestimmen bis heute unsere Debatten über den modernen Verfassungsstaat.

Die Furcht und die Freiheit gehören zusammen – so seltsam es auf den ersten Blick aussehen mag. Ein wesentlicher Bestandteil der Furcht ist jedoch zugleich die Hoffnung.¹¹ Bis heute ist die Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, ja sogar auf ein Leben ohne Furcht, ein nicht auszulöschendes, zentrales Element des amerikanischen Republikanismus – sozusagen eine republikanische Illusion.¹² Dies hat Samuel Huntington wie folgt charakterisiert: »Critics say that America is a lie because its reality falls so far short of its ideals. They are wrong. America is not a lie; it is a disappointment. But it can only be a disappointment because it is

11 Vgl. Lars Svendsen, *A Philosophy of Fear*, London 2008, S. 39.

12 In der wissenschaftlichen Forschung, vor allem der Geschichtswissenschaft, ist den Faktoren »Angst« und »Furcht« in der amerikanischen Geschichte bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Erst in der Folge der Terroranschläge des 11. September 2001 wurde diesen Emotionen mehr Beachtung geschenkt. So hat Peter Stearns jüngst festgestellt, dass Gefühle wie Angst und Furcht in der U.S.-amerikanischen Gesellschaft tiefer verwurzelt sind als in anderen Gesellschaften. Ferner gebe es im Gegensatz zu vielen anderen Nationen eine stärkere Neigung, die Ursachen von Angst und Furcht ganz beseitigen zu wollen. Stearns beschränkt den Untersuchungszeitraum seiner Studie jedoch auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Vgl. Peter N. Stearns, *American Fear. The Causes and Consequences of High Anxiety*, New York und London 2006, S. 3–52. Der Diplomatiehistoriker Scott Lucas behauptet dagegen, die amerikanische Gesellschaft sei schon lange »conditioned in part by the fear of the ›other‹«. Diese Furcht sei durch eine manichäische Weltanschauung gefördert worden, in der es immer ein zu fürchtendes und zu bekämpfendes Böses gegeben habe. Vgl. W. Scott Lucas, *The Manufacture of Fear. U.S. Politics Before and After 9–11*, in: *Passport. The Newsletter of the Society for Historians of American Foreign Relations* 39/1 (2008), S. 35–39. Walter Hixson hat in einer heftig umstrittenen Deutung amerikanischer Außenpolitik die Funktion von Furcht und Angst nochmals zugespitzt. Er stellt mit Blick auf die militärischen Konflikte in der U.S.-Geschichte fest: »Trauma, anxiety, and fear of the unknown inhered in the frontier encounter with the indigenous first enemy-other, producing a especially violent form of identification. In the continuous history that followed, going to war with external enemies invariably offered short-term cathartic relief from psychic crisis. To the considerable extent that U.S. external aggression responds to unacknowledged internal anxieties, the nation's violence is pathological.« Walter L. Hixson, *The Myth of American Diplomacy. National Identity and U.S. Foreign Policy*, New Haven und London 2008, S. 15. Zur manichäischen Falle in der amerikanischen Außenpolitik siehe Detlef Junker, *Das Deutsche Reich im Urteil der USA, 1871–1945*, in: Klaus Hildebrand (Hg.), *Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945)*, München 1995, S. 141–158, bes. S. 148. Dieser Aufsatz möchte dagegen schlaglichtartig zeigen, dass der Umgang mit Gefühlen von Angst und Furcht in der amerikanischen Gesellschaft und Politik zutiefst von einem spezifisch amerikanischen Republikanismus geprägt wurde, der im 18. Jahrhundert wurzelt. Zusammenfassend zum amerikanischen Republikanismus siehe Gordon S. Wood, *Empire of Liberty. A History of the Early Republic, 1789–1815*, Oxford und New York 2009, S. 5–52.

also a hope.«¹³ Die beiden letzten Präsidentschaftswahlkämpfe haben gezeigt, wie sehr die bewusste Instrumentalisierung von Furcht und Hoffnung zu Leitmotiven des freiheitlichen Selbstverständnis der USA werden können.¹⁴ Die USA sind die älteste Demokratie der Welt und seit über zwei Jahrhunderten versuchen sie immer wieder aufs Neue zwischen Freiheit und Furcht, zwischen dem Leviathan und den Minutemen eine Balance zu finden. Das galt bereits für die Gründungsphase der USA.

2. »None who can make us afraid« – Sicherheit für das demokratische Experiment (1776–1815)

Mit der Erlangung der Unabhängigkeit von England wurde die Gründergeneration der Vereinigten Staaten mit dem Problem konfrontiert, den mühsam erstrittenen Staat zu bewahren. Damit wurde die Furcht vor dem Verlust der gerade errungenen Freiheit und Unabhängigkeit zur Staatsräson der jungen Republik. Die neue Nation war im Vergleich zu den anderen zeitgenössischen Staaten einer doppelten Belastung ausgesetzt: Sie musste Wege und Mittel finden, die Freiheit im Innern zu bewahren und die nationalen Interessen nach außen zu verteidigen. Die Lebenswelt, in der die Gründergeneration dies leisten musste, war für eine Republik, umgeben von absolutistischen Monarchien, die den Krieg als Mittel der Politik noch ganz selbstverständlich nutzten, kaum lebensfeindlicher vorzustellen.¹⁵ Dies war ein erhebliches Problem, da die neue Republik außenpolitisch nicht so ungehemmt agieren konnte wie eine Monarchie, ohne die Freiheit im Innern zu riskieren.¹⁶ Die Geschichte der frühen

¹³ Huntington, *American Politics*, S. 262.

¹⁴ Der Präsidentschaftswahlkampf 2004 wurde in Folge der Terrorangriffe vom 11. September 2001 vom Gefühl der »Angst« und der Instrumentalisierung dieser Emotion durch die republikanische Partei dominiert. Im Präsidentschaftswahlkampf 2008 wurde Barack Obama dagegen erfolgreich als Verkörperung traditioneller amerikanischer Hoffnungen präsentiert, sozusagen als Gegenentwurf zu Amtsinhaber Georg W. Bush. Vgl. Stearns, *American Fear*, S. 11.

¹⁵ Vgl. Robert Kagan, *Dangerous Nation*, New York 2007, S. 44 f. Die außenpolitische Bedrohungslage hatte auch erheblichen Einfluss auf die Verfassungsdiskussion von 1788/89. Siehe dazu Frederick W. Marks III, *Independence on Trial. Foreign Affairs and the Making of the Constitution*, Wilmington 1986, S. 3–51. Vgl. auch den Beitrag von Michael Lenz in diesem Band.

¹⁶ Walter LaFeber hat diese Problematik als »the Tocqueville problem in American history« bezeichnet. Tocqueville hat in seiner berühmten Abhandlung *De la Démocratie en Amérique* auf das Problem hingewiesen, dass Demokratien in der Umsetzung ihrer außenpolitischen Ziele autokratischen Systemen naturgemäß unterlegen seien. Vgl. dazu Walter LaFeber, *Jefferson and American Foreign Policy*, in: Peter S. Onuf (Hg.), *Jeffersonian Legacies*, Charlottesville 1993, S. 370–391, hier S. 377.

amerikanischen Diplomatie kennzeichnete daher die Suche nach einer republikanischen Außenpolitik, die mit der republikanischen Verfasstheit vereinbar war und den weltpolitischen Realitäten Rechnung trug.¹⁷

Die Gründerväter hatten dieses grundlegende Problem erkannt.¹⁸ Sie alle waren sich der Einzigartigkeit des demokratischen Experiments bewusst. Zwischen den Gründungsvätern gab es daher einen doppelten Grundkonsens: Erstens, die Bewahrung der Republik erfordere die politische Abspaltung von Europa und die strikte Neutralität in Europas endemischen Kriegen. Zweitens, eine Republik müsse ihre Angelegenheiten in einer anderen Art und Weise bewältigen als eine Monarchie.¹⁹ Die Übereinstimmung im zweiten Punkt war jedoch Ausgangspunkt eines größeren Dissens'. Im Kern ging es darum, was die junge Republik fürchten musste und worauf sie hoffen durfte. Am auffälligsten ist die Tatsache, dass die Gründerväter allesamt außenpolitische Unilateralisten waren. Die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten waren für die Gründungsväter mit keinem anderen Staat der Welt deckungsgleich. Aus diesem Grunde lehnten die Gründungsväter auch politische und militärische Allianzen in Friedenszeiten ab. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten könnten nur die USA selbst garantieren. Die Frage, wie diese Sicherheit zustande kommen sollte, war jedoch umstritten.

John Adams, Alexander Hamilton und George Washington vertraten die Ansicht, dass die USA den Zwängen des internationalen Staatensystems weder entfliehen können noch die Fähigkeit besäßen, das Staatensystem nach amerikanischen Vorstellungen zu reformieren. Daher müsse Macht als außenpolitisches Instrument bejaht werden. Doch genau in der Machtfrage vertrat Adams einen grundsätzlich anderen Ansatz als Hamilton und Washington. Adams Außenpolitik war im Kern eher defensiv und isolationistisch orientiert, während Hamiltons und Washingtons Außenpolitik mittel- und langfristig expansionistische Züge aufwies. John Adams sah sowohl in einer starken Exekutive als auch in der europäischen Machtpolitik eine Gefährdung für das amerikanische Experiment. In seinen Augen gewährleistete der Verzicht auf ein stehendes Heer den Bestand der Republik im Innern. Die dauerhafte Isolierung von Europa und die Schaffung einer starken Navy zum Schutze der Küste und der Handelsflotte sollten die Sicherheit nach außen gewährleisten.

17 Siehe Robert W. Smith, *Keeping the Republic. Ideology and Early American Diplomacy*, DeKalb 2004, S. 3. Ähnlich argumentieren auch Walter A. McDougall, *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*, Boston und New York 1997, S. 37 und Joseph J. Ellis, *Sie schufen Amerika. Die Gründergeneration von John Adams bis George Washington*, München 2005, S. 19.

18 Grundlegend zur außenpolitischen Gedankenbildung der Gründerväter Smith, *Keeping the Republic*.

19 Vgl. ebd., S. 4.

Hamiltons und Washingtons Sicherheitskonzeption war dagegen offensiv und expansiv ausgerichtet. Zwar empfahlen beide in der Gründungsphase ebenfalls die politische Isolierung von Europa, jedoch nur, solange die USA nicht stark genug waren, aktive Machtpolitik zu betreiben. In den Augen Hamiltons waren die USA in den 1790er Jahren ein »Hercules in the cradle«²⁰, der eines Tages seinen Platz unter den Großmächten einnehmen werde. Eine starke Exekutive mit Befehlsgewalt über ein stehendes Heer sollte daher nicht nur die Sicherheit im Innern gewährleisten, sondern auch als machtpolitisches Instrument in der Zukunft dienen. Ebenso sollte eine starke Kriegsmarine zukünftig nicht bloß defensive Aufgaben wahrnehmen. Hamilton fürchtete nicht wie Adams den starken, sondern den schwachen Staat.²¹ Er vertrat daher die Ansicht, dass es für eine Republik von Vorteil sei, auf außenpolitische Bedrohungen nicht defensiv und abwartend, sondern aggressiv und expansiv zu reagieren.²² Dies schloss sogar das Mittel des Präventivkrieges ein.²³ Auch Washington erkannte neben der starken Gefährdung der Republik in ihren Anfangsjahren zugleich das schlummernde Machtpotential in naher Zukunft. Dies brachte er in seiner Farewell-Address deutlich zum Ausdruck, in der er seinen Zeitgenossen riet, »to steer clear of permanent alliances with any portions of the foreign world.«²⁴ Für Washington waren zeitlich begrenzte Allianzen in Notzeiten jedoch kein Tabu. Vielmehr sollten diese Allianzen helfen, die fragile Gründerzeit zu überbrücken, damit die USA mittelfristig zu einer starken Macht heranwachsen können. Solange es der Union gelinge, in der Gründungsphase fest zusammenzustehen, schrieb Washington im ersten Entwurf seiner Farewell-Address, »we shall possess the strength of a giant and there will be none who can make us afraid.«²⁵ Washington dachte dabei an einen Zeitraum von 20 Jahren.

20 Zitiert nach ebd., S. 79.

21 Zu Hamiltons expansiven Vorstellungen siehe Smith, *Keeping the Republic*, S. 56–70. »Hamilton accepted the outer framework of eighteenth-century whig diplomacy – separation from European politics the unlikelihood of liberty in other nations, the lack of natural community of interest with other nations, and the inability of the United States to force drastic changes in world politics. His republican realpolitik leaned more on realpolitik than on ideological republicanism. He did not accept the fear of power at the inner core of whig belief. The tools of foreign policy held no terrors for him.« Ebd., S. 87.

22 Vgl. ebd., S. 10 f. Robert Kagan erkennt in der amerikanischen Neigung zur Expansion ein Verhaltensmuster, das bereits von den ersten Kolonisten praktiziert wurde. Vgl. Kagan, *Dangerous Nation*, S. 10.

23 Im Jahr 1798 plädierte Hamilton für einen solchen Krieg gegen die spanische Kolonie Louisiana, um einer möglichen Kriegscoalition zwischen Spanien und Frankreich, die sich gegen die USA wenden könnte, zu schwächen. Vgl. dazu Smith, *Keeping the Republic*, S. 95 f.

24 Farewell Address, in: George Washington, *Writings*, hg. von John Rhodehamel, New York 1997, S. 962–977, hier S. 974 f.

25 Washington's First Draft for an Address – Enclosed in his Letter of May 15, 1796, to Hamilton, abgedruckt in: Washington's Farewell Address. In facsimile, with transliterations of all drafts of Washington, Madison, & Hamilton, together with their correspondence and other sup-

Nimmt man die Konzepte von Thomas Jefferson und James Madison in den Blick, dann finden sich auch bei ihnen isolationistische und expansionistische Ansätze. Beide fürchteten eine starke Exekutive in jeder Hinsicht. Sie lehnten sowohl ein stehendes Heer als auch eine starke Kriegsmarine ab. In Jeffersons Augen war die Verfassung der Vereinigten Staaten eine Errungenschaft des Friedens, die für den Krieg wenig geeignet war. Da der Krieg die Existenz der amerikanischen Republik gefährde, müsse der Freihandel als außenpolitisches Instrument den Krieg ersetzen. Die wirtschaftliche Potenz der USA sollte damit zum Zwangsinstrument gegenüber feindlichen Mächten werden. In dieser Hinsicht waren Jefferson und Madison weltabgewandter als alle anderen Gründungsväter. Nicht jedoch in ideologischer Hinsicht: Trotz dieser isolationistischen Grundhaltung glaubten Jefferson und Madison an die weltweite Verbreitung der Idee der Freiheit, an ein »Empire of Liberty« unter amerikanischer Führung. Für den Fall, dass sich die Idee der Freiheit nicht weltweit durchsetzen würde, hatten Madison und Jefferson ebenfalls eine Lösung parat. Notfalls müsse die Verbreitung der Freiheit eben durch amerikanische Einflussnahme auf fremde Territorien bewerkstelligt werden.

Die Furcht vor dem Verlust der errungenen Freiheit bestimmte das Sicherheitsdenken der Gründergeneration: Der eine Weg zur Sicherheit bestand darin, Freihandel zu betreiben und sich geographisch, ideologisch und bündnispolitisch von der übrigen Welt abzuschotten. Der andere Weg zur Sicherheit führte über eine offensiv-expansive Strategie, die Gefahren durch aggressives Vorgehen und die Erweiterung der eigenen Einflussosphäre beseitigte. Allein die potentielle Entstehung eines Machtvakuumms rechtfertigte demnach eine militärische Intervention.²⁶ In einem von Hobbescher Anarchie geprägten Staatensystem schloss also die US-Außenpolitik die Wandlung von einer Minutemen-Republic zum Leviathan niemals aus.

porting documents, hg. von Victor Hugo Paltsits, New York 1931 [Nachdruck 1971], S. 164–173, hier S. 170.

²⁶ Siehe dazu John L. Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience*, Cambridge/MA und London 2004, S. 9–21, bes. S. 13. Gaddis beginnt mit seiner Untersuchung erst im 19. Jahrhundert und geht daher auf die außenpolitischen Konzepte in der Gründungsphase nicht ein.

3. »Freedom from Fear«²⁷ – Das »Zeitalter der freien Sicherheit«²⁸ (1815–1898)

Nach dem zweiten amerikanisch-englischen Krieg von 1812–1814 endete für die Vereinigten Staaten nicht nur die Zeit der Gründerväter, sondern auch ein Zeitalter der ständigen Gefährdung.²⁹ Der geographische Schutz zweier Ozeane und die britische Hegemonie zur See bescherten den USA ein fast 100 Jahre andauerndes »Zeitalter der freien Sicherheit«. Wie außergewöhnlich dies war, zeigt die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten einen ebenso verheerenden wie blutigen Bürgerkrieg (1861–65) führen konnten, ohne eine ausländische Intervention herbeizuführen.³⁰ Inmitten dieser Phase relativer außenpolitischer Ruhe wurden die außenpolitischen Konzepte der Gründerväter jedoch weiterhin angewandt und modifiziert. Die Furcht vor einem erneuten Eingreifen Englands auf dem Kontinent verschwand zwar nicht vollständig, aber sie trat – abgesehen von der Zeit des Bürgerkrieges – merklich in den Hintergrund. Amerikas Aufmerksamkeit richtete sich auf die Ausdehnung des britischen Handelsimperialismus jenseits des nordamerikanischen Kontinents, der von vielen Amerikanern als dezidierte Verschwörung gegen Amerika gedeutet wurde. Im Sinne einer imperialen Gegenmachtbildung überlegte man, auf diese Entwicklung mit der Schaffung eines eigenen informellen Imperiums zu reagieren. Dies wurde zwar erst an der Wende zum 20. Jahrhundert realisiert, aber die strukturellen und ideologischen Voraussetzungen für einen spezifischen amerikanischen Imperialismus reichen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück, in dem sich vor allem auf dem eigenen Kontinent neue gestalterische Gelegenheiten eröffneten.³¹

27 »Four Freedoms« Speech, Washington, D.C., 6. Januar 1941, in: *Nothing to Fear. The selected Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1932–1945*, hg. und eingeleitet von Ben D. Zevin, New York 1961, S. 270–278, hier S. 278.

28 Das Zitat stammt aus dem wegweisenden Aufsatz von C. Vann Woodward, *The Age of Reinterpretation*, in: *American Historical Review* 66/1 (1960), S. 1–19, hier S. 3.

29 Vgl. dazu Walter LaFeber, *The American Age. U.S. Foreign Policy at Home and Abroad, 1750 to the Present*, 2. Aufl., New York und London 1994, S. 63–67, bes. S. 65.

30 Diese einzigartige Erfahrung teilten die USA alleine mit dem Cromwellschen England. Vgl. Woodward, *The Age of Reinterpretation*, S. 7.

31 Vgl. Kinley J. Brauer, *The United States and British Imperial Expansion, 1815–60*, in: *Diplomatic History* 12/1 (1988), S. 19–37. Die immer noch weitverbreitete Mähr vom strikten Antikolonialismus bzw. Antiimperialismus der Amerikaner im Zeitraum von 1776–1945 kann heute als wissenschaftlich widerlegt gelten. Siehe dazu den gedankenreichen Aufsatz von Mary Ann Heiss, *Bernath Lecture. The Evolution of Imperial Idea and U.S. National Identity*, in: *Diplomatic History* 26/4 (2002), S. 511–540. Siehe auch die grundlegende umfassende Studie von Frank Ninkovich, *The United States and Imperialism*, Malden/MA, Oxford und Carlton 2001 sowie die mit polemischer Schärfe geschriebene komparatistische Studie von Bernard Porter, *Empire and Superempire. Britain, America and the World*, New Haven und London 2006. Zum 20. Jahrhundert siehe Robert J. McMahon, *The Republic as Empire. American Foreign Policy in the »American Century«*, in: Harvard Sitkoff (Hg.),

Außenpolitisch waren die USA im 19. Jahrhundert mit Blick auf die Alte Welt isolationistisch geprägt. Sie beschränkten ihre Außenkontakte weitgehend auf den Freihandel und konzentrierten sich mangels äußerer Gefahren auf sich selbst. Parallel zu dieser isolationistischen Strategie wendeten die Vereinigten Staaten ihr offensiv-expansives Sicherheitskonzept erfolgreich mit dem Ziel an, die militärische und ökonomische Hegemonie über den nordamerikanischen Kontinent zu erlangen. Nur 35 Jahre nach dem Frieden von Gent, der am Weihnachtstag 1814 den englisch-amerikanischen Krieg beendete hatte, erreichte die Westgrenze der USA mit der Eingliederung Kaliforniens den Pazifik. Die Union der 13 Gründerstaaten vermehrte sich in nur zwei Generationen um 20 gleichberechtigte Mitgliedstaaten. Die Westexpansion der Vereinigten Staaten war damit eine der dynamischsten Siedlungsbewegungen der neueren Geschichte.³²

Überdies ereigneten sich in der Zeit der Kontinentalexpansion die ersten Präventivkriege in der US-Geschichte. Im Jahr 1817/18 gingen die USA präventiv gegen Spanisch-Florida mit der Begründung vor, Spanien könne den Schutz der angrenzenden amerikanischen Siedler vor Attacken von Indianern und geflüchteten Sklaven aus der spanischen Kolonie nicht garantieren. In den Augen des damaligen Außenministers John Quincy Adams³³ war Spanisch-Florida so etwas wie ein »failed state«, dessen Schwäche eine Bedrohung für die angrenzenden US-Territorien darstelle. Die Annexion von Texas³⁴ im Jahr 1845 und der anschließende Krieg mit Mexiko (1846–48) waren weitere präventive Maßnahmen, die erhebliche territoriale Gewinne ermöglichten. Die Annexion wurde unter anderem damit begründet, dass es Texas vielleicht nicht gelingen würde, die neun Jahre zuvor erworbene Unabhängigkeit von Mexiko zu bewahren. In beiden Fällen gingen also unbegründete Ängste und außenpolitischer Opportunismus eine seltsame Liaison ein. Bereits die mögliche Entstehung eines Machtvakuum rechtfertigte demnach die Einleitung präventiver Schritte bis hin zur militärischen Gewalt.³⁵ Der Präventivkrieg hat somit tiefe Wurzeln in der

Perspectives on Modern America. Making Sense of the Twentieth Century, New York und Oxford 2001, S. 80–100.

32 Vgl. Detlef Junker, *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg/Breisgau 2003, S. 15 f. Zur Westexpansion in den Jahren von 1815–1865 siehe William Earl Weeks, *Building the Continental Empire. American Expansion from the Revolution to the Civil War*, Chicago 1996.

33 Zu Adams und seiner Vision eines »American empire« siehe William Earl Weeks, *John Quincy Adams and American Global Empire*, Lexington 1992.

34 Dazu ausführlich Joel L. Silbey, *Storm Over Texas. The Annexation Controversy and the Road to Civil War*, Oxford 2006.

35 Kurz und gedankenreich zur militärischen Präemption und Prävention in der amerikanischen Geschichte äußert sich Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience*, S. 16–22; Ders., *Grand Strategy in the Second Term*, in: *Foreign Affairs* 84/1 (2005), S. 2–15, hier S. 4 sowie Paul W. Schroeder, *Iraq. The Case Against Preemptive War*, in: *The American*

Geschichte der amerikanischen Westexpansion des 19. Jahrhunderts. Das immer noch weit verbreitete amerikanische Selbstbild von einer prinzipiell friedliebenden, freihandelsorientierten Nation ist daher nicht mehr als eine republikanische Illusion. Amerikaner reagieren seit ihrer Staatsgründung auf Gefahren mit der sprichwörtlichen Flucht nach vorne, also notfalls mit der gewaltsamen Ausdehnung ihres Einflussbereiches. Die sicherheitspolitische Legitimierung der Westexpansion lieferte im Dezember 1823 die so genannte Monroe-Doktrin. Präsident Monroe erklärte in seiner Jahresbotschaft, die maßgeblich von seinem Außenminister John Quincy Adams formuliert worden war, den nord- und südamerikanischen Kontinent zur alleinigen Einflussphäre der Vereinigten Staaten und untersagte den europäischen Mächten jede weitere Kolonisierung. Mit diesem unilateralen Akt hatten sich die USA zum Hegemon über beide amerikanischen Kontinente erklärt. Der Begriff der »westlichen Hemisphäre« war geboren.

Erst der Bürgerkrieg, dessen Ausbruch durch die Kontinentalexpansion erheblich beschleunigt worden war, da er die Gegensätze zwischen dem sklavenfreien Norden und dem sklavenhaltenden Süden verschärfte, brachte die expansive Dynamik vorläufig zum Stillstand. Zugleich bestand ein letztes Mal die Gefahr einer britischen Intervention auf amerikanischem Boden. In diesem blutigen Bürgerkrieg ging es um nichts Geringeres als um die tiefere Bedeutung des Freiheitsbegriffs für die Union. Während die Nordstaaten die Entwertung aller individuellen Freiheiten im Falle einer weiteren Ausdehnung der Sklavenhaltung fürchteten, bangten die auf Sklavenhaltung angewiesenen Plantagenbesitzer im Süden um ihre Existenzgrundlage. So hat der Streit über die Frage, ob Freiheit entweder die Freiheit auf Eigentum und damit auf Sklavenbesitz bedeute oder ob mit Freiheit die Freiheit des Individuums gemeint sei, mehr Opfer gefordert als alle Konflikte zuvor. Nichtsdestoweniger bescherte das 19. Jahrhundert den Amerikanern weitgehend ein Leben in Freiheit und Sicherheit, das sie am Ende des Jahrhunderts die Gefährdungen der Gründerphase nahezu vergessen ließ. Sie konnten nicht ahnen, welche Gefährdungen das 20. Jahrhundert für sie bereithalten würde. Noch weniger ahnten sie, dass das Jahr 1898 das »amerikanische Jahrhundert«³⁶ einleiten sollte.

Conservative, 21. Oktober 2002, online: <<http://www.amconmag.com/article/2002/oct/21/00008/>>, [Stand: 26. Juni 2010].

36 Dieser Begriff geht auf einen gleichnamigen Zeitungsartikel des Verlegers Henry R. Luce im *Life* Magazin im Jahr 1941 zurück. Der Artikel ist abgedruckt, in: Michael J. Hogan (Hg.), *The Ambiguous Legacy. U.S. Foreign Relations in the »American Century«*, Cambridge 1999, S. 11 – 29.

4. Die Illusion vom Ende der Furcht – Zwischen Kreuzzug und Rückzug (1898–1941)

Die außenpolitische Zäsur, die das »amerikanische Jahrhundert« einleitete, war der spanisch-amerikanische Krieg des Jahres 1898. Den Hintergrund für diesen Konflikt bot die teils unterstellte, teils tatsächlich grausame Unterdrückung kubanischer Unabhängigkeitskämpfer durch die spanische Kolonialmacht, welche die nicht unerheblichen Handelsinteressen der USA auf Kuba gefährdeten. Ausschlaggebend für die Intervention war ein ganzes Bündel von Motiven. Furcht spielte indes keine Rolle. Vielmehr gingen zeitgenössische Imperialismusideen, der reformerische Fortschrittsglaube des »progressive movement«, ökonomischer Opportunismus, humanitäres Engagement, republikanisches Sendungsbewusstsein und geschickte Presseagitation eine explosive Mischung ein, die schließlich am 25. April zum Ausbruch des Krieges führte. Dieser vier Monate andauernde »splendid little war« (John Hay) demonstrierte mit einem Schlag die Überlegenheit der amerikanischen Flotte. In der Folge besetzten die USA Kuba und Puerto Rico in der Karibik sowie die Philippinen und Guam im Pazifik. Somit war Alexander Hamiltons außenpolitische Vision Wirklichkeit geworden: Der amerikanische Herkules war groß geworden und erfolgreich seiner Wiege entstiegen.

Der Übergang von der kontinentalen zur maritimen Expansion führte erneut zu außenpolitischen Grundsatzdebatten, die stark an die Diskussionen der Gründerväter erinnerten. Diesmal wurden sie nicht zwischen »Jeffersonians« und »Hamiltonians«, sondern zwischen »Imperialisten« und »Antiimperialisten« geführt. Während die Imperialisten die imperiale Expansion der Vereinigten Staaten als zeitgemäße zivilisatorische und humanitäre Segnung für rückständige Staaten deklarierten, waren Kolonialherrschaft und Demokratie für die Antiimperialisten unvereinbar. Ein imperialistisches Amerika würde nach ihrer Auffassung seinen exzeptionalistischen Grundcharakter verlieren und innerlich verfallen.³⁷ Diese Grundsatzdebatte verfehlte auch in praktischer Hinsicht ihre Wirkung nicht. Am deutlichsten wird dies, wenn man die besondere Erscheinungsform des US-Imperialismus näher betrachtet. Einerseits unterschied sich die amerikanische Kriegführung mit Blick auf die philippinischen Ureinwohner hinsichtlich ihrer Grausamkeit in keiner Weise von europäischen Imperialkriegen. Gleiches gilt für den zivilisatorischen Missionsdrang, der dahinter stand. Andererseits zeigte sich bereits im spanisch-amerikanischen Krieg eine Abneigung gegen die Schaffung formeller Imperien wie sie bei-

37 Zu dieser Debatte siehe Ninkovich, *The United States and Imperialism*, S. 41–47 sowie Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 2006, S. 28–31 und S. 41.

spielsweise den englischen und französischen Imperialismus kennzeichneten. Der spanisch-amerikanische Krieg kann somit als das erste Beispiel für jenes außenpolitische Phänomen gelten, das zivilisatorischen Paternalismus mit pathologischer Angst vor langfristigen Verpflichtungen kombiniert und bis heute unter dem Schlagwort »nation building« firmiert. Das »nation building«-Konzept fußt auf der Grundannahme, dass die Vereinigten Staaten genügend Macht, Prestige, Reichtum, Technologie und Altruismus besitzen, um ganze Nationen zu reformieren. Dieses außenpolitische Konzept, das der Historiker Walter McDougall einmal als »global meliorism« bezeichnet hat, erwies sich trotz guter Absichten als das erfolgloseste und zugleich überheblichste in der US-Außenpolitik.³⁸

In der Folge des spanisch-amerikanischen Krieges legte dann der jung-dynamische Präsident Theodor Roosevelt wichtige Grundsteine für Amerikas atemberaubenden Aufstieg im 20. Jahrhundert.³⁹ Roosevelt, der bis heute unter den amerikanischen Staatsmännern den Archetypus des energiestrotzenden Präsidenten verkörpert, war als kleiner Junge hingegen von schwächlicher Natur, kurzsichtig und asthmakrank: »I was nervous and timid. Yet from reading of the People I admired [...] I felt a great admiration for men who were fearless and who could hold their own in the world, and I had a great desire to be like them.«⁴⁰ So wurde die Bezwingung der Furcht in Roosevelts Leben ein Hauptantriebsmotiv. Dieses Verhalten wird in der Psychoanalyse als »kontraphobisches Verhalten« bezeichnet.⁴¹ Außenpolitisch entwickelte sich Roosevelt zu einem ebenso begeisterten wie militanten Imperialisten, der sich am nationalen Interesse orientierte und Gleichgewichtspolitik nach europäischem Vorbild favorisierte. Doch im Gegensatz zur europäischen Machtpolitik sollte jenes Gemisch einem höheren Ziel dienen, nämlich der stetigen – nötigenfalls aggressiven – Verbreitung zivilisatorischer Ideale.⁴² Roosevelt ängstigte sich also nicht, sondern witterte günstige Gelegenheiten. So schuf er die Voraussetzungen künftiger

38 Vgl. dazu MacDougall, *Promised Land, Crusader State*, S. 171–198, bes. S. 208–210. Frank Freidel hat dieses Phänomen als »paternalistic imperialism« bezeichnet. Frank Freidel, *Franklin D. Roosevelt. The Apprenticeship*, Boston 1952, S. 274. Frank Ninkovich hat den U.S.-Imperialismus in der Karibik als zivilisatorisch motivierten »pre-emptive imperialism« deklariert. Ninkovich, *The United States and Imperialism*, S. 91.

39 Siehe dazu Raimund Lammersdorf, *Anfänge einer Weltmacht. Theodore Roosevelt und die transatlantischen Beziehungen der USA 1901–1909*, Berlin 1994. Eine gelungene Gruppenbiographie zu Theodore Roosevelt und seinen Mitstreitern, der es gelingt, den Geist der Zeit einzufangen, stammt aus der Feder von Warren Zimmermann, *First Great Triumph. How Five Americans Made Their Country a World Power*, New York 2002.

40 Theodore Roosevelt, *An Autobiography*, mit einer neuen Einleitung von Etling E. Morison, New York 1985, S. 29.

41 Vgl. Peter Gay, *Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter*, Berlin 2000, S. 146.

42 Siehe dazu ausführlicher Frank Ninkovich, *Theodore Roosevelt. Civilization as Ideology*, in: *Diplomatic History* 10/3 (1986), S. 221–245.

amerikanischer Machtprojektion, indem er die US-Navy zur zweitgrößten Kriegsflotte der Welt ausbaute und ihren schnellen Einsatz durch den Bau des Panamakanals ermöglichte. Die Rolle Amerikas in der Alten Welt beschränkte sich unter Roosevelt und seinem Nachfolger Howard Taft allerdings noch auf die passive Rolle des Vermittlers.⁴³

Erst das Jahr 1917 im Ersten Weltkrieg führte zu einem tiefen Einschnitt in der amerikanischen Außenpolitik.⁴⁴ Verantwortlich für die Neuausrichtung war Präsident Woodrow Wilson. Zwar stand Wilson in den ersten Jahren des Ersten Weltkrieges mit seiner Neutralitätspolitik in der Tradition der Gründerväter. Mit dem Kriegseintritt und vor allem mit seinen Vorstellungen über eine künftige Weltordnung nach dem Krieg leitete er jedoch einen revolutionären Wandel in der US-Außenpolitik ein. Welche Gründe Wilson zu einer Abkehr von der Neutralitätspolitik hin zum Kriegseintritt bewogen haben, ist bis heute umstritten.⁴⁵ Vermutlich fürchtete Wilson zum einen die Zerstörung der europäischen Machtbalance im Falle eines deutschen Sieges, zum anderen den möglichen volkswirtschaftlichen Schaden, den eine Niederlage Großbritanniens und Frankreichs für die USA bedeuten konnte.⁴⁶ Trotz aller Furcht bestand jedoch auch Hoffnung: Wilson war von der Friedfertigkeit demokratischer Staaten überzeugt. In diesem Sinne witterte er die einmalige Gelegenheit, bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung der Demokratie zum Siegeszug zu verhelfen und damit eine sicherere Welt zu schaffen.⁴⁷ Als Wilson am 2. April 1917 vor beide Häuser des Kongresses trat, mit dem Ziel, eine Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich zu erwirken, verlieh er seinem Anliegen mit folgendem Satz Ausdruck: »The world must be made safe for democracy.«⁴⁸ Die drei tragenden

43 Vgl. Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung*, S. 33–42, bes. S. 38.

44 Vgl. Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience*, S. 42.

45 Die Wiedergabe dieser Forschungskontroversen würde den Rahmen dieses Essays sprengen, statt dessen sei an dieser Stelle auf den Forschungsüberblick von David Steigerwald, *The Reclamation of Woodrow Wilson?*, in: Michael J. Hogan (Hg.), *Paths to Power. The Historiography of American Foreign Relations to 1941*, Cambridge 2000, S. 148–175, verwiesen. Siehe auch Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung*, S. 43–77.

46 Ein plausibles Bündel von Motiven für den Kriegseintritt führt Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung*, S. 57 f. an.

47 Vgl. Tony Smith, *Making the World safe for Democracy in the Twentieth Century*, in: Michael J. Hogan (Hg.) *The Ambiguous Legacy. U.S. Foreign Relations in the »American Century«*, Cambridge 1999, S. 30–51, bes. S. 37. Smith vertritt die These, dass die Verbreitung der Demokratie im 20. Jahrhundert Teil eines nationalen Sicherheitskonzeptes gewesen ist. Siehe ausführlicher dazu Tony Smith, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton/NJ 1994, S. 3, passim.

48 For Declaration of War against Germany. Address delivered at Joint Session of the two Houses of Congress, April 2, 1917. From 65th Congress, 1st Session, Senate Document No. 5, in: *War and Peace. Presidential Messages, Addresses, and Public Papers (1917–1924)* by Woodrow Wilson, hg. von Ray Stannard Baker und William E. Dodd, Bd. I, New York und London 1927, S. 6–16, hier S. 14.

Säulen politischer Freiheit bildeten für Wilson Freihandel, Demokratie und die Regelung internationaler Konflikte mittels multilateraler Organisationen.⁴⁹ Wilson wollte die Sicherheit Amerikas durch eine Umgestaltung des Staatensystems nach amerikanischem Vorbild erhöhen.⁵⁰ Die Frage, wie weit die Sphäre der amerikanischen Verantwortlichkeit zur Wahrung der Sicherheit ausgedehnt werden müsse, war damit beantwortet: Für Wilson musste sie auf die ganze Welt ausgedehnt werden.⁵¹

Dementsprechend entwickelte Wilson mit Blick auf die Neuordnung der Welt nach dem Krieg u. a. die Idee eines Völkerbundes, der ein für allemal den Krieg als Mittel der Konfliktlösung beseitigen sollte. Ferner sollten alle Nationen das Recht auf Selbstbestimmung erhalten. Wilson versuchte damit zum ersten Mal Jeffersons Traum eines weltweiten Imperiums der Freiheit aktiv zu fördern und den Krieg mittels eines kollektiven Sicherheitssystems auszumerzen.⁵² Mit diesen revolutionären Ideen scheiterte Wilson jedoch an den machtpolitischen Realitäten und Ränkespielen der europäischen Mächte in Versailles und dem Unwillen im eigenen Land, sich aktiv an der Gestaltung der künftigen Weltpolitik zu beteiligen. Zu sehr wähten sich die meisten Amerikaner noch in Sicherheit und Freiheit. Wilsons internationales Engagement lag in Scherben. Die Jahre 1920 bis 1942 markierten außenpolitisch eine Hochphase des amerikanischen Isolationismus.⁵³ In Amerikas ganz eigener »twenty years' crisis«⁵⁴ von 1933 bis 1953 revolutionierten schließlich zwei amerikanische Staatsmänner die amerikanische Außenpolitik. Franklin D. Roosevelt (FDR) musste das Staatsschiff durch die Stürme der großen Depression und des Zweiten Weltkriegs lotsen, während sein Nachfolger, Harry S. Truman, Wege und Mittel finden musste, die nukleare Vernichtung im Kalten Krieg zu vermeiden. Doch die bemerkenswertesten Veränderungen fielen in die Präsidentschaft von Franklin Delano Roosevelt.⁵⁵ Besonders die zweite Amtsperiode Roosevelts kann als

49 Vgl. Smith, *Making the World safe for Democracy in the Twentieth Century*, S. 37.

50 Vgl. ebd., S. 38. Siehe auch John Milton Cooper, Jr., *The Warrior and Priest. Woodrow Wilson and Theodore Roosevelt*, Cambridge/MA und London 1983, S. 275.

51 Vgl. Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience*, S. 42.

52 Diese internationalen Ordnungsvorstellungen werden heute mit dem Begriff »Wilsonianism« umschrieben. Eine konzise Definition bietet Lloyd E. Ambrosius, *Wilsonianism. Woodrow Wilson and his Legacy in American Foreign Relations*, New York u. a. 2002, S. 2.

53 Diese Tendenz wurde zusätzlich durch die im Oktober 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise verstärkt. Zur Roosevelts Auseinandersetzung mit den Isolationisten siehe Wayne S. Coole, *Roosevelt and the Isolationists*, Lincoln/NE 1983.

54 Edward Hallet Carr, *The Twenty Years' Crisis 1919–1939. An Introduction to the Study of International Relations*, London und Basingstoke 1981.

55 Für die Entwicklung der amerikanischen Präsidentschaft im 20. Jahrhundert war die Amtszeit von Franklin D. Roosevelt von größter Bedeutung. Siehe dazu Fred. I. Greenstein, *The Presidential Difference. Leadership Style from FDR to Clinton*, New York 2000, S. 11–25 sowie S. 190 f.

Versuch betrachtet werden, die US-Bevölkerung auf die Möglichkeit vorzubereiten, dass das Zeitalter der freien Sicherheit bald enden könnte. Der japanische Überraschungsangriff auf die Pazifikflotte in Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 brachte schließlich Gewissheit. Die Furcht um die Freiheit war zurückgekehrt.

5. »The Return of Fear«⁵⁶ – Auf dem Weg zum »great arsenal of democracy«⁵⁷ (1941–50)

Mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor zerbrach der amerikanische Traum von einem Leben in freier Sicherheit. Der Angriff markierte den Beginn einer Revolution in der Militärtechnologie. Die Weltmeere und eine große Kriegsmarine boten fortan keine Sicherheit mehr.⁵⁸ Roosevelt hatte gleichermaßen das Ende der amerikanischen Unverwundbarkeit und die totalitäre Herausforderung erkannt und daraus neue Schlüsse für die Sicherheit der Vereinigten Staaten gezogen.⁵⁹ Die bisherigen Strategien amerikanischer Außenpolitik würden nicht mehr ausreichen, um den »American Way of Life«⁶⁰ zu sichern. Bereits vor Pearl Harbor hatte Roosevelt in einem innenpolitisch äußerst schwierigen Umfeld die traditionelle amerikanische Haltung der Neutralität aufgegeben und die USA zum »great arsenal of democracy« erklärt und sich auf die Seite Großbritanniens gestellt. FDR fürchtete also einerseits den Verlust des »American Way of Life« sollte Hitler triumphieren, während er zugleich die gestalterischen Möglichkeiten der Nachkriegsordnung im Blick hatte. Roosevelts Vorstellungen von einer Nachkriegsordnung knüpften deutlich an Wilsons

56 John L. Gaddis, *The Cold War*, London 2005, S. 5.

57 Fireside Chat on National Security, Washington, D.C., 29. Dezember 1940, in: *Nothing to Fear. The selected Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1932–1945*, S. 259–269, hier S. 268. Die Formulierung »arsenal of democracy« geht ursprünglich auf eine Äußerung Jean Monnets während eines Mittagessens mit dem Roosevelt-Vertrauten Felix Frankfurter zurück. Roosevelt gefiel diese Formulierung so gut, dass er sie in seine Rede übernahm. Siehe dazu Roosevelt and Frankfurter. *Their Correspondence 1928–1945*, hg. von Max Freedman, Boston und Toronto 1967, S. 573 f.

58 Vgl. dazu Woodward, *The Age of Reinterpretation*, S. 1–19 sowie Campbell Craig/Fredrik Logevall, *America's Cold War. The Politics of Insecurity*, Cambridge/MA und London 2009, S. 13–58, bes. S. 13–23.

59 Die Literatur zur Amtszeit von Franklin Delano Roosevelt füllt mittlerweile ganze Bibliotheken und ist selbst für den Experten kaum noch zu überblicken. Daher sei hier auf zwei Standardwerke verwiesen: Zur Außenpolitik siehe Robert Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945*, New York und Oxford 1995. Zur amerikanischen Geschichte in der Amtszeit von FDR siehe David M. Kennedy, *Freedom from Fear. The American People in Depression and War*, New York und Oxford 1999.

60 Warren F. Kimball, *The Juggler. Franklin Roosevelt as Wartime Statesman*, Princeton 1991, S. 10 und S. 103 f.

Konzept an. Zum einen ging er davon aus, dass amerikanische Sicherheit künftig nur in einer globalen Verbreitung von Demokratie und Freihandel liegen könne. Zum anderen sollte künftig eine neue multilateral organisierte Institution, ähnlich dem Völkerbund, Streitigkeiten und Konflikte friedlich lösen. Damit verpflichteten sich die USA erstmalig zu einem multilateralen eingebundenen Engagement außerhalb der westlichen Hemisphäre. Erstmals seit der Staatsgründung waren die USA bereit, nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent, sondern auch global eine Führungsrolle einzunehmen. Dementsprechend betonte FDR in seinen Reden wie kein anderer Politiker des 20. Jahrhunderts die Hoffnung, die in jeder Furcht verborgen liege. So mahnte er seine Landsleute: »[...] the only thing we have to fear is fear itself.«⁶¹ Und in seiner berühmten »four freedoms«-Speech, deklarierte er die »freedom from fear«⁶² zu einem Grundrecht eines jeden Menschen.

Doch der Sieg der Alliierten über die europäischen Achsenmächte am 8./9. Mai 1945 brachte weder den erhofften Frieden noch Sicherheit in Freiheit. Der berühmte Händedruck zwischen den sowjetischen und amerikanischen Soldaten in Torgau an der Elbe am 25. April 1945 besiegelte keinen Sieg, sondern eine neue Feindschaft. Innerhalb von nur 16 Monaten nach dem Kriegsende in Europa zerbrach jegliche Grundlage für eine Nachkriegskooperation zwischen den USA und Großbritannien einerseits und der Sowjetunion andererseits.⁶³ Die Gewaltexzesse des Zweiten Weltkrieges hatten nicht nur Zerstörung und Leid über die Welt gebracht, sondern auch jegliche völkerrechtliche Verbindlichkeit in der Staatenwelt zerrüttet. Es lag daher an den beiden mächtigsten Siegern des Krieges, den USA und der UdSSR, eine neue Nachkriegsordnung zu errichten. Im Kern wurden die Siegermächte bei ihren Nachkriegsplanungen von zwei Motiven angetrieben: Der Furcht vor einem weiteren Krieg und den gestalterischen Gelegenheiten, die ein zusammengebrochenes Staatensystem bot.⁶⁴ Innerhalb von nur zwei Jahren kehrte schließlich in Washington die Furcht um die eigene Freiheit zurück, als man erkannte, dass die Sowjetunion die nächste große totalitäre Herausforderung sein würde. Der neue totalitäre Staat war jedoch so mächtig, dass alle traditionellen Konzepte amerikanischer Außenpolitik nicht zu greifen schienen. Weder eine Strategie der Präemption noch der Rückzug in den

61 First Inaugural Address, Washington, D.C., 4. März 1933, in: *Nothing to Fear*, S. 26 – 31, hier S. 26.

62 »Four Freedoms« Speech, Washington D.C., 6. Januar 1941, in: *Nothing to Fear*, S. 270 – 278, hier S. 278.

63 Vgl. dazu zusammenfassend Wilson D. Miscamble, *From Roosevelt to Truman. Potsdam, Hiroshima, and the Cold War*, Cambridge u. a. 2007, S. 322 – 332, bes. S. 325.

64 Melvyn P. Leffler, *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007, S. 83. Leffler betrachtet »fear« und »opportunity« als die entscheidenden Faktoren des Internationalen Systems im Kalten Krieg.

Isolationismus stellten realistische Optionen dar.⁶⁵ Anstatt des ersehnten Friedens brachte der Zweite Weltkrieg also Zwillinge auf die Welt: den Kalten Krieg und die nukleare Furcht.⁶⁶

Harry Truman, der außenpolitisch völlig unerfahrene Nachfolger Roosevelts im Präsidentenamt, setzte zunächst sowohl außenpolitisch als auch personell auf Kontinuität und bemühte sich, die Kooperationspolitik seines Vorgängers gegenüber Stalin fortzusetzen. In dieser Situation schlug die Stunde des amerikanischen Diplomaten George F. Kennan. Als in Washington zunehmend Unklarheit über die Absichten der UdSSR herrschte und damit auch über die zukünftige Gestaltung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, bat man den an der US-Botschaft in Moskau tätigen Kennan um Aufklärung. In einem 8 000 Worte langen Telegramm vom 22. Februar 1946 analysierte Kennan das Verhalten der sowjetischen Führung und schlug eine neue US-Strategie vor. Laut Kennan werde das Verhalten der sowjetischen Führung nicht durch Geschehnisse außerhalb der UdSSR bestimmt, sondern alleine durch »inner-russische Notwendigkeiten«⁶⁷. Die Erfahrungen mit der Außenwelt aus zaristischer Zeit, kombiniert mit einer marxistischen Weltsicht, hätten zu einem paranoiden Sicherheitsbedürfnis der UdSSR geführt, das nur durch Ausdehnung befriedigt werden könne. Kennan attestierte der Sowjetunion damit den Verlust der Diplomatiefähigkeit, da sie sich außerhalb des internationalen Staatensystems bewege. Aus diesem Grund könne man der UdSSR nur mit einer konsequenten Politik der politischen und militärischen Eindämmung begegnen, mit dem Ziel, Moskau eines Tages zur Rückkehr in das internationale Staatensystem zu bewegen. Damit war das erfolgreiche außenpolitische Konzept der »Contain-

65 Der Vorwurf Henry Kissingers, die USA hätten es versäumt, in den Jahren 1945–1949 ihr nukleares Monopol gegenüber der UdSSR auszunutzen, kann als historisch widerlegt gelten. Wilson Miscamble hat in seiner jüngsten Studie überzeugend dargelegt, dass die Truman-Administration eine nukleare Erpressung erst gar nicht in Erwägung gezogen hat und damit Gar Alperovitz' These, Truman habe dies während der Potsdamer Konferenz versucht, widerlegt. Vgl. Henry Kissinger, *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*, Berlin 1996, S. 488. Zur Gegenposition siehe Miscamble, *From Roosevelt to Truman*, S. 172–261.

66 Als Ursachen für diese weltpolitische Entwicklung wird man drei Faktoren anführen müssen: 1. Der Kalte Krieg war eine zutiefst ideologische Auseinandersetzung, in der sich zwei unterschiedliche Gesellschaftsordnungen mit universellem Geltungsanspruch gegenüberstanden. Mit der russischen Oktoberrevolution im Jahr 1917 war dieser Gegensatz zwischen dem »American Way of Life« und dem »Kommunismus« bereits im Keim angelegt. 2. Erst der von Hitler verursachte Zweite Weltkrieg brachte diese beiden gegensätzlichen Ordnungsvorstellungen in eine geostrategische Frontstellung, denn der Kalte Krieg war im Wesentlichen ein Konflikt über unterschiedliche Ordnungsvorstellungen mit Blick auf eine gemeinsam eroberte Region im Herzen Europas. 3. Die rasche Entwicklung von thermonuklearen Waffen und neuen Trägersystemen zementierte schließlich diesen Systemgegensatz.

67 Kennan (Moskau) an State Department, 22. Februar 1946, in: *Foreign Relations of the United States*, 1946, Bd. VI, Eastern Europe; Soviet Union, Washington 1974, S. 696–709, hier S. 699.

ment«-Politik⁶⁸ geboren, das die USA die nächsten 43 Jahre durch den Kalten Krieg führen sollte. Das »long telegram« ist damit vermutlich bis heute das teuerste und folgenreichste Telegramm der Weltgeschichte. Es leitete eine »atemberaubende Umkehr der amerikanischen Dämonologie« ein: »Aus den bösen Deutschen, guten Russen, bösen Japanern und guten Chinesen des Zweiten Weltkriegs wurden die guten Westdeutschen, die bösen Russen, die guten Japaner und die bösen Chinesen des Kalten Krieges.«⁶⁹

Für ein halbes Jahrzehnt mussten die Amerikaner lernen, im nuklearen Zeitalter auf das Shakespearsche Diktum »Best safety lies in fear« zu vertrauen. Doch trotz dieser Erfahrung sehnen sich die Amerikaner immer noch zurück nach dem Zeitalter der freien Sicherheit. Davon zeugen bis heute die periodisch wiederkehrenden Versuche, ultimative Defensivsysteme zu entwickeln oder der »Freiheit« mit Gewalt zum Siegeszug zu verhelfen. Die jüngste amerikanische Geschichte hat gezeigt, dass nichts unsere Demokratien derart beeinflusst, wie die Art und Weise, in der wir mit unserer zerbrechlichen Freiheit und unseren fundamentalen Ängsten umgehen. Denn die Furcht kann nicht sterben, die Freiheit hingegen leicht. Benjamin Franklin hat dieses Dilemma vor über 250 Jahren auf den Punkt gebracht: »Those who would give up essential Liberty, to purchase a little temporary Safety, deserve neither Liberty nor Safety.«⁷⁰

Literaturverzeichnis

- Ambrosius, Lloyd E., *Wilsonianism: Woodrow Wilson and his Legacy in American Foreign Relations*, New York u. a. 2002.
- Bailyn, Bernard, *The Ideological Origins of the American Revolution*, erw. Ausgabe, Cambridge/MA und London 1992.
- Brauer, Kinley J., *The United States and British Imperial Expansion, 1815 – 60*, in: *Diplomatic History* 12/1 (1988), S. 19 – 37.
- Carr, Edward Hallett, *The Twenty Years' Crisis 1919 – 1939. An Introduction to the Study of International Relations*, London und Basingstoke 1981.
- Coole, Wayne S., *Roosevelt and the Isolationists*, Lincoln/NE 1983.
- Cooper, John Milton, Jr., *The Warrior and Priest. Woodrow Wilson and Theodore Roosevelt*, Cambridge/MA und London 1983.

68 Den Begriff »Containment« prägte Kennan ein Jahr nach dem durchschlagenden Erfolg des »long telegram« in einem berühmten *Foreign Affairs*-Artikel, den er unter dem Pseudonym »X« veröffentlichte, weil er zu diesem Zeitpunkt bereits Direktor des politischen Planungsstabes im State Department war. Siehe X [George F. Kennan], *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25/4 (1947), S. 566 – 582, hier S. 575.

69 Beide Zitate finden sich bei Junker, *Power and Mission*, S. 87.

70 Benjamin Franklin, *Pennsylvania Assembly. Reply to Governor*, 11. November 1755, online: <<http://www.franklinpapers.org>>, [Stand: 25. Juni 2010].

- Craig, Campbell/Fredrik Logevall, *America's Cold War. The Politics of Insecurity*, Cambridge/MA und London 2009.
- Dallek, Robert, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy 1932 – 1945*, New York und Oxford 1995.
- Ellis, Joseph J., *Sie schufen Amerika. Die Gründergeneration von John Adams bis George Washington*, München 2005.
- Foreign Relations of the United States, 1946, Bd. VI, Eastern Europe; Soviet Union*, Washington 1974.
- Freidel, Frank, *Franklin D. Roosevelt. The Apprenticeship*, Boston 1952.
- Gaddis, John L., *The Cold War*, London 2005.
- Gaddis, John L., *Grand Strategy in the Second Term*, in: *Foreign Affairs* 84/1 (2005), S. 2 – 15.
- Gaddis, John L., *Surprise, Security, and the American Experience*, Cambridge/MA und London 2004.
- Greenstein, Fred. I., *The Presidential Difference. Leadership Style from FDR to Clinton*, New York 2000.
- Gay, Peter, *Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter*, Berlin 2000.
- Heiss, Mary Ann, *Bernath Lecture: The Evolution of Imperial Idea and U.S. National Identity*, in: *Diplomatic History* 26/4 (2002), S. 511 – 540.
- Herberg, Will, *Protestant – Catholic – Jew. An Essay in Religious Sociology*, Chicago 1983.
- Hixson, Walter L., *The Myth of American Diplomacy. National Identity and U.S. Foreign Policy*, New Haven und London 2008.
- Hobbes, Thomas, *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hg. und eingeleitet von Iring Fetscher, 8. Aufl., Frankfurt/Main 1998. [Hobbes, Thomas], *Thomae Hobbes Malmesburiensis Opera Philosophica Quae Latine Scripsit Omnia in unum corpus nunc Prima collecta studio et labore Gulielmi Moleworth*. Bd. 1, London 1839 [2. Nachdruck Aalen 1966].
- Huntington, Samuel P., *American Politics. The Promise of Disharmony*, Cambridge/MA und London 1981.
- Junker, Detlef, *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg/Breisgau 2003.
- Junker, Detlef, *Das Deutsche Reich im Urteil der USA, 1871 – 1945*, in: Klaus Hildebrand (Hg.) *Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871 – 1945)*, München 1995, S. 141 – 158.
- Kagan, Robert, *Dangerous Nation*, New York 2007.
- Kennedy, David M., *Freedom from Fear. The American People in Depression and War*, New York und Oxford 1999.
- Kersting, Wolfgang, *Thomas Hobbes zur Einführung*, Hamburg 1992.
- Kimball, Warren F., *The Juggler. Franklin Roosevelt as Wartime Statesman*, Princeton 1991.
- Kissinger, Henry, *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*, Berlin 1996.
- LaFeber, Walter, *The American Age. U.S. Foreign Policy at Home and Abroad, 1750 to the Present*, 2. Aufl., New York und London 1994.
- LaFeber, Walter, *Jefferson and American Foreign Policy*, in: Peter S. Onuf (Hg.), *Jeffersonian Legacies*, Charlottesville 1993, S. 370 – 391.

- Lammersdorf, Raimund, Anfänge einer Weltmacht. Theodore Roosevelt und die transatlantischen Beziehungen der USA 1901 – 1909, Berlin 1994.
- Leffler, Melvyn P., For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007.
- Lieven, Anatol, America Right or Wrong. An Anatomy of American Nationalism, London u. a. 2005.
- Lipset, Seymour Martin, American Exceptionalism. A Double-Edged Sword, New York und London 1996.
- Lucas, W. Scott, The Manufacture of Fear. U.S. Politics Before and After 9 – 11, in: Passport. The Newsletter of the Society for Historians of American Foreign Relations 39/1 (2008), S. 35 – 39.
- Luce, Henry R., The American Century, in: Michael J. Hogan (Hg.), The Ambiguous Legacy. U.S. Foreign Relations in the »American Century«, Cambridge 1999, S. 11 – 29.
- Marks III, Frederick W., Independence on Trial. Foreign Affairs and the Making of the Constitution, Wilmington 1986.
- McDougall, Walter A., Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776, Boston und New York 1997.
- McMahon, Robert J., The Republic as Empire. American Foreign Policy in the »American Century«, in: Harvard Sitkoff (Hg.), Perspectives on Modern America. Making Sense of the Twentieth Century, New York und Oxford 2001, S. 80 – 100.
- Miscamble, Wilson D., From Roosevelt to Truman. Potsdam, Hiroshima, and the Cold War, Cambridge u. a. 2007.
- Myrdal, Gunnar, An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy, New York und London 1944.
- Ninkovich, Frank, The United States and Imperialism, Malden/MA, Oxford und Carlton 2001.
- Ninkovich, Frank, Theodore Roosevelt. Civilization as Ideology, in: Diplomatic History 10/3 (1986), S. 221 – 245.
- Nothing to Fear. The selected Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1932 – 1945, hg. und eingeleitet von Ben D. Zevin, New York 1961.
- Ottmann, Henning, Thomas Hobbes. Widersprüche einer extremen Philosophie der Macht, in: Ottfried Höffe (Hg.), Der Mensch – ein politisches Tier?, Stuttgart 1992, S. 68 – 91.
- Porter, Bernard, Empire and Superempire. Britain, America and the World, New Haven und London 2006.
- Roosevelt and Frankfurter. Their Correspondence 1928 – 1945, hg. von Max Freedman, Boston und Toronto 1967.
- Roosevelt, Theodore, An Autobiography, mit einer neuen Einleitung von Etling E. Morison, New York 1985.
- Silbey, Joel L., Storm Over Texas. The Annexation Controversy and the Road to Civil War, Oxford 2006.
- Stearns, Peter N., American Fear. The Causes and Consequences of High Anxiety, New York und London 2006.
- Smith, Robert W., Keeping the Republic. Ideology and Early American Diplomacy, DeKalb 2004.
- Smith, Tony, Making the World safe for Democracy in the Twentieth Century, in: Michael J.

- Hogan (Hg.), *The Ambiguous Legacy. U.S. Foreign Relations in the »American Century«*, Cambridge 1999, S. 30–51.
- Smith, Tony, *Americas Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton/NJ 1994.
- Schroeder, Paul W., *Iraq: The Case Against Preemptive War*, in: *The American Conservative*, 21. Oktober 2002, online: <<http://www.amconmag.com/article/2002/oct/21/00008/>>, [Stand: 26. Juni 2010].
- Steigerwald, David, *The Reclamation of Woodrow Wilson?*, in: Michael J. Hogan (Hg.), *Paths to Power. The Historiography of American Foreign Relations to 1941*, Cambridge 2000, S. 148–175.
- Schwabe, Klaus, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 2006.
- Svendsen, Lars, *A Philosophy of Fear*, London 2008.
- War and Peace. Presidential Messages, Addresses, and Public Papers (1917–1924) by Woodrow Wilson*, hg. von Ray Stannard Baker und William E. Dodd, Bd. I, New York und London 1927.
- Washington, George, *Writings*, hg. von John Rhodehamel, New York 1997.
- Washington's Farewell Address. In facsimile, with transliterations of all drafts of Washington, Madison, & Hamilton, together with their correspondence and other supporting documents*, hg. von Victor Hugo Paltsits, New York 1931 [Nachdruck 1971].
- Weeks, William Earl, *Building the Continental Empire. American Expansion from the Revolution to the Civil War*, Chicago 1996.
- Weeks, William Earl, *John Quincy Adams and American Global Empire*, Lexington 1992.
- Wood, Gordon S., *Empire of Liberty. A History of the Early Republic, 1789–1815*, Oxford und New York 2009.
- Wood, Gordon S., *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1993.
- Woodward, C. Vann, *The Age of Reinterpretation*, in: *American Historical Review* 66/1 (1960), S. 1–19.
- X [George F. Kennan], *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25/4 (1947), S. 566–582.
- Zimmermann, Warren, *First Great Triumph. How Five Americans Made Their Country a World Power*, New York 2002.

Autorenverzeichnis

Christoph Georg Berger Waldenegg, geb. 1957, ist außerplanmäßiger Professor am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK) des Historischen Seminars der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind österreichische und italienische Geschichte des 19. Jahrhunderts, Antisemitismus und Geschichtstheorie. Derzeit arbeitet er über kontrafaktische Geschichtsschreibung.

Patrick Bormann, geb. 1978, ist wissenschaftliche Hilfskraft im Rahmen des Drittmittelprojektes »Die Geschichte der Familie Quandt« an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Außenpolitik des Wilhelminischen Kaiserreichs und derzeit verfasst er seine Dissertation zum Thema »Der Komplex der ›Slawischen Gefahr‹ – Russlandpolitische Konzepte und ihre Bedeutung für die deutsche Außenpolitik 1909 – 1914«.

Andrew Dodd, geb. 1984, ist Promotionsstudent an der University of St Andrews in Schottland. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der politischen Kultur der Bundesrepublik. Zurzeit arbeitet er zum Thema »Die Wahrnehmung der deutschen Nation und der Identität der Bundesrepublik in den bundesdeutschen Massenmedien in der Übergangszeit von der späten Bonner zur Berliner Republik«.

Thomas Freiberger, geb. 1975, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für Geschichte der Neuzeit an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Internationalen Beziehungen im Kalten Krieg und die Geschichte der NATO in den 1950er Jahren sowie die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik und die Ideengeschichte der europäischen Integration. Er wurde 2010 mit einer Dissertation über die »Allianzpolitik in der Suezkrise« promoviert und arbeitet zurzeit an einem Lehrbuch zur Geschichte des Kalten Krieges.

Rüdiger Graf, geb. 1975, ist Akademischer Rat auf Zeit an der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum. 2006 wurde er an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit über »Die Zukunft der Weimarer Republik. ›Krisen‹ und Zukunftsaneignungen im politisch-kulturellen Diskurs in Deutschland 1918–1933« promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte sind die politische Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Geschichtstheorie und europäische Zeitgeschichte. Momentan arbeitet er an einer Wissensgeschichte von Öl und Energie nach 1945 sowie einer Geschichte der Energiepolitik in den westlichen Industrienationen der 1970er Jahre.

Sebastian Haak, geb. 1983, arbeitet seit 2008 an der Universität Erfurt an einem Dissertationsprojekt zur Entstehung des *Good War*-Mythos in den USA nach 1945 und der Rolle, die Hollywood und die US-Regierung beziehungsweise das US-Militär dabei spielten. Zurzeit ist er Doktorand am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt und Stipendiat der Jutta-Heidemann-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der USA im Kalten Krieg, die Geschichte Internationaler Beziehungen im 20. Jahrhundert sowie die Geschichte von Krieg und Gewalt.

Alma Hannig, geb. 1977, forscht vor allem über die Geschichte Österreich(-Ungarns) 1848–1918, die Diplomatiegeschichte im langen 19. Jahrhundert und den Adel im deutschsprachigen Raum 1848–1918. Ihr aktuelles Forschungsvorhaben ist ihre Dissertation zur Balkanpolitik im Kalkül des österreichisch-ungarischen Außenministeriums 1912–1914. Sie arbeitet als Lehrbeauftragte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und als freie Mitarbeiterin für das Haus der Geschichte des Bundesrepublik Deutschland.

Lothar Höbel, geb. 1956, ist außerordentlicher Professor für neuere Geschichte an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere die Politik- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und der Dreißigjährige Krieg. Momentan forscht er zu Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg.

Michael Lenz, geb. 1977, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Amerikanische Geschichte, vor allem zum 17. und 18. Jahrhundert sowie die Verfassungsgeschichte. Aktuell habilitiert er über die Militarisierung des amerikanischen Bildungswesens.

Holger Löttel, geb. 1977, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und Bearbeiter der »Rhöndorfer Ausgabe«. 2008

wurde er mit einer Arbeit über die internationalen Auswirkungen des Amerikanischen Bürgerkrieges promoviert. Derzeit bereitet er eine Edition zur Koalitionspolitik in der Ära Adenauer vor.

Judith Michel, geb. 1979, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Dort wurde sie 2008 mit einer Arbeit über »Willy Brandts Amerikabild und -politik« promoviert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Transatlantische Beziehungen und der Kalte Krieg. Zurzeit arbeitet sie in einem Forschungsprojekt zur »Geschichte der Familie Quandt«.

Jörg Ulbert, geb. 1967, ist derzeit Maître de conférences für deutsche Landeskunde an der Universität Bretagne-Sud (Lorient). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Internationalen Beziehungen in der Frühen Neuzeit und die Institutionengeschichte der Diplomatie. Aktuell forscht er über die Verzahnung von wirtschaftlichen Interessen und außenpolitischen Entscheidungen im Preußen Friedrichs des Großen.

Pierre-Frédéric Weber, geb. 1980, ist visiting professor an der Universität zu Szczecin, Polen. Er wurde an der Sorbonne (Paris III) über deutsch-polnische Beziehungen im Kalten Krieg promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen den Ost-West-Konflikt, deutsch-polnische und deutsch-tschechoslowakische Beziehungen, die Außenpolitik der DDR und Normalisierungsprozesse. Zurzeit forscht er zum Thema der französisch-deutsch-polnischen Wechselbeziehungen im Kalten Krieg.

